Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1800 bis 1899
in zwei Bänden
Band 3/2

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1860 bis 1899
Band 3/2

Inhaltsverzeichnis Band 3/2	**Seite**
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1860 bis 1899	2-387
Anstatt eines Schlußwortes	388-395
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	396-402

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1860 bis 1899

1860

Andere in Güte für uns gewinnen – das muß unser Leitgedanke sein.
Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)

Deutscher Bund: Michael Öchsner (1816-1893) verfaßt 1860/61 den Text der "Bayernhymne" (x846/...):

>>Gott mit dir du Land der Bayern,
Heimaterde, Vaterland!
Über deinen weiten Gauen
Walte seine Segenshand!
Er behüte deine Fluren,
Schirme deiner Städte Bau
Und erhalte dir die Farben
Deines Himmels, Weiß und Blau!

Gott mit uns, dem Bayernvolke,
Wenn wir, unsrer Väter wert,
Stets in Eintracht und in Frieden
Bauen unsres Glückes Herd;
Daß vom Alpenland zum Maine
Jeder Stamm sich fest vertrau'
Und die Herzen freudig eine
Unser Banner, weiß und blau!

Gott mit dir, dem Bayernvolke,
Daß wir uns'rer Väter wert,
Fest in Eintracht und in Frieden
Bauen uns'res Glückes Herd!
Daß mit Deutschlands Bruderstämmen
Einig uns ein jeder schau
Und den alten Ruhm bewähre
Unser Banner weiß und blau!

Gott mit uns und Gott mit allen,

Die der Menschen heilig Recht
Treu beschützen und bewahren
Von Geschlechte zu Geschlecht.
Frohe Arbeit, frohes Feiern,
Reiche Ernten jedem Gau,
Gott mit dir, du Land der Bayern
Unterm Himmel weiß und blau!<<

Norwegen: Bjørnstjerne Bjørnson (1832-1910) verfaßt um 1860 den Text der späteren Nationalhymne Norwegens (x230/120):

>>Ja, wir lieben unsere Heimat,
Die vom Meer zernagt
Und durchfurcht mit tausend Heimen
Aus den Fluten ragt.
Lieben sie, wie jeder liebend
Seiner Eltern denkt
Und der Saganacht, die träumend
Sich herniedersenkt.<<

Schweden: Der Staat erlaubt den schwedischen Bürgern im Jahre 1860, Mitglied der katholischen Kirche zu werden.

Ukraine: Pawlo Tschubynskyj (1839-1884) verfaßt um 1860 den Text der späteren Nationalhymne der Ukraine (x230/184-185):

>>Noch ist die Ukraine nicht gestorben, noch nicht Ruhm und Freiheit,
Noch wird uns, junge Brüder, das Schicksal gewogen sein.
Unsere Feinde werden vergehen wie Tau im Sonnenschein,
Und wir werden in unserem Lande, Brüder, selber die Herren sein.
Seele und Leib setzen wir für unsere Freiheit ein
Und zeigen, Brüder: Wir sind vom Kosakenstamm.

Auf Brüder, zum blutigen Kampf vom Sjan bis zum Don,
In unserm Heimatland soll kein Fremder herrschen.
Das Schwarze Meer wird einst lächeln, der greise Dnipro sich freuen.
Unsere Ukraine sieht einem guten Geschick entgegen.
Seele und Leib setzen wir für unsere Freiheit ein
Und zeigen, Brüder: Wir sind vom Kosakenstamm.

Unser Eifer, gute Arbeit werden Früchte bringen,
Überall in der Ukraine werden frohe Lieder der Freiheit erklingen,
Über die Karpaten hinaus und durch die Steppe schallen.
Der Ruhm der Ukraine wird sich in alle Ferne verbreiten.
Seele und Leib setzen wir für unsere Freiheit ein
Und zeigen, Brüder: Wir sind vom Kosakenstamm.<<

Rußland: Im Jahre 1860 leben in Rußland rd. 60,0 Millionen Menschen. Der verlorene Krimkrieg (1853-1856) stoppt zwar vorübergehend den russischen Ausdehnungsdrang auf dem Balkan, aber infolge der späteren russischen "Expansionspolitik" steigt die Bevölkerung Rußlands bis 1913 bereits auf 174,1 Millionen Einwohner (x056/81).

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1860-1865 (x809/80-81): >>(Italien) ... Napoleon verlangte ... von Sardinien die wirkliche Abtretung von Savoyen und Nizza und die allgemeine Abstimmung in den mittelitalienischen Staaten.

Das Turiner Kabinett gab hierzu am 2. März 1860 seine Zustimmung, und am 24. März wurde der betreffende Vertrag unterzeichnet, nachdem am 11. und 12. die Abstimmung in Toskana, Modena, Parma und den römischen Legationen darüber stattgefunden hatte, ob sie definitiv dem Reich des Königs Viktor Emanuel II. einverleibt zu werden, oder ob sie getrennte Staaten zu bilden wünschten. Das Resultat war eine überwältigende Bejahung der ersteren Frage.
Am 18. März nahm Viktor Emanuel die Annexion von Parma, Modena und den römischen Legationen, am 22. diejenige von Toskana an, und am 28. rückten die sardinischen Truppen in den genannten Staaten ein. Der vom Papst am 26. März wider alle, die an dem Eingriff in die päpstlichen Staaten Anteil hatten, geschleuderte Bannfluch blieb unbeachtet.
Hiermit war jedoch die italienische Bewegung noch keineswegs zum Stillstand gekommen. Die Partei der Aktion, wie sie sich selbst nannte, richtete ihr Augenmerk nunmehr auf das Königreich beider Sizilien, wo die unerträglichen absolutistischen Zustände, denen der neue König, Franz II., nicht abhelfen konnte und wollte, jeder Erhebung Erfolg versprachen.
In den ersten Tagen des Aprils 1860 brach der Aufstand in Sizilien aus; zwar stellten die neapolitanischen Truppen die Ruhe in Palermo und Messina wieder her, aber in den Gebirgen der Insel gärte die Bewegung fort und erhielt von außen Nahrung.
Am 6. Mai ging Garibaldi in Genua mit 1.067 Freiwilligen und 4 ... Geschützen auf zwei Dampfern in See, um ein Königreich anzugreifen, das über ein organisiertes Heer gebot, und am 11. Mai landete er trotz der ihm auflauernden Kreuzer in Marsala auf Sizilien. Er sammelte bei Salemi die zerstreuten Haufen der Insurgenten und befehligte am 14. Mai 4.000 Mann, mit denen er am 27. Mai die Besatzung von Palermo zur Kapitulation zwang. Im Namen Viktor Emanuels, des Königs von Italien, übernahm er die Diktatur über die Insel.
Da König Franz II. sich auf sein Militär verlassen zu können meinte und auf dasselbe allein sich zu stützen gewillt war, so lehnte er jedes liberale Zugeständnis und eine Allianz mit Sardinien ab. Als er dann im Juni sein System ändern wollte, aber zugleich auch den Schutz der Großmächte anrief, war es zu spät.
Nachdem im Juli ganz Sizilien in die Hände Garibaldis gefallen war, landete der letztere mit 5.000 Mann am 19. August in Reggio und besetzte es am 22. Die königlichen Truppen lösten sich fast überall auf, in den meisten Städten bildeten sich provisorische Regierungen; verlassen und hilflos entfloh Franz II. aus Neapel nach Gaeta, wo er den Rest seiner wenigen Getreuen sammelte. Am 7. September zog Garibaldi unter dem lauten Jubel der Bevölkerung in Neapel ein.
Daß der kühne und glückliche Befreier nunmehr das Gebiet des Kirchenstaates angreifen werde, war kein Geheimnis. Die päpstliche Regierung hatte in aller Herren Ländern ein Heer anwerben lassen und stellte dasselbe unter den Befehl des Generals Lamoriciére, da Pius IX. des Schutzes der Franzosen in Rom überdrüssig war und sich dem Wahn hingab, durch eine glaubenstreue militärische Macht sich selbständig behaupten zu können.
Indem aber Viktor Emanuel die Annexion von Neapel und Sizilien unmöglich ohne den Besitz der römischen Marken und Umbriens verwirklichen konnte, und da eine republikanische Bewegung, wie sie Garibaldi im Schilde führte, dem Kaiser Napoleon III. im Kirchenstaat äußerst mißfällig und gefährlich erschien, so verständigten sich Frankreich und Italien abermals dahin, daß Viktor Emanuel die Marken und Umbrien besetzen sollte, um hierauf anstatt der Diktatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches Regiment in Neapel einzurichten. Nur sollte Rom und das sogenannte Patrimonium Petri (Päpstliches Erbgut), das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet bleiben.
Kaum waren am 2. September 1860 zwei sardinische Korps an den Grenzen des Kirchenstaates erschienen, als in Umbrien und den Marken die Insurrektion ausbrach.
Am 18. September lieferte der italienische General Cialdini bei Castelfidardo dem General Lamoriciére eine Schlacht, in welcher die päpstliche Armee völlig zersprengt wurde. Ancona,

wohin sich Lamoriciére nur mit wenigen Truppen flüchtete, mußte sich bereits am 29. September ergeben.
Danach ging die Besetzung von Neapel rasch vonstatten. Nur bei Isernia stellten sich königstreue neapolitanische Truppen dem General Cialdini in den Weg. Am 7. November zog Viktor Emanuel in Neapel ein, nachdem eine allgemeine Volksabstimmung sich für die Verbindung Neapels und Siziliens mit Sardinien ausgesprochen hatte.
Die Festung Gaeta trotzte allein der siegreichen Armee und der Idee der italienischen Einheit. Die Belagerung der starken Feste begann aber sofort, und am 13. Februar 1861 kapitulierte Franz II. mit 8.000 Mann.
So war durch eine Reihe von ungeheuren Erfolgen die italienische Einheit bis auf Rom und Venedig vollendet. Die Stellung, welche die verschiedenen europäischen Mächte zu der neuesten Gestaltung der Dinge einnahmen, war natürlich eine sehr verschiedene; bloß England erkannte die vollzogenen Tatsachen nicht nur sofort unbedingt an, sondern hieß dieselben auch gut. Im übrigen wurde bald durch Kongreßvorschläge, bald durch Separatverhandlungen jede Einmischung ... (vermieden), und das Schicksal Italiens entschied sich im großen Ganzen wesentlich durch das Land selbst.
Nur auf Rom verzichtete Napoleon keinen Augenblick und behielt durch seine Besatzung den maßgebenden Einfluß nicht bloß auf Italien, sondern auch auf den Papst. Am 18. Februar 1861 versammelte sich das erste italienische Parlament in Turin. Senat und Deputiertenkammer genehmigten den Vorschlag der Annahme des Titels eines Königs von Italien für Viktor Emanuel und seine gesetzlichen Nachfolger mit allen Stimmen gegen die von zwei Senatoren, und am 14. März nahm der König den Titel an. Hiermit war das Königreich Italien gegründet, wenn auch noch nicht vollendet.
Weder durch seine Lage noch durch seine Geschichte konnte Turin, die bisherige Hauptstadt Sardiniens, Anspruch darauf erheben, auch die Hauptstadt des geeinigten Italien zu sein. Dies konnte nur Rom sein, und der Ruf nach dessen Besitz wurde sofort laut.
Cavour selbst war genötigt, sich noch über diese die Gemüter heftig bewegende Frage auszusprechen. Am 26. März entwickelte er ein Programm, durch welches die Lösung derselben im Weg friedlicher Auseinandersetzung zwischen der weltlichen und geistlichen Macht herbeigeführt werden könnte, indem dem Papst und der katholischen Kirche gegen den Verzicht auf die weltliche Herrschaft vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit vom Staat in allen geistlichen Dingen zugestanden würde, und ermahnte zu Geduld und Mäßigung.
Allein der Papst und die ganze katholische Partei in Europa hatten jeden Ausgleich längst zurückgewiesen, und Cavour hatte nicht die Genugtuung, irgendeine Verständigung angebahnt zu sehen, als er am 6. Juni 1861 starb. Sein Verlust schien für Italien unersetzlich, und es war schwierig, zu der Leitung der halbfertigen Zustände einen Nachfolger zu finden.
Indes Staatsmänner wie Ricasoli, Rattazzi, Minghetti, Menabrea, Lanza u.a., wie sehr sie auch verschiedenen Parteirichtungen angehörten, wußten dennoch die Hauptsache: die Einheit Italiens, über allen Parteihader emporzuhalten und zu fördern.
Wiewohl die verschiedenen Versuche, Rom zum Mittelpunkt des neuen Reiches zu machen, zunächst scheiterten und die Aktionspartei im Parlament nur mühsam vor Übereilungen bewahrt werden konnte, entwickelte sich Italien doch in zehn Jahren in einer bewunderungswürdigen Weise Schritt für Schritt, aber allerdings auch unter außerordentlich glücklichen Konstellationen der europäischen Verhältnisse und unter dem seltensten Wohlwollen der französischen, englischen und deutschen Staatsmänner.
Als Garibaldi 1862 die römische Frage mit Gewalt zu lösen suchte, trat ihm die Regierung Italiens mit Energie entgegen und bewies, daß sie die Leitung der Geschicke ihren Händen nicht entreißen lassen wollte. Die Schar Garibaldis, welche in Kalabrien gelandet war, wurde von den königlichen Truppen am 28. August bei Aspromonte angegriffen und zersprengt, Ga-

ribaldi selbst verwundet und gefangen.
Anderseits fand Napoleon sowohl in den beginnenden deutsch-dänischen Verwickelungen als auch in den amerikanischen Verhältnissen Grund, sich Italien wieder mehr zu nähern und der öffentlichen Meinung des Landes Rechnung zu tragen. Nach längeren Verhandlungen wurde am 15. September 1864 eine Konvention zwischen Frankreich und Italien (Septemberkonvention) geschlossen, welche durch einen Kompromiß die Frage der Hauptstadt lösen und die römische Frage beseitigen sollte.
Frankreich verpflichtete sich durch dieselbe, binnen zwei Jahren Rom zu räumen, wogegen Italien versprach, das päpstliche Gebiet nicht anzutasten und gegen Angriffe von außen zu schützen, endlich die Reorganisation des päpstlichen Heeres geschehen zu lassen, wofern dasselbe nicht einen für Italien bedrohlichen Charakter annehme.
Durch ein nachträgliches Protokoll versprach die italienische Regierung, die Hauptstadt Italiens binnen sechs Monaten von Turin nach Florenz zu verlegen. Wiewohl nun in Italien die letztere Bestimmung als ein Verzicht auf das Übergewicht der piemontesischen Erblande des Königs willkommen war, fürchtete man doch sehr, daß damit die Gewinnung Roms in unabsehbare Ferne gerückt wäre.
In Turin aber, das wohl zu Gunsten Roms, aber nicht Florenz' auf seinen Vorrang zu verzichten bereit war, kam es am 20.-21. September 1864 und im Januar 1865, als das Parlament die Verlegung der Hauptstadt genehmigte, zu ernstlichen Unruhen, so daß der König am 3. Februar 1865 die bisherige Hauptstadt ohne Abschied und Kundgebung verließ und in Florenz seinen Aufenthalt nahm. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtet später (im März 2019):
>>**Es war einmal in Sizilien**
_von Claudio Michele Mancini
Kleine Geschichte der Mafia (I): Die sogenannte Ehrenwerte Gesellschaft war bis Anfang des 20. Jahrhunderts nur ein lokaler Machtfaktor. Doch ein fataler Schachzug der US-Armee veränderte das ganze Spiel.
"Cu è surdu, orbu e taci, campa cent' anni 'mpaci" ist ein sizilianisches Sprichwort. Zu Deutsch: "Wer taub, blind und stumm ist, lebt 100 Jahre in Frieden." Es sind auch heute noch diese drei Grundprinzipien, die in der Cosa Nostra ihre Gültigkeit haben. Taube hören keine Schüsse. Blinde sehen nichts, wenn von einem Geschäftsmann il pizzu, das Schutzgeld, verlangt wird. Und wer stumm ist, hält die Omertà ein und wird niemals mit der Polizei reden.
Immer wieder wird die Frage gestellt, woher die Mafia kommt. Wie alt ist sie? Und was bedeutet das Wort überhaupt? Fangen wir da an, wo alles begann…
Ordnung und Terror
Über gut zwei Jahrtausende hatten Fremde Sizilien beherrscht: Griechen, Phönizier, Punier, Römer, Byzantiner, Vandalen, Ostgoten, Sarazenen, Normannen, Staufer, das Haus Anjou, Spanier, Habsburger, Bourbonen.
Bis im Mai 1860 der Nationalheld Garibaldi mit einem Trupp Aufständischer landete und von Sizilien aus den sogenannten Zug der Tausend Richtung Norden begann - die Vereinigung und Befreiung Italiens. Auf der Insel verloren die alten Herrscher - Fürsten, Barone und Grafen, die mit dem Königshaus in Neapel eng verbunden waren - an Macht und Einfluß. Die neuen Herren in Rom schickten Polizei und Militär.
Doch die Regierung konnte das Land nur mit Mühe stabilisieren. Auf Sizilien entstand keine starke staatliche Autorität, die Ordnung und Sicherheit hätte garantieren können. Banden machten sich breit und übten Macht über das zersplitterte Land aus. Fassungslos beobachtete der Rest Italiens, wie das Eiland mehr und mehr von der Malavita beherrscht wurde, der Verbrecherwelt.
Deren Strukturen hatten sich auf niedrigerer Stufe bereits lange vorher herausgebildet: Ende

des 18. Jahrhunderts begannen Großgrundbesitzer, ihren Hauptwohnsitz vom Inneren und Westen Siziliens nach Palermo und Neapel zu verlegen. Ihre Ländereien ließen sie durch Schutztruppen sichern. Diese sogenannten Gabellutti schirmten einerseits das Land der Reichen von Räubern und Viehdieben ab und ließen sich dafür mit günstigen Pachtverträgen belohnen.
Andererseits verteidigten sie die Bauern vor der Willkür ihrer Herren, beuteten die armen Teufel nun aber selbst bis aufs Blut aus. Auch die Mittelklasse begab sich in ihre Arme - aus Furcht oder weil sie in ihnen ein mächtiges Hilfsmittel sah, um Einfluß zu erringen und sich Reichtümer anzueignen. Bald wurden sie i mafiusi genannt - Menschen, die ihr eigenes Recht schaffen und andere diesem unterwerfen. Sie selbst nannten sich lieber onorata società, Ehrenwerte Gesellschaft, ein von außen undurchschaubares Geflecht von sogenannten Ehrenmännern, den uomini d'onore.
Die Meinungen, ob es Mussolini gelang, die Mafia auszumerzen, gehen auseinander.
Kaum zu glauben, daß an der Schwelle zum 20. Jahrhundert selbst der Staat die Dienste der Cosa Nostra, so ein weiterer Name des Geheimbundes, nutzte - als vermeintliche Stütze im Kampf gegen das Verbrechen. Tatsächlich ging die Organisation scharf und erfolgreich gegen nichtkonformes Verhalten wie Raub, Prostitution und Homosexualität vor - und erlangte damit in den Augen vieler eine höhere Legitimität als die schwache Staatsmacht.

Helfer der US-Armee

Die Meinungen, ob es dem faschistischen Regime später gelang, die Mafia auszumerzen, gehen auseinander. Tatsache ist jedenfalls, daß die Organisation durch den Diktator Benito Mussolini geschwächt wurde. Die Wende kam 1943 mit der Landung der Alliierten. Als die Amerikaner an der Küste Siziliens vorrückten, sahen sie sich mit dem Problem konfrontiert, daß Wegweiser, Straßenschilder, Ortsnamen, ja sogar Hausnummern entfernt worden waren. Orientierungslos suchte die US-Armee nach geeigneten Dolmetschern und Verbindungsleuten.
In der Not erinnerte man sich an ein paar alte Bekannte: Alphonse Gabriel "Al" Capone saß seit 1936 im Eastern State Gefängnis in Philadelphia. Lucky Luciano und Vito Genovese waren in Alcatraz hinter Gittern. Man heuerte diese beiden an, um einerseits die Logistik beim Vormarsch in Italien zu sichern, andererseits wichtige Kontakte zu demokratischen Kräften zu knüpfen. Doch wie so häufig trieben die Amerikaner in Unkenntnis von Kultur, Traditionen und politischen Gegebenheiten den Teufel mit dem Beelzebub aus.
Und während die Yankees blindlings in die Falle tappten, kümmerten sich Genovese und Luciano nicht nur um die reibungslose Logistik der Invasionstruppen, sondern zogen gleichzeitig auf der Insel einen blühenden Schwarzmarkt auf. Sie handelten mit Lebensmitteln, Zigaretten, Waffen, Fahrzeugen und Kleidung, die sie aus den Beständen der Armee mit Hilfe von sogenannten Amici entwendeten. Die sogenannten Befreier ließen sie nicht nur gewähren - die Mafiosi standen sogar unter dem Schutz der OSS, des Vorläufers der CIA.
Der Auftrag für die beiden Gangsterbosse, denen man im Gegenzug die Freiheit zusicherte, lautete: Nach der Niederwerfung des Faschismus nun vor allem den Kampf gegen die Kommunisten zu führen und eine neue pro-amerikanische Partei, die Democrazia Cristiana (DC), aufzubauen. Für deren Unterstützung zahlte Washington von 1946 bis 1984 jährlich 500 Millionen Dollar. Der Erfolg stellte sich schnell ein: Zwischen 1944 und 1946 wurden 95 Prozent aller Bürgermeister in Sizilien aus den Reihen der Mafia besetzt. Später stiegen die Kommunalpolitiker bis in die Regierungsebene auf, einige wurden Staatssekretäre oder sogar Minister. …<<

Frankreich: Für die französische Waffenhilfe bei der Befreiung Oberitaliens erhält Frankreich im Jahre 1860 Savoyen und Nizza.

Großbritannien: Ein Grafschaftsbeamter berichtet im Jahre 1860 über die Kinderarbeit im Nottinghamer Textilgewerbe (x239/88): >>(Um) 2, 3, 4 Uhr morgens werden Kinder von 9

bis 10 Jahren schmutzigen Betten entrissen und gezwungen, für die nackte Existenz bis 10, 11, 12 Uhr nachts zu arbeiten, während ihre Glieder erlahmen, ihre Gestalt zusammenschrumpft und ihr menschliches Wesen ganz und gar in einer Art Lethargie zu Stein erstarrt, deren bloßer Anblick grausig ist. ...<<

USA: Abraham Lincoln (1809-1865, Landarbeiter, Schiffshelfer und Rechtsanwalt - neben Washington Idealgestalt der nordamerikanischen Demokratie) wird am 6. November 1860 zum 16. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Abraham Lincoln (x068/116-124): >>… Das unmittelbare politische Vorspiel zum Krieg war der Präsidentschaftswahlkampf 1860 und die Wahl des Republikaners Abraham Lincoln am 6. November zum 16. Präsidenten der USA.

Es ist auch das Jahr, in dem die Vereinigten Staaten die Kulturgeschichte durch die ersten Beadles Groschenromane (dime novels) bereichern und durch Patentierung des von Oliver F. Winchester erfundenen Repetiergewehrs, die sogenannte Winchester - mit der sie nicht nur die letzten Büffel ausmorden ...

Nach einer in die Welt gesetzten und noch immer weithin geglaubten Legende hatte der edle US-Präsident, der Sohn eines Holzfällers, der "ehrliche Abraham", der "Sklavenbefreier" (noch heute für die Nordamerikaner die Verkörperung der besten Eigenschaften ihrer Nation) den ganzen Krieg von allem Anfang an nur für die Befreiung der schwarzen Sklaven geführt. In Wirklichkeit wollte Lincoln von Anfang an nur das Auseinanderfallen der Union verhindern, um jeden Preis, und dieser Preis war nicht gering.

Wenn Lincoln an die Befreiung der Sklaven dachte, dann nur um der Einheit der Union und der Vorherrschaft des Nordens willen. …

Noch 1860, als sich nach Lincolns Sieg South Carolina im Dezember von der Union lossagt, betont Lincoln: "Ich habe nicht die Absicht, die Einrichtung der Sklaverei in den Staaten, wo sie existiert, direkt zu beeinflussen, aber wir können uns nicht trennen. Die Union muß erhalten bleiben."

Und in seiner ersten "Botschaft an die Nation" erklärt der Präsident: "Ich "verfolge weder direkt noch indirekt die Absicht, die Institution der Sklaverei anzugreifen ... Ich habe keine gesetzlichen Rechte, das zu tun, und ich habe auch keine Neigung, das zu tun." Und ein anderes Mal beteuert er, könnte er die Union durch die Sklavenbefreiung retten, würde er sie befreien, und könnte er sie retten, ohne einen einzigen Sklaven zu befreien, täte er es auch. Bald aber beschwätzte man die Welt, man habe den Krieg nur aus moralischen Gründen geführt.

Wie es mit der Moral der weißen Amerikaner gegenüber den Schwarzen steht, lehrt noch die Gegenwart erschreckend genug. Und seinerzeit dachte Lincoln natürlich gar nicht an eine Gleichstellung von Schwarz und Weiß. Im Gegenteil, wie jeder x-beliebige Rassenfanatiker bestand der "ehrliche Abraham", der "Sklavenbefreier", von dem John Hay, der Assistent seines Privatsekretärs, glaubte, "daß es die Hand Gottes war, die ihn an diesen Platz gestellt", auf der Verschiedenheit von Schwarz und Weiß und hielt jede soziale oder politische Gleichheit zwischen ihnen "für immer" ausgeschlossen!

So beteuert er in einer seiner Wahlkampfreden: "Ich trete heute so wenig wie jemals früher dafür ein, daß zwischen der schwarzen und der weißen Rasse in irgendeiner Form soziale und politische Gleichheit herbeigeführt werde - ich trete heute so wenig wie jemals früher dafür ein, daß man Neger zu Wählern oder Geschworenen mache, sie für geeignet erkläre, Ämter zu führen oder weiße Frauen zu heiraten; es gibt eine physische Verschiedenheit zwischen der weißen und der schwarzen Rasse, die es, wie ich glaube, für immer ausschließen wird, daß die beiden Rassen auf dem Fuße sozialer und politischer Gleichheit miteinander leben." Ganz klar verkündet Lincoln "die übergeordnete Stellung der weißen Rasse".

Selbstverständlich dachte man im Norden weithin wie der Präsident, dachte man an die Erhal-

tung der Union und wenig an die Sklavenbefreiung, die er dann verkündete. Noch während des Bürgerkrieges, so überliefert die in der Verwundetenpflege tätige junge Kate Cumming in ihrem Tagebuch unter dem 13. April 1862, äußert ein verwundeter Gefangener aus den Nordstaaten, "daß er Lincoln und die Sklavenbefreiung genauso haßt wie wir und nur kämpft, um die Union zu retten. Sie sagen alle das Gleiche."

… Der Süden zeigte aus vielen Gründen kein Interesse am Krieg. Er war auch fest überzeugt, daß es gar nicht dazu kommen werde. Er war es zwar leid, den Norden, in dem sich die Fabriken ausbreiteten, zu ernähren, er wollte seine Unabhängigkeit.

Aber den Krieg wollte er nicht, auch wenn er dann seine Möglichkeiten überschätzt haben mag. Doch schlimmstenfalls erwartete er das Eingreifen von Großbritannien und Frankreich, beide zu einem beachtlichen Teil auf seine Agrarerzeugnisse angewiesen, besonders auf die weltwirtschaftlich äußerst wertvolle Baumwolle, die man allerdings auch (wie das für Englands Haltung wichtige Getreide!) aus dem Norden bezog, später aus Ägypten und Indien. Doch lag eine Intervention der europäischen Staaten zugunsten des amerikanischen Südens durchaus nahe, zumal sie von vornherein kein Interesse hatten an einer starken Union.

Schon im Mai erkannte Europa so, zur Überraschung des Nordens, die Konföderierten als Kriegführende an. Und um sie wenigstens vom Kriegseintritt abzuhalten, der die Spaltung der USA womöglich verewigt hätte - welch' ein Glück für die Welt wär's gewesen! -, veröffentlichte der lang zögernde Lincoln am 22. September 1862 seinen einstweiligen Emanzipationserlaß. Er erklärte kraft seiner "Machtvollkommenheit als Präsident der Vereinigten Staaten" alle Sklaven in den aufständischen Gebieten vom 1. Januar 1863 an für frei.

Das berühmte Befreiungsdekret galt indes nur für die nicht von der Union kontrollierten Gebiete. Die besetzten Teile schloß es aus - eine Rücksicht auf die Grenzstaaten Delaware, Maryland, Kentucky und Missouri.

Im Norden war man mit den Sklaven nicht anders umgegangen als im Süden. Man hatte sie mit Fußtritten, mit Peitschenhieben traktiert, hatte die Familien auseinander gerissen, kurz, die Sklaven wie Sachen behandelt, wie "Vieh" - freilich ihnen auch fest Gottvertrauen eingepflanzt.

Ein junger Nordstaatler berichtet aus dem Bürgerkrieg: "Für die Schwarzen ist Gott der Herr alles. Ihr Vertrauen, daß der Herr ihnen helfen wird, hat zweihundert Jahre überdauert. Manchmal frage ich mich, ob der Herr es nicht mit der weißen Rasse hält und den Schwarzen etwas vormacht, einfach weil sie schwarz sind ... sie können nicht zehn Worte über die Sklaverei und "old Massa" und "old Missus" reden, und schon fangen sie wieder an mit: "Gelobt sei Gott und der süße Jesus." Und doch hat Gott in diesem Lande Washington zugelassen, daß sie seit mehr als zweihundert Jahren gekauft und versteigert werden wie unser Rindvieh und unsere Schweine."

Noch in der ersten Zeit des Krieges erkannte man auch im Norden das Eigentumsrecht an Sklaven offiziell an. Die Offiziere der Nordstaaten hatten sogar im Krieg ihre "Negerdiener" bei sich (wie in den Südstaaten allerdings fast jeder Soldat). Erst inmitten des Gemetzels, am 19. Juni 1862, wird die Sklaverei im Gebiet der Union abgeschafft.

Im Süden ist man jetzt oft dankbar, ja, ganz gerührt über die Hilfe der Schwarzen für die Familien der Weißen. Andere aber nützen die Gunst der blutigen Stunde, werden aufmüpfig, empören sich, und so wird auch gemeldet, "daß sie in Louisiana und Mississippi die Neger zur Strafe für versuchten Aufruhr wie Vögel in die Bäume hängen". Und allmählich hat man wohl überall im Süden Grund, die Schwarzen im Fall ihrer Erhebung zu fürchten, sogar noch mehr als die "gesetzlosen Yankee-Soldaten".

Julia LeGrand, Tochter eines einst reichen Plantagenbesitzers, notiert am 31. Dezember 1862 von den Truppen der Nordstaaten: "Die meisten Soldaten hassen die Neger und beschimpfen sie, wo sie nur können". Ja, sie schreibt angesichts einer vermeintlich drohenden Sklavenre-

bellion: "Der Chef der Feldpolizei der Union hat angeordnet, daß die entwaffneten Konföderierten jetzt ihre Waffen zurückerhalten und die aufständischen Neger niederschießen sollen (wie die Hunde). Und das, nachdem man die Neger mit allen Mitteln dazu aufgeputscht hat, sich gegen ihre Herren zu erheben!"
Innenpolitisch war Lincolns Befreiungserlaß so gut wie erfolglos. Außenpolitisch aber zeigte er Wirkung: ein Eingreifen Englands und Frankreichs zugunsten der Sklavenstaaten war jetzt aus moralischen Gründen so gut wie unmöglich, da die Union nun einen Krieg (auch) zur Befreiung der Sklaven führte.
Dabei hatte der Präsident noch wenige Monate vor seinem Erlaß erklärt, der Kongreß habe keinerlei Recht, in irgendeinem Staat die Sklaven zu befreien. Ja, Lincoln hatte noch nach der Sklavenbefreiung in Georgia, Florida und South Carolina durch den Unions-General Hunter am 9. Mai 1862 dessen Befehl rückgängig gemacht.
Und deshalb (in der New York Tribüne) getadelt, bekannte er: "Mein höchstes Ziel in diesem Kampf ist, die Union zu retten, und nicht, die Sklaverei zu zerstören oder zu retten. Wenn ich die Union retten könnte, ohne einen einzigen Sklaven zu befreien, so würde ich es tun; wenn ich sie retten könnte, indem ich alle Sklaven befreite, würde ich es tun; und wenn ich die Union retten könnte, indem ich manche befreite und die anderen ließe, so würde ich auch das tun."
Selbstverständlich ließ der Norden die vom Präsidenten "mit einem Federstrich" befreiten Sklaven gleich für sich kämpfen. Lincoln selbst würdigte, "wie tapfer sie sich geschlagen", und sagte: "Man hat von allen Seiten Einwände gemacht, als ich zum ersten Mal den Vorschlag machte, farbige Regimenter aufzustellen. Aber jetzt haben sie ihre Leistungsfähigkeit bewiesen, und ich freue mich, daß sie in den letzten Kämpfen mit den Weißen Schritt gehalten haben. Wir möchten doch, daß jeder nur irgend verfügbare Mann zur Front geht, und ich pflege meinen Gegnern, die immer noch gegen den Einsatz von Negern sind, zu sagen, daß es in solchen (!) Zeiten gut wäre, ein wenig farbenblind zu sein."
Ja, wie urteilte ein - durchaus wohlmeinender - Besucher des Weißen Hauses, der beim Präsidenten zwar keine "Bücherweisheit" bemerkte, wohl aber eine "Art Bauernschläue"?
"Grundehrlich und doch in einer gewissen Weise verschlagen", mit "Weisheit begabt, die fast einer Verschmitztheit nahe kommt", "ein wirklicher Repräsentant aller Yankees ..., ein echtes Musterexemplar ..." Doch wie bauernschlau und verschlagen dieser grundehrliche Yankee-Repräsentant, dies echte Musterexemplar, auch war, man zeigte ihm die Zähne, signalisierte ihm wild entschlossenen Widerstand.
Kein anderer als der Südstaatler John Tyler, der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, schreibt am 17. April 1861 in Richmond, man habe sich von "diesem Haufen von Sklavenbefreiern gelöst", und versichert, "in ganz Virginia herrscht ein Geist, der nicht vernichtet werden kann, bis das Leben des letzten Mannes ausgelöscht ist". …<<
Von 1830-1860 wächst die Zahl der eingewanderten Europäer um 4,6 Millionen. Die Angloamerikaner (16 %) stellen weiterhin die US-Führungsschicht, obwohl die Iren (39 %) und die Deutschen (30 %) im 19. Jahrhundert wesentlich höhere Einwanderungsquoten erreichen (x061/373).
Im Jahre 1860 besitzt Nordamerika bereits eine Bevölkerung von 31,3 Millionen.
Im Staat Idaho ordnet man um 1860 die systematische Tötung der dort lebenden Ureinwohner an (x122/377-378): >>... Es wird beschlossen, daß drei Männer beauftragt werden sollen, 25 Mann für die Indianerjagd auszusuchen ... Für jeden Skalp eines ausgewachsenen Bockes (als "Bock" bezeichneten die Leute von Idaho einen männlichen Indianer!) sollen 100 Dollar, für jedes Weib 50 Dollar und für alle Kinder unter zehn Jahren 25 Dollar gezahlt werden. Außerdem muß jeder Skalp die Skalplocke besitzen, und jeder Mann muß eidlich erklären, daß der besagte Skalp von ihm persönlich erbeutet worden ist.<<

Asien: Französische Truppen besetzen von 1860-1862 große Teile des Mekong-Gebietes.
Libanon: Aufgrund von Christenverfolgungen besetzen französische Truppen 1860/61 vorübergehend Libanon.
China: Pjotr Petrowitsch Semjonow (1827-1914, russischer Geograph und Asienreisender, erforscht 1856/57 erstmals den Tienschan) berichtet im Jahre 1860 über die Eroberung Pekings durch Engländer und Franzosen (x233/128): >>... Unweit der Hauptstadt lag der berühmte Sommerpalast, chinesischer Louvre und Versailles zugleich. ... Er war mit Schätzen chinesischer Kunst und Kultur angefüllt. ...
Der Palast wurde zunächst von den Franzosen besetzt. Der General Montauban, selbst ein "leidenschaftlicher Sammler", fand es nur gerecht, seinen Soldaten die nämliche Leidenschaft zuzugestehen: jeder von ihnen durfte sich etwas "zum Andenken" mitnehmen. ...
Als wenige Stunden nach den Franzosen die Engländer eintrafen, galt es, das versäumte nachzuholen. ... Ein ganzer Zug wurde mit "Souvenirs" für Napoleon III. und die Königin Viktoria vollgeladen. ...
Das einzige, wofür sich niemand von den Sammlern interessierte, waren die alten Manuskripte. ... Als der Palast in Flammen aufging, brannten sie lichterloh. Der Befehl zur Brandlegung wurde vom englischen Oberbefehlshaber erteilt. ...
"Wir nannten sie schon früher Barbaren", sagte ein chinesischer Prinz, "welchen Namen sollen wir ihnen jetzt geben?" ...<<
1861
Preußen: Nach dem Tod Friedrich Wilhelms IV. wird sein Bruder Wilhelm I. (1797-1888) im Jahre 1861 preußischer König.
Nachdem die preußischen Könige Friedrich W. III. (1770-1840) und Friedrich W. IV. (1795-1861) die Vormachtstellung Österreichs widerspruchslos anerkannt hatten, ändert sich ab 1861 das preußisch-österreichische Verhältnis grundlegend.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den späteren deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x816/633-635): >>Wilhelm I. Friedrich Ludwig, deutscher Kaiser und König von Preußen, der zweite Sohn Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz, wurde am 22. März 1797 zu Berlin geboren.
Am 1. Januar 1807, in der Unglückszeit nach der Katastrophe von Jena, wurde er zum Offizier ernannt. Seine Erziehung (durch Delbrück und ... Hauptmann von Reiche) war eine treffliche; der Prinz zeigte schon früh einen klaren, praktischen Verstand, große Ordnungsliebe und einen gesetzten, ernsten, zuverlässigen Charakter und glich darin sehr seinem Vater, während er an geistiger Begabung und Regsamkeit seinem älteren Bruder, Fritz (Friedrich Wilhelm IV.), nachstand.
1814 durfte er, zum Hauptmann ernannt, seinen Vater auf dem Feldzug in Frankreich begleiten, erwarb sich ... am 26. Februar das Eiserne Kreuz, zog am 31. März mit in Paris ein, folgte den Monarchen auch beim Besuch in England und führte, am 8. Juni 1815 konfirmiert und zum Major befördert, ein Bataillon des 1. Garderegiments von neuem nach Frankreich, wo indes der Krieg schon zu Ende war.
Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des Stettiner Gardelandwehrbataillons, 1818 als Generalmajor das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die 1. Gardedivision und 1825 als Generalleutnant die Führung des Gardekorps. Mit treuer Sorgfalt widmete er sich den Pflichten seiner militärischen Stellung und war mit Erfolg bemüht, in der langen Friedenszeit den militärischen Geist in den Truppen zu erhalten.
Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den Petersburger Hof gesandt.
Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin Elise Radziwill, die er innig liebte, verzichtet hatte, weil sie Streit über die Erbfolge in der Dynastie hervorzurufen drohte, vermählte

er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders, Karl, war. Dieselbe gebar ihm am 18. Oktober 1831 den Prinzen Friedrich Wilhelm und am 3. Dezember 1838 die Prinzessin Luise (jetzige Großherzogin von Baden).
Nach dem Tod seines Vaters 1840 erhielt er als ... Thronfolger seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. den Titel "Prinz von Preußen" und wurde bald darauf zum General der Infanterie befördert.
Bei dem Abbruch der Revolte am 18. März 1848 war der Prinz zwar für Bewilligung einer konstitutionellen Verfassung, aber vorher für Unterdrückung des Aufstandes mit Waffengewalt. Da er überdies, wegen seiner ausgesprochenen Vorliebe für das Militärwesen, als die Hauptstütze der absolutistischen Tendenzen galt, gab sich gegen ihn eine solche Aufregung kund, daß man es für angemessen hielt, ihn für einige Zeit sich entfernen zu lassen.
Der Prinz begab sich am 22. März nach London, wo er mit dem Prinzen Albert ... und anderen Staatsmännern verkehrte und seine politischen Anschauungen klärte. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil und bewies ein klares, vorurteilsfreies Verständnis dafür.
Anfang Juni kehrte er nach Berlin zurück. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, keinen weiteren Anteil an den Verhandlungen.
Am 8. Juni 1849 erhielt er den Oberbefehl über die zur Bewältigung der süddeutschen Revolution bestimmten Truppen und unterwarf, nachdem er in Mainz einem Attentat glücklich entgangen (war), in wenigen Wochen die aufständische Pfalz und Baden. Im Oktober ... zum Militärgouverneur am Rhein und in Westfalen ernannt, nahm er seinen Wohnsitz in Koblenz; 1854 wurde er zugleich Generaloberst der Infanterie mit dem Rang eines Feldmarschalls und Gouverneur der Festung Mainz.
Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung von den Ausschweifungen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, daß er, besonders seit den Verwickelungen mit Österreich und seit dem Krimkrieg, als Hauptvertreter der Machtstellung Preußens galt, und daß alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Krankheit des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und am 7. Oktober 1858 als Regent an die Spitze der Regierung trat.
Nachdem er am 26. Oktober den Eid auf die Verfassung geleistet (hatte), berief er am 5. November das liberale Ministerium Hohenzollern ("neue Ära") und legte am 8. November in einem Erlaß an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar. Zwar betonte er, daß von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne, erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach er sich dagegen aus, daß Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebe, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen.
Diese Stellen fanden im Volk und bei dem neugewählten überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus den meisten Beifall, da die kirchliche Reaktion und die russische Politik Friedrich Wilhelms IV. am meisten verstimmt hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.
Dies sah der Prinz in der Tat als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, wo die Mobilmachung auf große Schwierigkeiten stieß und viele Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Leider konnte sich die Majorität des Abgeordne-

tenhauses nicht entschließen, die Mehrkosten der durchgreifenden Heeresreorganisation, welche 1860 vorgelegt wurde, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutschnationale Gesinnung und Politik definitiv zu bewilligen. Voll Ungeduld wollte man erst tatsächliche Beweise einer energischen, erfolgreichen deutschen Politik sehen.
Am 14. Juli 1861 machte der Student Oskar Becker in Baden-Baden sogar ein Attentat auf Wilhelm I., der nach Friedrich Wilhelms Tod (2. Januar 1861) wirklich König geworden war, verwundete ihn aber nur leicht.
Die Krönung (18. Oktober 1861), welche Wilhelm I. veranstaltete, um die von dem Parlament unabhängige Macht des Königtums zu betonen, verstärkte das Mißtrauen gegen die konstitutionellen Ansichten des Königs; die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 fielen fortschrittlich aus, und mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es die gesetzliche Genehmigung der tatsächlich bereits durchgeführten Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der Verfassungskonflikt, in dem der König sein eigenes Werk, die Reorganisation, mit Standhaftigkeit festhielt und für das Ministerium Bismarck so verhaßt es war, in seinen Konflikten mit dem Abgeordnetenhaus mit seiner ganzen königlichen Autorität, obwohl erfolglos, eintrat; ja, der König verlor selbst rasch seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1863-65 zeigte.
Obwohl Wilhelm I. schwer darunter litt, daß ihm die Herzen des Volkes entfremdet wurden, blieb er doch in der Verteidigung der Rechte der Krone standhaft. Während unter diesen Umständen die Reformen im Inneren völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, verfolgte der König unter Bismarcks ebenso kühnem wie staatsklugem Beirat eine entschiedene Politik in der deutschen Frage. Da aber die damalige öffentliche Meinung den König und Bismarck völlig verkannte, so hielt man das Verhalten des Königs gegen den Fürstenkongreß 1863 und in der schleswig-holsteinischen Sache 1864 für bloße Spiegelfechterei und ließ sich nicht versöhnen.
Um nun den Konflikt zu beenden, ohne die mit vieler Mühe vortrefflich durchgeführte Heeresreorganisation preisgeben zu müssen, brachte der König seine Legitimitätsansichten zum Opfer und ging, wiewohl widerstrebend, auf Bismarcks geniale Politik ein, welche 1866 zum Entscheidungskampf mit Österreich führte. In diesem übernahm der König selbst den Oberbefehl über das Heer und errang den glänzenden Sieg bei Königgrätz.
Bei den Friedensverhandlungen verzichtete er nur ungern auf die Annexion Sachsens, um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen, und bot dem Landtag durch das Indemnitätsgesetz die erste Hand zum Frieden. Dieselbe wurde freudig ergriffen und der Einklang zwischen Monarch und Volk wiederhergestellt. Die militärische Fürsorge des Königs hatte sich herrlich bewährt.
Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm I. Präsident desselben. Im Inneren lenkte er mehr und mehr wieder in die liberale Bahn ein. Die verhaßtesten Minister der Konfliktsperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Die Entwicklung des Norddeutschen Bundes wurde unterbrochen durch den Krieg mit Frankreich 1870, der Wilhelm I. und seine Schöpfung, das Heer, mit neuem, weit glänzenderem Ruhm bedecken sollte.
Wilhelm I. übernahm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei Gravelotte und bei Sedan und leitete von Oktober 1870 bis März 1871 mit unermüdlicher Arbeitskraft von Versailles aus die militärischen Operationen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen und die politischen Verhandlungen über die Herstellung des Deutschen Reiches.
Durch die Kaiserproklamation, welche am 18. Januar 1871 im Versailler Schlosse stattfand, nahm Wilhelm I. für sich und seine Nachfolger an der Krone Preußen den Titel eines "deut-

schen Kaisers" an und versprach, "allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung".
Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin. Rastlos widmete er sich wieder den Regierungsgeschäften, sowohl der Vollendung der militärischen Organisation des Deutschen Reiches als der inneren Reform des preußischen Staatswesens. Wie immer pflichtgetreu und streng gesetzlich, hielt er in dem sogenannten Kulturkampf gegenüber allen ultramontanen Schmeicheleien und Drohungen entschlossen zu seinen Ministern und wies die Anmaßung des Papstes in seinem berühmten Schreiben vom 3. September 1873 ebenso entschieden wie würdig zurück.
Den äußeren Frieden bemühte er sich durch Versöhnung der Gegensätze und Feindschaften der Nachbarmächte zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 den Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Rußland und Österreich zustande, welcher die beiden letzteren Mächte einander näherte und die Aufrechterhaltung des Friedens sich zur Aufgabe machte.
Demselben Zweck sollten die Besuche dienen, welchen sich der Kaiser 1873 in Petersburg und Wien, 1875 in Mailand unterzog, wie er es sich denn stets angelegen sein ließ, durch den Eindruck persönlichen Verkehrs auf Besuchen in neuerworbenen Landesteilen beschwichtigend und versöhnend für die Einigung der deutschen Nation zu wirken.
Durch die Erfolge dieser unermüdlichen, aufopfernden Tätigkeit für das Gemeinwohl erlangte Wilhelm I. eine außerordentliche Beliebtheit, die sich 1. Januar 1877 bei seinem 70jährigen Militärjubiläum und am 22. März 1877 an seinem 80. Geburtstag in großartigen Huldigungen aller Stände des deutschen Volkes bewährte. Selten war es einem Fürsten zuteil geworden, wie ihm, noch in hohem Alter, am Spätabend seines Lebens, seinem Haus und Staat solche Ehren zu erringen und nicht bloß der älteste, sondern auch der angesehenste und mächtigste Monarch Europas zu sein.
Um so größeres Erstaunen und Entsetzen mußte es erregen, als ein Leipziger Klempnergeselle, Max Hödel, durch sozialdemokratische Agitationen verwirrt, am 11. Mai 1878, als der Kaiser mit der Großherzogin von Baden in offenem Wagen durch die Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere, glücklicherweise erfolglose, Schüsse auf ihn abschoß.
Noch war die Aufregung hierüber nicht beschwichtigt, als drei Wochen später, am 2. Juni (einem Sonntag), als der Kaiser allein nach dem Tiergarten fuhr, fast an derselben Stelle, aus einem Fenster des Hauses Nr. 18 Unter den Linden, zwei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden, die ihn erheblich (mit 30 Schrotkörnern in Kopf und Arme) verwundeten. Der Täter, Karl Nobiling, wurde, durch einen Selbstmordversuch schwer verletzt, ergriffen.
Obwohl der Kaiser so krank wurde, daß er am 4. Juni den Kronprinzen zum Stellvertreter ernennen mußte, so bewahrte er dennoch unerschütterliche Seelenruhe und Gleichmut. Unter sorgfältigster Pflege der Ärzte erholte er sich allmählich von der schweren Verwundung und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und Wiesbaden am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm.
Die Huldigungen, die ihm während und nach seiner Genesung dargebracht wurden, waren zahllos und großartig. Im Juli wurde im ganzen Reich die Wilhelms-Spende aus kleinen Gaben gesammelt; sie ergab 1.800.000 Mark von 12 Millionen Gebern.
Unerschüttert in seiner Liebe und in seinem Vertrauen zum Volk erließ er am 17. November 1881 und am 14. April 1883 die Botschaften an den Reichstag, in denen er die wichtigen sozialen Gesetze für das Wohl der Arbeiter ankündigte. Auch knüpfte er Verhandlungen mit dem neuen friedliebenden Papst Leo XIII. zur Beendigung des Kulturkampfes an. Ungeachtet seiner tief gewurzelten Sympathien für Rußland gab er 1879 seine Zustimmung zum Bündnis mit Österreich. Unermüdlich war er auch für das Heer tätig und gönnte sich nur im Sommer in

Ems und Gastein einige Erholung.
Diese treue, selbstlose Fürsorge für das Wohl Deutschlands, seine schlichte und doch imponierende, würdevolle Erscheinung verschafften ihm eine Popularität in Deutschland und ein Ansehen in der Welt, wie nie zuvor einem deutschen Herrscher; dies zeigte sich bei seiner goldenen Hochzeit, bei seinem 80jährigen Militärjubiläum (1. Januar 1887), bei seinem 25jährigen Regierungsjubiläum (2. Januar) und bei seinem 90. Geburtstag.
Schmerzlich getroffen durch die Krankheit seines Sohnes und den Tod seines Enkels (des Prinzen Ludwig von Baden), starb Wilhelm I. nach kurzer Krankheit am 9. März 1888 in Berlin und wurde am 16. März im Mausoleum zu Charlottenburg beigesetzt. Zahlreiche, teilweise großartige Denkmäler wurden ihm errichtet; das 2. westpreußische Grenadierregiment Nr. 7 wurde Grenadierregiment König Wilhelm I. benannt.
Wilhelm I. war von großer, imposanter Gestalt und regelmäßigen, angenehmen und freundlichen Gesichtszügen. Geregelte Tätigkeit und einfache, mäßige Lebensweise bewahrten ihm bis in sein hohes Alter eine seltene körperliche Rüstigkeit und geistige Frische. Allgemein bewundert wurden seine Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr und seine unermüdliche Ausdauer in der Erfüllung seiner Pflichten als Monarch sowohl in Staatsgeschäften wie bei den offiziellen Festen. "Einfach, bieder und verständig", so hatte seine Mutter ihn 1810 bezeichnet, und so entwickelte er sich harmonisch.
Hervorragende, glänzende Geistesgaben zeichneten ihn nicht aus; hauptsächlich nur für militärische und politische Dinge zeigte er Vorliebe, eingehendes Verständnis und selbständiges Urteil, weniger für Künste und Wissenschaften. Bedeutender waren seine Charaktereigenschaften: seine Wahrheitsliebe, Treue, Dankbarkeit, sein sittlicher Mut, seine Standhaftigkeit in gefährlichen, seine Mäßigung in glücklichen Lagen.
Namentlich anzuerkennen waren die Bescheidenheit, mit der er die Verdienste der von ihm selbst ausgewählten Gehilfen, wie besonders Bismarcks, Moltkes und Roons, nicht nur selbst anerkannte, sondern auch die mitunter ihn selbst in Schatten stellende Glorifikation derselben ohne Eifersucht ertrug, sowie besonders das strenge Pflichtgefühl, welches ihm das Wohl und die Größe des ihm anvertrauten Staates und Volkes als höchste Richtschnur seines Denkens und Handelns gelten, welches ihn nicht bloß im einzelnen Fall dem Gesetz sich unterwerfen, sondern auch altgewohnte Ansichten und Lieblingsideen seiner Pflicht zuliebe unterdrücken ließ.
Kaiser Wilhelm I. war ein glänzendes Beispiel dafür, daß im Staatsleben ein Charakter weit mehr wert ist als ein Talent. ...<<
Rußland: Zar Alexander II. führt wegen der katastrophalen Folgen des verlorenen Krimkrieges (1853-56) und der zahllosen Bauernaufstände ab März 1861 umfangreiche Reformen durch: Aufhebung der beinahe sklavischen Leibeigenschaft, Neuordnung des Schulwesens und Einführung westeuropäischer Rechtsprechung.
Ein russischer General berichtet Anfang 1861 über einen Bauernaufstand (x233/86-87): >>... Schüsse knallen. In der Menge fielen einige Bauern, aber die Aufständischen wankten nicht. Im Gegenteil, sie erhoben die Hände und schrien immer lauter.
Da ich das Heben der Hände als eine Bitte um Gnade betrachtete, stellte ich das Feuern ein. Aber es erwies sich, daß die Bauern durch Hochheben der Hände ihre Bereitschaft bekunden wollten, für Gott und den Zaren zu sterben. "Alle bis auf den letzten werden wir sterben. Wir ergeben uns nicht."
Es erfolgte die zweite Salve. Trotzdem streckte das Volk die Hände empor und setzte hitzig sein früheres Geschrei fort. ...
Eine dritte Salve führte ebenfalls zu nichts. Unter den Bauern hatte sich der Glaube festgesetzt, daß sie auf ewige Zeiten Leibeigene blieben, wenn sie sich bis Ostern nicht von der Fron befreit hätten. ...<<

Zar Alexander II., der die Sklavenhaltung 2 Jahre vor dem US-Präsidenten Abraham Lincoln abschafft, ist ein ehrgeiziger, reformfreudiger Herrscher und gleichzeitig ein erbitterter Gegner des Panslawismus. Der Zar lehnt die Vereinigungsbestrebungen der slawischen Völker entschieden ab.
Im Manifest des Zaren vom 3. März 1861 heißt es (x176/216-217): >>1. Die Leibeigenschaft wird aufgehoben. Alle Bauern sind freie Bürger.
2. Die Bauern erhalten ihre Höfe zur dauernden Nutzung und können ihn durch Kauf zu gesetzlich vorgeschriebenem Preis in persönliches Eigentum umwandeln.
3. Die Bauern erhalten einen bestimmten Landanteil zur dauernden Nutzung. ...
6. Die Gutsherren sind nicht mehr verpflichtet, ihren Bauern im Falle wirtschaftlicher Not oder vor Gericht beizustehen.<<
Das Ende der Sklaverei wird von der russischen Bevölkerung zunächst mit großer Begeisterung gefeiert, aber eine allgemeine Enttäuschung über die Bestimmungen des Befreiungsgesetzes stellt sich schon bald ein. Von bürgerlichen Freiheitsrechten und größerer Freizügigkeit ist auch nach 1861 bei den russischen Bauern nichts zu erkennen.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Aufhebung der "Leibeigenschaft" in Rußland (x810/645-646): >>... Auf weit größere Schwierigkeiten stieß dagegen die Abschaffung der Leibeigenschaft in Rußland, woselbst die Leibeigenschaft mit dem Volksleben viel inniger verwachsen war als in Deutschland.
Denn in Rußland gab es gar keinen freien Bauernstand, ebensowenig, abgesehen von dem Kaufmannsstand, einen eigentlichen Bürgerstand. Für die Bildung eines solchen ist der slawische Volkscharakter überhaupt wenig günstig, während dieser Stand gerade auf dem germanischen Volksboden am besten gedeiht.
Bedenkt man nun, daß die Zahl der russischen Leibeigenen vor der Emanzipation nahezu ein Drittel der Gesamtbevölkerung betrug, daß z.B. in den Gouvernements Smolensk und Tula auf 100 Einwohner 69 Leibeigene kamen, so wird man es begreiflich finden, daß die Emanzipation Kaiser Alexanders eine kolossale Umwälzung hervorrufen mußte.
Was die Entstehung der Leibeigenschaft in Rußland anbetrifft, so ist diese auch hier jedenfalls auf kriegerische Unterwerfung zurückzuführen. Wenn aber die Leibeigenschaft in Rußland einen gewissen patriarchalischen Charakter trug, so ist derselbe zumeist aus dem früheren Nomadenleben des russischen Volksstammes erklärlich. Zudem war diese Unfreiheit der akkerbauenden Klasse keine eigentliche persönliche Leibeigenschaft; es war vielmehr die Gesamtheit der ländlichen Gemeinde, welche von dem Gutsherrn Ländereien erhielt und diesem zu Frondiensten und Abgaben verpflichtet war.
Die russischen Bauern hatten nämlich ehemals die Gewohnheit, in bestimmten Fristen von einem Gut nach dem anderen überzuwandern. Diese sogenannte Freizügigkeit wurde jedoch unter Boris Godunow ... 1592 aufgehoben, indem die Bauern seit dieser Zeit an den Boden geheftet wurden, welchen sie zu dem gedachten Zeitpunkt bebaut hatten.
Unter Peter dem Großen wurde sodann die persönliche Leibeigenschaft aller Bauern zum Gesetz erhoben, dem Grundadel ein freies Verfügungsrecht über seine Bauern eingeräumt, aber auch umgekehrt die Verpflichtung zum Unterhalt und zur Ernährung der Leibeigenen im Fall eigenen Unvermögens auferlegt. Der ursprüngliche patriarchalische Charakter blieb … Leibeigenschaft; das Verhältnis des Leibeigenen zu seinem Herrn, welchen er "Väterchen" anredete, war kein knechtisches, bis sich dies mit der neurussischen, modernisierenden Richtung allmählich änderte.
Der russische Adel, welcher nach moderner Sitte strebte und von Ausländern erzogen wurde, lebte größtenteils in Petersburg oder im Ausland und wurde so seinen Bauern entfremdet. Die Güter desselben wurden durch dritte Personen, meist durch Deutsche, verwaltet, welche sich den Leibeigenen gegenüber manche Willkürlichkeiten erlaubten.

Dazu kam, daß mit der größeren Entwicklung der Industrie zahlreiche Leibeigene, natürlich nur mit Zustimmung ihres Gutsherrn, sich gewerblicher Beschäftigung hingaben. Es wurde nämlich den Leibeigenen gegen eine jährliche Abgabe gestattet, sich den Lebensunterhalt außerhalb des Gutes zu verdienen, und da die "Seelenbesitzer" auf diese Weise ihr "Menschenkapital" besser ausnutzen konnten, war namentlich die Vermietung von Leibeigenen an Fabrikunternehmer an der Tagesordnung.
Es kam aber auch vor, daß reiche Kapitalisten, Bankiers, wissenschaftlich gebildete Männer, sogar Künstler leibeigen waren. Der Leibeigene, der nur noch bei der Gemeinde "angeschrieben", nicht mehr mit ihr verwachsen war, stand alsdann in einem rein persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu seinem Herrn, dessen Willkür er preisgegeben war, wenn auch Kaiser Nikolaus für jeden Kreis einen Adelsmarschall bestellt hatte, welcher die Leibeigenen schützen sollte. Die Beseitigung dieser mit dem modernen Staats- und Völkerleben unvereinbaren Zustände wurde schon von Alexander I. in Aussicht genommen; aber nur in den Ostseeprovinzen, wo ... die Leibeigenschaft überhaupt mildere Formen angenommen hatte, gelang deren Abschaffung (1817).
Kaiser Nikolaus erließ dann verschiedene Ukasse (Erlasse), durch welche die materielle Lage der Leibeigenen dadurch, daß ihnen das Recht zum selbständigen Vermögenserwerb eingeräumt wurde, verbessert werden sollte. Das große Emanzipationswerk selbst wurde aber erst unter Alexander II. vollbracht. Zunächst wurde nämlich dem Adel durch Ukas vom 2. Dezember 1857 der kaiserliche Wunsch kundgegeben, er möge darüber beraten, "wie die Lage der Bauern gegenüber den Eigentümern der adligen Güter durch genaue Bestimmung ihrer wechselseitigen Verpflichtungen und Beziehungen zu verbessern und zu sichern sei".
Freilich folgte der altrussische Adel diesem Ruf nur langsam und zögernd; doch schon 1858 trat ein "großes Leibeigenschaftskomitee" von zwölf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Kaisers selbst zusammen, welchem dann in den einzelnen Gouvernements besondere Komitees unterstellt wurden, welche die Emanzipation der Leibeigenen vorzubereiten hatten. Nachdem dann die Krone selbst mit der Emanzipation der Kronbauern vorausgegangen war, wurde das Emanzipationsgesetz vom 19. Februar 1861 erlassen, welches die Aufhebung der Leibeigenschaft für den ganzen Umfang des russischen Reiches auf den 17. März 1863 feststellte.
Dieses weise Gesetz erteilte den russischen Leibeigenen die persönliche Freiheit, behielt aber die bisherigen Gemeindeverhältnisse, namentlich den Gemeindebesitz, bei, um die Bauern allmählich ... an die Freiheit zu gewöhnen. Den Gemeinden wurde den Gutsherren gegenüber die Verpflichtung auferlegt, ihre Mark von diesen entweder eigentümlich zu erwerben, oder in Erbpacht zu nehmen, indem die Gemeinde als solche für die dem Herrn dagegen zu entrichtenden Leistungen an Geld oder Arbeit einzustehen hatte (sogenannte Gemeinbürgschaft). Übrigens stand der Staat dabei den Gemeinden durch die Gewährung von Vorschüssen helfend zur Seite.
Diese "Loskaufsoperation" wurde inzwischen wesentlich gefördert, (ist) aber noch nicht allenthalben und vollständig zum Abschluß gediehen. Auch die Umwandlung des Gemeindebesitzes in Einzelbesitz ist angebahnt. War nämlich die Beibehaltung des Gemeindebesitzes für das Stadium des Übergangs dringend geboten, so ist derselbe gleichwohl mit einer gesunden Entwicklung eines freien Bauernstandes unvereinbar. ...<<
Italien: Im Jahre 1861 wird das Königreich Italien ausgerufen.
Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1861-1862 (x807/823-824): >>(Großbritannien) ... Am 5. Februar 1861 eröffnete die Königin das neue Parlament. ... Am 30. März erfolgte die Anerkennung des Königreiches Italien durch Großbritannien.
Im Orient, wo Frankreich im vorigen Jahr aus Anlaß der Unruhen in Syrien durch Entsendung eines Okkupationsheeres sich bemüht hatte, die Sympathie der christlichen Bevölkerung zu

gewinnen, suchte Großbritannien jede Veränderung der bestehenden Zustände zu verhüten; insbesondere verweigerte die Regierung jedes Entgegenkommen gegen die Wünsche der Bevölkerung der Ionischen Inseln, welche in ihrem Parlament das Aufhören des britischen Protektorats gewünscht hatten.
Erst 1862, als nach dem Sturz des Königs Otto von Griechenland es Großbritannien darauf ankam, einen dänischen Prinzen zum König gewählt zu sehen, wurden die Inseln an Griechenland abgetreten.
Dem zwischen den nördlichen und südlichen Staaten der nordamerikanischen Union ausgebrochenen Bürgerkrieg konnte Großbritannien schon um seiner Industrie willen, welcher das Rohprodukt der Südstaaten, die Baumwolle, zum unentbehrlichen Bedürfnis geworden war, nicht teilnahmslos zusehen. Trotz der Erklärung der Unionsregierung in Washington, daß sie sich einer Anerkennung der Südstaaten von seiten europäischer Mächte widersetzen werde, erkannten doch sowohl Großbritannien als Frankreich beide Teile als kriegführende Mächte an, erklärten aber zugleich ihre Neutralität.
Vermittlungsanträge Großbritanniens und Frankreichs wurden in Washington höflich abgelehnt; dagegen setzten die Südstaaten alles in Bewegung, um die europäischen Westmächte für sich zu gewinnen, und gaben hierdurch Veranlassung zu einem Vorfall (Trent-Affaire), der die Union fast in einen Krieg mit Großbritannien verwickelt hätte.
Zwei nach London und Paris bestimmte Kommissare der Konföderierten, Mason und Slidell, gelangten trotz der Blockade von New Orleans nach der Havanna und schifften sich hier am 7. November auf dem englischen Postdampfer Trent nach London ein. In der engen Durchfahrt des Bahamakanals wurde jedoch der englische Postdampfer Trent ... von einem Unionskriegsschiff angehalten und trotz der Proteste seines Befehlshabers zur Auslieferung der beiden Kommissare gezwungen.
Die Nachricht von diesem Vorfall rief in Großbritannien eine gewaltige Aufregung hervor. Je strenger die englische Regierung trotz der an manchen Orten herrschenden Sympathie mit den Südstaaten und trotz der gewaltigen Schädigung der britischen Industrie durch die infolge der Blockade der südlichen Häfen abgeschnittene Baumwollzufuhr bisher ihre Neutralität gewahrt hatte, um so allgemeiner war die Entrüstung über den durch die Trent-Affaire Großbritannien angetanen Schimpf. Die Regierung verlangte sofort von der Union die Freigebung der verhafteten Passagiere und rüstete unter Zustimmung des ganzen Landes für den Fall, daß diese Genugtuung verweigert werde, zum Krieg.
Im nordamerikanischen Kongreß schien zwar eine Partei bereit, den Krieg mit Großbritannien aufzunehmen; die Unionsregierung stellte jedoch am 26. Dezember die Gefangenen dem englischen Gesandten zur Verfügung, und England verzichtete hierauf seinerseits auf weitere Genugtuung.
Am 31. Oktober wurde zu London eine Konvention unterzeichnet, wonach Großbritannien, Frankreich und Spanien gemeinsam eine Expedition nach Mexiko zu unternehmen beschlossen, um dieses zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegen die Angehörigen ihrer Staaten zu zwingen; ausdrücklich wurde dabei bestimmt, daß die Kontrahenten durch diese Zwangsmaßregeln für sich weder einen Gebietserwerb noch irgendeinen besonderen Vorteil suchen und auf die inneren Angelegenheiten Mexikos keinen solchen Einfluß ausüben wollten, der das Recht der mexikanischen Nation, die Form ihrer Regierung frei zu bestimmen, beeinträchtigen würde; ein Vorbehalt, welcher, wie sich in der Folge zeigte, von seiten Frankreichs nicht ernstlich gemeint war.
... Als Frankreich ... im Jahre 1862 mit dem klerikalen mexikanischen General Almonte den Plan feststellte, in Mexiko eine Monarchie zu gründen und die Krone dem österreichischen Erzherzog Maximilian anzubieten, lehnten der englische und der spanische Bevollmächtigte jede Mitwirkung ab, und bald darauf verließen ihre Truppen Mexiko, worauf die Franzosen

allein weiter vorgingen. ...<<
USA: Als Jefferson Davis (1808-1889, politischer Führer der 11 Südstaaten) am 9. Februar 1861 die "Konföderierten Staaten von Amerika" (Hauptstadt Richmond) gründet, entschließt sich US-Präsident Abraham Lincoln, die Teilung des Landes mit Gewalt zu verhindern.
US-Präsident Lincoln erläutert am 4. März 1861 vor dem Kongreß seine zukünftige Regierungspolitik (x058/186): >>... Unter der Bevölkerung der Südstaaten scheint die Besorgnis zu bestehen, daß ihr Eigentum und ihre persönliche Sicherheit beim Amtsantritt einer republikanischen Administration bedroht sind. Niemals hat es einen vernünftigen Grund für eine solche Auffassung gegeben. Tatsächlich hat die ganze Zeit über der sehr weitgehende Beweis vom Gegenteil existiert und ihnen offen zur Prüfung vorgelegen. Er ist in fast allen veröffentlichten Reden dessen zu finden, der jetzt zu ihnen spricht.
Ich zitiere nur aus einer dieser Reden, wenn ich erkläre, daß "ich keine Absicht habe, direkt oder indirekt, habe, die Einrichtung der Sklaverei dort, wo sie besteht, zu zerstören. Ich glaube, daß ich kein gesetzliches Recht dazu habe, und ich habe keine Neigung, es zu tun". ...
Ich bin nach dem Studium des allgemeinen Rechts und der Verfassung der Meinung, daß die Union dieser Staaten unkündbar ist. Unkündbarkeit ist stillschweigend, wenn auch nicht ausdrücklich, im Grundgesetz aller Staatsregierungen mit einbegriffen. ...<<
In Nordamerika beginnt danach im April 1861 ein Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten. Der Republikaner Lincoln hat zunächst überhaupt keine Absicht, die Sklaverei in den Südstaaten abzuschaffen. Im nordamerikanischen Bürgerkrieg geht es den Nordstaaten in erster Linie um die Einheit des Landes und um wirtschaftliche Interessen (es herrscht z.B. großer Arbeitskräftemangel in den Nordstaaten), während die Südstaaten für die Beibehaltung der Sklaverei (Arbeitskräfte für Plantagenwirtschaft) und ihre wirtschaftliche Selbständigkeit kämpfen. Der nordamerikanische Bürgerkrieg von 1861-65 entwickelt sich sehr schnell zum 1. "modernen Krieg" des 19. Jahrhunderts (breite Fronten, Stellungskrieg, Materialschlachten).
Im Verlauf des US-Bürgerkrieges werden ab 1861 auch die letzten Stämme der nordamerikanischen Ureinwohner überall systematisch verfolgt und bis 1890 fast vollständig durch die US-Armee ausgerottet.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Anfang des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-65 (x192/386-387): >>... 1860 kam es schließlich zum Bruch. Die Wahl Abraham Lincolns aus Illinois, einem entschiedenen Gegner der Sklaverei, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten überzeugte die Führer des Südens, daß ihre Interessen in der Union nicht länger gewährleistet seien.
South Carolina sagte sich am 20. Dezember von der Union los, und bis zu Lincolns Amtseinführung im Januar 1861 hatten sich 6 weitere Staaten den Sezessionisten angeschlossen. Im Februar bildeten sie unter dem Namen "Confederate States of America" ("Konföderierte Staaten von Amerika") eine neue Republik der Südstaaten.
Um sich ein für allemal vom Norden zu lösen, beschossen sie Fort Sumter im Hafen von Charleston und erzwangen seine Kapitulation (13. April 1861). Doch die Nordstaaten und die US-Regierung wollten das politische System bewahren, dem ein Großteil der Erfolge der vergangenen 80 Jahre zu verdanken war. Sie waren entschlossen, die Rebellion gewaltsam niederzuschlagen. Das bewog die vier nördlichen Südstaaten unter Führung Virginias, sich den Konföderierten anzuschließen. Amerika versank im Strudel des Bürgerkrieges.
Der Norden war deutlich im Vorteil. Er war dreimal so reich wie der Süden und erzeugte zehnmal so viele Industrieprodukte (die Produktion an Feuerwaffen war 32mal höher); überdies rekrutierte der Norden im Verlauf des Krieges 2.200.000 Mann für seine Armee, während die Südstaaten nur 800.000 Mann aufbieten konnten. Doch die finanziellen Reserven des Südens reichten aus, um die Niederlage 4 Jahre lang abzuwenden, und einige Male schien sogar

ein Sieg der Konföderierten zum Greifen nahe. Denn schließlich mußte der Süden nur den Kampfwillen des Nordens brechen, während der Norden jeden Fußbreit Boden im Süden zurückerobern mußte. Es war ein Kampf auf Messers Schneide. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Bürgerkrieg von 1861-1865 (x068/115-116,124-130): >>Beim Bürgerkrieg war die Beseitigung der Sklaverei kaum mehr als ein Nebenprodukt. Denn nicht zur Befreiung der Sklaven wurde er geführt, sondern zur Erhaltung der Einheit, der Union. Primär interessierte die Sklavenfrage weder die Nord- noch die Südstaaten. Primär interessierte beide die Frage der Macht, interessierte vor allem den Norden die Vorherrschaft über den Süden.

Im Entscheidenden ging es um die Auseinandersetzung rivalisierender Wirtschaftskreise. Im Norden und Süden bestanden ganz verschiedene ökonomische und soziale Strukturen. Im Norden herrschte der sich immer mehr entwickelnde Industriekapitalismus, der Ackerbau, im Süden herrschten die Plantagenbesitzer, eine Sklavenhalternobilität und das mit ihm verfilzte Finanzbürgertum.

Und was dem industrialisierten Norden seine sich entwickelnde Technik, seine Fabriken waren, das waren dem rein agrarwirtschaftlich und agrarsozial orientierten Süden seine Baumwollballen und seine Negersklaven. Die Baumwolle galt geradezu als "Königin der Südstaaten", und die großen Profite der Baumwollplantagen waren nur durch die Sklaverei möglich. Ergo bestand der Süden auf Sklaverei, sogar auf Annullierung des Sklavenhandelsverbots von 1807.

Doch eine Ausdehnung der Sklaverei hätte dem Süden zumindest die wirtschaftliche Vormacht verschafft. Also war der Norden dagegen, dessen führende Industrie- und Finanzwelt die südstaatliche Oberschicht aus entscheidenden Positionen der USA verdrängen, eben unterwerfen wollte. Nicht ethische, nur wirtschaftliche und politische Aspekte gaben den Ausschlag.

Wir sehr es jeder Seite nur um den eigenen Vorteil ging, das eigene Geschäft, das eigene Geld, demonstriert deutlich das Wahlverhalten der deutschstämmigen Wähler im Norden und Süden während des Präsidentschaftswahlkampfes 1860. Abraham Lincoln siegte in 18 Staaten, und überall, wo die Deutschen überwogen, wurde er mit großem Abstand gewählt. Dagegen erhielt er im Süden keine einzige deutsche Stimme.

Nach dem Krieg wird für die Industrie- und Agrarclique des triumphierenden Nordens der Süden eine Kapitalanlagesphäre und ein Arbeitskräftereservoir. Doch arrangiert man sich natürlich wieder mit den einstigen Sklavenschindern, die auch ihren Großgrundbesitz behalten. Und der Union eröffnet die Re-Inkorporierung den Weg zu einer expansionistischen Großmacht, den Aufstieg zum Weltstaat. ...<<

>>… Im Süden war schließlich die Kriegsbegeisterung in der Tat weit größer als im Norden, wo man das Volk erst recht aufputschen mußte zum Kampf, durch säbelrasselnde Versammlungen, durch Einpeitscher, Redner und Chöre, wo man sich heiser grölte und sang. Die Propaganda arbeitete mit flatternden Fahnen, Militärmusik, nationalen Liedern. Auch Veteranen aus schon vertrockneten Blutbädern führt man vor.

Ein Augenzeuge aus Massachusetts erzählt, daß meist "ein alter Knabe" anwesend war, "der auf den kleinsten Anstoß hin losschrie wie eine Hyäne, daß er bereit sein würde, seine Muskete zu schultern, wenn er nicht leider schon so alt wäre ..." Ebenso agierte "ein patriotisches altes Mädchen", das unentwegt mit einer Flagge oder einem Taschentuch wedelte und kreischte, sofort mitzuziehen, wäre sie "nur ein Mann".

Und selbstverständlich trommelte auch und vor allem der Klerus zum Krieg. Zumindest im frommen Norden gab es sogar spezielle "Werbepfarrer", denen es auch nicht eben schlecht ging, wie das Dienern Gottes ja zusteht. Einer von ihnen bekundet in seinem Tagebuch: "Dinner beendet. Ausgezeichnete Mahlzeit: Spargel, grünes Rübenblattgemüse, gut gebratener

Schinken, Mais- und Weizenbrot und Buttermilch. Ich habe hier volle Pension, zwei schwarze Frauen zu meiner Bedienung und lebe großartig für einen Soldaten. Meine Gesundheit war nie besser ..."
Auch einen "Neger" hatte der Pfarrer angeworben, war aber gegen die Sklaverei. Doch mußte er sich (1863 im besetzten Tennessee) von einer Dame sagen lassen, daß Sklaverei eine Lehre der Bibel sei. "Vom ersten Buch Mose bis zur letzten Offenbarung ist die Bibel voller Sklaverei; die besten Männer besaßen Sklaven. Abraham, Isaak, Jakob und all die alten Väter und Christen hatten ihre Sklaven." Der Mann, der selber an die Bibel glaubt, ja, nach ihr handelt, "wenigstens bis zu einem gewissen Grade", weiß seinerseits freilich, daß die Bibel "auch voll von Krieg und Blutschande" sei, siehe die dreihundert Frauen Salomons plus siebenhundert Konkubinen, und spöttelt galant:
"Und nun meine Damen, was würden Sie, bei allem guten Willen, dazu sagen, wenn das Tausend-Frauen-System wieder eingeführt würde?"
Die Kirchen waren, wie üblich auf beiden Seiten, sehr ins ja gottgewollte Schlachtfest verstrickt, mit aufputschenden Predigten und sanften Gesängen wie "Lebewohl" und "Aufwiedersehen". Messen werden zelebriert, Andachten gehalten.
Vom einfachen Soldaten bis zum höchsten Offizier rennt alles jetzt zu den Christentempeln. Man beehrt sogar die Betsäle des Feindes. Als der Unionsgeneral Van Rennselaer im Mai 1862 in Fredericksburg, Virginia, zum Gottesdienst kommt, läßt der Pfarrer aus lauter Rücksicht selbst "das Gebet für unseren Präsidenten und den Erfolg unserer Sache fort ..." - kein Wunder, daß der Süden den Krieg verliert. Dabei hatte er sogar alle bronzenen Kirchenglokken gespendet und einschmelzen lassen, "um Kanonen oder Kugeln daraus zu machen" - und derart geht Religion doch wirklich unter die Haut!
Auch ein Sechzigjähriger schultert noch die Muskete und zieht, wie seine beiden Söhne, in die Schlacht, die ihn ein Bein kostet, worauf er, "ein sehr gläubiger Christ", die ganze Nacht stöhnt und betet. Doch noch als Frau marschiert man los, "das alte Gebetbuch, ... eine Pistole und ein Messer in der Hand".
Ein Soldat der Südstaaten berichtet am 20. Februar 1863 einem Freund von allabendlich vor dem Zapfenstreich erklingenden religiösen Liedern und Hymnen. Er schwärmt von der "Ausgießung des Heiligen Geistes über der ganzen Armee und allem Volk des Südens". "Alte Bekenner, deren Eifer längst erkaltet war, werden von neuem Pflichtgefühl ergriffen, und viele wohlbekannte Sünder mäßigen sich ... Oft wird jetzt im Lager gemeinsam laut gebetet, und es gibt regelmäßige oder mindestens gelegentliche Andachten.
Viele Geistliche sind als Feldprediger zur Armee gegangen, manche haben sich sogar als einfache Soldaten in die Reihen eingegliedert". Auch zeigt er sich als gelehriger Schüler alter Pfaffensprüche: "Ein Soldat kann kämpfen und trotzdem ein religiöser und gottesfürchtiger Mann sein."
Besonders fromm ist der Südstaatengeneral Thomas J. Jackson. Einer seiner Offiziere teilt mit: "Beten und kämpfen war nach seiner Ansicht der Lebensinhalt eines richtigen Mannes." Er selbst glaubt allen Ernstes, seine Brigade sei "mehr als die anderen" von Gott "bevorzugt". - Generale waren schon immer starke Denker. "Gestern haben wir eine große Schlacht geliefert und einen großen Sieg errungen, dessen Ruhm ganz allein Gott gehört", meldet er, stolzgeschwellt und demutsvoll in einem, der allerliebsten Frau. "Mein Leben verdanke ich ebenso wie den glorreichen Sieg Gott, dem alle Ehre gebührt, aller Dank und aller Ruhm." In einer späteren Schlacht ballert ihn versehentlich ein eigener Soldat an, und er hat gerade noch fünf Tage Zeit, den seltsamen Wegen des Herrn nachzusinnen.
Daß Betende nicht denken, zeigt der glückliche Stoßseufzer des amerikanischen Milizsoldaten Farnsworth, eines Farmers, im Unabhängigkeitskrieg (Juni 1775): "Oh die Güte Gottes, die mein Leben erhielt, obwohl sie rechts und links von mir fielen. Möge diese Errettung mich nie

an dir zweifeln und, mich nie mein Vertrauen in meinen Arm aus Fleisch setzen lassen ..." Der Tod derer, die "rechts und links" fallen, erschüttert das Gottvertrauen des Beters nicht. Im Gegenteil, je mehr da fallen, desto gütiger ist Gott, fällt man nicht selbst ... Ein religiöser Mensch, sagt Nietzsche, denkt nur an sich.
Wie die Begeisterung für den Krieg bei den Nordstaatlern nicht groß war, so war auch ihr Einsatz nicht überwältigend. Da man einen großen Teil ihrer Truppen nur für drei Monate angeworben hatte, kehrten viele, schreibt General McDowell, trotz inständiger Bitten und Einmischung des Kriegsministers auch noch ausgerechnet "als die Armee in die Schlacht marschierte ... unter dem Donner der feindlichen Kanonen in die Heimat zurück."
Bei den Konföderierten sah dies etwas anders aus. Denn kaum zu Unrecht galt der geflügelte Satz: "Ein Südstaatler wiegt fünf Yankees auf". (Alle Amerikaner aus dem Norden waren für die Südstaatler "Yankees": die holländische Abwandlung von "John Cheese" - Hans Käse.)
Freilich war Fahnenflucht bezeichnenderweise in beiden Armeen weit verbreitet und wurde mit dem Tod bestraft.
… Der amerikanische Bürgerkrieg war der größte aller Bürgerkriege, ja, der menschenreichste aller bis dahin geführten Kriege überhaupt.
Darüber hinaus ist dieser Krieg der erste "moderne" Krieg, das heißt den Ausschlag gaben allein die technische Überlegenheit und die Menge des eingesetzten Materials, wie dann in den meisten Kriegen des 20. Jahrhunderts.
Es sollen schon Explosivgeschosse, Handgranaten, Flammenwerfer, Minen und Seeminen, Ballons, Panzerschiffe zum Einsatz gekommen sein, ja, ein in Alabama gebautes Unterseeboot, das 1864 vor Charleston ein Kriegsschiff versenkte, wobei es selbst mit unterging. Dagegen interessierte man sich für das 1862 von R. J. Gatling "verbesserte" Maschinengewehr, das bereits 350 Schuß in der Minute feuerte, erst später.
Der Krieg tobte vor allem in der Nähe der beiden Hauptstädte Washington und Richmond sowie zwischen den westlichen Appalachen und dem Mississippi. Entscheidend aber war der Seekrieg, da die Union den Süden besonders durch Blockade in die Knie zwang. Durch sie und die Umdisponierung der fremdländischen Märkte fiel beispielsweise seine Baumwollproduktion von durchschnittlich 4,5 Millionen Ballen pro Jahr auf 1,6 Millionen 1862 und auf nur 300.000 schließlich 1864.
Seit der ersten Schlacht von Bull Run/Virginia am 21. Juli 1861, wo die unerfahrenen Unionstruppen unterliegen und nach dem nahen Washington flüchten, folgt Schlacht auf Schlacht - weiträumige See- und Flußblockadeaktionen sowie ausgedehnte Landkriegsoperationen.
Allein das blutige Treffen am Antietam/Maryland vom 15. bis 17. September 1862, wobei 100.000 Soldaten der Unionsarmee kaum 15.000 Konföderierten gegenüberstehen, kostet etwa 21.000 Tote und Verwundete. Obwohl das gegenseitige Abmurksen unentschieden bleibt, zwingen General Lee die großen Verluste zum Rückzug nach Virginia. Doch am 13. Dezember 1862 schlägt er General Burnside schwer bei Fredericksburg. Und bei Chancellorsville am 2./4. Mai 1863 besiegt er auch Burnsides Nachfolger General Hooker.
Im Sommer 1863 dringen die Konföderierten bis nach Pennsylvania vor und bedrohen Washington. Da aber bringt die Schlacht bei Gettysburg vom 1. bis 3. Juli die Wende. Es ist wohl das schlimmste Gefecht des Bürgerkrieges, das drei Tage lang auf den Anhöhen im Süden des Städtchens tobt. Zunächst zwar wird die Unionsarmee dezimiert, aber sie erhält Verstärkung und kann jetzt, zahlenmäßig sehr überlegen, Lee vertreiben.
Der Südstaaten-General Pickett, von den Soldaten "Marse George" genannt, sah bei diesem entsetzlichen Gemetzel seine Männer in einer Breite von fast einer Meile angreifen, "stolz, prächtig", wie er schreibt - und "bald darauf ausgelöscht". Und nun klagt er brieflich seiner Verlobten: "Ich höre immer noch ihr Hurra, als ich den Befehl "Vorwärts!" gab, und die Erregung in ihren jubelnden Stimmen, als sie mir zuriefen: Marse George, wir folgen Ihnen! Ach,

wie vertrauensvoll folgten sie mir - vorwärts und vorwärts - bis in den Tod, und ich führte sie vorwärts - vorwärts - vorwärts - oh, Gott!"
Nach einem Zusammenprall sah es regelmäßig grauenhaft aus. Ein Artillerist der Konföderierten berichtet nach der zweiten Schlacht von Bull Run, wo die Union wieder einmal (am 30. August 1862) unterlag: "Knapp fünfhundert Meter gegenüber dem Eisenbahndamm, wo Jacksons alte Division angegriffen wurde, waren mindestens dreiviertel der Männer, die an dem Sturmangriff teilnahmen, getötet worden und lagen da in ihren Reihen an dem Platz, wo sie gefallen sind. Ich hätte geradeaus an die vierhundert Meter weit über die Leichen gehen können, ohne mit dem Fuß den Boden zu berühren." Nach der Schlacht um Richmond (Mai 1862), wird überliefert, "waren die Straßen ein einziges riesiges Krankenhaus."
Nach einer anderen Abschlachtung hält eine Südstaatlerin fest: "Wir waten in Blut und Wasser, und wenn wir die Verwundeten versorgen, müssen wir uns in diese Lachen hineinknien; doch wir denken uns nichts mehr dabei."
Den Truppen der Konföderierten unter General Lee, seit Frühjahr 1862 unaufhörlich im Einsatz, mangelt es bald an allem. Selbst ein Arzt der Nordarmee gesteht bewundernd und verwundert: "Daß diese verdreckten, kranken, hungrigen und elenden Männer solche Helden im Kampf sind, entzieht sich jeder Erklärung."
Viele hatten schließlich weder Decken noch Mäntel, nicht einmal Schuhe. Sogar im Winter standen Soldaten barfuß in den Schützengräben. Es gab Frostbeulen - und täglich Desertationen. Es fehlte an Waffen, Munition, Verpflegung, an Medikamenten,. Verbandszeug, und nur selten überstand bei ihnen ein Verwundeter eine Amputation. Zuletzt rief man, wie später Hitler, selbst Kinder und Greise zu den Waffen - "Sogar die Wiege und das Grab werden beraubt", hieß es.
Die selbst hungernden und verhungernden Südstaatler ließen natürlich auch ihre Kriegsgefangenen hungern und verhungern. Im Lager Andersonville trugen viele kaum ein Hemd, waren ganz nackt, lagen zwischen wimmelndem Ungeziefer, verkamen in ihren eigenen Exkrementen - ein Gestank wie in "Leichenhallen". Zeitweise kamen dort täglich hundertfünfzig Menschen um. Von 50.000 Eingelieferten starb ein Drittel. "Mein Herz leidet mit den Unglücklichen, wenn es auch Yankees sind", schreibt eine Südstaatlerin am 27. Januar 1865.
"Jedoch, was können wir tun?
Die Yankees selbst tragen mehr Schuld daran als wir, weil sie die Gefangenen nicht austauschen wollen."
Es war richtig. Die Union weigerte sich, die Gefangenen auszutauschen.
Lieber ließ sie ihre eigenen Leute verrecken. Im Übrigen aber - dies erinnert lebhaft an die US-Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg - "sahen diese Teufel kräftig und gut ausgerüstet aus", wie man aus dem Süden meldet. "Sie hatten unzählige Bagagewagen bei sich." Und gelegentlich amüsiert sich die Soldateska des Nordens, indem sie das Porträt des Südstaaten-Präsidenten als Zielscheibe benutzt und vollständig durchlöchert.
Im Laufe des Jahres 1864 geht die Nordarmee an allen Fronten zum Angriff über, die Südarmee wird ausgeblutet. Am 9. März erhält General Ulysses Simpson Grant, der spätere Präsident, den Oberbefehl über alle Unionstruppen. Mit enormer zahlenmäßiger Überlegenheit führt er einen Angriff nach dem andern, wobei seine stets frontal vorgehenden Regimenter durch Lees Armee jedes Mal hohe Verluste erleiden.
So im Mai in der Schlacht in der Wilderness; mehr als 30.000 Männer beißen ins Gras. Oder bei den schweren Kämpfen von Cold Harbor/Virginia, vom 1. bis 3. Juni 1864. Fast 90.000 Mann bleiben auf dem Schlachtfeld. 60.000 verliert die Union, 25.000 bis 30.000 die Südarmee. Doch all dies dient, so Präsident Lincoln inmitten des gigantischen Gemetzels bei der Einweihung des Soldatenfriedhofs in Gettysburg, "der Wiedergeburt der Freiheit ..."
Allein ein Sturmangriff auf Lees Stellungen am 3. Juni kostet Grant innerhalb kurzer Zeit an-

nähernd zehntausend Soldaten. Aus solchen Feldherrn werden Präsidenten. Sein eigener Brigadegeneral Emory Upton aber bekennt: "Unsere Verluste waren sehr groß und vollkommen sinnlos ... Ich bedauere es sehr, sagen zu müssen, daß ich vom Generalstab während der Schlacht nur wenig gesehen habe. Einige unserer Regimentskommandeure haben nicht einmal die Fähigkeiten zum Unteroffizier. Sie sind faul und schlafmützig; sie denken nicht daran, nur einmal an ihren Linien entlang zu reiten; aber einen Angriffsbefehl geben sie ohne Zögern, ganz gleich, wie stark der Feind ist und wie seine Stellungen aussehen. Zwanzigtausend unserer Gefallen und Verwundeten könnten heute noch in unseren Reihen stehen."
Dafür sind, wie in allen Kriegen, die Führer auf der Flucht um so flotter. Im Süden, in New Orleans, schreit man auf: "Die verfluchten Generale, die unsere Truppen hier kommandierten, liefen davon und ließen sie allein." Und waren die Soldaten des Nordens auf der Flucht, hieß es:
"Platz da! Macht Platz für den General", wie der Engländer H. W. Russell von der Times berichtet. …<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Sklavenstaaten" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (x814/1.018): >>Sklavenstaaten, diejenigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in welchen früher die Sklaverei durch die Verfassung der Einzelstaaten zu Recht bestand.
Sie zerfielen 1) in die acht Grenzstaaten: Delaware, Maryland, Virginia, Nordcarolina, Kentucky, Tennessee, Missouri und Arkansas;
2) in die sieben Küsten- oder Plantagenstaaten: Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas.
Diese sieben letzteren bildeten den Kern der sog. konföderierten Staaten, welche im Frühjahr 1861 aus der Union ausgeschieden und bis zum Frühjahr 1865 mit dieser im Krieg begriffen waren, während die acht ersteren größtenteils bei der Union verblieben (ausgenommen Arkansas und Nordcarolina) oder nur teilweise oder vorübergehend der Konföderation beitraten. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1861-1865 (x816/124-125): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ...
Lincolns versöhnliche Erklärung bei seinem Amtsantritt (4. März 1861) war erfolglos, und mit der Eroberung des Forts Sumter durch die südstaatlichen Truppen (12. April 1861) begann der offene Krieg zwischen der Union und der sezessionistischen Konföderation.
Die Südstaaten wurden von einer energischen, zweckbewußten, staatsmännisch geschulten Aristokratie geleitet; die meisten und talentvollsten Offiziere des Heeres und der Flotte, wie Beauregard, Johnston, Bragg, Lee, Jackson und andere, schlossen sich, weil aus dem Süden stammend, diesem an und organisierten die Streitmacht der Konföderation, was dadurch erleichtert wurde, daß der Kriegsminister Floyd schon 1860 alle Waffen und Geschütze in die südlichen Arsenale geschickt hatte, während die Unionsflotte über alle Meere zerstreut worden war. Daher waren die Südstaaten am Anfang des Krieges dem Norden entschieden überlegen.
Die Bevölkerung des letzteren (die Grenzstaaten Maryland, Kentucky, Tennessee, Missouri u.a. verhielten sich schwankend) war allerdings für die Erhaltung der Union ... Als Lincoln am 15. April 75.000 Freiwillige unter die Waffen rief, waren diese sofort zur Stelle; aber es fehlte an aller Organisation.
Die Truppen wurden von den Einzelstaaten, welche auch die Offiziere ernannten, auf Zeit gestellt; das Oberkommando, welches zuerst der alte Scott erhielt, war ganz vom Kriegsministerium abhängig. Ausrüstung, Ausbildung und Verpflegung der Unionstruppen waren anfangs mangelhaft und wurden erst allmählich besser.

Daher erlitt der Norden trotz seiner numerischen Überlegenheit anfangs Mißerfolge; doch ließ er sich nicht durch dieselben entmutigen, steigerte seine Anstrengungen mit jedem Jahr, bewährte in der Herstellung und Verwendung von Kriegsmitteln seine Erfindungsgabe und seinen Unternehmungsgeist, und als sich endlich auch tüchtige Feldherren heranbildeten, errang er endlich den Sieg.
Beim ersten Vordringen der Bundestruppen unter Mac Dowell gegen die Stellung der Konföderierten bei Manassas-Junction erlitten die ersteren am Bull-Run am 21. Juli 1861 eine vollständige Niederlage.
Der nun zum Oberbefehlshaber ernannte General Mac Clellan schlug am Potomac ein Lager auf und verwandte Herbst und Winter dazu, aus den von den Staaten gestellten Freiwilligen und Milizen (über 500.000 Mann) eine tüchtige Feldarmee zu bilden.
Währenddessen wurden durch eine schnell geschaffene Kriegsflotte die Häfen der Südstaaten blockiert, einige auch besetzt. Gleichwohl gelang es den Konföderierten oft, die Blockade zu brechen und sich vom Ausland Kriegsbedürfnisse zu verschaffen, während südstaatliche Kreuzer, zum Teil (wie die Alabama) in England ausgerüstet, das aus Eifersucht gegen die Union den Süden begünstigte, die amerikanische Handelsflotte empfindlich schädigten.
Die Verhaftung südstaatlicher Agenten auf einem englischen Schiff (Trent-Affaire) drohte bei der gereizten Stimmung beider Teile sogar einen Krieg zwischen der Union und England herbeizuführen.
Im Bürgerkrieg kam es 1862 besonders im Westen zu wichtigen Entscheidungen. Nachdem es 1861 gelungen war, Missouri der Union zu erhalten, entrissen die Generale Thomas und Grant im Februar 1862 auch Kentucky und Tennessee den Rebellen und rückten den Mississippi abwärts vor, während der Admiral Farragut im April die Einfahrt in die Mississippimündung erzwang, New Orleans besetzte und stromaufwärts vordrang.
Der Kampf konzentrierte sich im Westen um das von den Konföderierten stark befestigte Vicksburg, das endlich nach einer langen Belagerung am 4. Juli 1863 von Grant erobert wurde. Damit waren der wichtige Fluß und sein Gebiet ganz für die Union gewonnen und die Südstaaten von Texas und Arkansas abgeschnitten.
Weniger glücklich verlief der Krieg in Virginia. Hier eröffnete Mac Clellan den Kampf im März 1862 mit einem allgemeinen Vorgehen gegen die Hauptstadt der Konföderierten, Richmond. Zahlreiche blutige Gefechte, darunter die siebentägige Schlacht am Chickahominy (26. Juni bis 2. Juli), gaben kein entscheidendes Resultat. General Pope wurde in der zweiten Schlacht am Bull-Run (29.-30. August) geschlagen und auf Washington zurückgeworfen.
Lee, der Oberbefehlshaber der Konföderierten, versuchte nun einen Einfall in Maryland und Pennsylvania, überschritt am 4. September den Potomac, wurde aber am 17. September bei Antietam von Mac Clellan besiegt und zum Rückzug auf Virginia gezwungen. Da Mac Clellan seinen Sieg nicht nutzte, wurde er am 17. November durch Burnside ersetzt, der einen Vorstoß auf Richmond unternahm, aber am 13. Dezember bei Fredericksburg eine empfindliche Niederlage erlitt.
Sein Nachfolger Hooker drang im April 1863 über den Rapidan vor, wurde aber am 2.-5. Mai von Lee bei Chancellorsville besiegt, der darauf einen zweiten Einfall in Maryland versuchte, aber vom 1.-3. Juli in einer der blutigsten Schlachten des ganzen Krieges bei Gettysburg von General Meade über den Potomac zurückgeworfen wurde.
Die Schlacht von Gettysburg und die gleichzeitige Eroberung Vicksburgs bildeten den Wendepunkt des Krieges. Trotz der Überlegenheit ihrer Feldherren und der Tapferkeit ihrer Truppen hatte die Konföderation keinen entscheidenden Erfolg errungen; es war ihr nicht geglückt, Washington und einige Nordstaaten zu erobern, ja im Westen hatte sie große unwiederbringliche Verluste erlitten; schon machte sich bei ihr eine Erschöpfung an Geld und Menschenkräften bemerkbar.

Die ungeheuren Opfer des Nordens wurden aus seinen unerschöpflichen Hilfsquellen rasch ersetzt, und die Nordstaaten setzten den Krieg nicht nur entschlossen fort, sondern verkündeten nun auch offen die Aufhebung der Sklaverei und die völlige Niederwerfung der Rebellion als Ziele desselben. Lincoln erließ am 22. September 1862 eine Proklamation, welche alle in den Südstaaten gehaltenen Sklaven vom 1. Januar 1863 ab für frei erklärte.
Bei der ... Präsidentenwahl 1864 siegte Lincoln glänzend über den Kandidaten der Versöhnungspartei, Mac Clellan; zum Vizepräsidenten wurde Andrew Johnson gewählt. So konnte der siegreiche Ausgang des Krieges nicht zweifelhaft sein, wenn auch die völlige Besiegung der konföderierten Heere noch nicht gleich erfolgte.
Der neue Oberbefehlshaber der Unionstruppen, Grant, brach, nachdem er durch den Sieg bei Chattanooga (November 1863) den ganzen Westen den Rebellen entrissen hatte, Anfang Mai 1864 gegen Richmond auf, lieferte Lee in der "Wildnis" (Wilderneß) und bei Spottsylvania eine Reihe blutiger Gefechte mit wechselndem Erfolg und überschritt, nachdem der Übergang über den Chickahominy durch die Niederlage vom 3. Juni vereitelt wurde, den Jamesfluß, um Petersburg anzugreifen, das er nach einem vergeblichen Überrumpelungsversuch belagerte. Unter fortwährenden blutigen Gefechten gelang es ihm endlich im Herbst, im Verein mit ... Sheridan, Lees Defensivstellung bei Richmond zu durchbrechen und sich auf dem rechten Ufer des Jamesflusses zu behaupten.
Gleichzeitig drang Sherman vom Westen her in Georgia ein, besetzte im September 1864 Atlanta und unternahm von hier aus den kühnen Marsch nach Savannah am Atlantischen Ozean, wo er am 21. Dezember einzog und die Verbindung mit der Unionsflotte herstellte. Im Januar 1865 rückte er durch Süd- und Nordcarolina nach Norden, zog am 22. März bei Goldsboro' ein Unionsheer unter Shofield an sich und vollendete Ende März die Einschließung Lees, der nur noch 60.000 Mann bei sich hatte.
Am 3. April rückten die Bundestruppen in Petersburg und Richmond ein, und am 9. April streckte Lee bei Appomatox Court House vor Grant, am 27. April Johnston mit dem Reste der konföderierten Truppen bei Raleigh vor Sherman die Waffen.
Damit war der Bürgerkrieg nach vierjähriger Dauer beendet. Derselbe hatte etwa 500.000 Menschen hinweggerafft und der Union eine Schuldenlast von 3 Milliarden Dollar aufgebürdet; denn die Rüstungen waren schließlich in so großartigem Maßstab betrieben worden, daß die Unionsarmee am Ende des Krieges über 1 Million Mann, die Flotte 671 Schiffe zählte. Aber die Union war durch den Krieg nicht nur erhalten, sondern auch gekräftigt, der Zankapfel, die Sklaverei, beseitigt worden.
Mitten in der Siegesfreude wurde Lincoln am 14. April 1865 im Theater zu Washington von einem fanatischen Konföderierten, dem Schauspieler Booth, erschossen. Ihm folgte der Vizepräsident Andrew Johnson, ein früherer Demokrat. Derselbe hegte die durchaus richtige Absicht, den besiegten, durch den Krieg und die Aufhebung der Sklaverei wirtschaftlich ruinierten Süden durch Versöhnlichkeit und Milde zu beruhigen, und wollte alle Südstaaten, welche ihren Sonderbestrebungen entsagten und die Aufhebung der Sklaverei anerkannten, als vollberechtigte Mitglieder wieder aufnehmen. ...<<
Mexiko: Infolge der Einstellung von Zinszahlungen wird Mexiko 1861 von englischen, französischen und spanischen Streitkräften angegriffen.
Nach der Niederlage Mexikos und Wiederaufnahme der Zahlungen ziehen die englischen und spanischen Truppen nach einigen Monaten ab. Das französische Heer wird jedoch verstärkt, um die Hauptstadt des Landes zu besetzen.

1862

Preußen: Otto von Bismarck wird am 23. September 1862 preußischer Ministerpräsident. Bismarck ist ein entschlossener, tatkräftiger Machtpolitiker, der später alle erforderlichen Reformen bedingungslos und konsequent durchsetzt.

Die angesehene, reiche Familie Bismarck besaß damals 3 Rittergüter in Pommern und das Gut und Schloß Schönhausen im Elbe-Marschland. Bismarck war zwar ein überzeugter preußischer Patriot und ein treuer Diener seines Staates, aber er war kein fanatischer "Nationalist". Für den Rittergutsbesitzer Bismarck zählten in erster Linie nur die Staatsinteressen. Er war ein erfahrener Diplomat und ein kluger, weitsichtiger Machtpolitiker (Studium der Rechtswissenschaften, danach Gutsverwalter und ab 1847 Mitglied des preußischen Landtages, 1851-59 preußischer Abgeordneter in Frankfurt, 1859-62 preußischer Gesandter in Sankt Petersburg und Paris und ab 1862 preußischer Ministerpräsident).
Bismarck war ein Mensch der Gegensätze und Widersprüche. Er verhielt sich zwar als preußischer Landtagsabgeordneter zunächst wie ein selbstherrlicher Junker, entwickelte sich jedoch schon bald zu einem verantwortungsbewußten Reformpolitiker. Obwohl Bismarck später fast ständig Uniform trug, war er kein Militarist. Der eiserne Kanzler verfügte über eine große, wuchtige Gestalt, aber er besaß keine entsprechend tiefe Stimme. Bismarck schwankte nicht selten zwischen Selbstbewußtsein und Zweifel, Härte oder Sentimentalität. Er war eine ausgesprochene Kämpfernatur und verfügte über eine unbändige Kraft, aber es kam auch vor, daß dieser scheinbar unverwüstliche Mann in manchen Situationen von Weinkrämpfen geschüttelt wurde (x215/321,324).
In seiner ersten Rede vor dem preußischen Landtag erklärt der neue Ministerpräsident Bismarck am 30. September 1862 (x056/243): >>Wir haben eine Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollen wir sie auch (nutzen).
Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus (Nachsicht entgegenbringen); ... Preußen muß seine ganze Kraft zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einig Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Zusammenleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch "Eisen und Blut". ...<<
Bismarck ließ seinen Worten umgehend Taten folgen und ordnete damals die Auflösung des preußischen Landtages an. Ferner wurden alle gegnerischen Landtagsabgeordneten versetzt oder verdrängt, die Heeresreform durchgeführt und die preußischen Zeitungen zensiert. Bereits nach kurzer Amtszeit gehörte Bismarck zu den meistgehaßten Männern in Preußen. Der rücksichtslose Machtpolitiker führte einen bedingungslosen Kampf gegen alle Gegner und regierte 4 Jahre lang ohne einen gesetzlich genehmigten Haushalt.
Bismarck berichtet später über ein Gespräch mit König Wilhelm I. am 4. Oktober 1862 (x056/242): >>Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir. ... (Ich antwortete:) ... Sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs ...<<
Der Sozialist Ferdinand Lassalle (1825-1864, Sohn eines reichen jüdischen Händlers aus Breslau, 1848/49 Mitarbeiter der von Karl Marx gegründeten "Neuen Rheinischen Zeitung") stellt im Jahre 1862 vor Berliner Arbeitern sein sozialistisches Programm vor (x056/215): >>Die ... Idee der Bourgeoisie ist, ... daß ... nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich gebildet und gleich rein, so würde diese Idee ... ausreichen. ...
Da wir dies aber nicht sind, ... führt (es) dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet. Es muß also zur freien Betätigung der individuellen Kräfte hinzutreten: die Solidarität der Interessen, die Gemeinschaft und die Gegenseitigkeit.
Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, ... vielmehr ... durch ... Vereinigung die einzelnen in den Stand zu set-

zen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen als einzelnen ... unersteiglich wäre. ...
(Der) Arbeiterstand (ist) zum herrschenden Stande bestimmt ...<<
Julie Hausmann (1826-1901, lettische Erzieherin und Liederdichterin) verfaßt im Jahre 1862 den Text des Kirchenliedes "So nimm denn meine Hände ..." (x198/554):
>>1. So nimm denn meine Hände
und führe mich
bis an mein selig Ende
und ewiglich.
Ich mag allein nicht gehen,
nicht einen Schritt;
wo du wirst geh'n und stehen,
Da nimm mich mit.

2. In dein Erbarmen hülle
mein schwaches Herz
und mach es gänzlich stille
in Freud und Schmerz.
Laß ruh'n zu deinen Füßen
dein armes Kind:
es will die Augen schließen
und glauben blind.

3. Wenn ich auch gleich nicht fühle
von deiner Macht,
Du führst mich doch zum Ziele,
auch durch die Nacht.
So nimm denn meine Hände
und führe mich
bis an mein selig Ende
und ewiglich.<<
Rußland: Im Jahre 1862 heißt es in dem Flugblatt "Das junge Rußland" (x128/21, x237/194):
>>Von unten hört man das dumpfe und verborgene Murren des Volkes, das von allen, die nur einen Teil der Macht haben, unterdrückt und beraubt wird. Oben steht ein Häuflein zufriedener und glücklicher Menschen mit dem Zaren an der Spitze.
Der Ausweg aus dieser bedrückenden, schrecklichen Lage ist nur eine Revolution, eine blutige, unbarmherzige Revolution, die radikal alle Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung ohne Ausnahme verändern und die Anhänger des heutigen Systems vernichten soll. Wir haben keine Angst vor ihr, obwohl wir wissen, daß Ströme von Blut vergossen werden, daß vielleicht auch unschuldige Opfer untergehen werden. ...<<
>>... Wir sehen das alles voraus, und dennoch begrüßen wir das Erscheinen der radikalen Revolution: Wir sind bereit, unsere eigenen Köpfe zu opfern, wenn sie nur eiligst herbeikommt, die langersehnte! ...
Bald, kommt der Tag, an dem wir die große Fahne der Zukunft entfalten, die rote Fahne mit gewaltigem Ruf: Gegrüßt seist du, soziale und demokratische russische Republik! ...<<
Rumänien: Im Jahre 1862 entsteht durch Vereinigung der Fürstentümer Walachei und Moldau das Königreich Rumänien. Rumänien bleibt aber noch bis 1878 unter Oberhoheit des Osmanischen Reiches.
Griechenland: König Otto I. wird 1862 aus Griechenland vertrieben und 1863 durch Georg I.

(1845-1913, Dynastie Glücksburg) abgelöst.

Osmanisches Reich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1862-1873 (x815/929-930): >>(Türkisches Reich) ... Dem Druck der Großmächte nachgebend, befahl die Pforte 1862 allen außerhalb der Festung in Serbien lebenden Türken, auszuwandern, und schleifte mehrere Binnenbefestigungen.

Die ... begonnenen Reformen ... gerieten bald ins Stocken. Es gelang nur, eine Anzahl wichtiger materieller Verbesserungen durchzuführen: neue Heerstraßen wurden erbaut, Häfen angelegt, die Post besser eingerichtet und Telegraphenlinien gezogen.

Die Kehrseite dieser Fortschritte bildete die Zerrüttung der Finanzen. Während die Pforte sich früher in bedrängten Zeiten mit Münzverschlechterung und Papiergeld beholfen hatte, deren nachteilige Folgen bald beseitigt waren, war während des Krimkrieges neben einer bedeutenden schwebenden Schuld im Inland eine Anleihe von 7 Millionen Pfund Sterling in England aufgenommen worden. Dieser folgten 1858, 1860 und 1861 drei weitere Anleihen. Die Ausgaben stiegen infolge der hohen Zinsen auf 14 Millionen Pfund Sterling jährlich, während die Einnahmen nur 9 Millionen betrugen.

1861 brach wegen der Finanznot eine Handelskrise aus, welcher man durch Ausgabe von 1.250 Millionen Piaster Papiergeld mit Zwangskurs zu begegnen suchte. Die willkürlich verteilten und mit Härte eingetriebenen Steuern bedrückten die Bevölkerung aufs äußerste und führten in den Provinzen allmähliche Verarmung herbei, während die hohen Beamten und die Bankiers sich übermäßig bereicherten.

Am 25. Juni 1861 starb Abd ul Medschid; sein Nachfolger Abd ul Asis (1861-76) wurde, weil er für nüchtern, sparsam und energisch galt, mit übertriebenen Hoffnungen begrüßt. Dieser Enthusiasmus kühlte sich bald ab, als man sah, daß dem neuen Großherrn allerdings die gutmütige, wohlwollende Gesinnung seines Bruders fehlte, daß aber, was man für Charakterfestigkeit gehalten (hatte), nur Eigensinn war, welcher sich, seiner mangelhaften geistigen Bildung entsprechend, in der Regel nach verkehrter Richtung äußerte.

Er nahm, wie sein Vater, einen Anlauf, der Regenerator (Wiederhersteller) seines Reiches zu werden; er wollte sogar dafür Opfer bringen, seinen Harem abschaffen, auf einen Teil der Zivilliste verzichten etc. Aber das auch bei ihm hervortretende Mißverhältnis zwischen Wollen und Können erzeugte Schwermutsanfälle und Ausbrüche von Despotenlaune. Die Minister wechselten unaufhörlich, kein Regierungsplan konnte systematisch zu Ende geführt werden, die Staatseinkünfte wurden oft auf unsinnige Weise verschwendet. Den Ränken der Mächte, den Bestechungen der hohen Beamten durch Unternehmer und Bankiers waren Tür und Tor geöffnet.

Dazu kam, daß die Türkei bald auch mit ihren westlichen Schutzmächten in mancherlei Konflikte geriet, welche ihr der Fanatismus der mohammedanischen Bevölkerung und die steigende Unzufriedenheit der christlichen Untertanen verursachten.

Zu Djidda in Arabien wurden im Juni 1858 der englische und der französische Konsul ermordet. Am gräßlichsten kam die christenfeindliche Stimmung in Syrien zum Ausbruch, woselbst 1860 zunächst im Libanon nach wiederholten gegen die Christen begangenen Gewaltakten die friedliche maronitische Bevölkerung von Hasbaia, Raschaia und Deir el Kamer, nachdem sie unter Zusage vollkommenen Schutzes ihre Waffen an die türkischen Platzkommandanten jener Orte abgegeben, von herbeieilenden Drusen massenhaft abgeschlachtet wurde, und dann in Damaskus, der alten syrischen Landeshauptstadt, wo unter heimlicher Zustimmung der Behörde ein volles Viertel (5.000 Seelen) der christlichen Bevölkerung dem Fanatismus der Mohammedaner erlag.

Entsetzt über die verübten Greueltaten, verlangte die öffentliche Meinung ein Einschreiten der Großmächte. Bis aber diese über die Modalität eines solchen schlüssig geworden waren, verstrichen Monate.

Inzwischen hatte die Pforte den Großwesir Fuad Pascha als Kommissar mit unbedingter Vollmacht an Ort und Stelle geschickt, und derselbe hatte sich angelegen sein lassen, durch zahlreiche Hinrichtungen in Damaskus und im Libanon die Einmischung der Mächte unnötig zu machen.
Doch war die Ende August erfolgte Absendung eines französischen Okkupationsheeres nach dem Libanon nicht überflüssig, indem erst jetzt die hochgestellten Urheber und Förderer des Blutbades zur Strafe gezogen wurden. Erst im Juni 1861, nachdem über die Entschädigung der heimgesuchten christlichen Bevölkerungen für die erlittenen materiellen Verluste eine Einigung erzielt worden war, wurden die französischen Truppen wieder abberufen. Der Libanon wurde zu einem besonderen, direkt von Konstantinopel abhängenden Verwaltungsbezirk gemacht und unter einen Statthalter christlicher Konfession mit Wesirsrang gestellt.
Auch in der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei regte es sich unter dem Einfluß der panslawistischen und panhellenischen Agitationen an verschiedenen Orten. Besonders gefährlich wurde der Aufstand in Kreta im Frühjahr 1866.
Erst im August schickte die Pforte Truppen nach der Insel, um die Ordnung herzustellen; doch brach der Kampf im Frühjahr 1868 mit erneuter Heftigkeit aus, und erst, als die Pforte Griechenland ein Ultimatum stellte, wenn es nicht aufhöre, den kretischen Aufstand zu unterstützen, und die im Januar 1869 in Paris zusammengetretene Konferenz der Mächte Griechenland nötigte, sich diesem Ultimatum zu unterwerfen, gelang die Pazifizierung (Befriedung) der Insel, nachdem sie große Opfer an Gut und Blut gekostet, für welche kein Ersatz geleistet wurde.
Dieser Ausgang mußte die anderen unterworfenen Völker ermutigen. 1866 trat Serbien mit dem Verlangen der gänzlichen Räumung des Landes seitens der türkischen Truppen hervor, und im Mai 1867 fügte sich die Pforte auch wirklich demselben, da Österreich entschieden darauf drang.
Bloß Ägypten gegenüber gelang es dem Sultan, seine Autorität aufrecht zu erhalten. Er hatte 1866 dem Vizekönig Ismail Pascha bereitwilligst die Zustimmung zur neuen Thronfolgeordnung und 1867 den Titel Chedive mit erweiterten Befugnissen erteilt. Als dieser aber 1869 auf einer Reise nach Europa seine völlige Souveränität zu erlangen suchte, befahl ihm die Pforte am 29. November 1869, seine Armee auf 30.000 Mann zu reduzieren, keine neuen Panzerschiffe zu kaufen, ohne Genehmigung des Sultans keine Anleihen zu kontrahieren, selbständigen Verhandlungen mit fremden Mächten zu entsagen etc.
Der Chedive unterwarf sich, erlangte aber im Mai 1873 bei einem persönlichen Besuch in Konstantinopel durch ein großes Geldgeschenk und Erhöhung des Tributes, daß der Sultan ihm alles, mit Ausnahme der Vermehrung der Flotte, wieder erlaubte. ...<<
USA: US-Präsident Abraham Lincoln berichtet in einem Brief vom 22. August 1862 über die wesentlichen politischen Ziele des Sezessionskrieges (x237/168): >>... Mein oberstes Anliegen in diesem Zwist ist, die Union zu erhalten, und nicht, die Sklaverei sei es zu erhalten oder zu zerstören.
Wenn ich die Union retten könnte, ohne einen einzigen Sklaven zu befreien, so würde ich es tun; wenn ich sie retten könnte, indem ich einige befreite und andere nicht, so würde ich auch das tun. Was ich in bezug auf die Sklaverei und die Neger tue, tue ich, weil ich glaube, es helfe die Union zu retten. ...
Ich habe hier meine Pläne entsprechend meiner Amtspflicht umrissen, und ich beabsichtige keine Modifikation meines oft geäußerten persönlichen Wunsches, alle Menschen möchten überall frei sein können. ...<<
Die US-Truppen schlagen von 1862-64 alle Aufstände der Sioux in Minnesota und der Cheyenne in Colorado erbarmungslos nieder.
Der Sioux-Häuptling Großer Adler erklärt während einer sog. "Friedensverhandlung" um

1862 (x056/127): >>... Die Weißen haben immer versucht, die Indianer dazu zu bringen, ihre Lebensweise aufzugeben und wie Weiße zu leben – eine Farm zu betreiben, hart zu arbeiten und zu tun, was die Weißen taten – und die Indianer wußten nicht, wie man das macht, und wollten es auch gar nicht ...
Hätten die Indianer versucht, ihre Lebensweise den Weißen aufzuzwingen, so hätten die Weißen sich dagegen gewehrt; bei vielen Indianern war dies genauso.<<
US-General James Carleton (1814-73) erteilt im Jahre 1862 folgenden Befehl (x056/127): >>... Mit den Indianern sind keine Beratungen oder sonstige Gespräche zu führen. Die Männer sind zu töten, wann immer und wo immer man sie findet. Die Frauen und Kinder mögen gefangengenommen werden, aber sie sollen natürlich nicht getötet werden. ...<<

1863

Deutscher Bund: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1863-1864 (x804/896-897): >>(Deutschland) ... Am 17. August 1863 trat auf Österreichs Einladung der deutsche Fürstentag unter Vorsitz des Kaisers von Österreich in Frankfurt am Main zur Beratung des ... österreichischen Bundesreformprojektes zusammen. Was bisher den Männern des Volkes und den Kabinetten mißlungen war, sollte hier durch den persönlichen Meinungsaustausch der Fürsten zustande gebracht werden; es schien unmöglich, daß eine so ungewöhnliche Versammlung, welche in der Nation hochgespannte Erwartungen erregte, resultatlos auseinander gehen konnte.
In der Tat erschienen fast alle deutschen Fürsten und Vertreter der Freien Städte; aber es fehlte der König von Preußen, welcher selbst eine persönliche Einladung Franz Josephs im Bad Gastein (2. August) ablehnend beantwortet hatte.
Das österreichische Reformprojekt, welches den Fürsten in Frankfurt vorgelegt wurde, schlug vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten mit erweiterter Befugnis einem Direktorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem von Bayern und zwei anderen alternierenden Fürsten bestehen sollte; ihm zur Seite sollte die Bundesversammlung der Vertreter der Regierungen stehen und in beiden Verhandlungen Österreich zur formellen Leitung der Geschäfte den Vorsitz führen; alle drei Jahre würde eine aus 300 Mitgliedern der Landtage bestehende Bundesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung über die ihr vorzulegenden Gesetzvorlagen zusammentreten und deren Beschlüsse dann einem Fürstenrat zu freier Verständigung unterbreitet werden. Auch ein Bundesgericht war vorgeschlagen.
In geheimen Sitzungen unter persönlicher Leitung des Kaisers Franz Joseph wurde der Entwurf bis zum 1. September beraten und in manchen Punkten verbessert; ein Krieg des Bundes zu Gunsten eines Bundesstaates, welcher außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat, sollte nur mit Zweidrittelmajorität beschlossen werden dürfen, besagte die endgültige Fassung und kam damit dem Interesse Österreichs schon weit genug entgegen. Das Bundesreformprojekt wurde schließlich fast mit Stimmeneinheit angenommen, aber die Zustimmung Preußens trotz einer Kollektiveinladung des Fürstentages an König Wilhelm nicht erreicht.
In einem Bericht des preußischen Ministeriums vom 15. September unterwarf Bismarck die österreichische Bundesreform einer scharfen Kritik, in welcher schließlich nochmals betont wurde, daß eine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht fremden Interessen geopfert werde, nur in einer aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgegangenen Nationalvertretung liege, da die Interessen und Wünsche des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes seien.
Das war auch das Urteil des deutschen Abgeordnetentages, welcher, aus liberalen Mitgliedern der deutschen Landtage bestehend, sich gleichzeitig mit dem Fürstentag am 21. und 22. August in Frankfurt versammelte und bei aller Anerkennung der Tendenz des österreichischen Entwurfs denselben doch nicht für genügend erachten konnte.

Aber eine Verständigung zwischen Bismarck und den Vertretern der Nation war unmöglich, solange der preußische Verfassungskonflikt nicht beendigt wurde, wozu bei der Hartnäckigkeit beider Teile keine Aussicht war. So war das Verdienst Preußens nur ein negatives; es hatte die österreichische Bundesreform verhindert, die nur ein Scheinwesen geschaffen hätte, und durch seinen erfolgreichen Widerspruch von neuem klar dargelegt, daß die deutsche Frage im Grund eine Machtfrage zwischen Österreich und Preußen war.
Seine eigenen positiven Vorschläge wurden aber von der Nation nicht ernst genommen, und die Entfremdung zwischen der preußischen Regierung und den eifrigsten Vertretern der deutschen Einheitsidee wurde durch die schleswig-holsteinische Frage vergrößert, die Ende 1863 durch den Tod des dänischen Königs Friedrich VII. wieder brennend wurde.
In Dänemark hatte die eiderdänische Partei eben (13. November 1863) eine neue Verfassung zustande gebracht, welche Holstein und Lauenburg ihre Selbständigkeit ließ, Schleswig aber völlig in den dänischen Staat einverleibte, und damit sowohl die alten Rechte auf die Vereinigung der Herzogtümer als die völkerrechtlichen Verpflichtungen Dänemarks verletzte, als der Tod des Königs Friedrich VII. (15. November) den Prinzen von Glücksburg, Christian IX., auf Grund des Londoner Protokolls von 1852 auf den Thron rief.
Da dieser sich vom Kopenhagener Pöbel zur Bestätigung der Gesamtstaatsverfassung bewegen ließ, weigerten sich die Stände und Einwohner der Herzogtümer, ihn als Landesherrn anzuerkennen, und proklamierten den Prinzen Friedrich von Augustenburg als ihren Herzog, dessen Thronfolge zugleich die ersehnte Trennung von Dänemark herbeiführte.
Auch in Deutschland erklärte sich die öffentliche Stimme allgemein für ihn; mehrere Volksvertretungen drangen auf seine Anerkennung, Sachsen beantragte am 28. November beim Bundestag die Lossagung vom Londoner Protokoll, welches der Bund übrigens niemals anerkannt hatte, und am 21. Dezember versammelten sich in Frankfurt 500 Abgeordnete aus allen Parteien, klein- und großdeutsche, sprachen sich für die gänzliche Trennung der Herzogtümer von Dänemark durch Anerkennung Friedrichs VIII. aus und setzten den Sechsunddreißiger-Ausschuß ein, um mit allen Mitteln hierfür zu agitieren.
Indes die beiden Vormächte Österreich und Preußen schlossen sich dieser Bewegung nicht an, weil sie an das Londoner Protokoll gebunden waren und die Mächte, namentlich England, nicht zur Unterstützung Dänemarks zwingen wollten. Sie beharrten dabei, daß man sich mit dem Einspruch gegen die Novemberverfassung und mit der auf Grund desselben schon am 1. Oktober 1863 beschlossenen Bundesexekution begnügen müsse.
Sie setzten auch ihren Willen am 7. Dezember beim Bund durch, und Ende Dezember rückten sächsische und hannoversche Truppen in Holstein ein, welches die Dänen ohne Widerstand räumten.
Als sich jedoch am 14. Januar 1864 der Bund weigerte, sich dem Standpunkt der Großmächte anzuschließen und bloß die Aufhebung der Novemberverfassung von Dänemark zu fordern, erklärten Österreich und Preußen, daß sie fortan die Geltendmachung der deutschen Rechte in ihre eigene Hand nähmen. Trotz des Protestes der Bundestagsmajorität richteten sie Ende Januar an Dänemark die Aufforderung, die Novemberverfassung für Schleswig außer Kraft zu setzen, und als dieselbe erfolglos blieb, ließen sie ohne Verständigung mit den Bundesexekutionskommissaren ihre Truppen in Holstein einrücken und am 1. Februar die schleswigsche Grenze überschreiten.
Dieses Verfahren erregte in Deutschland allgemeine Entrüstung, da man Bismarcks eigentliche Absichten nicht begriff. Indem das preußische Abgeordnetenhaus jede Verständigung mit der Regierung über die schleswig-holsteinische Frage grundsätzlich ablehnte, die geforderten Geldmittel verweigerte und die Resolution faßte, einer solchen deutsche Interessen preisgebenden Politik mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten zu wollen, beraubte es Bismarck der Gelegenheit, das Haus über seine Pläne aufzuklären.

Man glaubte, ... daß Österreich und Preußen ihr Verfahren von 1850-51 wiederholen würden und die Bundestruppen nur beiseite schöben, um die Herzogtümer wie damals wehrlos an Dänemark auszuliefern. Der Sechsunddreißiger-Ausschuß forderte geradezu zum Kriege gegen Österreich und Preußen auf, um sie an diesem Verrat zu hindern.
Daß Bismarck sich auf den Boden des Londoner Protokolls stellte, um den Mächten jeden Vorwand zur Intervention zu benehmen, daß er die schwerfällige Bundesexekution beseitigte, um die Dinge zu einer raschen Entscheidung zu bringen und vor allem einen allgemeinen Krieg zu verhüten, ahnten wenige. Denn niemand hielt es für möglich, daß Dänemark im Vertrauen auf fremde Hilfe so hartnäckig sein würde, selbst die Novemberverfassung nicht ändern zu wollen.
Auch der glückliche Fortgang des schleswig-holsteinischen Krieges, die Eroberung der Düppeler Schanzen (18. April) und die Besetzung eines großen Teiles von Jütland, besänftigte die erzürnten Gemüter nicht ganz. Erst als auf der Londoner Konferenz, wo auch der Deutsche Bund durch einen besonderen Gesandten, Beust, vertreten war, Dänemark alle Vermittlungsvorschläge hartnäckig zurückwies und die deutschen Mächte sich vom Londoner Protokoll lossagten und gänzliche Trennung der Herzogtümer und Einsetzung des Herzogs von Augustenburg forderten, schwand das Mißtrauen im Volk gegen die geheimen Pläne der Großmächte.
Am 1. August kamen bereits die Friedenspräliminarien mit Dänemark und am 30. Oktober der Wiener Friede zustande, in welchem Dänemark beide Herzogtümer nebst Lauenburg gemeinsam an Österreich und Preußen abtrat; die Herzogtümer übernahmen eine Quote der dänischen Staatsschuld (29 Millionen Reichstaler) und sollten den beiden Mächten für die Erstattung der Kriegskosten haften.
Daß die Mächte sich die Erstattung ihrer Kosten vorbehielten, daß besonders Preußen von dem neu zu begründenden Mittelstaat gewisse Zugeständnisse für seine militärische und maritime Machtstellung verlangte, erschien selbstverständlich, und Preußen würde in einem großen Teil des Volkes, welcher sich für das immerhin zweifelhafte Erbrecht des Augustenburgers nur deshalb erwärmt hatte, weil es der einzige Rechtsboden für die vollständige Losreißung der Herzogtümer von Dänemark zu sein schien, jetzt, nachdem dieses Ziel auf anderem Weg erreicht war, auch für seine weiter gehenden Annexionspläne Sympathien gefunden haben, wenn nicht der Verfassungskonflikt noch immer bestanden hätte.
Das Abgeordnetenhaus gefiel sich in einer kleinlichen Opposition gegen Bismarcks so erfolgreiche auswärtige Politik, die Regierung anderseits ... (ließ) sich auch nicht zum kleinsten Zugeständnis in der Militärfrage ... (bewegen).
Die heftigsten Gegner der preußischen Forderungen auf gewisse Oberhoheitsrechte in Schleswig-Holstein waren die Mittelstaaten, ... weil sie in ihrem Selbstbewußtsein durch die Beiseiteschiebung der Bundesexekution und die Ende 1864 von den Mächten geforderte und auch erzwungene Räumung Holsteins von seiten der sächsischen und hannoverschen Exekutionstruppen auf das empfindlichste gekränkt waren.
Eine offene Opposition gegen Preußen wagten die Mittelstaaten 1864 noch nicht, denn gerade damals bedrohte sie Preußen mit Auflösung des Zollvereins, wenn sie bei ihrer Opposition gegen den französischen Handelsvertrag beharrten, und zwang sie zur Unterwerfung. Überdies hatten sie sich noch nicht mit Österreich verständigt. Aber auf ihren Antrieb geschah es, daß der Augustenburger die preußischen Forderungen, die Bismarck ihm in einer persönlichen Unterredung vorlegte, anzunehmen sich weigerte.
Bismarck faßte nun die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen ernstlich ins Auge: ... preußische Konservativen (11. Mai 1864) und ... schleswig-holsteinische Prälaten und Ritter verlangten einen möglichst engen Anschluß an Preußen. Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg wurden gegen die Augustenburgischen ins Gefecht geführt, und ein Gutachten der

preußischen Kronjuristen erklärte die letzteren überhaupt für unberechtigt, da die frühere Verzichtleistung des Vaters des Herzogs Friedrich noch zu Recht bestehe, daß also König Christian IX. der berechtigte Erbe gewesen und durch den Wiener Frieden die beiden Mächte in dessen Recht eingetreten seien.
Zwar erhoben sich nicht bloß die Mittelstaaten gegen diese Deduktion, auch die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sprach sich in überwiegender Majorität für die Selbständigkeit des Landes aus, und der deutsche Liberalismus, der im Sechsunddreißiger-Ausschuß sein Organ hatte, forderte vor allem Berufung der schleswig-holsteinischen Stände, um das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung den Schleswig-Holsteinern zu wahren. Indes das Wichtigste für Preußen war die Auseinandersetzung mit dem Mitbesitzer Österreich, und so spitzte sich die schleswig-holsteinische Frage ebenso wie die deutsche zu einer Machtfrage zwischen den beiden Großmächten zu.
Österreich erkannte allmählich, daß es einen Fehler begangen hatte, als es sich in der schleswig-holsteinischen Frage von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die es eben noch unter seiner Hegemonie hatte vereinigen wollen, trennte und aus Rücksicht auf seine Stellung als europäische Großmacht sich der preußischen Politik anschloß.
Der Besitz Schleswig-Holsteins war ihm wertlos, ein territoriales Äquivalent von Preußen nicht zu erlangen, und die von diesem angebotene Allianz und Garantie seiner Besitzungen glaubte es entbehren zu können. Nachdem Graf Rechberg Ende Oktober 1864 durch einen Militär ... ersetzt worden war, suchte dieser sich durch Begünstigung des Augustenburgers mit den Mittelstaaten zu verständigen und die Entscheidung in der Frage dem Bund in die Hände zu spielen.
Am 5. Dezember 1864 schlug Österreich in Berlin vor, die Lande nunmehr tatsächlich dem Herzog Friedrich als dem bestlegitimierten Prätendenten zu übergeben und die Entscheidung über die übrigen Rechtsansprüche dem bundesmäßigen Austrägalgericht zu überweisen. Preußen lehnte das ab. ...<<
Preußen: Der preußische Ministerpräsident Bismarck erläutert am 27. Januar 1863 während einer Rede die Gründe für den Verfassungskonflikt wegen der Heeresreform (x237/173): >>... Die Verfassung verweist ... auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, werden zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. ...<<
Sachsen: Ferdinand Lassalle gründet am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (erste große Zusammenfassung der politischen Kräfte des Proletariats bzw. Vorläufer der ersten deutschen Arbeiterpartei).
Die Satzung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lautet wie folgt (x056/215-216): >>Unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.<<
Georg Herwegh schreibt damals für den Arbeiterverein folgendes Lied (x145/125):
>>Bet' und arbeit' ruft die Welt,
Bete kurz, denn Zeit ist Geld.
An die Tür pocht die Not –

Bete kurz, denn Zeit ist Brot.

Mann der Arbeit aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will.<<
Lassalle ist ein gemäßigter, sozialistischer Führer der Arbeiterbewegung, der im Gegensatz zu Marx keine Zwangsenteignung und keine gewaltsame Abschaffung des Eigentums fordert.
Lassalle lehnt alle Formen von Verstaatlichung grundsätzlich ab (x055/219): >>Die(se) Machtverhältnisse, ... wenn sie niedergeschrieben sind, ... sind sie auch zum Recht geworden, zu rechtlichen Einrichtungen, und wer dagegen spricht, wird bestraft!<<
Der schlesische Realpolitiker führt rastlos Verhandlungen mit der preußischen Regierung, um die großen sozialen Probleme zu lösen. Lassalle verhandelt auch mehrfach mit Bismarck, der den gebildeten Arbeiterführer schätzt.
Dänemark: Dänemark erklärt im Jahre 1863 die Herzogtümer Schleswig und Holstein, entgegen dem Londoner Abkommen von 1852 (Sonderstellung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein gemäß den sog. "Londoner Protokollen") zu dänischen Provinzen.
Polen: Der 3. polnische Aufstand endet für Polen im Januar 1863 mit einer weiteren Katastrophe. Die Polen können die russischen Besatzer zwar nach blutigen Kämpfen aus einigen polnischen Landesteilen vertreiben, aber danach bleibt der erforderliche Volksaufstand der polnischen Bevölkerung aus und verfeindete polnische Nationalisten bekämpfen sich zum Schluß sogar gegenseitig.
Die russische Übermacht setzt sich anschließend wie gewöhnlich gegen die polnischen Rebellen durch. Rußland, Österreich und Preußen vereinbaren damals auch erstmalig grenzüberschreitende Verfolgungen der polnischen Aufständischen und veranstalten in einigen Grenzgebieten "gemeinsame Hetzjagden".
Nach der Niederschlagung des polnischen Aufstandes reagiert Rußland mit gnadenlosen Massenhinrichtungen und großangelegten Verschleppungsaktionen. Im Verlauf der schweren Unruhen kommen mehr als 30.000 Polen um und Zehntausende werden nach Sibirien verschleppt (x056/238). Später setzt in "Kongreßpolen" eine besonders drastische Russifizierung ein. Die Russen entlassen rd. 14.000 polnische Beamte, untersagen die polnische Sprache und reduzieren die Grundschulen des Landes.
Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1863-1864 (x807/824): >>(Großbritannien) ... Die Thronrede, mit welcher am 5. Februar 1863 das Parlament eröffnet wurde, konnte die Beziehungen Großbritanniens zu den auswärtigen Mächten, die Resultate der Handelsverträge und die innere Wohlfahrt des Landes als durchaus befriedigend bezeichnen.
Den in den Vordergrund der europäischen Ereignisse getretenen polnischen Wirren gegenüber hielt Großbritannien an seinem Prinzip der Nichtintervention fest; freilich ließ sich die Regierung durch die in Großbritannien bestehenden und auf Massenmeetings ausgedrückten Sympathien mit den polnischen Insurgenten dazu verleiten, in immer energischeren Noten in St. Petersburg zu Konzessionen an die Polen zu drängen; da aber weder das Ministerium noch das Land Neigung hatte, sich um Polens willen in einen Krieg mit Rußland zu stürzen, lehnte die russische Regierung, der dies sehr wohl bekannt war, die englischen Ratschläge einfach ab, und dieser diplomatische Feldzug Lord Russells endete so mit einer ziemlich ausgesprochenen Niederlage.
... Während der Parlamentssession von 1864 stand eine Frage der auswärtigen Politik, die schleswig-holsteinische Angelegenheit, im Vordergrund des Interesses. Russell hatte schon in den Verhandlungen des vorigen Jahres entschieden für Dänemark Partei genommen und war

dabei von Parlament und Presse, vor allem wegen der Furcht vor der aus einer Erwerbung des Kieler Hafens erwarteten Verstärkung der deutschen Seemacht, aufs kräftigste unterstützt worden.
Als nun aber Österreich und Preußen den Krieg begonnen hatten und Frankreich weder in eine bewaffnete Intervention zu Gunsten Dänemarks noch in eine Flottendemonstration gegen die deutschen Mächte willigte; als auch die Königin ihren persönlichen Willen zu erkennen gab, einen Krieg gegen Deutschland nicht zu unternehmen, mußte Großbritannien abermals, wie in der polnischen Frage, sich mit bloßen Worten begnügen, und Russell wie Palmerston gaben am 27. Juni in beiden Häusern des Parlaments die Erklärung ab, Großbritannien werde neutral bleiben. Das war eine neue entschiedene Niederlage der englischen Politik, welche von der Opposition in beiden Häusern zu einem Angriff gegen die Schwäche der Regierung benutzt wurde.
Die Lords stimmten denn auch einem Tadelsvotum mit neun Stimmen Majorität zu; im Unterhaus aber, wo man doch froh war, dem Krieg entgangen zu sein, und wo man nichts weniger wünschte, als die Tories zur Macht kommen zu lassen, behielt das Ministerium die Oberhand. ...<<
USA: Am 1. Januar 1863 wird die Sklavenbefreiung in den USA rechtswirksam.
US-Präsident Lincoln hält im November 1863 bei der Einweihung eines Friedhofes für die in der Schlacht von Gettysburg (1. bis 3. Juli 1863) gefallenen Soldaten folgende Rede (x239/-187): >>Vor 8 Jahrzehnten und 7 Jahren gründeten unsere Väter auf diesem Kontinent einen neuen Staat – gebildet in Freiheit und dem Gedanken geweiht, daß alle Menschen gleich geschaffen sind.
Gegenwärtig sind wir in einen großen Bürgerkrieg verstrickt, in dem es sich erweisen wird, ob dieser Staat ... Bestand haben kann. ...
Wir wollen uns hier hochgemut geloben, daß sie (die Toten) nicht vergebens gefallen sein sollen, daß die Nation unter Gottes Führung zu neuer Freiheit geboren und daß die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von dieser Erde verschwinde ...<<

1864

Preußen: Ein Berliner Polizeibeamter sagt am 9. Januar 1864 vor der Wahluntersuchungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses aus (x261/106-107): >>Ich war bei der Stadtvogtei (Polizeibehörde) hierselbst als Hilfsaufseher angenommen. Am 11. oder 12. Oktober 1863 versammelte der Direktor Drygalski die Beamten der Stadtvogtei.
Der Direktor sagte: Dieser Befehl des Ministers (anläßlich der Wahlen von 1863 hatte der preußische Minister des Innern, Graf Eulenburg, in einem Erlaß die Beamten aufgefordert, regierungstreu zu wählen, weil die Unterstützung der Opposition durch Beamte nicht mit ihrem Eid auf den König zu vereinbaren sei) sei auch der des Polizei-Präsidenten und sein eigener.
Wer sich einfallen ließe, Demokraten oder sogenannte Fortschrittsmänner zu wählen, werde auf der Stelle aus dem Dienst entlassen. Es dürfte keiner unter dem roten Kragen stecken, der nicht dem Befehl der Regierung gehorche; wir seien Diener des Königs, und wie wir selbst nicht leiden würden, daß unser Bedienter anders handele als wir, so könne das auch nicht von uns geduldet werden.
Wer gar nicht wähle, würde auch seines Dienstes entlassen. Damit sich aber keiner entschuldigen könne, er habe nicht gewußt, wem er seine Stimme zu geben habe, so bekomme jeder Beamte einen Zettel, auf dem der Name eines Vertrauensmannes stände, bei welchem er sich die zu Wählenden zu erfragen habe.
Nach der Wahl würden der Polizei-Präsident und der Direktor die Wahllisten durchnehmen, und dann würde der Beamte, welcher anders gehandelt habe, sofort ohne Umstände seines Dienstes entlassen werden. Raus müsse er jedenfalls. ...<<

Der katholische Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877, ab 1850 Bischof von Mainz, 1871-72 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) schreibt im Jahre 1864 über das körperliche und seelische Elend der Arbeiter (x233/79): >>Die Aufgabe des Christentums ist es, die Welt von der neuen Form der Sklaverei zu befreien. ...
Das erste Hilfsmittel, welches die Kirche dem Arbeiterstande auch fortan bieten wird, ist die Gründung und Leitung der Anstalten für den arbeitsunfähigen Arbeiter. ...
Das dritte Hilfsmittel, wodurch das Christentum dem Arbeiterstande hilft, besteht in seinen Wahrheiten und Lehren, die dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung geben. ... So hat das Christentum seit achtzehnhundert Jahren alle Menschen und alle Arbeiter ermahnt und aufgefordert, alle ihnen anvertrauten Kräfte an Leib und Seele zu gebrauchen und anzuwenden. ...<<

Dänemark: Da Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein 1863 eigenmächtig zu dänischen Provinzen erklärt, kommt es im Jahre 1864 zum Krieg gegen Österreich und Preußen. Am 18. April 1864 besiegen die preußisch-österreichischen Truppen (60.000 Soldaten), die Dänen bei Düppel (Dorf nahe dem Alsensund), erobern im Juni 1864 die dänische Insel Alsen (deutsche Verluste = 1.170 Soldaten) und vertreiben die Dänen aus Nordschleswig.
Dänemark wartet damals bis zum Schluß vergeblich auf die erhoffte britische Waffenhilfe und muß nach der Niederlage Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Erstürmung der Düppeler Schanzen im Jahre 1864 (x805/231-232): >>Düppel, Dorf in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Kreis Sonderburg, in der Landschaft Sundewitt ...
Bis zum Krieg von 1864 hatten sich die Dänen hier mit allen Mitteln der neueren Befestigungskunst eine sehr starke Stellung geschaffen mit einer Frontausdehnung von nur 4.000 Schritt, gedeckt durch zehn Schanzen, welche, auf Hügeln angelegt, das ganze Terrain beherrschten und den Schlüssel zu Alsen bildeten. Beide Flügel dieser Stellung stützten sich auf das Meer und die dort kooperierende Flotte, während die rechte Flanke überdies durch die Alsener Strandbatterien geschützt wurde. Durch einen großen Brückenkopf war die Verbindung mit dieser Insel sichergestellt. Alle nur möglichen künstlichen Hindernisse waren außerdem angebracht.
Die Preußen standen bereits in der ersten Hälfte des Februar 1864 vor dieser Befestigungslinie, doch gewann der Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl bald die Überzeugung, daß die Befestigungen nur durch eine regelmäßige Belagerung genommen werden könnten. Da für den Augenblick das erforderliche Geschütz mangelte, so konnte die erste Parallele erst am 28. März eröffnet werden, worauf nach Vollendung der dritten Hauptparallele, am 18. April morgens 10 Uhr, überraschend schnell und glücklich die Erstürmung der Schanzen vor sich ging; die Preußen verloren 1.100 Mann und 70 Offiziere an Toten und Verwundeten. ...<<
Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1864 über den preußischen Sieg bei Düppel (x105/107): >>Das Verhalten der vom Landtag bisher so mit Kot beworfenen Armee im dänischen Kriege ist wahrhaft herzerhebend. ... Die Offiziere waren im Gefecht immer voran und doch nie im Stich gelassen von ihren Leuten, daher die Preußen, auch wo sie sich in der Minderzahl befanden und nichts als Kolben und Bajonette brauchen konnten, doch immer siegreich waren. ...
So tapfer und entschlossen die Leute in den Tod gingen, so freundlich haben sie sich gegen die gefangenen Dänen gezeigt, mit denen sie alles teilten; man hat gesehen, daß unsere Soldaten gefallene Dänen, die sie selbst niedergestreckt hatten, sich aufluden und auf die Verbandsplätze schleppten.<<
Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den "Deutsch-Dänischen Krieg von 1864" (x824/993-994): >>**Deutsch-Dänischer Krieg von 1864.**
Am 15. November 1863 war der letzte dänische König aus dem Mannsstamme des Hauses

Oldenburg, Friedrich VII., gestorben, und am 18. November unterzeichnete der Nachfolger, Christian IX., einen Verfassungsentwurf, wonach Schleswig zu Dänemark geschlagen werden sollte. Zugleich aber erklärte auch Prinz Friedrich von Augustenburg seinen Regierungsantritt als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein und wurde in den Herzogtümern überall als solcher proklamiert.
Da der Deutsche Bund die Bundesexekution gegen Dänemark beschlossen hatte, rückten 12.000 Mann Hannoveraner und Sachsen am 23. Dezember in Holstein ein, das die Dänen ohne Widerstand räumten. Bei Hamburg sammelten sich eine österreichische, bei Lübeck eine preußische Brigade, zusammen 10.000 Mann, als Reserve für die in Holstein befindlichen Bundestruppen. Österreich und Preußen aber erklärten sich jetzt dem Bunde gegenüber für die Einhaltung des Londoner Vertrags von 1852, verlangten daher die Ausweisung des Augustenburgers aus Kiel und forderten am 16. Januar zugleich von Dänemark die sofortige Aufhebung der Verfassung vom 18. November 1863.
Als Dänemark diese Forderung abwies, ließen Österreich und Preußen am 1. Februar 1864 ihre inzwischen auf 45.000 Mann verstärkten Truppen unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Wrangel die Eider überschreiten. Der Einmarsch erfolgte in drei Kolonnen: rechts ein preußisches Armeekorps unter Prinz Friedrich Karl (von Kiel her), in der Mitte ein österreichisches Armeekorps unter Feldmarschall-Leutnant von Gablenz (von Rendsburg her) und links eine aus den neuerrichteten Garderegimentern zusammengestellte preußische Division. Die Dänen standen hinter der Schlei und dem Danewerk in starker, jedoch zu weit ausgedehnter Stellung unter General de Meza.
Ein am 2. Februar von den Preußen gegen Missunde unternommener Vorstoß wurde zurückgeschlagen, weshalb Prinz Friedrich Karl sein Korps am 6. Februar bei Arnis und Kappeln auf Fähren und einer Pontonbrücke die Schlei überschreiten ließ, um von hier aus den Dänen den Rückzug abzuschneiden. Das österreichische Korps hatte am 3. Februar in siegreichen Gefechten bei Oberselk und Jagel die dänischen Vortruppen zurückgeworfen und stand vor der Danewerk-Stellung, als die Dänen, welche die drohende Gefahr merkten, diese Stellung in der Nacht vom 5. zum 6. Februar räumten, sodaß die Preußen zu spät kamen und nur die Österreicher am 6. Februar die dänische Nachhut bei Översee schlagen konnten.
Die Dänen gingen in die stark befestigte Düppelstellung und nach Alsen zurück, das preußische Armeekorps folgte ihnen, während das österreichische Armeekorps nebst der preußischen Gardedivision bis an die Nordgrenze Schleswigs vorrückte und Kolding besetzte. Am 28. März wurde vor Düppel die Belagerung eröffnet und am 18. April die Stellung unter Mitwirkung der preußischen Gardedivision erstürmt. Die Dänen gingen nach Alsen zurück und räumten am 28. April auch Fredericia, das seit dem 9. März von dem österreichischen Korps eingeschlossen war und nun von diesem besetzt wurde. Auch Jütland war von Teilen der preußischen Gardedivision bis zum Lim-Fjord besetzt worden.
Inzwischen war ein österreichisches Geschwader in der Nordsee erschienen und hatte sich mit zwei preußischen Kanonenbooten vor der Elbemündung vereinigt. Dies Geschwader lieferte am 9. Mai bei Helgoland den dänischen, zur Blockade der Nordseeküste bestimmten Schiffen ein Gefecht, wurde aber geschlagen; doch verließen die dänischen Schiffe die Nordsee und gaben die Blockade auf.
Vom 12. Mai bis 26. Juni trat (der) Waffenstillstand ein, während dessen in London unter Mitwirkung Beusts, des Vertreters des am Kriege nicht beteiligten Deutschen Bundes, Verhandlungen stattfanden, die jedoch erfolglos blieben, da Dänemark die Anerkennung der Rechte der Herzogtümer hartnäckig verweigerte. So begann der Krieg von neuem, und schon am 29. Juni überschritten zwei preußische Brigaden den Alsensund und eroberten Alsen.
Vom 11. Juli an gingen auch Preußen und Österreicher über den Lim-Fjord und besetzten den nördlichen Teil von Jütland, ebenso wurden die schleswigschen Nordsee-Inseln in Besitz ge-

nommen. Man bereitete schon den Übergang nach Fünen vor, als am 20. Juli Waffenstillstand eintrat, der den Krieg beendete. Der Friede wurde am 30. Oktober zu Wien geschlossen (Wiener Friedensschlüsse); Dänemark trat die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab. …<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den Deutsch-dänischen Krieg 1864 (x057/153): >>Seit dem Wiener Kongreß (1815) war der König von Dänemark als herzog von Schleswig und Holstein für Holstein Mitglied des Deutschen Bundes.

Die dänische Nationalpartei aber erstrebte die Einverleibung Schleswigs. Dies veranlaßt die Herzogtümer, die seit 1460 "up ewig ungedeelt" bleiben sollten, zur Erhebung und Loslösung von Dänemark (1848). Im Bund mit Preußen wurde ein zunächst erfolgreicher Krieg geführt, aber durch das Londoner Protokoll (1852) die Personalunion beider Herzogtümer mit Dänemark wieder hergestellt.

Auf Drängen der Eiderdänen wurde eine Gesamtverfassung für Dänemark einschließlich der Provinz Schleswig erlassen. Das bedeutete die Einverleibung Schleswigs und somit den Bruch des Londoner Abkommens. Dagegen erhob sich die nationale Bewegung in Deutschland; die öffentliche Meinung verlangte die Unabhängigkeit Deutschlands unter dem Herzog von Augustenburg, um die alte Grenzmark dem Deutschtum zu erhalten. Bismarck ging eigene Wege, deren Ziel der Besitz Schleswig-Holsteins für Preußen war. Er forderte von Dänemark im Gegensatz zur Volksmeinung die Einhaltung des Londoner Protokolls.

Im Bund mit Österreich, das sich nur widerwillig anschloß, überschritten die preußischen Truppen die Eider (1864). Nach den Plänen des Generalstabschefs von Moltke errangen die Verbündeten einen raschen Sieg (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen).

Im Frieden von Wien (1864) trat Dänemark die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die verbündeten Sieger ab. Deutschland hatte zwei Grenzländer zurückgewonnen und die Einmischung des Auslandes abgewehrt.

Über die Frage des Schicksals der beiden Herzogtümer kam es zum Konflikt mit Österreich (1866), den Bismarck zur Beseitigung des Dualismus und zur Einigung Deutschlands für unumgänglich hielt. ...<<

Die gemeinsame preußisch-österreichische Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein führt später zu endlosen Streitereien und löst am Ende zwangsläufig den von Bismarck beabsichtigten Machtkampf zwischen Preußen und Österreich aus. Da Preußen unter Bismarcks zielstrebiger Führung die Vormachtstellung in Deutschland fordert, ist eine gewaltsame preußisch-österreichische Auseinandersetzung unausweichlich. Bismarck weiß spätestens seit 1850 (gewaltsame Wiederherstellung des Frankfurter Bundestages durch die Habsburger), daß die Habsburger niemals kampflos auf ihre führende Machtposition im Deutschen Bund verzichten würden.

Der österreichische Außenminister Graf Rechberg schreibt im Jahre 1864 über den deutschen Dualismus (x239/142-143): >>Wir halten unerschütterlich fest am Bundesverbande und sind entschieden, mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte ihn aufrecht zu erhalten. ...

Unserm engeren Anschluß an Preußen (seit der Waffenbrüderschaft gegen Dänemark) muß vor allem als Bedingung vorangehen die Aufrechterhaltung unseres bundesverfassungsmäßigen Verhältnisses zu Preußen. Die können wir nicht alterieren (ändern) lassen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Dänemarks im Jahre 1864 (x804/515-516): >>(Dänemark) ... Am 16. Januar 1864 verlangten Österreich und Preußen auf Grund des auch im Londoner Protokoll bestätigten Rechtes Schleswigs und Holsteins auf Zusammengehörigkeit und gemeinschaftliche Verfassung die Aufhebung der eiderdänischen Verfassung. In törichtem Vertrauen auf die Hilfe der Großmächte, namentlich Englands, lehnte das Ministerium Monrad die Forderung ab und führte damit einen neuen deutsch-dänischen Krieg herbei.

Die österreichischen und preußischen Truppen überschritten am 1. Februar die Eider und zwangen die Dänen ... durch einige Gefechte und eine Umgehung ihrer linken Flanke am 5. Februar zur Räumung des Danewerkes. Dieselben zogen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, welche am 18. April von den Preußen erstürmt wurden, während die Österreicher in Jütland eindrangen.
Auf einer Konferenz der Mächte in London (25. April bis 25. Juni), welche vermitteln wollte, lehnte Dänemark in hartnäckiger Verblendung sowohl eine Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark als eine Teilung Schleswigs ab.
Der Krieg begann also von neuem mit der Eroberung Alsens durch die Preußen (29. Juni) und der Besetzung ganz Jütlands. Schon war ein Übergang der Verbündeten nach Fünen geplant, als Dänemark am 18. Juli Waffenstillstand schloß und im Frieden zu Wien am 30. Oktober 1864 die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen abtrat.
Durch die Abtretung der drei Herzogtümer war Dänemark auf einen Umfang beschränkt, wie es ihn so klein noch nie gehabt hatte. Der seit 1850 hochgeschwellte Nationalstolz des Volkes hatte eine empfindliche Demütigung erlitten. Indes war der Geist des Volkes ungebrochen, und es wandte seine Kräfte mit verdoppeltem Eifer und überraschendem Erfolg der Hebung seiner geistigen und materiellen Kultur zu. Die bisher ausschließlich herrschende nationalliberale und eiderdänische Partei, deren Politik so völlig Schiffbruch gelitten, verlor allerdings ihren Einfluß und die Hauptstadt ihr Übergewicht über das Land. ...<<
Rußland: Der russische Außenminister Alexander Michailowitsch Gortschakow (1798-1883, von 1856-82 Außenminister) rechtfertigt im Jahre 1864 die russischen Expansionen in Asien (x239/186): >>Die Situation Rußlands in Zentralasien ist die aller zivilisierter Staaten, welche sich in Kontakt mit nomadisierenden, halbwilden Völkerschaften ohne feste Organisation befinden.
Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, daß der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe. Zunächst sind ihre Einfälle und Plünderungen zurückzuweisen. Um denselben ein Ende zu machen, ist man genötigt, die Grenzbevölkerung zu einer mehr oder minder direkten Unterwerfung zu zwingen.
Ist dieses Resultat erreicht, so nehmen die Grenzbewohner ruhigere und seßhaftere Gewohnheiten an, dafür werden sie aber nunmehr von ferner lebenden Stämmen beunruhigt.
Der Staat ist verpflichtet, jene zu schützen, diese zu züchtigen. Daraus entspringt die Notwendigkeit entfernter, kostspieliger, sich stets wiederholender Expeditionen gegen einen Feind, den seine Organisation eigentlich unangreifbar macht. Jeder Schritt vorwärts führt zu neuen Schritten, jede überwundene Schwierigkeit zu neuen Schwierigkeiten. ...<<
Bis 1864 gründen die emsigen deutschen Siedler in Rußland mehr als 190 Siedlungen, die sich von der Ukraine bis zum Ural erstrecken. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts siedeln bereits rd. 1,8 Millionen Deutsche in Rußland, davon leben fast 1,65 Millionen im europäischen Teil des Landes (x077/62).
Schweiz: Am 22. August 1864 unterzeichnen die Bevollmächtigten aus 16 Staaten in Genf das erste internationale Abkommen (sog. "Genfer Konvention") zum Schutz der Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung. Während der Genfer Konvention gründet man außerdem das Rote Kreuz, um das Los der Verwundeten und Kranken der Kriegsparteien zu mildern.
Mit der Gründung des Roten Kreuzes versucht man, endlich die furchtbaren Folgen des Krieges zu "humanisieren" und will vor allem den Verwundeten und Kriegsgefangenen eine medizinische Versorgung und menschliche Behandlung gewährleisten.
Zur wichtigsten Bestimmung des internationalen Vertrages zählt, daß alle verwundeten oder kranken Soldaten, ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit, von der gegnerischen Kriegs-

partei, die sie gefangen genommen hat, medizinisch versorgt und gepflegt werden. Lazarette, Ärzte, Krankenpfleger und Feldgeistliche sind während der Kampfhandlungen besonders zu schützen. Das Erkennungszeichen des "Roten Kreuzes" wird ein rotes Kreuz auf weißem Feld (islamische Länder: Roter Halbmond).
Der eigentliche Begründer dieser Hilfsorganisation ist der schweizerische Kaufmann und Schriftsteller Henri Dunant.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Genfer Abkommen" (x051/209): >>Genfer Abkommen (Genfer Konventionen), Bezeichnung für eine Reihe von in Genf geschlossenen internationalen Verträgen zum Schutz von Verwundeten und kranken Soldaten, Kriegsgefangenen und Zivilpersonen im Krieg: Das 1. Genfer Abkommen wurde auf Anregung Henri Dunants (1828-1910) am 22.8.1864 von 16 Staaten (darunter Preußen und anderen Mitgliedern des Deutschen Bundes) geschlossen und betraf Soldaten im Landkrieg.
Es legte zudem das Schutzzeichen des Roten Kreuzes fest und wurde 1899 auf den Seekrieg ausgeweitet. Ein 2. Genfer Abkommen vom 6.7.1906 erweiterte das 1. wesentlich und wurde von 40 Staaten ratifiziert. Am 27.7.1929 einigten sich 15 Staaten auf ein weiteres (3.) Genfer Abkommen, das insbesondere die Behandlung der Kriegsgefangenen regelte, und am 12.8.1949 vereinbarten 59 Regierungen ein 4. Genfer Abkommen "zum Schutz der Kriegsopfer", das heute von nahezu allen Ländern ratifiziert ist.
Die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gültigen ersten drei Genfer Abkommen, die Kriegsbetroffene v.a. vor Tötung, Verstümmelung, Folter, Geiselnahme und Verletzung der Menschenwürde bewahren sollten, wurden von nahezu allen Krieg führenden Parteien verletzt. Deutscherseits entsprach das Verhalten auf den westlichen Kriegsschauplätzen im allgemeinen wenigstens ansatzweise den Genfer Abkommen, während der "Weltanschauungskrieg" im Osten fast ohne Rücksicht auf Geist oder gar Buchstaben der Genfer Abkommen geführt wurde (u.a. Einsatzgruppen).<<
Ferdinand Lassalle stirbt am 31. August 1864 in der Nähe von Genf (Schweiz). Der erfolgreiche Gewerkschaftsführer und bekannte sozialistische Politiker kommt infolge eines Eifersuchtsdramas wegen einer Beziehung zu Helene von Dönniges nach einem Pistolenduell mit dem Bojaren Rakowitza um.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand Lassalle (x810/532-533): >>Lassalle, Ferdinand, hervorragender deutscher Gelehrter und Begründer der Sozialdemokratie in Deutschland, wurde am 11. April 1825 zu Breslau geboren als Sohn eines reichen israelitischen Seidenhändlers, Lassal (Ferdinand Lassalle schrieb sich "Lassalle" erst nach einem Pariser Aufenthalt im Jahre 1846), der ihn für den Handelsstand bestimmt hatte und deshalb auf die Leipziger Handelsschule schickte.
Aber Lassalle hatte keine Neigung für den kaufmännischen Beruf, er wollte sich der Wissenschaft widmen. Nach zwei Jahren verließ er im Sommer 1841 heimlich Leipzig, bereitete sich dann mit eisernem Fleiß in kurzer Zeit auf das Abiturientenexamen vor, bestand dieses, überraschte damit seinen Vater und studierte nun auf den Universitäten Breslau und Berlin Philosophie, Philologie und Archäologie.
Seine hohe Begabung, seine ungewöhnlichen Kenntnisse, sein ernstes wissenschaftliches Streben erregten die Aufmerksamkeit seiner akademischen Lehrer; früh trat er in engere freundschaftliche Beziehungen zu hervorragenden Gelehrten, so namentlich in Berlin zu ... Alexander von Humboldt und anderen. Heine, den er in Paris 1846 kennen lernte, entwarf eine glänzende Schilderung von den Talenten, der Energie und dem sicheren, selbstbewußten Auftreten des jungen Lassalle
Lassalle wurde ein begeisterter Anhänger der Hegelschen Philosophie. Schon während seiner Universitätszeit arbeitete er an einem Werk über den griechischen Philosophen Heraklit, mit

dem er seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen wollte. Aber seine Studien wurden dadurch unterbrochen, daß er im Winter 1844/45 in Berlin die Gräfin Sophie Hatzfeldt kennen lernte.
Die Gräfin, eine Tochter des Fürsten Hatzfeldt-Trachenberg, damals fast 40 Jahre alt, aber noch eine schöne und imposante Erscheinung, eine geistreiche Frau, war in einer traurigen Lage. Im Alter von 16 Jahren war sie zu einer Konvenienzheirat mit dem mißgestalteten reichen Grafen Edmund von Hatzfeld-Weisweiler gezwungen worden. Die Ehe war eine sehr unglückliche. Die fortgesetzte schlechte Behandlung von seiten ihres Gemahls hatte die Gräfin veranlaßt, sich von demselben zu trennen.
Als Lassalle sie kennen lernte, hatte ihr der Graf, während er mit Mätressen ein ungeheures Vermögen verschwendete, jede Unterstützung versagt und wollte ihr auch das einzige Kind, das man ihr gelassen hatte, den jungen Grafen Paul, entreißen. Das Unglück der schönen, von ihren Verwandten verlassenen Frau ging dem jungen, ritterlich gesinnten Lassalle zu Herzen. Sein Rechtsgefühl empörte sich, seine trotzige Kampflust erwachte. Er bot der Gräfin sein Vermögen und seine Dienste an und begab sich nun mit ihr nach der Rheinprovinz, um dort den Kampf gegen den Grafen aufzunehmen. Fast zehn Jahre lang hat er denselben geführt und schließlich siegreich durchgefochten.
1851 wurde die Ehe geschieden, der Graf für den schuldigen Teil erklärt. Aber auch nach der Ehescheidung waren noch viele Prozesse wegen der Vermögensauseinandersetzung zu führen. Sie endeten damit, daß die Gräfin ein großes Vermögen erhielt. Lassalle und die Gräfin lebten dann bis zu seinem Tod fortwährend an denselben Orten und in dem engsten freundschaftlichen Verkehr.
In jenem Kampf wurde Lassalle auch in einen Kriminalprozeß, der seiner Zeit viel Aufsehen machte, verwickelt. Zwei Freunde von Lassalle und der Gräfin, Doktor Mendelssohn und Assessor Oppenheim, hatten im August 1846, um in den Besitz eines Kontraktes zu gelangen, durch welchen der Graf Hatzfeldt seiner Mätresse, der Baronin von Meyendorff, eine jährliche Rente von 25.000 Franc ausgesetzt hatte, im Mainzer Hof zu Köln sich einer Kassette der Baronin bemächtigt. Oppenheim hatte die Kassette von dem Reisegepäck der Baronin genommen und Mendelssohn übergeben, der sie in seinem Koffer unterbrachte.
Gleich darauf mußten sie ihre Beute, die das gesuchte Aktenstück nicht enthielt, im Stich lassen und flüchten. Zuerst wurde Oppenheim 1846 wegen Diebstahls angeklagt, aber freigesprochen. Darauf wurde noch im Jahre 1846 Mendelssohn wegen Teilnahme am Diebstahl angeklagt und nach langen Verhandlungen im Februar 1848 verurteilt.
Auf Grund der Aussage eines bestochenen Zeugen wurde nun auch Lassalle als "intellektueller Urheber des Diebstahls" im März 1848, nachdem er schon 1847 deshalb kurze Zeit inhaftiert gewesen (war), in Untersuchungshaft genommen, in den Anklagestand versetzt, aber nach einer glänzenden Verteidigungsrede am 11. August 1848 freigesprochen ...
Aus dem Gefängnis entlassen, stürzte sich Lassalle in die politische Agitation. Seine Anschauungen waren die der radikalen Demokratie. Unter den Führern derselben nahm er sofort neben Marx, Freiligrath, Becker etc. einen hervorragenden Platz ein, durch den Verkehr mit Marx wurde er auch zum Sozialisten.
Wegen einer am 22. November 1848 zu Neuß gehaltenen Rede verhaftet und angeklagt, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben, wurde er nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft am 3. Mai 1849 von den Geschworenen zu Düsseldorf freigesprochen. ... Trotz der Freisprechung wurde aber Lassalle nicht aus dem Gefängnis entlassen, sondern jetzt wegen ... eines geringeren Vergehens, die Bürgerwehr zur Widersetzlichkeit gegen die Beamten aufgefordert zu haben, angeklagt und vom Korrektionstribunal am 5. Juli 1849 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
Nach Beendigung der Hatzfeldschen Prozesse (1854) widmete sich Lassalle, zuerst in Düssel-

dorf, dann in Berlin, wohin er 1857 übersiedelte, wissenschaftlichen Studien. Die Frucht derselben waren zwei größere Werke, welche durch die Originalität der Auffassung und scharfsinnige Kritik bisheriger Lehrmeinungen dem Verfasser in der Gelehrtenwelt einen geachteten Namen verschafften.
Das eine: "Die Philosophie Herakleitos' des Dunklen von Ephesos" (Berlin 1858, 2 Bände), gehört dem Gebiet der Geschichte der Philosophie an, das andere: "Das System der erworbenen Rechte, eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie" (Leipzig 1860, 2 Bände), ist rechtsphilosophischer Art, aber zugleich eine wissenschaftliche Verteidigung der radikalen politischen Grundanschauungen Lassalles.
Zwischendurch erschien auch sein historisches Trauerspiel "Franz von Sickingen" (Berlin 1859), ein Werk voll kühner, genialer Gedanken trotz aller Schwächen in ästhetischer und formaler Beziehung und von hohem Interesse durch die deutschnationale Gesinnung des Dichters, eines begeisterten Anhängers des deutschen Einheitsstaates.
Diese Gesinnung tritt noch stärker hervor in der während des italienischen Krieges erschienenen Broschüre "Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens" (Berlin 1859), in welcher er die preußische Neutralität Frankreich gegenüber billigte, aber riet, Preußen solle den günstigen Augenblick der Beschäftigung seiner Gegner benutzen, gegen Dänemark vorgehen, um Schleswig-Holstein zu erobern, den Dualismus in Deutschland beseitigen und die deutschen Stämme mit Ausschluß Österreichs unter einer nationalen demokratischen Regierung einigen, ebenso in der Abhandlung "Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart" (Hamburg 1860) und in seiner Festrede auf Fichte am 19. Mai 1862:
"Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes" (Berlin 1862), in denen er als die höchste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Herstellung eines deutschen Einheitsstaates unter Preußens Führung bezeichnete und die Frage der Freiheit hinter die der Einheit stellte.
Im März 1862 erschien als eigenes Buch ... ("Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker", Berlin 1862). In der Konfliktszeit versuchte Lassalle die Fortschrittspartei zum passiven Widerstand, zur Niederlegung des Mandats in Masse, zu bewegen und hielt auch in diesem Sinn öffentliche Vorträge: "Über Verfassungswesen" (Berlin 1862), "Was nun?" (Berlin 1862).
Da die Fortschrittspartei diese Politik verwarf, glaubte Lassalle die Zeit gekommen, eine eigene demokratische Partei bilden zu können. Er versprach sich einen Erfolg aber nur bei einem Programm, das zugleich Vorschläge über die Lösung der sozialen Frage enthielte. Zu diesem Zweck hielt er am 12. April 1862 in einer großen Arbeiterversammlung einen Vortrag: "Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes".
Auf Grund dieses Vortrages wurde Lassalle wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens durch öffentliche Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß gegeneinander angeklagt und am 16. Januar 1863 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, aber in zweiter Instanz freigesprochen. ... Sein Auftreten für die Arbeiterklasse veranlaßte am 10. Februar 1863 ein Arbeiterkomitee in Leipzig, welches damals einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß berufen wollte, sich an Lassalle zu wenden und seine Ansicht über den Kongreß und über die Arbeiterfrage zu erbitten.
Lassalle antwortete nach 14 Tagen in einer Broschüre: "Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee etc." (Zürich 1863), in welcher er sein sozialistisches Programm entwickelte. Er riet dem Komitee, dieses Programm, dessen Hauptpunkt die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Hilfe des Staatskredites war, anzunehmen, den Kongreß nicht zu halten, aber einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gründen, der sich zunächst nur die eine Aufgabe stelle, für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung zu agitieren, um, wenn dies erreicht sei, mit Hilfe des Stimmrechtes die Macht im Staat für den Arbei-

terstand zu erlangen und dann das sozialistische Programm durchzuführen.
Das Komitee folgte dem Rat, Lassalle wurde von ihm veranlaßt, in Leipzig am 16. April (Lassalles Rede "Zur Arbeiterfrage"), in Frankfurt am 17. und 19. Mai ("Arbeiterlesebuch", Frankfurt am Main) und anderen Orten zu sprechen, am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig mit etwa 600 Mitgliedern gegründet und Lassalle zum Präsidenten gewählt.
In dieser Stellung entfaltete er eine umfassende agitatorische Tätigkeit, aber seine Erfolge waren sehr gering. Kaum einige tausend Arbeiter gelang es ihm zu gewinnen.
Sein Hauptkampf war gegen Bourgeoisie und Liberalismus gerichtet. Dieser Kampf verwikkelte Lassalle in eine Reihe von Kriminalprozessen, schließlich sogar in einen Hochverratsprozeß auf Grund einer gedruckten Ansprache: "An die Arbeiter Berlins" (Berlin 1863), in welcher er ausführte, daß die oktroyierte preußische Verfassung nicht zu Recht bestehe, und die Arbeiter aufforderte, in den Verein zu treten, um diese Verfassung zu stürzen. Er wurde in diesem Prozeß am 12. März 1864 freigesprochen, aber in anderen verurteilt.
Die Agitation hatte Lassalles Gesundheit zerrüttet. Zur Stärkung derselben ging er, nachdem er noch im Mai 1864 am Rhein in den ihm ergebenen Arbeiterdistrikten einen Triumphzug gehalten (hatte), im Juni 1864 nach der Schweiz.
Lassalle traf dort mit Helene von Dönniges, der Tochter eines bayerischen Diplomaten, zusammen, welche, ihm selbst schon von früher her bekannt, damals mit einem Walachen, Janko von Rakowitza, verlobt war. Sein Verhältnis zu dieser Dame führte zu einem Pistolenduell zwischen Lassalle und Rakowitza in Genf am 28. August 1864, in welchem Lassalle tödlich verwundet wurde. Er starb am 31. August 1864.
Außer den erwähnten Agitationsschriften erschienen noch: "Macht und Recht" (Zürich 1863); "Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag" (Düsseldorf 1863); "Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle etc." (Berlin 1864); "Die Agitation des allgemeinen deutschen Arbeitervereins" etc.; Lassalles letzte Rede (Berlin 1864) ...<<
Luxemburg: Michel Lentz (1820-1893) verfaßt im Jahre 1864 den Text der späteren Nationalhymne Luxemburgs (x230/101):
>>Wo durch die Au die Else zieht,
Durch Fels die Sauer bricht,
Das Tal der Mosel duftig blüht,
Die Sonne Wein verspricht:
Dort ist das Land, für das wir gern
Hienieden alles wagen,
Das Heimatland, das wir so tief
In unsern Herzen tragen.<<
Großbritannien: Karl Marx gründet im Jahre 1864 in London die erste Internationale Arbeitervereinigung. Da diese kommunistische Vereinigung einen allgemeinen gesellschaftlichen Umsturz anstrebt, wird sie schon bald in fast allen Ländern verboten.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Internationale" (x808/1.000-1.001): >>Internationale, eine sozialdemokratische Arbeiterverbindung, deren Gründung, durch Karl Marx und andere Vertreter der radikalsten politischen und sozialistischen Ideen lange geplant, am 28. September 1864 auf einem Meeting in St. Martin's Hall in London von Sozialisten und radikalen Republikanern aller Länder beschlossen wurde.
Die Verbindung war der erste Versuch, die Sozialdemokratie zu einer einheitlich organisierten internationalen Partei zu machen, um als revolutionäre Agitationspartei gleichzeitig in allen Ländern für die Verwirklichung des Marxschen radikalen sozialdemokratischen Programms und seines Volksstaates zu agitieren und die soziale Revolution vorzubereiten.
Auf jenem Meeting wurde ein Ausschuß von 50 Personen eingesetzt, um Programm und Sta-

tut der Verbindung vorzubereiten; ein späterer internationaler Kongreß sollte darüber beraten und entscheiden. Karl Marx, die Seele der Bewegung, entwarf beides und fand die Zustimmung sowohl des Ausschusses als des ersten ... konstituierenden internationalen Kongresses zu Genf im Jahr 1866.

Das Programm lautet:

"In Erwägung, daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für die Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft bedeutet; daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet; daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte; daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt; daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den ... Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfall in alte Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert: aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen, Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen.

Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes oder Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte."

Die Organisation der Internationale war folgende:

Von den Lokalsektionen (den Mitgliedern der Internationale an einem Ort) wurden Delegierte gewählt; diese bildeten die Föderationen; die Delegierten der Föderationen bildeten dann den Kongreß, der jährlich zusammentreten und das souveräne Vereinsorgan sein sollte.

Neben ihm war das leitende Verwaltungsorgan der Generalrat (Sitz in London), in dem zugleich die Generalsekretäre für die einzelnen Länder funktionierten. (Karl Marx war der Generalsekretär für Deutschland).

Kongresse fanden nacheinander statt in Genf (1866), Lausanne (1867), Brüssel (1868), Basel (1869). Durch die Beschlüsse auf diesen Kongressen wurde das radikale positive politische und ökonomische Programm im einzelnen festgestellt, das letztere namentlich durch die Beschlüsse in Brüssel und Basel.

Die Internationale gewann schnell in allen industriellen Ländern (außer in England) Boden, die Zahl der Mitglieder bezifferte sich bald auf viele Hunderttausende, mit den äußeren Erfolgen wuchs die Zuversicht der Führer auf den Sieg der nahen sozialen Revolution, die Geschicklichkeit, aber auch die Kühnheit der Agitation - nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges und der Gründung der französischen Republik trug man sich sogar mit dem Gedanken an die Ausführbarkeit einer sozialen Revolution in Deutschland, wo die Internationale zahlreiche Mitglieder und unter der Führung von Bebel, Liebknecht, Bracke etc. die beste Organisation hatte. In der Kommune von Paris, im Frühjahr 1871, feierte sie ihren ersten

Sieg. Die Internationale wurde zu einer ernsten Gefahr.
Da trat in der Partei unter den Führern immer schärfer ein Antagonismus (Gegensatz) heraus, der schließlich auf dem Kongreß in Den Haag (1872) zum offenen Bruch, zu einer Spaltung der Internationale und damit zu ihrer Auflösung führte.
Der Grund des Zwiespaltes war, abgesehen von persönlichen Differenzen der Führer (namentlich Marx und Bakunin), die Frage der Diktatur des Generalrats. Marx und die deutschen Führer vertraten die Diktatur, Bakunin und mit ihm die Führer der Internationale in den romanischen Ländern bekämpften dieselbe. Auf dem Kongreß in Den Haag siegten die Zentralisten über die Föderalisten mit 26 gegen 23 Stimmen. Die Majorität verlegte den Sitz des Generalrates nach New York, die Minorität schied aus, um eine neue Internationale zu gründen. Beide Parteien tagten 1873 in Genf gleichzeitig, aber gesondert und befehdeten sich auf das heftigste.
Alle Versuche, die Einigung wieder herbeizuführen, namentlich auf dem Kongreß in Genf 1877, mißlangen, ebenso der Versuch ... auf einem Kongreß in London 1881, eine neue Internationale der anarchistischen Partei zu begründen. Die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder, gespalten jetzt in Anarchisten und Gemäßigtere, unterhalten noch internationale Verbindungen; aber eine einheitliche Organisation, wie sie in der Internationale bestand, existiert nicht mehr. ...<<
USA: US-General William Sherman läßt ab 1864 in den besetzten Südstaaten Georgia und Carolina systematische Vernichtungsaktionen durchführen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die planmäßigen Zerstörungen des Nordstaaten-Generals William Sherman (x068/130-132): >>... General William T. Sherman ... bekriegt nicht bloß die Truppen des Südens, sondern mit derselben Brutalität auch die Bevölkerung. Sein Devise: "Wir kämpfen nicht nur gegen die feindliche Armee, sondern gegen ein feindliches Volk, und wir müssen alle – alt und jung, reich und arm – die harte Hand des Krieges spüren lassen." So praktizierte er nichts als Terror, reine Barbarei. Und hinter seiner Soldateska ziehen Tausende von plündernden und brandschatzenden Schwarzen.
Sherman schlägt am 22. Juli 1864 bei Atlanta/Georgia die Südstaatler unter General Hood. Nach schweren Kämpfen fällt Atlanta selbst am 2. September ... Alle Bewohner Atlantas, auch die Alten, die Schwachen, läßt Sherman vertreiben und die Stadt niederbrennen. Er denkt nicht daran, wie er selbst gesteht, "die menschliche Seite der Sache zu berücksichtigen"; das will er erst im Frieden – und dann "den letzten Zwieback" teilen.
Die zertrümmerte und in Flammen lodernde Stadt hinter sich zieht der General seit dem 16. November mit seiner Armee von über 62.000 Mann – er nennt sie echt yankeehaft "Gottes Werkzeug der Gerechtigkeit" durch Georgia, auf vier großen Straßen bis zum Atlantik, 500 km weit. Auf einer Breite von 100 km wird dabei alles vernichtet, was zu vernichten ist: die Städte, die Ernten, die Fabriken und Lagerhäuser, die Brücken, Plantagen, das Vieh, die Bahnanlagen, deren glühende Schienen, von Sherman persönlich überwacht, man jeweils rund um den nächsten Baum biegt.
Und seiner Verheerung von Georgia folgt nach der Einnahme von Savannah die Verwüstung von South und North Carolina, Auch hier wird alles, was dem Süden nützen könnte, zerstört. Der Sachschaden beträgt mehr als 100 Millionen Dollar. Tabula rasa oder Amis unter sich – wenn es um Macht geht. Und um Macht geht es immer. Und deshalb wird gewöhnlich so verfahren. Mit den Indianern zum Beispiel, die man gerade seinerzeit im Sand Creek-Massaker metzelt. ...
Die Verfechter der Menschenrechte plünderten ihre eigenen Brüder restlos aus. Vom Indianerkrieg seit langem ans Rauben gewöhnt, schleppten sie alles weg, vom Pferd bis zum letzten Rock, alles nehmen sie mit, "was nicht niet- und nagelfest war – nicht ein Küken haben sie

zurückgelassen." Auch die Schwarzen trieben sie fort, sie haben sie "befreit", versteht sich, "und zwei, die sich weigerten", versichert dieselbe Augenzeugin, "getötet".
Ein junges Mädchen aus Georgia schreibt am 24. Dezember 1864: "Etwa drei Meilen von Sparta entfernt betraten wir das 'verbrannte Land', wie es von den Einwohnern treffend genannt wird. Ich glaube fast, ich hätte Lust, einen Yankee eigenhändig zu hängen ..."
Alles ist ruiniert, die Zäune, die Felder, die Heuschuppen, Getreideschober, jeder Ballen Baumwolle, jede Plantage verkohlt, manchmal nur noch einsame Schornsteine, "Shermans Schildwachen". Längs den Straßen: Niedergeschossene Pferde, Schweine, Rinder, alles, was der Feind nicht selbst verbrauchen oder mitnehmen kann.
"Die infamen Schurken. Ich konnte es jetzt verstehen, daß die armen Leute hier diesen 'Hunden' am liebsten an Ort und Stelle den Strick um den Hals gelegt hätten ..." Und eine andere Augenzeugin meint, "selbst die, die Tausende und Zehntausende von Dollars besaßen, waren so arm wie die Ärmsten und ebenso hungrig."
"Ich möchte ja nicht, daß du mit den Kämpfen aufhörst, bevor der letzte dieser Yankees tot ist", schreibt die Frau eines Südstaatlers ihrem Mann an die Front, "aber versuch doch und komm und bring uns etwas zu essen ... aber, mein Liebster, wenn du das Kommen aufschiebst, dann hat dein Kommen überhaupt keinen Zweck mehr, weil wir dann schon alle auf dem alten Friedhof neben deiner und meiner Mutter liegen werden."
Der Krieg ist eben total, das Zerstörungswerk komplett. Zumal man im Süden auch eigenen Besitz ruiniert; etwa die Baumwolle haufenweise verbrennt, damit die "Eroberer" sich nicht daran bereichern können.
Gelegentlich belädt man mit ihr Flöße auf dem Mississippi, kippt Whiskyfässer darüber, zündet's an allen Ecken an und sieht es dann berauscht im Sonnenlicht den Strom hinuntertreiben. "Das zeigt, wozu eine Nation imstande ist, wenn es ernst wird", jauchzt eine patriotische Dame und fügt hinzu: "Nachts würde es großartig ausgesehen haben. Aber dann werden wir das Vergnügen (!) noch einmal erleben; denn am Tag werden sie mit der Arbeit (des Zerstörens) nicht fertig werden, wenn sie sich auch noch so sehr beeilen." Ein - überflüssiger - Beweis mehr, daß die Narren nicht aussterben. "Ein unschätzbarer Reichtum ist heute zerstört worden, aber niemand bedauert es."
Und zu ihrem Trost liegen noch Hunderte von Ballen "unberührt" da und können bald ebenso flammend den Patriotismus des Südens beleuchten.<<
Obwohl die Cheyenne im November 1864 am Sand Creek, im Südosten des späteren Bundesstaates Colorado, die US-Flagge und eine weiße Fahne zum Zeichen der Freundschaft hissen, erteilt Oberst John M. Chivington (1821-1894) den Angriffsbefehl. Bei diesem sinnlosen Massaker sterben Hunderte, ein Großteil davon sind Frauen und Kinder. Die Leichen werden skalpiert und verstümmelt. In Denver präsentieren nicht wenige US-Soldaten später triumphierend die blutigen Skalps der ermordeten Cheyenne, die sie am Sattelzeug oder am Hut befestigt haben (x181/3.63).
Ein US-Leutnant, der sich damals nicht beteiligen will, wird von Oberst John M. Chivington gezwungen, an diesem Gemetzel teilzunehmen (x122/387): >>Der Teufel soll alle holen, die mit den Indianern sympathisieren! Ich bin hier, um die Indianer zu töten, und ich glaube, es ist richtig und ehrenhaft, sich aller Methoden, die es unter Gottes Himmel gibt, zu bedienen, um Indianer zu töten. ...<<
Ein Augenzeuge berichtet später über diese grausame "Expedition" gegen den Stamm der Cheyenne (x122/388): >>... Als ich am nächsten Tag über das Schlachtfeld ging, sah ich keine Leiche eines Mannes, einer Frau oder eines Kindes, die nicht skalpiert war, und in vielen Fällen waren die Leichen auf gräßlichste Weise verstümmelt ...<<
Mexiko: Kaiser Napoleon III. gründet im Jahre 1864 in Mexiko ein französisches Kaiserreich und setzt Erzherzog Maximilian von Habsburg (1832-1867) als Kaiser (1864-67) ein.

Die Nordamerikaner vereiteln jedoch Napoleons Plan und setzen schließlich bis 1867 den französischen Abzug durch (Verstoß gegen die sog. "Monroe-Doktrin").

1865

Deutscher Bund: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1865-1869 (x804/897-901): >>(Deutschland) ... Österreich wies die in einer preußischen Note vom 22. Februar 1865 zusammengefaßten Bedingungen zurück, unter welchen Preußen allein die Errichtung eines selbständigen holsteinischen Staates gestatten wollte. Nicht ohne Zutun Österreichs beschloß der Bundestag am 6. April 1865 mit neun gegen sechs Stimmen, daß dem Herzog von Augustenburg die Verwaltung des Landes übertragen werden solle. ...

Die beiden Zivilkommissare, der preußische, von Zedlitz, und der österreichische, von Halbhuber, gerieten bald in Differenzen, da dieser die augustenburgischen Agitationen und Demonstrationen begünstigte oder wenigstens duldete, der preußische darin eine Präjudizierung der preußischen Rechte erblickte.

Gleichzeitig ging Preußen entschlossen vor, um seine Interessen in Schleswig-Holstein energisch zu wahren. Eine Kabinettsorder verfügte am 24. März 1865 die Verlegung der preußischen Ostsee-Flottenstation von Danzig nach Kiel, und Bismarck erklärte bei der Begründung einer Kreditforderung von 6 Millionen Taler für die Befestigung des Kieler Hafens im Abgeordnetenhaus, das sie natürlich ablehnte (5. April), daß Preußen im Besitz des Kieler Hafens sei und in demselben zu bleiben gedenke.

Die Spannung zwischen Preußen und Österreich wurde immer schärfer. Während ... (Preußen) in Holstein einige augustenburgische Agitatoren unter nachdrücklichem Protest des österreichischen Zivilkommissars unschädlich machte, stellten am 27. Juli Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt im Bund den Antrag, daß eine frei gewählte Vertretung der Herzogtümer berufen und gehört, zugleich Einleitung zur Einverleibung Schleswigs in den Bund getroffen werden solle. Stimmte Österreich diesem Antrag zu, so war der Krieg erklärt.

Indes es fühlte sich noch nicht genügend vorbereitet, und so verständigten sich beide Monarchen, Franz Joseph und Wilhelm I., noch einmal in der von Bismarck mit Graf Blome abgeschlossenen Konvention von Gastein (14. August 1865) dahin, daß, vorbehaltlich der gemeinsamen Rechte, Preußen die Regierung Schleswigs, Österreich die Holsteins übernehmen, ersteres den Kieler Hafen, das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg, Militäretappen, Post und Telegraphenrouten in Holstein erhalten und Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen dänische Reichstaler an den König von Preußen fallen sollte.

Diese Konvention, welche den Bundestag ganz außer acht ließ, rief wieder zahlreiche Proteste der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, einzelner deutscher Landtage und des deutschen Abgeordnetentages, der sich am 1. Oktober in Frankfurt versammelte, gegen die Vergewaltigung des Volksrechtes hervor.

Das Verhältnis der beiden Mächte in den Herzogtümern besserte sich keineswegs. Der preußische Gouverneur von Manteuffel in Schleswig führte ein strenges Regiment und schritt rücksichtslos gegen den Augustenburger und seine Anhänger ein, der österreichische, von Gablenz, in Holstein machte sich durch Nachgiebigkeit gegen die Volksstimmung populär.

Die Beschwerden Bismarcks über die Begünstigung des Herzogs Friedrich durch Österreich, welches damit den Voraussetzungen des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrages zuwiderhandle, wurden vom Wiener Kabinett in gereiztem Ton zurückgewiesen. Anfang 1866 wurde die Kriegsfrage sowohl in Berlin als in Wien ernstlich in Erwägung gezogen, und im Februar begannen die militärischen Vorbereitungen und Beratungen.

Bismarck hatte sich auf einer Zusammenkunft mit Napoleon III. in Biarritz (Oktober 1865) vergewissert, daß Frankreich vorläufig eine zuwartende Haltung beachten werde, und diese sich noch dadurch gesichert, daß er am 8. April 1866 mit Italien ... ein Bündnis schloß, wel-

ches demselben den Besitz Venetiens versprach.
Österreich wandte sich dagegen den Mittel- und Kleinstaaten zu und nahm seinen natürlichen Platz an der Spitze der deutschen Territorien gegenüber den Unionsbestrebungen ein ...
In Deutschland gänzlich isoliert, in seinem Inneren durch den Verfassungskonflikt und die scheinbare entschiedene Abneigung des Volkes gegen einen Krieg gelähmt, schien Preußen nachgeben oder unterliegen zu müssen.
Am 16. März 1866 richtete Graf Mensdorff eine vertrauliche Note an die befreundeten deutschen Höfe, in welcher er die Absicht kundgab, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und eine bestimmte Anfrage an Preußen über seine Politik zu richten, und sein Vertrauen aussprach, daß, im Fall die preußische Antwort nicht befriedigend ausfalle, die deutschen Staaten Österreichs Maßregeln unterstützen würden.
Bismarck erwiderte diesen Schritt mit einer Anfrage an die deutschen Regierungen (24. März), ob und in welchem Maß Preußen im Fall eines österreichischen Angriffes auf ihre Unterstützung rechnen dürfe, und mit der Ankündigung eines zeitgemäßen Bundesreformvorschlages. Die Antworten der Regierungen lauteten ablehnend oder ausweichend.
Dennoch erfolgte der angekündigte Reformantrag im Bundestag am 9. April und zwar dahin, "hohe Bundesversammlung wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung auf einen noch zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, bis zum Zusammentritt derselben aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen".
Hatte Bismarck von diesem Schritt einen Umschwung der öffentlichen Meinung erwartet, so täuschte er sich allerdings. Die Stimmung des Volkes in den meisten Ländern Deutschlands war zwar einem "Bruderkrieg", wie man den bevorstehenden Entscheidungskampf zwischen Preußen und Österreich um die Herrschaft in Deutschland nannte, abgeneigt, aber darum nicht weniger antipreußisch, und die meisten sahen in Bismarcks Antrag nur eine neue List, um Deutschland dem preußischen Militärdespotismus zu unterwerfen.
Die Unterhandlungen zwischen den beiden Mächten über eine gleichzeitige Abrüstung hatten keinen Erfolg, da Österreich dieselbe in Italien verweigerte und die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zwar unter möglichster Berücksichtigung der preußischen Ansprüche, aber nur innerhalb des bestehenden Bundesrechts anbot. So schritten denn beide Teile Anfang Mai zu allgemeiner Mobilmachung ihrer Streitkräfte, und auch in den Mittelstaaten wurde eifrig gerüstet.
Der Beschluß der mittelstaatlichen Konferenz zu Bamberg (14. Mai), auf gegenseitige Abrüstung hinzuwirken, blieb erfolglos, da einige dieser Staaten, wie Sachsen und Hannover, mit den Rüstungen selbst angefangen hatten.
Auch ein Vermittlungsversuch Frankreichs, Englands und Rußlands, die am 28. Mai zu einer Konferenz der Mächte nach Paris einluden, scheiterte an der Forderung Österreichs (1. Juni), daß es sich auf derselben um keine Territorialveränderung, vor allem nicht um die Abtretung Venetiens, handeln dürfe.
An demselben Tag tat Österreich in Frankfurt den letzten entscheidenden Schritt, welcher den Krieg unvermeidlich machte: es gab die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bund anheim, sicherte im voraus dem Spruch desselben seine bereitwilligste Anerkennung zu und teilte mit, daß der österreichische Statthalter beauftragt sei, die dortigen Stände zu berufen.
Bismarck erklärte am 4. Juni diesen Schritt Österreichs für einen offenen Bruch der Gasteiner Konvention und eine Herausforderung Preußens, und als Gablenz die holsteinischen Stände wirklich am 5. Juni nach Itzehoe berief, rückte Manteuffel am 7. Juni mit seiner Division in Holstein ein und besetzte es, während die österreichische Brigade, ... der Übermacht wei-

chend, gefolgt vom Herzog von Augustenburg, das Land verließ.
Am 27. Mai hatte Bismarck den deutschen Regierungen noch einmal in offener, männlicher Sprache seine Bundesreformvorschläge entwickelt und empfohlen und hervorgehoben, daß Preußen den anderen Staaten keine größeren Opfer zumute, als es selbst zu bringen bereit sei.
Am 9. Juni erklärte Preußen in der Bundesversammlung, daß es die schleswig-holsteinische Frage als eine nationale ansehe und sie als eine solche, d.h. in Verbindung mit der Bundesreform, zu lösen bereit sei; es erwarte nur den Augenblick, wo es diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung ihm die Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer dem gesamten Vaterland und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu gute kämen.
Österreich dagegen klagte am 11. Juni im Bund wegen gewalttätiger Selbsthilfe Preußens in Holstein und stellte den Antrag auf Mobilmachung der gesamten Bundesarmee mit Ausnahme ihrer preußischen Bestandteile, d.h. auf Kriegserklärung gegen Preußen.
Da Österreich selbst und seine Verbündeten den Augenblick zum Losschlagen für gekommen erachteten, so wurde trotz des Protestes Preußens schon am 14. Juni über diesen Antrag abgestimmt und derselbe mit neun gegen sechs Stimmen (außer Preußen Oldenburg, Mecklenburg, die thüringischen Staaten, die Freien Städte außer Frankfurt und Luxemburg) zum Beschluß erhoben.
Als die Abstimmung beendet und das Resultat verkündet war, erklärte der preußische Gesandte von Savigny, daß seine Regierung den bisherigen Bundesvertrag damit für gebrochen und erloschen ansehe, daß sie aber an der über den vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation festhalte, und daß sie einen neuen Bund mit den deutschen Regierungen zu schließen bereit sei auf Grund einer neuen Verfassung, deren Grundzüge Savigny auf den Tisch des gewesenen Bundestages niederlegte, und deren erster Artikel lautete: "Das Bundesgebiet besteht aus den seitherigen Staaten mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landesteile".
So bewährte sich Preußen als der eigentlich deutsche Staat, indem es die Gründung eines lebensfähigeren, kräftigeren Bundesstaates als Ziel des Kampfes hinstellte, während seine Gegner ohne politische Ideen nur den alten Zustand erhalten und durch Zerstückelung Preußens ihren Neid und ihre Selbstsucht befriedigen wollten.
Der Krieg nahm einen Verlauf, wie ihn niemand vermutet hatte. Während die Bundestruppen sich erst sammelten, okkupierte Preußen Sachsen und Kurhessen ohne Schwertstreich, Hannover nach dem blutigen Gefecht von Langensalza (27. Juni). Ganz Norddeutschland war in Preußens Gewalt, die meisten kleinen Staaten riefen ihre Gesandten vom Rumpfbundestag ab und schlossen sich ihm an.
Der siebentägige Feldzug in Böhmen und die Schlacht von Königgrätz brachten den Sieg über Österreich zu glänzender Entscheidung; der Mainfeldzug zersprengte die beiden Bundesarmeekorps, welche unter dem Symbol der schwarz-rot-goldenen Trikolore in den Kampf gezogen waren; der Bundestag mußte nach Augsburg flüchten, wo er sich am 24. August auflöste.
Die Intervention Napoleons III. rettete Sachsen und nötigte Preußen, sich auf einen norddeutschen Bund zu beschränken; doch gestatteten die Nikolsburger Friedenspräliminarien (26. Juli) und der Prager Friede (23. August), daß der Verein der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund eine nationale Vereinigung eingehe.
Österreichs deutsches Gebiet blieb unverletzt, die Kriegskosten (20 Millionen Taler) waren nicht erheblich. Dagegen schied es nun aus Deutschland aus; es gab hier für immer seine dominierende Stellung auf, und der Dualismus der deutschen Großmächte endete mit dem völligen Sieg Preußens, das durch die Einverleibung Schleswig-Holsteins (für dessen nördlichen Teil Art. 5 eine Volksabstimmung zu Gunsten Dänemarks vorbehielt), Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts sein deutsches Gebiet bedeutend vergrößerte.

Von Österreich im Stich gelassen, wendeten sich die süddeutschen Staaten, mit Ausnahme von Baden, an Frankreich um Hilfe, das gleichzeitig in drohender Form eine Kompensation am Rhein auf preußische, bayerische und hessische Kosten verlangte.
Bismarck wies dieses Verlangen auf die Gefahr eines neuen Krieges hin zurück. Zugleich aber entschloß er sich, durch milde Friedensbedingungen die süddeutschen Staaten für eine engere Verbindung mit Preußen zu gewinnen und so die Versöhnung und die Einigung ganz Deutschlands ohne Österreich anzubahnen.
Württemberg und Baden erlitten also keine, Bayern nur unerhebliche Gebietsverluste und mußten bloß Kriegskontributionen zahlen, schlossen aber im August mit Preußen geheime Schutz- und Trutzbündnisse, in welchen sie sich ihr Gebiet gegenseitig garantierten und zur Verteidigung desselben im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zur Verfügung zu stellen und den Oberbefehl über dieselbe dem König von Preußen zu übertragen sich verpflichteten. Damit war die nationale Verbindung, die der Prager Friede vorsah, hergestellt, auch wenn kein Südbund zustande kam.
Daß der deutsche Entscheidungskampf so rasch und mit einem so durchschlagenden Erfolg beendet wurde, war ein unschätzbares Glück für Deutschland und ein großes Verdienst der preußischen Staats- und Heeresleitung. Hierdurch wurde eine tiefer eindringende Verbitterung zwischen den kämpfenden Parteien vermieden, Frankreichs Einmischung abgewehrt, jeder Versuch, die neue Gestaltung Deutschlands unter Preußens Hegemonie rückgängig zu machen, zur Erfolglosigkeit verurteilt und die Eingewöhnung der Gemüter in die neuen Verhältnisse erleichtert.
Ein Sieg Österreichs und der Mittelstaaten würde die Frage der deutschen Einheit nicht gelöst, nur noch mehr verwirrt und Deutschland wieder zum Spielball europäischer Ränke gemacht haben, wie es nach dem Dreißigjährigen Krieg der Fall war.
Die Siege Preußens zeigten, daß es an sittlicher und intellektueller Kraft dem österreichischen Völkerkonglomerat weit überlegen war, daß aber auch die Mittelstaaten nicht wirkliche Staatspotenzen waren, die auf eigenen Füßen standen, daß namentlich sowohl die Bundeskriegsverfassung als die einzelnen Kontingente, auch die größeren, praktisch unbrauchbar und die beträchtlichen seit Jahrzehnten dafür gebrachten Geldopfer vergebliche waren.
Daß Deutschland nur durch eine nach preußischem Muster durchgeführte Wehrverfassung unter preußischer Führung seine Sicherheit und Integrität mit Erfolg verteidigen könne, davon hatten die Kämpfe am Main auch die heftigsten Gegner Preußens überzeugt. ...
Nachdem ... die Einverleibung der annektierten Gebiete, durch welche der preußische Staat auf 350.000 qkm mit 24 Millionen Einwohnern vermehrt wurde, gesetzlich geordnet war, schritt die preußische Regierung dazu, den Norddeutschen Bund zu organisieren.
Die Großherzogtümer Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Lippe und Schaumburg-Lippe, die Freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen hatten schon während des Krieges mit Preußen ein enges Bündnis geschlossen und sich am 18. August für die am 14. Juni von Preußen vorgelegte neue Bundesverfassung erklärt.
Hessen hatte sich in seinem Friedensschluß am 3. September verpflichtet, mit der vom preußischen Gebiet umschlossenen Provinz Oberhessen dem neuen Bund beizutreten. Nun wurden auch Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie dazu genötigt. Endlich kam ... der Friede mit Sachsen am 21. Oktober 1866 zustande; Sachsen zahlte 10 Millionen Taler Kriegskosten und trat ebenfalls dem Bund bei, dessen Grundzüge es ausdrücklich annahm.
Die Bevollmächtigten dieser Staaten wurden zum 15. Dezember 1866 nach Berlin geladen und ihnen hier der Entwurf einer Verfassung für den Norddeutschen Bund vorgelegt. Die Be-

ratungen dauerten bis zum 9. Februar 1867 und führten zu allseitiger Verständigung, da die preußische Regierung die besonderen Wünsche und Vorschläge ihrer Verbündeten bereitwilligst berücksichtigte, diese dagegen in den Hauptpunkten keine Schwierigkeiten machten.
Am 12. Februar fanden die allgemeinen Wahlen für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes statt, und am 24. Februar wurde derselbe in Berlin vom König von Preußen eröffnet, dem die verbündeten Staaten für diesen Fall im voraus die verfassungsmäßigen Präsidialrechte übertragen hatten.
In der Thronrede hieß es: "Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht.
Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volk die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziel geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Wert der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Tatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Notwendigkeit, die Einigkeit des deutschen Volkes an der Hand der Tatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern."
Hieran knüpfte sich die Mahnung an die Vertreter des Volkes, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen und den vollendeteren Ausbau desselben getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme zu überlassen.
Am 4. März legte Bismarck dem Reichstag den Verfassungsentwurf vor und empfahl seine Annahme am 11. März in längerer Rede. ... Die Nationalliberalen bemühten sich überall, nur das Wesentliche ins Auge zu fassen und die preußische Regierung in ihrem Werk zu unterstützen; schärfere Opposition machte bloß die Fortschrittspartei, ohne jedoch bei ihrer Minderzahl etwas zu erreichen.
Während der Reichstag die Kompetenz des Bundes in mehreren Punkten erweiterte und seine eigenen Rechte genauer präzisierte, behaupteten die Regierungen ihren Standpunkt in Bezug auf die Militärfrage, in welcher sie die Normierung der Präsenzstärke mit 1 Prozent der Bevölkerung und die entsprechenden Kosten bis zum 31. Dezember 1871 erlangten, und die Diätenfrage, wonach die Reichstagsabgeordneten keine Entschädigung erhalten sollten. Am 16. April wurde die Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen und am 17. April der Reichstag geschlossen.
Die Bundesverfassung, welche am 7. Juli 1867 in Kraft trat, beruhte auf dem Grundgedanken der Union von 1849: das Präsidium des Bundes wurde der Krone Preußen erblich übertragen und besaß das Recht, Krieg zu erklären, Frieden, Bündnisse und Verträge zu schließen, den Bund nach außen zu vertreten, das Haupt der Exekutive, den Bundeskanzler, zu ernennen und Bundesrat und Reichstag zu berufen. Der erstere war aus den Bevollmächtigten der verbündeten Staaten zusammengesetzt und zählte 43 Stimmen (davon Preußen 17); er hatte das Recht der Vorberatung und Genehmigung aller Gesetze.
Der Reichstag ging aus allgemeinen, direkten Wahlen hervor (ein Abgeordneter auf 100.000 Seelen) und hatte die Rechte und Stellung der Volksvertretung eines konstitutionellen Staatswesens. Die Bundesgesetzgebung erstreckte sich auf das ganze Verkehrs-, Handels-, Münz- und Zollwesen sowie wichtige Rechtsgebiete, ließ dagegen die innere Verwaltung der Einzelstaaten möglichst unberührt; doch gingen die Bundesgesetze stets den Landesgesetzen vor. ... Kriegsmarine und Heeresverfassung waren einheitlich, der König von Preußen Bundesfeldherr.
Trotz mancher Mängel und Unebenheiten war die neue Verfassung lebens- und verbesserungsfähig. Die Kraft der Nation war in einer Hand vereinigt und die Zersplitterung durch das

Übergewicht Preußens verhindert, ohne daß den Einzelstaaten die Geltendmachung ihres Einflusses und ihrer Interessen verkümmert war.
Schon während der Beratungen des konstituierenden Reichstages wurde der neue Bund von einer äußeren Gefahr bedroht. Durch den Bundesreformentwurf war die Verbindung Deutschlands mit dem Großherzogtum Luxemburg gelöst worden, doch hatte Preußen seine Garnison in der dortigen Festung gelassen.
Napoleon III. hatte sich nun dieses Fürstentum zu der Kompensation ausersehen, mit welcher er den Neid (oder wie es hieß, "die berechtigte Empfindlichkeit") der Franzosen über Preußens Machtentwicklung beschwichtigen wollte. Er schloß daher mit dem König Wilhelm III. der Niederlande über Luxemburg einen Kaufvertrag ab. Er rechnete auf Preußens Nachgiebigkeit, ja er bot für die Zustimmung zu weiteren Annexionen auf Belgiens Kosten auch die Anerkennung der Hegemonie über Süddeutschland an.
Die preußische Regierung verweigerte jedoch ihre Zustimmung und beantwortete die französischen Kriegsdrohungen mit der Publikation der geheimen Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten (19. März). Auch im Reichstag kam die Sache aus Anlaß einer Interpellation Bennigsens 1. April 1867 zur Sprache.
Indes beide Teile zogen es vor, aus der Frage keinen Kriegsfall zu machen, Napoleon nicht, weil sein Heer noch ebensowenig gerüstet war wie im August 1866, Bismarck, weil er die Zustände in Deutschland sich erst befestigen lassen wollte. So kam denn unter Vermittlung der Mächte auf der Londoner Konferenz (7. bis 11. Mai) ein friedliches Abkommen zustande: die Festung Luxemburg wurde von den Preußen geräumt, aber geschleift, das Land unter Garantie der Mächte für neutral erklärt; es blieb jedoch im Zollverein.
Die luxemburgische Frage und die Veröffentlichung der Allianzverträge stellten die Frage des Verhältnisses zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten in den Vordergrund. Daß ein Südbund unmöglich sei, war von Anfang an klar. Überdies knüpfte auch die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins ein Band zwischen Nord und Süd: der Vertrag wurde am 8. Juli 1867 abgeschlossen ...
In Hessen und Baden wurden der Allianz- und der Zollvertrag nahezu einstimmig vom Landtag angenommen. In Bayern sträubte sich der Reichsrat lange gegen den Zollvertrag. Am hartnäckigsten war die Opposition gegen beide Verträge in der württembergischen Zweiten Kammer, obwohl sie schließlich auch hier angenommen wurden.
Immerhin fühlten sich sowohl der württembergische Minister von Varnbüler als der bayerische Fürst Hohenlohe durch die Stimmung der Bevölkerung veranlaßt, von einem Eintritt in den Norddeutschen Bund abzusehen, und auch Bismarck vermied es, dazu zu drängen; ja, er lehnte sogar den Einzeleintritt Badens ausdrücklich ab.
Es genügte vorläufig, daß die süddeutschen Staaten ihre Heereseinrichtungen nach preußischem Muster umgestalteten, und daß jede fremde Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abgewehrt wurde. In allem bewährte der Bundeskanzler eine umsichtige, gemäßigte, echt praktische Staatsweisheit.
Die Thronrede, mit der am 10. September 1867 der erste (und einzige) ordentliche Reichstag des Norddeutschen Bundes, zu dem die Wahlen am 31. August stattgefunden hatten, eröffnet wurde, war in durchaus geschäftlichem Ton gehalten und kündigte der Versammlung eine ganze Reihe wichtiger Arbeiten an, welche im Lauf des Winters durch gemeinschaftliche Tätigkeit ... glücklich erledigt wurden: Bundeshaushalt, Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, Postgesetz, Freizügigkeitsgesetz, Errichtung von Bundeskonsulaten, Bundesschuldengesetz und andere wichtige Organisationen für den Ausbau des neuen Staatswesens.
Das einheitliche Streben der Nation hatte jetzt sein gesetzliches Organ, der Nationalverein löste sich daher am 11. November auf. ...
Nachdem die zweite Session des norddeutschen Reichstages ihre Arbeiten schon 23. März

1868 begonnen hatte, wurde das Zollparlament am 27. April vom König von Preußen selbst mit einer Thronrede eröffnet, welche die Macht des nationalen Gedankens und die geeinigte Kraft des deutschen Volkes besonders betonte und die Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands durch die Vertreter der ganzen Nation als eine naturgemäße Entwicklung bezeichnete.
Aber die Erwartungen, welche über das ... Ziel der Zollberatung hinausgingen, wurden durch die Haltung der antinationalen süddeutschen Fraktion (57 Mitglieder) enttäuscht, welche die Ablehnung ... der Kompetenzerweiterung bewirkte und auf die von Frankreich drohende Gefahr hinwies, wenn die Unionstendenzen weiter verfolgt würden. Nur die Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg und einige Handelsverträge waren das Resultat der Session, auf dessen Dürftigkeit der ... Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion höhnisch hinwies. Resigniert ermahnte daher die Schlußrede (23. Mai), "in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte".
Fruchtbarer waren die Verhandlungen des norddeutschen Reichstages, welcher bis 20. Juni tagte und neben dem Etat eine neue Maß- und Gewichtsordnung, ein Notgewerbegesetz, Aufhebung der Spielbanken, der Schuldhaft, der polizeilichen Ehebeschränkungen u.a. und die Vorbereitung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches beschloß.
Ähnlich verliefen die Dinge 1869: der Reichstag, der vom 4. März bis 22. Juni tagte, brachte eine neue Gewerbeordnung, eine Wechselordnung, die Errichtung eines gemeinsamen Bundesoberhandelsgerichts in Leipzig, ein Gesetz über die Gleichberechtigung aller Konfessionen zustande und die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht in Anregung; das Zollparlament (3. bis 22. Juni) dagegen war ohne weitere politische Bedeutung ...<<

Preußen: Der englische Botschafter in Berlin berichtet im Herbst 1865 (x237/174): >>(Bismarck) hat ... eine feindliche Nation vor sich und hinter sich eine Sache, die, bis zu einem gewissen Grade in ihrem Ziele volkstümlich, doch in der Form und der Methode dem öffentlichen Gefühl widerstrebt.
Es wird allgemein gesagt, daß Herr von Bismarck die natürliche Gradheit des Königs verdorben hat; man muß zugestehen, daß der preußische Minister seinen von Natur gerechten und ehrenhaften Herrscher zu einer skrupellosen, unbeständigen und überspannten Politik verleitet hat, die aber vielleicht zu Preußens Größe führt. ...<<
Die Zeitung "Der Social-Demokrat" berichtet am 29. Januar 1865 über die sozialen Fürsorgemaßnahmen von Unternehmern (x239/97): >>Humanität einzelner Fabrikanten gegen ihre Arbeiter ist ohne Zweifel eine höchst nennenswerte Sache, aber mit der sozialen Frage haben diese Dinge nichts zu tun.
Hierfür ist es ganz gleichgültig, ob es edle Fabrikanten gibt oder nicht, denn es handelt sich nicht darum, im kleinen, sondern im großen andere Zustände herzustellen und nicht darum, die Gnade oder den guten Willen einzelner Fabrikanten in Anspruch zu nehmen, sondern die Rechte – man verstehe wohl! – die Rechte der Arbeiter zu erkämpfen. ...<<

Sachsen: Im Verlauf der ersten deutschen Frauenkonferenz vom 15. bis zum 16. Oktober 1865 wird in Leipzig der "Allgemeine Deutsche Frauenverein" gegründet, um die sozialen und politischen Forderungen der Frauen durchzusetzen.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über die Emanzipation der Frauen in den Jahren 1865-1882 (x806/622-625): >>(Frauenfrage) ... In Europa ist England dasjenige Land, in welchem nicht nur die Emanzipationsbestrebungen am weitesten gediehen sind, sondern wo auch zuerst eine praktische Lösung der Frauenemanzipation in Angriff genommen wurde.
Auf Anregung des dortigen sozialwissenschaftlichen Kongresses wurde der erste Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts gegründet, dem bald weitere

folgten. Von diesen Vereinen sind Handels- und Gewerbeschulen, Arbeitsnachweisungsbüros und andere Einrichtungen zur Verbesserung des Frauenloses geschaffen worden. Ein Teil der Bestrebungen richtet sich besonders auf die Beseitigung der ungünstigen Lage, in welcher die Frauen Englands im Widerspruch zu ihrem sonstigen gesellschaftlichen Ansehen hinsichtlich des bürgerlichen Rechtsverkehrs sich befinden.

Eine wesentliche Verbesserung derselben ist durch das Ehefrauen-Eigentumsgesetz von 1882 geschaffen worden. Nicht ohne Erfolg ist man bemüht gewesen, den Frauen einzelne Staats- und Ehrenämter zugänglich zu machen. Im Vordergrund indessen stehen die Bestrebungen für das aktive Wahlrecht. Für die Munizipalwahlen (Verwaltungswahlen) ist den selbständigen steuerzahlenden Frauen dasselbe bereits 1869 erteilt worden, nicht aber den Ehefrauen, die man durch ihre Männer genügend vertreten erachtet. Das Verlangen nach Erteilung des Stimmrechts für die Parlamentswahlen blieb bisher ohne Erfolg, doch haben die hierauf gerichteten, jährlich sich wiederholenden Anträge seit längerem bedeutende Minoritäten bei den Abstimmungen erzielt.

In Deutschland hat es an einer politischen Frauenbewegung bisher gänzlich gefehlt, man verfolgt hier nur unmittelbar praktische Ziele. Seit den 60er Jahren ist in Versammlungen und Vereinen eine rege Tätigkeit, vor allem von den Frauen selbst, entfaltet worden, und wie in England gibt auch hier eine Reihe neugeschaffener Institute für Bildung und Erwerb sowie die angebahnte Reform der Mädchenerziehung in den Schulen Zeugnis von der Wirksamkeit der Bemühungen.

Besonders zeichnete sich Schweden durch das aus, was der Staat auf dem Gebiet der Frauenemanzipation geleistet hat, während die anderen Regierungen bisher eine völlige Zurückhaltung bewiesen haben. Die romanischen, noch mehr die slawischen Völker stehen den germanischen erheblich nach. Selbst Frankreich, wo doch die ganze Bewegung ihren Ausgangspunkt fand, hat für die Lösung der Frage wenig geleistet.

In mancher Beziehung anders als in Europa liegen die Verhältnisse in Nordamerika, wo seit der Mitte dieses Jahrhunderts die Frage ebenfalls im Fluß ist. Hier war die Lage der Frau von jeher eine begünstigte.

Der Umstand, daß die weibliche Bevölkerung früher allgemein in der Minderzahl gegenüber der männlichen war, führte zu einer hochentwickelten Frauenverehrung. In Verbindung mit den dort herrschenden rationalistisch-demokratischen Anschauungen und Lebensformen und im Zusammenhang mit dem allgemein verbreiteten Wohlstand des Landes sicherte dieselbe den ledigen wie den verehelichten Frauen von vornherein eine freiere und selbständigere Stellung als bei den Völkern alter Kultur, befreite sie von der Last der niedrigen Tagesarbeit oder erleichterte ihnen im anderen Fall den selbständigen Erwerb.

Bilden doch dort unter den öffentlichen Lehrern die Frauen als Lehrerinnen mit mehr als zwei Drittel die Mehrheit. Auch zu anderen öffentlichen Ämtern sind sie berechtigt. In den Bundesverwaltungs-Departements zu Washington sind mindestens 1.300 Frauen als Beamte mit Gehältern von 900-1.800 Dollar angestellt. Infolgedessen hat sich die Frauenbewegung hier mehr als irgendwo darauf gerichtet, den Frauen im öffentlichen Leben vermehrte Rechte zu erwerben.

In einigen Staaten der Union wurde ihnen das Stimmrecht eingeräumt, während von seiten der Bundesregierung ihnen dasselbe noch versagt blieb. Ein Hauptargument, mit dem die amerikanischen Frauen ihren Anspruch auf Wahlrecht begründen, und das auch von der im Jahre 1870 in Washington erschienenen weiblichen Deputation verwertet wurde, bildet das Stimmrecht der Neger. Sie empfinden es als eine Zurücksetzung, daß man ihnen versagt, was man einer tiefer stehenden Rasse eingeräumt hat.

Hervorgegangen aus dem Geiste der modernen Zeit, welche jedem Einzelnen das gleiche Recht zusprach und ihn mit dem Verlangen erfüllte, seine Individualität frei und ungehindert

zu entfalten, schöpft die Frauenbewegung ihre nachhaltige Kraft aus ihrem zugleich wirtschaftlichen Charakter.
Im Lauf der Zeit hatte die Stellung der Frauen in der Volkswirtschaft wesentliche Änderungen erfahren. Während des ganzen Mittelalters und noch in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit lag beim Vorherrschen der Naturalwirtschaft der Schwerpunkt der Produktion im Familienhaushalt. Nicht nur die Rohprodukte des Ackerbaues wurden von der Familie selbst gewonnen, sondern auch die später von ihr losgelösten gewerblichen Tätigkeiten, z.B. das Bauen, Schlachten, Spinnen, Weben etc., in der Hauptsache dort verrichtet.
Dabei bildete das städtische Leben keinen so vollständigen Gegensatz zum ländlichen wie heute. Denn auch die Wirtschaften selbst größerer Städte beruhten meist auf dem Betrieb des Landbaues. Hierdurch war nicht nur reiche Gelegenheit, sondern auch die dringende Notwendigkeit gegeben, weibliche Arbeitskräfte in umfassenderem Maß innerhalb der Hauswirtschaft zu verwenden. Den ledig Gebliebenen, namentlich der besseren Stände, bot sich außerdem vielfach Unterkunft in den zahlreichen Klöstern, auch war durch Legate, Stiftungen und dergleichen in reichem Maß für sie gesorgt.
Mit der zunehmenden Entwicklung der Arbeitsteilung und der Entstehung der modernen, auf der Anwendung von Maschinen und Dampfkraft beruhenden Industrie wurde die ursprüngliche Wirtschaftsverfassung nach und nach gelockert und die Produktion, indem sie für den Absatz arbeitete, mehr und mehr aus den Fesseln der Hauswirtschaft gelöst. In dem Maß aber, wie sie sich der ursprünglich hauswirtschaftlichen Arbeitszweige bemächtigte, ging den Frauen die einst in der Familie gebotene Arbeitsgelegenheit verloren. Teilweise fand sich Ersatz für das Verlorene.
Waren die Frauen unter der Herrschaft der Zünfte von der gewerblichen Arbeit ausgeschlossen gewesen, so erzeugte die moderne Großindustrie die Möglichkeit einer umfangreichen Verwendung ungelernter und schwächerer und damit billigerer Kräfte. Letztere boten sich außer in den Kindern in den Frauen, deren Erwerbsarbeit, weil ursprünglich nur als Nebenbeschäftigung verrichtet, bei verhältnismäßig starkem Angebot daher niedriger gewertet wurde und ihren niedrigen Preis traditionell auch ferner behielt.
Die weiblichen Arbeiter aber, welche nunmehr in die Fabriken eilten oder sich daheim ... (von den) Unternehmern beschäftigen ließen, gehörten ausschließlich den unteren Schichten des Volkes an. Ihnen gegenüber erwuchs dem Staate die Aufgabe, eine verderbliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, welche oft genug Gesundheit und Sittlichkeit aufs schlimmste gefährdete, zu verhindern, indem er die von ihnen zu leistende Arbeit nach Maß und Art begrenzte. Diese Aufgabe suchten die industriellen Staaten in der Fabrikgesetzgebung zu lösen, doch ist ihnen dies bisher nur in sehr unvollkommener Weise gelungen. ...
Anders als bei der eigentlichen Arbeiterbevölkerung gestalteten sich die Verhältnisse in derjenigen Gesellschaftsschicht, welche mit dem Beamtentum und den stehenden Heeren erstand. Einerseits bewirkte hier die wachsende Schwierigkeit, die zur Gründung und Erhaltung einer Familie erforderlichen Mittel zu gewinnen, eine abnehmende Heiratsfrequenz, deren nachteilige Wirkungen die Töchter vermögensloser Familien um so mehr empfanden, als sie kraft der herrschenden Standesanschauungen sich für die Ehe auf gewisse engere Kreise beschränkt sahen. In den protestantischen Staaten verschlimmerte sich die Lage des weiblichen Geschlechts weiter durch die Aufhebung der Klöster.
Anderseits verboten hier die herrschenden Vorurteile den ledigen Frauen, sich durch Anteilnahme am öffentlichen Erwerbsleben selbständigen Unterhalt zu schaffen. In diesen Kreisen sah man den einzigen und natürlichen Beruf der Frau darin, Mutter und Gattin zu sein, so daß die ehelose Existenz als beklagenswert, weil ohne Lebenszweck, erscheinen mußte.
Hierdurch wurde nicht nur die sittliche Auffassung der Ehe beeinträchtigt, indem sie oft nur als Versorgungsmittel betrachtet wurde, sondern es litt auch darunter die weibliche Erziehung,

die neben der männlichen stark vernachlässigt blieb. So erwuchs in den ledigen Frauen dieser Stände eine ansehnliche Bevölkerungsmasse, die durch Anschauungen und Erziehung darauf angewiesen war, von der Arbeit anderer mitzuleben, und daher überwiegend dem Elend einer unselbständigen, dem Zufall preisgegebenen Existenz verfallen war.
Die Frauenemanzipation betrifft danach vorzugsweise die Unverheirateten. In der Hauptsache wird die soziale Stellung des weiblichen Geschlechts stets bestimmt bleiben durch die Ehe und Familie und durch die Aufgaben, welche der Frau in Rücksicht auf diese erwachsen.
Im übrigen trägt die Frauenemanzipation bei den unteren Ständen einen anderen Charakter als bei den mittleren. Sie berührt mehr die städtische Bevölkerung als die ländliche, wo die naturalwirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil fortbestehen.
In erster Linie ist sie gerichtet auf die Hebung der Erwerbstätigkeit und Erwerbsfähigkeit, welche hauptsächlich durch eine gründliche Reform der weiblichen Bildung und Erziehung zu bewirken ist. Die Unvollkommenheit der letzteren hatte zur Folge, daß die Frauen bisher wegen mangelhafter Beschaffenheit der Leistungen oder aus übergroßer Konkurrenz auf den wenigen Gebieten, auf welche sie angewiesen waren, nur ein unzulängliches Entgelt für ihre Arbeit erhielten.
An eine verbesserte allgemeine Schulbildung, welche die Frauen auch mehr für ihren Beruf in der Familie vorzubereiten hätte, muß sich eine fachliche Fortbildung anschließen, um ihnen den Erwerb, wenn sie dessen bedürfen, überhaupt aber die Erfüllung eines eigentlichen Berufes zu erleichtern.
Denn auch dann, wenn es nicht der Gewinnung des Lebensunterhalts gilt, haben die Frauen, gleich den Männern, Pflichten gegen die Gesellschaft, und soweit es nicht im Dienste der Familie geschehen kann, sollen sie diese Pflichten in einer anderen für ihr Geschlecht geeigneten Weise erfüllen. Erst damit, daß man Anlagen und Fähigkeiten der Frauen in ähnlicher Weise entwickelt wie beim männlichen Geschlecht, zugleich aber das Entgelt für ihre Leistungen ohne Rücksicht auf das Geschlecht bemißt, werden Arbeits- und Erwerbsfreiheit auch für die Frauen ihre volle Bedeutung erlangen.
Hand in Hand mit der Bildungs- und Erziehungsreform muß eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gehen. ... (Deshalb) gilt es, die bestehenden Vorurteile und Gewohnheiten zu besiegen, welche zur Zeit auf vielen Gebieten der menschlichen Tätigkeit die umfassendere Verwendung weiblicher Arbeitskräfte hindern.
Manches ist bereits darin erreicht worden, wie das Beispiel der Verwendung von Frauen für den Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst in vielen Staaten beweist. Eine völlige Gleichstellung der Geschlechter auf allen Arbeitsgebieten kann allerdings nicht das Ziel sein. Denn trotz der gegenteiligen Behauptung Mills u.a. begründet das Geschlecht eine natürliche Verschiedenheit der körperlichen, geistigen und Gemütsanlagen, die Berücksichtigung verdient. Wie die schwere körperliche Arbeit und der Waffendienst, so wird auch die leitende geistige Tätigkeit den Männern stets vorbehalten bleiben.
Die genauere Grenzbestimmung aber wird erst durch eine reichere Erfahrung gewonnen und überhaupt nicht mit absoluter Gültigkeit festgestellt werden können. Gegenwärtig erscheinen die Frauen oft selbst noch in solchen Beschäftigungen von den Männern verdrängt, für welche, wie auf dem Gebiet des Elementarunterrichts, der Mädchenerziehung, der Krankenpflege u.a., ihre natürliche Befähigung nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden kann.
Indem man die Erziehung verbessert und das Gebiet der weiblichen Wirksamkeit erweitert, wird zugleich die sittliche Würde der Frauen erhöht werden und wird man auf diesem Weg wirksamer als mit bloßen Polizeimaßregeln dem weiteren Umsichgreifen der Prostitution steuern. Denn in der materiellen Not der ledigen weiblichen Bevölkerung ruht eine der wichtigsten Ursachen für die bedenkliche Ausbreitung des Übels.
Die Frauenbeschäftigungsfrage brachte für Deutschland im Jahre 1865 zunächst Präsident

Lette in Berlin in Fluß, indem er unter dem Protektorat der Kronprinzessin Viktoria einen Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts gründete. Dieser Verein, später Lette-Verein genannt, hat sich zur Aufgabe gesetzt:
1) Beseitigung der Vorurteile und Hindernisse, die der höheren Bildung und der Erwerbstätigkeit der Frauen im Weg stehen;
2) Förderung der gewerblichen Ausbildung der Frauen;
3) Arbeitsvermittlung (mit Ausschluß der niederen Dienstverrichtungen);
4) Einrichtung von Verkaufsstellen für Frauenarbeiten;
5) Schutz selbständig beschäftigter Frauen gegen sittliche und wirtschaftliche Schäden.
Eine Frucht des Lette-Vereins ist die Handels-, Gewerbe- und Zeichenschule für Frauen und Töchter in Berlin.
Sodann rief Frau Luise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen deutschen Frauenverein ins Leben. 1866 wurde in Berlin der Viktoria-Bazar als ein Verkaufslokal für Frauenarbeiten gegründet. Die erste Gewerbeschule für das weibliche Geschlecht schuf Direktor Nöggerath in Brieg; eine ähnliche wurde in Hamburg ... für das weibliche Geschlecht eingerichtet; ... während in Leipzig seit 1863 die Lehranstalt für erwachsene Töchter zur Ausbildung für den kaufmännischen Geschäfts- und Gewerbebetrieb besteht. Auch in München, Nürnberg, Stuttgart, Darmstadt gibt es solche Institute.
Einen besonderen Teil der weiblichen Erziehungsfrage bildet die Frage, ob Frauen zum Studium der Wissenschaften zuzulassen seien. Die übrigens schwer zu begründende Behauptung der Gegner des Frauenstudiums, daß dem weiblichen Geschlecht die Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Forschung abgehe, kann nicht als entscheidend gelten. Der weit überwiegenden Mehrzahl der Studierenden dient der wissenschaftliche Universitätsunterricht nur als Vorbereitung für die höheren praktischen Berufsfächer, und daß auch Frauen den Anforderungen des sogenannten Brotstudiums entsprechen können, hat die Erfahrung genügend gezeigt.
In der Tat haben nicht wenige Frauen in der Pflege der Wissenschaften bereits Hervorragendes geleistet. Das griechische Altertum kannte einzelne Ärztinnen und brachte noch zum Schluß in Alexandria die berühmte, 415 v. Chr. vom Pöbel ermordete Philosophin Hypatia hervor. Berühmt als Dichterin in lateinischer Sprache ist die sächsische Nonne Hroswitha (gestorben 967) in Gandersheim. Italien hatte seine gelehrten Frauen im Mittelalter und ... in der Zeit des Humanismus.
Auch in Deutschland weist namentlich das Jahrhundert von 1750 bis 1850 eine stattliche Reihe weiblicher Doktoren in der medizinischen und philosophischen Fakultät und andere gelehrte Frauen auf, unter denen Christiane Erxleben, geborene Leporin (1754), welche auch eine "Gründliche Untersuchung der Ursachen, welche das weibliche Geschlecht vom Studio der Medizin abhalten" geschrieben hat, Christiane Dilthey, spätere Frau Büsching (1755), Dorothea Schlözer, spätere Frau Rodde (1787), Karoline Herschel sowie Mutter und Tochter von Siebold (1815 und 1817) besonders bekannt sind.
Wie weit Frauen zum Universitätsstudium zuzulassen seien, ist deshalb vielmehr davon abhängig zu machen, wie weit die Ausübung der höheren Berufsarten als vereinbar mit dem Naturell und der Leistungsfähigkeit der Frauen sowie mit den tiefer begründeten sittlichen Anschauungen eines Volkes gelten können.
Als solche Berufszweige, welche in Zukunft mehr den Frauen zuzuweisen sind, können die Ausübung der ärztlichen Praxis für Frauen- und Kinderkrankheiten und das höhere Lehramt wenigstens in den Mädchenschulen genannt werden.
Die Frage, ob besondere Frauenuniversitäten zu gründen seien oder den Frauen Zutritt zu den bestehenden Hochschulen gewährt werden solle, ist von sekundärer Bedeutung. Erhebliche Bedenken gegen ein gemeinsames Studium beider Geschlechter entstehen auf dem Gebiet des

medizinischen Unterrichts. Sollte man sich endgültig für die Zulassung der Frauen zum Studium entscheiden, so wird jedenfalls von ihnen das gleiche Maß von Vorkenntnissen wie von den Männern gefordert werden müssen.
Die erste Hochschule, welche die Frauen zum Studium zuließ, war Zürich. Sie blieb lange Zeit die einzige. Später erst öffneten ihnen die übrigen schweizerischen Universitäten sowie das eidgenössische Polytechnikum ebenfalls ihre Tore. Dasselbe taten Paris, wo 1886 neun Frauen die Heilkunde ausübten, und einzelne deutsche Hochschulen. In England sind an einigen Universitäten, zuerst in Edinburg und Cambridge, Mädchen wenigstens zu den wissenschaftlichen Prüfungen zugelassen worden, welche für solche veranstaltet werden, die keine Universität besucht haben. Edinburg gewährt ihnen außerdem in beschränktem Maß Zutritt zu den Vorlesungen.
1881 zählte man in England 3.304.000 Frauen, welche einem Beruf oder Gewerbe oblagen, um damit ihren Unterhalt zu verdienen. Davon waren 3.216 als höhere und niedere weibliche Beamte im Staatsdienst, 3.017 im Gemeindedienst beschäftigt. 2.646 Frauen befaßten sich mit gelehrten Studien, 11.376 hatten sich der Musik gewidmet, 94.221 wirkten als Vorsteherinnen von Schulen, 28.605 als Lehrerinnen etc.
In Amerika werden in einem großen Teil der dortigen Hochschulen die Frauen zugelassen ... Nicht bloß weibliche Ärzte, auch weibliche Prediger und Advokaten gibt es dort in beträchtlicher Anzahl. In Rußland sind zwar Gymnasien für Mädchen geschaffen worden, aber keine Frauenuniversitäten. Es sind indessen an den dortigen Hochschulen öffentliche Vorlesungen für Frauen mit zweijährigem Kurs eingerichtet worden.
Deutschland besitzt eine Frauenhochschule indem Viktoria-Lyzeum zu Berlin. Es werden dort regelmäßige freiwillige Vorträge von Männern der Wissenschaft für erwachsene Töchter der höheren Stände gehalten. Das Institut dient jedoch dem Bedürfnis nach höherer Bildung, ohne die Eigenschaften einer eigentlichen Universität zu besitzen. Dem Viktoria-Lyzeum wurde 1870 ein Damenlyzeum in Breslau and das Alice-Lyzeum in Darmstadt nachgebildet.
Die Gleichstellung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen auf dem Gebiet des Privatrechts (Einräumung gleicher Befugnisse in Bezug auf Vermögensverwaltung, Testamentserrichtung, Vormundschaftsführung, Bürgschaftsleistung etc.) entspricht einer Forderung der Gerechtigkeit, deren Erfüllung auf höherer Kulturstufe nicht abzuweisen ist.
Von den meisten modernen Kulturvölkern ist sie im Prinzip anerkannt und der Hauptsache nach vollzogen. Immerhin sind noch manche beschränkende Bestimmungen, besonders im Familienrecht, in Geltung, welche der Anschauung entspringen, daß dem Mann als dem Haupte der Familie auch die Verwaltung und Nutznießung des seiner Frau gehörigen Vermögens gebühre.
Daß die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ebenso allgemeine Anerkennung in Zukunft finden werde wie die privatrechtliche unterliegt starkem Zweifel. Auch gehen die Forderungen der Frauen selbst in der Regel über die Gewährung des bloßen Stimmrechts nicht hinaus. Das auf politische Gleichberechtigung gerichtete Verlangen entspringt weniger einem praktischen Bedürfnis als einer theoretischen Anschauung von zweifelhaftem Wert. Die geistige Individualität der Frau sowie das bei ihr vorherrschende Gemütsleben lassen sie für eine tätige Teilnahme am öffentlichen Leben wenig geeignet erscheinen.
Verwirft auch die moderne Kultur sowohl die grausame Knechtung der Frau, wie sie bei rohen Völkern und im Orient vorkommt, als auch die römische Tutel (Vormundschaft) und das mittelalterliche Mundium (Schutzverpflichtung), so will sie doch durch Anerkennung der idealisierten Geschlechtsverschiedenheit gerade dem Interesse echter Weiblichkeit dienen und der Frau zu einer würdigen Stellung und zu einem segensreichen Wirkungskreis verhelfen. Dem Mann der Staat, der Frau die Familie! ...<<
Großbritannien: Die britische Regierung erklärt im Jahre 1865 (x056/302): >>Jede weitere

Ausbreitung bzw. Regierungsübernahme sowie jedes neue Abkommen hinsichtlich eines Protektorats über eingeborene Stämme sind unerwünscht. Das Ziel unserer Politik soll darin bestehen, die eigenen Fähigkeiten der Eingeborenen so weit zu entwickeln, daß wir ihnen nach und nach die gesamte Verwaltung übertragen und letztlich diese Gebiete, außer etwa S. Leone, räumen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1865-1869 (x807/825-827): >>(Großbritannien) ... (Im Jahre 1865) begannen in Irland die Unruhen der Fenier, eines revolutionären Geheimbundes, der unter den Iren Nordamerikas entstanden war, welche während des Sezessionskrieges ihre Kraft erprobt hatten.

Der Bund war schon 1861 begründet worden, 1863 bereits war zu Chicago ein fenischer Kongreß zusammengetreten und hatte als das Ziel der Bewegung die Errichtung einer von Großbritannien unabhängigen irischen Republik proklamiert. John Stephens, das Haupt der Fenier, war seit 1864 in Irland tätig; als jetzt die Beendigung des amerikanischen Krieges eine große Anzahl irischer Unionssoldaten der Werbung zugänglich machte, dachten die Führer loszuschlagen, und am 8. September erließ Stephens ein Rundschreiben in diesem Sinn.

Aber die Regierung ergriff sofort die geeigneten Maßregeln; schon am 12. September segelte die Kanalflotte von Spithead ab, um an der Küste Irlands Station zu nehmen. Wenige Tage darauf besetzte die Dubliner Polizei die Druckerei des Hauptorgans der Fenier, des "Irish People", und verhaftete eine Anzahl Personen. Zunächst folgte die Erklärung des Kriegszustandes in Stadt und Grafschaft Cork, und gleichzeitig wurde ein Preis von 200 Pfund Sterling auf die Ergreifung John Stephens' gesetzt, während in Kanada Vorkehrungen gegen einen Einfall der amerikanischen Fenier, den man befürchtete, getroffen wurden.

Dublin, wo man am 11. November John Stephens verhaftete, erhielt starke militärische Besatzung; Stephens aber entkam noch vor dem Ende des Monats, und die Versuche, seiner durch Aussetzung hoher Preise für seine Ergreifung wieder habhaft zu werden, blieben ohne Erfolg. Dagegen wurden von den in Dublin Verhafteten die beiden Herausgeber des "Irish People" zu 20jähriger, ein dritter sogar zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Auch zu Cork fanden Verurteilungen statt. Die Erregtheit der Stimmung dauerte indes fort, und so wurden im Januar 1866 für Stadt und Grafschaft Dublin Ausnahmegesetze publiziert, wodurch es den Behörden möglich wurde, ohne weiteres Haussuchungen anzustellen.

In der am 6. Februar 1866 eröffneten Parlamentssitzung traten die Angelegenheiten von Irland sowie die Reformfrage in den Vordergrund. Hinsichtlich Irlands blieben zwar die Versuche der irischen Parlamentsmitglieder, die protestantische Kirche in Irland ihres Charakters als Staatskirche zu entkleiden, für jetzt noch erfolglos; dagegen wurde ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Pachtverhältnisse eingebracht, welcher von vielen Seiten als eine äußerst wohltätige Maßregel mit Freude begrüßt wurde. Gegen die fenischen Unruhen blieben indes immer noch Ausnahmemaßregeln erforderlich, und die im Februar ausgesprochene Suspension der Habeaskorpusakte für Irland wurde im August erneuert.

Anfang Juni schlug ein in Kanada versuchter Fenierputsch gänzlich fehl: es wurden dabei mehrere der Verschworenen verhaftet und einige von diesen zum Tod verurteilt. Im Dezember regten sich die Fenier dann in Irland selbst wieder, so daß neue Verhaftungen stattfanden, mehrere Bezirke in Belagerungszustand versetzt, die Küsten durch Schiffe bewacht und in England selbst Milizen für gewisse Fälle bereit gehalten wurden.

In Amerika war ... unter den Feniern eine Spaltung ausgebrochen, indem Stephens von einem anderen Führer der Partei ... als Betrüger bezeichnet und infolgedessen von der Führerschaft abgesetzt wurde (Januar 1867). In Europa aber hörte die Bewegung darum nicht auf, sie wurde vielmehr noch drohender.

Das Anzeichen der neuen Erhebung der Fenier war ein Angriff auf das Schloß zu Chester (11. Februar), um die darin befindlichen Waffen und Munitionsvorräte nach Irland zu bringen;

wiederholte Insurrektionen in Irland bei Killarney (12. Februar), Drogheda (5. März), der Versuch einer Landung bei Waterford (Anfang Juni), die Verbreitung von Proklamationen der "provisorischen Regierung der irischen Republik" folgten. Alle diese Versuche der Fenier scheiterten zwar, aber sie hielten doch die Bevölkerung in fortwährender Unruhe.
Im September gelang dann den Feniern zu Manchester durch Meuchelmord die Befreiung (von) zwei angesehenen Gefangenen ihrer Partei, doch wurden etwa 20 der Beteiligten verhaftet und drei der Mörder (23. November) hingerichtet. Die letzte Schandtat der Fenier in diesem Jahr war endlich der Versuch, zwei Gefangene aus dem Gefängnis Clerkenwell zu London durch eine Pulverexplosion zu befreien (13. Dezember), welche etwa 40 Personen der Nachbarschaft, meistens aus dem Volk, das Leben kostete. Hatte der Fenianismus wirklich noch Sympathien bei den Arbeiterklassen Englands gehabt, so ging er derselben durch solche Mordtaten gänzlich verlustig.
Im Herbst 1867 unternahm die Regierung eine Expedition gegen den Kaiser Theodor von Abessinien zur Züchtigung für Gewalttätigkeiten, die sich derselbe gegen Untertanen der englischen Krone erlaubt hatte; man verwendete dazu mit Rücksicht auf das Klima indische Truppen unter dem Oberbefehl Sir Robert Napiers. Dieser unternahm am 14. April 1868 einen Sturm auf die Festung Magdala, welcher rasch und ohne viele Verluste zum Ziel führte; 14.000 Abessinier streckten die Waffen. ...
Im Februar 1868 kam das Parlament aufs neue zusammen und ließ sich von der Regierung leicht dazu bewegen, eine Verlängerung der Ausnahmemaßregeln gegen Irland zu beschließen. Damit aber war die irische Frage selbst nicht zu erledigen, mit der sich unaufhörlich alle Kreise der Bewohner Großbritanniens beschäftigten, indem die hervorragendsten Politiker, Männer der verschiedensten Richtung, in öffentlichen Reden oder Flugschriften die Lage Irlands besprachen. Im großen und ganzen waren die Liberalen darüber einig, daß in den kirchlichen und agrarischen Verhältnissen die Wurzel des Übels zu suchen sei.
Während Russell meinte, mit einem Landgesetz auszureichen, welches den von den Grundbesitzern ausgewiesenen Pächtern eine billige Vergütung für die auf die Verbesserung des Gutes verwandte Kapitals- und Arbeitskraft sichere, forderte Stuart Mill, daß den irischen Bauern sofort ohne Ausnahme die von ihnen bebauten Landstellen als Eigentum überlassen werden sollten. Bright stand für die Organisation des ländlichen Besitzes die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung als Muster vor Augen. Mill und Bright begehrten mit gleicher Entschiedenheit die Aufhebung der irischen Staatskirche, während auch hier Russell weniger radikale Anschauungen vertrat. ...
Am 31. Juli wurde das Parlament geschlossen, und am 11. November erfolgte seine Auflösung, worauf sofort die Neuwahlen stattfanden.
Die Wahlkämpfe waren äußerst lebhaft, die Wirkungen des neuen Wahlgesetzes zeigten sich in überraschender Weise. Die Wählerzahl hatte um 1.200.000 Mann oder 82 Prozent zugenommen. Eigentliche Arbeiterkandidaten errangen zwar nirgends den Sieg; überhaupt war das Wahlresultat den Radikalen wenig günstig, ... die Liberalen erlangten eine Mehrheit von 116 Stimmen. Das Ministerium Disraeli nahm daher ... am 3. Dezember seine Demission (Verabschiedung), und Gladstone bildete die neue Regierung ...
Am 16. Februar 1869 wurde das Parlament eröffnet. Schon am 1. März legte Gladstone die Bill über die Aufhebung der irischen Staatskirche im Unterhaus vor, welches dieselbe nach harten Kämpfen drei Monate darauf annahm. ... Sie enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen: Alles Eigentum der irischen Kirche (Gotteshäuser, Pfarrhäuser, Pfarrländereien und Zehntengefälle) ging in die Hände einer königlichen Kommission über, welche die Einkünfte den vorhandenen Pfründeninhabern auf deren Lebensdauer auszuzahlen hatte. ...
Die Wirkungen, welche man sich von dem neuen Gesetz versprochen hatte, gingen nur zum Teil in Erfüllung. Die extremen Parteien in Irland sahen das ihnen gemachte Zugeständnis nur

als eine Abschlagszahlung an; die Tumulte und agrarischen Mordtaten der Fenier hörten nicht auf, und die Leiter der Revolutionspartei fuhren fort, das Land in Aufregung zu erhalten. ...<<
USA: US-General Curtis schreibt am 12. Januar 1865 an US-Präsident Lincoln (x068/66): >>Nur zu gerne würde ich die anständigen und freundlich gesinnten (Indianer) retten und gegen die Schlächterei von Frauen und Kinder protestieren. Aber ... der allgemeine Ruf der Siedler und Soldaten an der Grenze nach unterschiedslosem Abschlachten ist sehr schwer zu überhören. Ich verabscheue diesen Stil, aber so geht es nun einmal zu, von Minnesota bis nach Texas. ...<<
Abraham Lincoln gewinnt im Jahre 1865 die US-Präsidentschaftswahlen.
US-Präsident Lincoln schließt seine 2. Antrittsrede mit folgenden versöhnlichen Worten (x145/135): >>... Mit Haß gegen niemand, mit Nächstenliebe für alle, wollen wir alles tun, was zu einem gerechten und dauerhaften Frieden unter uns und mit allen Völkern führen kann.<<
Der Bürgerkrieg (1861-1865) endet mit dem Sieg der Nordstaaten. Im Verlauf des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-65 setzen sich die wirtschaftlich wesentlich stärkeren Nordstaaten ("Union der Yankees" = rd. 960.000 Soldaten, die über moderne Repetiergewehre, Eisenbahngeschütze, Panzerschiffe etc. verfügen) erwartungsgemäß gegen die Südstaaten ("Konföderierten" = ca. 450.000 Soldaten) durch.
US-Präsident Lincoln, der nachweislich eine Aussöhnung mit den Südstaaten anstrebt, wird bereits 5 Tage nach dem Kriegsende von einem fanatischen Südstaatler ermordet.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Lincolns (x068/134-138): >>… Der 56jährige Präsident und seine Frau saßen am 14. April 1865 abends im Fords Theater in Washington in ihrer Loge und sahen sich das Lustspiel Our American Cousin an. Sie hatten eine sie besuchende junge Dame und deren Begleiter, Major Rathbone, bei sich, als der Schauspieler John Wilkes Booth, während eine bestimmte Stelle lautes Gelächter auslöste, die Loge betrat, sich unbemerkt hinter den Schaukelstuhl des Präsidenten stellte und diesem mit einem Derringer in den Hinterkopf schoß.
Die Kugel trat hinter dem linken Ohr ein, durchschlug das Gehirn und blieb hinter dem rechten Auge stecken. Lincoln sackte zusammen und starb am nächsten Morgen um sieben Uhr 22 Minuten.
Da Booth ein fanatischer Anhänger der Südstaaten war, vermutete man bald weithin einen Racheakt des Südens gegen den Präsidenten. Vieles aber spricht dafür, daß es ganz anders, daß der eigentliche Mörder - ein Mitglied der Regierung war: Kriegsminister Edwin M. Stanton, der ganz im Unterschied zum Präsidenten für eine militärische Besetzung des Südens und eine eindeutige Politik der Vergeltung eintrat, während Lincoln noch in einer Kabinettssitzung am Tag seiner Ermordung "keine Verfolgung, keine Blutarbeit" wünschte - die hatte man inzwischen ja reichlich geleistet und mit "Erfolg".
Jetzt forderte Lincoln Versöhnung. "Niemand soll von mir erwarten, daß ich Anteil nehme am Hängen und Töten dieser Männer, auch nicht der schlimmsten (!) ... Wir müssen mit allen Vorwürfen ein Ende machen, wenn wir wieder zusammenarbeiten und Union werden wollen. Einige unserer guten Freunde haben einen etwas zu starken Wunsch, die Herren zu spielen, den Südlichen zu diktieren ... Ich stehe nicht auf Seiten solcher Gefühle."
Lincoln, in dessen Schreibtisch gesammelt und mit einer Schnur zusammengebunden, rund achtzig Morddrohungen lagen, war zwar der Meinung (oder äußerte sie wenigstens), Attentate seien keine amerikanischen Verbrechen. In Wirklichkeit mag er anders gedacht haben. Denn mehreren geplanten Attentaten entging er nur durch Änderung seines Programms im letzten Augenblick. Zwei waren von Booth selbst schon vergeblich vorbereitet worden.
Aber gingen sie auf ihn zurück?
Auf einen Mann, der übrigens aus Maryland stammte, also gar kein Südstaatler war?

Andererseits freilich sympathisierte Booth stark mit dem Süden. Während der Beschießung von Fort Sumter durch die Konföderierten feierte er diese inmitten einer Vorstellung als Helden von der Bühne herunter, und das im Staat New York. Auch war er, der "schönste Mann der Stadt Washington", dessen Vater lange als größter Schauspieler Amerikas galt, schließlich Geheimagent in einer Untergrundbewegung geworden.
Doch zeigt das nicht eher, daß andere hinter ihm standen?
Booth konnte entkommen. Er stach dem Major, der sich ihm entgegenwarf, mit einem Messer in den Arm, hechtete über die Brüstung, brach sich ein Schienbein, stürmte auf die Bühne, schrie in das schreckensstarre Publikum die Parole Virginias: "Sic semper Tyrannis!" (So geschehe es allen Tyrannen!) und entfloh durch die Kulissen.
Nun kam es zur selben Zeit zu einem zweiten, allerdings mißlingenden Attentat auf Lincolns Außenminister Seward. Und ein drittes geplantes Attentat auf Vizepräsident Andrew Johnson fand gar nicht statt, weil es der ausersehene Attentäter mit der Angst bekam, sich Mut antrinken wollte und schließlich total betrank.
Der Präsident hatte für den Theaterbesuch am 14. April am selben Nachmittag einen seiner Adjutanten von Kriegsminister Stanton als Leibwächter erbeten, einen zuverlässigen, bärenstarken Offizier, aber Stanton hatte Lincolns Wunsch abgeschlagen: Major Eckart sei unabkömmlich; was nicht zutraf. Statt seiner kommandierte Stanton einen Polizisten, einen gewissen Parker ab, einen Trinker und zwielichtigen Burschen, der seinen Posten vor der Präsidentenloge auch prompt verließ und eine Bar aufsuchte.
Stanton war nach dem Attentat sofort zur Stelle, übernahm provisorisch die Regierung und schickte Vizepräsident Johnson anscheinend nach Hause. Statt seiner aber suchte er selbst durch eine ganze Flut von Telegrammen, Marschbefehlen, Haftbefehlen und sonstigen Erlassen an Truppe wie Polizei die Attentäter samt Helfershelfer zu jagen und zu fangen. Nur einen Weg nach Maryland hatte Stanton seltsamerweise nicht in seine Aktion einbezogen, eine lange, nach Maryland führende Holzbrücke, die stets von einem Posten bewachte und nach neun Uhr Abend sogar gesperrte Marinewerftbrücke über den Anacostia.
Ausgerechnet auf diese Brücke ritt um 10.45 Uhr der Präsidentenmörder zu, nannte, von einer Wache befragt, seinen richtigen Namen und durfte passieren. Bald darauf traf dort auch der Komplize des zweiten Attentäters ein und durfte gleichfalls über die Brücke als nur wenige Minuten später ein dritter Reiter hier eintraf, der den Attentäter verfolgte, erklärte der Posten: "Die Brücke ist geschlossen", worauf der Verfolger umkehrte. Das Kriegsministerium hat dies dreimalige falsche Verhalten des Postens jedoch nicht weiter untersucht, sondern es als einen zwar "unseligen, aber verzeihlichen Irrtum" entschuldigt.
Als die Polizei in dieser Nacht zur Verfolgung der flüchtigen Verschwörer vom Heereshauptquartier Pferde anforderte, erklärte man dort, über keine Pferde zu verfügen und sich selber um die Sache zu kümmern, womit man sich aber Zeit ließ bis zum nächsten Tag.
Noch viel länger zögerte man gegenüber einem der mutmaßlichen Hauptverschwörer, John H. Surratt, dessen Mutter Mary Surratt eine Pension betrieb, in der Booth aus und ein ging. Während man aber die Mutter, ohne irgendwelche Beweise, mit drei anderen Angeklagten aufgehängt hat, entkam der Sohn nach Kanada, und offenbar bloß deshalb, weil ihn Kriegsminister Stanton entkommen ließ.
Als Surratt später in England auftauchte, war es das amerikanische Kriegsministerium, das seine Festnahme vereitelte. Das Gleiche geschah, als man Surratt in Italien erkannte. Und als es schließlich den vereinten Bemühungen des Außenministers und des Marineministers gelang, Surratt in Ägypten festzunehmen, kam man in einem ersten Gerichtsverfahren zu keiner Entscheidung, und ein zweites wurde wegen Verjährung niedergeschlagen.
Booth selbst war übrigens längst von einem Soldaten auf der Flucht erschossen worden, und zwar trotz eines Befehls, ihn lebend festzunehmen. Sein Tagebuch aber wurde durch den da-

maligen Chef der Geheimpolizei, Brigadegeneral L. C. Baker, seinem Vorgesetzten, Kriegsminister Stanton, übergeben. Als Baker es zurückbekam, fehlten 18 Seiten darin, und zwar jene, die sich auf die Zeit von Lincolns Ermordung bezogen. Stanton behauptete, sie hätten bereits gefehlt, als Baker ihm das Tagebuch ausgehändigt habe.
Baker überwarf sich mit dem Kriegsminister, spielte aber in einer (erst 1961 entdeckten) Bucheintragung vom 2. Mai 1868 deutlich auf Stanton als "Judas" an. Diese Eintragung auf dem Buchbanddeckel ist auch durch Bakers Unterschrift beglaubigt und beginnt mit den Sätzen: "Ich werde ständig verfolgt. Es sind Professionelle. Ich kann ihnen nicht entkommen." Bald darauf war Baker tot, und schon damals vermutete man einen Giftmord.
Robert Lincoln aber, der Sohn des Präsidenten, vernichtete lange nach dessen Tod Papiere aus dem Nachlaß im Interesse der Öffentlichkeit. Sie bewiesen nämlich, ein Minister seines Vaters habe Hochverrat verübt. Diese Mitteilung, an sich schon gewichtig genug, ist darüber hinaus bemerkenswert. Unterstellt sie doch ein Interesse der (amerikanischen) Öffentlichkeit an der Vertuschung fataler politischer Tatbestände.
Aber welches Interesse sollte die (amerikanische) Öffentlichkeit daran haben, daß ein hochverräterischer Minister, vermutlich der Präsidentenmörder, unentlarvt bleibt?
Die Öffentlichkeit kann daran doch schwerlich interessiert sein, viel eher schon die amerikanische Führung. Und um von der eigenen Schande abzulenken, setzte sie seinerzeit auf den Kopf des Südstaatenpräsidenten Davis einen Kopfpreis von hunderttausend Dollar wegen Mittäterschaft an der Ermordung Lincolns! Es ist schwer, Geschichte nicht als Satire zu schreiben.
Im Übrigen geht es im Norden aufwärts. Der Süden freilich, der Verlierer, lebt noch Jahrzehnte im Elend, wie das "befreite" schwarze Volk Amerikas bis heute.
Auch wenn man am 9. April 1866 allen in den USA Geborenen, somit auch den Schwarzen, das Bürgerrecht gewährt; aber noch immer nicht, nicht einmal auf dem Papier, den Indianern.<<
Am Grab des ermordeten US-Präsidenten werden während der Beerdigung einige Aufgaben und Ziele verlesen, die Lincoln nach dem Bürgerkrieg verwirklichen wollte (x069/27): >>Keinem feind, allen zu helfen bereit, wollen wir danach streben, das Werk zu Ende zu führen, das wir begonnen haben. Wir wollen die Wunden der Nation heilen. Wir wollen sorgen für den, der unsere Schlachten geschlagen hat, für seine Witwe und seine Waisen. Wir wollen alles tun, was getan werden kann, um einen gerechten und dauernden Frieden untereinander und mit allen Nationen aufzurichten. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Abraham Lincoln (x810/797-798): >>Lincoln, Abraham, der 16. Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, geboren am 12. Februar 1809 in Hardin County (Kentucky) aus einer Quäkerfamilie, welche eine Farm besaß, siedelte 1816 mit seinen Eltern nach Spencer County in Indiana über und wurde von denselben bloß mit ländlichen Arbeiten beschäftigt. Nur sechs Monate lang genoß er Schulunterricht.
1830 ließ er sich mit seinen Eltern in Macon County in Illinois nieder, baute ihnen das erste Blockhaus, welches noch vorhanden ist, und nahm 1832 an dem Krieg gegen den Schwarzen Falken in einer Freiwilligenkompanie teil, die ihn zu ihrem Hauptmann wählte. Hierauf nahm Lincoln die Stelle eines Postmeisters in Neusalem an. Daneben machte er sich mit der Rechtswissenschaft und der Feldmeßkunst bekannt.
Von 1834 bis 1840 wurde er alljährlich in die Legislatur seines Staates gewählt. 1836 ließ er sich in Springfield als Rechtsanwalt nieder und galt bald ... (als einer) der gewandtesten Verteidiger in schwierigen Rechtsfällen.
Im Dezember 1847 in das Abgeordnetenhaus des Kongresses gewählt, stimmte er hier für eine weite Auslegung der Rechte der Unionsregierung den Einzelstaaten gegenüber und vor allem

für die Aufhebung der Sklaverei, zunächst im Bezirk von Columbia.
Schon auf dem republikanischen Nationalkonvent von 1856 versuchten die Abgeordneten von Illinois seine Kandidatur für die Vizepräsidentschaft durchzusetzen, drangen jedoch nicht durch; ebenso unterlag er 1858 bei der Senatorenwahl in Illinois gegen Stephan A. Douglas.
Da er sich hierbei aber als ein ebenso geschickter wie mutiger Gegner der Sklaverei bewies, wurde er im Mai 1860 von der republikanischen Versammlung in Chicago als Präsidentschaftskandidat aufgestellt und bei der Wahl der Wahlmänner am 6. November von den Stimmen aller Nichtsklavenstaaten mit Ausnahme New Jerseys zum Präsidenten erwählt.
Diese Wahl gab den über ihre Niederlage erbitterten Südstaaten Anlaß zum Abfall von der Union. Lincoln selbst entging auf seiner Reise nach Washington im Februar 1861 nur mit Mühe einem Mordanschlag. In der Rede, mit der er am 4. März 1861 das Präsidium antrat, sprach er zwar den Südstaaten das Recht ab, aus der Union auszuscheiden, suchte sie aber zu beruhigen. Doch der Angriff derselben auf Fort Sumter am 13. April gab das Signal zum Ausbruch des Bürgerkrieges.
Am 15. April erließ Lincoln seinen ersten Aufruf für 75.000 Freiwillige, und wenn er auch nicht gleich die prinzipielle Bedeutung des Kampfes erkannte, so bewahrte er doch auch in den Zeiten höchster Gefahr unerschütterlichen Mut und zähste Ausdauer und wußte diese Eigenschaften auch der Nation einzuflößen.
Nachdem er einmal die Abschaffung der Sklaverei als den Preis des Sieges proklamiert (hatte), führte er den Krieg mit konsequenter Energie trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten fort, getragen von der begeisterten Anhänglichkeit des Volkes, welches in ihm die Eigenschaften verkörpert sah, auf die es besonders stolz ist.
Er wurde daher 1864 aufs neue als Kandidat für die Präsidentschaft ausersehen und erhielt die Stimmen fast aller an der Wahl teilnehmenden Staaten. Am 4. März 1865 erfolgte sodann sein zweiter Amtsantritt. Nach dem Fall von Richmond am 3. April hielt Lincoln unter dem begeisterten Jubel der Schwarzen seinen Einzug in die ehemalige Hauptstadt der südlichen Konföderation.
Allein Lincoln überlebte diesen glorreichen Augenblick nur um wenige Tage, indem am Abend des 14. April der Schauspieler John Wilkes Booth, ein fanatischer Südländer, während einer Vorstellung in Fords Theater zu Washington dem Leben des Präsidenten durch einen Pistolenschuß ein Ende machte. Lincolns Leiche wurde in feierlichem Zug unter allgemeinster Teilnahme des Volkes nach Springfield in Illinois gebracht und dort auf einem der Nation gehörigen Grundstück beigesetzt.
Lincoln war von unbestechlicher Redlichkeit, großer Bescheidenheit und unerschütterlicher Festigkeit des Willens; er hatte einen klaren Verstand und treffendes Urteil, dabei Witz und Humor in der Unterhaltung. Indem er plötzlich starb, als er der Sache der Freiheit durch seine energische Ausdauer den glänzendsten Triumph verschafft hatte, wurde er der populärste, gefeiertste Mann seit Washington, dessen Andenken kein Fleck trüben konnte. Seine Herkunft, sein Vorleben, seine Erscheinung machten Lincoln zum Ideal eines echten Republikaners. Am 14. April 1876 wurde sein Standbild zu Washington feierlich enthüllt. ...
Lincolns einziger überlebender Sohn, Robert Todd Lincoln, geboren 1843, nahm noch am Bürgerkrieg teil, ließ sich dann in Chicago als Advokat nieder und wurde 1881 unter Garfield Kriegsminister.<<

Die Folgen des nordamerikanischen Bürgerkrieges

Der nordamerikanische Bürgerkrieg von 1861-65 Krieg wurde mit großer Brutalität und Erbarmungslosigkeit geführt. Der lange Bürgerkrieg ruinierte vor allem die Südstaaten (x076/-146). Beim Vormarsch der siegreichen Truppen der Nordstaaten ereignen sich systematische Zerstörungen. Der Nordstaaten-General William Sherman (1820-1891) ließ z.B. in den US-Staaten Georgia und Carolina planmäßige Vernichtungsaktionen (Grundsatz der "verbrannten

Erde") durchführen. Die "Sieger" vernichteten damals auf einer Breite von über 100 Kilometern alle Häuser sowie die Ernte und töteten das gesamte Vieh.
Im Verhältnis zu den verlustreichen europäischen Kriegen war dieser "legendäre" US-Bürgerkrieg eigentlich nur eine "durchschnittliche" Auseinandersetzung. Im Verlauf des sog. "Sezessionskrieges" kamen über 600.000 Menschen um, die größtenteils nicht im Kampf, sondern in den unzureichenden Hospitälern oder in den Kriegsgefangenenlagern an Seuchen starben. Die Internierungslager der Südstaaten waren besonders berüchtigt.
Die Verluste des Nordens betrugen rund 360.000 Tote – darunter waren etwa 110.000 gefallene Soldaten -, während der Süden rund 258.000 Tote - darunter waren etwa 94.000 gefallene Soldaten – beklagte. Etwa 375.000 Soldaten der Nord- und Südstaaten wurden verwundet (x068/133).
Nach dem Kriegsende begann für die Südstaaten eine schwere Zeit der Entrechtung und Unterdrückung. Während der Amtszeit des US-Präsidenten Ulysses S. Grant (1822-1885, Befehlshaber der Unionstruppen) von 1869-77 mußten die "Rebellen des Südens" eine brutale Militärdiktatur überstehen. Obgleich der Bürgerkrieg sowie die spätere politische Unterdrückung, Korruption und wirtschaftliche Ausbeutung der Südstaaten eine jahrzehntelange Entfremdung zwischen den sog. "Nord- und Südstaaten" verursachten, konnte man die befürchtete Teilung der Union jedoch vermeiden.
Nach Aufhebung der Sklaverei erhielten die Schwarzen ihre "Freiheit".
Der 13. Zusatzartikel der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1865 lautete (243/101): >>Weder Sklaverei noch Zwangsdienstbarkeit darf ... in den Vereinigten Staaten ... bestehen.<<
Das Verbot der Sklaverei bedeutete für Tausende von Plantagenbesitzern den wirtschaftlichen Ruin. In den Südstaaten entstanden schon bald äußerst gefährliche Rassengegensätze, die vielerorts bis heute nicht beseitigt werden konnten.
Ein ehemaliger Sklave berichtet später über die Befreiung der Sklaven in den Südstaaten im Jahre 1865 (x122/373): >>Wir wußten, über uns war die Freiheit, aber wir wußten nicht, was mit ihr noch über uns kommen sollte. Wir dachten, wir werden reich wie die weißen Leute. ... Aber daraus ist dann nix geworden. ...<<
Im Jahre 1867 wurde der Geheimbund Ku-Klux-Klan in den Südstaaten gegründet, der Schwarze, Katholiken und Juden gnadenlos und heimtückisch bekämpfte (Lynchjustiz).
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Ku-Klux-Klan" (x810/287): >>Kuklux-Clan, großer politischer Geheimbund in den Südstaaten der nordamerikanischen Union, 1867 in Nordcarolina entstanden, umfaßte alle Anhänger der Sklaverei und Feinde der Union und der republikanischen Partei und verbreitete sich sehr rasch über die anderen ehemaligen Rebellenstaaten.
Die zahlreichen Mitglieder, durch einen Eid miteinander verbunden und zum strengsten Geheimnis bei Todesstrafe verpflichtet, richteten ihre Gewalttaten besonders gegen die verhaßten Neger und ihre Beschützer. Vermummt überfielen sie dieselben, ermordeten sie und verbrannten ihre Häuser.
Am schlimmsten hausten sie in Südcarolina und Kentucky. Ihrem verbrecherischen Treiben trat der Kongreß im April 1871 mit dem "Anti-Kuklux-Gesetz" entgegen, das dem Präsidenten bis zum 1. Juli 1872 eine fast diktatorische Gewalt übertrug und den erstrebten Erfolg hatte, da das Unwesen mit militärischer Hilfe unterdrückt wurde.<<
Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Folgen des Krieges (x145/135): >>Nach dem Kriege war das alte Amerika vernichtet. Die Industrie hatte über Nacht ihren Einzug gehalten. Sie hatte die landwirtschaftlichen Methoden verändert, hatte einer tollen Ausbeutung der Bodenschätze den Weg bereitet und den gewissenlosen Geldgewaltigen mit einem fetten Kriegsgewinn in den Mittelpunkt gestellt.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das Ende des US-Bürgerkrieges von 1861-1865 (x068/132-133): >>… Freilich, nach vier ungeheuren Mordjahren zwecks "Wiedergeburt der Freiheit" (Lincoln) sind die Südstaaten fertig, buchstäblich außer Gefecht gesetzt. Sie sind restlos erledigt, nicht nur militärisch, auch finanziell. Sie sind nicht nur bar aller Kriegsmittel, sind ausgeblutet, ausgehungert.
Die letzten wichtigen Häfen sind erobert, weite Landstriche völlig verheert. Das Transportsystem ist zusammengebrochen, der Durchhaltewille der Bevölkerung erschöpft. Viele Soldaten desertieren jetzt, der geplante Einsatz der Schwarzen kann nicht mehr erfolgen. Lees Truppen, nur noch 30.000 Mann, stehen 115.000 unter Grant gegenüber.
Bei der Schlacht von Five-Forks am 1. April 1865, dem letzten großen Mordakt dieses Krieges, dem "Waterloo" der Konföderierten, werden Lees Linien an drei Stellen von dem zahlenmäßig weit stärkeren Gegner durchbrochen. Richmond muß preisgegeben werden. In das Haus des Südstaaten-Präsidenten Davis ziehen Generale des Nordens ein. "Es wirkte", so Admiral David Porter, der Lincoln nach Richmond begleitet, "verglichen mit dem Weißen Haus, in jeder Hinsicht sehr bescheiden.
Man merkte, daß Davis vollkommen ohne Dünkel war und wie ein einfacher Bürger gelebt hatte." Am 9. April streckt die auf 28.000 Mann zusammengeschmolzene Hauptarmee unter General Lee in Virginia die Waffen vor General Grant. Und vielfach korrupte Besatzungsbehörden beginnen jetzt gleich mit der "Umerziehung" des Südens, der seither gegenüber dem Norden ein tief eingefleischtes Ressentiment hegt. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-1865 (x068/133-134): >>…
Begreiflich, waren die Verluste in diesem Bürgerkrieg doch gewaltig.
Aber hatte nicht Präsident Jefferson schon vorausgesehen, um nicht zu sagen prophezeit, gefordert gar, daß "der Baum der Freiheit" (= Lincolns "Wiedergeburt der Freiheit") "von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen begossen werden muß"?
Er hatte. Und vielleicht läßt dies auch künftig noch einiges erwarten ...
Der amerikanische Bürgerkrieg war nicht nur der erste "moderne", der erste "totale" Krieg, er war auch einer der mörderischsten Kriege überhaupt, eines der großen Geschichtsverbrechen, das Nordamerika mehr Opfer kostete als beide Weltkriege zusammen.
Allein die Verluste der Armeen betrugen 33 bzw. 40 Prozent. Die Union hatte 359.528 Tote (darunter rund 110.000 sogenannte Gefallene - ein wunderbares Wort, in dem der Euphemismus Triumphe feiert: als wäre man eben mal ausgerutscht, ein bißchen hingefallen ...), der Süden 258.000 Tote (darunter 94.000 "Gefallene"). Verwundet wurden auf beiden Seiten insgesamt über 375.000 Mann.
Nachdem General Lee aber am 7. April 1865 die Kapitulationsbedingungen erhalten und unterzeichnet hatte, schrieb er an seine Soldaten: "Da der Bürgerkrieg zu Ende ist ... halte ich es für jedermanns Pflicht, mit vereinten Kräften zur Wiedergesundung des Landes in Frieden und Eintracht beizutragen ..."
So einfach ist das: erst mordet man gemeinsam, dann baut man gemeinsam wieder auf.
Und, wirklich, so ähnlich ist nun mal der Lauf der Geschichte, die sich, nach einem viel zitierten Satz, nicht wiederholt.
Also: keine sich wiederholenden wirtschaftlichen Krisen?
Keine sich wiederholenden Kriege?
Keine stete Ausbeutung, Unterdrückung, kein steter Betrug?
Kein stetes Herrschen auch der Wenigen über die Vielen?
Und kein immerwährendes Reinlegen dieser und Rausreden jener?
Nein?
Oder doch?

Semper idem, wahrhaftig, gerade was die Haupt- und Staatsaktionen der Historie angeht, in der doch nur die Namen wechseln, die Methode bleibt.
Im Übrigen war die Anregung des Generals Lee, mit vereinten Kräften wieder aufzubauen, was man gerade erst zusammen kaputtgeschlagen hatte, ganz im Sinn des Präsidenten Lincoln, der zwar den Krieg um jeden Preis gewollt und bekommen hatte. Aber nun wollte er, wie der General Lee, gemeinsam weiter. Einigkeit macht stark - wir Deutschen kennen den Spruch, aber eben nicht nur wir. Nein, Lincoln wollte jetzt - nachdem er hatte, was er wollte - gar nicht, wie viele, wie die meisten im Norden, die Rache auskosten.
Nein, er suchte jetzt die Versöhnung, die engste Kollaboration - so wie etwa, bei allen Unterschieden, die USA nach 1945 mit Deutschland. Oder die Bundesrepublik selbst schließlich mit Ostdeutschland. Einmal braucht man die Sklavereistaatler, einmal die Nazideutschen, vor allem die Nazi-Generäle, einmal die Stasi-Garnitur des verflossenen SED-Regimes ... Das muß so sein. Denn gleich und gleich gesellt sich gern.
Allerdings konnte Lincoln seinen Sieg nicht mehr auskosten. Fünf Tage nach dem 9. April, der Kapitulation der konföderierten Armee, wird er erschossen.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Bürgerkrieg von 1861-1865 (x364/87-94):
>>… **Der Zerstörungsplan der Verschwörer**
In den Jahren nach der Unabhängigkeit hatte sich zwischen der baumwollpflanzenden Aristokratie in den Südstaaten und den englischen Tuchfabriken ein enges Geschäftsverhältnis entwickelt. Die europäischen Banker entschieden, daß diese Geschäftsverbindung die Achillesferse Amerikas sei, die Tür, durch die die junge amerikanische Republik erfolgreich angeschossen und überwunden werden könnte.
Die "Illustrated University History", 1878, berichtet, daß die Südstaaten von englischen Agenten überschwemmt wurden. Diese verschworen sich mit den einheimischen Politikern, um gegen die eigenen Interessen der Vereinigten Staaten zu arbeiten.
Die von ihnen sorgfältig ausgesäte und gehegte Propaganda wuchs zur offenen Rebellion aus und führte zur Abtrennung des Staates Süd-Carolina am 29. Dezember 1860. Innerhalb weniger Wochen traten sechs weitere Staaten der Verschwörung gegen die Union bei und sagten sich von ihr los, um die Konföderierten Staaten von Amerika unter Jefferson Davis als ihrem Präsidenten zu bilden.
Die Verschwörer stellten Armeen auf, besetzten Festungen, Arsenale, Geldprägeanstalten und sonstige Besitztümer der Union. Sogar Mitglieder im Kabinett des Präsidenten Buchanan waren mit von der Partie, die Union zu zerschlagen. Sie schädigten das öffentliche Ansehen und beteiligten sich an dem Bankrott der Nation. Zwar beklagte Buchanan die Session, aber er unternahm keine Schritte, sie unter Kontrolle zu bringen, nicht einmal, als Küstenbatterien in Süd-Carolina auf ein US-Schiff das Feuer eröffneten.
Kurze Zeit später wurde Abraham Lincoln Präsident. Er wurde am 4. März 1861 in sein Amt eingeführt. Lincoln ordnete sofort eine Blockade der Südstaaten an, um sie von den aus Europa kommenden Versorgungsmitteln abzuschneiden. Als "offizielles" Datum für den Beginn des Bürgerkrieges wird der 12. April 1861 angegeben, an dem das Fort Sumter in Süd-Carolina von den Konföderierten bombardiert wurde. Offensichtlich hat er aber sehr viel früher angefangen.
Im Dezember 1861 wurden europäische Truppen (Engländer, Franzosen, Spanier) in großer Zahl nach Mexiko verschoben, was eine Mißachtung der Monroe-Doktrin war. Dies sowie die umfassenden Hilfeleistungen aus Europa an die Konföderierten waren die Anzeichen dafür, daß sich die englische Krone auf den Eintritt in den Krieg vorbereitete.
Die Aussichten für den Norden und die Zukunft der Union sahen in der Tat schwarz aus. In dieser Stunde der äußersten Krise wandte sich Lincoln an den Erzfeind der Krone, Rußland,

um Hilfe. Als der Brief mit Lincolns dringlichem Appell dem Zaren Nikolaus II. übergeben wurde, wog er ihn ungeöffnet in seiner Hand und sagte:
"Bevor Wir diesen Brief gelesen und seinen Inhalt kennen, gewähren Wir jedwede Bitte, die er enthalten mag."

Mord wegen zinsfreier US-Noten

Unangekündigt dampfte eine russische Rotte unter Admiral Liviski am 24. September 1863 in den Hafen von New York ein und ging dort vor Anker. Die russische Pazifikflotte unter Admiral Popov erreichte San Francisco am 12. Oktober. Zu diesem Akt der Russen bemerkt Gideon Wells: "Ihre Ankunft erfolgte auf dem Höhepunkt der Konföderation und dem Tiefpunkt des Nordens und verursachte, daß England und Frankreich lange genug zögerten, um das Blatt sich zugunsten des Nordens wenden zu lassen."
Die Geschichtsschreibung enthüllt uns, daß die Rothschilds kräftig dabei waren, beide Seiten des Bürgerkrieges zu finanzieren. Lincoln versetzte ihrer Tätigkeit einen Dämpfer, als er sich im Jahre 1862 und 1863 weigerte, die von den Rothschilds geforderten exorbitanten Zinsen zu zahlen und verfassungsmäßig zulässige, zinsfreie US-Noten herausgab. Wegen dieser und anderer patriotischer Handlungen wurde Lincoln kaltblütig von John Wilkes Booth am 14. April 1865 erschossen, nur fünf Tage nachdem sich Lee im Appomattox Court House, Virginia, Grant ergeben hatte.
Die Enkelin von Booth, Izola Forrester, berichtet in ihrem Buch "One Mad Act", daß Lincolns Attentäter vor dem Mord in enger Verbindung mit unbekannten Europäern gestanden hat und wenigstens eine Reise nach Europa unternommen hatte.
Nach dem Mord wurde Booth durch Mitglieder der Ritter des Goldenen Kreises spurlos in Sicherheit gebracht. Der Autorin zufolge hat Booth nach seinem Verschwinden noch viele Jahre gelebt.

Die Ziele werden weiter verfolgt

Unbeeindruckt von ihren ersten Mißerfolgen, die Vereinigten Staaten zu zerstören, setzten die internationalen Banker die Verfolgung ihrer Zielsetzung mit unablässigem Eifer fort. Zwischen dem Ende des Bürgerkrieges und 1914 waren ihre Hauptagenten in den Vereinigten Staaten: Kühn, Loeb and Co. sowie J. P. Morgen Co.
Am 1. Februar 1936 erschien eine kurze Chronik über Kühn, Loeb and Co. in der Zeitschrift "Newsweek": "Abraham Kühn und Salomon Loeb waren Kolonialwarenhändler in Lafayette, Indiana, im Jahre 1850. Wie in allen neubesiedelten Regionen üblich, wurden die meisten Geschäfte auf Kredit getätigt. Bald stellten die beiden fest, daß sie Bankiers waren.
Im Jahre 1867 gründeten sie Kühn, Loeb and Co., Bankiers, in der Stadt New York und nahmen einen jungen deutschen Auswanderer, Jacob Schiff als Teilhaber auf. Der junge Schiff hatte gewichtige Finanzbeziehungen in Europa. Zehn Jahre später stand Jacob Schiff an der Spitze von Kühn, Loeb and Co., da Kühn gestorben war und Loeb sich zurückgezogen hatte.
Unter Schiffs Leitung brachte die Bank europäisches Kapital mit der amerikanischen Industrie zusammen."

Die Insider machen wieder einmal Beute

Schiffs "gewichtige Finanzbeziehungen in Europa waren die Rothschilds und ihre deutschen Vertreter, die M. M. Warburg Gesellschaft in Hamburg und Amsterdam. Innerhalb von 20 Jahren hatten die Rothschilds über ihre Warburg-Schiff-Verbindung das Kapital bereitgestellt, mit dem John D. Rockefeller sein Standard Oil-Imperium ganz erheblich ausbauen konnte. Des weiteren wurden von ihnen die Aktivitäten von Edward Garriman (Eisenbahn) und Andrew Carnegie (Stahl) finanziert.
Um die Jahrhundertwende entsandten die Rothschilds, unzufrieden mit dem Fortschritt ihrer amerikanischen Manöver, einen ihrer Spitzenleute, Paul Moritz Warburg, nach New York, um so direkt die Führung ihres Angriffs auf den einzigen wahren Verfechter für individuelle Frei-

heit und Wohlstand zu übernehmen - die Vereinigten Staaten von Amerika.
Bei einem Hearing des Banken- und Währungsausschusses des Kongresses im Jahr 1913 gab Warburg zu, er sei "ein Mitglied des Bankhauses Kühn, Loeb and Co. Ich bin 1902 in dieses Land gekommen, während ich in Hamburg, Deutschland, geboren wurde und dort das Bankgeschäft erlernt habe und danach in London und Paris das Bankfach studiert und die ganze Welt bereist habe."
Im ausgehenden Jahrhundert war es nicht üblich, daß Leute "in London und Paris das Bankfach studieren" und "die ganze Welt bereisen", wenn sie nicht eine spezielle Mission zu erfüllen hatten.
Zu Beginn des Jahres 1907 hob Jacob Schiff, der von Rothschild bezahlte Boß des Hauses Kühn, Loeb and Co., in einer Rede vor der New Yorker Handelskammer warnend hervor, daß "wenn wir keine Zentralbank mit einer ausreichenden Kontrolle über die Kreditbeschaffung bekommen, dann wird dieses Land die schärfste und tiefgreifendste Geldpanik in seiner Geschichte erleben."
Kurze Zeit später stürzten die Vereinigten Staaten in eine Währungskrise, die alle Zeichen einer geschickt geplanten Rothschild-Arbeit trugen. Die daraus resultierende Panik am Kapitalmarkt ruinierte das Leben zehntausender unschuldiger Menschen im ganzen Land - und brachte der Bankelite Milliarden ein.
Der Zweck dieser "Krise" war ein zweifacher: Erstens für die Insider finanzielle "Beute" zu machen und zweitens dem amerikanischen Volk die "große Notwendigkeit" einer Zentralbank vor Augen zu führen.

Die unsichtbare Regierung der Geldbarone

Paul Warburg erklärte vor dem Banken- und Währungsausschuß:
"Bei der Panik des Jahres 1907 war mein erster Vorschlag, "laßt uns eine nationale Clearing-Bank (Zentralbank) gründen". Der Aldrich-Plan (für eine Zentralbank) enthält viele Dinge, die einfach grundlegende Regeln des Bankgeschäftes sind.
Ihr Ziel muß dasselbe sein." Tief in ihre Kiste oft geübter Praktiken greifend zogen die internationalen Banker ihren bisher größten Coup ab - die Gründung des in Privathänden befindlichen "Federal Reserve System", womit die Kontrolle über die Finanzen der Vereinigten Staaten in die Hände machtbesessener Geldmonopolisten gelegt wurde. Paul Warburg wurde der erste Vorsitzende des "Fed".
Der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh legte den Finger genau auf die Wahrheit, als er im Ausschuß an die Verabschiedung des "Federal" Reserve-Gesetzes durch den halbleeren Kongreß am 23. Dezember 1913 sagte: "Mit diesem Gesetz wird der gigantischste Konzern auf dieser Welt gegründet. Wenn der Präsident (Wilson) diese Gesetzesvorlage unterzeichnet, wird die unsichtbare Regierung der Geldbarone legalisiert. Das schwerste Verbrechen des Kongresses ist sein Währungssystem.
Das schlimmste gesetzgeberische Verbrechen aller Zeiten wird mit diesem Bank- und Währungsentwurf begangen."

Plan für die Welteroberung

Nachdem sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Nationen Europas finanziell fest in ihren Griff bekommen hatten, waren die internationalen Banker fieberhaft dabei, ihren Einflußbereich in alle Himmelsrichtungen auszudehnen und damit den endgültigen Sturm auf die Vereinigten Staaten vorzubereiten - eine Nation, die dank ihrer einmaligen Verfassung frei geblieben war.
In den nun folgenden Jahrzehnten wurde deutlich, daß sie, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu erreichen, eine Reihe von Weltkriegen würden anzetteln müssen, die zu einer Nivellierung der Weltordnung fuhren würden, so daß der Weg für die Errichtung einer "Neuen Weltordnung" frei sein würde.

Dieser Plan wurde in einem Brief an Giuseppe Mazzini vom 15. August 1871 in anschaulichen Einzelheiten von Albert Pike, dem souveränen Großmeister des Altertümlichen und Anerkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei und obersten Illuminaten in Amerika, dargelegt.
Pike schrieb, der Erste Weltkrieg sollte zusammengebraut werden, um das zaristische Rußland zu zerstören - und dieses weite Land unter die unmittelbare Kontrolle der Illuminaten-Agenten zu bringen. Rußland sollte dann als "Buhmann" benutzt werden, um die Ziele der Illuminaten weltweit zu fördern.
Weltkrieg Nummer 2 sollte über die Manipulation der zwischen den deutschen Nationalisten und den politischen Zionisten herrschenden Meinungsverschiedenheiten fabriziert werden. Daraus sollte sich eine Ausdehnung des russischen Einflußbereiches und die Gründung eines Staates Israel in Palästina ergeben.
Der Dritte Weltkrieg sollte dem Plan zufolge sich aus den Meinungsverschiedenheiten ergeben, die die Illuminaten-Agenten zwischen den Zionisten und den Arabern hervorrufen würden.
Es wurde die weltweite Ausdehnung des Konfliktes geplant. Wie der Brief sagt, planten die Illuminaten, "Nihilisten und Atheisten aufeinander loszulassen " und "einen schrecklichen sozialen Umsturz zu provozieren, der in seinem ganzen Horror den Nationen die Wirkung des absoluten Atheismus deutlich vor Augen führen wird, Ursprung der Bestialität und der blutigsten Aufruhren.
Danach werden überall die Bürger gezwungen, sich gegen die Weltminderheit der Revolutionäre zu verteidigen, jene Zerstörer der Zivilisation zu vernichten und die Menge, über das Christentum enttäuscht, dessen deistische Geister von dem Moment an ohne Wegweiser sein werden, und sehnsüchtig nach einem Ideal, jedoch nicht wissend, wem Anbetung entgegenzubringen, wird das wahre Licht durch die universale Manifestation der reinen Doktrin Luzifers empfangen, die schließlich ins Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, eine Manifestation, die ein Ergebnis der allgemeinen reaktionären Bewegung sein wird, die auf die Vernichtung des Christentums und Atheismus folgen wird, die damit beide mit einem Schlag besiegt und ausgelöscht worden sind."
Zu der Zeit, da Pike diesen bemerkenswerten Brief schrieb, gab es auf der Weltbühne fünf verschiedene Ideologien, die in einen "Kampf um Raum und Macht" verstrickt waren. Es waren dies:
1. Die geheime Ideologie der internationalen Banker beziehungsweise der Illuminati. Ihr Ziel war die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung, die von den "Erleuchteten" an der Spitze ausgeübt werden sollte.
2. Die "Pan-Slawistische" Ideologie Rußlands … Nach A. H. Granger, Autor von "England World Empire", 1916, fordert diese Ideologie die Beseitigung Österreichs und Deutschlands, danach die Eroberung Indiens und Persiens und endet mit den Worten: "… was die Unterjochung Europas sicherstellt."
3. Die Ideologie "Asien den Asiaten", die von den Japanern verfochten wurde. Hierbei ging es um eine Konföderation der asiatischen Nationen unter japanischer Vorherrschaft.
4. Die Pan-Germanische Ideologie, die die politische Kontrolle des europäischen Kontinents durch die Deutschen vorsah, Befreiung von den Beschränkungen der englischen Krone auf hoher See und die Einführung einer Politik der "offenen Tür" in Handel und Gewerbe zu den übrigen Ländern der Welt.
5. Pan-Amerikanismus oder die Ideologie "Amerika den Amerikanern ". Sie sah vor, "Handel und Freundschaft mit allen, Bündnisse mit niemanden".

Teuflisches Meisterwerk satanischer Genialität

Der amerikanische Außenminister Root erklärte 1906, daß mit dieser Ideologie, die ihren Nie-

derschlag in der Monroe-Doktrin des Jahres 1832 gefunden hatte, Amerikaner von "einer Beteiligung an den politischen Zielen, Interessen oder Zuständigkeiten in Europa ausgeschlossen sind, genauso wie die europäischen Mächte, aufgrund der gleichen möglichen Doktrin, nunmehr hundert Jahre alt, davon ausgeschlossen sind, sich an den politischen Angelegenheiten der souveränen Staaten der westlichen Hemisphäre zu beteiligen oder einzumischen.
Wenn die Pläne der internationalen Bankiers und damit der Illuminaten Früchte tragen sollten, dann mußten Rußland, Deutschland, Japan und die USA in die Knie gezwungen werden, und zwar in bedingungsloser Kapitulation, Armut und Schande.
Der Illuminatenplan zur Welteroberung, wie von Albert Pike zitiert, war ein teuflisches Meisterwerk satanischer Genialität, das etliche Millionen Menschen das Leben rauben und etliche Milliarden Dollar zu seiner Verwirklichung kosten würde.
Der Plan, den die Illuminaten zur Erreichung ihres Welteroberungszieles aufgestellt hatten, war sowohl einfach als auch effektiv. Auf der Verwirklichung ihres Endzieles haben die internationalen Banker und ihre Bundesgenossen rund um den Erdball diesen Plan aufgegriffen, um ein unermeßliches Vermögen an Grundbesitz zusammenzuraffen.
Bisher ist die Durchführung des Planes so glatt vonstatten gegangen, daß sie häufig der Beifall derer gewonnen hat, die er vernichtet. Ihr Plan läßt sich als Stadtsanierung bezeichnen.
Man sagt, es gibt drei Arten von Menschen: 1. Solche, die etwas bewirken; 2. Solche, die den Geschehnissen zuschauen und 3. Solche, die sich wundern, was passiert Ist.
Die große Mehrheit der Menschheit befindet sich in den beiden letzten Kategorien. Die meisten haben "Augen, um zu sehen", doch sie "sehen nicht, was geschieht". Die meisten haben "Ohren, um zu hören", doch "sie verstehen nicht, was geschieht" - lokal, national und international.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2020) im COMPACT-Spezial Nr. 25 (x365/17-19): >>**Vom Winde verweht**
_ von *Daniell Pföhringer*
1860/61 spalteten sich elf Südstaaten von den USA ab, es folgte ein blutiger Bürgerkrieg. Oft hört man, dabei sei es dem Norden unter Präsident Abraham Lincoln um die Befreiung der Sklaven gegangen. In Wahrheit waren seine Motive weit weniger edelmütig.
Gettysburg, 1. Juli 1863: Vor der Kleinstadt in Pennsylvania stehen gut 75.000 Mann der Südstaaten-Armee unter Robert E. Lee etwa 83.000 Soldaten des von George Meade geführten Heeres der Nordstaaten gegenüber. Lee setzt alles auf eine Karte: Sämtliche verfügbaren Truppen stehen für den Angriff bereit - hier soll der Krieg entschieden werden. Fortuna steht zu dieser Zeit auf der Seite der Männer unter den Stars and Bars, der Flagge der abtrünnigen Konföderierten.
Dank der überragenden Strategie ihres legendären Oberbefehlshabers konnten sie in den ersten beiden Kriegsjahren große Siege erringen, bis zum Nordufer des Potomac vordringen und Washington ins Visier nehmen. Der endgültige Sieg ist greifbar nah, als sich Grau- und Blauröcke nun - nur noch knapp 100 Kilometer von der US-Hauptstadt entfernt - in die Schlacht stürzen.
für die von Norden und Westen vorrückenden Männer Lees. Doch am 3. Juli erfährt der Kampf in sengender Hitze eine dramatische Wendung: Der Südstaaten-General kann mangels Kavallerie die Aufstellung des Gegners nicht einschätzen. Er befiehlt, Meades Leute auf dem rechten Flügel anzugreifen und zwei Hügel zu erobern, von denen man die Flanke der Union aufrollen will. Mit 15.000 Mann soll dann eine andere Einheit gegen das Zentrum der feindlichen Truppen vorgehen. Während des Vorstoßes der Grauröcke stellt der Artilleriechef der US-Armee auf einmal das Feuer ein - eine Finte!

Denn hinter einem Steinwall haben sich starke Verbände der Blauröcke verborgen - und stoppen die Konföderierten. General Lee muss sich zurückziehen - Fortuna hat die Seiten gewechselt.

Mit rund 51.000 Verlusten fand bei Gettysburg die blutigste Schlacht statt.

Zwar sollte die Fehde der verfeindeten Brüder noch zwei weitere Jahre andauern, doch die Union behielt nun das Heft des Handelns in der Hand. Die Schlacht von Gettysburg übertraf mit rund 51.000 Verlusten - 23.000 zählte der Norden, 28.000 der Süden - alles, was im Amerikanischen Bürgerkrieg bis dahin geschehen war. Am Ende sollte das gegenseitige Abschlachten über 500.000 Tote fordern.

Die Befreiungslüge

Bis heute hält sich hartnäckig die Legende, daß dieser verlustreiche Krieg vom Norden zu dem Zweck geführt worden war, die Sklaven im Süden zu befreien. Doch dies war erst eine nachträglich ins Spiel gebrachte moralische Legitimierung der weitaus profaneren Kriegsziele der Union. Gegenüber der New-York Tribune erklärte US-Präsident Abraham Lincoln ein Jahr nach Beginn der militärischen Auseinandersetzung:

"Mein oberstes Ziel in diesem Krieg ist es, die Union zu retten; es ist nicht, die Sklaverei zu retten oder zu zerstören. Könnte ich die Union retten, ohne auch nur einen Sklaven zu befreien, so würde ich es tun; könnte ich sie retten, indem ich alle Sklaven befreite, so würde ich es tun; und könnte ich die Union retten, indem ich einige Sklaven befreite und andere nicht, so würde ich auch das tun. Alles, was ich in Bezug auf die Sklaverei und die Schwarzen tue, geschieht, weil ich glaube, daß es hilft, die Union zu retten."

Vor dem Krieg hatte Lincoln sogar versprochen, die Sklaverei dort zu erhalten, wo sie existierte. Er bemühte sich auch keineswegs, bestimmte Gesetze in den Nordstaaten, vor allem in Illinois, die sich gegen Schwarze richteten, aufzuheben. Zudem plante man im Süden bereits, die Sklaverei schrittweise abzuschaffen. In der neuen Verfassung, die sich die Südstaaten nach ihrer Unabhängigkeitserklärung gaben, war sogar ein Verbot der Einfuhr von Sklaven vorgesehen.

In Wahrheit spielten bei der Auseinandersetzung ganz andere Dinge eine Rolle: 1828 führte der industriell geprägte Norden Handelszölle auf ausländische Waren ein. Diese wirtschaftliche Abschottungspolitik, die sich vornehmlich gegen Europa richtete, war nicht im Sinne des agrarisch geprägten Südens, weil dessen wichtigster Absatzmarkt für die Rohstoffe ihrer Plantagen in Übersee lag.

Vor allem zwischen England und den Südstaaten gab es einen regen Austausch von Waren: Das Königreich war Hauptabnehmer von Baumwolle, der wirtschaftlichen Grundlage des Südens, und die Engländer beluden die nach Amerika zurückfahrenden Schiffe mit Fertigprodukten, die in den Südstaaten dringend benötigt wurden.

Der Süden trug fast 90 Prozent zu den gesamten US-Zolleinnahmen bei

Der Süden mußte wegen der neuen Zölle nicht nur mehr für diese Güter bezahlen, er wurde darüber hinaus auch noch zusätzlich besteuert. Bald trug er fast 90 Prozent zu den gesamten Zolleinnahmen der Vereinigten Staaten bei. Dies alles führte zu einem deutlichen Absinken des Lebensstandards im Süden.

Als dann Abraham Lincoln, ein Republikaner aus Illinois, der hinter der Zollpolitik stand, bei der Präsidentschaftswahl im Herbst 1860 über John Breckinridge, einen Demokraten aus Kentucky, der die Last von den Schultern der Farmer nehmen wollte, siegte, befeuerte dies den Groll und das Unabhängigkeitsstreben des Südens.

Als Reaktion auf Lincolns Sieg erklärte noch vor Weihnachten 1860 South Carolina den Austritt aus der Union. Bis Februar 1861 folgten Alabama, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi und Texas. Am 8. Februar 1861 schlossen sich diese sieben Staaten zu den Confederate

States of America (CSA) zusammen und wählten Jefferson Davis aus Mississippi zu ihrem Präsidenten.
Diese Sezession war nicht weniger legitim als die am 4. Juli 1776 erfolgte Loslösung der 13 britischen Kolonien in Nordamerika, die einen souveränen Staatenbund, die Vereinigten Staaten von Amerika, bildeten. Eine solche Möglichkeit wollte der industriell geprägte Norden seiner Melkkuh, dem landwirtschaftlich geprägten Süden, nun aber nicht einräumen.

Säbelrasseln im Norden

Schon am 2. März 1861 forderte die New-York Evening Post Maßnahmen gegen die Abtrünnigen: "Daß sowohl die Zolleinnahmen in den Häfen der Rebellenstaaten eingenommen werden müssen und der Hafen für Importe von außerhalb zu schließen ist, ist allgemein anerkannt. Wenn keine der beiden Optionen verfolgt wird, sind unsere Gesetze über die Staatseinnahmen faktisch abgeschafft; die Quellen, die unseren Staatsschatz speisen, werden versiegen; wir werden kein Geld mehr haben, um unsere Regierung zu erhalten, und die Nation wird bankrott sein, noch bevor das erste Maiskorn gereift ist.
Es wird nichts mehr geben, um für den Erhalt des Militärs zu sorgen; nichts, um unsere Seemacht schwimmend zu halten; nichts, um für den Lohn unserer öffentlichen Amtsträger zu sorgen; die gegenwärtige Ordnung wird versiegen.
Was wird dann für unsere Regierung übrig bleiben? Sollen wir es den sezernierenden Staaten erlauben, die Gesetze der gesamten Union auf diese Weise umzustürzen? Oder wird sich die Regierung dafür entscheiden, zumindest zu überprüfen, in der Fremdware, die für Häfen ohne Zollämter bestimmt ist, Schmuggelware zu ermitteln und sie zu stoppen, wenn sie in jene staatlichen Gebiete eingebracht werden sollen, aus denen unsere Amtsträger hinausgeworfen wurden?"
Als Lincoln zwei Tage später ins Amt eingeführt wurde, machte er deutlich, daß er die Sezession unter keinen Umständen dulden werde. An den Süden gerichtet, sagte er: "In Euren Händen, meine unzufriedenen Landsleute, nicht in den meinen, liegt die folgenschwere Entscheidung über einen Bürgerkrieg.
Die Regierung wird Euch nicht angreifen. Ihr könnt keinen Konflikt haben, ohne selbst die Angreifer zu sein." Der Vorwand zum Losschlagen wurde ihm letztendlich am 12. April 1861 geboten, als die Konföderierten Fort Sumter, eine militärische Einrichtung der US-Armee bei Charleston in South Carolina, mit Kanonen beschossen.
Unmittelbar nach Kriegsbeginn erklärten auch Arkansas, North Carolina, Tennessee und Virginia ihren Beitritt zur CSA. Deren Hauptstadt wurde von Montgomery, Alabama, nach Richmond, Virginia, verlegt. 23 Staaten des Nordens mit etwa 22 Millionen Einwohnern standen den nun elf Staaten des Südens mit rund neun Millionen Einwohnern - davon 3,5 Millionen Sklaven - gegenüber.

Verratene Ideale

Es folgte der blutigste Krieg auf dem nordamerikanischen Kontinent, bei dem weite Landstriche des Südens regelrecht verwüstet wurden. Daß die Sklaverei im Verlauf des Krieges von Lincoln aufgehoben wurde, war nicht etwa moralischen Gründen geschuldet, sondern trug vielmehr der Tatsache Rechnung, daß auf der Seite der Südstaaten zahlreiche Sklaven kämpften, die aus den Truppen herausgebrochen werden sollten. Schwarze, die sich auf dem vom Norden besetzten Territorium befanden, waren von der Sklavenbefreiung ausgenommen.
Hätte Washington die ursprünglich proklamierten Ideale von Föderalismus und Verfassungsmäßigkeit eingehalten, wäre der Süden nie auf die Idee gekommen, sich abzuspalten. Doch die Zollpolitik des Nordens folgte seinen eigenen industriellen Sonderinteressen, während der Süden mehr für Produktionsgüter bezahlen mußte und unmäßig besteuert wurde, um die Zentralregierung auszuhalten. Sie verletzte überdies die Handelsinteressen des Südens mit anderen Teilen der Welt.

Schwarze auf dem vom Norden besetzten Territorium waren von der Sklavenbefreiung ausgenommen

Mit der Kapitulation der Armee von General Lee in Appomattox Court House, Virginia, am 9. April 1865, endete der Amerikanische Bürgerkrieg im Wesentlichen.

Die letzten Truppen der Konföderierten gaben am 23. Juni auf. Nach dem Sieg des Nordens wurden die Südstaaten wieder in die Union eingegliedert. Präsident Lincoln fiel schon am 15. April, also vier Tage nach der offiziellen Kapitulationserklärung, einem Attentat zum Opfer. Sein Mörder John Wilkes Booth galt als fanatischer Anhänger der CSA. Doch vieles deutet auf ein Komplott aus den Reihen der Regierung hin.

Sezessionskrieg 1861-1865

Kriegsbeginn: 12. April 1861

Kriegsende: 23. Juni 1865

Verluste der Nordstaaten: Geschätzt 364.511 Tote durch Kampfhandlungen, Krankheit oder Gefangenschaft (Quelle: John W. Chambers: The Oxford Companion to American Military History).

Verluste der Südstaaten: 133.821 Tote durch Kampfhandlungen, Krankheit oder in Gefangenschaft (Quelle: John W. Chambers: The Oxford Companion to American Military History). Andere Schätzungen gehen von deutlich höheren Zahlen aus: Besonders Ruhr, Typhus und Malaria forderten viele Opfer.

Zivile Verluste: Schätzungen gehen davon aus, daß zehn Prozent der Männer zwischen 20 und 45 Jahren in den Nordstaaten sowie 30 Prozent aller weißen Südstaatler zwischen 18 und 40 Jahren starben. (John Huddleston: Killing Ground: The Civil War and the Changing American Landscape). Über die toten Frauen und Kinder gibt es keine konkreten Zahlen. Hinzu kommen noch 60.000 bis 80.000 bei Epidemien umgekommene Sklaven (James Downs: "Color blindness in the demographic death toll of the Civil War", oup.com).<<

In den Nachkriegsjahren entfaltete sich der Großkapitalismus der Nordstaaten (Zeitalter des "Hochkapitalismus" bzw. der "Industrieellen Revolution"). Unter Führung der Nordstaaten wandelte sich Nordamerika etwa seit 1900 von einem Agrarstaat zur größten Industriemacht der Welt. In den Nordstaaten dominierten gewaltige Großunternehmen und Riesenkonzerne die US-Wirtschaft. "Big-Busineß-Könige", wie z.B. Astor (Pelzhandel), Carnegie (Steel Corp.), Morgan und Vanderbilt (Eisenbahngesellschaften), Rockefeller (Standard Oil). Morgan und Rockefeller kontrollierten damals allein 20 % des nordamerikanischen Volksvermögens (x061/395).

Johann J. Astor (1763 in Walldorf bei Heidelberg geboren, wanderte 1783 nach Nordamerika aus) erzielte durch Pelz- und Grundstücksgeschäfte riesige Gewinne. Als Astor 1848 starb, war er der reichste Mann Nordamerikas.

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über "Johannes Astor" (x821/1.017): >>Astor, Johannes Jakob., geboren am 17. Juli 1763 zu Walldorf bei Heidelberg, ging 1777 zu einem ältern Bruder nach England, bei dem er den Instrumentenbau lernte, 1783 nach Neuyork und trieb Handel mit den Indianern und Grenzern in den Pelzgebieten des Staates Neuyork und Kanadas.

1800 besaß er 1/4 Million Dollar, die er bis 1811 durch umsichtige Anlagen in Grundeigentum vervierfachte. 1811 suchte er den nordwestlichen Teil Nordamerikas in den Bereich seines Geschäfts zuziehen; er wollte von da aus den Pelzhandel und durch direkte Verbindung mit China die Tee- und Seideeinfuhr monopolisieren. Dieser Plan, der in Astoria, in Oregon an der Mündung des Columbia, teilweise Verwirklichung fand und zwei Expeditionen auf dem Großen Ocean veranlaßte, scheiterte an den kriegerischen Verwicklungen mit England und der Untreue von Astors Beamten. …

Fortan beschränkte Astor seine Unternehmungen auf die Vereinigten Staaten, besonders Neu-

york. Sein Vermögen erwarb er durch Spekulationen in Grundeigentum in den neueröffneten rasch emporblühenden nordwestlichen Staaten und in Neuyork. Infolge des Wachstums dieser Stadt stieg sein Besitz im Werte so, daß er bei seinem Tode (29. März 1848) auf 20, beim Tod seines gleichnamigen Enkels (23. Februar 1890) auf über 100 Millionen Dollar geschätzt wurde.
Die von Astor auf Anregung seiner literarischen Freunde, wie Washington Irving, gegründete Astor-Bibliothek in Neuyork, für die er 400.000, sein Sohn später 200.000 Dollar aussetzte, steht unter der Aufsicht von 12 Verwaltungsräten, unter denen sich zuerst Washington Irving, Fitz-Greene Halleck, Cogswell befanden.
Die Bibliothek ist in einem schönen, im byzantinischen Stil erbauten Hause am Lafayette-Place aufgestellt, wurde am 9. Januar 1854 eröffnet und prachtvoll eingerichtet. Sie zählt gegenwärtig gegen 250.000 Bände, namentlich aus Technologie und orientalischer Literatur, und ist somit eine der größten Bibliotheken der Neuen Welt; übertroffen wird sie nur von der Harvard University, der Boston Public und der Congress Library in Washington. Astor-Haus (1854 eröffnet) heißt eine von Astor mit 50.000 Dollar in seinem Geburtsorte gestiftete Erziehungsanstalt für arme Kinder, die zugleich hilfsbedürftige alte Leute versorgt. …<<
Ein Untersuchungsausschuß in New York berichtet damals über Rockefellers Monopolstellung in der US-Erdölindustrie (x145/138): >>Die Standard Oil Company besitzt und kontrolliert die Röhrenleitungen. Sie versendet 95 % des gesamten Erdöls und diktiert den Eisenbahnen die Frachtbedingungen. Sie hat im ganzen Lande Raffinerien aufgekauft. Vermittels ihrer überlegenen Transportmöglichkeiten kann sie die Weltmarktpreise unterbieten.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über John D. Rockefeller (x364/53-61): >>… **Rockefellers General Education Board**
Um die Jahrhundertwende war einer der verachtetsten Namen Amerikas der Name Rockefeller. Der alte John D. Rockefeller hatte diesen Ruf mit unerhörter Schläue, Falschheit und Gier erworben. Sein Name war Synonym für skrupellose Ausbeutung. Er sagte oft: "Konkurrenz ist Sünde."
In einem Versuch, sein Image nicht seinen Charakter - zu verbessern, heuerte John D. mit Ivy Lee einen der führenden amerikanischen Werbefachleute an. Auf dessen Vorschlag trug Mr. Standard Oil von nun an immer eine Handvoll 10-Cent-Stücke mit sich herum, um sie an Kinder zu verteilen, wenn er einmal was selten genug vorkam - in der Öffentlichkeit auftrat.
Teil des Programms zur Verbesserung seines Images war die Gründung einer Reihe von Stiftungen und Konzernen. Nach außen wurden sie der Öffentlichkeit als ein Versuch Rockefellers präsentiert, das Los des amerikanischen Volkes durch die Finanzierung von Forschungsprojekten auf erzieherischem, medizinischem und religiösem Gebiet zu erleichtern.
Aber bei John D.'s zutiefst verschwörerischer Natur gab es dabei natürlich immer einen Haken. Garry Allen schreibt in seinem Bestseller "Die Rockefeller-Papiere": "Er hatte noch etwas im Hinterkopf, das dem alten Machiavelli mehr entsprach. Er wollte sein Geld an Stiftungen "verschenken", die seiner Kontrolle unterstanden, und dann sollten diese Stiftungen das Geld wieder auf eine Art und Weise ausgeben, die dem Rockefeller-Imperium noch mehr Macht und Gewinn verschaffte. Das "verschenkte" Geld sollte sozusagen Brot sein, das als Köder ins Wasser geworfen wurde. Brot mit einem Haken darin. John D. Junior entwickelte dafür später den Grundsatz des wissenschaftlichen Schenkens."
Diese Tatsache trat ganz deutlich zutage, als Rockefeller sich auf dem Erziehungssektor zu engagieren begann. John D. stellte Fred Gates ein, der vorher als Repräsentant des Pillsbury Mehlunternehmens unerhört erfolgreich gewesen war und der nun das Rockefellersche "General Education Board" organisieren sollte. Der wirkliche Zweck dieser Einrichtung war nicht, wie man glauben machen wollte, eine Erhöhung des Standards des amerikanischen Erzie-

hungswesens zum Nutzen der Nation.
Wie bei Clinton Roosevelt und Albert Pike traten die eigentlichen Absichten der neuen Institution in ihrer ersten Veröffentlichung zutage. Sie folgten einem Muster, das mehr als hundert Jahre zuvor von Adam Weishaupt niedergelegt wurde, als er schrieb: "Es ist notwendig, das gemeine Volk für unseren Orden zu gewinnen. Das beste Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist die Beeinflussung der Schulen."

Ausmerzung von Tradition

Es ist fast unmöglich, die Bestrebungen der Weishaupt-Verschwörung auf dem Feld der Erziehungspropaganda präziser auszudrücken, als das im "Gelegenheitsbrief Nr. l" des Rockefellerschen General Education Board im Jahre 1904 geschah. In ihm heißt es: "In unseren Träumen haben wir unbegrenzte Mittel, und die Leute fügen sich mit völliger Hingabe unseren formenden Händen.
Die gegenwärtigen Erziehungs-Konventionen entschwinden ihren Geistern und, ungehindert durch Tradition, breiten wir unseren guten Willen über ein dankbares und ansprechendes ländliches Volk. Wir werden nicht versuchen, diese Leute oder eines ihrer Kinder zu Philosophen oder zu Menschen der Lehre oder Männer der Wissenschaft zu machen.
Wir haben aus ihnen nicht Autoren, Publizisten, Dichter oder Männer der Schrift zu ziehen. Wir werden weder nach werdenden großen Künstlern, Malern und Musikern suchen, noch nach Anwälten, Doktoren, Predigern, Politikern, Staatsmännern, von welchen wir über ein großes Potential verfügen.
Die Aufgabe von uns wird eine sehr einfache und ebenso schöne sein, diese Leute so, wie wir sie vorfinden, für ein vollkommen ideales Leben dort, wo sie sind, auszubilden. Wir werden daher unsere Kinder organisieren und sie lehren, was ihre Väter und Mütter auf imperfekte Weise tun, in ihren Heimen, den Geschäften und auf den Farmen perfekt zu tun."
Alle wesentlichen Elemente von Weishaupts Illuminismus finden sich in diesem Brief. Zunächst die Pose der Menschenfreundlichkeit; dann die Absicht, die Leute einer Gehirnwäsche zu unterziehen - sie zu "formen"; drittens die Ausmerzung von Tradition, Wissenschaft und echtem Lernen; viertens der diktatorische Anspruch; fünftens der Plan, die Bauern in ein Kastensystem einzuteilen - "wie wir sie vorfinden"; sechstens der Plan, die nationale Intelligenz auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinabzudrücken und den Einfluß des Elternhauses zu zerstören (was einer Abschaffung der Familie gleichkommt); siebtens die völlige Verachtung der Bauern; achtens das Element der Subversion und des Un-Amerikanismus - die erklärte Absicht, anerkannte Sitten und Gebräuche über Bord zu werfen für die Rockefellerschen Bestrebungen; und schließlich der "Perfektionismus", die "Vervollkommnung des menschlichen Lebens", die auch Weishaupts vorgebliches Ziel war.

Stiftungen für Eine-Welt-Sozialisten

Der korrumpierende Einfluß, den die Rockefeller-Stiftungen auf das amerikanische Schulsystem hatten, ist ausführlich dokumentiert. Als ein Untersuchungsausschuß des Kongresses unter Vorsitz von Carroll Reece aus Tennessee versuchte, den Aktivitäten der Stiftungen offen nachzugehen, stieß er bei allen einflußreichen Stellen in Washington auf unüberwindlichen Widerstand und mußte aufgelöst werden.
Vier Jahre darauf schrieb der Generalanwalt des Ausschusses, Rene A. Wormser, ein höchst aufschlußreiches Buch über das Thema "Macht und Einfluß von Stiftungen". Nach seinen Worten führen die von dem Ausschuß zutage geförderten Fakten "zu dem Schluß, daß es unter einigen führenden Erziehern in den Vereinigten Staaten in der Tat so etwas wie eine echte Verschwörung mit dem Ziel gibt, über unser Schulsystem den Sozialismus einzuführen."
Über die Jahre entstand ein mächtiges Netzwerk von Stiftungen mit ihren verbündeten Organisationen, das. das Erziehungswesen in hohem Maße kontrollierte. Teil dieses Netzwerkes und in letzter Instanz verantwortlich dafür sind die Rockefeller- und Carnegie-Stiftungen.

Rockefeller und seine "Verbündeten" wußten, daß die Kontrolle des Schulsystems nur über die Kontrolle der Lehrerausbildung möglich war. Das wurde erreicht, indem an die führenden Universitäten Subventionen mit dem angeblichen Zweck ausgeschüttet wurden, ihr Wachstum und ihre Entwicklung zu fördern. Aber nach Rockefellers Prinzip der wissenschaftlichen Zuwendungen enthielt jede Subvention einen Haken. Rockefellers Strohmänner erschienen immer im Vorstand der "unterstützten" Institutionen, was ihnen natürlich einen großen Einfluß auf den Gang der Entwicklung einräumte.

Der "fortschrittliche" Erzieher John Dewey war eine führende Figur in ihren Gesamtplanungen. Er wurde als Vorsteher des Teachers College der Columbia Universität bekannt und war später der einflußreichste Mann im amerikanischen Erziehungswesen. 1919 gründete er mit Rockefeller-Mitteln den "Fortschrittlichen Erziehungsverband", um die Ideen seiner Meister zu verbreiten. Nach einiger Zeit schlossen sich Ruggs, Counts, Kilpatrick und andere "Eine-Welt-Sozialisten" Dewey an. Es gelang ihnen, sich in einflußreichen Positionen einzunisten, und sie begannen, das Erziehungssystem als Mittel für die Erreichung ihrer politischen Ziele zu benutzen.

In ihren Schriften und Reden machten sie kein Hehl daraus, daß es ihr Hauptbestreben war, die amerikanische Nation wie eine Herde dummer, ahnungsloser Schafe - nach dem Vorbild des Rattenfängers von Hameln - in eine sozialistische "Eine-Welt-Utopie" zu führen, in der sie, wie das in jedem Märchen der Fall ist, "glücklich und zufrieden lebten bis zu ihrem Tod".

Das beginnende Zeitalter des Kollektivismus

Es genügt, dies mit einigen Zitaten zu belegen. 1933 legte Dr. Harold Ruggs in seinem Buch "The Great Technology" dar, wie sie planten, Amerika zu einem sozialistischen Staat zu machen:

"Ein neues öffentliches Bewußtsein ist zu schaffen. Wie? Nur so, daß das individuelle Bewußtsein von zig Millionen neu geformt und zu einem neuen gesellschaftlichen Bewußtsein verschmolzen werden. Alte Denkvorstellungen sind zu zerbrechen und neue "Meinungsklimas" in den Amerika beeinflussenden Staaten sind zu schaffen. Über die Schulen der Welt werden wir ein neues Konzept der Regierung verbreiten, das alle kollektiven Aktivitäten der Menschen umgreifen und die Notwendigkeit wissenschaftlicher Kontrolle und ökonomischer Aktivitäten im Interesse aller Menschen postulieren soll."

Dr. George Counts, ein Professor für Erziehung und führendes Mitglied von Deweys "Plandenkern", schrieb: "Die Lehrer sollten nach Macht streben und dann das Beste aus ihr machen. In dem Maße, wie sie den Lehrplan und die Lernverfahren der Schule gestalten dürfen, werden sie die gesellschaftlichen Einstellungen, Ideen und Verhaltensnormen der kommenden Generation beeinflussen."

In dem 1934 von der amerikanischen Historischen Vereinigung veröffentlichten und von der Carnegie-Stiftung geförderten Erziehungsbericht schrieb Counts: "Das Zeitalter des Individualismus und des laissez-faire in Wirtschaft und Regierung geht zu Ende, und eine neue Ära des Kollektivismus zieht herauf."

In einem Artikel in der "New Republic" vom 29. Juli 1936 schrieb der führende britische Sozialist Harold Laski: "… wenn man seine sorgfältig neutral gehaltene Formulierung beiseite läßt, entpuppt sich der Bericht als ein Erziehungsprogramm für ein sozialistisches Amerika."

Counts und seine Freunde leugneten das nie ab. Sie sagten, zur Erreichung ihres Zieles seien grundlegende "Änderungen unserer Ideale" notwendig. Wie ändert man die Ideale einer Nation? Nun, man braucht lediglich zu verändern, was in Schulen, Colleges und Universitäten, in Kirchen und Massenmedien gelehrt wird.

Also wurden die grundlegendsten Lehrbücher ausgemerzt oder umgeschrieben, um sie der neuen sozialistischen Linie anzupassen. Viele neue Lehrbücher tauchten in den Klassenzimmern auf - alle mit dem Zweck, traditionelle Werte zu unterminieren und den Studenten ver-

mittels dieser Gehirnwäsche den Sozialismus näherzubringen, durch den "der große Bruder" (die Regierung) praktisch jede Phase des Lebens der Bürger beeinflussen oder kontrollieren konnte.

Brutkästen der Degeneration

Die Schlacht um den Geist der Jugend hatte begonnen, und die Sozialisten setzten in ihrem blitzkriegartigen Überfall alle Mittel des totalen Krieges ein. Von Linken infiltrierte Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender machten sich die sozialistische Sache zu eigen und unterwarfen die Öffentlichkeit einem subtilen Propaganda-Bombardement, um "die Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins" voranzutreiben.

Zunächst erhoben diejenigen, die wach genug waren, um zu erkennen, daß etwas völlig schieflief, lauten Einspruch. Die "fortschrittlichen" Erzieher änderten ihre Taktik: ihre Attakken auf die nationalen Helden, Sitten und Gebräuche wurden nicht mehr offen vorgetragen, sondern nur noch angedeutet, wodurch sie viel schwerer zu entdecken waren, wenn man nicht jedes Wort analysierte und abwog.

Aus nationbildenden Institutionen, Säulen einer von Grund auf gesunden Gesellschaft, wurden die Schul- und College-Systeme zu etwas umgeformt, das man zu Recht "Brutkästen der Degeneration" genannt hat. Wenn wir einen Blick auf die heutige "Erziehung" werfen, sehen wir ein Bild, das sehr ermutigend, sogar inspirierend ist für unsere Feinde! Die Schöpfer eines "neuen gesellschaftlichen Bewußtseins" haben gründliche Arbeit geleistet.

Nehmen wir als Beispiel das Vordringen der Pornographie in unserer Gesellschaft. "Was sind die wirklichen Motive der intellektuellen Pornophilen? Es scheint mehrere zu geben. Es gibt zweifellos Leute, die der Ansicht sind, Pornographie sollte einer freien Gesellschaft "gerechterweise" als "harmloses Stimulans" verfügbar sein."

Weiter heißt es in dem Buch von Gordon Muir "The Plain Truth Magazine": "Ebensowenig ist allerdings zu bezweifeln, daß andere die Pornographie als Mittel verteidigen, das die freie Gesellschaft, die es ausbrütete, letztlich zerstören soll. Wenn diese Leute die Pornographie benutzen können, um die Kraft der Gesellschaft, deren gegenwärtige Struktur sie hinwegfegen wollen, zu unterminieren und zu schwächen, um so besser für sie.

Die Pornographie ist eine ideale Waffe zur Schwächung der westlichen Zivilisation, zur Unterminierung unserer gesellschaftlichen Fundamente und zur Wegbereitung einer neuen - wahrscheinlich marxistischen - Gesellschaft.

Wie kommt es, daß sich die Millionen aufrechten, gesetzestreuen Bürger, die nicht auf der pornographischen Welle mitschwimmen wollen, zurücklehnen und tatenlos zusehen, wie eine einst stabile Gesellschaft von den Medien zerfleischt wird, während die Ignoranten intellektueller Couleur und die Verschwörer der äußersten Linken dem Schauspiel applaudieren?"

Man braucht sich nur mit "dem Mann oder der Frau auf der Straße" zu unterhalten und sie nach ihren Überzeugungen zu befragen, um den Grund zu erfahren und sich über den verblüffenden und beängstigenden Erfolg des verschwörerischen Ansturms über die Schulen und andere Medien Gewißheit zu verschaffen.

Karl Marx als Aushängeschild

Zumeist ist ihr logischer Sinn dadurch, daß ihrem formbaren, unvorbereiteten Geist von frühester Kindheit an freizügige Propaganda eingetrichtert wurde, derartig verdreht und funktionsunfähig gemacht worden, daß sie keine Grundlage mehr haben, auf die sie das wirkliche Leben beeinflussende Entscheidungen stellen können.

Es wurde ihnen nicht beigebracht, das Leben so zu sehen, wie es wirklich ist. Durch ihre Erziehung und Ausbildung haben sie gelernt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, aber nicht wie man lebt - und das ist ein gewaltiger Unterschied.

Admiral Hyman Rickover faßte die Situation mit den folgenden Worten treffend zusammen: "Amerika erntet jetzt die Folgen der Zerstörung traditioneller Erziehung durch die Experimen-

talphilosophie der Dewey und Kilpatrick. Deweys Idee haben zur Abschaffung vieler akademischer Lehrfächer geführt.
Der heutige Student erhält daher weder eine intellektuelle Ausbildung noch das Faktenwissen, die er braucht, um die Welt, in der er lebt, zu verstehen oder um wohlabgewogene Entscheidungen in seinem Privatleben oder als Bürger zu treffen."
Die furchtbare Wahrheit der Worte des Admirals sollte uns vollends klar werden, wenn wir die Gesellschaft, "wie sie ist", genau betrachten. Die in Rockefellers "Gelegenheitsbrief Nr. l" genannten Ziele nähern sich der Erfüllung.
Mit Karl Marx als Aushängeschild versuchten die Illuminaten, ihren Plan für eine weltweite gesellschaftliche Revolution in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses Vorhaben schlug völlig fehl. Marx's Lehren entzündete die Vorstellungskraft der Menschen keiner Gesellschaftsschicht - und am allerwenigsten die der Arbeiterklasse.
Im Jahre 1864 organisierte Marx die Internationale Arbeitervereinigung, die später unter dem Namen Sozialistische Internationale bekannt wurde. Acht Jahre später wurde das Hauptquartier nach New York verlegt. Kurz darauf schloß sie sich mit der dort 1868 gegründeten Sozialistischen Partei zusammen.
Marx's persönliches Leben war eine endlose Kette von Fehlschlägen. Er war ein Parasit, der von anderen lebte; es ist zu bezweifeln, daß er nur einmal in seinem Leben ehrliche Arbeit leistete. Aus seiner Ehe gingen sechs Kinder hervor. Marx war jedoch so beschäftigt damit, Theorien über "die Erhebung der Massen" zu schreiben, daß er nie Zeit fand, seine eigene Familie zu ernähren. Drei seiner Kinder verhungerten im Säuglingsalter.
Zwei begingen Selbstmord. Nur einem gelang es, erwachsen zu werden. Als er 1883 starb, nahmen sechs Menschen an seiner Beerdigung teil.

Die wirkliche Macht haben die Bankiers

Die Gründung der "Zweiten Sozialistischen Internationale" am 14. Juli 1889 in Paris entsprang der Erkenntnis, daß die "Arbeiter aller Länder" dem Ruf der sozialistischen Führung nicht Folge leisteten, sondern durch überall zu errichtende Gewerkschaftsverbände manipuliert werden mußten. Auch diesem Versuch war sehr geringer Erfolg beschieden.
Das war der Zeitpunkt, als die Gesellschaft der Fabier und Lenins Bolschewiken die Weltbühne betraten und echte Fortschritte in Richtung auf die von Weishaupt, Roosevelt, Marx und Pike entworfenen Ziele machten. Der einzige wirkliche Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen lag in den Methoden, die sie zur Erreichung des Gesamtziels der Schaffung einer klassenlosen sozialistischen Eine-Welt-Gesellschaft, wie sie von Marx beschworen worden war - anwandten.
Seitdem haben die Bolschewiken (Kommunisten) nicht davon abgelassen, ihr Ziel mit Gewalt und Revolution zu verwirklichen.
Über die Fabier schreibt die "Encyclopedia Britannica": "Der Name leitet sich von dem römischen General Fabius, dem Zögerer, her, der für seine berechnende, lange Zeiträume einkalkulierende Strategie bekannt war."
Von Beginn an setzten sich die Fabier für eine "neue Weltordnung" ein, die durch Indoktrinierung junger Schüler und Studenten erreicht werden sollte. Sie gingen davon aus, daß diese intellektuellen Revolutionäre schließlich in den verschiedenen meinungsbildenden und Macht ausübenden Gremien der Welt entscheidenden Einfluß gewinnen und so ihre Ziele erreichen könnten. Ihre Taktik wurde als "Doktrin der Unaufhaltsamkeit des stufenweisen Fortschritts" bekannt.
Man darf nicht übersehen, daß diese beiden Organisationen lediglich zwei der vielen Tarnorganisationen waren, deren sich die internationale Verschwörung bediente. Die wirkliche Macht ist immer von den Bankiers ausgeübt worden.
Professor Quigley schreibt, daß die internationalen Bankiers und ihre amerikanischen Kolle-

gen des angehenden 19. Jahrhunderts sich "einerseits auf Commerzbank- und Versicherungsgeschäfte und andererseits auf Eisenbahn und Schwerindustrie verlegten"; "sie waren in der Lage, unermeßliche Reichtümer anzuhäufen und eine enorme wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Macht auszuüben. Allgemein bekannt als "die Gesellschaft" oder "die 400" führten sie ein Leben strahlenden Glanzes.
Sie besegelten den Ozean in großen Privatjachten, sie fuhren in Privatzügen über Land, sie wechselten zeremoniell von einem ihrer spektakulären Landgüter und Stadthäuser in Palm Beach, Long Island, den Berkshires, Newport und Bar Harbor zum nächsten und versammelten sich in ihren burgartigen New Yorker Residenzen, um unter Mrs. Astors kritischen Blick die Metropolitan Opera zu besuchen; oder sie trafen sich zu geschäftlichen Besprechungen auf höchster strategischer Ebene in der ehrfurchtgebietenden Gegenwart J. P. Morgans persönlich. …<<
In den Jahren 1865-1914 wanderten nochmals mehr als 20,0 Millionen Menschen nach Amerika aus. Einige Schiffseigner von Frachtschiffen stellten Ende des 19. Jahrhunderts sogar vorübergehend den gesamten Güterverkehr ein, um nur noch Auswanderer zu transportieren. Da keine Be- und Entladungskosten entstanden, kostete in jenen Jahren die Überfahrt von England nach Amerika oftmals nur noch 3 englische Pfund.
In den USA erwartete die Einwanderer kein leichtes Leben, denn die Neuankömmlinge mußten grundsätzlich die schwersten Arbeiten verrichten. Viele Einwanderer wurden beim Bau von Brücken, Straßen, Eisenbahnen und Gebäuden eingesetzt. Die amerikanische Transkontinentalbahn wurde mehrheitlich von Iren und Chinesen gebaut. Die deutschen Einwanderer stellten zwar nicht die ersten Siedler, aber sie beeinflußten maßgeblich den Aufbau und die Entwicklung Nordamerikas.
Da die meisten Deutschen aber, im Gegensatz zu den Briten, Italienern, Iren, Franzosen oder Polen, keinen ausgeprägten Nationalstolz besaßen, verschwanden sie schon bald sang- und klanglos im nordamerikanischen Völkerschmelztiegel, so daß ihre z.T. großartigen Leistungen später nie angemessen gewürdigt wurden.
Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet später über die deutschen Auswanderer in Nordamerika (x825/99): >>(Deutsches Volk) ... Außerhalb Europas hat die deutsche Auswanderung nach Nordamerika in neuerer Zeit einen gewaltigen Umfang angenommen. Sicherlich der vierte Teil der Weißen in den Vereinigten Staaten ist deutscher Abstammung. 1889 wurde deutsch in den Vereinigten Staaten von über 7 Millionen (ungefähr ein Siebentel der Bevölkerung) gesprochen.
Anfang des 17. Jahrhunderts gründeten Niederländer Neu-Niederland mit der Hauptstadt Neu-Amsterdam, das nachmals die Engländer in Neuyork umtauften. In den achtziger Jahren des 17. Jahrhundert begann die Auswanderung nach Pennsylvania und nahm bald erheblich zu.
Als Penn sich 1682 in Pennsylvania niederließ, brachte er eine große Anzahl Deutscher, hauptsächlich Rheinpfälzer mit. Es folgten besonders 1708-20 große Scharen nach. Weitere starke Einwanderungen fallen in die Mitte des 18. Jahrhundert und in die siebziger Jahre desselben. Zur Zeit der Trennung von England war die Hälfte der Bevölkerung Pennsylvanias deutsch.
Der Hauptstrom der deutschen Auswanderer ergoß sich im 19. Jahrhundert nach Amerika; am größten ist der Anteil der Einwohner deutscher Abstammung in Ohio, Wisconsin und Illinois, dann in Pennsylvania, Indiana, Iowa, ferner in Maryland, Minnesota, Westvirginia, Kansas, Michigan und Neuyork.
Im englischen Nordamerika ist Neubraunschweig die älteste deutsche Niederlassung; von der Masse deutscher Einwanderer, welche in diesen Gegenden landet, bleibt nur ein geringer Teil zurück; dennoch wurden 1881 in Kanada über 250.000 Einwohner deutscher Abkunft gezählt. In den Vereinigten Staaten wohnen (1890) 2.784.894 Deutsche ...<<

Südamerika: Infolge von Grenzproblemen kommt es von 1865 bis 1870 zum Krieg zwischen Paraguay und den alliierten Streitkräften von Argentinien, Brasilien und Uruguay.

1866

Preußen, Österreich: Gregor von Siemens schreibt Anfang 1866 an seinen Vater (x233/95): >>Seit wir ... durch Abschließung des französischen Handelvertrages unsere ganze Handelspolitik verändert haben, ... bilden (wir) nur ein Land mit Frankreich, England und Belgien.
Wollen wir diesen Konkurrenten gegenüber, die uns an Kapital und Macht ... voranstehen, unsere Stellung wahren und uns nicht in den Rang von Kolonien zurückdrängen lassen, dann müssen wir Schleswig-Holstein haben, dann muß der Zollverein und Preußen identisch werden. ...<<

Der preußisch-österreichische Bürgerkrieg

Als die letzten preußisch-österreichischen Verhandlungen im April 1866 scheiterten, nutzte Bismarck den "geplanten Streit" um Schleswig und Holstein kaltblütig aus. Preußen trat nach den gescheiterten Verhandlungen sofort aus dem Deutschen Bund aus und ließ preußische Truppen in Holstein einmarschieren, das damals von den Österreichern verwaltet wurde.
Der preußische Generalstabschef von Moltke schreibt später über den preußisch-österreichischen Krieg (x237/175): >>Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht um Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut - für Machtstellung. ...<<
Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering (1818-1892) schreibt am 1. Mai 1866 (x233/96): >>Mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenhaften Frivolität ist vielleicht nie ein Krieg angezettelt worden wie der, den Bismarck gegenwärtig gegen Österreich zu erheben sucht. Das innerste Gefühl empört sich über einen solchen Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral. ...
Man fragt sich staunend: ist es denn wahr, daß Lügen, welche die ganze Welt als solche erkennt, von oben herab als Tatsache verkündet werden können?
Österreich soll gegen Preußen rüsten! Jedes Kind weiß hier das Gegenteil. Preußen ist aber der angegriffene Teil, dies Preußen, welches den Todfeind Österreichs, Italien, zum Kampf auf Leben du Tod gegen dasselbe aufhetzt.
Ach! was müssen wir erleben, welche grauenhafte Zukunft steht uns bevor. ... Deutsche gegen Deutsche bewaffnet, ein Bürgerkrieg, ein Komplott ... ohne allen Schein des Rechts, ohne Anteil des Volkes, rein von einigen Diplomaten ins Leben gerufen! ...<<
Obgleich Bismarck kein überzeugter Militarist war, stellte der Krieg auch für Bismarck ein politisches Machtinstrument dar ("Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"). Grundsätzlich hielt Bismarck eigentlich nichts von kriegerischen Triumphen. Bismarck kämpfte lieber mit diplomatischen Mitteln, die er fast immer geschickter als seine Gegenspieler einsetzte. Vor dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg sicherte sich der vorsichtige und erfahrene Bismarck frühzeitig gegenüber den europäischen Großmächten ab.
Aufgrund seiner ausgezeichneten persönlichen Beziehungen und geschickten Diplomatie ("unverbindliche Versprechungen") konnte er 1866 Rußland, Frankreich und Italien für seine Pläne gewinnen.
Frankreich spielte mit Preußen und Österreich wie gewöhnlich ein elegantes Doppelspiel. Der französische Kaiser Napoleon III. verpflichtete sich gegenüber Preußen zur Neutralität und schloß gleichzeitig mit dem vermeintlich stärkeren Österreich am 12. Juni 1866 ein Geheimabkommen ab (x063/395). Die preußische Provinz Schlesien sollte danach an Österreich fallen, während Frankreich alle preußischen Rheinprovinzen forderte.
Die meisten deutschen Fürsten (außer Mecklenburg, Oldenburg und Thüringen) fürchteten

naturgemäß um ihre Selbständigkeit und verbündeten sich deshalb sofort mit Österreich (1818 = rd. 9,5 Millionen Einwohner) gegen das angeblich viel schwächere Preußen - 1818 = rd. 8,0 Millionen Einwohner – (x070/123).
Um 1860 verfügten die europäischen Großmächte über äußerst unterschiedliche "stehende Heere": Rußland = 990.000 Soldaten, Frankreich = 420.000, Österreich = 310.000. Preußen besaß mit 150.000 Soldaten nur ein relativ schwaches Heer (x215/292). Bismarck ließ sich jedoch durch die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Feinde und die ursprüngliche Ablehnung des preußischen Königs, der einen "Bruderkrieg" gegen Österreich vermeiden wollte, nicht beirren.
Im Verlauf des deutschen Bürgerkrieges schlugen die preußischen Truppen schließlich unerwartet schnell und überraschend zu. Bereits nach einigen Tagen wurden die deutschen Staaten Hannover, Hessen und Sachsen überrannt und besetzt. Gleichzeitig griffen 2 preußische Armeen die Österreicher in Böhmen an.
Als auch die 3. preußische Armee, die man mit der Eisenbahn in das Kampfgebiet nach Böhmen transportierte (erstmalig wurde ein großer Truppentransport per Bahn durchgeführt), urplötzlich in die Kämpfe eingriff, fiel die Entscheidung zu Gunsten der Preußen. Am 3. Juli 1866 besiegte der überragende preußische Militärstratege Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke mit seinen Truppen die Österreicher in Böhmen bei Königgrätz an der Elbe entscheidend.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Schlacht bei "Königgrätz" (x809/1.017-1.019): >>... Nach Königgrätz (Stadt im östlichen Böhmen, an der Mündung der Adler in die Elbe) wird in der preußischen Kriegsgeschichte die entscheidende Schlacht des Preußisch-deutschen Krieges vom 3. Juli 1866 benannt, welche vielfach auch als die von Sadowa bezeichnet wird, mit Unrecht, da bei diesem Dorf weder das Hauptquartier des Siegers war, noch die Entscheidung fiel. ...
Von Anfang an war es die Absicht des österreichischen Hauptquartiers gewesen, die Armee an der oberen Elbe auf dem Plateau von Dubenetz zur Entscheidungsschlacht zu konzentrieren, und als die Preußen, ehe diese Bewegung vollendet war, über die Grenzpässe in Böhmen eindrangen, waren ihnen zur Deckung der Konzentrierung nur einzelne Armeekorps entgegengeworfen worden, welche in den glänzenden Gefechten der letzten Junitage besiegt, teilweise aufgerieben wurden.
Benedek mußte daher die Armee, welche bereits geschwächt, erschüttert und zur Initiative unfähig war, am 1. Juli weiter rückwärts in eine Stellung bei Königgrätz führen, welche für die Verteidigung gut gewählt war. Zwischen dem rechten Ufer der Elbe und der Bistritz zu beiden Seiten der Straße von Horsitz nach Königgrätz erhebt sich das Terrain stufenförmig in zahlreichen Hügeln, welche durch flache, mit Gehölz und Dörfern besetzte Mulden getrennt werden und bei Chlum, von wo die ganze Gegend übersehen werden kann, ihre höchste Höhe erreichen.
Die Artillerie hatte vortreffliche Positionen, die Infanterie gute Deckungen, welche noch durch Verhaue gesichert waren. Doch war die Aufstellung der Österreicher von Sadowa auf beiden Flügeln bis zur Elbe bei Trotina und Kuklena so weit zurückgebogen, daß sie eine feindliche Umfassung der Flanken erleichterte; auch war es ein Nachteil, daß die Elbe im Rücken war.
Im Zentrum bei Lipa standen das 3. und 10., in der Reserve das 1. und 6. Korps; die zurückgebogenen Flügel bildeten rechts das 4. und 2., links die Sachsen und das 8. Korps; im ganzen 220.000 Mann mit 500 Geschützen. So erwartete Benedek vom 1. Juli ab den feindlichen Angriff, obwohl er so sehr alles Vertrauen zu sich und der Armee verloren hatte, daß er am 2. den Kaiser telegraphisch bat, noch vor der unvermeidlichen Katastrophe um jeden Preis Frieden zu schließen.

Auf preußischer Seite standen die erste Armee (2., 3., 4. Korps) in Horsitz, die Elbarmee (7. und 8. Korps) bei Smidar, die zweite (Garde, 1., 5. und 6. Korps) bei Königinhof, im ganzen 240.000 Mann. Man erwartete, den Feind, wenn überhaupt, erst jenseits der Elbe zu einer Entscheidungsschlacht bereit zu finden. König Wilhelm, welcher am 2. Juli in Gitschin eingetroffen war und den Oberbefehl übernommen hatte, befahl deshalb nach einer Unterredung mit dem Prinzen Friedrich Karl, daß den stark angestrengten Truppen ein paar Ruhetage gegönnt würden, und beschloß, sich selbst für den 3. Juli nach Königinhof zum Kronprinzen zu begeben.

Als aber im Lauf und am Abend des 2. von den Vorposten der ersten Armee Meldungen einliefen, daß an und jenseits der Bistritz starke feindliche Truppenmassen aufgestellt seien, befahl der König nach einem Kriegsrat den Angriff auf dieselben: die erste und die Elbarmee sollten mit Tagesanbruch angreifen, die sofort benachrichtigte zweite Armee von Königinhof aufbrechen und sobald wie möglich von Norden her dem Feind in die rechte Flanke fallen.

Prinz Friedrich Karl, im Glauben, nur drei österreichische Korps und die Sachsen vor sich zu haben, beschloß, bei Sadowa die Bistritz zu forcieren, die Höhe von Lipa zu erstürmen und das feindliche Zentrum zu durchbrechen, während die Elbarmee von Nechanitz aus einen Stoß auf den feindlichen linken Flügel ausführen sollte. Obwohl das Eingreifen des Kronprinzen der Sicherheit halber befohlen war, schien es doch nicht notwendig.

Am 3. Juli gegen 8 Uhr früh begann der Angriff, den der König selbst von der Höhe von Dub leitete, und verlief anfangs ganz der Erwartung gemäß. Die erste Armee, in drei Kolonnen vorgehend (das 3. Korps blieb in Reserve), forcierte die Bistritz; der rechte Flügel (3. Division) besetzte Dohalitzka und Mokrowous, das Zentrum (4. und 8. Division) Sadowa und das Sadowagehölz; der linke Flügel (7. Division) drang über Benatek in den Swiebwald vor, die Elbarmee eroberte Nechanitz. Schon um 10 Uhr waren diese Erfolge errungen. Aber alle weiteren Angriffe auf die Höhen von Lipa und Problus scheiterten.

Die österreichischen Stellungen waren zur Verteidigung vortrefflich eingerichtet, die Stärke des Feindes viel beträchtlicher, als man geglaubt (hatte); vor allem war seine Artillerie überlegen.

Gegen die 200 gezogenen Geschütze der Österreicher, welche nach und nach um Lipa auffuhren und die vorher abgemessenen Ziele mit einem wütenden Schnellfeuer beschossen, konnte die preußische Artillerie, welche diesseits der Bistritz in ungedeckter Stellung auffuhr, zum Teil noch aus glatten Geschützen bestand und bei dem trüben, regnerischen Wetter die Position und Distanz der feindlichen Batterien nur schwer unterscheiden konnte, nicht aufkommen und sie auch nicht hindern, die preußische Infanterie mit einem Hagel von Granaten zu überschütten. Namentlich die 7. Division unter General von Fransecky im Swiebwald geriet in eine gefährliche Lage. ...

Die Bedrängnis der ersten Armee, deren letzte Reserve, das 3. Korps, der Befehlshaber vorzuschicken zögerte, wurde von den Österreichern bemerkt, welche vor allem den in der Luft schwebenden linken feindlichen Flügel, die 7. Division im Swiebwald, zu vernichten beschlossen, um dem Zentrum in die Flanke zu kommen. In ihrem Siegeseifer verwendeten sie dazu fast ihren ganzen rechten Flügel, das 4. und 2. Korps.

Die 7. Division geriet durch die unaufhörlich wiederholten Angriffe und das furchtbare Artilleriefeuer in die größte Gefahr und erlitt bedeutende Verluste; indes sie behauptete sich im Wald, und im Moment der höchsten Not, als sie mit den letzten, fast erschöpften Kräften einem neuen allgemeinen Angriff entgegenzutreten sich anschickte, kam die ersehnte Hilfe durch das Eingreifen der Armee des Kronprinzen, welche rechtzeitig den Befehl des Königs erhielt, sogleich den Marsch angetreten und mit ihren Spitzen, das Gardekorps in der Mitte, das 6. links, das 1. rechts, das 5. in der Reserve, bereits um 11 Uhr die nördliche Grenze des Schlachtfeldes erreicht hatte.

Schon um 1 Uhr waren die vordersten Stellungen des Feindes genommen, und während das 6. Korps die Elbe abwärts bis Nedelist und Lochenitz vordrang, nahm die 1. Gardedivision gegen 3 Uhr im ersten Anlauf das durch den Angriff der Österreicher auf den Swiebwald fast ganz entblößte Chlum, den Schlüsselpunkt der Stellung, sowie das noch weiter rückwärts gelegene Rosberitz, die 2. Gardedivision Lipa und Langenhof.
Während das 2. österreichische Korps an die Elbe zurückwich, das 4. bereits fast aufgerieben war, machten die Reservekorps, das 6. und 1., Versuche, die verlorenen Positionen wiederzuerobern. Aus Rosberitz wurden auch die Preußen herausgeworfen, Chlum indes behauptete die Garde und eroberte auch Rosberitz wieder mit Hilfe des 6. und 1. Korps.
Zu gleicher Zeit befahl der König ein Vorgehen auf der ganzen Linie, vor dem die Infanterie der Österreicher, durch das Zündnadelgewehrfeuer furchtbar dezimiert, teilweise in völliger Auflösung an und über die Elbe zurückwich. Nur die Artillerie behauptete überall mit aufopfernder Tapferkeit ihre Stellungen bis zum letzten Augenblick und gab ihre Geschütze preis, um den Rückzug zu decken. Auch die Reiterei lieferte der preußischen bei Langenhof glänzende Gefechte, welche freilich das Schicksal des Tages nur kurze Zeit aufhalten konnten.
Der Rückzug der österreichischen Armee artete schließlich in völlige Panik aus, und wenn die gesamte preußische Reiterei zur Verfolgung bereit gewesen wäre, würde eine Sammlung der Trümmer ganz unmöglich gemacht worden sein. Indes von Verfolgung außer durch die folgende Artillerie war keine Rede; die Elbarmee, welche sie ausführen sollte, war dazu zu schwach. Der Rückzug der Österreicher auf Pardubitz blieb also unbehelligt. Die preußischen Truppen bezogen auf dem Schlachtfeld Biwak.
Die Verluste der siegreichen Armee beliefen sich auf 359 Offiziere, 8.794 Mann an Toten und Verwundeten; die Österreicher verloren 5 Fahnen, 160 Geschütze, 22.000 Gefangene, 20.900 Mann an Toten und Verwundeten (allein über 500 tote Offiziere). Der Eindruck der Schlacht bei Freund und Feind in ganz Europa war ein ungeheurer ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den preußisch-deutschen Krieg im Jahre 1866 (x813/380-382): >>Preußisch-deutscher Krieg, der 1866 in Deutschland zwischen Österreich und seinen Verbündeten einerseits, Preußen anderseits geführte Krieg um die Hegemonie in Deutschland.
Die Ursache des Krieges war die Nebenbuhlerschaft Österreichs und Preußens in Deutschland seit dem Emporkommen des letzteren unter Friedrich II. dem Großen, welche bisher jeden Versuch einer Einigung Deutschlands vereitelt und schon 1848 einen großen Teil der deutschen Nation zur Überzeugung geführt hatte, daß dieser verderbliche Dualismus der deutschen Großmächte nur durch Ausstoßung der einen, nämlich Österreichs, aus Deutschland beseitigt werden könne.
Den nächsten Anlaß zum Krieg bot die schleswig-holsteinische Frage, über welche Österreich und Preußen in einen Konflikt geraten waren, der durch die Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 nicht gelöst, sondern nur vertagt war.
Der Notenwechsel beider Mächte über die Verhältnisse der Herzogtümer wurde immer gereizter, die preußenfeindlichen Anträge der Mittelstaaten beim Bund immer entschiedener, und am 16. März 1866 gab Österreich in einer Note an die befreundeten deutschen Höfe offen die Absicht kund, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und die deutschen Streitkräfte gegen Preußen aufzubieten.
Dieses schloß hierauf am 8. April 1866 die Allianz mit Italien, welche Italien zum Kriege gegen Österreich verpflichtete, wenn derselbe innerhalb dreier Monate ausbrach, dagegen ihm den Besitz Venetiens sicherte, und stellte am 9. April beim Bund den Antrag, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen deutschen Nation hervorgehende Versammlung zur Beratung einer Bundesreform zu berufen.
Da in Preußen der Verfassungskonflikt aufs heftigste entbrannt war und daselbst, besonders in

den westlichen Provinzen, Demonstrationen für den Frieden und gegen den deutschen Bruderkrieg stattfanden, so waren Österreich und die mit ihm verbündeten Mittelstaaten des Sieges gewiß und verteilten bereits insgeheim die Beute:
Österreich verlangte für sich Schlesien mit Breslau, Sachsen die Lausitz und einen Teil von Niederschlesien, Hannover ein Stück von Westfalen, Württemberg Hohenzollern, Bayern einen Teil der Rheinprovinz.
Die beiderseitigen Rüstungen hatten schon im März begonnen, im April wurde über eine Abrüstung verhandelt, welche jedoch an der Weigerung Österreichs, sie auch in Italien vorzunehmen, scheiterte. Am 4. und 8. Mai wurde die Mobilmachung der preußischen Armee befohlen und die Landwehr aufgeboten, in den Mittelstaaten verlangten die Regierungen von den Landtagen Militärkredite und erhielten sie meist bewilligt; am 1. Juni übertrug Österreich die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bund, indem es gleichzeitig die von den neutralen Großmächten vorgeschlagenen Friedenskonferenzen dadurch unmöglich machte, daß es gegen jede Gebietserweiterung und jeden Machtzuwachs einer der eingeladenen Mächte von vornherein protestierte.
Am 5. Juni rief der österreichische Statthalter von Gablenz die holsteinischen Stände auf, am 11. Juni nach Itzehoe zusammen, am 7. Juni rückte Manteuffel von Schleswig in Holstein ein, weil der Gasteiner Vertrag dadurch gebrochen und ungültig sei, worauf die Österreicher Holstein räumten, und am 11. Juni stellte Österreich beim Bundestag den Antrag, weil Preußen zu unerlaubter Selbsthilfe in Holstein gegriffen, die Bundesarmee mit Ausnahme des preußischen Kontingents mobil zu machen, welcher Antrag am 14. Juni mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.
Der preußische Gesandte von Savigny erklärte hierauf, daß Preußen den bisherigen Bund als aufgelöst betrachte, und legte einen neuen Bundesvertrag vor, der Österreich ausschloß und eine starke Zentralgewalt mit Parlament verlangte. Hiermit war der Krieg erklärt.
Am 17. Juni erließ der Kaiser von Österreich, am 18. Juni der König von Preußen sein Kriegsmanifest.
Die geographische Lage zwang Preußen, sich vor allem Norddeutschland zu versichern. Es erließ daher am 15. Juni an Hannover, Sachsen und Kurhessen ein Ultimatum, in welchem es die dortigen Regierungen zur unbewaffneten Neutralität und zum Beitritt zum neuen Bund aufforderte und dafür ihren Besitzstand und ihre Souveränität nach Maßgabe der neuen Bundesverfassung gewährleistete.
Sofort nach Ablehnung des Ultimatums rückten am 16. Juni preußische Truppen von allen Seiten in Hannover, Kurhessen und Sachsen ein. Die Könige von Sachsen und Hannover verließen mit ihren Truppen ihre Hauptstädte, der Kurfürst von Hessen wurde gefangen, sein Kontingent entkam nach dem Süden.
Während Österreich gegen Italien den Krieg nur verteidigungsweise zu führen beschloß und bloß 85.000 Mann unter dem Erzherzog Albrecht im Festungsviereck aufstellte, vereinigte es seine Hauptarmee, 247.000 Mann, für den Krieg gegen Preußen; hierzu kamen 140.000 Mann deutsche Hilfstruppen. Davon wurden 270.000 Mann (Österreicher und Sachsen) unter Benedek in Böhmen und Mähren aufgestellt, 120.000 Mann blieben im Westen und Süden Deutschlands.
Preußen verfügte über 300.000 Mann. Hiervon wurden 45.000 Mann für den Krieg in Deutschland bestimmt, mit 255.000 Mann beschloß man den Krieg gegen Österreich zu führen. Den Oberbefehl übernahm König Wilhelm I. selbst, Moltke war sein Generalstabschef. Das Zentrum bildete die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl in der Lausitz, den linken Flügel die zweite Armee unter dem Kronprinzen in Schlesien, den rechten die Elbarmee unter dem General Herwarth von Bittenfeld in Sachsen.
Der Krieg wurde demnach zu gleicher Zeit auf drei Schauplätzen geführt: in Böhmen, in

Deutschland und in Italien.
Der Operationsplan des österreichischen Generals Krismanitsch wählte von vornherein die Defensive. Die Nordarmee wurde um Olmütz in Mähren zusammengezogen, um Wien zu decken, und nicht bloß die Verbindung mit den süddeutschen Kontingenten wurde aufgegeben, sondern auch Sachsen geopfert. Erst als man erkannte, daß Preußen nicht bloß in Schlesien, sondern auch in der Lausitz und in Sachsen seine Streitkräfte konzentrierte, wurde die Armee nach Böhmen in Marsch gesetzt, um zwischen der oberen Elbe und der Iser Stellung zu nehmen.
Diese Gegend, das Plateau von Gitschin, war auch das Ziel der preußischen Armee, welche Ende Juni an drei Stellen die böhmische Grenze überschritt: die Elbarmee bei Schluckenau, die erste bei Reichenberg, die zweite bei Liebau und Nachod. Da Benedek noch in seinem Flankenmarsch von Olmütz auf Josephstadt begriffen war, so wurde keiner dieser Pässe den Preußen streitig gemacht.
Der Kronprinz von Sachsen und Clam-Gallas (1. Korps) hatten den Befehl erhalten, nur die Iserlinie zu halten. Clam-Gallas erwartete deshalb bei Münchengrätz die Elbarmee, die am 26. Juni bei Hühnerwasser seine Vorhut zurückwarf. In der Nacht zum 27. bemächtigte sich die erste Armee des Flußüberganges bei Podol, Clam-Gallas wurde am 28. Juni aus seiner Stellung ... bei Münchengrätz herausgeworfen, und am 29. Juni wurden Österreicher und Sachsen nach heftigem, verlustreichem Gefecht bei Gitschin von der ersten Armee gezwungen, in ziemlicher Unordnung ... zurückzugehen.
Inzwischen war es auch der zweiten Armee, der des Kronprinzen, gelungen, die Gebirgspässe zwischen Schlesien und Böhmen zu überschreiten. Benedek warf dem 5. preußischen Korps nach Nachod bloß das 6. (Ramming), dem 1. preußischen Korps nach Trautenau das 10. (Gablenz) entgegen, von denen am 27. Juni das 6. von Steinmetz zurückgeschlagen wurde, das 10. zwar Bonin bei Trautenau besiegte und auf Liebau zurückwarf, aber am 28. Juni von der Garde bei Soor in der Flanke angegriffen und mit großen Verlusten geschlagen wurde.
Bei Skalitz warf Steinmetz am 28. Juni auch das 8. Korps unter dem Erzherzog Leopold zurück und erreichte am 29. Juni, nachdem er das 4. Korps aus seiner starken Position bei Schweinschädel verdrängt hatte, bei Gradlitz die Elbe, welche das Gardekorps an demselben Tag bei Königinhof erreichte.
Indem die erste Armee am 1. Juli bis Miletin und Horitz vorrückte, hatte das preußische Heer den konzentrischen Vormarsch in Böhmen glücklich vollendet, seine Front von 300 auf 40 km verkürzt und seine strategische Vereinigung zu gemeinsamen Operationen in demselben Augenblick bewerkstelligt, in dem König Wilhelm von Reichenberg aus den Oberbefehl über die vereinigten Streitkräfte übernahm.
Dem gegenüber befand sich die österreichische Armee bereits in höchst ungünstiger Lage: die Gefechte der letzten Junitage hatten über 30.000 Mann und 16 Geschütze gekostet und den moralischen Halt der Truppen, besonders aber das Vertrauen des Oberfeldherrn Benedek in sich, sein Heer und die Sache, für die er focht, merklich erschüttert.
Benedek riet sogar in einem Telegramm vom 2. Juli zum Frieden um jeden Preis. Jedoch faßte er sich wieder und nahm am 2. Juli zwischen der Bistritz und Elbe auf einem hügeligen Terrain nördlich der Festung Königgrätz eine feste Stellung, in welcher er den Angriff des Gegners erwartete.
Da das preußische Hauptquartier am 2. Juli abends von der Stellung der Österreicher unterrichtet wurde und sofort die Befehle zum Angriff an alle drei Armeen erließ, so fand am 3. Juli auf den Höhen von Chlum die Entscheidungsschlacht von Königgrätz statt. Obwohl die völlige Vernichtung der österreichischen Armee dadurch verhindert wurde, daß das preußische Hauptquartier, selbst nicht über die Tragweite des errungenen Erfolgs im klaren, am 4. und 5. Juli die energische Verfolgung unterließ, so daß sich Benedek in drei Kolonnen in das

befestigte Lager nach Olmütz retten und dort sein Heer neu ordnen konnte, so waren die politischen und strategischen Wirkungen des Königgrätzer Sieges außerordentlich.
Die österreichische Regierung warf sich jetzt ohne Rückhalt in Napoleons Arme und trat ihm am 4. Juli die Provinz Venetien ab, deren Besitz die österreichische Südarmee erst am 24. Juni durch den Sieg über die Italiener bei Custozza von neuem gesichert hatte. Sie hoffte hierdurch nicht bloß die Neutralität Italiens, sondern auch die energische Intervention Frankreichs zu ihren Gunsten zu erlangen.
Jedoch Italien weigerte sich, sein Bündnis mit Preußen zu brechen, und Napoleon, dessen auf die gegenseitige Aufreibung Österreichs und Preußens berechneten Plan der Sieg von Königgrätz durchkreuzt hatte, war infolge der mangelhaften Ausrüstung seines Heeres nicht in der Lage, mehr als seine guten Dienste für die Vermittlung des Friedens anzubieten.
Inzwischen näherte sich nach einer kurzen Rast auf dem Schlachtfeld von Königgrätz das preußische Heer mit bedrohlicher Geschwindigkeit der österreichischen Hauptstadt. Am 13. Juli hielt König Wilhelm in Brünn seinen Einzug, am 16. Juli erreichte die Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Lundenburg und sperrte den direkten Weg von Olmütz nach Wien und Preßburg; an demselben Tag drang die Elbarmee bis Hollabrunn, 45 km von Wien, vor; am 17. Juli schlug der König sein Hauptquartier in Nikolsburg, 70 km von Wien, auf.
Als daher die Österreicher sich zur Wiederaufnahme des Kampfes anschickten, welchen der zum Oberbefehlshaber ernannte Sieger von Custozza, Erzherzog Albrecht, leiten sollte, und alle erreichbaren Streitkräfte der Nord- und Südarmee zur Verteidigung Wiens herangezogen wurden, konnten aus Italien doch nur 50.000 Mann herbeigeschafft werden und die Nordarmee unter Benedek nur auf einem beschwerlichen Umweg über die Kleinen Karpaten und durch das Tal der Waag die Donau bei Preßburg erreichen.
Bereits war aber dieser wichtige Punkt in Gefahr, den Österreichern entrissen zu werden. Die preußische Division Fransecky hatte am 22. Juli im Gefecht von Blumenau die österreichische Brigade Mondl, welche Preßburg deckte, schon umgangen, als Eilboten den Abschluß einer Waffenruhe verkündeten.
Zwar hatte Erzherzog Albrecht einen zuversichtlichen Armeebefehl erlassen, und bei Floridsdorf waren rasch Schanzen aufgeworfen worden. Indes die Preußen standen vor den Toren Wiens in einer Stärke, die größer war als bei Beginn des Krieges, trotz der blutigen Kämpfe, der anstrengenden Märsche, ... trotz der verheerenden Wirkungen der Cholera. 660.000 Mann hatte Preußen am Ende des Krieges unter den Waffen und war entschlossen, den Krieg bis zur Entscheidung mit aller Energie fortzusetzen.
Bereits sammelte Klapka in Oberschlesien eine meist aus ungarischen Kriegsgefangenen gebildete ungarische Legion, um das seit 1849 von Österreich geknechtete Land zum Aufstand aufzurufen. Der Sieg, den Tegetthoff am 20. Juli bei Lissa über die italienische Flotte erfocht, machte Italien den Abschluß eines Separatfriedens erst recht unmöglich und zwang es, weniger aus Rücksicht auf Preußen als auf den Unwillen und die Ungeduld der Nation, die Operationen zu Lande gegen Venetien, ... wieder aufzunehmen.
Unter diesen Umständen zeigte sich Österreich zum Frieden bereit, und am 21. Juli kam in Nikolsburg eine fünftägige Waffenruhe vom 22. bis 27. Juli zustande, während welcher die Bedingungen des Friedens festgesetzt werden sollten. Diese Waffenruhe erstreckte sich nur auf den Krieg zwischen Preußen und Österreich. Der Waffenstillstand mit Italien kam erst am 12. August in Cormons zustande, nachdem Cialdini, ohne Widerstand zu finden, Venetien, mit Ausnahme der Festungen, fast ganz besetzt hatte. Ebenso dauerte der Krieg in Süddeutschland fort.
Durch sein rasches Vorgehen unmittelbar nach dem Bundesbeschluß vom 14. Juni hatte sich Preußen auch gegen die deutschen Mittelstaaten in Vorteil gesetzt. Obwohl es nur drei Divi-

sionen (Goeben, Manteuffel und Beyer), im ganzen 45.000 Mann, die sogenannte Mainarmee, unter dem General Vogel von Falckenstein für den Krieg gegen die deutschen Verbündeten Österreichs verwendete, so erreichte es damit doch völlig seinen Zweck, da die Mittelstaaten an den Ernst des Krieges gar nicht geglaubt und nicht nur unvollkommen gerüstet hatten, sondern auch den Krieg selbst ohne jede ihres Zweckes bewußte Energie führten.
Zunächst gelang es, die hannoversche Armee, welche zwar noch rechtzeitig bei Göttingen gesammelt worden war, dann aber tagelang plan- und ziellos zwischen dem Harz und Thüringer Wald hin und her zog und auf die Ankunft des bayerischen Heeres harrte, welches seinerseits die Hannoveraner südlich des Thüringer Waldes erwartete, in dem blutigen Gefecht bei Langensalza (27. Juni) zu stellen und am 29. Juni zur Kapitulation zu zwingen.
Hierauf rückte Falckenstein am 2. Juli über den Thüringer Wald gegen die Bayern, welche in der Stärke von 40.000 Mann unter dem Prinzen Karl von Bayern im Begriff waren, vom Tal der Werra sich nach dem der Fulda zu wenden, um dem aus Württembergern, Hessen, Badensern, Nassauern und Österreichern gebildeten 8. Bundesarmeekorps unter dem Prinzen Alexander von Hessen, das von Frankfurt am Main sich ebenfalls Fulda näherte, die Hand zu reichen.
Am 4. Juli lieferte die Division Goeben den Bayern das Gefecht bei Dermbach, welches den Prinzen Karl veranlaßte, sich durch die Rhön hinter die Fränkische Saale zurückzuziehen. Eine einzige preußische Granate, welche am 4. bei Hünfeld in zwei Kürassierschwadronen eine verheerende Wirkung hervorbrachte, scheuchte die ganze bayerische Kavallerie unter dem Prinzen Thurn und Taxis bis nach Schweinfurt zurück. Der Prinz Alexander wich einem ... Zusammenstoß sofort nach Westen aus.
Falckenstein erzwang darauf am 10. Juli die Saalübergänge bei Hammelburg und Kissingen, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wandte sich plötzlich nach Westen den Main abwärts gegen das 8. Bundeskorps, schlug am 13. Juli die Hessen bei Laufach, zersprengte am 14. Juli bei Aschaffenburg die österreichische Brigade Neipperg und besetzte am 15. Juli Frankfurt. Hier wurde Falckenstein abberufen und Manteuffel zum Oberbefehlshaber der Mainarmee ernannt. Dieser bekam den Befehl, in Süddeutschland so weit wie möglich vorzudringen, während gleichzeitig eine aus preußischen und mecklenburgischen Truppen gebildete Reservearmee unter dem Großherzog von Mecklenburg in das bayerische Oberfranken einrückte.
Manteuffel marschierte am linken Mainufer aufwärts gegen die Tauber, hinter welcher die Bayern und Bundestruppen standen. Sein Plan, sich zwischen beide zu schieben und sie einzeln zu schlagen, wurde zwar durch Goeben vereitelt, der am 24. Juli bei Werbach und Tauberbischofsheim sich mit solcher Wucht auf die Badenser und Württemberger warf, daß Prinz Alexander sich sofort gegen Würzburg auf die Bayern zurückzog. Indes lieferte dieser am 25. Juli nur das matte Gefecht bei Gerchsheim und entwich dann hinter das rechte Mainufer, wo sich sein Korps auflöste.
Die Bayern leisteten am 25. und 26. Juli bei Helmstadt und Roßbrunn den Divisionen Beyer und Flies hartnäckigern Widerstand, zogen sich dann aber auch nach Würzburg zurück. Jetzt beeilten sich die süddeutschen Regierungen, durch Gesandte, welche sie nach Nikolsburg schickten, von Preußen einen Waffenstillstand zu erlangen, welcher ihnen am 2. August gewährt wurde.
Inzwischen war nämlich am 27. Juli in Nikolsburg der Präliminarfriede (vorläufiger Friede) zwischen Preußen und Österreich zustande gekommen, welcher Österreich verpflichtete, zur Auflösung des Deutschen Bundes und zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ... seine Zustimmung zu geben, an Italien Venetien, an Preußen seine Rechte auf Schleswig-Holstein abzutreten, 20 Millionen Taler Kriegskosten zu bezahlen und die von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen (von

denen nur das Königreich Sachsen ausgeschlossen war), anzuerkennen.
Die einzige Wirkung der französischen Vermittlung war der Zusatz zu Artikel 5, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig, deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäbe, mit Dänemark vereinigt zu werden, an dieses abgetreten werden sollten.
Was die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland anbelangte, so beanspruchte Preußen allerdings über Norddeutschland die unbedingte Herrschaft; es war entschlossen, nicht nur Schleswig-Holstein und die norddeutschen Staaten, welche am Kriege gegen Preußen teilgenommen, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main, seinem Gebiet einzuverleiben, sondern auch sämtliche norddeutschen Staaten zu einem staatlichen Gemeinwesen, dem Norddeutschen Bund, zu vereinigen. Dagegen wurde im Artikel 4 des Nikolsburger Vertrages bestimmt, daß die südlich vom Main gelegenen deutschen Staaten einen besonderen unabhängigen Bund bilden sollten.
Indem jedoch Preußen mit Ausnahme von Grenzberichtigungen auf Gebietsabtretungen von seiten der süddeutschen Staaten verzichtete, gewann es dieselben für den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, in welchem sie bei Ausbruch eines Krieges ihre Truppen unter preußischen Oberbefehl zu stellen sich verpflichteten.
Auch wurde ihnen in den Friedensverträgen das absolute Veto in dem neu zu begründenden Zollverein entzogen; außerdem mußte Bayern im Friedensvertrag vom 22. August 30 Millionen, Württemberg vom 13. August 8 Millionen, Baden vom 17. August 6 Millionen, Hessen-Darmstadt vom 3. September 3 Millionen Gulden Kriegskosten bezahlen. Am 23. August wurde der definitive Friede mit Österreich zu Prag abgeschlossen; mit Sachsen kam er erst am 22. Oktober zustande. Der Friedensschluß zwischen Österreich und Italien fand am 1. Oktober statt.
So wurde der Krieg rasch und in einer Weise zu Ende geführt, die dem besiegten Teil jede überflüssige Schädigung und Demütigung ersparte und Preußens Überlegenheit in staatlicher und militärische Beziehung so deutlich kundgab, daß sein moralisches Anrecht auf die Führerschaft des deutschen Volkes fast allgemein anerkannt wurde.<<
Bismarck erläutert während des Krieges mit Österreich im Jahre 1866 die politischen Ziele Preußens (x176/197): >>Ich verfolge mit durchaus ruhigem Gewissen einen Endzweck, den ich als für mein Land und Deutschland nützlich ansehe. Was die Mittel betrifft, so habe ich in Ermangelung anderer mich derer bedient, die sich mir darboten. Bei der gegenwärtigen Lage Preußens in Deutschland und gegenüber Österreich mußten wir vor allem eine Armee haben. Das ist in Preußen die einzige disziplinierbare Macht. In der Armee ist jeder Preuße ein prächtiger Soldat und schlägt sich wie ein Löwe für die Ehre des Landes. Durch meine Familie, meine Erziehung bin ich vor allem ein Mann des Königs.
Vor sechzehn Jahren lebte ich ruhig als Landedelmann (Junker). Da rief mich der Wille des Königs als Bundestags-Gesandten nach Frankfurt. Schon damals faßte ich den Plan, den ich jetzt auszuführen suche: Norddeutschland in seiner vernünftigen und natürlichen Gestalt unter die Führung Preußens zu bringen.
Um dieses Ziel zu erreichen, würde ich allem trotzen, dem Exil und selbst dem Schafott. Im Konflikt zwischen König und Parlament stand ich auf der Seite des Königs; meine persönliche Ehrfurcht vor ihm, meine ganze Vergangenheit, alle meine Familienüberlieferungen machten mir das zur Pflicht. Allein, daß ich von Natur oder aus Prinzip der Gegner des parlamentarischen Systems sein soll, das ist eine ganz grundlose Unterstellung. ...<<
Nach dem glänzenden "preußischen Blitzsieg" gegen Österreich (Bürgerkriegsdauer = knapp 3 Wochen, österreichische Verluste = 23.000 Tote und Verwundete) ergaben sich die süddeutschen Staaten kampflos (x215/315).
König Wilhelm I. wollte Österreich nach dem Sieg bei Königgrätz zunächst vollständig besetzen lassen. Bismarck warnte jedoch davor, die Schwäche der Habsburger auszunutzen und

konnte die Pläne des Kaisers erfolgreich verhindern.
Bismarck berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über die Auseinandersetzungen mit dem preußischen König (x237/175): >>Ich entwickelte dem König ... die politischen und militärische Gründe, welche gegen die Fortsetzung des Krieges sprachen.
Österreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanche-Bedürfnis mehr als nötig zu hinterlassen, müßten wir vermeiden, vielmehr um die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen guten Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen zu demselben als einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehen.
Wenn Österreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern. ...<<
Bismarck schreibt am 9. Juli 1866 an seine Ehefrau (x233/96-97): >>Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist.
Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch 3 Mächten, die uns hassen und neiden. ...<<
Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1866 über den preußisch-österreichischen Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland (x105/109-110): >>... Sieg bei Königgrätz ... Soeben (berichtet) die Zeitung: Telegraphische Depesche des Königs an die Königin vom 3. Juli: "Großer Sieg über die Österreicher. Alle 8 Corps 8 Stunden lang im Feuer, Österreicher total geschlagen. Massen von Trophäen noch nicht zu übersehen. Unsere Verluste bedeutend. Wir sind alle wohl. Gottes Gnade walte ferner über uns!"
Es ist eine unerhörte Kraftentwicklung. Seit dem 27. Juni alle Tage Schlachten, endlich dieser Sieg, der dem Kampfe vielleicht wesentlich ein Ende macht. Diese Armee hat eine Vortrefflichkeit gezeigt, wie man sie nicht geahnt hatte, von keiner Seite. Selbst die berühmte österreichische Kavallerie (wurde) von der preußischen bei jedem Zusammentreffen geworfen
Bismarck ist jetzt der populärste Mann in Preußen. Alles jubelt ihm zu, selbst die Demokraten. Ich hoffe, er bringt uns nun ein einiges Deutschland zustande. ...
Von Österreichs Unschuld zu reden, kommt mir ebenso ungereimt vor als von Preußens Unschuld. Ein Krieg wie dieser ist ein unabwendbares Naturereignis. Seit Anno 48 hatten sich die Verhältnisse verwirrt, die Luft war schwül und dick, fast undurchsichtig geworden ...
Der Deutsche Bund konnte nur bestehen, so lange Österreich und Preußen Hand in Hand gingen. Um dies zu ermöglichen, hat sich Preußen 50 Jahre lang vor dem liederlichen Österreich gedemütigt.
Jetzt aber ging es nicht länger, wenn nicht Preußen und mit ihm ganz Deutschland in den desolaten Zustand der altersschwachen Großmacht mit hineingezogen werden, ja, wenn nicht Preußen an der von Österreich eifrig geschürten wahnwitzigen Demokratie im eigenen Lande zugrunde gehen sollte.
Das erkannt und durchgesetzt zu haben, ist der Verdienst Bismarcks, des allgemein verkannten und gehaßten Helden, der in dieser Brandung wie ein Felsen stand.<<
Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering schreibt am 19. August 1866 (x233/96): >>Welches Stück Geschichte liegt zwischen meinem letzten Briefe und dem gegenwärtigen. ... Wie habe ich seit Jahren die Italiener beneidet, daß ihnen gelungen, was uns das Geschick noch auf eine ferne Zukunft hinaus zu versagen schien, wie habe ich den deutschen Cavour und Garibaldi (setzten nationale Einigung Italiens durch) ... herbeigewünscht.
Und über Nacht ist er uns erstanden in dem vielgeschmähten Bismarck. Soll man nicht glauben zu träumen, wenn das Unmögliche möglich wird?

Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck. ... Wie wunderbar hat der Mann alle Fäden des großartigen Gewebes gesponnen, wie fest und sicher, daß keiner derselben riß, wie genau hat er alle Mittel und Hebel gekannt und benutzt – seinen König, Napoleon, sein Heer, die Verwaltung, Österreich und seine Kräfte – kurz, ein Meisterstück der Berechnung! ...
Was uns Uneingeweihten als freventlicher Übermut erschien, es hat sich hinterher herausgestellt als unerläßliches Mittel zum Ziel. ... Ich gebe für einen solchen Mann der Tat ... hundert Männer der liberalen Gesinnung, der machtlosen Ehrlichkeit! ...<<
Während Österreich überaus großzügige Friedensbedingungen erhielt und geschont wurde (keine Annexionen), annektierte Preußen (gegen den Willen der Landesfürsten und der Bevölkerung) die norddeutschen Staaten Schleswig-Holstein, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, Hessen-Homburg und Nassau sowie die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main und gliederte diese Gebiete in den preußischen Staat ein.
In der Landtagsrede vom 25. August 1866 rechtfertigt Bismarck die Annexion der nord- und westdeutschen Staaten (x056/247): >>... Die Eroberung (von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt/Main) gründet sich auf das Recht der deutschen Nation, zu existieren ... und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern ...<<
Die übrigen norddeutschen Staaten und Preußen schlossen danach den sog. "Norddeutschen Bund", der den Deutschen Bund ablöste. Bis 1867 traten alle deutschen Staaten nördlich des Mains dem Norddeutschen Bund bei. Die süddeutschen Staaten behielten wegen des französischen Widerstands ihre Selbständigkeit, mußten sich aber mit Preußen gegen Frankreich verbünden. Österreich wurde aus dem deutschen Staatenbund ausgeschlossen und mußte den neuen Norddeutschen Bund im August 1866 anerkennen (Frieden von Prag). Das Großherzogtum Luxemburg (bisher deutscher Bundesstaat) wurde im Jahre 1866 selbständig.
Nach dem siegreichen Bürgerkrieg und der maßvollen, versöhnlichen Politik Bismarcks stieg das Ansehen des preußischen Staates erheblich. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung stand jetzt auch hinter dem "eisernen Kanzler" Bismarck.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Norddeutschen Bund von 1866-1870 (x812/217-218): >>Norddeutscher Bund, Bundesstaat, zu welchem nach Auflösung des Deutschen Bundes infolge des Krieges von 1866 sich durch den Vertrag vom 18. August 1866 folgende Staaten vereinigten: Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, die beiden Schwarzburg, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe sowie die Freien Städte Lübeck, Hamburg und Bremen.
Am 21. August folgten die beiden Mecklenburg, am 3. September der Großherzog von Hessen für seine nördlich vom Main gelegene Provinz Oberhessen, am 26. September Reuß ältere Linie, am 8. Oktober Sachsen-Meiningen und am 21. Oktober endlich das Königreich Sachsen. Somit umfaßte der Norddeutsche Bund ein Gebiet von 415.150 qkm mit einer Bevölkerung von fast 30 Millionen.
Am 15. Dezember 1866 traten die Vertreter jener Staaten zusammen, um die Verfassung dieses Bundesstaates zu beraten; am 12. Februar 1867 fanden die Reichstagswahlen statt, am 24. Februar wurde der konstituierende Reichstag vom König von Preußen eröffnet. Am 16. April nahm der Reichstag die vorgeschlagene Verfassung an, die am 24. Juni 1867 publiziert wurde und am 1. Juli in Kraft trat. Am 26. Juli übernahm König Wilhelm die ihm als Präsidenten des Bundes übertragenen Rechte und Pflichten, am 15. August trat der Bundesrat zusammen, am 31. August fanden die Reichstagswahlen statt, und am 10. September wurde der erste und einzige Reichstag des Bundes eröffnet.
Nachdem im November 1870 Baden, Hessen, Bayern und Württemberg sich dem Norddeutschen Bund angeschlossen und die betreffenden Verträge am 9. Dezember auch von dem am

24. November wieder zusammengetretenen Reichstag genehmigt waren, beantragte am 9. Dezember der Bundesrat die Bezeichnung des erweiterten Bundes mit dem Namen: "Deutsches Reich", die am 10. Dezember vom Reichstag genehmigt wurde.
Am 31. Dezember 1870 wurde die neue Verfassung des Reiches verkündet, womit der Norddeutsche Bund sein Ende nahm. Die Gesetze des Norddeutschen Bundes gingen meist auf das Deutsche Reich über, die Anleihen wurden aus der französischen Kriegsentschädigung getilgt.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1866-1869 (x812/522-524): >>(Österreich) ... Österreich war nicht geneigt, die Elbherzogtümer an Preußen zu überlassen; höchstens für eine Landabtretung in Schlesien hätte es auf seine ... (vermeintlichen Rechte) verzichtet. Für Geld wollte es Schleswig-Holstein ebensowenig hergeben wie Venetien. Es übertrug also die Entscheidung der Erbfolgefrage dem Bund. Dies sah Preußen als einen Bruch der Verträge an.
Nach heftigen Streitigkeiten führte Österreich, nachdem es einen Kongreß zur Schlichtung des Streites abgelehnt hatte, im Vertrauen auf seine kriegerische Überlegenheit und die Hilfe der meisten deutschen Staaten den Ausbruch des Krieges (Preußisch-Deutscher Krieg) durch seinen Antrag auf Mobilmachung der nichtpreußischen Bundeskorps, der am 14. Juni 1866 vom Bundestag angenommen wurde, herbei.
Die österreichische Streitmacht siegte zwar über das mit Preußen verbündete Italien zu Lande am 24. Juni bei Custozza, zur See am 20. Juli bei Lissa, unterlag aber den Preußen völlig in Böhmen, zuletzt bei Königgrätz (3. Juli).
Österreich wurde gezwungen, unter Preisgebung seiner deutschen Verbündeten den Frieden von Prag (23. August) zu schließen. Derselbe legte zwar Österreich, abgesehen von der Abtretung Venetiens, keine Verluste an Ländergebiet auf, drängte es aber aus Deutschland hinaus, so daß es die 1815 errungene und 1849 wiedereroberte herrschende Stellung in Italien und Deutschland für immer verlor.
Naturgemäß übte der unglückliche Ausgang des Krieges auch auf die inneren Verhältnisse Österreichs eine bedeutende Wirkung aus. Die Sistierungspolitik mußte aufgegeben und möglichst rasch verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden, damit die Finanzen geordnet und die notwendigen Reformen in Angriff genommen werden konnten.
Belcredis Plan war, Österreich in fünf Königreiche mit feudalen Verfassungen zu zerlegen, welche nur durch die Person des Kaisers verbunden sein sollten; der Kaiser und seine Minister sollten die gemeinsamen und äußeren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen leiten. Er bereitete zu diesem Zweck die Berufung eines außerordentlichen Reichsrates der deutsch-slawischen Länder vor.
Die bisherigen Landtage derselben wurden am 3. Februar 1867 aufgelöst und die Wahl neuer Landtage angeordnet, welche die Mitglieder eines außerordentlichen Reichsrates zu ernennen hätten. Diesem sollte der Ausgleich mit Ungarn vorgelegt werden, worauf dann die Polen, Tschechen und Kroaten ähnliche Zugeständnisse gefordert und erhalten hätten. Die Slawen ... (hätten) also das Übergewicht in Österreich erhalten und ... (Österreich wäre) ein feudalkonservative Föderativstaat mit absolut monarchischer Spitze geworden.
Gegen den Belcredischen Plan erklärten sich aber sowohl die gemäßigte Partei der Ungarn, deren Führer Deák ihre Forderungen genau formuliert hatte, als die Führer der deutschen und liberalen Partei in den deutsch-slawischen Kronländern. Mehrere Landtage verlangten in Adressen an die Krone die Wiederherstellung der Februarverfassung und den Ausgleich mit Ungarn und drohten, die Wahlen zum außerordentlichen Reichsrat zu verweigern, während in Ungarn nach Ablehnung der Deákschen Forderungen die radikale Partei, welche nur eine reine Personalunion zugestehen wollte, zur Herrschaft gelangt wäre.
Da demnach der Plan Belcredis unausführbar schien, bewog Beust, der im Oktober 1866 zum

Minister des Auswärtigen ernannt worden war, den Kaiser, die Wünsche der Deutschen und der Ungarn zu erfüllen, in Österreich den engeren Reichsrat wieder einzuberufen und in Ungarn sofort ein Ministerium zu ernennen, mit dem der Ausgleich abgeschlossen werden könne. Belcredi erhielt seine Entlassung, und Beust wurde am 7. Februar 1867 Ministerpräsident.
In Ungarn wurde Graf Andrássy am 17. Februar zum Präsidenten eines verantwortlichen Ministeriums ernannt. Mit diesem und Deák wurden nun die Bedingungen des Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn vereinbart und nach der Sanktion durch den Kaiser ... im Februar 1867 verkündigt.
Der Ausgleich teilte das bisherige Reich, das nun den Namen "Österreichisch-Ungarische Monarchie" erhielt, in eine österreichische und eine ungarische Hälfte, welche außer durch die Person des Herrschers auch durch gemeinsame Institutionen verbunden waren. Siebenbürgen wurde mit Ungarn völlig verschmolzen, Kroatien und die Militärgrenze mit Vorbehalt gewisser Sonderrechte vereinigt.
Der Ausgleich zerfiel in einen staatsrechtlichen und einen finanziellen Teil; der erstere, welcher die Errichtung gemeinsamer Reichsministerien für Auswärtiges, Krieg und Finanzen und die Bildung einer gemeinsamen Vertretung, der Delegationen, betraf, sollte für immer gelten, der andere, die finanziellen Leistungen und den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses festsetzende alle zehn Jahre revidiert werden. Von den gemeinsamen Ausgaben sollte Ungarn 30 Prozent zahlen, in den Delegationen aber der österreichischen Reichshälfte, die 70 Prozent zahlte, gleichberechtigt sein. Durch die Königskrönung am 8. Juni 1867 fand die Versöhnung mit Ungarn ihren Abschluß.
In der österreichischen ... Reichshälfte wurde der Ausgleich mit Ungarn, welcher allerdings den Ungarn übermäßige Vergünstigungen eingeräumt hatte, und das dadurch begründete dualistische System von den um ihre Hoffnung auf Autonomie betrogenen Slawen heftig getadelt, während die Deutschen hierdurch das dauernde Übergewicht in der österreichischen Hälfte zu erlangen, ferner die liberale Verfassung wiederhergestellt zu sehen hofften und daher ihre Sympathien für einen zentralisierten Kaiserstaat zurückdrängten.
In der Tat wurde zum 22. Mai 1867 der engere Reichsrat zusammenberufen, nachdem ein interimistisches österreichisches Ministerium unter Taaffe gebildet worden war. Der Kaiser gab in der Thronrede die Versicherung, daß sein ganzes Bemühen auf den Ausbau und die Erhaltung konstitutioneller Einrichtungen gerichtet sei, teilte den Ausgleich mit Ungarn als eine unwiderrufliche Tatsache mit und äußerte die zuversichtliche Hoffnung, daß der Reichsrat demselben seine Zustimmung nicht versagen werde.
In diesem hatte die liberal gesinnte Partei, zu der die Polen hielten, die Mehrheit, und sie erfüllte den Hauptwunsch der Regierung, indem sie nach längeren Verhandlungen über die finanziellen Bedingungen, namentlich die Verpflichtung Ungarns zur Verzinsung der Staatsschuld, im Dezember 1867 den Ausgleich genehmigte. Auch das Budget der Regierung wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen, obwohl dasselbe ein Defizit von 46 Millionen Gulden. aufwies; die Staatsschuld war auf 3.046 Millionen Gulden angewachsen ...
Am 1. Januar 1868 erfolgte die Ernennung eines neuen verantwortlichen Ministeriums ... Das neue Ministerium legte dem Reichsrat sofort drei Kirchengesetze vor, welche von diesem angenommen und am 25. Mai vom Kaiser sanktioniert wurden; durch dieselben wurde die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichten überwiesen, die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen dem Staat zuerkannt und die interkonfessionellen Verhältnisse im Sinn der Gleichberechtigung geregelt.
Der päpstliche Nuntius erließ sofort einen Protest gegen die Gesetze als eine Verletzung des Konkordats, und Pius IX. selbst erklärte sie am 22. Juni ... für null und nichtig. Indessen die Regierung konnte sich auf die Zustimmung des größten Teiles der Bevölkerung berufen, wenn sie diese Proteste unbeachtet ließ und den Klerus warnte, nicht durch seine Opposition gegen

den Staat die bedeutenden Rechte, welche die Kirche noch besaß, zu gefährden. Gegen einen der heftigsten Bischöfe, Rudigier von Linz, wurde ein Strafverfahren eingeleitet, andere Bischöfe, welche sich weigerten, die Eheprozeßakten auszuliefern, durch Geldstrafen dazu gezwungen. ...

In der nächsten Session, die am 17. Oktober 1868 eröffnet wurde, beriet der Reichsrat das neue Wehrgesetz, welches für die nächsten 10 Jahre eine Dienstzeit von 12 Jahren, davon 3 in der Linie, bei allgemeiner Wehrpflicht, eine Kriegsstärke von 800.000 Mann und ein Heeresbudget von 80 Millionen Gulden festsetzte; die Landwehr sollte in beiden Reichshälften ihre besondere Organisation erhalten, die aktive Armee aber eine einheitliche sein.

Der ungarische Reichstag hatte das Gesetz schon am 7. August genehmigt, der österreichische Reichsrat tat es im November, und endlich wurde es von den Delegationen in Pest im Dezember bestätigt. Hierzu kam 1869 noch ein Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte für politische und Presseprozesse. Hiermit schien aber die reformierende Kraft des Ministeriums erschöpft zu sein.

Unzweifelhaft hatte die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände segensreich auf die Entwicklung Österreichs eingewirkt. Das geistige und materielle Leben regte sich, der Wohlstand hob sich, die produktive Tätigkeit in allen Zweigen des Erwerbes war entfesselt. Die peinliche Sparsamkeit der Regierung hatte das Defizit fast beseitigt und neue Anleihen vermieden, so daß die Kapitalien für produktive Unternehmungen flüssig wurden.

Österreich spielte eine bescheidenere Rolle in Europa als früher, nahm aber immer noch eine geachtete und ehrenvolle Stellung ein, nur daß die auswärtige Politik nicht mehr so wie früher seine inneren Verhältnisse beherrschte. Der Reichskanzler Graf Beust hatte allerdings ebensowenig wie der Hof und das Heer auf jede Wiedervergeltung für 1866 verzichtet und sich seit 1867 Frankreich in auffälliger Weise genähert. Wenigstens Süddeutschland hoffte er dem preußischen Machtbereich vorenthalten zu können. Aber seine Politik war durchaus vorsichtig und vermied jede Herausforderung. ...

Die größte Schwierigkeit, auf welche das Bürgerministerium unter Taaffe (Auersperg war am 24. September 1868 zurückgetreten) bei seinen liberalen und zentralistischen Bestrebungen stieß, kam von den Slawen namentlich von den in ihren Hoffnungen auf die Autonomie der Wenzelskrone betrogenen Tschechen. Diese bestritten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse von Anfang an die Rechtsbeständigkeit des Reichsrates, und ihr fanatischer Haß gegen alles Deutsche und gegen die deutsch gesinnte Regierung gab sich in pöbelhaften Exzessen, besonders bei einem Besuch des Ministers Herbst in Prag, kund.

Als am 22. August 1868 der böhmische Landtag zusammentrat, erschienen die 81 tschechischen Abgeordneten nicht, sondern überreichten am 23. August eine "Deklaration" (daher wurden sie Deklaranten genannt), in welcher sie gegen die Kompetenz des Reichsrates, für Böhmen gültige Gesetze zu geben, protestierten und die Regelung des Verhältnisses der böhmischen Krone zum Reich durch einen Vertrag zwischen dem Kaiser und der böhmischen Nation verlangten. Auch die tschechischen Mitglieder des mährischen Landtages traten mit einer ähnlichen Erklärung auf, wie denn die Tschechen auch nicht im Reichsrat selbst vertreten waren.

Als die deutsche Mehrheit des böhmischen Landtages hierauf das Belcredische Sprachenzwangsgesetz vom 18. Januar 1866 aufhob, steigerten sich die Demonstrationen und Ausschreitungen derart, daß die Regierung den General von Koller zum Zivil- und Militärgouverneur von Böhmen ernannte und am 10. Oktober den Belagerungszustand über Prag und Umgebung verhängte.

Ebenso wünschten die Polen eine völlige Autonomie Galiziens, und der galizische Landtag beschloß am 24. September 1868 eine Resolution, welche für Galizien einen besonderen, dem Landtag verantwortlichen Minister, völlig unabhängige nationale Verwaltung und Gesetzge-

bung forderte. Ähnliche Wünsche regten sich bei den Slowenen, und in Tirol wollte man von der Verfassung aus klerikalen Beweggründen nichts wissen.
Die Schwäche der österreichischen Staatsverwaltungsmaschine zeigte sich aber 1869, als in Dalmatien das 1869 beschlossene Landwehrgesetz durchgeführt werden sollte und die Bewohner ... sich gegen die Einordnung in die Landwehrtruppen und die Ablieferung ihrer Waffen empörten. Die österreichischen Truppen mußten sich nach Cattaro zurückziehen, und auch General Rodich, der mit der Herstellung der Ordnung beauftragt wurde, erreichte dieselbe nur scheinbar, indem im Frieden von Knezlac (11. Januar 1870) die Aufständischen zwar die Waffen niederlegten, aber sie sofort wieder empfingen und das Landwehrgesetz tatsächlich nicht eingeführt wurde.
Diesen zentrifugalen Bestrebungen gegenüber erwiesen sich Ministerium und Reichsrat, obwohl sie formell alle Gewalt besaßen, nicht kräftig und entschlossen genug. Dies hatte seinen Grund auch darin, daß in der deutschen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wie in der deutschen Bevölkerung die liberalen Grundsätze das Interesse für die Aufrechterhaltung der Staatseinheit überwogen.
Der Widerstand der Regierung gegen die Aufhebung des Konkordats und die Einführung der obligatorischen Zivilehe, welche der Reichsrat noch am 25. Januar 1869 beschloß, verleitete die öffentliche Meinung wieder zum pessimistischen Mißtrauen.
Im Ministerium selbst war keine Einigkeit mehr. Im Dezember 1869 kam es aus Anlaß des Antrages des niederösterreichischen Landtages, der Reichsrat möge künftig aus direkten Wahlen hervorgehen, um dadurch von den Landtagen unabhängig zu werden und eine größere Kraft zu gewinnen, zum Bruch.
Die Mehrheit der Minister ... war dafür, daß die Wahlreform sofort durchgeführt werde; die Minderheit ... wollte aber der Reform nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Polen und Böhmen durch Zugeständnisse zu Gunsten ihrer Autonomie versöhnt und zur Beschickung des Reichsrates bewogen würden. ...<<
Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns von 1866-1886 (x815/1.011-1.013): >>(Ungarn) ... In dem Streit, der nach dem Frieden von Prag (23. August 1866) in Österreich über die Neugestaltung des Reiches ausbrach, nahmen die Ungarn unter Führung Deáks von Anfang an eine klare, bestimmte Stellung ein und errangen dadurch einen glänzenden Sieg.
Um einer Auflösung der Monarchie in fünf Königreiche und der Herrschaft der Slawen vorzubeugen, entschied sich der leitende Minister von Beust mit Zustimmung der Deutschliberalen für den Dualismus, für die Teilung des Reiches in eine westliche Hälfte, wo die Deutschen, und eine östliche Hälfte, wo die Magyaren das Übergewicht haben sollten. Beust verständigte sich in persönlichen Verhandlungen mit den Führern der Deák-Partei über die Bedingungen des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn.
Dem Reichstag, wie der Landtag nun wieder hieß, wurde am 18. Februar 1867 die Wiederherstellung der Verfassung von 1848 ... angezeigt. Siebenbürgen und das Banat wurden sofort mit Ungarn wieder verschmolzen, mit Kroatien wurde ein Ausgleich ... (vereinbart), der am 20. September 1868 zustande kam.
Ungarn wurde als selbständiger Staat anerkannt, der mit Österreich durch gewisse gemeinsame Angelegenheiten verbunden war und zunächst auf zehn Jahre ein Zoll- und Handelsbündnis mit ihm schloß. Von den anerkannten Staatsschulden und von den gemeinsamen Ausgaben für das Auswärtige, Heer und Marine übernahm Ungarn bloß 30 Prozent, stand aber in den Delegationen der österreichischen Reichshälfte ebenbürtig zur Seite.
Mit allem Pomp früherer Jahrhunderte erfolgte am 8. Juni 1867 in Budapest die feierliche Krönung des Königs, und damit war die Versöhnung der Magyaren mit der Dynastie besiegelt. Die heimgekehrten Flüchtlinge schlossen sich ehrlich der neuen Ordnung der Dinge an, das

Volk betätigte bei jeder Gelegenheit seine Loyalität, und der Reichstag, in welchem die gemäßigte Deák-Partei zunächst noch die entschiedene Mehrheit hatte, nahm 1868 bereitwilligst das Wehrgesetz in der Fassung der Regierung an; nicht nur das stehende Heer, sondern auch die Landwehr wurde unter den Befehl des Reichskriegsministeriums gestellt, die letztere jedoch als Honvédarmee unter dem Kommando des Erzherzogs Joseph besonders organisiert.
Das Bewußtsein des durch Ausdauer und Klugheit errungenen Sieges trieb die Magyaren an, den freiheitlichen Ausbau des Nationalstaates möglichst rasch zu vollenden.
Die politische Gleichstellung der Juden, die fakultative Zivilehe, ein Volksschulgesetz u.a. wurden beschlossen. Das Nationalitätengesetz vom 29. November 1868 bestimmte, daß alle Bewohner Ungarns die einheitliche und unteilbare ungarische Nation bilden, die ungarische Sprache Staatssprache sein sollte. Das Übergewicht der Magyaren bei den Wahlen wurde durch Verteilung der Wahlbezirke und des Stimmrechts aufrecht erhalten.
Vor allem wollte man die materielle Entwicklung des Landes durch Eisenbahnen fördern, und durch Anleihen für den Bau von Staatseisenbahnen und durch Zinsgarantien für Privateisenbahnen belastete das Ministerium Lónyay ... den Staatshaushalt so sehr, daß, als noch schlechte Ernten, Überschwemmungen und dergleichen hinzukamen, bald ein bedenkliches Defizit in den Einnahmen (1874: 31 Millionen) eintrat und man schon 1873 zu neuen Steuern schreiten mußte; der geträumte ungeheure Aufschwung des Landes erwies sich als eine Illusion. ...
Schwierig schien sich die Lage Ungarns zu gestalten beim Ausbruch der orientalischen Krise 1875. Die Magyaren waren der slawischen Bewegung, welche sich im Aufstand der Herzegowina, in der bulgarischen Empörung und im serbisch-türkischen Krieg kundgab, durchaus abgeneigt und gaben ihre Sympathien für die Türken bei verschiedenen Gelegenheiten geräuschvoll zu erkennen. Das Einschreiten Rußlands auf der Balkanhalbinsel, seine glänzenden Erfolge im Winter 1877/78 und die Neutralität der Reichsregierung diesen Ereignissen gegenüber erweckten in Ungarn die größten Besorgnisse.
In dieser Zeit bewiesen Tisza und die von ihm geleitete Mehrheit des Reichstages eine wirklich staatsmännische Klugheit. Sie bereiteten der auswärtigen Politik des Reiches keine Schwierigkeiten, ja als die Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 große Verluste und Kosten verursachte und die Entrüstung über die unpopuläre Unternehmung in Ungarn aufs höchste stieg, gelang es Tisza, den Sturm zu beschwichtigen und sich und die liberale Partei in der Herrschaft zu behaupten.
In den Delegationen konnte die Reichsregierung auf die Unterstützung der Ungarn und damit auf die Annahme ihrer Anträge auch gegen die deutschliberale Partei in Österreich rechnen: die Kosten der Okkupation und die Organisation der neuen Provinzen wurden von ihnen bewilligt, das Wehrgesetz auf neue zehn Jahre genehmigt.
Dafür taten der Hof und die Reichsregierung alles, um Tisza und die liberale Partei zu unterstützen. Die nicht seltenen Beispiele von Bestechlichkeit von Beamten und Mitgliedern der herrschenden Partei und von Beteiligung derselben an Geldgeschäften, die zu Skandalen und Duellen führten, schadeten der ungarischen Regierung nicht ernstlich.
In der rücksichtslosen Magyarisierung Ungarns, in der Unterdrückung der Deutschen, namentlich der Siebenbürger Sachsen, wurde dem Ministerium von Wien aus völlig freie Hand gelassen, während gleichzeitig in Österreich die deutschliberale Verfassungspartei wegen ihrer kurzsichtigen Opposition gegen die auswärtige Politik der Krone ihre maßgebende Stelle einbüßte.
Indem Tisza entschieden dafür eintrat, daß der Staat vor allem ungarisch sein, gleichzeitig aber in der Gesamtmonarchie seine Interessen nachdrücklich zur Geltung bringen müsse, gelang es ihm immer wieder, die Opposition im Parlament zu besiegen und bei den Wahlen die Mehrheit zu behalten.
In der Tat war das Programm der äußersten Linken, Losreißung von Österreich, unausführbar

... Die Finanzverhältnisse nahmen immer noch die besondere Aufmerksamkeit in Anspruch, da das Defizit aus dem Staatshaushalt nicht zu beseitigen war. Es wurden daher frühere Anleihen zu einem geringeren Zinsfuß konvertiert und neue Steuern eingeführt, andere erhöht. Die Magyarisierung der Schulen wurde 1883 durch ein Gesetz über die Mittelschulen, welches die Kenntnis des Magyarischen für alle Prüfungen vorschrieb, fortgesetzt.
Die Ablehnung eines Gesetzes über die Eheschließung zwischen Christen und Juden durch das Oberhaus (1884) brachte die lange beabsichtigte Reform desselben in Gang. Dieselbe wurde 1886 zum Gesetz erhoben ...<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1866-1875 (x809/81-84): >>(Italien) ... Napoleon hatte der italienischen Regierung für ihre Nachgiebigkeit in der römischen Frage seinen Beistand bei der Erwerbung Venedigs versprochen. Der neue Minister, Lamarmora, hoffte, daß Österreich sich zu einer friedlichen Abtretung gegen eine hohe Geldentschädigung verstehen werde. Indes hielt es dieses für seiner nicht würdig, ohne einen neuen Waffengang auf die Provinz zu verzichten, wenn es auch selbst auf dauernden Besitz Venetiens nicht mehr rechnete.
Mit Zustimmung, ja auf Antrieb Napoleons knüpfte daher das italienische Ministerium Verhandlungen mit Preußen an, dessen gespanntes Verhältnis zu Österreich jeden Augenblick zu einem Krieg führen konnte; da sowohl Napoleon als Lamarmora die Kraft Preußens unterschätzten, so hegten sie die Zuversicht, daß Italien ohne große Anstrengungen, während die deutschen Mächte in langwierigem Kampf sich aufrieben, Venedig werde gewinnen können.
Am 8. April 1866 kam das Bündnis zwischen Preußen und Italien zustande. Es war ein Offensiv- und Defensivtraktat, in welchem sich Preußen das Recht der Initiative vorbehielt; für den Fall eines österreichischen Angriffes jedoch sollte jeder Teil gleichberechtigt sein, die Hilfe des anderen Kontrahenten zu fordern.
Nachdem der von Napoleon vorgeschlagene Kongreß an dem Widerspruch Österreichs gescheitert war, erging am 20. Juni die Kriegserklärung Italiens an Österreich mit dem Bemerken, daß die Feindseligkeiten am 22. ihren Anfang nehmen würden (Italienischer Krieg von 1866).
Die italienische Armee, 330.000 Mann stark, worunter 250.000 Feldtruppen und ... (etwa) 30.000 Freiwillige unter Garibaldi (waren), wurde von dem König selbst geführt, dem Lamarmora als Generalstabschef zur Seite stand, neben dem aber Cialdini als Kommandant des 4. Korps eine gewisse Selbständigkeit behauptete. Zwischen den beiden genannten Generalen bestand nicht die nötige Einigkeit. Der von Lamarmora entworfene Feldzugsplan bestand darin, daß die Hauptarmee den Mincio überschreiten und durch das Festungsviereck nach der Etsch vordringen sollte, wo sich der über den unteren Po und die Etsch mit dem 4. Korps vordringende Cialdini am linken Ufer mit ihr vereinigen sollte.
Aber der Erzherzog Albrecht hatte die numerisch bei weitem schwächere österreichische Armee durch glückliche Aufstellung in die Lage gesetzt, sich nach Erfordernis auf den einen oder anderen Teil der geteilten italienischen Macht zu werfen, und brachte am 24. Juni bei Custozza dem Hauptheer des Königs unter Lamarmora eine so entscheidende Niederlage bei, daß die italienische Offensive fürs erste gänzlich aufgegeben werden mußte.
Währenddessen fiel in Böhmen bei Königgrätz am 3. Juli die Entscheidung. Unmittelbar nach derselben trat Österreich Venetien dem Kaiser Napoleon ab, indem es dessen Vermittlung Italien gegenüber in Anspruch nahm.
Der italienische Minister Ricasoli weigerte sich aber, den vertragsmäßigen Verpachtungen gegen Preußen untreu zu werden, und erneuerte die militärischen Operationen. Am 7. Juli überschritt Cialdini den unteren Po und besetzte das Venezianische mit Ausnahme der Festungen, da die Österreicher das von ihnen bereits abgetretene Land fast ohne Schwertstreich räumten. Die Italiener dachten schon daran, sich nicht bloß mit Venetien zu begnügen, son-

dern alles italienisch sprechende Gebiet Österreichs, Welschtirol und Istrien, an sich zu reißen.
Zu weiteren Kämpfen kam es jedoch nur in Tirol und zur See. Trotz der großen Hoffnungen, welche man in Italien auf die Tüchtigkeit der Flotte setzte, hatte sich diese doch untätig in Ancona aufgehalten, während die österreichische Flotte bei Pola vor Anker lag. Als nun der Admiral Persano von dem italienischen Ministerium Befehl erhielt, in See zu stechen und die befestigte Insel Lissa an der dalmatischen Küste wegzunehmen, wurde er von dem österreichischen Admiral Tegetthoff angegriffen und erlitt bei Lissa eine vollständige Niederlage (20. Juli). In Italien erhob sich ein stürmischer Unwille gegen Persano, er wurde daher mit vielen seiner Flottenoffiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und abgesetzt.
In dem Waffenstillstand zu Cormons, am 12. August auf vier Wochen abgeschlossen, verzichtete Viktor Emanuel auf alle Erwerbungen außerhalb Venetiens und räumte die in Südtirol und Istrien besetzten Gebiete. Der definitive Friede kam aber erst am 3. Oktober in Wien zustande. In demselben wurde die Abtretung des Lombardisch-Venezianischen Königreiches innerhalb seiner bisherigen Grenze nochmals bestätigt, wogegen Italien sich verpflichtete, die auf jener Provinz haftenden Schulden zu übernehmen.
Um die Schwierigkeit der früher stattgefundenen Zession Venetiens an Napoleon zu heben, wurde am 21. und 22. Oktober noch eine Volksabstimmung in Venetien angeordnet, welche nur eine Minderheit von 69 Stimmen gegen die Einverleibung in das Königreich ergab. Am 7. November hielt Viktor Emanuel seinen feierlichen Einzug in das befreite Venedig.
Kaum war Venetien erworben, so drängte die ungeduldige Aktionspartei zur sofortigen Lösung der römischen Frage. Der Septemberkonvention gemäß hatte, nachdem eine päpstliche Armee, zumeist aus eifrig kirchlichen Freiwilligen, gebildet worden war, die französische Besatzung Rom und den Kirchenstaat geräumt.
Zum erstenmal seit Jahrhunderten war der Boden Italiens frei von fremden Truppen. Die italienische Regierung wollte sich zunächst mit diesem Erfolg begnügen und begann von neuem Verhandlungen mit der Kurie über eine friedliche Verständigung, die freilich von dieser schroff zurückgewiesen wurde.
Die Radikalen aber drängten zum Handeln. Garibaldi sammelte im Oktober 1867 eine Freischar, überschritt mit dieser am 22. Oktober die Grenze des Kirchenstaates und rückte gegen Rom. Während die päpstliche Armee den Garibaldinern entgegenzog, landete zu ihrer Unterstützung ein Korps von 6.000 Franzosen in Civitavecchia, und mit dessen Hilfe siegten die päpstlichen Truppen am 3. November bei Mentana über die Garibaldische Freischar, welche gänzlich auseinander gesprengt wurde. Der Rest des Kirchenstaates wurde nun wieder von den Franzosen besetzt.
Die wenig verhüllte Begünstigung, welche der damalige Ministerpräsident Rattazzi, Garibaldi hierbei hatte zuteil werden lassen, ohne doch den Mut offenen Beistandes zu haben, brachte Italien Frankreich gegenüber in eine höchst demütigende Lage, und die Unfähigkeit des jungen Königreiches, seine Selbständigkeit allein mit eigenen Kräften zu behaupten, trat offen zu Tage. Die Zerrüttung der Finanzen, das ungeheure Defizit, die Eifersucht der Parteihäupter, die Indolenz (Trägheit) und Arbeitsscheu eines großen Teiles des Volkes erschwerten eine rasche Erstarkung des jungen Staatswesens.
Der Prozeß Persano, die Affäre Lobbia enthüllten bedenkliche Schäden in den herrschenden Kreisen. Die altpiemontesische Partei, die sogenannte Consorteria, erwies sich zwar noch am meisten tüchtig in der Durchführung der notwendigen Reorganisation; aber sie war verhaßt im Volk wegen ihrer sklavischen Unterwürfigkeit unter den Willen Frankreichs, und auch die reorganisatorischen Maßregeln, wie die Einziehung der Klöster, Einsparungen im Kriegsetat etc., konnten naturgemäß nicht sofort alle Übelstände beseitigen.
Wiederum kam aber das Glück den Italienern zu Hilfe. Als 1870 der Krieg zwischen Frank-

reich und Deutschland ausbrach, war Viktor Emanuel geneigt, den Dank, den er Napoleon III. und der französischen Nation zu schulden glaubte, damit abzuzahlen, daß er ihnen gegen Deutschland bewaffneten Beistand leistete. Dies verhinderte das Ministerium Lanza-Sella, ließ sich aber, als Napoleon dem italienischen Kabinett Anzeige von der bevorstehenden Räumung des Kirchenstaates durch seine Truppen machte, noch bereit finden, auf die Septemberkonvention von 1864 zurückzukommen und die Integrität des päpstlichen Besitzes anzuerkennen.

Aber die Katastrophe von Sedan änderte die gesamte europäische Lage. Die italienische Regierung war außerstande, dem einmütigen Ruf der Nation nach Roms Besitz längeren Widerstand zu leisten.

Am 7. September 1870 richtete der Minister des Äußeren ein Rundschreiben an seine Vertreter bei den fremden Mächten, worin er ihnen mitteilte, daß die italienische Regierung die für die gemeinsame Sicherheit des Papstes und Italiens notwendigen Punkte des römischen Gebietes besetzen werde, daß sie aber nach wie vor bereit sei, sich mit den Mächten über die Sicherung der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes zu verständigen.

Gleichzeitig rückten die italienischen Truppen in den Kirchenstaat ein. Nur zum Schein, und um die äußere Gewalt konstatieren zu können, befahl der Papst, Rom zu verteidigen. Erst nachdem (eine) Bresche geschossen war, zog die Armee Viktor Emanuels am 20. September in das jubelnde Rom ein.

Der Vatikan blieb dem Papst zu ausschließlichem Besitz. Ein schon früher an den Papst gerichtetes Schreiben Viktor Emanuels blieb ebenso ohne Wirkung wie die späteren Schritte der Regierung, eine Versöhnung herbeizuführen. In der Enzyklika vom 1. November exkommunizierte Pius IX. alle Urheber und Teilnehmer der Besetzung Roms; aber das Dekret des Königs vom 8. Oktober, welches die Einverleibung Roms aussprach, blieb nichtsdestoweniger unangefochten. Die am 2. Oktober vorhergegangene Volksabstimmung hatte das Resultat, daß unter 167.000 Wählern 135.600 ihre Stimmen abgaben und 134.000 mit Ja und 1.507 mit Nein stimmten.

Kurz vorher hatte der Papst das vatikanische Konzil vertagt, welches die Unfehlbarkeit seiner Entscheidungen über Glauben und Sitte dekretiert hatte. Nach dieser maßlosen Selbstüberhebung erfolgte der jähe Sturz und der Zusammenbruch der weltlichen Macht des Papsttums. Obwohl nun eine Verständigung zwischen der päpstlichen Kurie und Italien nicht möglich war, bemühte sich die Regierung doch, der katholischen Welt den Beweis zu liefern, daß das Oberhaupt derselben in Rom ganz unabhängig sei.

Die im Mai 1871 publizierten sog. Garantiegesetze gewährten dem Papst alle Bürgschaften. Die Person des Papstes wurde darin für heilig und unverletzlich erklärt gleich der des Königs und mit strengen Strafen jede Ehrenkränkung des Papstes bedroht. Der Papst behielt seine Leibgarde und seine Residenzen, welche volle Immunität genossen und namentlich auch zur Zeit eines Konklaves jeder Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit unzugänglich sein sollten. Selbst eigene Post und Telegraphen zu halten, gestatteten die Garantiegesetze dem Papste.

Die päpstlichen Gesandten und die der fremden Staaten beim Papst genossen die Bürgschaften des Völkerrechts. Der Papst sollte seine kirchlichen Erlasse in Rom durch Plakate und auf jede Weise ohne Staatskontrolle veröffentlichen können. Der König verzichtete auf seine Patronatsrechte bei Ernennung der Bischöfe. 5 Millionen Lire, welche bei der Einnahme Roms sich im Staatsschatz vorfanden, wurden dem Papst zurückgestellt und ihm von seiten des Staates eine jährliche Dotation von 3.225.000 Lire ausgeworfen.

Diese günstigen Bestimmungen wurden von dem Papst zwar im wesentlichen dadurch wirkungslos gemacht, daß er sich jeder Versöhnung unzugänglich erwies und am 15. Mai noch einmal feierlich keine Garantie von der ... Regierung annehmen zu wollen erklärte; vielmehr spielte Pius IX. die heuchlerische Rolle des Gefangenen im Vatikan weiter, ohne freilich die

unfehlbare Leitung der Kirche aus der Hand zu geben.
Indes, unterstützt von dem leichten Temperament des Volkes, ließen sich König und Regierung hierdurch wenig anfechten. Am 26. Januar 1871 war von den Kammern die Verlegung des Regierungssitzes nach Rom beschlossen und am 10. März die Expropriation (Enteignung) von zehn großen Klöstern daselbst zur Unterbringung der Ministerien angeordnet worden. Am 30. Juni folgte die Verlegung, am 2. Juli hielt der König seinen glänzenden Einzug in Rom ... Die meisten auswärtigen Gesandten verlegten ebenfalls ihren Sitz nach der neuen Hauptstadt, wodurch die Mächte ihre Anerkennung des Geschehenen aussprachen.
Am 27. November 1871 wurde das Parlament auf dem Monte Citorio in Rom eröffnet durch eine Thronrede des Königs, welche das Werk seines Lebens, die Einheit Italiens, hiermit für vollendet, für die Zukunft die Organisation der Freiheit und Ordnung als die höchste Aufgabe erklärte.
Vor allem galt es, die Finanzen des Staates zu regeln. Da man der Herstellung des Einheitsstaates bisher alle anderen Rücksichten untergeordnet und für die Errichtung einer starken Land- und Seemacht und deren stete Kriegsbereitschaft wiederholt große Anleihen zu wenig günstigen Bedingungen kontrahiert hatte, so waren die Staatsschulden auf 8 Milliarden, ja mit Zurechnung der Schatzscheine und Banknoten mit Zwangskurs auf 10 Milliarden gestiegen, die jährlich 460 Millionen an Zinsen erforderten.
Die Regelung der Finanzen und die Beseitigung des Defizits ... erwiesen sich daher als schwieriger, als man gedacht (hatte), obwohl die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit 1861 einen ungeheuren Aufschwung genommen und die regelmäßigen Einkünfte sich außerordentlich vermehrt hatten ...
Minghetti übernahm am 16. Juli 1873 den Vorsitz im Ministerium und die Finanzen. Es gelang ihm in der Tat, infolge von Ersparnissen, verbunden mit der natürlichen Vermehrung der Einnahmen, das Defizit 1875 aus dem Budget zu beseitigen und durch ein neues Bankgesetz die Abschaffung des Zwangskurses für das Papiergeld anzubahnen.
Von besonderer Bedeutung wurde das Ministerium Minghetti für die auswärtige Politik Italiens. Die Haltung Frankreichs nach dem deutsch-französischen Krieg flößte Italien allerdings einige Besorgnis ein.
Thiers war stets ein ebenso heftiger Gegner der Einheit Italiens wie der Deutschlands gewesen; um so bereitwilliger ging er daher auf die Wünsche der Klerikalen ein, die, über die Besetzung Roms von Wut entbrannt, am liebsten die Schmach von 1870 durch einen Kreuzzug nach Italien getilgt hätten.
Es blieb nicht nur der französische Botschafter beim Vatikan, sondern Thiers gab ihm 1872 auch einen Militärattaché bei und empfing beim internationalen metrischen Kongreß in Paris den Pater Secchi als Gesandten des Souveräns des Kirchenstaates, wogegen er damit zögerte, den Sitz des französischen Gesandten am italienischen Hofe von Florenz nach Rom zu verlegen. Im Hafen von Civitavecchia ankerte eine französische Fregatte, der Orénoque, um im Notfall den Papst bei der Flucht aus der Gefangenschaft aufzunehmen.
Da Italien Bedenken tragen mußte, allein einen Krieg mit Frankreich zu wagen, so suchte es bei den Ostmächten, Österreich und Deutschland, eine Stütze.
Nachdem bereits 1872 Kronprinz Humbert nebst Gemahlin einen Besuch in Berlin gemacht (hatten), trat, nach Thiers' Sturz und nach dem Emporkommen der Ultramontanen in Frankreich im Mai 1873, der König selbst in Begleitung Minghettis und des auswärtigen Ministers Visconti-Venosta im September 1873 eine Reise nach Wien und Berlin an, welche in Italien mit großen Beifallsbezeigungen begleitet, und durch welche Italiens Anschluß an das Dreikaiserbündnis besiegelt wurde.
Hierdurch wurde die italienische Regierung so gekräftigt, daß sie Frankreich gegenüber energischer auftreten konnte, im Oktober ihren Gesandten Nigra von Paris zeitweilig abberief und

das Klostergesetz, welches die Aufhebung fast aller Klöster und den Verkauf ihrer Güter anordnete, auch in Rom streng durchführte. Frankreich gewährte Italien 1874 die Genugtuung, daß es die Fregatte Orénoque abberief. Im Frühjahr 1875 erwiderte Kaiser Franz Joseph in Venedig, im Oktober Kaiser Wilhelm in Mailand die Besuche des Königs. ...<<

Frankreich: Nach der überraschenden österreichischen Niederlage fordert Napoleon III. am 5. August 1866 für die französische Neutralität das Saarbecken, die bayerische Pfalz, Rheinhessen mit Mainz, Landau, Germersheim und belgische Gebiete (x063/399-400).

Bismarck, der im Gegensatz zu den Österreichern keine verbindlichen Gebietsabtretungen zugesagt hatte, lehnt diese französischen Gebietsforderungen jedoch in "scharfer Form" zurück. Die französischen Hoffnungen, Österreich gegen Preußen zu gewinnen, um das linke Rheinufer zu erobern, scheitern ebenfalls. Danach beginnt zwischen Bismarck und Napoleon III. ein jahrelanges "Duell".

Besonders die Tatsache, daß Preußen immer mächtiger wird und die geschickten französischen Machtpolitiker mit Bismarck erstmalig einen gleichwertigen bzw. überlegenen Gegenspieler gefunden haben, mißfällt den deutschen Erzfeinden natürlich ungemein.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens in den Jahren 1866-1870 in Frankreich (x1.001/61-62): >>... Währenddessen die französische Armee in aller Welt ihr Blut vergoß und bei der Verteidigung der Interessen, die nicht die ihrigen waren, immer schwächer wurde, war, um die deutschen Staaten in einem einzigen Block zu vereinen, Preußen unter der harten Hand des späteren "eisernen Kanzlers" (Otto Eduard Leopold, Fürst von Bismarck, Herzog von Lauenburg, 1815-1898) im Begriff, seine militärische Stärke auszubauen.

Preußischen Wollens und Vollbringens erstes Opfer war Österreich. In Einigkeit mit Preußen, das das dänische Herzogtum Schleswig und Holstein erobern sollte, wurde Österreich von seinem Komplizen getäuscht. Der Krieg, der folgte, wurde alsbald am 3. Juli des Jahres 1866 bei Königgrätz (in Böhmen) von Preußen gewonnen.

Ein furchtbarer Schlag für die alte Habsburgermonarchie, die gerade im Niedergang begriffen war; genauso schwer war der Schlag für den Vatikan, war doch im deutschsprachigen Raum bis dato Österreich derart lange sein zuverlässigstes Bollwerk. Von nun an wird über jene das protestantische Preußen seine Hegemonie (Vormachtstellung) ausüben. Es sei denn … die römische Kirche findet einen fähigen "weltlichen Arm", um die Ausdehnung dieser "ketzerischen" Macht zum völligen Stillstand zu bringen.

Wer aber kann in Europa diese Rolle übernehmen, ausgenommen das französische Kaiserreich? Napoleon III., "der Mann, den die Vorsehung schickte", wird die Ehre haben, Königgrätz zu rächen. Bereit ist die französische Armee nicht. "Die Artillerie (Geschützausrüstung) ist veraltet. Geladen werden unsere Kanonen noch durch die Mündung", schrieb Rothan (Gustav Rothan, 1822-1890), französischer Gesandter in Frankfurt, der die Katastrophe kommen sieht. "Preußen weiß um seine Überlegenheit und unsern Mangel an Vorbereitung", fügt er mit vielen anderen Beobachtern hinzu.

Die Kriegsanstifter ficht dies nicht an. Anlaß für jenen Konflikt ist die Kandidatur eines Hohenzollern für den vakanten (leeren) spanischen Thron; auch Bismarck will es. Als er die Emser Depesche (von Bismarck durch Kürzungen und Umformulierungen verschärfte Fassung eines Telegramms aus Bad Ems am 13.7.1870 über Unterredungen König Wilhelms I. mit dem französischen Botschafter) fälschte, hatten die Kriegsbefürworter das Spiel in ihrer Hand und erregten die öffentliche Meinung.

Frankreich höchstselbst erklärte den Krieg, besagten "Krieg von 1870/71, den die Geschichtswissenschaft als Werk der Jesuiten nachwies", wie Gaston Bally schrieb.

Die Zusammensetzung der Regierung, die Frankreich in die Katastrophe schickte, wird von dem angesehenen Historiker Adrien Dansette (1901-1976) wie folgt beschrieben: "Napoleon

III. begann Victor Duruy (französischer Historiker und Politiker, 1811-1894) zu opfern und beschloß dann, die Regierung Männern aus dem Volk zu übertragen (Januar 1870). Die neuen Minister waren fast alle aufrichtige Katholiken oder an den Sozialkonservatismus (Grundsatz der Verantwortung gegenüber Armen, Schwachen, dem Proletariat, nach 1. Korinther 12, 26) gläubige Geistliche."
Das Unerklärliche ist nunmehr leicht zu verstehen: die Eile der Regierung, aus besagter gefälschter Depesche, noch vor Erhalt einer Bestätigung, einen "Casus Belli" ("Kriegsgrund") herauszulesen.
"Die Folgen waren: der Zusammenbruch des Kaiserreichs und im Anschluß daran der Gegenangriff auf den päpstlichen Thron. … Das kaiserliche Gebäude und das päpstliche Gebäude, gekrönt von den Jesuiten, stürzten trotz Unbefleckter Empfängnis (die katholische Lehre, daß Maria, die Mutter Jesu Christi, durch besondere Gnade Gottes ohne Erbsünde empfangen worden sei) und Unfehlbarkeit des Papstes in denselben Dreck! Aber ach! Den Dreck über der Asche Frankreichs." …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 29.05.2004) über die preußisch-französischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 (x887/...): >>**Der letzte Schritt auf dem Weg zum Reich**
Im Deutsch-Französischen Krieg bricht Preußen den Widerstand Kaiser Napoleons III. gegen die deutsche Einheit
Traditionell lieben französische Staatsführungen Deutschland so sehr, daß sie froh sind, wenn es mehrere davon gibt, und daß sie das ihnen mögliche tun, um dazu beizutragen. So hatte der Kaiser der Franzosen im Prager Frieden vom 23. August 1866, der den Deutschen Krieg beendete, durchgesetzt, daß Deutschland dreigeteilt wurde in den preußisch dominierten Norddeutschen Bund, der die Maingrenze im Süden nicht überschreiten durfte, in das Kaiserreich Österreich sowie in die süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten des sogenannten Reinen oder Dritten Deutschlands, die analog zum Norddeutschen einen Süddeutschen Bund bilden sollten, der "eine internationale unabhängige Existenz haben wird".
Dazu, daß es zu diesem von Frankreich protegierten Südbund nie gekommen ist, haben Bayern auf direktem und Österreich auf indirektem Wege nicht unwesentlich beigetragen. Es war nämlich der damalige österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich gewesen, der auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 dafür Sorge getragen hatte, daß Preußen und Bayern Exklaven im Rheinland besaßen.
Zum einen sollten die beiden Mächte, die zuvor häufiger mit Frankreich gegen die deutsche Zentralgewalt paktiert hatten, dadurch genötigt sein, sich an der Wacht am Rhein zu beteiligen. Zum anderen hoffte Metternich zu Recht, daß Bayern und Preußen fortan versuchen würden, eine Landbrücke zwischen dem Mutterland und der Exklave im Westen zu schlagen, und daß dieses Bemühen die betroffenen Nachbarn zu natürlichen Verbündeten Österreichs machen würde.
In der Tat vergiftete das bayerische Bemühen um eine Landbrücke zur Pfalz die Beziehungen der Süddeutschen untereinander derart, daß das für einen freiwilligen Zusammenschluß in einem von der Regionalmacht Bayern geführten Südbund nötige Vertrauen nicht bestand.
Die Realisierung der von Frankreich verfolgten Idee der Trias wurde auch dadurch unterlaufen, daß Preußen durch den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen mit Württemberg, Baden, Bayern und Hessen - in wenn auch sehr bedingtem Umfange - der Sprung über den Main gelang. Zum Abschluß dieser für den Deutsch-Französischen Krieg nicht unerheblichen Bündnisse trug Frankreich selber - wenn auch ungewollt - bei.
Für den Machtgewinn Preußens durch den Prager Frieden hatte Napoleon III. territoriale Kompensationen im deutsch-französischen Grenzraum gefordert. Dazu gehörten Saarbrücken, Landau, Luxemburg, die bayerische Pfalz sowie das linksrheinische Hessen mit Mainz. Bis-

marck ließ sich einen entsprechenden französischen Vertragsentwurf aushändigen und zeigte ihn den süddeutschen Regierungen, die darauf in der erwarteten Weise reagierten. Auf der Suche nach Schutz vor den französischen Expansionswünschen zeigten sie sich zu den Verteidigungsbündnissen mit Preußen bereit.
Der preußische Ministerpräsident Otto Graf von Bismarck wagte es nicht, Napoleons Forderungen rundheraus abzulehnen, und versuchte deshalb, dessen Aufmerksamkeit von deutschem auf nichtdeutsches Territorium zu lenken, zu dem er neben dem belgischen auch das luxemburgische zählte. Die französische Regierung ließ sich darauf ein, und so wurde Bismarck nun ein Vertragsentwurf ausgehändigt, der Belgien und Luxemburg als Kompensationen vorsah.
Mit dem Großherzogtum, das in Personalunion mit den Niederlanden verbunden war, wollte die französische Regierung beginnen, getreu dem Motto ihres Botschafters in Berlin, Vincent Graf Benedetti: "Einmal in Luxemburg, sind wir auf der Straße nach Brüssel, wir werden auf diesem Weg um so schneller dort eintreffen."
Bismarck war grundsätzlich einverstanden, da "hier der natürliche Machtzuwachs liege, wie er sowohl durch Nationalität und Sprache, als durch das defensive System Frankreichs vorgezeichnet werde". Bismarck betrachtete Luxemburg als einen nichtdeutschen Staat, in dem "die Stimmung namentlich unter den Reichen vielleicht mehr nach Paris gewandt sei", und signalisierte deshalb der französischen Regierung grundsätzliches Einverständnis.
Aber er wußte auch, daß die Nationalbewegung in seinem Land mehrheitlich anders dachte. Luxemburg ist immerhin bis zu dessen Ende 1866 Mitglied des Deutschen Bundes gewesen, und bei der Landessprache Luxemburgisch handelt es sich um eine moselfränkische Mundart des Deutschen. Bismarcks Einverständnis mit einer Einverleibung des Großherzogtums durch das Kaiserreich konnte deshalb nur ein geheimes sein, wollte er nicht die deutsche Nationalbewegung gegen sich aufbringen. Er versuchte, dieses den Franzosen zu signalisieren, und mahnte sie, die Vorbereitungen im geheimen vorzunehmen, um dann Preußen scheinbar vor vollendete Tatsachen zu stellen.
Die französische Regierung verhielt sich entsprechend dem Rat und trat in Geheimverhandlungen mit dem luxemburgischen Großherzog ein, mit dem Ziel eines Kaufes des Landes. Der unter Geldnot leidende Wilhelm III. war hieran auch durchaus interessiert, doch wollte er in dieser Sache nichts ohne die ausdrückliche Zustimmung der Preußen machen, die aus der Zeit des Deutschen Bundes noch Truppen in der vormaligen Bundesfestung stationiert hatten.
Entgegen dem wohlbegründeten Rat der Franzosen fragte er offiziell den preußischen König nach dessen Meinung. Offiziell gefragt, konnte die Antwort der preußischen Staatsführung nur negativ lauten, wollte sie nicht als Vaterlandsverräter dastehen (und jede Hoffnung auf eine deutsche Einigung unter ihrer Führung aufgeben). Wilhelm III. brach daraufhin die Beziehungen mit den Franzosen ab.
Für diese Blamage machte Napoleon Bismarck verantwortlich, der ihn hinterhältig in eine Falle gelockt habe. Das Vertrauensverhältnis war zerstört, die preußisch-französischen Beziehungen belastet bis zerrüttet, ein Einverständnis Frankreichs zur Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main undenkbar. Im britischen Außenministerium wurde die Situation auf den Punkt gebracht: "Frankreich würde, wenn es inzwischen nicht weiser werde, die deutsche Einigung als casus belli betrachten". "Sehr wahr und weise", kommentierte deshalb Bismarck in einer Randglosse eine Bemerkung seines Königs, er selbst werde die Einigung Deutschlands nicht erleben, ob sein Sohn stehe dahin, vielleicht erst sein Enkel.
Doch dann brachte die spanische Thronfolgefrage eine ungeahnte Dynamik in den deutschen Einigungsprozeß. 1868 wurde in Spanien Königin Isabella II. von ihrem eigenen Militär gestürzt. Auf der Suche nach einem Nachfolger trat der Ministerrat an Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen heran. Bismarck war klar, daß ein Hohenzollernprinz auf dem

Throne Karls V. bei den Franzosen unangenehme Erinnerungen an die Zeit der habsburgischen Umklammerung wachrufen würde.
Das motivierte ihn, die Kandidatur zu fördern, getreu der Devise: "In unserem Interesse liegt es, daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibt, und eine für Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die uns nützliche." Entsprechend Bismarcks Rat stellte sich Leopold am 19. Juni 1870 als Kandidat zur Verfügung. Zwei Tage später wurde die Kandidatur vom Chef des Gesamthauses, dem preußischen König Wilhelm I., gebilligt.
Als jedoch die Kandidatur in Paris bekannt wurde, brauchte die französische Regierung nur entschlossen genug zu reagieren, um die Hohenzollern zum Nachgeben zu bewegen. Auf ein entsprechendes Handschreiben Wilhelms I. hin zog Leopold seine Kandidatur zurück. Was dann geschah, erfuhr die damalige Öffentlichkeit durch die von Bismarck durch Reduktion pointierte Emser Depesche:
"Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.
Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."
Keine Woche später, am 19. Juli 1870, erklärte das französische Kaiserreich dem preußischen Königreich den Krieg.
Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gelang es Preußen mit seinen Verbündeten, Frankreich zu besiegen und damit das letzte externe Hindernis auf dem Weg zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter seiner Führung aus dem Weg zu räumen. Ebenso wie bei der Frage des Kriegseintrittes konnten sich die süddeutschen Regierungen auch in jener des Beitritts zum Norddeutschen Bund dem Sog der Nationalbewegung kaum entziehen. Und wo das nicht reichte, kam Bismarck den Regierungen mit der Gewährung von Sonderrechten entgegen.
Nachdem der Norddeutsche Bund durch den Beitritt der Süddeutschen zum Deutschen Reich geworden war und der Herrscher des zweitgrößten Mitgliedsstaates, Ludwig II. für eine jährliche Pension von 100.000 Talern dem bisherigen sogenannten Präsidium, sprich Wilhelm I., die Kaiserkrone angeboten hatte, konnte am 18. Januar 1871 der König von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert werden. Dieser Akt im Spiegelsaal von Versailles versinnbildlichte wie kein anderer für das Gros der (Reichs-)Deutschen die Erfüllung des nationalen Traums von der Deutschen Einheit.

Was für den Kriegsausgang von Bedeutung war

Frankreichs Niederlage hat zweifellos auch militärische Gründe. Wie schon 1866 verlief auch diesmal die preußische Mobilisierung - ganz im Gegensatz zur französischen - schnell und reibungslos, so daß die Preußen schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen. Trotz diverser Disziplinlosigkeiten auf preußischer Seite kam doch in diesem Einigungskrieg die Genialität des Generalstabschefs Helmuth von Moltke in einer Weise zur Geltung wie in keinem der vorausgegangenen.
Hier konnte er in den Schlachten von Sedan und Metz sein Konzept der Umfassungs- und Vernichtungsschlacht anders als bei Königgrätz, wo den Österreichern das Entweichen aus der Umklammerung gelungen war, vollständig umsetzen. Hinzu kam eine hohe Motivation bei den deutschen Truppen, und damit kommen wir zu den politischen Gründen für den Kriegsausgang.

Zu seiner Überraschung mußte das Empire feststellen, daß es nicht nur Preußen und dem Norddeutschen Bund, sondern der geballten Kraft des späteren Deutschen Reiches - mit Ausnahme des damals noch zu Frankreich gehörenden Elsaß-Lothringen - gegenüberstand. Eine ungeahnte nationale Begeisterung und Solidarität hatte das Land erfaßt, die es den süddeutschen Regierungen unmöglich machte, den Bündnisfall nicht als gegeben anzusehen.
Dazu hatte das Kaiserreich das Seinige beigetragen. Es hatte Preußen den Krieg erklärt, und nicht nur in Deutschland wurden eher die Forderungen des französischen Botschafters Benedetti als die Reaktion des preußischen Königs Wilhelm I. hierauf als Zumutung und Provokation betrachtet.
Neben diesen generellen gab es für die einzelnen Großmächte noch spezielle Gründe, Frankreich nicht beizuspringen. Einige seien hier genannt. Das Königreich Italien wünschte sich den vom katholischen Empire geschützten Kirchenstaat einzuverleiben. Für die Habsburgermonarchie bot der Deutsch-Französische Krieg zwar zumindest theoretisch die Chance einer Revanche für 1866, doch hatte der antifranzösische Zorn der deutschen Nationalbewegung nicht an den Grenzen Bayerns, Sachsens und Preußens haltgemacht, sondern auch große Teile der deutschen Volksgruppe in der Habsburger Doppelmonarchie erfaßt.
Auch unter den Ungarn stieß die Idee eines Kampfes gegen Preußen auf Widerstand, denn immerhin hatte deren Sieg über Österreich den Magyaren erst mit dem sogenannten Ausgleich von 1867, der in der neuen Bezeichnung Österreich-Ungarn signifikant zum Ausdruck kam, die Gleichberechtigung mit den Deutschen in der Donaumonarchie gebracht. Ihnen war die deutsche Frage ziemlich egal. Sie sorgten nun dafür, daß sich das Habsburgerreich vermehrt ihrem Interessengebiet, nämlich dem Balkan, zuwandte.
Das wiederum trieb Rußland in die Arme Preußens. Davon abgesehen war das Zarenreich während des Deutsch-Französischen Krieges weitgehend damit beschäftigt, in dessen weltpolitischem Windschatten und mit Preußens Unterstützung den Ausgang des verlorenen Krimkrieges zu revidieren und die Souveränität über das Schwarze Meer wiederherzustellen.
Großbritannien schließlich wurde von einem Eingreifen auf seiten Frankreichs nicht zuletzt dadurch abgehalten, daß Bismarck in der Woche nach der französischen Kriegserklärung in der Londoner Times den oben erwähnten französischen Vertragsentwurf bezüglich einer Kompensation durch Luxemburg und Belgien veröffentlichte. Daß die seefahrende Großmacht Frankreich versucht hatte, in den Besitz der der Themsemündung gegenüberliegenden Kanalküste zu gelangen, kostete Napoleon viele Sympathien auf der Insel. Auch in diesem Detail zeigt sich Bismarcks außenpolitische Größe, an deren Fehlen sein Land seit 1890 so sehr leidet.<<

USA: US-General William Sherman schreibt am 28. Dezember 1866 an das Oberkommando der nordamerikanischen Armee (x068/68): >>Wir müssen mit äußerster Strenge gegen die Sioux vorgehen, bis zu ihrer Ausrottung – Männer, Frauen und Kinder. Nichts anderes wird das Übel an der Wurzel treffen. ...
Alle Indianer, die sich an ihren alten Jagdgebieten festklammern, sind feindlich und werden es bleiben, bis sie abgeschossen sind. ...
Je mehr wir in diesem Jahr töten, desto weniger brauchen im nächsten Jahr getötet werden. ...<<

1867

Norddeutscher Bund: Bismarck schlägt am 28. März 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts vor (x261/105-106): >>... Was wollen denn die Herren, die das anfechten, ... an dessen Stelle setzen? Etwa das preußische Dreiklassensystem?
Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas aus der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist

nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden (Unruhe und Bravo!), ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt. Leute, die in irgendeiner Gemeinde weit über die erste Klase hinausreichen, diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft ...
Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht.
Ein ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Zensus (Schätzung), eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt; wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt, ... politisch tot in diesem Staatswesen sein solle.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck in den Jahren 1867-1885 (x802/984-985): >>(Bismarck) ... Bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes zeigte er sich gegen die kleineren Staaten sehr loyal und erwarb sich das Vertrauen der Fürsten. Die Bestimmungen derselben verteidigte er im konstituierenden Reichstag 1867 mit großem Eifer und meist mit Erfolg, namentlich das allgemeine, direkte Wahlrecht für den Reichstag und die alleinige Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers.
Der Welt gab er in der Luxemburger Frage 1867 einen unzweideutigen Beweis seiner Friedfertigkeit; er sah wohl den Krieg mit Frankreich voraus, das ihn fortwährend mit Anträgen eines Bündnisses und gemeinschaftlicher Annexionen behelligte, die er nicht annahm und nicht ablehnte, wollte aber jede Möglichkeit wahrnehmen, einen so blutigen Kampf zu vermeiden. Um Napoleon jeden Vorwand zu entziehen, vermied er auch alles, was den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund beschleunigen konnte; selbst als sein Versuch mit dem Zollparlament 1868 scheiterte, übte er keinen Druck auf dieselben aus.
Es gelang ihm so, wirklich den Krieg hinauszuschieben und die Ungeduld der französischen Politiker so zu reizen, daß dieselben endlich die spanische Thronkandidatur zum Vorwand einer Kriegserklärung nahmen, sich dadurch als Angreifer ins Unrecht setzten und sich ihrer Allianzen beraubten. Durch seine Enthüllungen über Napoleons Absichten auf Belgien in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 machte er die öffentliche Meinung in England Frankreich abspenstig.
Er begleitete wiederum den König in den Krieg und leitete die auswärtige Politik vom Hauptquartier aus. Zur rechten Zeit verkündete er in den Rundschreiben vom 13. und 16. September die Absicht und das Recht Deutschlands, sich gegen künftige französische Angriffe durch Verlegung der schutzlosen süddeutschen Grenze nach Westen und den Besitz der eroberten Rhein- und Moselfestungen zu sichern, und hütete sich wohl, den nationalen Standpunkt in seinen Verhandlungen mit den Franzosen über Gebühr zu betonen.
Fremde Einmischung in die Friedensverhandlungen wehrte er mit dem Hinweis ab, daß Deutschland den Krieg allein ausgekämpft, also auch das Recht habe, den Frieden allein abzuschließen. Die Verträge über den Eintritt der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich brachte er in Versailles zum Abschluß und scheute sich nicht, Bayern beträchtliche besondere Zugeständnisse zu machen. Den Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 schloß er persönlich ab.
Mit der Errichtung des Deutschen Reiches wurde er zum Reichskanzler ernannt, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben und ihm eine große Domäne in Lauenburg mit dem Sachsenwald geschenkt.
Den neuerworbenen Reichslanden Elsaß-Lothringen wendete er seine besondere Fürsorge zu, und alle diese betreffenden Maßregeln sind auf seine eigene Anregung erfolgt und von ihm selbst im Reichstag verteidigt worden.

Hauptsächlich aber wurden seine Kräfte nach dem deutsch-französischen Krieg von dem Kulturkampf in Anspruch genommen, den er mit der ganzen ihm eigentümlichen Kraft und Energie führte, sobald die Zentrumspartei ihn durch Mobilmachung aller reichsfeindlichen Elemente unter klerikaler Fahne eröffnet hatte. In den ersten Jahren trat er im Landtag mit mehreren bedeutenden Reden für die Sicherung des Staates gegen die päpstliche Anmaßung ein, zog sich freilich auch dadurch die heftigsten Angriffe seitens der Ultramontanen zu; am 13. Juli 1874 ... (verübte) sogar ein fanatisierter Böttchergeselle, Kullmann, in Kissingen einen Mordanfall auf ihn.

Die ungeheure Last der Geschäfte, die auf ihn drückte, die aufreibende Tätigkeit der früheren Jahre, die unaufhörlichen Anfeindungen, welche er auch von seiten früherer Parteigenossen erfuhr, seit er sich auf die Liberalen im Parlament stützte, ... erschütterten seine Gesundheit so, daß er sich am 21. November 1872 bis 10. November 1873 vom preußischen Ministerpräsidium entbinden und 1878 eine geregelte Stellvertretung einsetzen ließ. Wiederholt bat er um seine Entlassung, die der König aber nicht bewilligte, da er sich nicht von ihm trennen zu wollen erklärte. Seine Aufenthalte in Varzin und Friedrichsruh zur Erholung dehnten sich daher oft auf mehrere Monate aus; im Sommer ... (nutzte) er meist in Kissingen die Kur.

Sein unermüdlicher Geist schuf sich immer neue Aufgaben zur Verwirklichung seines Zieles, der Macht und Größe seines Vaterlandes, so das Reichseisenbahnprojekt, nach dessen Scheitern er den Ankauf der Bahnen in Preußen durch den Staat durchsetzte, und 1879 die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, in deren weiterer Verfolgung er mit den Nationalliberalen brach, worauf er, um die Ultramontanen zu gewinnen, den Kulturkampf aufhören ließ; auch übernahm er der wirtschaftlichen Reformen wegen das preußische Handelsministerium.

An die neue Zollgesetzgebung, welche die Einnahmen des Reiches steigerte und manche Zweige der Industrie hob, schlossen sich soziale Reformen, welche durch Befriedigung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes denselben vor dem verderblichen Einfluß der Sozialdemokratie bewahren sollten.

Bismarck stieß hierbei allerdings auf Opposition bei den Liberalen. Er trug kein Bedenken, deren Schwächung und Spaltung zu befördern, ohne daß es ihm jedoch gelang, eine konservative Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen. Wegen der schroff oppositionellen Haltung der Fortschrittspartei mußte Bismarck sich daher auf das Zentrum stützen und diesem in dem kirchlichen Streit manche Zugeständnisse machen. Nur mit Mühe und nach langen Verhandlungen wurden das Krankenkassengesetz und das Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen, das Tabakmonopol aber abgelehnt.

Die auswärtige Politik leitete Bismarck nach wie vor mit gewohnter Meisterschaft, so daß ihm die Nation in dieser Beziehung unbedingtes Vertrauen schenkte. Erhaltung des Friedens war sein Ziel, und während des russisch-türkischen Krieges waren seine Bemühungen mit Erfolg darauf gerichtet und wurden dadurch anerkannt, daß Berlin 1878 zum Sitz des Friedenskongresses und Bismarck zum Präsidenten desselben erwählt wurde.

Von Rußland wendete er sich mehr und mehr ab und Österreich zu, mit dem er im September 1879 ein Schutzbündnis schloß. Dasselbe führte zu einer dauernden gemeinschaftlichen Aktion Deutschlands und Österreichs und wurde 1883 erneuert. Es befestigte sich so, daß auch Italien sich ihm anschloß und Rußland seine Eifersucht unterdrückte.

Selbst das Verhältnis zu Frankreich wußte Bismarck durch weise Mäßigung zeitweilig freundlicher zu gestalten.

Gestützt auf das gute Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Kontinentalmächten, unternahm es Bismarck 1884, deutsche Kolonien zu erwerben; den Widerstand Englands wußte er mit großer diplomatischer Kunst zu beseitigen. Schwieriger war es, die klerikal-fortschrittliche Opposition gegen die Kolonialpolitik und den Plan, Dampferlinien nach den fremden Erdteilen zu subventionieren, im Reichstag zu überwinden.

Um so mehr Beifall fand die erfolgreiche Tätigkeit Bismarcks auch auf diesem Gebiet bei den Mächten, wie der Verlauf der von Bismarck nach Berlin berufenen Kongokonferenz bewies, und bei dem deutschen Volk.
In seiner Gesundheit durch eine glückliche Kur gekräftigt, hielt Bismarck 1885 im Reichstag mehrere Reden über seine auswärtige und Kolonialpolitik, die im Volk einen mächtigen Widerhall hervorriefen. Der 70jährige Geburtstag Bismarcks wurde daher am 1. April 1885 unter glänzenden Ovationen aus allen Teilen Deutschlands und allen Schichten der Bevölkerung gefeiert; der Tag gestaltete sich zu einem allgemeinen Volksfest. Aus den reichen Erträgen der "Bismarckspende" wurde dem Reichskanzler das 1830 der Familie verloren gegangene Hauptgut Schönhausen geschenkt.
Bismarck ist von hohem Wuchse; sein markiger Körperbau, die hohe Stirn, die scharf ausgeprägten Gesichtszüge, der lebhafte Blick seiner unter den buschigen Brauen stark hervortretenden Augen lassen auch äußerlich die geist- und kraftvolle Persönlichkeit erkennen. Durch ritterliche Übungen hat er von Jugend auf seinen Körper gestählt; Reiten und Jagen waren stets seine liebste Erholung.
Die körperlichen und geistigen Kräfte sind seinem Willen untertan; auch in den Momenten der größten Erregung erscheint er ruhig und kalt, sein tiefes Gefühl und die Leidenschaftlichkeit seiner starken Natur kommen nur selten zum Durchbruch.
Als Redner hat Bismarck mit der Überfülle der ihm zuströmenden Gedanken zu kämpfen, oft scheint er in der Rede zu stocken, weil er sorgfältig abwägend die Worte auswählt, welche seinen Gedanken den genauesten Ausdruck geben und nicht mehr sagen, als er sagen will; deshalb machen seine Reden auf den Lesenden noch größeren Eindruck als auf den, der sie hört. Ihre Wirkung reicht durch die Kraft der Gedanken und die oft durch den frischesten Humor gewürzte Anschaulichkeit der Darstellung weit über den Kreis hinaus, an den sie zunächst gerichtet ist.
Bismarcks Gemahlin, Fürstin Johanna von Bismarck, geborene von Puttkamer, ist am 11. April 1824 geboren. Der am 28. Juli 1847 geschlossenen Ehe sind drei Kinder entsprossen: Gräfin Marie, geboren am 21. August 1848, seit 1878 vermählt mit dem Legationsrat Grafen Rantzau; Graf Herbert, geboren am 28. Dezember 1849, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und oft zu wichtigen diplomatischen Sendungen verwendet, Mitglied des Reichstages, und Graf Wilhelm, geboren am 1. August 1852, Landrat in Hanau. ...<<
Österreich-Ungarn: Nach der katastrophalen Niederlage gegen Preußen wird die deutsch-österreichische Vormachtstellung der Donaumonarchie in ihren Grundfesten erschüttert. Das Habsburger Reich muß im Jahre 1867 nach langen, schwierigen Verhandlungen in den Doppelstaat Österreich-Ungarn umgewandelt werden. Ungarn (einschließlich Kroatien, Siebenbürgen, Slawonien u.a.) wird ein selbständiges Königreich, das jedoch in Personalunion mit Österreich verbunden bleibt.
Die Gegensätze der anderen Nationalitäten (Tschechen, Polen, Russen, Serben, Slowenen, Kroaten usw.) lassen sich dadurch jedoch nicht beseitigen. Angesichts dieser neuen Machtaufteilung fühlen sich besonders die stolzen Tschechen, die vielfältige Sonderrechte besitzen, gegenüber den Ungarn benachteiligt und übergangen. Viele Slawen fordern damals ein großes Reich aller Slawen unter russischer Führung (Panslawismus).
Die Regierung Österreich-Ungarns erläßt am 12. Dezember 1867 folgendes Staatsgrundgesetz (x272/104): >>Art. 1. Für alle Angehörigen der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder besteht ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht. ...
Art. 19. Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt.

In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält. ...<<

Luxemburg: Napoleon III. versucht im Jahre 1867 vergeblich, Luxemburg (bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes) von den Niederlanden zu erwerben, da Preußen diesen Kauf verhindert.

Großbritannien: Karl Marx arbeitet unbeirrt in England weiter und vollendet dort mit Engels tatkräftiger Hilfe im Jahre 1867 sein Lebenswerk "Das Kapital", Band I.

"Das Kapital" (die "Bibel des Marxismus-Leninismus", 2.671 Seiten) verspricht den Proletariern (besitzlose Bevölkerung bzw. Träger des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) die Errichtung eines kommunistischen Idealstaates (persönliche Freiheit und größere Gerechtigkeit, keine Ausbeutung des einen durch den anderen sowie soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Menschen).

Karl Marx berichtet im Jahre 1867 über die Maschinen und das Fabrikwesen (x056/203): >>...
In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeuges, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. ... In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von (den Arbeitern), und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt. ...

Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und beansprucht alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der (Qual), indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet. ...

Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauffolgende Füllung der Märkte, mit deren ... (Schrumpfung) ... Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihefolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität (Aufschwung), Überproduktion, Krise und Stagnation (Stillstand). Die Unsicherheit und Stetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus.<<

Marx und Engels prophezeien nicht nur den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern sie fallen auch durch nationalistische Äußerungen und Rassismus bzw. Rassenhetze auf.

Karl Marx und Friedrich Engels schreiben damals über sog. "reaktionäre Nationen" oder "Völkerabfälle" (x025/108): >>Die Schweizer - ... ein grenzenlos aufgeblasenes Volk von vorsintflutlichen Alpenhirten, vernagelten Bauern und schmutzigen Spießbürgern, - arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, breit von Schultern, wenig Gehirn, aber viel Wade.

Die Norweger - ... eine brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität – in der sich die christlich-germanische Barbarei in ihrer ursprünglichen Gestalt beinahe bis aufs Eichelfressen erhalten hat.

Die Polen - die nie etwas anderes in der Geschichte getan (haben) als tapfere krakeelsüchtige Dummheiten gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentiert oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.

Alle Balkanvölker – (die unfähig zum Aufbau einer eigenen staatlichen Ordnung und zu ihrer Verteidigung seien). Was wäre aus diesen zersplitterten kleinen Natiönchen, die eine so er-

bärmliche Rolle in der Geschichte gespielt haben, was wäre aus ihnen geworden, wenn sie nicht von Magyaren und Deutschen zusammengehalten und gegen die (türkischen) Heere Solimans geführt worden wären, wenn nicht ihre sogenannten "Unterdrücker" die Schlachten entschieden hätten, die zur Verteidigung dieser schwachen Völkerschaften geschlagen wurden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 29. November 2022) über den slawischen Panslawismus: **Friedrich Engels: "Keinen Zoll den Polen!"**

_ von *Gero Bernhardt*

Linke haben zur Untermauerung ihrer Ansichten fast immer einen Spruch ihrer Säulenheiligen Marx und Engels zur Hand. Mit Blick auf den polnischen Expansionismus und Chauvinismus können sie ihre Altvorderen allerdings nicht nutzen.

Aber nicht etwa deshalb, weil die beiden nichts über den schon lange vor dem Ersten Weltkrieg virulenten slawisch-germanischen Gebietsstreit um den deutschen Osten gesagt oder geschrieben hätten. Ganz im Gegenteil bewegte sie der zu ihrer Zeit aufkommende Panslawismus mit seiner Forderung, die Volkstumsgrenze auf die Linie Triest-Stettin zu verschieben, außerordentlich. Es liegen etliche Texte des Kommunisten-Duos dazu vor. Nur verschweigen die Linken heute schamvoll jene Texte, da sie eindeutig die deutsche Position stützen und den Polen die Leviten lesen.

"Zivilisierung" des Ostens

Marx und Engels verwahrten sich entschieden gegen die schon damals verbreitete Geschichtslüge von einer mit Leichen gepflasterten "Ostexpansion" der Deutschen. In einem Artikel, der 1852 in der New York Daily Tribune erschien, hob Friedrich Engels hervor, daß die, wie er es ausdrückte, "Zivilisierung" des Ostens vornehmlich friedlich erfolgt sei.

Es habe sich um einen ganz natürlichen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einfluß "der entwickelten Nation auf die unentwickelte" gehandelt. Das polnische Volk habe bislang noch nicht bewiesen, so Engels, sich über einen bäuerlichen Feudalzustand zu erheben. Man könne ganze Landstriche, "hauptsächlich von Deutschen bewohnt, große völlig deutsche Städte" unmöglich den Polen überlassen.

Es sei nicht nur das Recht, sondern im Blick auf den "geschichtlichen Fortschritt" geradezu die Pflicht der deutschen Nation, sich gegen jene "lächerliche, antihistorische Bewegung einer Handvoll slawischer Dilettanten der Geschichtswissenschaft", die sich "die Unterjochung des zivilisierten Westens durch den barbarischen Osten" als Ziel gesetzt hätte, zur Wehr zu setzen.

Bereits am 23. Mai 1851 schrieb Engels an Marx:

"Jeder Zoll, den wir an der Grenze von Memel bis Krakau nachgeben, ruiniert diese ohnehin schon miserabel schwache Grenze und legt die ganze Ostgrenze bis nach Stettin bloß."

Am Ende verstieg er sich in dem Schreiben an seinen Genossen gar zu der Forderung, man solle "Polen im Westen abnehmen, was man nur kann". So etwas empfahlen später noch nicht einmal die schärfsten Kritiker des polnischen Expansionismus in Bezug auf unsere östlichen Nachbarn. ...<<

USA: Im Jahre 1867 erwirbt die US-Regierung Alaska von Rußland.

US-Truppen besetzen die Midway-Inseln im Pazifik.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts (x068/152): >>… Schon im Sommer 1867 aber hatten die USA die Midway-Inseln im Pazifik besetzt.

Ein Jahrzehnt später greift man vorsichtig nach Samoa aus, wo man vor allem den deutschen Einfluß zurückzudrängen sucht. Man schließt 1878 mit Samoa einen sogenannten Freundschafts- und Handelsvertrag und richtet Pago Pago Harbor als Kohlestation für die US-Marine ein.

Bald gibt es Spannungen zwischen Deutschland, England und den USA. Kriegsschiffe laufen

nach Apia Harbor aus.
Doch wird die sich zuspitzende Samoa-Krise 1889 durch einen schönen, leider viel zu seltenen Zufall bereinigt: am 16. März zerstört die sich gegenseitig belauernden Kriegsschiffe der drei Nationen ein Hurrikan.
Allmählich dringen amerikanische Farmer nach Hawaii vor. 1887 erhalten die USA das ausschließliche Recht auf einen Marinestützpunkt in Pearl Harbor. 1894 erkennen sie die Republik von Hawaii an. 1898 annektieren sie Hawaii: der Kongreß akzeptiert die Annexion in einer gemeinsamen Resolution.
Und kaum hatten die Yankees damals den Indianern in Oklahoma ihre letzten Domänen weggenommen, hielt es sie schon nicht mehr innerhalb der Grenzen des bisher Geraubten.
Sie konnten sich nun auf Raub und Krieg außerhalb des Geraubten konzentrieren und so drängten sie darüber hinaus, griffen sie überall dort ein, wo die eigenen wirtschaftlichen Interessen bedroht beziehungsweise ausbaufähig schienen. Und die strategischen Interessen kamen hinzu.
Der Krieg, den sie noch im selben Jahr begannen - ein "herrlicher kleiner Krieg", so Außenminister John Hay -, war ihr erster Schritt zur Weltmacht, zur größten Weltmacht der Geschichte. Für den doch recht geringen Preis von 2.446 Menschenleben, wobei die meisten durch Krankheit umkamen, raubten sie den Spaniern, was freilich diese schon geraubt:
Kuba, Puerto Rico und die Philippinen.<<
Am 2. März 1867 beschließt die US-Regierung das erste Wiederaufbaugesetz für die von Besatzungstruppen verwalteten Südstaaten (x058/189): >>Da in den Rebellenstaaten ... zur Zeit keine rechtsmäßige Staatsregierung oder ein entsprechender Schutz für Leben und Eigentum besteht und da es notwendig ist, daß Frieden und Ordnung in den genannten Staaten durchgesetzt werden müssen, bis loyale und republikanische Staatsregierungen rechtens eingesetzt worden sind, wird verordnet: daß die genannten Rebellenstaaten in Militärbezirke eingeteilt und der militärischen Oberhoheit der Vereinigten Staaten unterworfen werden. ...
Abschnitt 2. daß es die Pflicht des Präsidenten sein soll, das Kommando über jeden dieser Bezirke einem Armeeoffizier nicht unterhalb des Ranges eines Brigadegenerals zu übertragen und eine ausreichende Militärmacht abzukommandieren, um jenen Offizier instand zu setzen, seine Pflichten zu erfüllen und seine Autorität innerhalb des ihm zugewiesenen Bezirkes durchzusetzen.
Abschnitt 3. daß es die Aufgabe jedes dieser Offiziere sein soll, alle Personen in ihren persönlichen Rechten und ihrem Eigentum zu schützen, Aufstände, Unordnung und Gewalt zu unterdrücken und alle Friedensstörer und Verbrecher zu bestrafen oder bestrafen zu lassen ...
Todesurteile müssen in jedem Fall vom Präsidenten bestätigt werden. ...<<
Die US-Regierung verspricht den Häuptlingen der Komantschen und Kiowa im Jahre 1867, daß Weiße keine Büffel mehr jagen dürfen (x180/61).
Lame Deer (um 1900-1974, Medizinmann vom nordamerikanischen Stamm der Sioux) berichtet später über die für die nordamerikanischen Ureinwohner lebenswichtigen Büffel (x181/2.14): >>Wir Sioux fühlen uns mit dem Büffel verwandt. Er ist unser Bruder. Du wirst niemals die Natur verstehen und was sie für uns bedeutet, bevor du nicht begreifst, wie eng wir mit dem Büffel verbunden waren. Dieses Tier war beinahe ein Teil von uns selber, ein Teil unserer Seele.
Der Büffel gab uns alles, was wir brauchten. Ohne ihn hätten wir nicht überleben können. Unsere Tipis waren aus seiner Haut gemacht. Sein Fell war unser Bett, unsere Decke, unsere Winterkleidung. Seine Haut war unsere Trommel, ihre Schläge durchpulsten die Nacht, lebendig und heilig. Aus seiner Haut fertigten wir unsere Wassergefäße an. Sein Fleisch gab uns Kraft, wurde Fleisch von unserem Fleisch. Nicht das kleinste Stück wurde verschwendet. Sein Magen, in den wir einen glühendheißen Stein warfen, war unser Suppenkessel. Seine Hörner

waren unsere Löffel, seine Knochen unsere Messer und für unsere Frauen Ahle und Nadel. Aus seinen Sehnen drehten wir unsere Bogenstränge, und wir benützten sie als Faden zum Nähen. Aus seinen Rippen bauten wir Schlitten für unsere Kinder, seine Hufe wurden Rasseln. Sein mächtiger Schädel, an den wir die Pfeife lehnten, war unser Altar.
Der Name des größten aller Sioux war Tatanka Iyotake – Sitting Bull. Als ihr den Büffel ausgerottet habt, habt ihr auch den Indianer getötet – den wirklichen, echten, "wilden" Indianer. ...<<
In Denver (US-Staat Colorado) zahlt man im Jahre 1867 für die Skalps (abgezogene Kopfhaut der einheimischen Ureinwohner) weiterhin hohe Geldprämien!
Der angesehene Nordstaaten-General William Sherman erklärt im Jahre 1867 (x122/387): >>... Je mehr ich von diesen Indianern sehe, um so mehr bin ich davon überzeugt, daß sie alle getötet oder als Almosenempfänger unterhalten werden müssen.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1867-1877 (x816/125): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ... Das Mißtrauen jedoch, welches die herrschende republikanische Partei gegen (Präsident) Johnson hegte, trat ihm hindernd entgegen, und der Präsident steigerte es durch ungeschickte Schroffheit gegen den Kongreß. Als derselbe beschloß, daß die Teilnehmer an der Rebellion von dem Stimmrecht ausgeschlossen werden sollten, legte er sein Veto ein und widersetzte sich auch dem weiteren Beschluß, daß alle in den Vereinigten Staaten Geborenen oder Naturalisierten, also auch die früheren Sklaven, das politische Stimmrecht erhalten sollten.
Auch gegen die Rekonstruktionsbill von 1867, welche den Süden in fünf Militärbezirke teilte und die Wiederaufnahme eines Staates von der Anerkennung voller Gleichberechtigung der Neger abhängig machte, legte Johnson sein Veto ein, und als das Gesetz dennoch rechtskräftig wurde, suchte er seine Ausführung auf alle Weise zu hindern.
Er unternahm Agitationsreisen, um das Volk gegen den Kongreß aufzureizen, setzte den Kriegsminister Stanton zweimal ab und führte einen so leidenschaftlichen, hartnäckigen Krieg gegen den Kongreß, daß das Repräsentantenhaus 1868 gegen ihn die Anklage des Hochverrates und Verfassungsbruches erhob. Der Senat verurteilte Johnson am 16. Mai, aber nur mit 35 gegen 19 Stimmen; da die Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung erforderlich war, mußte die Anklage fallen gelassen werden. Doch war Johnsons Rolle ausgespielt, und mit Hohn und Spott bedeckt verließ er am 4. März 1869 das Weiße Haus in Washington.
Inzwischen hatten die meisten Südstaaten (außer Mississippi, Virginia und Texas) ihre Verfassung den Beschlüssen des Kongresses gemäß umgestaltet und den Negern politische Gleichberechtigung eingeräumt, mit deren Hilfe sodann die Wahlen meist republikanisch ausfielen. Auch bei der Präsidentenwahl 1868 siegte die republikanische Partei glänzend, und der neue Präsident, Grant, der, 1872 wieder gewählt (wurde), 1869-1877 die Regierung leitete, begann seine Amtsführung unter günstigen Auspizien.
Handel und Gewerbe hatten einen mächtigen Aufschwung genommen; das Gebiet der Union vergrößerte sich durch die Staaten Nevada und Colorado und das Territorium Alaska, das von Rußland gekauft wurde. England mußte 1872 zur Entschädigung für die Verluste, welche die in seinen Häfen ausgerüsteten Kreuzer der amerikanischen Schiffahrt zugefügt hatten, 15 Millionen Dollar bezahlen (Alabamafrage).
Indes im Süden ließ sich die herrschende Partei manche Ungerechtigkeiten zu schulden kommen. Die Ausführung des 15. Amendements zur Bundesverfassung vom 30. März 1870, welches den 4 Millionen Negern das volle Stimmrecht gewährte, erregte im Süden große Unzufriedenheit.
Die Behörden und Volksvertretungen der Südstaaten, aus bestechlichen Beamten und habgierigen Abenteurern aus dem Norden (den sogenannten Carpet-baggers) und aus Farbigen zu-

sammengesetzt, schalteten rücksichtslos mit den Staatseinkünften und unterdrückten jeden Widerstand. Als sich eine geheime Verschwörung unter den Weißen in Südcarolina bildete, der sog. Ku-Klux-Klan, wurde sie 1871 von den Bundesbehörden gewaltsam erstickt.
Grant ließ die republikanische Partei ruhig gewähren und duldete es, daß die Mitglieder derselben ihre Herrschaft über die Union in immer frecherer Weise ausbeuteten und die Ämter nach Willkür an die strammen Anhänger der Partei vergaben, die sich dann straflos Pflichtversäumnis, Bestechlichkeit und Unterschlagung erlauben durften.
Alle Klagen und Anträge auf Untersuchung der Mißbräuche im Beamtenwesen wurden im Kongreß begraben, und alle Versuche einer neuen Partei, der Liberal-Republikaner oder der Reformpartei unter Schurz, Trumbull, Sherman und anderen, der Korruption ein Ende zu machen, blieben fruchtlos.
Im Volk aber wuchs die Erbitterung gegen den "Grantismus" mehr und mehr, die Wahlen für den Kongreß fielen schon 1874 zu ungunsten der Republikaner aus, und Grant durfte zwar noch die große Weltausstellung in Philadelphia eröffnen und die Centennialfeier der Union am 4. Juli 1876 leiten, mußte aber auf eine zweite Wiederwahl verzichten.
Bei der Elektorenwahl im November 1876 erhielt der Republikaner Hayes in 18 Staaten 166, der Demokrat Tilden in 17 Staaten 184 Stimmen; in Süd-Carolina, Louisiana und Texas war das Wahlergebnis streitig. Der Wahlprüfungsausschuß des Kongresses erklärte jedoch am 26. Januar 1877 unberechtigterweise, daß die Wahlen in diesen drei Staaten für Hayes ausgefallen seien, und am 2. März wurde dieser vom Kongreß als Präsident proklamiert.
Hayes trat am 5. März sein Amt an mit einer Botschaft, in welcher er eine versöhnliche Politik und Abstellung der Mißbräuche versprach, bildete sein Ministerium aus gemäßigten Republikanern und Demokraten und bemühte sich eifrig, die Parteileidenschaften besonders in den Südstaaten zu beschwichtigen. Die Regierung hatte jedoch im Kongreß keine rechte Stütze, und Hayes mußte wiederholt von seinem Veto Gebrauch machen, um unzweckmäßige Gesetze zu verhindern. ...<<
Mexiko: Kaiser Napoleon III. wird durch die USA zum Rückzug gezwungen und läßt 1867 die französischen Truppen abziehen. Kaiser Maximilian von Habsburg (1832-1867, seit 1864 Kaiser) weigert sich jedoch, Mexiko zu verlassen. Er wird danach von den Republikanern gestürzt und 1867 standrechtlich erschossen.
Kuba: Pedro Figueredo (1819-1870) verfaßt 1867/68 den Text der späteren Nationalhymne Kubas (x230/87):
>>Auf zum Kampf, Männer von Bayamo,
Das Vaterland soll mit Stolz auf euch schauen.
Fürchtet den ruhmreichen Tod nicht,
Denn für das Vaterland sterben heißt Leben!

In Ketten zu leben,
Ist ein Leben in Schimpf und Schande.
Hört das Signal der Trompete:
Zu den Waffe, mutige Helden!<<
1868
Norddeutscher Bund: Friedrich Emil Rittershaus (1834-1897) verfaßt im Jahre 1868 den Text des "Westfalenliedes" (x846/...):
>>Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen,
Der in dem Schoß der Reben liegt;
Wo in den Bergen ruht das Eisen,
Da hat die Mutter mich gewiegt.
Hoch auf dem Fels die Tannen steh'n,

Im grünen Tal die Herden geh'n,
Als Wächter an des Hofes Saum
Reckt sich empor der Eichenbaum.
Da ist's wo meine Wiege stand,
O grüß dich Gott, Westfalenland!

Wir haben keine süßen Reben
Und schöner Worte Überfluß,
Und haben nicht sobald für jeden
Den Brudergruß und Bruderkuß.
Wenn du uns willst willkommen sein,
So schau auf's Herz, nicht auf den Schein,
Und sieh' uns grad hinein ins Aug!
Gradaus, das ist Westfalenbrauch,
Es fragen nichts von Spiel und Tand,
Die Männer im Westfalenland.

Und uns're Frauen, uns're Mädchen,
Mit Augen blau wie Himmelsgrund,
Sie spinnen nicht die Liebespfädchen
Zum Scherz nur für die müß'ge Stund.
Ein frommer Engel hält die Wacht,
In ihrer Seele Tag und Nacht,
Und treu in Wonne, treu im Schmerz,
Bleibt bis zum Tod ein liebes Herz.
Glückselig, wessen Arm umspannt,
Ein Liebchen aus Westfalenland!

Behüt dich Gott, du rote Erde,
Du Land von Wittekind und Teut'!
Bis ich zu Staub und Asche werde,
Mein Herz sich seiner Heimat freut.
Du Land Westfalen, Land der Mark,
Wie deine Eichestämme stark,
Dich segnet noch der blasse Mund
Im Sterben, in der letzten Stund'!
Du Land wo meine Wiege stand,
O grüß dich Gott, Westfalenland.<<

Österreich-Ungarn: Da die Ungarn im Rahmen ihrer rigorosen Madjarisierung die slawischen Minderheiten sowie die deutsche Bevölkerung unterdrücken und vielerorts systematisch schikanieren, wehren sich im Jahre 1868 die Slawen und die Deutschen (sog. "Donauschwaben" und "Siebenbürger Sachsen") in Kroatien gemeinsam gegen die ungarischen Machthaber. Die Minderheiten erhalten danach in Kroatien zwar größere Freiheiten (Autonomie), doch der ungarische Adel und die katholische Kirche besetzen weiterhin alle wesentlichen Machtpositionen.

Polen: Der polnische Aufstand im Januar 1868 ist der letzte erfolglose Versuch, die staatliche Eigenständigkeit aus eigener Kraft zu erkämpfen.

Spanien: Nach einem Militärputsch, den die Generäle Serrano und Prim im Jahre 1868 anführen, wird Königin Isabella II. aus Spanien vertrieben. Die liberalen Generäle streben danach

eine konstitutionelle Monarchie mit dem deutschen Kandidaten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1868-1880 (x815/85-87): >>(Spanien) ... Narvaez starb plötzlich am 23. April 1868. Sein Nachfolger Gonzalez Bravo mußte den Günstling Isabellas, Marfori, in das Ministerium aufnehmen.

Nachdem im Juli eine unionistische Verschwörung ... entdeckt und ihre Häupter, die angesehensten Generale, wie Serrano, Dulce und andere, nach den Kanarischen Inseln deportiert worden waren, begab sich die Königin nach San Sebastian, um von hier aus mit Napoleon die Besetzung Roms durch spanische Truppen zu verabreden.

Inzwischen aber vereinigten sich die liberale Union, die Progressisten und die Republikaner zu einer gemeinsamen Erhebung gegen die Mißregierung Isabellas. Die unionistischen Generale wurden von den Kanarischen Inseln durch einen Dampfer abgeholt und nach Cadiz gebracht, wo auch Prim erschien und die Flotte unter Admiral Topete am 18. September 1868 die Absetzung Isabellas verkündete.

Der Aufruhr verbreitete sich rasch über ganz Spanien. General Pavia sammelte die treu gebliebenen Truppen und rückte den Aufständischen nach Andalusien entgegen, wurde aber am 28. September bei Alcolea in der Nähe von Cordoba geschlagen. Serrano hielt am 3. Oktober seinen Einzug in Madrid, während Isabella am 30. September nach Frankreich floh.

Die Unionisten und die Progressisten unter Prim bildeten nun eine provisorische Regierung unter Serranos Vorsitz, welche sofort den Jesuitenorden aufhob, die Klöster beschränkte und volle Presse- und Unterrichtsfreiheit einführte; das Volk schwelgte im Genuß der Freiheit und ergoß sich in Lobreden auf die Helden der glorreichen Revolution.

Die konstituierenden Cortes, welche nach einem neuen Gesetz gewählt wurden, traten am 11. Februar 1869 zusammen: die Unionisten zählten nur 40 Mitglieder, womit ihr Thronkandidat Montpensier beseitigt war, die Republikaner 70; die Progressisten hatten die Mehrheit. Auch diese wünschten die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie und brachten am 1. Juni 1869 eine monarchisch-konstitutionelle Monarchie in den Cortes zur Annahme. Doch lehnte König Ferdinand von Portugal am 6. April die ihm angebotene spanische Krone ab, ebenso der junge Herzog von Genua, so daß die Cortes die Einsetzung einer Regentschaft beschlossen und Serrano am 18. Juni zum Regenten ernannten.

Die Ungewißheit über die politische Gestaltung des Landes ermutigte Don Karlos, den Enkel des älteren Don Karlos, im Juli den spanischen Boden zu betreten und mit Hilfe der Geistlichkeit in den Nordprovinzen karlistische Aufstände zu erregen, während sich in mehreren Städten, namentlich in Barcelona, die Republikaner erhoben.

Endlich gelang es dem Ministerpräsidenten Prim, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone zu bewegen, und am 4. Juli 1870 beschlossen Regent und Ministerium, dessen Kandidatur den Cortes vorzuschlagen. Der unerwartete Einspruch Frankreichs vereitelte dieselbe, da der Erbprinz am 12. Juli auf seine Kandidatur verzichtete, um nicht Ursache eines großen Krieges zu werden. Als der deutsch-französische Krieg dennoch ausbrach, verhielt sich die spanische Regierung, welche sich sofort mit dem Verzicht des Prinzen einverstanden erklärt hatte, streng neutral.

An Stelle des Hohenzollern gewann Prim in dem Herzog Amadeus von Aosta, dem zweiten Sohn des Königs Viktor Emanuel von Italien, einen neuen Thronkandidaten, der am 16. November von den Cortes mit 191 gegen 98 Stimmen zum König gewählt wurde.

An demselben Tag, an welchem König Amadeus in Cartagena landete, am 30. Dezember 1870, starb Marschall Prim, der 27. am Dezember in Madrid von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Damit verlor der junge Herrscher seine festeste Stütze. Dennoch trat er am 2. Januar 1871 die Regierung an und beauftragte Serrano mit der Bildung eines Kabi-

netts.
Die Granden gaben Amadeus ihre Geringschätzung in schroffster Weise zu erkennen; eine Anzahl Offiziere verweigerte den Eid. Die Wahlen für die Cortes im März ergaben eine knappe Mehrheit für die Regierung; unter der Opposition befanden sich 60 Republikaner und 65 Karlisten, welche den König aufs heftigste angriffen. Dabei war unter den Anhängern des Königs keine Einigkeit: Serrano wurde von dem ränkevollen Zorrilla, einem radikalen Progressisten, schon im Juli aus dem Ministerium gedrängt, der sich aber auch nur bis zum Oktober an der Spitze der Regierung behauptete.
Der konservative Progressist Sagasta, seit Ende 1871 Ministerpräsident, erlangte nach der Auflösung der Cortes bei den Neuwahlen im April 1872 eine Mehrheit und machte im Juni wieder Serrano Platz, der gegen die Karlisten mit Erfolg gekämpft, ihnen aber in der Konvention von Amorevieta (24. Mai 1872) Amnestie gewährt hatte, um die Ruhe in Spanien herzustellen. Hierfür verlangte er vom König außerordentliche Vollmachten, die derselbe jedoch auf Anstiften Zorrillas verweigerte.
Dieser trat am 16. Juni wieder an die Spitze des Kabinetts, vermochte aber weder den Parteikämpfen in den neuen Cortes, in denen die ministerielle Mehrheit immer deutlicher ihre republikanischen Grundsätze kundgab, noch den Aufständen im Land ein Ende zu machen. Überzeugt, daß er keine feste Autorität in dem unterwühlten Land gewinnen könne, dankte Amadeus am 10. Februar 1873 ab und begab sich über Lissabon nach Italien zurück.
Die Cortes erklärten sofort mit 256 gegen 32 Stimmen Spanien für eine Republik und erwählten Figueras zum Präsidenten, einen föderalistischen Republikaner, der die Befugnisse der Zentralregierung und der Cortes auf das Notwendigste beschränken, den Provinzen, Städten und Gemeinden aber möglichst ausgedehnte Autonomie gewähren wollte. ... Nachdem die Anhänger des Einheitsstaates verjagt worden waren, errangen die Föderalisten bei den Corteswahlen am 10. Mai eine erdrückende Mehrheit. Figueras erschien dieser nicht extrem genug, und Pi y Margall trat an seine Stelle, unter dem völlige Anarchie eintrat.
Im Norden breiteten sich die Karlisten wieder aus; der Prätendent Don Karlos nahm in Estella sein Hauptquartier.
In den großen Städten des Südens, wie Malaga, Cadiz, Sevilla und Cartagena, suchten die roten Kommunisten (Intransigenten) durch sofortige Verwirklichung der Föderativrepublik ihre Herrschaft zu begründen, proklamiertem die Autonomie Andalusiens, errichteten Wohlfahrtsausschüsse und bemächtigten sich mehrerer Kriegsschiffe.
Die Cortes sahen nun die Notwendigkeit ein, Karlisten und Intransigenten energisch zu bekämpfen.
Zu diesem Zweck trat der bisherige Föderalist Castelar am 9. September an die Spitze der Regierung, vertagte die Cortes, nachdem er sich zu Ausnahmemaßregeln hatte ermächtigen lassen, suspendierte am 21. September die konstitutionellen Garantien und verkündete die Kriegsgesetze in voller Strenge. Sevilla, Malaga und Cadiz wurden sofort unterworfen, Cartagena mußte aber regelrecht belagert werden und ergab sich erst am 12. Januar 1874.
Im Norden machten die Karlisten immer größere Fortschritte, und das Gebaren der Cortes, die nach ihrem Zusammentritt (2. Januar 1874) Castelar jeden Dank für seine energische Tätigkeit verweigerten und ihn zum Rücktritt zwangen, ließ das Schlimmste befürchten: da ließ Serrano am 3. Januar durch den General Pavia die Versammlung auseinander sprengen und trat als Präsident der Exekutivgewalt an die Spitze einer neuen Regierung, die sich vor allem die Beendigung des Karlistenkrieges zum Ziel setzte.
Der Kampf drehte sich um Bilbao, das die Karlisten seit dem Dezember 1873 belagerten. Zwar zwang Serrano sie im Mai, die Belagerung aufzugeben; doch schlugen sie die Regierungstruppen unter Concha vom 25. bis 27. Juni bei Estella, und Don Karlos' Bruder drang wiederholt über den Ebro, im Juli sogar bis Cuenca vor. Endlich bereitete Serrano für Anfang

1875 einen energischen konzentrischen Angriff auf die Karlisten vor und verstärkte die Armee auf 80.000 Mann, als auch er plötzlich gestürzt wurde.
Nachdem die Versuche, einen fremden Fürsten auf den spanischen Thron zu erheben, gescheitert waren, das Experiment mit der Republik Spanien (zur) völligen Anarchie ... (führte), Don Karlos aber durch seine enge Verbindung mit dem Ultramontanismus und seine barbarische Kriegführung sich unmöglich gemacht hatte, blieb nur der älteste Sohn Isabellas, Alfons, der durch den Verzicht seiner Mutter vom 25. Juni 1870 Erbe der Thronansprüche der jüngeren bourbonischen Linie geworden war, als Kandidat der gemäßigt Liberalen für den Thron übrig. Seine Erhebung erschien besonders den Offizieren als die einzige Rettung aus dem Chaos, und im Einverständnis mit den einflußreichsten Generalen proklamierte Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Sagunto Alfons XII. als König von Spanien.
Die Nordarmee und die Garnison von Madrid erklärten sich für ihn, und Serrano legte sein Amt ohne Widerstandsversuch nieder. Das Haupt der alfonsistischen Partei, Canovas del Castillo, wurde an die Spitze eines liberal-konservativen Ministeriums berufen, welches der König nach seinem Einzug in Madrid (14. Januar 1875) bestätigte. Die neue ... vereinbarte Verfassung hob zwar die Geschworenengerichte, die Zivilehe und die Lehrfreiheit auf und machte dem Klerus noch einige andere Zugeständnisse, um dem Karlismus den Boden zu entziehen; doch versprach sie, ehrlich und mit Mäßigung gehandhabt, eine friedliche und freiheitliche Entwicklung.
Der Karlistenkrieg wurde nun von den Generalen Quesada und Moriones nach einem systematischen Plan und mit ausreichenden Streitkräften geführt und durch die Eroberung von Vittoria (8. Juli 1875), von Seo de Urgel (26. August) und Estella (19. Februar 1876) glücklich beendet; Don Karlos trat am 28. Februar ... auf französisches Gebiet über. Die Fueros der baskischen Provinzen wurden aufgehoben.
Die am 20. Januar 1876 gewählten neuen Cortes, in denen die Regierung eine starke Mehrheit hatte, wurden am 15. Februar vom König eröffnet und genehmigten am 24. Mai die neue Verfassung. ...
Der Aufstand in Kuba wurde Anfang 1878 endlich auch beschwichtigt, allerdings nur durch den Vertrag von Tanjon (10. Februar 1878), in welchem General Martinez Campos den Insurgenten Amnestie, Aufhebung der Sklaverei und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Insel zugestehen mußte. ...
Ministerpräsident Canovas brachte 1880 ein Gesetz über die Aufhebung der Sklaverei in Kuba in den Cortes durch; aus Rücksicht auf die spanischen Finanzen blieben aber die Ausfuhrzölle daselbst sowie die Monopole zu Gunsten des spanischen Handels und Gewerbes bestehen. ...<<
Schweiz: Der russische Anarchist Michael Bakunin (1814-1876) erklärt im Jahre 1868 während seiner Rede auf dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga in Bern (x128/21): >>Ich bin kein Kommunist, weil der Kommunismus zugunsten des Staates alle Kräfte der Gesellschaft konzentriert und absorbiert, weil er unvermeidlicherweise das Eigentum in den Händen des Staates konzentriert.
Ich hingegen wünsche die Aufhebung des Staates, die vollständige Ausrottung des Autoritätsprinzips und der Schutzherrschaft des Staates, der unter dem Vorgeben, die Menschen moralisch zu machen und sie zu zivilisieren, sie bis jetzt nur geknechtet, ausgebeutet und demoralisiert hat.
Ich wünsche die Organisation der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Eigentums von unten herauf auf dem Wege der freien Assoziation und nicht von oben herab durch irgendwelche Autorität, also wünsche ich die Abschaffung des Staates. ... In diesem Sinne, meine Herren, bin ich Kollektivist und keineswegs Kommunist. ...
Gebt allen Kindern von ihrer Geburt an gleiche Mittel zu ihrer Existenz, zur Erziehung und

Bildung, schafft ihnen eine gleiche gesellschaftliche Mitte und laßt sie auf gleiche Weise durch eigene Arbeit ihren Unterhalt verdienen, und ihr werdet sehen, wie alle jetzt für natürlich angesehenen Unterschiede verschwinden werden, weil sie das Resultat der ungleichmäßigen Verteilung der geistigen und physischen Bedingungen, der Lebensbedingungen sind. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Michael Bakunin (x802/278):

>>Bakunin, Michael, russischer Agitator, geboren 1814 zu Torshok im Gouvernement Twer, Sprößling einer altadligen Familie, wurde im Kadettenhaus zu Petersburg erzogen und trat 1832 als Artilleriefähnrich in die Armee.

Dem Militärdienst abhold, nahm er 1838 seinen Abschied und widmete sich im väterlichen Haus 1838-40 wissenschaftlichen Studien. 1841 begab er sich nach Berlin, wo er sich mit Philosophie, namentlich der Hegelschen, beschäftigte. Seit 1842 lebte er in Dresden, wo er unter dem Pseudonym Jules Elisard eine philosophische Abhandlung in den "Deutschen Jahrbüchern" veröffentlichte.

Durch seine freisinnigen Äußerungen und seinen Verkehr mit den Radikalen zog er die Aufmerksamkeit der russischen Agenten auf sich, und da er in Deutschland sich nicht mehr sicher fühlte, begab er sich in die Schweiz, wo er ein tätiges Mitglied der kommunistisch-sozialistischen Vereine wurde. Die russische Regierung versagte ihm die Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt im Ausland und zog, da er dem Befehl zur Rückkehr nicht Folge leistete, sein Vermögen ein.

In Paris, wohin er sich von Zürich aus begab, schloß er sich ... der Opposition an und hielt am 27. November 1847, am Gedächtnistag der Warschauer Revolution von 1830, beim Polenbankett eine kühne, feurige Rede, in welcher er die Verbrüderung zwischen Russen und Polen für die gemeinsame Revolutionierung Rußlands anempfahl. Die russische Regierung forderte deswegen seine Auslieferung von Frankreich und setzte einen Preis von 10.000 Silberrubel auf seinen Kopf, worauf Bakunin von Paris nach Brüssel entfloh.

Nach der Februarrevolution kehrte er nach Paris zurück; war nach den Märzstürmen in Berlin, wohnte im Juni 1848 dem Slawenkongreß in Prag bei und hielt sich bald hier, bald da auf, überall agitatorisch für eine umfassende revolutionäre Schilderhebung wirkend.

Als im Mai 1849 der Aufstand in Dresden ausbrach, nahm Bakunin den tätigsten Anteil am Kampf und wurde Mitglied der revolutionären Regierung. Nach dem Fall Dresdens ging er mit der provisorischen Regierung nach Chemnitz. Hier am 10. Mai verhaftet, wurde er nach Dresden, dann auf den Königstein gebracht und zum Tod verurteilt, jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 13. Juni 1850 an Österreich ausgeliefert, wurde er vom Kriegsgericht zu Olmütz als Hochverräter zum Strang verurteilt, aber zu lebenslänglichem schweren Kerker begnadigt und bald darauf an Rußland ausgeliefert.

Nachdem er einige Zeit in den Kasematten von Schlüsselburg gesessen (hatte), wurde er 1855 als Strafkolonist nach Ostsibirien transportiert. Mit Erlaubnis des Generalgouverneurs in das russische Amurgebiet übergesiedelt, entkam er von da ... (unter) Zurücklassung von Weib und Kind 1860 auf einem amerikanischen Schiff nach Japan, wo er Mittel fand, über Kalifornien nach London zu gelangen. Kaum auf sicherem Boden angelangt, nahm er seine agitatorische Tätigkeit wieder auf, indem er das russische und das polnische Volk in zahlreichen Ansprachen zum Befreiungskampf gegen Regierung und Adel, zur Schöpfung einer großen slawischen Föderativrepublik aufrief.

Als 1863 der letzte Aufstand in Polen ausgebrochen war, gehörte Bakunin zu den Häuptern der von Stockholm aus im Frühjahr 1863 von polnischen und russischen Emigranten beabsichtigten Expedition an die baltischen Küsten zur ... Revolutionierung Rußlands. Nach dem gänzlichen Scheitern derselben kehrte er nach London zurück, wo er sich als Anhänger der Internationale mit der Verbreitung sozialistischer Lehren in seinem Vaterland beschäftigte.

Im Jahr 1873 veröffentlichte er eine Schrift: "Kaisertum und Anarchie". Inzwischen geriet

Bakunin wegen der Ungeduld, mit welcher er den gewaltsamen Umsturz des bestehenden Gesellschaftsgebäudes und die Herbeiführung einer allgemeinen Anarchie betrieb, sogar mit den Häuptern der Internationale, namentlich Marx, in Streit und wurde vom Kongreß derselben in Den Haag 1872 förmlich ausgeschlossen.
Durch das Alter geschwächt, lebte Bakunin die letzten Jahre in völliger Zurückgezogenheit in Genf und Lugano und starb am 1. Juli 1876 im Spital zu Bern, nachdem er durch Verweigerung der Nahrung seinen Tod beschleunigt hatte. ...<<
USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1868 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 14. Zusatzartikel (x243/101): >>... Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert und ihrer Hoheitsgewalt unterworfen sind, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie ihren Wohnsitz haben. ...
Kein Einzelstaat darf irgendeiner Person Leben, Freiheit oder Eigentum entziehen ohne ordentliches gesetzliches Verfahren, oder irgendeiner Person innerhalb seines Hoheitsgebietes den gleichen Schutz der Gesetze versagen.<<
Im Vertrag von Fort Laramie garantiert die US-Regierung im Jahre 1868 den Dakota (Stamm der Sioux) das gesamte Land westlich des Missouri (x180/61): >>... Es ist keiner weißen Person gestattet, sich in irgendeinem Teil des Territoriums anzusiedeln oder niederzulassen oder dasselbe ohne Einwilligung der Indianer zu passieren.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vernichtung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/53-55): >>…
Zu Gewalteinsätzen und Meuchelmord kamen Vertragsbrüche am laufenden Band, überhaupt alle möglichen Gaunereien. Kaum ein schmutziger Trick, mit dem man sie nicht zu hintergehen, kaputtzumachen suchte, nicht zuletzt durch die verheerende Wirkung des Alkohols, von dem sie so viel weniger vertrugen als die trinkfesten Weißen. Sie erfroren dann, ertranken oder brachten einander im Rausch um.
Schon 1698 klagten die Delawaren: "Durch Branntweintrinken sind sieben Stämme unseres Volkes umgekommen". Man betrog sie mit ihren Frauen, ihren Töchtern oder erkaufte diese zu Schleuderpreisen. Man prellte sie um ihre Felle. Händler lieferten minderwertige Nahrungsmittel zu Wucherpreisen. Regierungsbeamte unterschlugen Unterhaltsgelder. Häuptlinge wurden bestochen oder für Kaufverträge "Häuptlinge" einfach eingesetzt; auch Unterschriften schlankweg gefälscht oder betrunken gemachten Indianern für Vertragsabschlüsse die Hand geführt.
General Sheridan bedrohte unter Bruch des Gastrechts die gefangen-gesetzten Führer der Kiowa mit dem schimpflichen Tod des Erhängens und erpreßte dadurch ihre Stämme. Man erwarb riesige Gebiete von ihnen für Geld, das man nachher als Zahlungsmittel nicht mehr entgegennahm. Man schickte die Indianer auf Deportationen, ohne daß irgend jemand wußte wohin.
Bei alldem aber sollten die Indianer, wenigstens nebenbei, auch noch die wahre Religion kennen lernen und sie lernten sie ja auch kennen! -, sollten sie bekehrt werden, jedenfalls so lange sie noch überlebten. Das war Christenpflicht. Auch hatte König Jakob (James) I., der Sohn der Maria Stuart, die Kolonisierung erlaubt, "um die Eingeborenen des Landes zu gewinnen und anzuleiten zur Kenntnis und zum Gehorsam gegenüber Gott, dem Heiland und dem Christen-Glauben". So gab es in Natick (Massachusetts), einem Vorort der indianischen Kolonie, 1673 sechs Indianer-Kirchen.
Bereits ein Vierteljahrhundert später, 1698, gab es dort nur eine einzige kleine Kirche mit sieben Männern und drei Frauen. 1763 lebten dort insgesamt nur noch 37 Indianer, 1792 nur noch fünf. Und 1846 war da nur noch ein Indianerabkömmling, ein sechzehnjähriges Mädchen - und die Bibel ...
Die Bibel - in die Natickssprache übersetzt. Nur Naticks gab es keine mehr.

… Gewiß gab es, um dies zu wiederholen, auch Weiße, Christen, Missionare, die sympathisierten mit den Indianern, die ihnen zu helfen suchten - vergeblich. Ein Stamm nach dem andern kam um. Die Seminolen in Florida, die sich lange und verzweifelt wehrten, begann man besonders seit 1819, unter der Präsidentschaft von James Monroe auszulöschen, in der "era of good feelings".
Nicht viel anders erging es den Creek, den Choctow, den Mohikanern oder dem einst an der atlantischen Küste zwischen den Hudson- und Susquehanna-Rivers seßhaften hochstehenden Stamm der Delawaren, wenn auch heute noch einige ihrer Nachkommen leben, in Kansas, in Oklahoma. Doch noch zwischen 1838 und 1951 sank beispielsweise die Zahl der Pawnees von 10.000 auf 650. Ein Stamm nach dem andern ging unter, fast alle verschwanden in der Nacht der Geschichte. Von vielen sind selbst die Namen verschollen.
Und nur allzu oft waren die Strafaktionen, die Säuberungskampagnen, die Massaker organisiert, wurden sie gebilligt oder gar geleitet "von Regierenden, Geistlichen, militärischen Kommandanten", wurden sie geschürt und verteidigt "von der Kanzel" (von Nostitz) - "eine planmäßig angelegte Menschenjagd" (Paul Radin).
Nun ging man aber brutal nicht nur gegen Menschen vor, sondern auch gegen die Natur, die diesen Eindringlingen erst recht nichts galt, die sie rücksichtslos verdarben, rücksichtsloser als es bis dahin in Europa je geschehen, die sie vergewaltigten und vergewaltigen bis heute. Ein gigantisches ökologisches Debakel.
Anscheinend fehlte ihnen jeder Sinn für die Wunder der Landschaft, für die Schönheit etwa der ungeheuren, bei ihrer Ankunft mehr als die Hälfte der Landfläche Nordamerikas bedekkenden Wälder, die sie überhaupt erst wahrzunehmen schienen, so Alexis de Tocqueville, wenn sie unter den Schlägen ihrer Äxte stürzten, die riesigen Wälder des Ostens, zum Beispiel, von Maine bis zum Mississippi.
Nirgends vor dem 20. Jahrhundert erfolgte ein größerer Kahlschlag auf Erden. Sie wollten nicht wie die Indianer, die sie beraubten, töteten, mit diesen Wäldern leben, mit den Weiden. Nein, sie waren nicht nur Mörder, auch Räuber, Raffkes, ein besitzgeiles Gesindel, das eines nur erstrebte: Profit, Profit, Profit, und zwar sofortigen Profit. Er ging, er geht da über alles - ihr eigentlicher Gott.
Das Wasser, die Erde, die Tiere, jedwedes wurde versilbert, in Münze umgesetzt. Allem voran aber der Wald. Ihn ruinierten sie zuerst, dann den Boden, das Büffelgras, und "nach einem Jahrhundert", schreibt der Historiker Carter, "war ein Drittel des reichen Mutterbodens ins Meer gespült ..."
In den Great Plains, jenem über zehn Bundesstaaten sich erstreckenden Gebiet, kannten die Indianer einst 70 verschiedene Grasarten, nun wachsen dort noch drei. Der "grüne Gott" also wurde gefällt, der Boden krank geplündert, erschöpft. Und die Tiere, ganze Gattungen von Tieren, wurden vernichtet, im Nordosten allein 60 Millionen Biber schon in kurzer Zeit. Und zweihundert Jahre hatten die Indianer sich von Büffelherden, riesigen Büffelherden ernährt, ihrer Hauptnahrung.
Doch schon 1883 lebten von einst 13 Millionen Büffeln nur wenige Hundert. Und noch Jahre bevor das 19. Säkulum zu Ende ging, 1885, war der letzte Büffel getötet, war alles restlos zusammengeknallt - ein Triumph des Repetiergewehres - Weidmannsheil! Ein Jäger sah die toten Tiere so dicht die Prärie bedecken, daß er kaum den Boden erblickte. "Ein Mann hätte 20 Meilen auf ihren Kadavern wandeln können!"
Mit der stetig steigenden Zahl der Invasoren aber, mit ihrer immer weiteren Expansion, nimmt auch die Auseinandersetzung immer schärfere Formen an.
Die Indianer wehren sich verzweifelt, werden aber im Laufe des 18., des 19. Jahrhunderts fort und fort dezimiert, zurückgedrängt und sind an der Schwelle des 20. Jahrhunderts so gut wie verschwunden.<<

US-General Philip Sheridan erklärt im Jahre 1868 während eines Gespräches über die amerikanischen Ureinwohner (x056/127, x068/65): >>... Die einzigen guten Indianer, die ich je sah, waren tote Indianer. ...<<
>>... Ihr Eigentum muß zerstört werden, so daß sie sehr arm werden. ... Die Bandenchefs im jetzigen Kriege muß man hängen, ihre Pferde töten ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über Philip Sheridan (x814/-920): >>Sheridan, Philip Henry, nordamerikanischer General, geboren am 6. März 1831 zu Somerset (Ohio), wurde auf der Militärakademie in West Point erzogen, 1853 Infanterieleutnant, 1861 Quartiermeister der Armee in Südwestmissouri, 1862 General der Freiwilligen und Kommandeur der 11. Division der Armee von Ohio, zeichnete sich 1863 bei Chattanooga und Chickamauga aus, wurde 1864 Befehlshaber der Kavallerie der Potomacarmee, dann der Shenandoaharmee und im November Generalmajor der regulären Armee.
Er siegte über General Early am Opequan (19. September) sowie bei Fisher's Hill (22. September), vernichtete am 19. Oktober die feindliche Armee bei Cedar Creek, siegte von neuem über Early am 2. Februar 1865 bei Fishersville und vereinigte sich am 26. März mit der Belagerungsarmee Grants vor Petersburg, an dessen Einnahme er durch seine Erstürmung der Position von Five Forks (1. April) wesentlichen Anteil hatte. Hierauf warf er den abziehenden Lee über den Appomatox zurück und verhinderte ihn, die Eisenbahn zu gewinnen, was zu dessen Kapitulation mit Grant führte.
Nach dem Krieg wurde Sheridan Kommandeur des Golfdepartements, dann des 5. Distrikts (Texas und Louisiana). Johnson, mit seiner Verwaltung unzufrieden, versetzte ihn nach Missouri. 1869 wurde Sheridan an Shermans Stelle Befehlshaber der Militärdivision des Missouri und Generalleutnant und 1883 Oberbefehlshaber der Armee der Union.
Er starb am 5. August 1888 in Nonquitt (Massachusetts).<<

1869

Preußen: August Bebel (1840-1913, 1871-1913 Mitglied des Reichstages) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900, 1848/49 am Badischen Aufstand beteiligt, ab 1874 Mitglied des Reichstages) gründen im Jahre 1869 in Eisenach die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP).
August Bebel nennt im Jahre 1869 folgende Ziele der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (x239/154-155): >>Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht betroffen werde. Das sind drei Dinge die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen.
Der Staat soll allerdings – so meinen auch die Sozialdemokraten – die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe.
Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. Was nützt ihm (dem Arbeiter) die große politische Freiheit, wenn er dabei hungert, ... um schließlich elend zugrunde zu gehen. ...
Als Zweck des Staates betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens. ...<<
August Bebel berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über seine Herkunft (x145/125-126): >>Mein Vater war der Unteroffizier Johann Gottlob Bebel in der 3. Kompanie des 25. Infanterieregiments. ...
Das "Licht der Welt", in das ich nach meiner Geburt blickte, war das trübe Licht einer zinnernen Öllampe, das notdürftig die grauen Wände einer großen Kasemattenstube beleuchtete, die

zugleich Schlaf- und Wohnzimmer, Salon, Küche und Wirtschaftsraum war. ...
Eine preußische Unteroffiziersfamilie der damaligen Zeit lebte in erbärmlichen Verhältnissen. Das Gehalt war mehr als knapp, wie denn zu jener Zeit überhaupt in der Militär- und Beamtenwelt Preußens Schmalhans Küchenmeister war, und so ziemlich jeder für Gott, König und Vaterland den Schmachtriemen anziehen und hungern mußte. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand August Bebel (x802/-581): >>Bebel, Ferdinand August, einer der Führer der sozialdemokratischen Partei, geboren am 22. Februar 1840 zu Köln, besuchte die Dorfschule in Brauweiler, später die Bürgerschule in Wetzlar, kam 1860 nach Leipzig, wo er sich 1864 als Drechslermeister etablierte, warf sich seit 1862 mit Fanatismus in die deutsche Arbeiterbewegung und war seit 1865 Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und Mitglied des ständigen Ausschusses der deutschen Arbeitervereine.
Seit 1869 Mitarbeiter am "Volksstaat" in Leipzig, wurde er 1867 im 17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane) des Königreiches Sachsen in den norddeutschen, 1871 in den deutschen Reichstag gewählt. In Schrift und Rede verkündigte Bebel seine sozialdemokratischen Ideen, zeigte sich der Hegemonie Preußens in Deutschland und der Neugestaltung des Deutschen Reiches bei jeder Gelegenheit entschieden feindlich, nahm offen Partei für die Pariser Kommune und die Internationale und sprach in der Reichstagssitzung vom 25. Mai 1871 das Wort: "Krieg den Palästen überall!" mit Gelassenheit aus.
Immer mehr den Umsturzplänen sich hingebend, wurde er 1872 der Vorbereitung des Hochverrates gegen das Deutsche Reich und gegen das Königreich Sachsen angeklagt und nebst seinem Gesinnungsgenossen Liebknecht vom Schwurgericht zu Leipzig am 26. März zu zwei Jahren Festungshaft, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers außerdem noch vom Leipziger Gerichtshof am 6. Juli zu neunmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt.
Nachdem er auch 1874 seinen früheren Wahlkreis im deutschen Reichstag vertreten hatte, nahm er 1878 die Wahl in Dresden an, wo er infolge der Haltung der Fortschrittspartei über den früheren Minister von Friesen den Sieg davontrug, und 1884 in Hamburg.
Er schrieb: "Unsere Ziele" (6. Auflage); "Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters" (Leipzig 1876); "Christentum und Sozialismus"; "Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" (1883); "Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode" (Stuttgart 1884) u.a. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Wilhelm Liebknecht (x810/774-775): >>Liebknecht, Wilhelm, sozialdemokratischer Agitator, geboren am 29. März 1826 zu Gießen, studierte daselbst, in Berlin und Marburg Philologie und Philosophie, beteiligte sich 1848 am badischen Aufstand, saß vom September 1848 bis Mai 1849 in Haft, nahm an der neuen Erhebung für die Reichsverfassung in Baden teil und flüchtete nach deren Unterdrückung erst nach der Schweiz, dann nach England.
1862 kehrte er nach Deutschland zurück und war als Journalist, zeitweilig auch an der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", tätig, wurde aber 1865 wegen seiner sozialdemokratischen Agitationen aus Preußen ausgewiesen und ging nach Leipzig, wo er seit dem 1. Januar 1868 das "Demokratische Wochenblatt", Organ der Volkspartei und des Verbandes deutscher Arbeitervereine, redigierte.
1872 wurde er wegen Hochverrates mit Bebel zusammen zu zwei Jahren Festung verurteilt, die er auf Hubertusburg abbüßte. Während seiner Haft wurde er 1874 im Wahlkreis Stollberg-Schneeberg im Königreich Sachsen in den deutschen Reichstag gewählt, welchem er 1875-87 angehörte. 1879 wurde er auch in die sächsische Zweite Kammer gewählt. Mit Hasenclever redigierte er die Zeitung "Vorwärts" in Leipzig, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.
Liebknecht ist ein fanatischer Preußenhasser, er besonders hat der deutschen Sozialdemokratie

den vaterlandsfeindlichen Charakter aufgeprägt. 1886 besuchte er Nordamerika, worüber er Reisebriefe ("Ein Blick in die neue Welt", Stuttgart 1887) veröffentlichte. ...<<

Estland: Johann Voldemar Jannsen (1819-1900) verfaßt im Jahre 1869 den Text der späteren Nationalhymne Estlands (x230/44):

>>Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude, wie schön bist du!
Nirgendwo finde ich auf dieser großen weiten Welt,
Was mir so lieb wäre wie du, mein Vaterland!

Du hast mich doch geboren und aufgezogen;
Dir danke ich immerdar und bleibe dir treu bis zum Tode!
Du bist mir das Liebste, mein teures Vaterland!

Gott möge über dir wachen, mein teures Vaterland!
Er sei dein Beschützer und gebe dir reichen Segen,
Was immer du dir vornimmst, mein teures Vaterland!<<

Rußland: Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski (1822-1888) berichtet im Jahre 1869 in seinem Buch "Rußland und Europa" (x239/186): >>... Das russische Volk sendet nicht wie die Bienenstöcke aus seiner Mitte Schwärme aus, die Zentren neuer politischer Gesellschaften bilden, wie die Griechen im Altertum und die Engländer in der Neuzeit. Rußland hat nicht das, was "Besitzungen" genannt wird, wie Rom und wiederum England. Der russische Staat ist schon von den Zeiten der ersten russischen Fürsten an Rußland selber, das sich allmählich und unaufhaltsam nach allen Seiten ausdehnt. ...

Wohin sich auch die Russen wandten, ... das Zentrum ihres völkischen Lebens bleibt gleichwohl das alte russische Moskau, die höchste Macht verkörpert sich nach wie vor in ihrer Vorstellung in der Person des russischen Zaren. Sie beeilen sich, ihm den Eid zu leisten, ihm die neuen Länder darzubringen, die sie in Besitz nahmen. ... Deshalb geschehen auch neue Niederlassungen bloß an den Grenzen der Länder, die schon zum alten wirklichen Rußland wurden. ...

Niederlassungen jenseits des Meeres oder durch beträchtliche Zwischenräume vom Mutterland getrennt, gelingen nicht, wenn sie auch die Regierung unter ihren Schutz nahm. ...<<

Schweiz: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1869-1871 (x814/763): >>... 1869 wurde die wichtige Frage eines Alpendurchstichs zu Gunsten des St. Gotthard entschieden, und Italien und Deutschland verpflichteten sich zu ansehnlichen Subventionen.

Der deutsch-französische Krieg von 1870 zog auch die Schweiz in Mitleidenschaft, indem er sie nötigte, zum Schutz der Neutralität bedeutende Truppenmassen ... an der Grenze aufzustellen. Als die flüchtige französische Ostarmee nach ihrer Niederlage bei Belfort am 1. Februar 1871, 85.000 Mann stark, die Schweizer Grenze überschritt, mußte sie entwaffnet und in der Schweiz einquartiert werden, was die Sympathien mit Frankreich so wenig abkühlte, daß es am 9. März 1871 in Zürich zu einem rohen Exzeß gegen die Deutschen, welche ein Siegesfest feierten, kam. Unruhen bei der Verhaftung der Tumultuanten (Unruhestifter) hatten sogar die eidgenössische Besetzung der Stadt und die Einsetzung eidgenössischer ... (Schwurgerichte) zur Aburteilung der Schuldigen zur Folge. ...<<

USA: Im Jahre 1869 wird der Bau der ersten Pazifik-Eisenbahn zwischen New York und San Francisco (Länge: rund 5.200 km) vollendet.

US-General Ord erteilt im Jahre 1869 Befehle, die Apachen (Indianerstämme im Südwesten der USA) gnadenlos zu bekämpfen (x068/65): >>Ich ermutige die Truppen, die Apachen mit allen Mitteln zu fangen und auszurotten und sie wie wilde Tiere zu jagen. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtet später über die Lebensver-

hältnisse der amerikanischen Ureinwohner im 19. Jahrhundert (x193/18): >>Als neue Staaten wie die USA die Kolonialmächte ablösten, änderte sich nur wenig an der Überzeugung des weißen Mannes, daß die Indianer ein minderwertiger Menschenschlag wären, und daß es deren Bestimmung sei, entweder ihr indianisches Wesen abzulegen und sich den Weißen anzupassen oder unterzugehen.
Wo Verständigung und Verstehen angesagt schienen, tat sich im ganzen 19. Jahrhundert ein immer tiefer werdender Riß auf, und an ständig wechselnden Grenzen wurden Indianer von Weißen ihres Landes beraubt, wurde versucht, sie durch "Umsiedlung" oder Zwangsanpassung an die weiße Lebensweise zu gewöhnen oder durch Mord aus der Welt zu schaffen. Andrew Jackson verglich die Indianer mit Wölfen. und General Philip Sheridan witzelte, daß der einzige gute Indianer ein toter Indianer sei – eine Ansicht die die meisten weißen Amerikaner teilten. ...<<

1870

Man vergißt vielleicht, wo man die Friedenspfeife vergraben hat, aber man vergißt niemals, wo das Beil liegt.
Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Norddeutscher Bund: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1870-1871 (x804/901-905): >>(Deutschland) ... Die Reichstagssession, die am 14. Februar 1870 eröffnet und am 26. Mai geschlossen wurde, förderte nach Kräften das Werk des Ausbaues und der Festigung des deutschen Bundesstaates, indem das Strafgesetzbuch, ein Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Subvention der Gotthardbahn genehmigt wurden; selbst das Zollparlament schwang sich zu dem Beschluß auf, die Münzreform für eine Zollvereinsangelegenheit, also eine allgemein deutsche, zu erklären, allerdings unter pathetischem Einspruch der süddeutschen Fraktion gegen diese Kompetenzüberschreitung.
Im Reichstag kam auch die Union mit den Südstaaten wieder zur Sprache, indem der Abgeordnete Lasker ... Badens Aufnahme in den Norddeutschen Bund in Anregung brachte. Bismarck machte dagegen geltend, daß man auf Bayern und Württemberg keine Pression ausüben dürfe, indem man das ohnehin schon national gesinnte Baden von ihnen trenne; es sei nicht gut, den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.
In der Tat sammelten 1869 und 1870 alle Gegner der Entwicklung von 1866 im Süden noch einmal ihre Kräfte, um den nationalen Bestrebungen, die auch in den Regierungen Bayerns und Württembergs zum Durchbruch kamen, den Boden zu entziehen.
Bei den Neuwahlen für das bayerische Abgeordnetenhaus am 22. Mai 1869 errangen die mit Partikularisten und Demokraten verbündeten Ultramontanen die Majorität (79 gegen 75 Stimmen), und als wegen des fast gleichen Stimmenverhältnisses beim Zusammentritt der Kammer im September keine Präsidentenwahl zustande kam und dieselbe aufgelöst wurde, behaupteten die Ultramontanen bei der Neuwahl mit 80 gegen 74 Stimmen den Sieg. Unter diesen Umständen mußte der national gesinnte liberale Ministerpräsident Fürst Hohenlohe weichen, und der partikularistische Graf Bray trat am 7. März 1870 an seine Stelle; von ihm war keine weitere Annäherung an den Norden zu erwarten.
Noch heftiger gebärdete sich die antinationale Volkspartei in Württemberg, die im Bund mit Ultramontanen und Partikularisten die Majorität in der Kammer besaß. Sie zwang durch ihre Opposition gegen das von der Regierung vorgelegte Kriegsdienstgesetz, gegen welches sie eine Petition mit 150.000 Unterschriften zusammenbrachte, den Kriegsminister Wagner zum Rücktritt (März 1870). Wenn auch die Rekonstruktion des Ministeriums nicht nach ihren Wünschen ausfiel, so konnte doch von einem Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund jetzt nicht die Rede sein.

Auch in den neuen preußischen Provinzen machten sich rückläufige Bewegungen geltend. Noch bestand die Welfenlegion, welche Hannover für Georg V. wiedererobern sollte.
Die der preußischen protestantischen Hegemonie über Deutschland besonders abgeneigte ultramontane, von den Jesuiten geleitete Partei erprobte gerade damals auf dem vatikanischen Konzil ihre Macht über die Kirche und die katholische Christenheit, und der glückliche Erfolg des Unfehlbarkeitsdogmas mußte sie ermutigen, nun offener nach ihrem letzten Ziel, der Weltherrschaft, zu streben.
Angefeuert durch diesen Bundesgenossen, durch die Preußen feindseligen Strömungen in Deutschland, ... Rachegelüste, glaubte die französische Regierung den Augenblick gekommen, da es Revanche für Sadowa nehmen, Frankreichs "berechtigtes Übergewicht" in Europa durch Zertrümmerung der deutschen Einheit und Eroberungen am Rhein wiederherstellen und durch die kriegerische Aufregung und den Ruhm der Waffen sich selbst aus der bedrängten inneren Situation befreien könnte.
Die ohne Mitwissen der norddeutschen Bundesregierung aufgestellte spanische Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern diente Napoleon III. zum Vorwand, um den Krieg, welchen er wegen mangelhafter Vorbereitung der französischen Armee weder 1866 noch 1867 hatte wagen können, nun, nach Vollendung der Nielschen Heeresreorganisation, zu unternehmen.
Nachdem die Kammer, die Presse und die öffentliche Meinung durch chauvinistische Agitationen aufgereizt worden waren, genügte der Verzicht des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr, um die fieberhaft erregten Gemüter zu befriedigen; das französische Ministerium stellte an König Wilhelm am 13. Juli 1870 das ganz unberechtigte Ansinnen, daß er sich schriftlich verpflichte, nie wieder eine Erneuerung der hohenzollerischen Kandidatur zu gestatten, und als dasselbe abgelehnt wurde, erklärte es am 19. Juli den Krieg.
Diese freche Herausforderung des alten Erbfeindes, der besonders im Süden beim Volk verhaßt war, entzündete auf einmal einen leidenschaftlichen Zorn und einen begeisterten Enthusiasmus in Deutschland; die ganze Nation war eins in diesen Gefühlen, welche sich bald in feste Entschlossenheit und aufopferungsvolle, hingebende Vaterlandsliebe abklärten.
Den sofort zusammenberufenen norddeutschen Reichstag eröffnete ... König Wilhelm am 19. Juli mit einer des erhabenen Augenblicks würdigen Thronrede: "Hat Deutschland", sagte er, "derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war.
Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begonnen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feind keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat.
Wir werden nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."
Der Reichstag beantwortete diese Worte mit einer begeistert zustimmenden Adresse und der einstimmigen Bewilligung der geforderten Kriegsanleihe von 120 Millionen Talern und verlängerte seine eigene Legislaturperiode bis Ende des Jahres, worauf er am 21. Juli geschlossen wurde. Die süddeutschen Fürsten ließen sofort in Berlin erklären, daß sie ... ihre sämtlichen Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellten. Die süddeutschen Kammern folgten. Die hessische, badische und auch die württembergische bewilligten die geforderten Rüstungsgelder mit Einstimmigkeit, die bayerische Zweite Kammer mit 101 gegen 47 Stimmen.

Nur die verbissenen Ultramontanen verteidigten aus Haß gegen Preußen eine bewaffnete Neutralität; selbst solche Bayern, welche eifersüchtig die Selbständigkeit ihrer engeren Heimat wahrten, erkannten, daß dieselbe nur dadurch zu erhalten sei, daß Bayern freiwillig seine deutsche Pflicht erfülle.
Die süddeutschen Kontingente wurden mit drei preußischen Armeekorps zur dritten deutschen Armee unter dem Befehl des Kronprinzen von Preußen vereinigt, während die erste und zweite Armee aus norddeutschen Truppen bestanden. So war die Kriegsmacht des ganzen deutschen Volkes zum erstenmal nach Jahrhunderten wieder vereinigt, und ihre glänzenden Siege bewiesen, welche gewaltige Kraft ihr innewohnte, wenn sie gut vorbereitet und gut geführt war.
In den Schlachten von Wörth und Spichern, in dem blutigen Ringen an den drei Kampfestagen vor Metz, endlich bei Sedan wetteiferten die deutschen Truppen an Tapferkeit und Todesmut. Dieselben Truppen, welche 1866 am Main so wenig geleistet, taten es jetzt den besten preußischen Regimentern gleich.
Deutsches Gebiet, welches in früheren Kriegen mit dem französischen Nachbar stets Kriegsschauplatz gewesen und immer wieder arg verwüstet worden war, wurde diesmal nur in Saarbrücken auf kurze Zeit vom Feind betreten. Schon einen Monat nach Beginn der Feindseligkeiten war eine große Armee der Franzosen kriegsgefangen, eine zweite in Metz eingeschlossen und die deutschen Heere tief im Inneren Frankreichs auf dem Marsch nach Paris.
Wie das deutsche Volk seit dem Ausbruch des Krieges sich wieder nach langer Trennung und Spaltung als ein Volk von Brüdern fühlen gelernt und an den Heldentaten seiner wehrhaften Männer, welche ihm als Siegespreis die Sühne langer Schmach, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, verhießen, sich zu hohem und stolzem Nationalgefühl aufgerichtet hatte, so zeigte es sich auch von Anfang an fest entschlossen, seine wunderbaren Erfolge zur Herstellung eines einheitlichen, starken und großen Reiches zu benutzen.
Schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere hatte die Stimme des Volkes laut eine Einigung von ganz Deutschland gefordert; diese Forderung war dann im Verlauf des Krieges mit einer solchen Entschiedenheit und Einstimmigkeit erneuert worden, daß die Regierungen der süddeutschen Staaten ihr die Gewährung nicht zu versagen wagten.
War doch eben durch diesen Krieg klarer als je erwiesen worden, daß nur auf der Einigung aller Stämme die Sicherheit Deutschlands, besonders des Südens, für die Dauer begründet sei, und durch die Besiegung Frankreichs die Rücksichtnahme auf diesen Nachbar beseitigt, die sich bisher wie ein Bleigewicht allen auf die Einheit Deutschlands gerichteten Bestrebungen angehängt hatte.
Auch Österreich hatte durch Beusts zweideutige Haltung bei Beginn des Krieges alles Recht verwirkt, noch in deutschen Angelegenheiten ein Wort zu reden.
Die Hauptschwierigkeit lag indes in der Frage, ob es möglich sein würde, die Einheit unter genügender Berücksichtigung der Ansprüche der süddeutschen Staaten auf ein reichliches Maß innerer Selbständigkeit herzustellen, zumal da König Wilhelm und Bismarck jeden Gedanken einer Pression auf die süddeutschen Staaten ablehnten, nachdem dieselben so loyal ihren Vertragspflichten nachgekommen waren.
Als zuerst Baden (2. September 1870) die Frage nach einer festeren Einigung bei der Regierung des Norddeutschen Bundes anregte und dann auch Bayern den Wunsch nach Verhandlungen hierüber kundgab, reiste der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, im Auftrag Bismarcks nach München (21. September), um die Vorschläge der süddeutschen Regierungen entgegenzunehmen. In den hier stattfindenden Konferenzen ... machte indes Bayern derartige Forderungen, daß eine Verständigung unmöglich erschien.
Daraufhin lud Bismarck die drei anderen süddeutschen Staaten ein, Bevollmächtigte zu Unterhandlungen nach Versailles zu senden, an denen teilzunehmen Bayern freigestellt wurde.

Hier kamen im Lauf des Oktobers je zwei Vertreter der vier Staaten mit den Bevollmächtigten des Bundes, den Ministern Delbrück, Roon und Friesen, zu Konferenzen zusammen, die bald zu befriedigendem Abschluß führten, zuerst mit Baden und Hessen (15. November), welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit geringen Änderungen (in Bezug auf die Besteuerung) annahmen. ...

Am 23. November wurde der Vertrag mit Bayern unterzeichnet, in welchem ... (den Bayern) sehr erhebliche Sonderrechte zugestanden wurden. Es behielt sein besonderes Gesandtschaftsrecht, die Verwaltung seines Heerwesens, eigene Post, Eisenbahnen und Telegraphen, eigene Besteuerung von Bier und Branntwein und besondere Bestimmungen hinsichtlich des Heimat- und Niederlassungsrechts.

Obgleich dieser Vertrag der nationalen Partei das Maß berechtigter Eigentümlichkeit weit zu überschreiten schien, fand er doch im bayerischen Abgeordnetenhaus von seiten der ultramontanen Patriotenpartei lebhaften Widerspruch und wurde erst nach zehntägigen Debatten am 21. Januar 1871 mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen, nachdem sich die Patriotenpartei gespalten hatte; die Reichsräte hatten ihn schon 30. Dezember 1870 mit 30 gegen 3 Stimmen genehmigt.

Zuletzt wurde am 25. November der Vertrag mit Württemberg abgeschlossen; derselbe glich im wesentlichen dem bayerischen, nur schloß Württemberg, gleich Baden und Hessen, mit Preußen eine Militärkonvention ab, nach welcher die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein in sich geschlossenes Armeekorps bilden sollten. ...

Der norddeutsche Reichstag wurde am 24. November wieder zusammenberufen, um den Verträgen mit den süddeutschen Staaten ebenfalls seine Zustimmung zu erteilen. Auch hier stießen die bayerischen und württembergischen Verträge wegen der zu weit gehenden Reservatrechte auf Widerspruch, besonders von seiten der Fortschrittspartei, wurden jedoch endlich auf dringende Befürwortung der Regierung am 9. Dezember angenommen. Auch eine neue Kriegsanleihe von 100 Millionen Talern wurde bewilligt.

Am 4. Dezember machte Delbrück dem Reichstag davon Mitteilung, daß der König von Bayern bei den deutschen Fürsten und Freien Städten beantragt habe, mit dem Präsidium des künftigen Deutschen Bundes den Titel "deutscher Kaiser" zu verbinden, und daß die Fürsten und Städte alle zugestimmt hätten. Ohne daß die Rechte des bisherigen Präsidiums dadurch vermehrt wurden, wurde doch das Ansehen des Bundesoberhauptes erhöht, seine Würde eine Stufe höher als die der übrigen Fürsten gestellt und dem deutschen Volk ein altes Symbol seiner Einheit und Macht damit zurückgegeben. Dem entsprechend wurde auch der neue Bund "Deutsches Reich" genannt.

Nachdem am 10. Dezember der erste und letzte norddeutsche Reichstag geschlossen worden war, begab sich eine Deputation desselben von 30 Mitgliedern nach Versailles, um dem König von Preußen eine Adresse zu überbringen, welche ihn "vereint mit den Fürsten Deutschlands" bat, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die Deputation, geführt von dem Präsidenten Simson, der 21 Jahre früher an der Spitze der Deputation des Frankfurter Parlaments Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, wurde am 18. Dezember in Versailles feierlich empfangen. König Wilhelm nahm die Krone an, vorbehaltlich der formellen Kundgebung der freien Zustimmung der Fürsten und Städte.

Nachdem dieselbe erfolgt war, erließ der König am 17. Januar 1871 folgende Proklamation an das deutsche Volk: "Wir Wilhelm, König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsa-

me Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.
Demgemäß werden Wir und Unsere Nachkommen an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.
Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.
Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.
Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."
Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlosses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.
Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franc.
Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.
Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.
Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.
Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.
Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.
Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3. März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.
Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden: "Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter

für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.
Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.
Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."
Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.
Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.
Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall eines erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.
Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.
Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wetteifer Gutes und Edles stiften.
Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

Spanien, Frankreich, Preußen: Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert

der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestigegründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtet später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfing Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautet nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/-145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung

zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergibt der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.

Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.

In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<

Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung fühlten sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß die französische Ehrenstellung gerettet werden mußte.

Bismarck, der wie Kaiser Wilhelm I. Angriffskriege grundsätzlich ablehnt, schreibt später über den Krieg 1870/71 (x063/440): >>Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifer die Sympathie aller edel Gesonnenen und Länder zu Seite stehen und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen.

Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870. Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keine Alliierten finden, ... ja überhaupt keine Neutrale, wohl aber Gegner ...<<

Friedrich Engels schreibt am 15. August 1870 in einem Brief an Karl Marx über den Krieg gegen Frankreich (x261/109): >>Deutschland ist durch Badinguet (Spottname für Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet

so ist der Bonapartismus auf Jahre befestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt.
Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen.
Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anders nationalem Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus.
Die ganze Masse des deutschen Volkes hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schreibt damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldete fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<
Bismarck berichtet später während einer Reichstagsrede über den Krieg 1870/71 (x063/-405,406): >>... Der Gedanke einen Krieg zu führen, weil er vielleicht später unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden kann, hat mir immer ferngelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. ...
Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später doch geführt werden muß. ... Wir haben 1870 (den Krieg) mit günstigerem Erfolge geschlagen als wir ihn 1867 gekonnt hätten, aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn Napoleon gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.<<
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die Kriegsverantwortung Bismarcks (x056/249): >>Es ist ein versimpelndes Schlagwort, daß er ein Politiker der brutalen Gewalt gewesen sei, der rücksichtslos über Verträge und Völkerrecht hinwegschritt, sobald es um die Macht Preußens ging. Weder war er der "Eiserne Kanzler", ... der immer rechtzeitig mit der Faust auf den Tisch zu hauen verstand, ... noch ein gewissenloser ... Abenteurer. Freilich gehörte für ihn noch der Krieg zu den legitimen Mitteln der Staatskunst, wenn es um "Lebensinteressen" der Nation ging, ... (während der) große Krieg (heute) zum Selbstmord der Menschheit geworden ist. ...
Man kann ihn in seiner Kriegspolitik den letzten Kabinettspolitiker im Stile ... Friedrichs des Großen nennen – aber auch in der bewußten Beschränkung der Kriegsziele und Kriegsmethoden. ...
Der Krieg war in Bismarcks Epoche legitim, auch der Angriffskrieg, wenn alle anderen, mit reicher Phantasie ersonnenen versagten, und jedesmal mit echtem, sittlich-religiösem Verantwortungsbewußtsein unternommen. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte ernstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...
Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche

Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.
Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.
Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.
Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<
Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.
Im Passauer Dom wird in den ersten Tagen des Krieges folgende Predigt gehalten (x056/248-249): >>Der König von Preußen ist Protestant; aber er ist ein gottesfürchtiger, christlicher Fürst, der hochbetagt sein Leben für Deutschlands Ehre einsetzt und nicht sich, sondern Gott die Ehre gibt.
Er soll der Führer Deutschlands sein, Gott hat ihn dazu berufen. ... Unser liebes Vaterland ... muß mit Deutschland auf das engste verbunden sein. ...
Wenn hier unter den Zuhörern Väter, Mütter, Gattinnen und Kinder sind, deren Söhne, Gatten, Väter auf den blutigen Schlachtfeldern gefallen sind oder (fallen) werden, die sollen ihre Tränen trocknen, denn der Preis, um den ihre Lieben das Leben opfern, ist ein hoher und würdiger; sie haben mit ihrem Blute Deutschlands Freiheit, Macht und Ehre erkauft.<<
Gerhart Hauptmann (1862-1946, deutscher Schriftsteller, erhält 1912 den Nobelpreis für Literatur) schreibt später, wie er den Kriegsausbruch in Schlesien erlebt (x233/99): >>Morgens ... brachte uns Onkel in der üblichen Landkutsche nach Striegau zur Bahn, eine Fahrt, die mehrere Stunden verlangte. Ich weiß nicht, wer es war, der uns in einer kleinen Kutsche entgegenkam, sie halten ließ und uns zuwinkte. Das Dumpfe, das über der ganzen Reise gelegen hatte, löste, wie Gewitterschwüle ein erster Blitz, die Nachricht, die der Winkende mitbrachte.
Meine Herren, rief er, wir haben den Krieg! Gestern hat König Wilhelm in Bad Ems den Gesandten Napoleons, der ihn wie einen Lakaien behandeln wollte, einfach auf die Straße geworfen. Die gesamte norddeutsche Armee (ist) mobilisiert, auch die süddeutschen Fürsten machen mit, Bayern, Baden, Württemberg. Es braust ein Ruf wie Donnerhall.
Mein Vater und Onkel Schubert waren bleich geworden. ... Bismarck, sagte der Onkel, stürzt uns in ein sehr schlimmes und gefährliches Abenteuer hinein. Der allmächtige sei uns gnädig! Weder sind wir gerüstet genug, aber wenn wir es wirklich wären, wie wollen wir den überlegenen Waffen und Massen Frankreichs widerstehen? ...
Mein Vater ... aber wollte doch nicht in die Verzagtheit des lieben Verwandten einstimmen. Mit ruhigen und bestimmten Worten trat er für Bismarck und seine Haltung ein, er habe immer gewußt, was er wollte, und es immer zum guten Ende geführt. Er nannte dann Moltke, Roon ... und erklärte, wenn wirklich Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen mitgingen,

hätte der Sieg große Wahrscheinlichkeit. ...<<
Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.
Der deutsche Gefreite Kurt Moser verfaßt im Jahre 1870 den Text des Soldatenliedes "Fern bei Sedan auf den Höhen ..." (x846/...):
>>1. Fern bei Sedan auf den Höhen,
Steht ein Krieger auf der Wacht,
Neben seinem Kameraden,
Den die Kugel tödlich traf.

2. Leise flüstern seine Lippen,
Du, mein Freund kehrst wieder heim,
Siehst die teure Heimat wieder,
Kehrst in unsrem Dörflein ein.

3. In dem Dörflein, in der Mitte,
Steht ein kleines weißes Haus,
Rings umrahmt von Rosen, Nelken,
Drinnen wohnet meine Braut.

4. Nimm den Ring von meinem Finger,
Nimm den Ring von meiner Hand,
Drück auf ihre weiße Stirne,
Einen Kuß als Abschiedspfand.

5. Der Soldat, der hat's gesprochen,
Der Soldat, der hat's gesagt,
Seine Augen sind gebrochen,
Dort bei Sedan ist sein Grab.<<
Der deutsche Historiker Hermann Baumgarten (1825-1893) schreibt nach den Siegen bei Sedan und Metz (x261/110): >>Die rasche Skizze, welche ich unter dem Eindruck unserer ersten Siege über Frankreich begonnen habe, schließe ich unter dem Jubel über die neuesten Triumphe bei Sedan und Metz.
Vor dem wunderbaren Ereignis des 2. September (Sieg bei Sedan) verstummt meine schwache Stimme. In diesen staunenswerten Taten, welche in wenigen Wochen die Gestalt der Welt verwandelt haben, liegt der unwiderstehliche Beweis für die Wahrheit meiner Sätze.
Jede Siegesbotschaft, die unser dankerfülltes Herz von neuem freudig erzittern macht, verkündigt die große Tatsache, daß der lange, schwere Auferstehungsprozeß unseres Volkes auf dem Punkt steht, von derselben staatsbildenden Kraft, die ihn begonnen und fortgeführt hat, abgeschlossen zu werden, daß wir, was wir so lange so heiß ersehnt haben, jetzt vollbracht sehen, daß wir wieder ein Volk sind.
Und wahrlich, wir müßten nicht das deutsche Volk sein, wenn nicht ein jeder von uns sich getrieben fühlte, angesichts dieses erhabenen Daherschreitens ... (von der Vorsehung be-

stimmter) Mächte seine kleine Weisheit, seinen engen Parteisinn zu beugen vor dem donnernden Eintritt einer neuen Epoche.<<

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei berichtet am 5. September 1870 (x261/110): >>Eine neue und unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden.

Nach 20jährigem schmachvollem Bestehen des Zweiten Kaiserreiches hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängnis ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängnis auf Frankreichreich herabbeschworen. Ein "Hurra" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonischen Söldnerscharen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den "Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird.

Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz sein, einem solchem Heldenvolke anzugehören.

Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, "der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen, nach dem, was wir jetzt zu tun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.<<

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärt am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797: >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.

Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.

Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.

Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch

waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu nehmen.
Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.
Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die, in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.
Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...
In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.
Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.
Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.
Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.
Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesien. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General Vogel von Falckenstein.
Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.
Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.
Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.
Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.
Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche

unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.
Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.
Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.
Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Chalons zurückziehen konnten.
Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...
Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aushebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...
Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff.
Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.
Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkauft wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Chalons verhindert und dieselbe in Metz eingeschlossen wurde. ...
Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...
Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.
König Wilhelm befahl nun, daß die Maasarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.

Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5. Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich nach Méziéres retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.
Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten Mac-Mahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangengenommenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.
Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.
Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab. ...
Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...
Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.
Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rücken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.
Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...
(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.
General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...
Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.
Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.

An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.
Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.
Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...
Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...
Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.
Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.
Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.
... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.
Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...
So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.
Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet.
Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welch letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<
Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtet später (im März 2021) über den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 (x1.032/…): >>**Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71**
Von *Dag Krienen*

Nach einem Gefecht, in dem 1870 bayerische und preußische Truppen Schulter an Schulter einen Sieg über die Franzosen errungen hatten, wandte sich der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm an einen bayerischen Soldaten:
"Brav habt ihr Bayern euch gehalten. Ich bin stolz darauf, euer Oberbefehlshaber zu sein." Der Angesprochene stand stramm und antwortete:
"Ja, Hoheit, Königliche. Hätten Sie uns g'führt anno Sechasechsge, da hätten S' g'schaut, wie mer die Malefizpreiß'n außa g'stampert hätt'n!"
1870/71 zogen auf deutscher Seite Armeen miteinander in den Kampf, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander gefochten hatten. Die alten Ressentiments waren noch nicht verschwunden. Auch Friedrich Wilhelm fand an den bayerischen Soldaten manches auszusetzen. Doch gegen Frankreichs Armeen wirkten die Kriegsgegner von 1866 militärisch effektiv zusammen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind stärkte das Bewußtsein, einer nationalen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und bildete eine wichtige Voraussetzung für die während des Krieges geschaffene staatliche Einheit Deutschlands.
Bereits durch den Krieg von 1866 hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf Dauer abzusichern, weitgehend erreicht. Nach dem Herausdrängen Österreichs dominierte Preußen den mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie 1867 geschlossenen Norddeutschen Bund.
Diesen Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung weiterzuentwickeln, lag zwar nahe. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler Bismarck - seit 1866 zum Hoffnungsträger der bürgerlichen deutschen Nationalbewegung avanciert - hatte damit aber keine Eile. Noch Anfang 1869 betonte er: "Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen."
Allerdings hatte Preußens Erfolg im Frankreich des Zweiten Kaiserreichs Neid und Besorgnis ausgelöst. Napoleon III. hatte 1866 einen preußischen Erfolg über den Erzrivalen Österreich noch durchaus für wünschenswert gehalten, wollte dafür aber "Kompensationen" erhalten. Die von ihm erwünschte Abtretung linksrheinischer Gebiete Deutschlands lehnte Bismarck ab, erklärte sich allerdings in unverbindlicher Form mit einem Gebietszuwachs Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs einverstanden. 1867 unterstützte er zunächst insgeheim den französischen Erwerb Luxemburgs, verweigerte am Ende aber auf Druck der deutschen Öffentlichkeit seine Zustimmung.
Die dadurch ausgelöste Krise konnte 1867 im Rahmen einer internationalen Konferenz beigelegt werden, auf der die Unabhängigkeit und die Neutralität Luxemburgs garantiert wurden. Doch ohne Kompensationen bedrohte der einseitige preußische Machtgewinn die vom Kaiser wie vom Volk wie selbstverständlich in Anspruch genommene legitime Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Rufe nach "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurden laut. Nicht nur aus nüchternem machtpolitischen Kalkül, sondern auch aufgrund der preußenfeindlichen Stimmung in Frankreich durfte Napoleon III. von nun an keine weiteren spektakulären Erfolge des Nachbarn zulassen.
Noch strebten zwar weder der Kaiser noch Bismarck zielstrebig auf einen Krieg zu. Doch beide kalkulierten die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein und trafen dafür Vorbereitungen.

Der Thronfolgestreit und die Auslösung des Krieges

In dieser Situation führte ein zunächst unbedeutend erscheinender Anlaß zur Eskalation. Seit der Absetzung der Königin Isabella im Jahre 1868 war der spanische Thron vakant. Als Thronkandidaten faßte die spanische Interimsregierung unter anderem den Prinzen Leopold

von Hohenzollern ins Auge, der aus der süddeutsch-katholischen Nebenlinie des Hauses stammte. Nach einigem Hin und Her stimmte Leopold am 19. Juni 1870 dem spanischen Angebot zu. Der preußische König Wilhelm gab als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern sein Einverständnis. Die zunächst geheim gehaltene Kandidatur wurde Anfang Juli bekannt und löste in Frankreich Empörung aus.
Der französische Außenminister Agénor de Gramont erklärte vor der Kammer, daß Frankreich es nicht hinnehmen werde, daß ein Hohenzoller auf dem Thron Karls V. säße - eine Reminiszenz an die habsburgische Umklammerung im 16. Jahrhundert. Indirekt mit Krieg drohend, forderte er ultimativ die Rücknahme der Kandidatur Leopolds. Nachdem König Wilhelm insgeheim dazu geraten hatte, wurde sie am 12. Juli zurückgezogen.
Damit hätte die Krise ein Ende haben können.
Doch schon am 6. Juli 1870 hatten sich in Paris die Hardliner um die Kaiserin Eugénie gegen alle Bedenken des zögerlichen Kaisers durchgesetzt und das Kabinett beschlossen, die Angelegenheit zu einer diplomatischen Demütigung des preußischen Rivalen zu nutzen, wobei das Risiko eines Krieges in Kauf genommen wurde. Leopolds Verzichtserklärung reichte zu einer solchen Demütigung nicht aus, solange König Wilhelm an der Behauptung festhielt, es handele sich um eine reine Familienangelegenheit.
Gramont ließ deshalb den französischen Botschafter Vincent Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorsprechen. Wilhelm solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollerns auf Spaniens Thron aussprechen und vor allem garantieren, Entsprechendes nie wieder zu versuchen. Das wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß doch der preußische Staat hinter der Kandidatur gestanden hätte und dieser nun vor den französischen Forderungen demütig einknicke.
Mit dieser unverschämten Forderung konfrontiert, lehnte der König weitere Unterredungen mit Benedetti ab und informierte die preußische Regierung über den Vorfall.
Bismarck kürzte die telegraphische Depesche seines Königs zu einer im Tonfall verschärften Pressemitteilung über die Begegnung Benedettis mit dem König in Bad Ems. Diese "Emser Depesche" wird oft als eine bewußte Provokation dargestellt, die nach den damaligen Ehrauffassungen Napoleon III. geradezu zur Kriegserklärung zwang. Tatsächlich gab schon das französische Ansinnen an einen regierenden Monarchen, sich für bestimmte Taten zu entschuldigen und eine Garantieerklärung für zukünftiges Wohlverhalten abzugeben, nach den damaligen Ehrauffassungen einen Kriegsgrund ab - für Preußen.
Doch Wilhelm und Bismarck ließen sich nicht in die Falle locken. Die kaiserliche Regierung hatte sich bei dem Versuch, Preußen zu erniedrigen, vielmehr selbst in eine Falle manövriert, aus der sie, wollte sie ihr Gesicht wahren, nur durch einen Krieg herauskommen konnte. Sobald das französische Kabinett von Benedetti über die Zurückweisung seiner Forderungen durch Wilhelm erfuhr, ordnete es - noch bevor es den Wortlaut der Emser Depesche kannte - die Mobilmachung der Armee an und tat damit den entscheidenden Schritt zum Krieg.
Erst im Nachhinein verwendete es diese Depesche dazu, den Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit als alternativlose Antwort auf eine Beleidigung der Ehre Frankreichs zu rechtfertigen.
Am 15. Juli 1870 bewilligte das Parlament mit 245 zu 10 Stimmen die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.
Vor den Augen der Welt stand Frankreich nach seiner Kriegserklärung als Aggressor dar, der eine internationale Krise, die eigentlich schon beigelegt war, ohne Not wieder eskaliert und schließlich den Krieg aus reiner Ehrpusseligkeit entfesselt hatte. Dies galt auch für die deutschen Staaten. Baronin Hildegard von Spitzemberg, die Frau des württembergischen Gesandten in Berlin, stellte fest: "Unklüger hätten es die Franzosen auch nicht einrichten können: Anstatt uns zu spalten, vollziehen sie faktisch die Einigung Deutschlands, die nichts fester kitten wird als dieser gemeinsam geführte blutige Krieg um die eigene Existenz."

Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Schutz- und Trutz-Verträge, die Bismarck 1866/67 nach Indiskretionen über Napoleons Kompensationswünsche im linksrheinischen Deutschland abgeschlossen hatte, traten mit der Kriegserklärung nicht nur formal in Kraft, sondern wurden in Süd- und Norddeutschland von einer breiten nationalen Solidarisierung mit Preußen begleitet.
Außenpolitisch waren die Gefahren einer militärischen Konfrontation mit einer weiteren europäischen Macht überschaubar. Großbritannien sah immer noch in Frankreich den traditionellen und gefährlichsten Rivalen in Europa. In London war der Aufstieg Preußens zum Gegengewicht der französischen Macht seit 1866 durchaus gern gesehen worden. Im zu dieser Zeit wegen Berlins Haltung im Krimkrieg preußenfreundlichen Rußland überwog die Abneigung gegen die Habsburger-Monarchie als Rivalin auf dem Balkan.
1868 kamen Berlin und St. Petersburg sogar überein, daß im Falle eines französischen Angriffs auf Preußen Rußland durch Truppenmassierungen an der Grenze zu Galizien eine österreichische Intervention verhindern sollte. In dem 1867 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgebildeten Habsburgerstaat war der Gedanke an eine Revanche für 1866 zwar noch virulent. Der österreichische Reichskanzler und Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust war sich aber bewußt, daß aufgrund der inneren Schwäche dieses Staatsgebildes, der latenten Bedrohung durch Rußland und der Haltung seiner deutschen und ungarischen Einwohner ein aggressiver antipreußischer Kurs unmöglich war.
Die politische Lageanalyse der französischen Regierung erwies sich hingegen rasch als realitätsfern. In der Julikrise ging Paris noch davon aus, daß ihm im Kriegsfall Österreich und Italien militärisch beistehen und die süddeutschen Staaten neutral bleiben würden.
Napoleon III. hatte seit 1867 die Unterstützung Österreich-Ungarns und auch Italiens als mögliche Verbündete gegen Preußen gesucht, aber nur vage Versprechen erhalten. Bei Kriegsausbruch bot er den Österreichern Teile Schlesiens sowie den Dänen Schleswig und Holstein an. Um Wien vom russischen Druck zu entlasten, wurde dem Zarenreich für eine wohlwollende Neutralität Danzig in Aussicht gestellt.
Doch keine Macht schluckte die Köder. Die süddeutschen Staaten verharrten nicht in Neutralität, sondern traten auf die Seite Preußens. Österreich-Ungarn, Italien und Dänemark entschlossen sich, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die deutschen Siege im August 1870 erstickten dann rasch jede Bereitschaft, gegen Preußen zu marschieren. Frankreich mußte den Krieg gegen den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten allein ausfechten.

Die Kräfteverhältnisse und der Beginn des Konflikts

Nach Kriegsausbruch löste sich auch die französische Illusion von der Überlegenheit seiner Armee rasch in Luft auf. Dieser Glaube war allerdings nicht ganz unverständlich. Das Land verfügte über knapp 500.000 Berufssoldaten und ausgebildete Reservisten, von denen die meisten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfahrung auf den Schlachtfeldern gesammelt hatten. Die 1868 aufgestellten, schlecht ausgebildeten 400.000 Mann an "Mobilgarden" waren zumindest als Truppen zweiter Linie brauchbar. Die numerische Überlegenheit der verbündeten deutschen Truppen - rund. 730.000 reguläre Soldaten und Reservisten sowie 210.000 Landwehrsoldaten für die zweite Linie - war auf den ersten Blick nicht sehr groß.
Auch waffentechnisch schien die französische Armee im Vorteil zu sein. Nach den preußischen Erfolgen von 1866, die man mit dem Einsatz des Zündnadelgewehrs erklärte, war sie mit einem neuen Hinterlader, dem Chassepotgewehr, ausgerüstet worden. Dieses besaß fast die doppelte Reichweite des Zündnadelgewehrs. Zudem verfügte die französische Armee über 190 Mitrailleusen, ein mit einer Kurbel bedientes frühes Maschinengewehr. Die Mitrailleuse sollte allerdings die in sie gesetzten Erwartungen aufgrund mangelnder Beweglichkeit, der Unfähigkeit zum Streuen der Salven und ihres taktisch falschen Einsatzes bei der Artillerie nicht erfüllen.

Ausgeglichen wurde die französische Überlegenheit auf dem Feld der Infanteriewaffen durch die preußische Artillerie. Diese hatte man nach 1866 komplett auf stählerne Hinterlader umgerüstet, während die französische Artillerie weiterhin nur bronzene Vorderlader besaß. Diese verschossen mit Zeitzünder versehene Granaten, die bloß auf zwei Distanzen einstellbar waren, während die preußischen Geschütze Sprenggranaten mit Aufschlagzünder gegen beliebige Ziele auf beliebige Distanz einsetzen konnten.
Zudem war die preußische Artillerie zweckmäßiger gegliedert und wurde taktisch weit besser eingesetzt. Sie konnte nicht nur über größere Distanzen ein lang andauerndes Schnellfeuer gewährleisten, sondern auch zu Feuerkonzentrationen zusammengefaßt werden, denen die französische Artillerie nichts entgegenzusetzen hatte.
Die Franzosen planten, vor der Vollendung der preußischen Mobilmachung durch den schnellen Vorstoß einer rasch mobilgemachten Kernarmee die süddeutschen Staaten vom Norddeutschen Bund zu trennen. Doch der chaotische Verlauf ihrer Mobilmachung zerstörte diese Hoffnung. Die französischen Einheiten wurden zwar rasch zur Grenze geschickt, ohne aber zuvor mit Reservisten und wichtigem Kriegsmaterial auf Kriegsstärke aufgefüllt worden zu sein. Diese sollten nachgeschickt werden, erreichten aber aufgrund der miserablen Organisation des Transportwesens ihr Ziel meist nicht rechtzeitig oder sogar gar nicht.
Auf deutscher Seite liefen aufgrund der engen Zusammenarbeit von preußischem Generalstab und Eisenbahnverwaltung Mobilmachung und Aufmarsch in den Grenzregionen schnell und nahezu reibungslos ab. Die Einheiten wurden noch an ihren Standorten personell und materiell auf Kriegsstärke gebracht und dann per Eisenbahn zu den Zielorten transportiert.
Bei Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen Anfang August 1870 standen so fast 450.000 Soldaten aus den deutschen Staaten an der Grenze bereit, während nur 250.000 Franzosen aufmarschiert waren. Im Raume Metz stand die französische Rheinarmee unter Marschall François-Achille Bazaine, im Elsaß eine detachierte Gruppe unter Marschall Patrice de Mac-Mahon. Auf deutscher Seite waren die Truppen in drei Armeen aufmarschiert, von denen die südlichste 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus je zwei preußischen und bayerischen Armeekorps sowie einer württembergischen und einer badischen Divisionen bestand.
Die Franzosen eröffneten den Feldzug am 2. August mit einem Vorstoß nach Saarbrücken, zogen sich aber nach zwei Tagen wieder zurück. Die deutschen Truppen rückten ab dem 4. August vor und schlugen binnen zweier Tage drei Grenzschlachten, die allesamt nicht vom Oberkommando unter Generalstabschef Helmuth von Moltke geplant, sondern durch das selbständige Vorgehen der Armee- und zum Teil auch nachgeordneter Truppenführer eingeleitet wurden.
Am 4. August drängten preußische und bayerische Verbände der 3. Armee bei dem kleinen Städtchen Weißenburg im Elsaß ein Korps Mac-Mahons zurück. Am 6. August schlug die 3. Armee die Truppen Mac-Mahons bei Wörth erneut, diesmal schwer. An demselben Tag gelang der 1. Armee bei Spichern ein Erfolg gegen die französische Rheinarmee, der diese nach Westen in Richtung Metz zurückwarf.
In diesen Schlachten ging die deutsche Infanterie oft noch in dichten Kolonnenformationen frontal gegen die gut verschanzten Franzosen vor und erlitt im Feuer der Chassepotgewehre schwere Verluste. Auf deutscher Seite war die Zahl der Toten und Verwundeten jedes Mal höher als auf französischer.
Nur durch die Gefangenen wurde das Verlustkonto in etwa wieder ausgeglichen. Es war der Initiative der deutschen Truppenführer, die aus eigenem Entschluß ihre Verbände in das Gefecht führten, sowie der überlegenen deutschen Artillerie zu verdanken, daß die Situation immer wieder gerettet wurde. Die französischen Offiziere ließen hingegen meist Eigeninitiative vermissen, kamen ihren bedrängten Nachbarn nicht zu Hilfe und verpaßten die vielen Gele-

genheiten zu erfolgversprechenden Gegenangriffen.
Dieses Schema, hohe deutsche Verluste im Gewehrfeuer der Franzosen, überlegene deutsche Artillerie und größere Initiative und taktische Beweglichkeit der deutschen Truppenführer, prägten auch die weiteren Schlachten im August.
Nach den drei Grenzschlachten lag die militärische Initiative auf deutscher Seite. Für Frankreich verwandelte sich hingegen der geplante Feldzug zum Rhein in einen Krieg zur Verteidigung des Landes. Die angeschlagenen Truppen Mac-Mahons wurden aus dem Elsaß abgezogen und per Eisenbahn in das im Hinterland liegende Chalons an der Marne transportiert, um dort mit einigen in Reserve gehaltenen und neu aufgestellten Verbänden zu einer neuen Armee formiert zu werden.
Bazaines noch intakte Rheinarmee zog sich zunächst auf die gut ausgebaute Festung Metz zurück, um sich danach möglichst bald mit der Chalons-Armee zu vereinigen.
Moltke hatte vor Kriegsbeginn zwar detaillierte Aufmarschpläne ausgearbeitet, aber keinen Feldzugsplan. Es gab nur die operative Grundidee, allgemein in Richtung Paris vorzugehen, "bis wir der Französischen Armee begegnen, um dann die Schlacht zu liefern". Die Teilung des kaiserlichen Heeres durch den Abzug Mac-Mahons nach Chalons gab Moltke die Chance, die Rheinarmee noch östlich von Paris zu überflügeln und zu stellen.
Die 1. Armee erhielt den Befehl, den Feind auf dem rechten Moselufer zu beobachten.
Die 2. und 3. Armee sollten südlich von Metz die Mosel überschreiten und nach Osten vorstoßen.
Bazaine sah die Gefahr durchaus. Von Metz aus gab es jedoch keine Bahnverbindung zum schnellen Ausweichen nach Westen, es blieben nur langsame konventionelle Fußmärsche.
Beim Rückzug wurden die französischen Nachhuten am 14. August noch östlich von Metz bei Colombey-Nouilly von deutschen Vorhuten angegriffen und ließen sich dazu verleiten, eine Schlacht zu liefern.
Taktisch gelang ihnen sogar ein Abwehrerfolg. Allerdings kostete dieser die Rheinarmee einen vollen Marschtag in Richtung Westen. Zur gleichen Zeit überquerte die deutsche 2. Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen südlich von Metz die Mosel, um Bazaine den Weg zu verlegen. Der Prinz überschätzte indes das Tempo der Franzosen und ließ die Masse seiner Truppen zu weit nach Westen in Richtung Maas vorstoßen.
Bazaines Armee hingegen machte einen Tagesmarsch westlich von Metz noch einmal einen Halt, um Nachzügler und Proviantkolonnen aufschließen zu lassen. Als Friedrich Karl feindliche Truppenansammlungen in diesem Gebiet gemeldet wurden, gab er - im Glauben, daß es sich nur um die Nachhut der abziehenden Rheinarmee handele - seinem zurückhängenden rechten Flügel die Weisung, diesen für schwach gehaltenen Gegner anzugreifen. Tatsächlich aber stieß am 16. August das III. Korps unter General Constantin von Alvensleben auf fast die komplette Rheinarmee.
Die nun folgende Schlacht von Mars-la-Tour (beziehungsweise Vionville) wurde durch den Entschluß von Alvenslebens geprägt, trotz der Konfrontation mit einer mehrfachen Übermacht zum Angriff überzugehen. Erneut litten die Preußen im französischen Gewehrfeuer schwer. Einzelne Bataillone verloren alle ihre Offiziere und wurden nur noch von Feldwebeln geführt, setzten den Kampf aber fort. Erst am Nachmittag konnte das stark bedrängte III. Korps durch das aus Nordwesten herbeieilende X. Armeekorps unterstützt werden. Gemessen an den Kräfteverhältnissen hätten die Franzosen die Schlacht dennoch eigentlich für sich entscheiden und zumindest das III. Korps zerschlagen müssen.
Die wütenden Angriffe dieses einsamen Korps hatten nach Bazaines Meinung aber nur Sinn, wenn sie ihn in eine Falle locken oder den Auftakt zu einem baldigen Großangriff einer gesamten deutschen Armee bilden würden. Große Teile seiner Truppen ließ er deshalb untätig in der Reserve verharren. Ihm und seinen Unterführern fehlte die Entschlossenheit, die wieder-

holt sich bietenden Chancen zu nutzen, Alvensleben durch entschiedene Angriffe zu überwältigen. Am Abend räumte Bazaine das Schlachtfeld und zog sich in Richtung Osten zurück. Beide Seiten hatten Verluste von jeweils 15.000 bis 17.000 Mann erlitten.
Bazaines nach Osten zurückgeworfene Armee bezog westlich von Metz eine Auffangposition zwischen Saint-Privat im Norden und Rozérieulles im Süden. In der sehr starken Defensivstellung hoffte der Marschall, einen Abwehrsieg zu erringen und die Deutschen zurückzuwerfen. Danach sollte die Rheinarmee weiter nach Westen in Richtung Verdun marschieren und sich mit der Armee MacMahons zusammenschließen.
Zunächst schienen sich seine Hoffnungen zu erfüllen, denn Moltke hatte die Ausdehnung der gegnerischen Stellungen unterschätzt. Das zur Flankierung angesetzte preußische Gardekorps stieß am 18. August in der Schlacht von Gravelotte frontal auf die gut ausgebauten Stellungen bei St. Privat. Erneut erlitten die Deutschen hohe Verluste und konnten lange Zeit keine Vorteile erzielen.
Erst bei anbrechender Nacht gelang den Sachsen des XII. Armeekorps der Einbruch in den französischen Nordflügel. Bazaine sah nun seine gesamte Stellung in Gefahr, räumte in der Nacht das Feld und ließ seine Armee in die Festung Metz zurückgehen. Auch bei Gravelotte hätten die Franzosen die Schlacht an sich gewinnen müssen, doch zeigten sowohl Bazaine als auch seine Offiziere erneut wenig Initiative und Entschlußkraft und verpaßten ihre Chancen.

Sedan und die Folgen

Die Schlachten von Mars-la-Tour und Gravelotte waren die ersten großen militärischen Vorentscheidungen des Krieges. Sie stehen in ihrer Bedeutung der wenig später geschlagenen Schlacht von Sedan nicht nach. Wären der Rheinarmee der Durchbruch nach Westen und die Vereinigung mit der Chalons-Armee gelungen, unter Umständen sogar unter Zerschlagung von ein oder zwei deutschen Armeekorps, hätte Napoleon III. eine ansehnliche Streitmacht zu einer beweglichen Kampfführung ostwärts von Paris gegen geschwächte deutsche Truppen mit langen Nachschubwegen zur Verfügung gehabt.
Auch andere militärische Optionen der Franzosen lösten sich nach den verlorenen August-Schlachten in Luft auf. Schon nach den Grenzschlachten hatte Wien seine ohnehin nur halbherzig betriebene Rüstung eingestellt und die von Anfang an nicht großen Hoffnungen auf militärische Hilfe für Paris zunichte gemacht. Auch die Hoffnung auf Dänemarks Kriegseintritt mußte Paris begraben.
Um Kopenhagen dazu zu ermuntern, hatte die der Flotte des Norddeutschen Bundes weit überlegene französische Flotte geplant, 40.000 Mann an der norddeutschen Küste anzulanden, die zusammen mit den Dänen gegen die dort verbliebenen schwachen deutschen Truppen vorgehen sollten.
Am 23. August wurde das Unternehmen jedoch abgeblasen, da man die dafür vorgesehenen Soldaten dringend in Frankreich brauchte. Ende September wurden auch die zur Blockade der deutschen Küsten in Nord- und Ostsee stationierten französischen Kriegsschiffe abgezogen, weil man deren Besatzungen an der Landfront verwenden wollte.
Besorgnis erregten auf deutscher Seite allerdings die hohen Verluste, mit denen die bisherigen Siege erkauft worden waren. In den zwei Wochen vom 4. bis zum 19. August 1870 waren rund 58.000 Tote, Verwundete und Vermißte zu verzeichnen gewesen. Das entsprach 40 Prozent der gesamten Kriegsverluste in Höhe von 144.000 Mann. Insbesondere die Verluste an Offizieren, die noch mit gezogenem Säbel ihren Truppen vorauseilten, waren überproportional hoch. Der König zeigte sich "ganz geknickt durch unsere Verluste".
Otto von Bismarck, dessen Sohn Herbert auf dem Schlachtfeld von Mars-la-Tour schwer verwundet worden war, beklagte in einem Brief an seine Frau die "Verschwendung der besten Soldaten Europas" und bezweifelte, daß man angesichts solcher Verluste jemals Paris erreichen werde. Am 21. August erließ Wilhelm einen Befehl, der seinen Truppenführern vor-

schrieb, durch bessere Ausnutzung des Terrains, geeignetere Formationen und gründlichere Vorbereitung der Angriffe mit geringeren Opfern zu siegen.
Das blieb nicht ohne Wirkung. Die Infanterie ging im Angriff zu einem sprungweisen Vorgehen in aufgelockerter Ordnung und unter Anpassung an das Gelände über, was die beim bislang üblichen Vorgehen in engen Formationen auftretenden hohen Verluste vermied. Auch die verbesserte Zusammenarbeit mit der Artillerie, insbesondere das Abwarten der eigenen Artillerieunterstützung statt eines kopflosen Ran-an-den-Feind, verringerten in der Folgezeit die deutschen Verluste erheblich.
Die Hälfte des französischen Feldheeres war zwar nun in Metz eingeschlossen, allerdings konnte es unter Deckung der Geschütze dieser modern ausgebauten und mit vielen Vorwerken ausgestatteten Festung nicht in einem Zuge vernichtet werden. Es blieb nur das Aushungern durch Belagerung. Bazaines angeschlagene, aber noch kampffähige Armee band so immerhin zwei deutsche Feldarmeen, gut 200.000 Mann.
Bereits am 29. August unternahm sie bei Noisseville einen Ausbruchversuch, um die Verbindung mit der Chalons-Armee herzustellen, über deren Anmarsch Bazaine vage Informationen erhalten hatte. Doch scheiterte dieser wie auch alle späteren Ausfälle, die zuletzt nur noch zur Beschaffung von Lebensmitteln unternommen wurden. Ausgehungert und von einer Ruhrepidemie heimgesucht, kapitulierte Bazaine schließlich am 27. Oktober mit immerhin noch 150.000 waffenfähigen Männern.
Zuvor waren bereits bei den Ausfällen rund 45.000 Soldaten gefallen, verwundet worden oder in Gefangenschaft geraten.
Moltke formierte aus Abgaben der Armeen, die er zur Bewachung von Metz zurückließ, eine neue, die Maasarmee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen. Daneben stand noch die 3. Armee zu Verfügung. Moltke setzte beiden Armeen, zusammen knapp 190.000 Mann, in der vierten Augustwoche in Richtung Westen in Marsch, weil er dort die Chalons-Armee als letzte französische Feldarmee fassen zu können glaubte, die nach seinem Dafürhalten zur Dekkung von Paris verwendet wurde.
Napoleon III. begab sich zur Chalons-Armee, überließ aber Mac-Mahon den Oberbefehl. Beide hatten ursprünglich die Absicht, ihre rund 130.000 Mann nach Paris zurückzuziehen, um die Stadt gegen einen deutschen Angriff zu verteidigen. In Paris waren indes die als Regentin für den abwesenden Napoleon fungierende Kaiserin Eugénie, der neue Regierungschef und Kriegsminister Graf Charles Palikao und andere hochrangige Bonapartisten nicht zu Unrecht der Überzeugung, daß der Kaiser seinen Thron verlieren würde, wenn er Bazaine im Stich ließe.
Unter diesem Druck änderte Mac-Mahon seine Strategie und stieß ab dem 23. August von Reims aus in Richtung Nordosten vor, um über Montmédy längs der belgischen Grenze ostwärts in Richtung Metz vorzugehen, in der vagen Hoffnung, sich so gleichsam in deren Rükken an den deutschen Armeen vorbeischmuggeln zu können.
Es wäre ihm vielleicht sogar gelungen, hätte nicht am 25. August das deutsche Hauptquartier durch eine Londoner Pressemeldung Kenntnis von den Operationsabsichten Mac-Mahons erhalten, die kurz darauf durch Aufklärungsergebnisse der Kavallerie ergänzt wurden. Moltke ließ seine zwei Armeen aus Richtung West in Richtung Nord abschwenken, um ihn zu stellen.
Am 30. August überraschten deutsche Truppen bei Beaumont, 25 Kilometer südöstlich von Sedan, das französische V. Korps im Biwak und zwangen es zum Rückzug.
Nach dieser Niederlage entschloß sich Mac-Mahon zum Abbruch des Marsches nach Metz und zum Rückzug auf Sedan, einer kleinen Festung nahe der belgischen Grenze. Dort wollte er seine Armee sammeln und sich danach über Mezières nach Westen zurückzuziehen. Doch erneut unterschätzten die Franzosen das Marschtempo der deutschen Truppen.
Am Abend des 31. August begannen die Maas- und die 3. Armee, die bei Sedan versammelte

Chalons-Armee in die Zange zu nehmen. Am 1. September überschritten die Angriffsspitzen der Maasarmee westlich von Sedan die Maas nach Norden, schwenken nach Osten ab und stellten noch vor Mittag die Verbindung mit der von Osten kommenden 3. Armee her. Der Ring um die Franzosen war geschlossen. Ein französischer Kommandeur kommentierte die Lage drastisch: "Wir sitzen in einem Nachttopf, und wir werden darin zugeschissen werden." Tatsächlich brachte die preußische Artillerie 456 Geschütze zusammen, damals eine Artilleriekonzentration von außerordentlicher Stärke, und belegte den gesamten Raum des engen Kessels mit ununterbrochenem Feuer.
Anders als in Metz waren Sedans Befestigungsanlagen veraltet und boten wenig Schutz. Die Deutschen konnten hier die feindliche Armee nicht nur einschließen, sondern auch in einem Zuge vernichten. Durch verzweifelte Attacken versuchte die französische Kavallerie noch, den Weg nach Westen freizukämpfen, was zwar die Bewunderung König Wilhelms für die Tapferkeit dieser "wackeren Kerle" hervorrief, aber ansonsten erfolglos blieb.
In dieser verzweifelten Lage ließ Napoleon III. die weiße Fahne hissen und übergab den überraschten Deutschen, die von seiner Anwesenheit in Sedan nichts wussten, seinen Degen. Die eigentlichen Kapitulationsverhandlungen dauerten bis zum Vormittag des 2. September. MacMahons Armee mußte kapitulieren. Alle Waffen, Geschütze und Truppenfahnen sowie die Festung wurden übergeben.
Die Zahl der Kriegsgefangenen betrug rund 85.000, darunter gut 2.800 Offiziere, 39 Generäle sowie ein Kaiser. Weitere 21.000 Franzosen waren schon während der Kämpfe gefangengenommen, 17.000 gefallen oder verwundet worden. 3.000 Mann schafften es, nach Belgien in die Internierung zu entkommen. Nur ein kleiner Teil der Kavallerie hatte sich nach Westen absetzen können.
Die deutschen Verluste betrugen knapp 9.000 Tote und Verwundete und waren damit deutlich niedriger als die französischen.
Auch nach der Schlacht bei Sedan wurde der Kampf mit großer Härte fortgesetzt: Szene aus der Schlacht bei Amiens, zeitgenössische Illustration.

Der Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs, die neue Republik und das Volksaufgebot

Doch so groß der militärische Erfolg auch war, als entschieden konnte der Krieg noch nicht gelten. Nachdem Paris die Nachricht von der Niederlage und der Gefangennahme Napoleons erreicht hatte, wurde in einem unblutigen Putsch am 4. September das Kaiserreich abgeschafft und die (3.) Republik proklamiert. Man bildete eine "Provisorische Regierung" der nationalen Verteidigung unter dem Militärkommandanten von Paris, General Louis Trochu, in der der neue Innen- und Kriegsminister Léon Gambetta den Ton angab.
Die deutschen Armeen stießen derweil vor und schlossen Paris am 19. September ein. Am selben Tag traf sich der als neuer Außenminister berufene Jules Favre, der schon zuvor die Fortsetzung des Krieges à outrance (bis zum Äußersten) angekündigt hatte, mit Bismarck. Er bot fünf Milliarden Francs Kriegsentschädigung an, wollte jedoch auf keinen Fall einen Frieden mit irgendwelchen Gebietsabtretungen akzeptieren.
Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutsche Führung bereits darauf festgelegt, die Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens zu fordern. Die Presse in Deutschland hatte schon seit Kriegsausbruch darauf gedrängt, weil Ludwig XIV. durch den Raub dieser deutschen Provinzen im 17. Jahrhundert Unrecht begangen habe. Für Bismarck war dies eine reine "Professorenidee".
Das Argument der Generale, daß zur besseren militärischen Sicherung des Rheingebiets und Süddeutschlands das deutsche Vorfeld in Richtung Westen erweitert werden müsse, leuchtete ihm hingegen ein. Er ging zudem davon aus, daß, egal wer auch Frankreich regieren würde, das Land sich eine spätere Gelegenheit zu einer kriegerischen Revanche für die jetzige, als

tiefe Demütigung empfundene Niederlage nicht entgehen lassen würde.
Wiederholt betonte er, daß die "Bitterkeit (der Franzosen) ganz in demselben Maße stattfinden wird, wenn sie ohne Landabtretung aus dem Kriege herauskommen ... Schon unser Sieg bei Sadowa (1866 gegen Österreich) hat Bitterkeit in den Franzosen geweckt; wie viel mehr wird es unser Sieg über sie selbst tun!". Die Verhandlungen mit Favre am 19. September, der zuvor allen europäischen Regierungen verkündet hatte, daß Frankreich "keinen Zollbreit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen abtreten werde", scheiterten an der Frage des Schicksals von Elsaß und Lothringen.
Die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung war kein völlig hoffnungsloses Unterfangen. General Trouchu verfügte zur Verteidigung von Paris über 350.000 Mann und 2.600 Geschütze, zum großen Teil zwar nur mangelhaft ausgebildete und ausgerüstete Mobil- und Nationalgarden, aber auch noch 80.000 Mann reguläre Truppen.
Die Paris in einem weiträumigen Einschließungsring belagernden Deutschen standen ähnlich wie bei Metz vor dem Problem, daß direkte Angriffe zur Eroberung der durch viele Außenforts gut geschützten Stadt schwere Verluste gekostet hätten. Es blieb nur das Aushungern der Stadt. Damit waren aber für den Moment nahezu alle deutschen Truppen durch die Belagerung französischer Festungen gebunden - neben Paris und Metz auch eine Reihe kleinerer wie Toul und Straßburg. Für Operationen in die Tiefe Frankreichs oder gar dessen komplette Besetzung waren keine Truppen mehr verfügbar.
Unter der energischen Leitung Gambettas, der in einem Heißluftballon aus dem eingeschlossenen Paris entkommen war, begann die "Delegation der provisorischen Regierung" in Tours mit der Aufstellung neuer Truppen in den unbesetzten Provinzen des Landes. Personell konnte sie auf ein Potential von zwei Millionen wehrfähigen Männern zurückgreifen.
Auch die Ausrüstung der neuen Massenheere machte wenig Probleme. Wichtige Produktionsstätten der Rüstung waren in französischer Hand geblieben. Da zudem die überlegene französische Flotte die Seewege sicherte, konnten umfangreiche Waffen- und Munitionsimporte aus den USA und Großbritannien die Häfen des Landes erreichen.
Was fehlte, waren erfahrene Offiziere und Unteroffiziere. Die meisten waren gefallen, gefangengenommen oder in Metz, Paris und anderswo eingeschlossen. An der Spitze der neu aufgestellten Armeen standen zwar oft noch professionelle, teilweise aus dem Ruhestand geholte Führer, doch waren die meisten der neu rekrutierten französischen Unterführer und Offiziere nicht fähig, die von Gambetta in großer Zahl ausgehobenen Männer zu guten Soldaten auszubilden und im Gefecht taktisch effektiv zu führen. Zudem wurden die frisch rekrutierten Armeen auf Druck Gambettas zu früh und ohne festen inneren Zusammenhalt in die Schlacht geworfen.
Im deutschen Artilleriefeuer erwiesen sie sich als wenig standfest. Die disziplinierten und kriegserfahrenen deutschen Truppen blieben so in den Gefechten nach dem September 1870 trotz ihrer fast immer gegebenen numerischer Unterlegenheit meist siegreich und fügten den Franzosen deutlich höhere blutige Verluste zu als sie selbst erlitten.
Daran änderten auch die Francs-tireurs (Freischützen) nichts. Bereits Napoleon III. hatte zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgefordert, die hinter den deutschen Linien operieren, ihren Nachschub bedrohen und das Hinterland beunruhigen sollten. Die Provisorische Regierung rief nun zum allgemeinen Volkskrieg auf. Rund 60.000 Mann schlossen sich den Franctireurs an, darunter auch ausländische Abenteurer und Sympathisanten wie der italienische Freischarführer Giuseppe Garibaldi. Die selbstorganisierten kleinen Trupps griffen deutsche Nachschubtransporte, Requisitionskommandos und kleinere Einheiten der Besatzungstruppen an.
Den Franc-tireurs gelangen zwar einige wenige spektakuläre Erfolge, doch hielt sich die von ihnen ausgehende militärische Bedrohung in Grenzen. Die Zahl ihrer deutschen Opfer wird

auf kaum mehr als 1.000 geschätzt.
Dennoch reagierte die deutsche Seite außerordentlich empfindlich. Da die Freischärler selten uniformiert waren, Sabotageakte verübten und oft aus Hinterhalten heraus kämpften, waren sie bei den deutschen Soldaten gefürchtet und verhaßt. Moltke legte fest, daß die Franc-tireurs nicht zu den legitimen Kombattanten zählten und bei Ergreifen standrechtlich zu erschießen seien.
Zum Schutz der Eisenbahnen ordnete er zudem Geiselnahmen und gegebenenfalls Repressalien gegen Orte an, von denen Freischärler-Aktivitäten ausgingen. Anfang November 1870 empfahl er "als wirksames Mittel die Zerstörung des betreffenden Gehöfts und bei größerer Beteiligung die der gesamten Ortschaft". In Einzelfällen kam es auch zur Erschießung aller männlichen Einwohner im wehrfähigen Alter.
Der als Beobachter im deutschen Hauptquartier weilende US-General Philip Sheridan riet Bismarck im Oktober 1870 sogar: "Sie verstehen es, einen Feind zu schlagen wie keine andere Armee, aber ihn zu vernichten, das haben Sie nicht weg. Man muß mehr Rauch von brennenden Dörfern sehen, sonst werden sie mit den Franzosen nicht fertig."
Sheridan hatte einige Jahre zuvor, während des amerikanischen Bürgerkrieges, bei seinem Feldzug durch das Shenandoah-Tal reichlich Erfahrung mit der von ihm empfohlenen Vernichtungskriegführung gemacht. Doch auch wenn sich mancher ihrer Militärs für ein härteres Vorgehen erwärmen konnte, zu einer systematischen Verwüstung ganzer Landstriche ließen sich die Deutschen nicht hinreißen.
Noch im September 1870 eroberten die Deutschen jene französischen Festungen, die die wichtigsten Eisenbahnlinien von Deutschland nach Paris blockierten: Toul und Straßburg. Der Fall dieser und später weiterer Festungen ließ dringend benötigte Truppen frei werden. Im Falle Straßburgs waren das die badischen sowie zwei Landwehrdivisionen, die man zu einem neuen Armeekorps mit über 40.000 Mann zusammenfaßte, das die Burgundische Pforte sicherte. Durch die Kapitulation von Metz am 27. Oktober wurden zwei ganze Armeen, 200.000 Mann, frei, gerade noch rechtzeitig, um den in der Provinz neu aufgestellten französischen Armeen entgegentreten zu können.
Die Franzosen versammelten ihre neuen Truppen im Herbst 1870 in drei Gebieten: Im Norden zwischen Somme und Seine-Mündung (Rouen, Amiens, St. Quentin), im Südwesten im Tal der Loire bei Orléans und im Südosten an der Saone südlich von Belfort.
Aus dem Südwesten und dem Norden versuchten die französischen Ersatzheere wiederholt, in Richtung Paris vorzustoßen und den deutschen Belagerungsring aufzubrechen. Zeitlich koordiniert mit den Vorstößen aus den Provinzen - über Heißluftballons und Brieftauben gelangten Nachrichten in und aus der Stadt hinein und hinaus - unternahm die Pariser Garnison mehrfach Ausbruchversuche. Die Gefahr für die deutschen Truppen in Frankreich war real. Ein Durchbrechen des Belagerungsringes von innen und außen hätte sie in ernsthafte Schwierigkeiten bringen können. Noch war der Krieg nicht entschieden.
Die größte Gefahr wuchs zunächst an der Loire. Bereits Ende September wurde dort ein erstes neues französisches Armeekorps mit 60.000 Mann aufgestellt. Moltke zog das I. bayerische Korps unter General Ludwig von der Tann von der Belagerung von Paris ab und schickte es, verstärkt durch eine preußische Infanteriedivision, an die Loire. Zunächst konnte von der Tann die Franzosen zurückschlagen und am 11. Oktober Orléans besetzen.
Auf die Nachricht eines Ausfalls der Pariser hin griffen aber am 9. November 70.000 Mann der nunmehrigen Loirearmee das 20.000 Mann zählende bayrische Korps bei Coulmier an und zwangen es zum Rückzug sowie zur Räumung von Orléans. Noch bevor die Masse der bei Metz freigewordenen 2. Armee eintraf, griff die Loirearmee mit nunmehr 90.000 Mann die auf 35.000 Mann verstärkten preußischen und bayerischen Truppen erneut an. Doch diesmal erlitt sie in der Schlacht von Loigny und Poupry am 2. Dezember eine schwere Niederlage mit

18.000 Mann Verlusten. Am 5. Dezember eroberten deutsche Truppen Orléans zurück, fügten der Loirearmee weitere 20.000 Mann Verluste zu und spalteten sie in zwei Teile.
Auch an den anderen Fronten gelang den Franzosen kein entscheidender Erfolg. Die bei Metz freigewordene 1. Armee unter der nunmehrigen Führung des Generals Edwin von Manteuffel besiegte die französische Nordarmee am 27. November 1870 bei Amiens und eroberte die Stadt. Ein neuer Befehlshaber, General Louis Faidherbe, konnte allerdings weitere deutsche Erfolge verhindern und am 23./24. Dezember 1870 in der taktisch unentschiedenen Schlacht am Fluß Hallue, einem Nebenfluß der Somme, den deutschen Vormarsch an die untere Seine (Le Havre) aufhalten.
Im Südosten schlug das nach dem Fall von Straßburg gebildete XIV. Armeekorps unter der Führung des Generals August von Werder Truppen der französischen Vogesenarmee mehrfach, besetzte am 30. Oktober Dijon und schloß die Festung Belfort ein.

Die Belagerung von Paris und letzte Kämpfe

Neben dem militärischen Restrisiko wuchsen durch die Verlängerung des Krieges auch die politischen Risiken für die Deutschen. Zwar war die Gefahr gering, daß andere Mächte doch noch militärisch auf Seiten Frankreichs eingriffen. Was Bismarck jedoch ernsthaft fürchtete, war die Einberufung einer Konferenz der europäischen Mächte, die einen Frieden "vermittelt" und den Deutschen Elsaß-Lothringen und manches Andere verwehrt hätte. Doch nutzten viele Mächte lieber die Gelegenheit, ihre jeweils eigenen Ziele zu verfolgen. Italien hatte genug damit zu tun, im September 1870 den von französischen Schutztruppen geräumten Kirchenstaat zu erobern und seinem Staatsgebiet einzuverleiben.
Rußland zog es vor, von Bismarck dazu ermuntert, seine im Krimkrieg erfolgte Demütigung durch London und Paris zu revidieren. Es erklärte am 31. Oktober 1870 einseitig die Aufhebung der sogenannten Pontus-Klauseln des Pariser Friedens von 1856, die die Neutralisierung des Schwarzen Meeres vorschrieben und Rußland dort die Stationierung nennenswerter Seestreitkräfte untersagten. Zur Regelung dieser Frage trat tatsächlich Anfang 1871 in London eine europäische Konferenz zusammen, auf der Rußland mit Unterstützung Bismarcks seine Ziele zum großen Teil durchsetzen konnte.
Bismarck wünschte zudem einen Verhandlungsfrieden mit Frankreich. Ihm war wichtig, daß das besiegte Land zwar Kriegsentschädigung leistete und zwei Grenzprovinzen abtrat, aber ansonsten in seiner Souveränität nicht eingeschränkt wurde und als ein, wenn auch etwas zurechtgestutzter Mitspieler, im Konzert der europäischen Großmächte erhalten blieb - in der Hoffnung, daß die anderen Großmächte eine solche Verschiebung im europäischen Gleichgewicht noch würden tolerieren können.
Für einen Verhandlungsfrieden brauchte Bismarck allerdings einen Partner auf französischer Seite, der im eigenen Land die Friedensbedingungen durchzusetzen willens und in der Lage war. Er verhandelte deshalb seit Anfang September 1870 bis zuletzt nicht nur mit den Vertretern der Provisorischen Regierung, sondern auch mit der im Londoner Exil befindlichen Kaiserin Eugénie, da er eine Restitution des kaiserlichen Regimes nicht für ausgeschlossen und in mancher Hinsicht auch für wünschenswert hielt.
Um den Druck auf die Provisorische Regierung zu erhöhen, plante Bismarck zudem die Beschießung des belagerten Paris durch schwere Artillerie, nachdem die Stadt der Strategie des Aushungerns viel länger standhielt, als es die Militärs anfangs vermutet hatten. Doch erst, als im Dezember genüg Kanonen und Munition bereitstanden, konnte Moltke Bismarcks Absicht umsetzen. Am 27. Dezember eröffneten deutsche Ferngeschütze das Feuer zunächst auf die Befestigungswerke der Stadt. Ab Anfang Januar 1871 wurde auch das eigentliche Stadtgebiet beschossen, um die Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen. Die 107 toten und rund 300 verletzten zivilen Opfer nutzten allerdings nur der französischen Propaganda gegen die preußischen "Barbaren".

Die Entscheidung fiel im Januar 1871 auf den Schlachtfeldern. Gambetta wollte durch eine koordinierte Aktion doch noch eine Wende erzwingen. Durch gleichzeitige Angriffe aus dem Norden und Südwesten und einen großen Ausbruch der Pariser Garnison sollte zum einen der deutsche Belagerungsring um die Stadt gesprengt werden. Zugleich sollte im Südosten eine neu aufgestellte Armee das belagerte Belfort befreien, weiter nach Norden vorstoßen und die Nachschublinie der Deutschen in Ostfrankreich durchtrennen.
An der Loire wurde eine neue 2. Loirearmee mit einer Gesamtstärke von 150.000 Mann aufgestellt. Gegen sie rückte Prinz Friedrich Karl mit 58.000 Mann vor, um sie zu zerschlagen, bevor sie ihre Reorganisation abgeschlossen hatte. Dies gelang ihm in der Schlacht von Le Mans vom 10. bis 12. Januar.
Bei 3.400 eigenen Verlusten wurden 7.000 Franzosen getötet oder verwundet und 22.000 gefangengenommen. Rund 50.000 desertierten. Im Norden rückte die Armee Faidherbes mit 40.000 Soldaten in Richtung St. Quentin vor und schlug sich dort am 19. Januar mit Truppen der nunmehr von General August von Goeben geführten deutschen 1. Armee in Stärke von 33.000 Mann. Faidherbes gelang es zwar, sich der drohenden Einkesselung durch Rückzug zu entziehen, mit 3.500 Mann Verlusten und über 9.000 Gefangenen büßte er jedoch fast ein Drittel seiner Truppen ein.
Am 19. Januar 1871, einen Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles, unternahmen die Pariser mit 90.000 Mann einen letzten großen Ausfall. Er scheiterte unter hohen Verlusten. Die Wiederholung des Angriffs am Folgetag unterblieb, als in Paris die katastrophale Niederlage von Le Mans bekannt wurde.
Auch im Südosten kam es wenig später zu einer militärischen Katastrophe für die Franzosen. Die dort gebildete neue Ostarmee unter General Charles Bourbaki setzte sich in einer Stärke von 150.000 Mann Ende Dezember nach Norden in Marsch und konnte die Deutschen zunächst aus Dijon verdrängen.
Das auf rund 43.000 Mann verstärkte deutsche XIV. Armeekorps fing indes den weiteren Vorstoß auf Belfort an der Lisaine, einem Fluß südwestlich der Stadt, auf und ließ alle Angriffe blutig scheitern. Die Ostarmee mußte sich zurückziehen. Inzwischen stieß eine neugebildete deutsche Südarmee mit 60.000 Mann auf Besançon vor und verlegte den Franzosen den weiteren Rückweg. Die Deutschen schlossen Bourbaki am 26. Januar bei Pontarlier mit dem Rücken zur Schweizer Grenze ein. Seine Armee löste sich daraufhin auf. 87.000 Soldaten traten Anfang Februar über die Grenze und wurden interniert, der Rest desertierte.
Innerhalb weniger Tage im Januar 1871 mußten die Franzosen vier schwere Niederlagen hinnehmen. Sie hatten nun keine Armee mehr, die noch zu einer Offensive fähig gewesen wäre. Zudem zeigte die hohe Zahl an Gefangenen und Deserteuren, daß die Kampfmoral mehr und mehr zusammenbrach.
Das galt auch in Paris, wo die Enttäuschung über das Ende aller militärischen Ersatzchancen von der Erschöpfung aller Nahrungsvorräte begleitet wurde. Am 20. Januar erklärte General Trochu, jeder weitere Befreiungsversuch sei sinnlos. Er übergab sein Amt als Militärgouverneur von Paris an General Joseph Vinoy. Zu einer förmlichen Kapitulation der Stadt konnte sich das in Paris verbliebene Rumpfkabinett indes nicht entschließen.
Am 23. Januar nahm deshalb Außenminister Jules Favre auf eigene Initiative Verhandlungen mit Bismarck auf. Er bat um einen dreiwöchigen Waffenstillstand, um die Stadt zu versorgen und die landesweite Wahl einer neuen Gesetzgebenden Versammlung zu ermöglichen. Dafür bot er die Kapitulation von Paris samt der Übergabe aller Forts und die Abrüstung des Hauptwalls an. Paris selbst sollte allerdings keine deutsche Besetzung erdulden müssen.

Waffenstillstand und Friedensschluß

Bismarck war mit diesem Angebot an sich zufrieden, nur sollte der Waffenstillstand auf alle französischen Armeen außer der Ostarmee Bourbakis, wo die Einschließungsoperationen noch

nicht beendet waren, ausgedehnt werden. Die Regierung in Paris akzeptierte am 26. Januar die deutschen Bedingungen.
Das formale Abkommen zwischen Favre und Bismarck, das einen zunächst auf 21 Tage befristeten Waffenstillstand vorsah, der am 31. Januar begann, wurde erst am 28. abgeschlossen.
Doch schon am Morgen des 27. Januar endeten die Feindseligkeiten und begannen die Lieferungen von Lebensmitteln nach Paris. Der in Bordeaux weilende Gambetta lehnte das Waffenstillstandsabkommen ab.
Doch sein Stern sank schnell, als an der Atlantikküste die Nachricht von der Auflösung von Bourbakis Ostarmee eintraf. Gambetta trat am 6. Februar zurück. Eine neue Nationalversammlung wurde am 8. Februar landesweit, also auch in den besetzten Gebieten, gewählt und trat am 15. in Bordeaux zusammen. Wie von Bismarck erwartet, stellten konservative, friedenswillige Kräfte darin die überwältigende Mehrheit.
Die Nationalversammlung wählte am 17. Februar Adolphe Thiers zum neuen Chef der Exekutive, der Favre als Außenminister übernahm.
Thiers und Favre verhandelten ab dem 21. Februar in Versailles mit Bismarck. Dieser bestand auf der Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens samt Metz, reduzierte aber die ursprünglichen Entschädigungsforderungen von sechs auf fünf Milliarden Francs, die in mehreren Raten bis zum März 1874 zu bezahlen waren. Auch den Verbleib der historisch zum Elsaß gehörenden Stadt Belfort bei Frankreich gestand er zu.
Dafür mußten die Pariser für drei Tage die Besetzung zweier Stadtteile und eine Siegesparade deutscher Truppen am Arc de Triomphe erdulden. Favre gestand später ein, daß es grausamer hätte kommen können, und hob hervor, daß keine Forderungen erhoben worden seien, die die französischen Hoheitsrechte dauerhaft eingeschränkt hätten. Am 26. Februar wurden die "Friedenspräliminarien" unterzeichnet und wenige Tage später von der Nationalversammlung in Bordeaux ratifiziert.
Während der Waffenstillstand mehrmals verlängert wurde, fanden in Brüssel auf Kommissionsebene Verhandlungen über die Einzelfragen des endgültigen Friedensvertrages statt. Bismarck befürchtete, daß die Franzosen die Verhandlungen bewußt schleppend führten, um doch noch eine Intervention der neutralen Mächte zu ihren Gunsten herbeizuführen. Er drohte schließlich mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.
Die Regierung Thiers, deren politische und militärische Position durch den Aufstand der Pariser Commune von März bis Mai zusätzlich geschwächt wurde, gab nun jede Hinhaltetaktik auf. Der nach Deutschland geschickte Favre wurde mit Bismarck schnell einig. Am 10. Mai 1871 unterzeichnete man in Frankfurt am Main den endgültigen Friedensvertrag. Dieser enthielt einige weitere kleinere deutsche Konzessionen.
Nach dem Friedensschluß blieben zunächst viele Departements in Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt. Sie sollten vertragsgemäß Zug um Zug mit der Bezahlung der Raten der Kriegsentschädigung geräumt werden. Bismarck wollte aber die Besatzungsdauer möglichst kurz halten. Gegen französische Zollvergünstigungen wurden bereits im Herbst 1871 sowohl die Zahl der besetzten Departements als auch die der Besatzungssoldaten drastisch verkleinert. Nach der vorzeitigen Bezahlung der Kriegsentschädigung räumten die Deutschen 1873 die letzten vier besetzen Departements und die Festung Verdun. Frankreich war wieder eine in vollem Umfang souveräne europäische Großmacht.<<
Amadeus I. von Savoyen, Herzog von Aosta, wurde am 16. November 1870 von den Cortes zum König von Spanien gewählt.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Frankreichs von 1870-1873 (x806/568-570): >>(Frankreich) ... In der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers 6. Juli (1870) erklärte der Herzog von Gramont unter stürmischem Beifall der Majorität, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V.

setze.
Zwar schien durch die Verzichtleistung des Prinzen und die gemäßigte Haltung des Königs von Preußen jeder Grund zum Krieg wegzufallen, und Ollivier äußerte auch am 12. Juli, daß damit der Zwischenfall erledigt sei. Aber die Kriegspartei wollte den Krieg um jeden Preis, zumal der Kriegsminister Leboeuf erklärte, die Armee sei bis zum letzten Knopf bereit, und die weiteren Forderungen, die an den König Wilhelm durch Benedetti in Ems gestellt wurden, waren darauf berechnet, den Krieg unvermeidlich zu machen.
Am 14. Juli wurden die französischen Reserven einberufen, am 15. eine Kreditforderung gestellt und am 19. die Kriegserklärung in Berlin übergeben.
Das französische Volk ließ sich zumeist von der Kriegsbegeisterung anstecken; bei der Abstimmung über die Kreditforderung am 15. Juli fanden sich nur zehn Opponenten, die auch nur aus Opportunitätsgründen vor Überstürzung warnten.
Indessen die französischen Erwartungen wurden in politischer Beziehung sofort getäuscht. Die süddeutschen Staaten stellten ihre Heere unter preußischen Oberbefehl; Österreich wartete erst einen Sieg Frankreichs ab, um offen auf dessen Seite zu treten; in Italien verhinderte die Volksstimme den König, den Unterdrückern Roms sich anzuschließen; selbst Dänemark blieb endlich neutral, während England in gewohnter Untätigkeit verharrte.
Bei der Mobilmachung zeigte sich sofort, daß die Armee keineswegs kriegsbereit war. So kam es, daß die Franzosen, statt Deutschland sofort mit ihren Scharen zu überschwemmen, in ihrem eigenen Land angegriffen wurden.
Schon nach den Schlachten bei Wörth und Spichern zeigte sich der ganze Staatsorganismus bedroht. Am 9. August traten die schleunigst berufenen Kammern zusammen; das Ministerium Ollivier wurde sofort gestürzt und der Graf Palikao mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er selbst das Präsidium und den Krieg übernahm, und welches übrigens durchaus bonapartistisch war.
Das Ministerium Palikao suchte durch Beschönigung der wirklichen Sachlage die öffentliche Stimmung zu beruhigen und die Dynastie zu retten sowie die Streitkräfte des Landes zu organisieren. Aber die Ereignisse machten durch ihre Schnelligkeit alle diese Bemühungen vergeblich.
Die gewaltige Niederlage bei Sedan am 1. und die Kapitulation vom 2. September warfen das Kaisertum über den Haufen. Die erbitterte Volksmenge zwang in Paris die Kaiserin zur Flucht nach England, drang in den Sitzungssaal des Gesetzgebenden Körpers und nötigte denselben am 4. September zur Absetzung Napoleons. Auf dem Stadthaus wurde darauf die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung aus den Pariser Deputierten unter dem Präsidium des Generalgouverneurs von Paris, Trochu, gebildet. Dieselbe nannte sich Regierung der nationalen Verteidigung.
Ohne jede Schwierigkeit wurde die Republik und ihre Regierung im ganzen Land anerkannt, das längst gewohnt war, sein Losungswort von Paris zu empfangen. Der Minister des Auswärtigen, Jules Favre, erklärte sich zwar zum Abschluß eines Friedens bereit, zugleich aber keinen Zoll des französischen Gebietes und keinen Stein seiner Festungen abtreten zu wollen; lieber werde Frankreich den Kampf bis zum Äußersten fortsetzen. Unter diesen Umständen blieb eine Verhandlung Favres mit Bismarck in Ferriéres am 19. und 20. September resultatlos. ...
Seit Mitte September war Paris durch die deutschen Heere eingeschlossen. Die französische Regierung blieb trotzdem in Paris, jedoch schlug ein Teil derselben als "Delegation" seinen Sitz in Tours auf.
Die Seele der republikanischen Regierung wurde bald Léon Gambetta, der, nachdem er sich am 6. Oktober in einem Luftballon aus Paris nach Tours begeben hatte, sich zum Diktator Frankreichs aufwarf.

Sein glühender Ehrgeiz, seine fieberhafte Tätigkeit, sein aufrichtiger Enthusiasmus schufen mit Hilfe der großartigen Vaterlandsliebe, Opferfähigkeit und Kriegsbegeisterung, welche das französische Volk auch diesmal bewährte, schon seit Mitte November immer neue zahlreiche Armeen aus dem scheinbar erschöpften Frankreich, das den Widerstand in Paris und den Provinzen noch fünf Monate fortsetzte und schließlich nach den blutigen Kämpfen der Nordarmee bei Amiens, Bapaume und Saint-Quentin, der Loirearmee bei Orléans und Le Mans, der Ostarmee bei Belfort, endlich der Pariser Armee bei Villiers und am Mont Valérien Ende Januar 1871 mit der Kapitulation von Paris ehrenvoll unterlag.
Die Friedensunterhandlungen brachten eine Spaltung in der Regierung hervor. Während nach Abschluß des Waffenstillstandes vom 28. Januar 1871 die Pariser Regierung die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb, die über Krieg und Frieden entscheiden sollte, erließ auf Gambettas Betreiben die von Tours nach Bordeaux übergesiedelte Delegation am 31. Januar ein Dekret, welches alle notorischen Bonapartisten, ehemaligen kaiserlichen Beamten etc. vom Wahlrecht ausschloß.
Aber die Pariser Regierung hob dieses Dekret auf und erklärte die Vollmachten der Delegation für erloschen, worauf dieselbe zurückzutreten sich genötigt sah.
Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 8. Februar ohne jede Beschränkung vor sich und ergaben eine große Mehrheit von Konservativen, da diese dem Land einen schleunigen Abschluß des Friedens versprachen, nach dem es sich vor allem sehnte. ...
Am 26. Februar wurden die Friedenspräliminarien zu Versailles abgeschlossen, die freilich mit der Abtretung von drei Departements (Elsaß-Lothringen) und der Zahlung von 5 Milliarden Kriegskosten harte Opfer auferlegten, aber von der Nationalversammlung unter ungeheurer Aufregung am 1. März mit 546 Stimmen gegen 107 angenommen wurden; zugleich wurde fast einstimmig die Dynastie der Bonaparte für des Thrones auf immer verlustig erklärt. Der definitive Friede, der an den Präliminarien wenig änderte, wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main unterzeichnet.
... Die Monarchisten schlossen ... mit den Republikanern in der Nationalversammlung den Pakt von Bordeaux, wonach die Frage der definitiven Regierungsform vorläufig eine offene bleiben solle. Dagegen setzten sie es durch, daß der Sitz der Versammlung nicht nach Paris, sondern nach Versailles verlegt wurde.
Hierdurch erweckten sie aber in der aufgeregten Bevölkerung von Paris den Argwohn, daß die Herstellung einer reaktionären Monarchie beabsichtigt sei, und so versuchten die Kommunisten, welche schon während der Belagerung zweimal, am 31. Oktober 1870 und am 22. Januar 1871, sich empört hatten, am 18. März einen neuen Aufstand, welcher glückte.
Die Truppen mußten Paris räumen, wo die Kommune proklamiert wurde. Unter den schwierigsten Verhältnissen unternahm die Regierung von Versailles aus die Wiedererwerbung von Paris, das erst in der letzten Woche des Mai 1871 unter schrecklichen Greueln und den Flammen der von den Kommunisten angezündeten Staatsgebäude von der Armee wieder genommen werden konnte.
Hierdurch wuchs das Vertrauen zu Thiers' Geschicklichkeit und Tatkraft. Ende Juni konnte er bereits eine Anleihe von 2½ Milliarden machen, durch deren Bezahlung an Deutschland er einen großen Teil des Territoriums von der fremden Okkupation befreite.
Am 31. August wurde der Vorschlag Rivets angenommen, welcher Thiers das Präsidium der Republik auf drei Jahre anvertraute, wenn auch das Recht der Versammlung, dem Land eine neue (monarchische) Verfassung zu geben, ausdrücklich vorbehalten wurde. Die Erstarkung der republikanischen Partei zeigte sich bei den Nachwahlen, die fast durchweg zu ihren Gunsten ausfielen.
Die Monarchisten wurden dadurch nicht wenig beunruhigt. Aber sie konnten das Ansehen Thiers' im Ausland und in Frankreich selbst nicht entbehren, solange nicht durch Zahlung der

Kriegskosten die Räumung des Landes durch den Feind erreicht und mit der Herstellung der Armee die äußere Sicherheit und die innere Ruhe verbürgt war. Sie mußten sich daher begnügen, in Nebenfragen dem Präsidenten Opposition zu machen und Schwierigkeiten zu bereiten, damit er seiner Abhängigkeit von der Mehrheit der Versammlung stets eingedenk bleibe.
Indes setzte in allen wichtigeren Fällen, wie ... der Frage der Entschädigung für die im Krieg verwüsteten Provinzen, dem Generalratsgesetz, der Auflösung der Nationalgarde, Thiers stets seinen Willen durch die Drohung mit seinem Rücktritt durch und erlangte jedesmal ein Vertrauensvotum.
Die Mittel für die Zahlung der Kriegskontribution wurden schon im Juli 1872 durch eine neue Anleihe von 3 Milliarden beschafft, welche zum Stolz der Franzosen 14mal überzeichnet wurde. Hierdurch wurde es möglich, das Ende der Okkupation, welche sich seit dem Frühjahr 1872 nur auf sechs östliche Departements erstreckt hatte, schon im September 1873 herbeizuführen.
Allerdings war die Staatsschuld auf 23 Milliarden gestiegen und das Budget mit einem Mehrausgabenbetrag von 600 Millionen belastet. Die hierfür erforderlichen Einnahmen wurden durch Erhöhung der Zölle auf fast alle Verbrauchs- und Genußmittel, eine Anzahl neuer Steuern und eine hohe Steuer auf Rohstoffe beschafft.
Die Reorganisation der Armee wurde in großartigstem Maßstab durchgeführt; allerdings wurde das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht streng angewendet und auch die Errichtung provinzieller Armeekorps abgelehnt, da Thiers gegen beides sich aussprach und auf einer Dienstzeit von wenigstens fünf Jahren für die Mehrzahl der Eingezogenen bestand.
Die aktive Armee (die Beurlaubten eingerechnet) wurde aber durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873 auf 705.000 Mann, die Reserve auf 510,000, die Territorialarmee (Landwehr) auf 532.000, deren Reserve (Landsturm) auf 626.000 Mann festgesetzt; die bewaffnete Macht Frankreichs in einem Krieg belief sich also auf die ungeheure Zahl von 2.423.000 Mann! Die Bewaffnung und Ausrüstung wurde durchweg in bestem Material erneuert. Ferner wurde die Ost- und Nordgrenze durch zahlreiche größere und kleinere Festungen gesichert und Paris mit einem neuen weiteren Ring von Forts umgeben. ...<<

Österreich-Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1870-1878 (x812/524-528): >>(Österreich) ... Als 1870 der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, rüstete Österreich allerdings, um bei der Regelung der deutschen Verhältnisse im Frieden seinen Wünschen Nachdruck geben, vielleicht auch in den Kampf selbst eingreifen zu können.
Die Schnelligkeit und Entschiedenheit der deutschen Erfolge nahmen Österreich aber die Möglichkeit hierzu, und es mußte sich in die unabänderliche Tatsache der Vereinigung ganz Deutschlands unter preußischer Führung fügen, was Beusts Antwortnote vom 26. Dezember 1870 auf die Depesche vom 14. Dezember, in welcher Bismarck die Gründung des Deutschen Reiches anzeigte und die Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen desselben zu Österreich aussprach, in entgegenkommender Weise kundtat. ...
Da am 29. März 1870 der Ausschuß des Abgeordnetenhauses sich zur Ablehnung der galizischen Resolution ermannt hatte, erklärten die Polen am 31. März ihren Austritt aus dem Reichsrat, und ihnen folgten die föderalistischen Abgeordneten von Triest, Istrien, der Bukowina sowie die Slowenen, nachdem die klerikalen Tiroler schon im Januar ausgeschieden waren. Da der Reichsrat jetzt kaum noch beschlußfähig war, verlangten die Minister die Auflösung der Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten, und reichten, als der Kaiser ablehnend antwortete, am 4. April ihre Entlassung ein.
Nach dem Rücktritt des Ministeriums Hasner beauftragte der Kaiser den Grafen Potocki mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Da dieser sich mit den deutschen Autonomisten unter Rechbauer nicht verständigen konnte, so wählte er außer Taaffe hauptsächlich Beamte zu

Mitgliedern des Ministeriums, das demnach einen provisorischen Charakter trug. Getreu dem in der Denkschrift vom 24. Dezember 1869 niedergelegten Programm begann nun Potocki mit den Führern der nationalen Opposition, besonders den Polen und Tschechen, Unterhandlungen über einen gütlichen Ausgleich auf Grundlage der Verfassung.
Dieselben scheiterten jedoch an der Unerfüllbarkeit der polnischen und tschechischen Forderungen; ja, die Tschechen, denen sich die Feudalen und Klerikalen in Böhmen angeschlossen hatten, gingen hierbei noch über die Deklaration hinaus.
Da die Regierung aber auch mit dem ihr mißtrauisch gegenüberstehenden, zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpften Reichsrat nichts ausrichten konnte, wurden am 21. Mai 1870 das Abgeordnetenhaus und sämtliche Landtage, mit Ausnahme des böhmischen, dessen Auflösung erst am 29. Juli erfolgte, aufgelöst und die neuen Landtage für den 20. und 27. August und den 2. September, der Reichsrat für den 15. September einberufen.
... Im August traten die Landtage zusammen, bei ihrer Neuwahl hatte die deutsche Verfassungspartei in Böhmen die Mehrheit verloren und auch in Krain Einbußen erlitten. Überall suchte die Regierung durch Versprechungen die nationalen Parteien zu gewinnen und erreichte es auch, daß die Landtage von Galizien, der Bukowina und Istrien die Wahlen zum Reichsrat vornahmen.
Nur der Landtag von Böhmen, in welchem die Deklaranten an den Sitzungen teilnahmen und mit den Feudalen die Majorität bildeten, weigerte sich und forderte in einer Adresse an den Kaiser am 14. September die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts. Als daher der Reichsrat am 15. September eröffnet wurde, fehlten die böhmischen Abgeordneten.
Als der Landtag trotz kaiserlichen Befehls auf seiner Weigerung und den Forderungen vom 14. September beharrte, ordnete die Regierung am 6. Oktober direkte Reichsratswahlen in Böhmen an. Infolge hiervon erhielt, da 24 Verfassungstreue und 36 Feudale und Deklaranten gewählt wurden, letztere aber nicht in den Reichsrat eintraten, die deutsche Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, welche sie bisher nicht besessen hatte, weswegen dessen Sitzungen auch vertagt worden waren.
Im November beschloß aber das Abgeordnetenhaus ebenso wie das Herrenhaus eine Adresse an den Kaiser, in welcher auf das entschiedenste die Aufrechterhaltung der Verfassung gefordert, Potockis Versuche eines Ausgleiches zwischen unvereinbaren Gegensätzen als unfruchtbar und aussichtslos bezeichnet und die föderalistischen Bestrebungen der Tschechen aufs schärfste getadelt wurden. Das Ministerium sah darin das beabsichtigte Mißtrauensvotum und reichte seine Entlassung ein. Dieselbe wurde zwar angenommen, doch beließ der Kaiser das Ministerium noch so lange im Amt, als die Delegationen in Pest tagten (24. November 1870 bis 6. Februar 1871). ...
Nachdem das Bürgerministerium zerbröckelt und Potockis Vermittlungspolitik gescheitert war, wurde auf Betreiben einer im verborgenen wirkenden reaktionären Kamarilla der Versuch beschlossen, die österreichische Verfassung den Forderungen der Slawen anzupassen.
Diese Aufgabe übernahm das am 7. Februar 1871 ernannte neue Ministerium, an dessen Spitze der ultramontane Graf Hohenwart stand, dem außerdem zwei Tschechen (Habietinek für die Justiz und Jirecek für den Kultus) und ein Pole, Graf Grocholski, angehörten, während die übrigen Minister zwar Deutsche, aber nicht Mitglieder der Verfassungspartei waren.
In Wien nahm man das neue slawisch-feudal-klerikale Kabinett anfangs nicht ernst und nannte es das Faschingsministerium.
Indes schritt Hohenwart entschlossen zur Verwirklichung seines deutschfeindlichen autonomistischen Programms. Nachdem es die Feier der deutschen Siege über Frankreich untersagt (hatte), legte es am 25. April dem Reichsrat die erste der Vorlagen vor, welche nach seiner Ankündigung die legislative und administrative Autonomie der Länder so weit vermehren sollten, als es mit der notwendigen Reichseinheit vereinbar sei; dieselbe verlieh den Landta-

gen die Initiative in der Gesetzgebung. Sie wurde am 9. Mai vom Abgeordnetenhaus abgelehnt.
Hohenwart trat hierauf nicht nur nicht zurück, sondern erklärte am Tag darauf, am 10. Mai, bei der ersten Beratung des am 5. Mai vorgelegten Gesetzentwurfes, der Galizien die in der galizischen Resolution geforderte Selbständigkeit verlieh, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrat das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen, daß er gesonnen sei, wenn die böhmische Opposition mit der Galizien zugestandenen Autonomie sich zufriedengeben würde, Böhmen dieselbe zuzugestehen.
Die deutsche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß ... am 26. Mai, eine Adresse an den Kaiser zu richten, welche offen und rückhaltlos die gefährliche vom Ministerium geschaffene Lage darlegte.
Aber als der Monarch beim Empfang derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichsratsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen der Abgeordneten doch der Mut, und sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde ... (der) Antrag, nicht in die Budgetberatung einzutreten, abgelehnt. Das Budget wurde am 4. Juli genehmigt und am 10. Juli 1871 der Reichsrat auf unbestimmte Zeit vertagt.
Nach diesem Sieg schritt Hohenwart auf der eingeschlagenen Bahn weiter vorwärts. Die Grundzüge des Ausgleiches wurden schon Anfang August dem Ministerrat vorgelegt und die Führer der tschechischen Opposition, Clam-Martinitz und Rieger, am 5. August vom Kaiser empfangen.
Hierauf löste die Regierung die sieben verfassungstreuen Landtage auf und erreichte es durch rücksichtslose Beeinflussung der Wahlen, daß sie im oberösterreichischen und mährischen Landtag die Mehrheit erhielt; aus beiden schieden die Deutschen aus. Indem aber nun die Abgeordneten für Oberösterreich und Mähren der Regierungspartei zufielen, verfügte diese mit Einschluß der Böhmen ... (über) 203 gegen nur 66 verfassungstreue Stimmen und damit über die zu Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit.
In dem Reskript (Rechtsentscheidung) an den böhmischen Landtag erkannte der Kaiser am 14. September die Rechte des Königreiches Böhmen an und erklärte sich bereit, diese Anerkennung mit seinem Krönungseid zu erneuern; er forderte den Landtag auf, über die zeitgemäße Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens zu beraten.
Ein Ausschuß ... entwarf sofort im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel, welche dem Königreich Böhmen eine ähnliche Stellung wie Ungarn gaben und Österreich in einzelne Staaten mit einem Delegiertenkongreß und einem Senat als gemeinsamen Vertretungen auflösten. Die Artikel wurden am 10. Oktober dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt.
Die Aufregung, ja Erbitterung, welche diese Vorgänge in der verfassungstreuen deutschen Bevölkerung hervorriefen, bewog den Reichskanzler Grafen Beust, den Kaiser in einer besonderen Denkschrift auf die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich aufmerksam zu machen. Auch die übrigen Reichsminister und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy sprachen ihre Bedenken gegen die Hohenwartschen Pläne aus, deren Verwirklichung die zentrifugalen Bestrebungen der ungarischen Slawen stärken würde.
Da selbst ein paar Kollegen Hohenwarts, Holzgethan und Scholl, von ihm abfielen, lehnte der Kaiser die Genehmigung der Fundamentalartikel ab, und nachdem ein Versuch, die Tschechen zur Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, gescheitert war, reichte das Ministerium Hohenwart am 26. Oktober seine Entlassung ein. Nach längeren Verhandlungen kam am 25. November ein neues verfassungstreues Ministerium unter dem Fürsten Adolf Auersperg zustande ...
Unmittelbar nachdem er durch sein Einschreiten die österreichische Verfassung gerettet (hat-

te), stürzte Beust. Der Kaiser machte ihm zum Vorwurf, daß er im Frühjahr 1870 zum Ausgleich mit den Böhmen gedrängt, dadurch das damalige Ministerium erschüttert und jetzt mit seiner Warnung so lange gewartet hatte, bis der Monarch durch seine Erklärung vom 14. September sich persönlich stark gebunden hatte.
Außerdem schien die Annäherung an Deutschland, die im Sommer 1871 durch die persönliche Begegnungen der beiden Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl und Gastein angebahnt wurde, einen anderen auswärtigen Minister zu erfordern als Beust, der 1870 zum Kriege gegen Deutschland entschlossen gewesen war, überdies als Fremder und Protestant in Österreich keine festen Wurzeln schlagen konnte. Er erhielt daher am 6. November seine Entlassung und wurde am 14. November durch Andrássy ersetzt. ...
Das erste, was die neue Regierung tat, war die Auflösung der im Sommer neugewählten Landtage. Die von Mähren, Oberösterreich und der Bukowina wurden für die verfassungstreue Partei zurückgewonnen und dadurch die Beschlußfähigkeit des Reichsrates sichergestellt, trotzdem der böhmische Landtag, erbittert über die Zurückweisung der Fundamentalartikel, die Wahl der Reichsratsabgeordneten verweigerte und von den bei den darauf befohlenen direkten Wahlen gewählten Vertretern nur die 24 deutschen ihr Mandat auszuüben bereit waren.
Der neue Reichsrat mit einer verfassungstreuen Mehrheit wurde am 28. Dezember 1871 eröffnet.
Die von den Führern dieser Mehrheit geforderte und vom Ministerium auch beabsichtigte sofortige Einführung der direkten Wahlen wurde von den Polen vereitelt, welche zuerst für Galizien die versprochene Ausnahmestellung verlangten. Daher wurde im Februar 1872 ein neues Notwahlgesetz vorgelegt und angenommen, das die direkten Wahlen auch dann gestattete, wenn nicht der Landtag die Wahl, sondern der Gewählte die Ausübung des Mandats unterlasse.
Der Ausgleich mit Galizien kam aber nicht zustande, weil die Polen jede Abweichung von der galizischen Landtagsdeklaration von 1868 ablehnten, und das Ministerium legte im Februar 1873 das neue Wahlgesetz dem Reichsrat vor, der es schon im März annahm; dasselbe führte die Wahl durch die Bevölkerung statt durch die Landtage ein und vermehrte die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 353, wobei besonders die Städte bevorzugt wurden, die 137 Vertreter erhielten, während der Großgrundbesitz 85, der Bauernstand 131 zählte.
Die Wiener Weltausstellung, welche am 1. Mai 1873 eröffnet wurde, sollte die großartigen Errungenschaften der neuen liberalen Ära verherrlichen. Der Besuch der Ausstellung war ... großartig, fast alle Fürsten Europas erschienen, auch die Kaiser Wilhelm und Alexander II. sowie König Viktor Emanuel.
Ihr Glanz wurde freilich erheblich verdunkelt durch den gleichzeitig eintretenden Krach an der Wiener Börse (Mai 1873), eine Folge der schwindelhaften Gründungen der letzten Jahre; durch denselben wurde das Volksvermögen bedeutend geschädigt (man schätzte den Verlust 1873-75 auf 3 Milliarden Gulden) und auch der Staat in Mitleidenschaft gezogen.
Dennoch fielen die ersten direkten Reichsratswahlen, welche nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses (7. September 1873) stattfanden, überwiegend regierungsfreundlich aus, indem 233 Abgeordnete verfassungstreu waren. Die Tschechen traten nicht in das Haus ein, die 81 Mitglieder starke Opposition bestand aus den Polen und der ultramontanen Rechtspartei unter Hohenwart.
Bei der Stärke der liberalen Partei mußte das Ministerium deren Wünschen einigermaßen entgegenkommen, und so kündigte denn die Thronrede, mit welcher der neue Reichsrat am 5. November 1873 eröffnet wurde, die Vorlage der kirchlichen Gesetze an, welche am 21. Januar 1874 erfolgte. Es waren deren vier: das erste handelte von der Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, das zweite von den Beiträgen aus den Pfründen zum Religionsfonds, aus welchem die Bedürfnisse des katholischen Kultus bestritten werden soll-

ten, das dritte von den Rechtsverhältnissen der klösterlichen Gemeinschaften, das vierte von der gesetzlichen Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften.
Das erste, zweite und vierte Gesetz wurde von beiden Häusern des Reichsrates im Mai angenommen, das dritte scheiterte daran, daß die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Gründung von neuen Klöstern von einem Spezialgesetz abhängig machen wollte, was vom Herrenhaus abgelehnt wurde. Ebenso verweigerte dies dem vom anderen Haus beschlossene Zivilehegesetz seine Zustimmung.
Verschiedene Bischöfe hatten sich in heftigen Ausdrücken über die Kirchengesetze beklagt, der Papst am 7. März 1874 in einer Enzyklika sie als eine Knechtung der Kirche und trotz scheinbarer Mäßigung für ebenso verderblich wie die preußischen erklärt, was Andrássy in einer scharfen Note zurückwies. Auch hatten die österreichischen Bischöfe nach Ablehnung ihres Antrages ... sich aus dem Herrenhaus entfernt. Gleichwohl erließen sie keinen Gesamtprotest und kamen unter dem Vorgeben, sie erfüllten nur die Bestimmungen des noch immer rechtsgültigen Konkordats, den Gesetzen im wesentlichen nach.
Die Regierung ihrerseits handhabte dieselben in möglichst milder Form und vermied einen offenen Konflikt mit dem Klerus. Auch der neue päpstliche Nuntius, Jacobini, wirkte in versöhnlichem Sinn, und allmählich fügte sich, mit Ausnahme von Tirol, die Geistlichkeit den Schulgesetzen und leisteten die Bischöfe die Anzeigepflicht. Unzweifelhaft war damit ein bedeutender Fortschritt erreicht, daß die Kirche unter das Gesetz gebeugt wurde, anstatt dem Staat als gleichberechtigte Macht gegenüberzustehen.
Indes war durch die kirchenpolitische Gesetzgebung, welcher sich die liberale Mehrheit mit ganzem Eifer widmete, deren Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Dingen abgezogen, ihr Gesichtskreis allzusehr verengt worden.
Nichts war geschehen, um das Deutschtum durch Gesetze und Institutionen zu stärken, die Stellung des Deutschen als Staatssprache zu sichern und dem Slawismus zeitig einen Damm entgegenzusetzen.
Die sogenannten "Jungen" der Verfassungspartei, eine Fraktion, welche bei den Neuwahlen 1873 hervortrat und 65 Sitze errang, verlangten zwar, daß in den deutschen Kronländern das deutsch-nationale Interesse betont und zu diesem Zweck auch deren Autonomie vermehrt werden müsse. Aber die durchaus zentralistisch gesinnte Mehrheit der Verfassungspartei wollte hiervon nichts wissen und eine Gefahr für die Herrschaft der Deutschen nicht anerkennen. Allzusehr wogen bei deren Führern ... die freisinnigen Grundsätze vor. ...
Seit Graf Andrássy die auswärtige Politik Österreichs leitete, hatte sich das Verhältnis zu Deutschland immer freundschaftlicher gestaltet. Unter deutscher Vermittlung fand auch eine Versöhnung mit Rußland statt, und im September 1872 erschienen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander II. in Begleitung ihrer obersten Minister in Berlin, wo das Dreikaiserbündnis geschlossen wurde; durch dasselbe verbanden sich die drei Reiche zu gemeinschaftlichem Handeln in den europäischen Angelegenheiten, besonders im Orient, damit dadurch der allgemeine Friede gesichert werde.
Als nun dennoch infolge der von Rußland ausgehenden panslawistischen Wühlereien die orientalische Krise 1875 mit den Aufständen in Bosnien und Bulgarien ausbrach, war die Stellung Österreich-Ungarns insofern schwierig, als die verschiedenen Nationen des Reiches mit ihren Sympathien in den entgegengesetzten Lagern standen, die Ungarn türkenfreundlich, die Polen russenfeindlich waren, die Südslawen und Tschechen dagegen für den Panslawismus schwärmten. Die Deutschen wünschten vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens, welche auch die finanziellen Verhältnisse dringend erheischten.
Österreich lehnte daher eine Beteiligung am Krieg gegen die Türkei durch bewaffnetes Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina ab, erlangte jedoch Anfang 1877 von Rußland für das Versprechen seiner Neutralität das Zugeständnis, daß die an Österreich grenzenden Lande

Bosnien und die Herzegowina sowie Serbien nicht in den Krieg hineingezogen und erstere nach dem Krieg von Österreich besetzt werden sollten.
Dieser Vertrag wurde streng geheimgehalten, und die Regierung hatte nun die schwierige Aufgabe, die erregte öffentliche Meinung bei den verschiedenen Stämmen der Monarchie zu beschwichtigen und Ausschreitungen bei den Kundgebungen zu unterdrücken. ...
Die russischen Niederlagen im Sommer 1877 wurden ... (in Ungarn) mit Flaggen und Illumination gefeiert. Andrássy ließ in den Kammern beider Reichshälften dem gegenüber erklären, daß das Hauptziel seiner Politik sei, eine europäische Komplikation zu vermeiden, daß er aber bei der definitiven Gestaltung der Dinge im Orient den der Lage und den Interessen der Monarchie entsprechenden Einfluß unter allen Umständen geltend machen werde.
Die unerwarteten Erfolge der Russen im Winter 1877-78, ihr unaufhaltsames Vordringen in Rumelien, endlich der Waffenstillstand von Adrianopel, wodurch Rußland Herr der Balkanhalbinsel wurde, machten allerdings alle die Voraussetzungen zunichte, unter denen Andrássy sich Anfang 1877 zur Neutralität verstanden hatte. Er regte daher bei den Mächten die Berufung einer Konferenz über die Orientfrage an, welche überall Anklang fand. ...<<
Rußland: Der russische Panslawist General Fadejew fordert im Jahre 1870 die Vereinigung aller slawischen Stämme unter russischer Führung (x272/201): >>... Seit der Entstehung des Nationalbewußtseins in Europa entwickelte sich aus der geschichtlich überkommenen orientalischen Angelegenheit eine bei weitem wichtigere, nämlich die allslawische.
Der Osten bedeutete früher die Türkei und den Islam, nun bedeutet er Rußland, das Slawentum und die Orthodoxie.
Die Hauptgegner des ersteren wird nicht mehr der Westen, sondern Mitteleuropa oder das deutsche Volk sein und insbesondere die österreichisch-ungarische Monarchie. ...
Rußland muß den Brüdern jenseits der Grenzpfähle seine Arme öffnen und in stetiger geistiger Verbindung mit ihnen leben.
Sie werden den Schutz Rußlands suchen, wenn sie aus seiner Politik erkennen, daß es hinter ihnen steht und die slawische Fahne nicht auf kurze Zeit, sondern kraft seines geschichtlichen Berufes erhebt. ...
"Das Slawentum ist ein kosmischer Nebel, der durch ein zusammenfassendes Gravitationszentrum eine Welt werden kann. Jedes Brudervolk ist deshalb zu befreien und die Unabhängigkeit aller durch einen engen Bund mit Rußland sicherzustellen."
Nach innen ist den Bundesmitgliedern weitgehende Selbständigkeit zu gewähren; nach außen wird die slawische Staatengesellschaft nur ein einziges Reich bilden dürfen. ...<<
Osmanisches Reich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1870-1871 (x815/930): >>(Türkisches Reich) ... Rußland, seit 1864 durch Ignatjew in Konstantinopel vertreten, hatte unaufhörlich und mit wachsendem Erfolg daran gearbeitet, seine durch den Krimkrieg verlorene Stellung im Orient wiederzugewinnen.
Da Ignatjew in Griechenland nicht mehr einen ohnmächtigen Schützling, sondern einen gefährlichen Nebenbuhler sah, so trat er fortan nicht sowohl als Protektor der orthodoxen Kirche als der slawischen Untertanen der Türkei auf.
Von ihm angestachelt, verlangten die Bulgaren ihre Loslösung von dem griechischen Patriarchat in Konstantinopel und erlangten im März 1870 auch wirklich die Errichtung eines eigenen Exarchats.
Um die Autorität der Westmächte zu erschüttern, stellte Rußland im Oktober 1870 während des deutsch-französischen Krieges die Forderung, daß das durch den Pariser Frieden Rußland auferlegte Verbot, auf dem Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu halten, aufgehoben werde.
Die Pforte suchte vergeblich Hilfe bei Europa: Frankreich war zu Boden geschmettert, England hatte sich durch seine egoistische Politik im Sommer 1870 um alles Ansehen und allen

Einfluß gebracht, und auf der Londoner Konferenz im März 1871 mußte sich die Pforte dem von Bismarck unterstützten russischen Verlangen fügen.
Nach diesem Erfolg setzte Ignatjew seine Bemühungen, kein vernünftiges Verwaltungssystem aufkommen zu lassen, die Türkei mit Europa zu verfeinden, im Inneren durch Unruhen und dergleichen zu zerbröckeln und so die völlige Unterwerfung derselben unter Rußland herbeizuführen, rastlos fort, und es gelang ihm, Mahmud Nedim Pascha durch Bestechung, den Sultan durch die Aussicht auf russische Unterstützung seines Thronfolgeplans völlig in seine Gewalt zu bringen. ...<<

Italien, Kirchenstaat: Nach dem Abzug der französischen Truppen besetzen im Jahre 1870 italienische Truppen den Kirchenstaat. Rom (die Hauptstadt Italiens) und der restliche Kirchenstaat werden anschließend mit dem italienischen Königreich vereinigt, obgleich der Papst gegen die Auflösung des Kirchenstaates protestiert.
Papst Pius IX. (1792-1878, Papst von 1846-78) ruft im Jahre 1870 ein Konzil nach Rom, um die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestätigen.
Am 18. Juli 1870 wird das Dogma über die unfehlbare Lehrautorität des Papstes fast einstimmig angenommen (x199/261): >>In Übereinstimmung mit der von Anbeginn des christlichen Glaubens überkommenen Überlieferung lehren wir und erklären unter Zustimmung des heiligen Konzils dies als ein von Gott geoffenbartes Dogma:
Wenn der römische Papst ex eathedra spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen kraft seiner höchsten apostolischen Vollmacht eine für die gesamte Kirche bindende Lehre über Glauben und Sitten festsetzt, so besitzt er dabei durch den göttlichen Beistand, der ihm im heiligen Petrus verheißen ist, jene Unfehlbarkeit, mit der der göttliche Erlöser seine Kirche bei Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehre hat ausgestattet wissen wollen. Derartige Entscheidungen des römischen Papstes sind also an und für sich, nicht aber erst infolge der Zustimmung der Kirche, unabänderlich.
Wenn aber jemand dieser unserer Entscheidung, was Gott verhüten wolle, zu widersprechen sich vermessen sollte, der sei verflucht. ...
Wenn einer behauptet, der römische Papst habe nur das Aufsichts- und Leitungsamt, nicht aber die volle und höchste Herrschergewalt über die Kirche, und zwar nicht nur in Sachen des Glaubens und der Sitte, sondern auch in denjenigen Fragen, die die Zucht und die Verwaltung der über den ganzen Erdkreis verbreiteten Kirche betreffen, der sei verflucht. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Kirchenstaates von 1870-1871 (x809/777-778): >>(Kirchenstaat) ... Beim Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870 fiel Rom und der Rest des Kirchenstaates der italienischen Regierung als reife Frucht in den Schoß. Am 28. Juli erhielten die französischen Truppen Befehl, sich zur Einschiffung nach Frankreich bereit zu halten; Anfang August wurden sie nach und nach abgezogen, und päpstliche Truppen besetzten die von ihnen verlassenen Plätze.
Viktor Emanuel verlangte Anfang September vom Papst die Genehmigung zu einer Okkupation des Kirchenstaates durch italienische Truppen als für die Sicherheit Italiens wie des Papstes selbst erforderlich. Der Papst lehnte jedoch am 11. September jede gütliche Vereinbarung ab.
Der König ließ noch an demselben Tag seine Truppen über die Grenze rücken und zwar in solcher Stärke, daß die päpstlichen Truppen sich überall mit Ehren, den erhaltenen Befehlen gemäß, zurückziehen konnten. Am 16. September wurde der militärisch wichtigste Punkt im Kirchenstaat, Civitavecchia, von den Italienern besetzt, und am 19. kamen sie unter General Cadorna vor den Toren Roms an.
Der Papst erteilte seinem General Kanzler den Befehl, nur des Protestes halber Widerstand zu leisten; sobald (eine) Bresche in die Mauer gelegt sei, sollte die Unterhandlung betreffs der Übergabe begonnen werden. Am 20. September ... gab General Kanzler den Widerstand auf,

und die Italiener zogen an demselben Tag ein. ...
Der Papst war nunmehr auf die weitläufigen Gebäude und Gärten des Vatikans beschränkt. Schon am 2. Oktober setzte die italienische Regierung ein Plebiszit über die Annexion in Szene und erreichte das günstige Resultat von 133.681 Ja gegen 1.507 Nein.
Infolgedessen annektierte der König durch Dekret vom 9. Oktober 1870 den bisherigen Kirchenstaat. Die päpstlichen Truppen wurden entlassen, die Offiziere pensioniert. Der päpstliche Beamtenstand hörte auf, es blieben dem Papst nur Hofchargen und eine adlige Palastwache.
Der Papst seinerseits rächte sich dadurch, daß er durch Enzyklika vom 1. November 1870 sämtliche Urheber und Teilhaber an der Annexion exkommunizierte.
Um sich mit dem Papst auf besseren Fuß zu stellen und ihn womöglich zu einer Anerkennung des neuen Zustandes zu bewegen, ließ die italienische Regierung ein "Garantiegesetz" entwerfen und am 13. Mai 1871 publizieren, dem zufolge die Person des Papstes für unverletzlich erklärt wurde und ihm bestimmte souveräne Rechte zugestanden wurden. Er sollte Gesandte an fremden Höfen beglaubigen, auch Gesandte fremder Höfe empfangen dürfen, und diese letzteren sollten in Rom wohnen und als Vertreter des Auslandes bei einem Souverän betrachtet werden. Ebenso sollte der Papst hinsichtlich der Post- und Telegraphenverbindung zwischen dem Vatikan und der übrigen Welt die Rechte eines Souveräns genießen.
Der Besitz des Vatikans, des Laterans und der Villa Castel-Gandolfo wurde dem Papst garantiert und ihm außerdem eine jährliche Rente von 3.225.000 Lire als Dotation bewilligt. Der Papst erkannte jedoch dieses Garantiegesetz nicht an und verweigerte die Annahme der Rente. Er zog es vor, anstatt der ihm bewilligten Summe fernerhin den "Peterspfennig" als seine alleinige Einnahme zu betrachten; auch die übrigen Vorrechte eines Souveräns akzeptierte er nicht, sondern nahm sie als selbstverständlich in Anspruch.
Pius IX. ließ nicht ab, die weltliche Herrschaft des Papsttums als unbedingt erforderlich für die Unabhängigkeit seines kirchlichen Amtes immer wieder zu reklamieren, und auch sein sonst versöhnlicher Nachfolger Leo XIII. verlangte das Patrimonium Petri oder wenigstens die Stadt Rom nebst Gebiet als souveräne Herrschaft zurück.
Die italienische Regierung dagegen betrachtete das Garantiegesetz als gültig und bewahrte dem Papst die ausgesetzte, aber nicht erhobene Dotation auf. ...<<

Portugal: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Portugals von 1870-1886 (x813/259): >>(Portugal) ... 1870 erzwang Saldanha durch eine Militärrevolte die Entlassung des Ministeriums Loulé (19. Mai), konnte sich aber selbst nur bis zum Herbst 1871 behaupten, worauf das Haupt der Gemäßigten (Regeneradores), Fontes Pereira de Mello, ein Kabinett bildete, das mit kurzen Unterbrechungen (1877 und 1879-81) die Mehrheit in den Cortes besaß und sich bis 1886 behauptete.
Fontes Pereira führte 1885 eine Verfassungsreform durch, welche das Wahlrecht für die Zweite Kammer erweiterte und die Pairskammer in der Weise umgestaltete, daß sie fortan aus teils vom König ernannten, teils vom Volk gewählten Mitgliedern bestand.
Bekämpft wurde Fontes Pereira von den radikalen Reformisten und den Progressisten, deren Führer de Castro 1886 an die Spitze der Regierung trat.
Vor allem die Zerrüttung der Finanzen, das fortwährende Defizit und die stark angewachsene Staatsschuld machten eine energische Umgestaltung der Staatsverwaltung und der Besteuerung notwendig. Auch der Handel bedurfte eines Aufschwunges. Um diesen zu ermöglichen, wahrte Portugal seit der Ausbreitung anderer Nationen in Afrika seine dortigen Besitzanrechte mit Eifersucht, schickte Reisende zur Erforschung und Aufschließung des Innern aus und schloß am 26. Februar 1884 einen Vertrag mit England, der den unteren Kongo in Portugals und Englands Hände bringen sollte. Doch mußte es sich 1885 den Beschlüssen der Kongokonferenz fügen. ...<<

Frankreich: Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berich-

tet später über die Rolle des Jesuitenordens von 1870 bis 1885 in Frankreich (x1.001/66-72):
>>… **Die Jesuiten in Frankreich von 1870 bis 1885**
Man würde meinen, der Zusammenbruch des Kaiserreiches sollte eine Reaktion gegen den ultramontanen Geist in Frankreich hervorgebracht haben. Doch dem war nicht so, wie Adolphe Michel aufzeigt:
"Als am 2. Dezember der Thron in den Dreck von Sedan stürzte, als Frankreich definitiv besiegt war, als im Jahre 1871 in Bordeaux die "Versammlung" zusammentrat und darauf wartete, nach Versailles zu ziehen, war die klerikale Partei kühner denn je. In sämtlichen der Heimat widerfahrenden Katastrophen trat sie als Herrin auf. Wer erinnert sich nicht der großspurigen Bekundungen der Jesuiten und ihrer unverschämten Drohungen in diesen letzten Jahren? Wie eines gewissen Paters Marquigny, der die zivile Bestattung der Grundsätze von '89 bekannt gab; oder de Belcastels, der Frankreich eigenmächtig dem Herzen Jesu weihte; der Jesuiten, die in Paris auf dem Montmartre eine Kirche errichteten und dieserart der Revolution spotteten; der Bischöfe, die Frankreich veranlaßten, Italien den Krieg zu erklären, um so die zeitliche Macht des Papstes wiederherzustellen. …"
Den Grund für jene paradox erscheinende Situation erklärt sehr gut Gaston Bally: "Während jener verheerenden Katastrophe zogen sich die Jesuiten wie immer in ihr Loch zurück und ließen die Republik, so gut diese es vermochte, sich selber aus dem Schlamassel ziehen. Als aber die meiste Arbeit getan, unser Territorium von der preußischen Invasion befreit war, begann wieder die schwarze Invasion und "holte die Kastanien aus dem Feuer". Gerade bewegte sich das Land aus einem Alptraum, einem furchtbaren Schrecken heraus - und es war genau der richtige Moment, sich der von Panik ergriffenen Massen zu bemächtigen."
Doch ist es nicht das Gleiche wie nach jedem Kriege? Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die römische Kirche von den großen öffentlichen Katastrophen stets profitiert hat; daß Tod, Elend und Leid aller Art die Massen dazu anstiften, in frommen Übungen nach trügerischem Trost zu suchen. Auf diese Art wird die Macht derer, die die Katastrophen ausbrechen ließen, durch die Opfer höchstselbst gestärkt, wenn nicht gar vergrößert. Was das betrifft, hatten die zwei Weltkriege die gleichen Folgen wie der Krieg von 1870/71.
Frankreich wurde damals eingenommen; als im Jahre 1873 ein den Bau einer Herz-Jesu-Basilika auf dem Montmartre erlaubendes Gesetz verabschiedet wurde, war es andererseits ein glanzvoller Sieg für die Societas Jesu. Diese, zweifellos in grausamer Ironie, als "nationaler Wunsch" beschriebene Kirche war im Begriff, den Triumph des Jesuitentums an der Stelle, wo es sein Dasein begonnen hatte, in Stein zu verewigen. …
Ohne in irgendeiner Weise die Bedeutung der durch die zwei Kriege von 1870/71 und 1914 herbeigeführten Glaubensbewegung in Frankreich, die auch derart große Hoffnungen weckte, abschwächen zu wollen, müssen wir jedoch zugeben, daß diese Erweckung nicht die Tiefe, noch den Umfang hatte, die eine wirkliche religiöse Erneuerung haben würde. …
Denn bereits damals bestand die Kirche Frankreichs nicht nur aus Tausenden von Ungläubigen und Gegnern, sondern auch aus einer großen Anzahl jener, die nur dem Namen und nicht der Überzeugung nach Katholiken waren. Es wurden religiöse Übungen abgehalten, nicht aus Überzeugung, sondern vielmehr aus der Gewohnheit heraus. …
Kaum hatte es ihn getan, schien Frankreich den Verzweiflungsschritt, daß es eine katholische Mehrheit in die Nationalversammlung schickte, zu bereuen, denn fünf Monate später, bei den Ergänzungswahlen (nachträgliche Hinzuwahlen weiterer Mitglieder durch die bereits bestehenden) am 2. Juli des Jahres 1871 schwenkte es um! Das Land sollte an jenem Tage 113 Abgeordnete wählen. Absoluter Verlierer waren die Katholiken, und Sieger zwischen 80 und 90 Republikaner. Die ganzen den Bestimmungen des allgemeinen Wahlrechts folgenden Urnengänge hatten selbigen Charakter der republikanischen und antiklerikalen Opposition. Es wäre kindlich, so zu tun, als wären sie nicht Ausdruck der Meinungen und Wünsche der Gesell-

schaft."
Der von den großen, zur "Aufrichtung des Landes" organisierten Wallfahrten sprechende Abt Brugerette gibt zu, daß sie Ursache "einiger Irrtümer und Auswüchse" waren, die das Mißtrauen der "Kirchengegner" hervorriefen.
"Für letztere werden die Wallfahrten von der Geistlichkeit organisierte Unternehmen zur Restauration (Wiederherstellung) von Monarchie und päpstlicher Macht in Rom sein. Und die von der Geistlichkeit zu diesen zwei Zielen vertretene Meinung wird die Vorwürfe vor der nichtreligiösen Presse rechtfertigen wollen und somit, wie wir später sehen werden, einen wesentlichen Anstoß zum Antiklerikalismus (Kirchenhaß) geben.
Ohne mit ihren während der Jahre nach dem Kriege derart wieder zu neuem Leben erwachten religiösen Gewohnheiten zu brechen, wird, wie es Gambetta (Léon Gambetta, französischer Politiker, 1838-1882) brandmarkte, die französische Gesellschaft gegen diese "Priesterregierung" rebellieren. Tief im Innern hatte sich das französische Volk einen unbezwingbaren Instinkt des Widerstands gegen alles erhalten, was auch nur irgendwie nach Herrschaft der Kirche aussah. Generell liebte diese Nation die Religion, doch machte ihr das von der regierungsfeindlichen Presse wieder belebte Gespenst der "Theokratie" Angst. Die älteste Tochter der Kirche wollte keineswegs vergessen, daß sie auch die Mutter der Revolution war."
Und doch unternahm die Geistlichkeit indes, mit den Jesuiten an der Spitze, derartige Anstrengungen, um das französische Volk zu überreden, dem republikanischen Geiste abzuschwören!
"Da das Fallouxgesetz in Kraft trat, erweiterten die Jesuiten ihre Kollegien, wo sie die Kinder des herrschenden Bürgertums erzogen, und brachten ihnen offensichtlich keine große Liebe für die Republik bei. ..."
Die im Jahre 1845 von Pater d'Alzon (Emmanuel d'Alzon, 1810-1880) geschaffenen "Assumptionisten" (unter Unierten und Orthodoxen tätige Kongregation nach der Augustinerregel) wollten ihrerseits dem Volk den Glauben zurückgeben, den es verloren hatte. …"
Es überrascht nunmehr nicht, daß diese Situation die republikanische Führung in die Defensive brachte. Ein im Jahre 1879 von Julius Ferry vorgeschlagenes Gesetz sah vor, die Geistlichkeit aus dem Bildungsrat, in den sie durch die Gesetze von 1850 und 1873 eingeführt worden war, zu entfernen sowie das alleinige Recht zur Verleihung von Lehrerdiplomen wieder den staatlichen Fakultäten zu übertragen. Zudem ist es nach Artikel 7 dieses Gesetzes "niemandem, der einer nicht zugelassenen Kongregation (Ordensgemeinschaft) angehört, gestattet, öffentlichen oder kostenlosen Unterricht zu erteilen."
Die Jesuiten werden in jenem berühmten Artikel 7 vor allen anderen angesprochen. Die Geistlichen des Dechanats (katholische Kirchenbezeichnung) Moret … werden also erklären, sie seien "auf Seiten sämtlicher Religionsgemeinschaften, einschließlich der ehrwürdigen Patres der Societas Jesu. Sie zu schlagen,", schreiben sie, "hieße uns selbst schlagen. ..." Das Bekenntnis ist eindeutig.
Abt Brugerette, der jene Passage schrieb, kennzeichnet den Widerstand der Katholiken gegen das, was er "heimtückischer Angriff" nennt, fügt aber hinzu:
"Nach wie vor ignoriert die Geistlichkeit das immense Voranschreiten des Laienstandes; sie hat bis heute nicht begriffen, daß sie infolge ihrer Ablehnung der Grundsätze von '89 nunmehr jeden entscheidenden Einfluß auf die Richtung der öffentlichen Gesinnung in Frankreich verloren hat."
Artikel 7 wird vom Senat abgelehnt, doch Julius Ferry beruft sich auf die bestehenden, die Kongregationen betreffenden Gesetze.
Infolgedessen enthält am 29. April 1880 das "Journal Officiel" (1848 gegründetes, offizielles Presseorgan der französischen Regierung") zwei Gesetze, die die Jesuiten zwingen, sich aufzulösen, sowie sämtliche nicht zugelassenen Männer- und Frauenkongregationen, sich inner-

halb von drei Monaten die "Anerkennung und Zulassung ihrer Richtlinien und Rechtsstellung ..." einzuholen.
Unverzüglich organisiert man eine Bewegung des Widerstands; Debidour schreibt: "Die schwer getroffene Kirche ist erregt". Nach dem 11. März brachten Leo XIII. (1810-1903) und sein Nuntius (Botschafter) ihren schmerzerfüllten Protest zum Ausdruck. …
"Es ist nun an den Bischöfen, die Orden energisch zu verteidigen."
Die Söhne Loyolas wurden dennoch ausgewiesen. Doch lesen wir, was zu diesem Thema Abt Brugerette zu sagen hat: "Trotz allem hatten die Jesuiten, Spezialisten im Wiedereinstieg durch die Fenster, nachdem sie zur Tür hinausgeworfen wurden, ihre Kollegien bereits erfolgreich unter die Kontrolle von Laienbrüdern oder Weltgeistlichen (Geistliche, die nicht Mitglied eines Mönchsordens sind,) gebracht. Obwohl nicht in besagten Kollegien wohnend, konnte man sie zu bestimmten Tageszeiten kommen sehen, um Leitungs- und Kontrollaufgaben wahrzunehmen."
Den Betrug hatte man aber entdeckt und die Jesuitenkollegien schließlich geschlossen. Die Verordnungen vom Jahre 1879 wurden gegen 32 Kongregationen durchgesetzt, die sich weigerten, sich den rechtlichen Verordnungen zu unterwerfen. Vielerorts führte man die Ausweisung gegen den durch die Patres hervorgerufenen Widerstand der Gläubigen mittels Waffengewalt "manu militari" durch.
Nicht allein lehnten diese es ab, um eine rechtliche Genehmigung zu ersuchen, sondern auch, eine Verzichtserklärung über jeden Gedanken des Widerstands gegen die bestehende Ordnung zu unterschreiben; de Freycinet (Charles Louis de Saulces de Freycinet, französischer Politiker, 1828-1923), dem damaligen, sie begünstigenden, Präsident des Rates hätte dies genügt, um sie noch zu "tolerieren". Als sich die Orden dafür entschieden, die besagte förmliche Loyalitätserklärung zu unterschreiben, war der Schachzug hinfällig und de Freycinet zum Aufgeben gezwungen, denn er hatte versucht, die Übereinkunft gegen den Willen des Parlaments und seiner Kabinettskollegen auszuhandeln. …
Es ist wiederum Abt Brugerette, der, nachdem er erklärt hatte, daß, was die Societas Jesu betrifft, das Regierungsziel erreicht wurde, auch zugibt:
"Von der Vernichtung der Ordensinstitution konnte keine Rede sein. Die weiblichen Kongregationen blieben unangetastet und die zugelassenen, für den Laien gefährlich wie die anderen, bestanden nach wie vor. Auch wußten wir, daß nahezu sämtliche infolge der Verordnungen vom Jahre 1880 aus ihren Häusern vertriebenen Männerkongregationen still und heimlich wieder in ihre Klöster zurückgekehrt waren."
Doch diese Ruhepause war von kurzer Dauer. Die Absicht des Staates, Steuern und Nachfolgerechte auf das Vermögen der kirchlichen Gemeinschaften zu erheben, löste unter diesen eine allgemeine Entrüstung aus, da, sich dem gemeinen Recht unterzuordnen, nicht ihre Absicht war.
"Die Widerstandsorganisation war ein Werk eines von den Patres Bailly (Vincent de Paul Bailly, 1832-1912), "Assumptionist", Stanislas, einem Kapuziner, und Le Doré, Superior (Oberer) der Eudisten (Ange Le Doré, 1834-1919) geleiteten Komitees. … Den großen Eifer der Geistlichkeit erweckte Pater Bailly damals zu neuem Leben indem er schrieb: "Wie Sankt Laurentius (Diakon in Rom und Märtyrer, 1832-1912, wurde nach der Legende auf glühendem Rost zu Tode gefoltert) müssen die Mönche und Nonnen eher zu Streckbank und Daumenschrauben zurückkehren, als daß sie sich ergeben."
Wie durch Zufall war der Haupterwecker jenes "großen Eifers", Bailly, ein "Assumptionist" oder, genauer gesagt, ein getarnter Jesuit. Hinsichtlich Streckbank und Daumenschrauben hätten wir den guten Pater daran erinnern können, daß diese Folterinstrumente in der Tradition des Heiligen Stuhls stehen und nicht des republikanischen Staates.
Die Kongregationen zahlten am Ende doch - etwa die Hälfte ihres Besitzes - und, wie oben

erwähnter Abt zugibt, "wurde dem Gedeih ihrer Arbeit kein Abbruch getan", was man sich gut vorstellen kann.
Wir können nicht ins Detail gehen hinsichtlich der Gesetze von 1880 und 1886, die dazu neigten, die konfessionelle Neutralität der staatlichen Schulen abzusichern, diese "Säkularisierung", die für Toleranzler als selbstverständlich angesehen, von der römischen Kirche aber abgelehnt wird als abscheulicher Versuch des Gewissenszwanges, den sie doch stets für sich selbst beansprucht hat. Man konnte davon ausgehen, daß sie für dieses sogenannte Recht so heftig kämpfen würde wie für ihre finanziellen Privilegien.
Durch Verdammung bestimmter, Moral und bürgerlichen Unterricht behandelnder Schulbücher tritt im Jahre 1883 die vom Jesuitismus inspirierte Indexkongregation (katholische Zensurbehörde; 1571 errichtet, gingen 1917 ihre Befugnisse in das 1542 errichtete oberste Kurialamt über, das 1965 in die "Kongregation für die Glaubenslehre" umgewandelt wurde) in den Kampf ein.
Die Angelegenheit ist selbstverständlich ernst zu nehmen: einer der Autoren, Paul Bert, wagte es zu schreiben, daß "dem kritischen Geiste" schon die Wunder-Idee "weichen muß!". Ergo verkünden mehr als fünfzig Bischöfe die Indexentscheidung mit schimpfenden Kommentaren, und einer von ihnen, Monsignore Isoard, erklärt in seinem Hirtenbrief vom 27. Februar des Jahres 1883, daß die Lehrer, die Eltern und die Kinder, die sich weigerten, besagte Bücher zu vernichten, von den Sakramenten ausgeschlossen würden.
Die Gesetze von 1886, 1901 und 1904, die besagen, daß von Mitgliedern religiöser Gemeinschaften keine Lehrtätigkeit ausgeübt werden könne, setzten für ihren Teil eine Protestflut seitens des Vatikans und der "französischen" Geistlichkeit in Gang. Wobei sich die unterrichtenden Mönche und Nonnen lediglich hätten "verweltlichen" müssen. Das einzig positive Ergebnis dieser rechtlichen Verfügungen war, daß die Professoren an den sogenannten "freien" Schulen ab sofort pädagogische Professionalisierung (eine berufliche Anerkennung als Pädagoge) nachweisen mußten, eine gute Sache, wenn wir wissen, daß vor dem letzten Kriege die katholischen Grundschulen in Frankreich 11.655 mit 824.595 Schülern zählten.
Was die "freien" Kollegien und insbesondere die der Jesuiten betrifft - wenn deren Zahl derzeit verringert würde, so infolge mehrerer Faktoren, die mit den Rechtsstreitigkeiten nichts zu tun haben. In der von der Mehrheit der Eltern bestätigten Überlegenheit des Hochschulunterrichts sowie seine Unveränderthеit der letzten Zeit bestehen die Hauptgründe für dessen wachsende Beliebtheit. Die Gesellschaft Jesu hat die Zahl ihrer Schulen nunmehr übrigens freiwillig reduziert.<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1870-1871 (x807/827): >>(Großbritannien) ... Die Regierung erklärte (nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges) alsbald die Neutralität Großbritanniens, was sie aber nicht abhielt, die Ankäufe von Pferden, Kohlen, ja auch Waffen, welche Frankreich in Großbritannien vollzog, trotz der lebhaftesten Reklamationen seitens der deutschen Gesandtschaft zu gestatten; Granville berief sich darauf, daß die Gesetze des Landes ihm nicht erlaubten, gegen diese Ankäufe einzuschreiten.
Die öffentliche Meinung in Großbritannien stand zu Anfang des Krieges im großen und ganzen auf seiten Deutschlands; aber seit der Gefangennahme Napoleons bei Sedan (2. September) neigte sich die Sympathie der französischen Republik zu, und vielfach verübelte man es Deutschland sehr, daß dasselbe nicht nach dem Sturz des Kaisertums den Krieg beendete, ohne für seine Verluste Entschädigung und für die Zukunft Garantien erlangt zu haben.
Freilich schadeten diese Antipathien Deutschland sehr wenig, da die Regierung wohl oder übel an ihrer Neutralität festhielt. Überhaupt verhinderten die militärische Schwäche und die diplomatische Isoliertheit Großbritanniens, die in den letzten Jahren immer deutlicher hervortraten, jeden Einfluß desselben auf die Friedensverhandlungen.

Die gesunkene Autorität Großbritanniens in Europa gab sich noch bei einer anderen Gelegenheit in demselben Jahr kund: als nämlich Rußland die Niederwerfung Frankreichs benutzte, um die Beseitigung der durch die Verträge von 1856 ausgesprochenen Neutralität des Schwarzen Meeres zu fordern, welche Großbritannien als eine besonders bedeutende Errungenschaft des Krimkrieges ansah.
Granville beantwortete die russischen Noten über diese Angelegenheit zuerst in ziemlich schroffem Ton, sah sich aber bald genötigt, da er auf die Unterstützung keiner anderen europäischen Macht rechnen konnte, nach dem Vorschlag des deutschen Reichskanzlers in London Konferenzen zur Beschlußnahme über die Pontusfrage abzuhalten. Dieselben wurden am 17. Januar 1871 eröffnet und endeten im wesentlichen mit einer Bewilligung der russischen Forderung, womit die englische Politik eine offenbare Niederlage erlitt. ...<<
USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1870 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 15. Zusatzartikel (243/101): >>Die Vereinigten Staaten oder ein Einzelstaat dürfen das Wahlrecht von Bürgern nicht wegen deren Rasse, Hautfarbe oder wegen früheren Sklavenstandes vorenthalten oder einschränken.<<
Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1870 rund 38 Millionen Menschen (x262/223).
Afrika: Der britische Forscher David Livingston (1813-1873, unternimmt ab 1849 Entdeckungsreisen in Süd- und Mittelafrika) berichtet im Jahre 1870 über eine arabische Sklavenkarawane, die nach Sansibar unterwegs ist (x190/196): >>... Die ältesten unter ihnen waren Frauen im Alter von 22 bis 24 Jahren und es gab Jugendliche zwischen 18 und 19, doch zum überwiegenden Teil waren es Mädchen und Jungen, die zwischen 7 und vielleicht 14 oder 15 Jahren alt waren.
Ich glaube nicht, daß ich jemals einen fürchterlicheren Anblick gesehen habe, als diese Männer, Frauen und Kinder. Wenn ich sagen würde, sie wären ausgezehrt gewesen, würde es Ihnen keine Vorstellung davon geben, was menschliche Wesen hier durchmachen müssen. ...
Jeder hatte einen langen gegabelten Stock um den Hals, der 30 bis 40 Pfund wog und bis 7 Fuß lang war. Die Frauen waren auf brutalste Art gefesselt und aneinandergebunden und die kleinen Kinder ... (hatte man) mit Riemen an ihre Mütter gebunden.
Als wir den Pfad passierten, den die Sklaven gekommen waren, ... zeigte man mir eine Stelle in den Büschen, wo tags zuvor eine arme Frau, die zu erschöpft war, den Weg fortzusetzen und ihn wahrscheinlich verzögert hätte, von einem der Sklaventreiber mit der Axt erschlagen wurde. ...<<
Ein Angehöriger des Bapende-Stammes, der 1870 im Kongo lebt, berichtet über die ersten Begegnungen mit den europäischen Kolonisten (x239/178): >>Unsere Väter lebten behaglich in der Lualaba-Ebene. Sie hatten Vieh und Ackerfrüchte; sie hatten Salzbecken und Bananenbäume.
Plötzlich erblickten sie ein großes Schiff auf der See. Es hatte weiße Segel, die wie Messer blitzten. Weiße Männer kamen aus dem Wasser, die sprachen in einer Weise, die niemand verstand.
Unsere Ahnen fürchteten sich. Sie sagten, das seien Vumbi (Geister), die zur Erde zurückkämen. Sie trieben sie mit Pfeilschauern in die See zurück. Aber die Vumbi spien mit Donnergetöse Feuer. Sehr viele Menschen wurden getötet. Unsere Ahnen flohen.
Die Häuptlinge und Seher sagten, daß diese Vumbi früher die Besitzer des Landes waren. Unsere Väter verließen die Lualaba-Ebene, weil sie eine Rückkehr des Schiffs ... fürchteten. ...
Das große Schiff kam zurück, und wieder erschienen weiße Männer. Sie fragten nach Hühnern und Eiern; sie gaben Kleider und Perlen. Wieder kamen die Weißen zurück. Sie brachten Mais und Maniok, Messer und Beile, Erdnüsse und Tabak.
Von dieser Zeit bis heute haben die Weißen uns nichts als Krieg und Elend gebracht. Nach Luanda brachten sie Erdnüsse, Mais und Maniok und zeigten uns, wie sie angebaut werden.

...<<

1871

Deutsches Reich: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlosses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Deutschen Kaiser (x804/-775): >>Deutscher Kaiser, nach Artikel 11 der Reichsverfassung Titel des Oberhauptes des neuen Deutschen Reiches, das seit 18. Januar 1871 besteht; der erste deutsche Kaiser ist Wilhelm I., König von Preußen. Die Bezeichnung der Beherrscher des alten, bis 1806 bestehenden Reiches als deutsche Kaiser ist zwar unrichtig, da jene römische Kaiser und deutsche Könige waren; dennoch ist der Name "deutscher Kaiser" für die deutschen Herrscher von Heinrich I. (919-936) an üblich geworden selbst für solche, welche die römische Kaiserwürde nie erlangt hatten.<<

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärt am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<

Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Wilhelm I. verkündet während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,

nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der badische Großherzog Friedrich I. (1826-1907, damaliger Sprecher der deutschen Fürsten und Unterstützer der "kleindeutschen Lösung") berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x176/198): >>Um 11.30 Uhr versammelten sich in dem großen Spiegelsaal des

Schlosses von Versailles 2.000 Offiziere, Beamte und Geistliche. Als die Fürsten sich dann um den König gestellt und die ganze Versammlung sich ihm zugewandt hatte, nahm der König ein Papier zur Hand und las etwa folgende Ansprache:
Nachdem ihm die deutschen Fürsten und freien Städte die die Kaiserwürde angeboten hätten, erkläre er unter dem Ausdruck des Dankes, die Krone des Reiches für sich und seine Erben annehmen zu wollen.
Nun verlas der Kanzler des Reiches, Bismarck, ein Manifest, und dann kam die Reihe an mich. Ich rief so laut wie möglich in die harrende lautlose Versammlung: "Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!"
Es begann ein begeistertes sechsfaches Hochrufen, das man gehört haben muß, aber nicht beschreiben kann.<<

Das "Kriegstagebuch 1870/71" des preußischen Kronprinzen berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x233/100): >>Hauptquartier Versailles, den 18. Januar 1871.
Erst im Laufe der Zeit wird uns das ganze volle Gewicht dessen bewußt, was es heißt, im Prachtsaal von Ludwigs XIV. Schloß zu Versailles die Wiederreinsetzung des auf dem französischen Schlachtfelde geschaffenen Deutschen Reiches sowie die Verkündigung des erwählten erblichen Kaisers mit angeschaut zu haben. ...
Nachdem Seine Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne ... verlesen hatte, trat Graf Bismarck, der ganz grimmig verstimmt aussah, vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art ... die Ansprache "an das deutsche Volk".
Bei den Worten "Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb.
Nun trat der Großherzog von Baden ... vor und rief mit erhobener Rechten: "Es lebe seine Kaiserliche Majestät der Kaiser Wilhelm I."
Ein donnerndes, sich mindestens sechsmal wiederholendes Hurra durchbebte den Raum, während die Fahnen und Standarten über dem Haupte des neuen Kaisers von Deutschland wehten und "Heil dir im Siegerkranz" ertönte. Dieser Augenblick war mächtig ergreifend, ja überwältigend und nahm sich wunderbar schön aus. ...
Nun brachten die Fürsten einer nach dem andern ihre Glückwünsche dar, welche der Kaiser mit einem freundlichen Händedruck entgegennahm. ... Der Kaiser ... richtete einige Worte im Vorübergehen an die zu beiden Seiten stehenden Offiziere und Mannschaften.
Ich hatte der Musik befehlen lassen, sobald der Kaiser sich zum Verlassen des Saales anschickte, den Hohenfriedberger Marsch zu spielen, so daß Seine Majestät unter diesen herrlichen Klängen von der Versammlung schied, worauf er, von dem Hurra, der Stabswache begrüßt, das Schloß verließ. ...<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Prinz Otto von Bayern berichtet am 2. Februar 1871 seinem Bruder, König Ludwig II., über die Kaiserproklamation in Versailles (x261/111): >>Ach, Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Innern sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah.
Lief es doch dem gerade entgegen, für was ich tief innerlich glühe und was ich von Herzen liebe und wofür ich mit Freuden mein Leben einsetze. ...
Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen

zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer. ... Endlich drängte man sich durch diese Knäuel zurück und aus dem Saale hinaus. Mir war's so eng und schal in diesem Saale, erst draußen in der freien Luft atmete ich wieder auf. Dieses wäre also vorbei. ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die große Mehrheit der Deutschen war begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.
Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.
Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post). Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.

Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die damals beliebte Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet später über die Reichsgründung (x176/199): >>Es war der größte Tag, welchen Berlin jemals gesehen und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen. Es war ein Fest- und Weihetag der gesamten deutschen Nation, von welchem die Geschichte den spätesten Geschlechtern erzählen wird! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schreibt später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bun-

desstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.
Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<
Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt im Jahre 1871 über die Regierungsform des Deutschen Reiches (x239/149): >>... Wir haben eine konstitutionelle Monarchie, aber wir haben keine parlamentarische Regierung. ...
Auch wenn eine Volksvertretung, wie in Deutschland und Nordamerika, nicht die Kraft besitzt, Minister ein- und abzusetzen, so ist schon ihr Dasein und ihre Debatte, ihre Kritik des Budgets und ihre Befugnisse, mißlungene Gesetzentwürfe zu vernichten, eine höchst bedeutende Schranke gegen jeden willkürlichen Absolutismus der Regierung.
Diese Regierung aber in fester Hand und den Wogen der populären Agitation entzogen zu wissen, erscheint uns ... als unschätzbarer Segen.
Deutschland wird auch nach seinen letzten großen Siegen eine höchst gefährdete Stellung in Europa haben zwischen dem rachedurstigen Frankreich, dem ehrgeizigen Rußland, dem schwankenden Österreich.
Was wir in dieser Lage vor allem bedürfen, ist Stetigkeit und Sicherheit der Regierung. ...<<
Der deutsche Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau berichtet später (im März 2021) über die Verfassung des Deutschen Reiches (x1.032/…): >>**Das bestorganisierte Land der Welt**
- Die Reichsverfassung
Von *Ulrich Vosgerau*
Die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ging aus der Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871 hervor, durch die ihrerseits die ursprüngliche Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 revidiert worden war. Vom Norddeutschen Bund wurden auch die Reichsfarben schwarz-weiß-rot" (Artikel 55 Reichsverfassung) übernommen. Sie hieß dann Verfassung des Deutschen Reiches (RV 1871) und galt formell bis zum 14. August 1919, dem Tag des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung.
Indessen war sie im Zuge revolutionärer Umwälzungen bereits seit dem 9. November 1919 faktisch nicht mehr beachtet worden, wie später die Weimarer Reichsverfassung nach 1933.
Nur sehr wenige deutsche Schüler und Studenten könnten heute noch angeben, daß das Deutsche Reich entweder am 1. Januar 1871 (Inkrafttreten der Verträge) oder am 18. Januar 1871 (Kaiserproklamation) gegründet worden ist. Rechts- und Verfassungshistoriker sehen das übrigens anders. Denn aus juristischer Sicht ist das Deutsche Reich 1871 nicht etwa revolutionär entstanden.
Vielmehr gilt es als Fortsetzung des um die nun beigetretenen süddeutschen Staaten erweiterten, verfassungsrechtlich reorganisierten und umbenannten, aber als völkerrechtliches Subjekt selbstverständlich mit sich selbst weiter identischen Norddeutschen Bundes, der seinerseits, eben am 14. April 1867, durch die Umwandlung eines Militärbündnisses Preußens mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie in einen echten Bundesstaat entstanden war.
Das heißt, das Deutsche Reich entstand eigentlich schon 1867. Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich nicht etwa dessen Rechtsnachfolgerin, sondern mit dem Reich (eben als dem einen und einheitlichen Nationalstaat des Deutschen Volkes) identisch. In Tageszeitungen ist gelegentlich zu lesen, wer das Fortbestehen des Deutschen Reiches behaupte, sei gleichzeitig Verschwörungstheoretiker und Verfassungsfeind.
Dies entspricht aber der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der allgemeinen Ansicht im Völkerrecht. Insofern haben die sogenannten Reichsbürger vom Ausgangspunkt her Recht. Ihr Wahn besteht aber darin, sich ein fortbestehendes Reich als "Paral-

lelstruktur" zur Bundesrepublik vorzustellen. Die Bundesrepublik selbst ist jedoch das Reich. Sie heißt nur anders und hat eine andere Verfassung.
Völkerrechtlich ist das irrelevant: Wenn eine Frau sich verheiratet, hat sie auch auf einmal nicht nur einen anderen Personenstand, sondern oft auch einen anderen Nachnamen, ohne daß deswegen jemand darauf kommt, es sei jetzt eine neue Frau da und diese sei allenfalls Rechtsnachfolgerin der alten. Im Völkerrecht gilt der Grundsatz der Staatenkontinuität, schon um Verträge und Schulden aufrechtzuerhalten. Verfassungswandel, ja selbst Revolutionen sind aus Sicht des Völkerrechts nur (unbeachtliche) "innere Angelegenheiten".

Die paktierte Verfassung

Das Deutsche Reich von 1871 war ein Bundesstaat. Zwar erweckt die Präambel der Verfassung den Eindruck, es handele sich um einen reinen Fürstenbund, also eher um einen Staatenbund als einen Bundesstaat, da die verfassungsgebende Gewalt - sei es der Bundesstaaten, sei es "des Deutschen Volkes" wie im Grundgesetz (GG) - nicht evoziert wird, sondern die Fürsten als Urheber der neuen Reichsverfassung in Erscheinung treten. Dies darf man aber nicht überbewerten.
Es handelt sich um den letzten historischen Ausdruck eines Spezifikums der deutschen Verfassungsgeschichte, nämlich der "paktierten Verfassung". Um die eigentlich bereits seit der Französischen Revolution, spätestens aber seit den Freiheitskriegen, virulente Frage, ob die verfassungsgebende Gewalt (Souveränität) nun beim Fürsten oder beim Volk liege, nicht ausfechten zu müssen, ging man mit einer wiederum typisch deutschen, nämlich juristischen Lösung vor. Das heißt, es werden nur unmittelbar ergebnisrelevante Rechtsfragen entschieden, alle anderen müssen für die weitere Rechtsentwicklung offenbleiben.
Was kein Problem darstelle, so lange sich Fürst und Volk über die Verfassung einig seien. Was die Beurteilung angeht, ist es das alte Lied: Entwickeln die Engländer ihre Demokratie über Jahrhunderte hinweg eher schrittweise, um Blutvergießen zu vermeiden und verwaltungserfahrene Eliten nicht aus dem Land zu treiben, sondern arbeiten zu lassen, so sind sie von westlichen Werten geleitete Evolutionisten beim piecemeal engineering. Tun Deutsche eigentlich dasselbe und betonen dabei die Rechtsstaatlichkeit als Höchstwert, sind sie obrigkeitshörige Schlafmützen, die keine Revolution zustande bringen.
Höchstes Staatsorgan war der Bundesrat, das heißt, die Vertretung der Bundesstaaten. Es ist bezeichnend, daß diese Benennung zur Betonung des föderalistischen Elements auch nach der Umbenennung des Norddeutschen Bundes in Deutsches Reich durch die Verfassung von 1871 fortgeführt wurde. Der Präsident des Bundesrates, verfassungsmäßig der König von Preußen, hieß "Deutscher Kaiser" und nicht etwa "Kaiser von Deutschland".
Die Stimmenanteile der Bundesstaaten im Bundesrat, der freilich von Preußen dominiert wurde (17 von 58 Stimmen; zum Vergleich: Bayern sechs Stimmen, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen, Hessen und Baden je zwei Stimmen) waren wie heute schon nach der Bevölkerungszahl gegliedert (Artikel 6 Satz 1 RV; Artikel 51 Absatz 2 GG) und konnten nur einheitlich abgegeben werden (Artikel 6 Satz 2 RV; Artikel 51 Absatz 3 GG).
Im Hinblick auf die Gesetzgebung galt der Satz "Bundesrecht bricht Landesrecht" (Artikel 1 Satz 2 RV; Artikel 31 GG), freilich nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetzgebungskompetenzen des Reiches (Artikel 4 RV), die sehr viel enger umschränkt waren als heute die ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Reichsgesetze kamen durch Mehrheitsentscheidung sowohl im Bundesrat wie auch im Reichstag zustande, wobei es auch im Reichstag stets die Mehrheit der gesetzlichen und nicht wie heute in der Regel nur der anwesenden Mitglieder sein mußte.
Im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung kannte man noch nicht die heutige Unterscheidung zwischen Zustimmungs- und Einspruchsgesetzen, was sich zwanglos aus dem eben noch recht übersichtlichen Katalog der Bundeskompetenzen erklärt.

Besonders auffällig ist aus heutiger Sicht neben der Mehrheitsregel im Reichstag auch der Umstand, daß die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausschüsse nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat gebildet wurden.
Dieser war also eine Art "exekutivisches Arbeitsparlament". Die arbeitsparlamentarische Arbeitsweise - Entwicklung der Gesetzgebung in Ausschüssen, Mehrheit bloß der Anwesenden im Plenum, weil die Mehrheitslage aufgrund der Vorarbeiten feststeht und die Verabschiedung eines Gesetzes in dritter Lesung letztlich meist symbolisch ist - ist seit 1949 diejenige des Deutschen Bundestages.
Das Gesetzesinitiativrecht lag sowohl beim Bundesrat (Artikel 7 Absatz 1 RV) wie beim Reichstag (Artikel 23 RV), wobei Initiativen des Bundesrates zunächst deutlich überwogen.
Denn man darf sich den Bundesrat nicht einfach als Vorgänger des heutigen Bundesrates des Bonner Grundgesetzes vorstellen.
Vielmehr war der Bundesrat des Kaiserreiches, dem der Reichskanzler vorsaß und dessen Geschäfte er leitete (Artikel 15 RV), Ländervertretung und "Bundesregierung" zugleich, wobei die Regierungsfunktion des Bundesrates als dessen "Präsidium" bezeichnet wurde (Artikel 11 Absatz 1 RV) und nominell dem Kaiser, in der Sache jedoch dem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zustand, der die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit gegenzeichnen mußte (Artikel 17 Satz 2 RV). Die Gesetzesinitiativtätigkeit des Bundesrates entsprach also eher der der Bundesregierung heute und nicht so sehr der des Bundesrates, die es nach wie vor gibt. …
Die gewählten Mitglieder des Reichstages waren "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" (Artikel 29 RV). Der Reichstag tagte stets öffentlich, seine Mitglieder genossen Immunität und Indemnität (Artikel 30 RV).
Da aber der Reichskanzler dem Reichstag nicht politisch verantwortlich war und von diesem nicht entlassen werden konnte, sondern nur vom Kaiser, ist das Deutsche Reich Bismarcks im Ergebnis ein konstitutionelles und kein parlamentarisches Regierungssystem gewesen - anders als etwa zeitgleich Großbritannien. Aber ein einigermaßen stabiles Regierungssystem war in Deutschland eben wohl auch nur auf konstitutioneller statt auf parlamentarischer Basis möglich, da es, wie schon Max Weber auffiel, an einem etablierten und starken Parteiensystem fehlte, in dem politische Parteien jeweils eine eigene Elite hervorbrachten.
Die deutschen Eliten bildeten sich eher an den Universitäten, in der Beamtenschaft oder auch dem Offizierkorps. Die Voraussetzungen waren eben ganz andere als in Großbritannien, und die mal instabilen, mal chaotischen französischen Verhältnisse konnten erst recht kein Vorbild sein.
Im übrigen fällt auf, daß dieselben Historiker, die es Bismarck zum Vorwurf machen wollen, kein wirklich parlamentarisches System errichtet zu haben, heute gegen die zügige Verdrängung der nationalen Parlamentarismen Europas zugunsten einer gemeineuropäischen Brüsseler Exekutivlegislative seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und erst recht dem Vertrag von Lissabon (2008) nichts einzuwenden haben, sondern diese nun wieder als demokratischen Fortschritt begrüßen.

Das bestorganisierte Land der Welt

Wie dem auch sei: Das Deutsche Reich von 1871 war rasch nicht nur in naturwissenschaftlicher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt: Krankenversicherung für Arbeiter 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, das Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung 1889, später dann die Reichsversicherungsordnung 1911 und das Versicherungsgesetz für Angestellte, ebenfalls 1911.
Vor allem Briten und Franzosen platzten schier vor Neid auf diese sozialpolitischen Errungenschaften, die ja gesellschaftliche Stabilität und breite Akzeptanz des Staates auch in proletarischen Kreisen sichern halfen, aber sie konnten nichts Vergleichbares einführen, ihre Pro-

duktivität gab es nicht her.
Auf dem Gebiet der Rechtspolitik und der modernen Verwaltung wurden im Bismarckreich durch Modernisierung diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen gelegt, die nicht nur den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreichs ermöglichten, sondern vielfach bis auf den heutigen Tag - natürlich in modernisierter Form - in Kraft sind und die außerdem, damals noch sehr nah am Original, später dann auch noch das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland mit bewirken halfen.
Das gilt für das Gesetz über den Bundeshaushalt und den Rechnungshof von 1867, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen und die Gewerbeordnung, beide von 1869, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, die 1877 erlassene Zivilprozeßordnung, das Strafgesetzbuch von 1871 und die Strafprozeßordnung aus dem Jahr 1879, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb von 1896, das Zwangsversteigerungsgesetz aus dem Jahr 1900 und das Pressegesetz von 1874.
Die moderne Staatlichkeit in Deutschland, die herkömmliche Überlegenheit deutscher Organisation und der Verwaltung in Europa, kommt eigentlich von diesen Gesetzen her, und die Gesetze stammten eben zugleich vom Bundesrat, der bis 1890 von Bismarck dominiert wurde, und vom Reichstag, der eigentlich auf Bismarck pfiff. Und dies zeigte sich nicht nur in Budgetfragen.
Denn der Höhepunkt der Gesetzgebungsaktivitäten, die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1. Januar 1900 - nach jahrelanger Vorbereitung seit den 1870er Jahren - ging nicht etwa auf eine Initiative der Reichsleitung zurück, sondern wurde letztlich vom Reichstag ertrotzt. Es gilt bis heute und wurde durch die Schuldrechtsreform von 2002, die unter anderem der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben dienen sollte, keineswegs besser.
Ob die Deutschen, wie sie heimlich - oder auch unheimlich - und zumal aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit den französischen Nachbarn immer befürchtet haben, ohne die Reichsgründung wirklich früher oder später zu den "Indianern Europas" geworden wären, das können wir nicht wissen. Wir wissen aber heute, daß die Reichsgründung von 1871 ein Glück und vor allem ein großer Fortschritt gewesen ist.
Auf die föderalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Traditionen der Reichsverfassung, die ihrerseits auf die Entwicklungen im Norddeutschen Bund zurückgegriffen hatten, wurde auch die Bonner Republik von 1949 überhaupt erst gegründet. In China heißt Deutschland bekanntlich "das Land der Tugend".
So einen internationalen Status würde die heutige Bundesrepublik, trotz täglich emsigen Bemühens um westliche Werte und Abkehr von allen Sonderwegen, wohl nicht mehr erlangen. Obwohl es ganz Europa die Infrastruktur zahlt, in Afghanistan Brunnen bohrt und Mädchenschulen baut und Millionen von Asylbewerbern aufnimmt. Demgegenüber war das Bismarckreich von 1871 im Gepräge seiner Verfassung für die damalige Welt, nicht nur für China, ganz selbstverständlich: das bestorganisierte und fortschrittlichste Land der Welt.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges (1870/71) war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I. zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.
Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.
Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der

dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämter, die von Staatssekretären geleitet wurden (Konstitutionelle Monarchie).
Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmenzahl (58), die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. Der Reichstag umfaßte auch die Vertreter des ganzen Zollvereins und schuf die Zollgrenze.
Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.
... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.
Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<
Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhafte Zustimmung. ...
Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.
Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<
Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtet später (im März 2021) über die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/…): >>**"Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!"**
…Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik entweder handelndes Subjekt oder duldendes Objekt ist.
Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.
Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte,

immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.
Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

Nationalkrieg und nationale Einheit

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.
Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte, daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.
Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.
Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.
Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.
Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.
Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.
Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons." So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar.
Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging. Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die französische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.
Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.
Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Baltendeutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt. Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:
"Ein Wermutstropfen nur Ein bittrer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stutzen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."
Angesichts der zentralen Bedeutung, den die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde. Eine Interpretation, der der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.
Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle. Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.
Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

Der Weg in das neue Deutschland

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat,

das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.
Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.
Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bildeten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.
Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.
Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.
Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitterung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.
Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstädterung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.
Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine beschränkte.
Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individuellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.
In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.

Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.
Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Reiches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.
Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.
Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.
Diese Karriere wirkte umso erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.
Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.
Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden technische Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frankreich mit 2,1 Giga-Wattstunden.
Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.
Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbri-

tannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken … ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.

Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)

Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.

Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.

Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.

Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

Der falsche Krieg und seine Folgen

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfing.

Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager" in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation gelungen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.

Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt,

was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.
Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.
Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germanophoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.
Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".
Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.
… Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyranneien zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 25. September 2023) über die Gründung des Deutschen Reiches: >>**Bismarck: Der eiserne Schmied des Reiches**
Von *Jan von Flocken*
Bismarck auf einem Porträt von Franz von Lenbach (1836-1904). Der Reichsgründer wird heute wegen seiner Kolonialpolitik gerne als Unperson dargestellt. Doch war er wirklich ein Imperialist?
Es war ein Geniestreich, aber auch ein Drahtseilakt: Mit viel Herzblut, Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick ließ Otto von Bismarck der Deutschen Traum vom Reiche Wirklichkeit werden. Wir würdigen den wahren Kanzler der Einheit mit einer prachtvollen Silbermünze in unserer neuen Prägeserie "Deutsche Helden". Des Reiches Herrlichkeit!
Im Herbst 1870 hatten deutsche Heere das französische Kaiserreich von Napoleon III. besiegt, aber der Kampf gegen die nun bestehende Republik Frankreich ging weiter. Während der vergangenen Kriegsmonate fanden Soldaten aus sämtlichen deutschen Ländern kameradschaftlich zueinander.
Preußens Kanzler Otto von Bismarck sah den Zeitpunkt für sein großes Ziel, die Einheit Deutschlands, gekommen. "Paris lieferte mit unglaublichem Leichtsinn die ersehnte Gelegenheit. Bismarck brauchte nur zuzugreifen und die Aufwallung des deutschen Nationalgefühls in die Form des geeinten Reiches zu gießen", meint der französische Geschichtsschreiber

Georges Roux.

Ein Bund als Grundlage

Schon 1867 war in Gestalt des Norddeutschen Bundes ein erster Schritt hierzu unternommen worden. Diese Union aus 22 deutschen Einzelstaaten stand unter der Präsidentschaft des Königs von Preußen, Wilhelm I., der seit 1861 regierte. Als Flagge führte der Bund die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Dabei symbolisierte Schwarz-Rot die traditionellen Farben der Brandenburg-preußischen Hohenzollern, während Weiß-Rot das Signum der norddeutschen Hansestädte bildete.

Nun, Ende 1870, in der Hochstimmung des Sieges über den französischen Erbfeind, galt es, auch die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hessen in die Gemeinschaft eines Deutschen Reiches zu führen. In Baden und Hessen gab es keinerlei Schwierigkeiten zu überwinden - Bevölkerung, Parlament und Monarchen waren schnell zur Einigung bereit. Die Einheit drohte nur noch an der Haltung Bayerns zu scheitern. König Ludwig II. verabscheute alles Preußische, und ihm schien der Gedanke unerträglich, sein Land unter die Botmäßigkeit der Berliner Politik zu stellen.

Zähe Diskussionen folgten, während derer Bismarck viele Zugeständnisse an den Bundesgenossen in spe machte. Bayern sollte seine diplomatischen Vertretungen behalten, seine eigene Eisenbahn- und Postverwaltung, das eigenständige Heer in Friedenszeiten, juristische und finanzielle Autonomie.

Diese Bedingungen wurden endlich vom bayerischen Gesandten Otto Graf Bray-Steinburg am 23. November 1870 angenommen. Zumal Bismarck mit der ihm eigenen Ironie noch versichert hatte, für seine Berliner parlamentarischen Kneipabende das Bier künftig nur aus bayerischen Brauereien zu beziehen. Jetzt ging es an die heikle Aufgabe, Ludwig II. zu überzeugen, daß er den König von Preußen zur Annahme der Kaiserkrone aufforderte.

Der Eiserne Kanzler wandte sich an den in Versailles anwesenden Vertrauten und Oberstallmeister des Bayernkönigs, Maximilian Graf von Holnstein. Der "übernahm auf meine Bitte in dem Augenblick, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms zu scheitern drohte, die Überbringung eines Schreibens von mir an seinen Herrn, das ich, um die Beförderung nicht zu verzögern, sofort an einem abgedeckten Eßtische auf durchschlagendem Papier mit widerstrebender Tinte schrieb", so Bismarck in seinen Erinnerungen.

Was er tunlich verschwieg war die Ausnutzung eines Schwachpunktes von Ludwig - seine ungezügelte Baulust, die kaum noch zu bezahlen war. Also versprach Bismarck dem sogenannten Märchenkönig eine jährliche Zahlung von 300.000 Goldmark zur freien Verfügung.

Für das deutsche Vaterland

Holnstein traf am Vormittag des 30. November in Schloß Hohenschwangau ein. Doch Ludwig legte sich mit Zahnleiden zu Bett und weigerte sich, irgendjemanden zu empfangen. "Zahnschmerzen und Kopfschmerzen dienten ihm abwechselnd als Vorwand, sich vor der Erfüllung unliebsamer Pflichten zu drücken", schreibt sein Biograf Wilfried Blunt.

Sechs Stunden mußte Holnstein warten, bis er endlich zum König vorgelassen wurde. Der schrieb dann nach langen Diskussionen den von Bismarck im Wesentlichen vorgefaßten "Kaiserbrief" an alle deutschen Monarchen. Darin hieß es:

"Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Euer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde."

Er habe sich dazu "in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde."

Bayern trat daraufhin dem Norddeutschen Bund bei. Am 9. Dezember änderte der norddeutsche Reichstag den Namen des nunmehr erweiterten Staatenbundes in "Deutsches Reich".

Doch nun erhob sich Widerstand von einer Seite, die man kaum erwartet hatte: Wilhelm I. Der 73-jährige, eher unkomplizierte und friedfertige Herr war Preuße durch und durch. Der Idee eines vereinten Deutschland konnte er nur wenig abgewinnen.
Besonders empörte ihn, daß sein künftiger Titel nicht "Kaiser von Deutschland", sondern nur "Deutscher Kaiser" lauten sollte. In einer heute wenig verständlichen, aber treffenden Metapher fragte er Bismarck ärgerlich: "Was soll mir der Charaktermajor?" Im preußischen Heer war es üblich, jenen Offizieren, die es bei guter Führung nur bis zum Rang eines Hauptmanns gebracht hatten, nach ihrer Verabschiedung aus dem aktiven Dienst den "Charakter" des nächsthöheren Dienstgrades Major zu verleihen. Wilhelm meinte mit "Charaktermajor" also eine nur formelle Beförderung ohne Machtbefugnisse.

Bismarck kämpft um das Reich

Vergebens versuchten Bismarck und Preußens Kronprinz (nach anfänglicher Skepsis ein enthusiastischer Fürsprecher der deutschen Einheit), Wilhelm umzustimmen. Er erinnerte daran, daß schon sein verstorbener Bruder Friedrich Wilhelm IV. 1849 die ihm vom Parlament angebotene Kaiserkrone abgelehnt habe. Es spielten sich turbulente Szenen ab. Bismarck wies darauf hin, "daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nicht preußischen Gebiete einschließe, den die Fürsten niemals zu billigen bereit wären".
Der Eiserne Kanzler wandte alle möglichen Kniffe der Überredung an, so etwa das Argument, Friedrich der Große habe auf seine Talermünzen "rex Borussorum" (der Preußen König) und nicht "rex Borussiae" (König von Preußen) prägen lassen. Wilhelm blieb indes jedoch weiterhin stur.
Mitten in diese enervierenden Debatten platzte eine Hiobsbotschaft aus München. Bayerns Kriegsminister Siegmund Freiherr von Pranckh ließ wissen, falls beabsichtigt sei, im künftigen deutschen Reichsheer die bayerischen Soldaten statt ihres traditionellen Raupenhelms mit der preußischen Pickelhaube zu uniformieren, werde König Ludwig seine Unterschrift unter den Kaiserbrief zurückziehen. Bismarck notierte voll ohnmächtiger Wut:
"Es ist eine Zeit, da der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt."
Das Problem mit dem Raupenhelm wurde zügig gelöst (die Bayern durften ihn noch bis in die 1880er Jahre behalten), nicht aber das Problem König Wilhelm.
Er drohte sogar mit Abdankung. Schließlich wandte sich Bismarck an den Großherzog Friedrich I. von Baden. Er war der Rangälteste aller in Versailles anwesenden Fürsten und zudem Schwiegersohn Wilhelms.
Während der bevorstehenden Proklamation sollte er das erste Hoch auf den Kaiser ausbringen. Dem Badener gelang tatsächlich das Kunststück, Wilhelm I. zu überreden - überzeugen konnte er ihn nicht -, die Krone anzunehmen. Noch am Tag vor der entscheidenden Zeremonie machte er seinem Unmut Luft:
"Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens. Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. Und daran sind Sie, Graf Bismarck, schuld!"
So nahm das Schicksal seinen Lauf. Am 18. Januar 1871 marschierten deutsche Truppen in Paradeuniform hinter Spielmannszügen vor dem Schloß Versailles auf. Das Datum war gewählt worden, weil an diesem Tage 1701 der erste preußische König Friedrich I. in Königsberg gekrönt worden war. Aber warum ausgerechnet in Versailles? Wurde damit nicht Frankreich auf unerhörte Weise brüskiert?
Die Gründe sind praktischer Natur. Man wollte die Hochstimmung der Deutschen nicht verstreichen lassen, deshalb drängte die Zeit; der Krieg war noch nicht beendet, und das Hauptquartier der deutschen Heere lag eben in Versailles.
Am 18.1.1871 wird im Spiegelsaal des Schloßes von Versailles das deutsche Kaiserreich proklamiert.

Um 12 Uhr erklang ein Trommelwirbel, ein kurzes Kommando hallte durch den Saal. Der König von Preußen trat ein, gefolgt von mehreren deutschen Fürsten, Prinzen und Generalen. Er bestieg die kleine Empore, ihm zur Rechten stellte sich Kronprinz Friedrich Wilhelm auf, ihm zur Linken Otto von Bismarck.
Sämtliche Anwesenden trugen Uniform. Nach der Rede des Hofpredigers Bernhard Rogge ertönte der Choral "Großer Gott, wir loben Dich". Wilhelm I. dankte in einer kurzen Ansprache den Repräsentanten der deutschen Einzelstaaten, die ihm den Titel eines Kaisers angetragen hatten und erklärte, daß er ihn pflichtgemäß annehme.
Dann verlas der Kanzler die Kaiserproklamation. Darin wurde die Hoffnung ausgedrückt, "daß es der Deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegen zuführen.
Dann erklärte Bismarck feierlich:
"Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren und die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen ... Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gaben des Friedens, auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."
Großherzog Friedrich von Baden rief hernach: "Seine kaiserliche und königliche Majestät, Kaiser Wilhelm I. lebe hoch!" Das Deutsche Reich war somit auch de facto gegründet, und der 18. Januar wurde ab 1896 Nationalfeiertag. Ein politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktor ersten Ranges war entstanden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (im Oktober 2023) über die Gründung des Deutschen Reiches: >>**Zweites Deutsches Reich: Bismarcks Titanenwerk**
Von *Karel Meissner* und *Daniell Pföhringer*
Was der große Otto von Bismarck 1871 mit der Gründung des Zweiten Deutschen Reichs vollbrachte, ist im wahrsten Sinne des Wortes titanisch. …
Am 18. Januar 1871 erfolgte die Gründung eines neuen Deutschen Reiches. Wie neun Jahrhunderte zuvor brachte erneut ein großer Deutscher mit Namen Otto das titanische Werk zustande. War es einstmals Otto I., deutscher König und Kaiser des Heiligen Reiches, der sich gegen den Widerstand heimischer Separatisten und fremder Imperialisten durchzusetzen vermochte, so konnte Deutschland nun durch Otto von Bismarck wiedererstehen.
Geniestreiche!
Das Wirken des hochgewachsenen, breitschultrigen Mannes mit dem mächtigen Charakterschädel versetzt auch heute noch in Staunen. Wie der Zimmermann des Deutschen Reiches den Zaren zur wohlwollenden Neutralität bewegte, ohne die es nicht zur neuen Reichsgründung hätte kommen können! Wie er durch den Versöhnungsfrieden mit Österreich Habsburg für seine Pläne einnehmen konnte! Wie er Widerstände querköpfiger deutscher und parteihadernder deutscher Parlamentarier überwand! Wie er den in Nostalgie der Wiederherstellung französischer Imperialherrschaft in Europa schwelgenden Napoleon III. ausschaltete! Jeder dieser Leistungen Bismarcks für sich alleingenommen: ein Geniestreich!
Die Gründung des Zweiten Deutschen Reiches war Sache des Volkes, der Fürsten und der Soldaten. Im Namen der Abgeordneten des deutschen Volkes trug Eduard von Simson, ein deutscher Patriot jüdischer Herkunft, dem Preußenkönig Wilhelm die Kaiserkrone an. Simson hatte bereits 22 Jahre zuvor die Kaiserdeputation geleitet, die vergeblich versuchte, Preußens Friedrich Wilhelm IV. zur Übernahme der deutschen Staatsführung zu bewegen.
Im Namen der deutschen Fürsten ersuchte Bayerns König Ludwig II. den preußischen König Wilhelm im Dezember 1870, Majestät des erneuerten Reiches zu werden. Den auf Eigenstän-

digkeit bedachten und vielem Irdischen durch ausgeprägte Kunstinnigkeit entrückten Ludwig zu diesem Schritt zu bewegen, hatte Bismarck nicht nur Nerven gekostet.
Der Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles, dem Hauptquartier des französischen Imperialismus, vorausgegangen war der deutsche Waffengang gegen Napoleon III. Dieser hätte ruhelos für eine Renaissance der von seinem Oheim Napoleon I geschaffenen europäischen Ordnung unter französischer Herrschaft gewirkt und sich als nimmermüder Intrigant gegen deutsches Erstarken betätigt. Der durch Napoleons III. stete Provokation ausgelöste Deutsch-Französische Krieg 1870/71 brachte das deutsche Eisen zum Erglühen, so daß es von Bismarck zum neuen Reich geschmiedet werden könnte.
Bei aller Freude über die Reichsgründung empfanden es die nationalen Kräfte als bitter, daß das neue Reich die Deutschen der Habsburgermonarchie aussperrte. Den von Wien aus regierten Vielvölkerstaat in den neuen Nationalstaat der Deutschen einzufügen, erwies sich als unmöglich.

Enger Schulterschluß

Bismarck, der zeitweise mit dem Gedanken an eine Konföderation mit Österreich spielte, schuf durch den Zweibund immerhin einen engen Schulterschluß von Reichsdeutschen und Österreich-Deutschen. Für die Majestät auf dem Wiener Thron, Kaiser Franz Joseph, gab es ohnehin keinen Zweifel an seiner deutschen Bestimmung: "Ich bin ein deutscher Fürst."
Die alten Reichslande Elsaß und Lothringen kehrten 1871 nach Deutschland zurück. Sie waren in den Jahrhunderten zuvor vom französischen Imperialismus dem Deutschen Reich entrissen worden. Bismarck war kein Freund der Heimholung Elsaß-Lothringens. Ihm schwante, daß dadurch Frankreichs Revanchegelüste angestachelt werden würden.
Deutschland ging mit dem besiegten Frankreich, wie auch 1815 und 1940, sehr viel maßvoller um als Paris das besiegte Deutschland zu behandelt pflegte, zum Beispiel bei den Friedensschlüssen nach dem Dreißigjährigen Krieg, nach Ludwig XIV. und Napoleons I. Raubzügen oder 1945.
Die Jahrzehnte vor der Reichsgründung 1871 waren gekennzeichnet vom erbitterten Ringen um Einheit und Freiheit des deutschen Volkes.
Die vom Wiener Kongreß verfügte 38-fache Spaltung des Vaterlandes hatte die nationalen Kräfte auf den Plan gerufen. Sie stritten unermüdlich für die Überwindung der Teilung und wurden deshalb von separatistischen Herrschenden brutal verfolgt. Nationale Aktivisten wurden hingerichtet und zusammengeschossen.
Sie mußten für viele Jahre in den Kerker, man belegte sie mit Berufsverboten, vernichtete ihre Existenz. Zahlreiche Nationalfreiheitliche mußten den Weg ins Exil antreten, Dennoch gaben die Nationalen nicht auf. Sie ließen die Glut der nationalen Idee glimmen, aus der 1870/71 schließlich die Flamme entfacht werden konnte.
Das Jahr 1848 hatte einen ehrenwerten Versuch gezeitigt, ein nationales und demokratisches Reich zu schaffen. Aus freien Wahlen im gesamten deutschen Gebiet, einschließlich der deutschbesiedelten Teile der Habsburgermonarchie, ging eine Deutsche Nationalversammlung hervor. Sie tagte in der alten Reichsstadt Frankfurt am Main, dem Krönungsort deutscher Majestäten des Heiligen Reiches.
Bei allem sonstigen harten politischen Streit waren sich alle Parteien im Grundsatz einig über die deutsche Einheit. Die allgemeine Gesinnung war großdeutsch, das heißt auf den Zusammenschluß aller Deutschen des mitteleuropäischen Siedlungsgebietes gerichtet.

Deutsch als einigendes Band

Die Deutsche Nationalversammlung wählte Österreichs Erzherzog Johann zum Staatsoberhaupt mit dem Titel eines Reichsverwesers, also Verwalters. Er sollte das einigende Band um Deutschland knüpfen. Doch auch dem der deutschen Seite vollends verpflichteten Johann gelang es nicht, den Zusammenschluß aller Deutschen zu verwirklichen.

Schließlich gewannen die "Kleindeutschen" das Übergewicht. Meistens waren auch die für den großdeutschen Gedanken, doch erkannten sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung in jener Epoche. Deshalb wollten sie zumindest das Deutsche Reich unter Führung des größten Teilstaates, Preußen, aber notgedrungenerweise ohne die Deutschen in Österreich.
Die nationalfreiheitliche Reichsverfassung wurde erarbeitet und am 27./28. März 1849 vom Frankfurter Parlament angenommen. Auch gelang es, die Zustimmung der Mehrzahl der deutschen Teilstaaten einzuholen; eine beachtliche Leistung, bedenkt man die traditionelle deutsche Eigenbrötelei. Die deutsche Nationalbewegung hatte die Teilstaatfürsten mächtig unter Druck gesetzt.
Die Deutschen Nationalversammlung in der altehrwürdigen Frankfurter Paulskirche wählte Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum erblichen Kaiser des neuen Reiches. Der preußische Monarch jedoch winkte ab. Die Kaiserwürde vom Parlament zu empfangen und nicht etwa von seinesgleichen, den deutschen Fürsten, erschien ihm als unannehmbar. Auch argwöhnte der König, wohl nicht zu Unrecht, daß es zum militärischen Eingreifen feindlicher Nachbar, allen voran Frankreichs, kommen würde, wofür das neue Reich nicht gewappnet gewesen wäre.

Rückschläge gehören dazu

Hinzu kam, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht die Größe eines Ottos I. oder eines Friedrichs II. von Preußen aufwies, die in vergleichbarer Lage den Saum des göttlichen Mantels tatkräftig ergriffen hätten, um ein Wort Bismarcks zu zitieren. Der Mann auf Preußen Thron schwankte zwischen nationalem Hurra und Schießbefehl gegen die nationale Bewegung. Die Kaiserdeputation jedenfalls hatte ihr Ziel nicht erreicht. Die Nationalversammlung mußte sich auf Druck der Herrschenden auflösen.
Wenn auch das erste gesamtdeutsche Parlament in seinem Grundanliegen gescheitert war, belebte es dennoch entscheidend das nationalfreiheitliche Gedankengut in Deutschland und schuf mit seiner Verfassung ein heute noch vorbildliches Grundgesetz. Deutschland Kampf um Einheit und Freiheit hatte einen schmerzhaften Stoß, nicht jedoch den Todesstreich empfangen.
Versuche, das einige und freie deutsche Vaterland auf der Straße zu erzwingen, durch Erhebungen und deutsche Revolutionen der Jahre 1848/49, endeten im Kugelhagel der Truppen Mächtiger; auch in Berlin und Wien.
Die vielfache Spaltung Deutschlands nach dem Wiener Kongreß 1815 brachte nicht nur die Unterdrückung demokratischer und nationaler Bestrebungen. Sie bescherte Deutschland auch gesellschaftlichen und kulturellen Rückschritt, biedermeierliche Verödung. Zudem wurde Deutschlands Wirtschaftskraft geschmälert. Während andere europäische Mächte industriell zur Weltgeltung durchbrachen und den Handel auf den Meeren des Erdballs beherrschten, mußten in Deutschland auf dem Weg von der Nordseeküste bis zu den Alpen Dutzende Zollhürden genommen werden.

Überwindung der Teilungsgrenzen

Als Vordenker eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes erwarb sich der Nationalökonom Friedrich List große Verdienste. In den 1820er Jahren kam es zu ersten Zollvereinigungen in Deutschland. Bayern und Württemberg beseitigten die Schranken, siebzehn deutsche Staaten, darunter Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Braunschweig und Bremen, fanden sich 1828 zum Mitteldeutschen Handelsverein zusammen. Die Abschaffung der Binnenzölle war bereits in den Befreiungskriegen vom Feldherrn vom Stein gefördert worden.
Der bedeutendste Schritt zur ökonomischen Überwindung der innerdeutschen Teilungsgrenzen erfolgte 1834 durch die Gründung des Zollvereins - unter maßgeblicher Beteiligung Preußens. Die war vor allem das Werk des preußischen Finanzministers Motz und seines Nachfolgers Maaßen. Österreichs Handels- und Finanzminister Bruck strebte 1849 ohne Erfolg einen

Großdeutschen Zollverein an. In den Grenzen des späteren Bismarck-Reiches jedoch konnte sich allmählich eine deutsche Nationalwirtschaft bilden.
Doch weder das unermüdliche Wirken der Nationalgesinnten noch die wirtschaftlichen Erfordernisse allein hätten ausgereicht, das neue Deutsche Reich zu begründen. Es bedurfte des Eingreifens der deutschen Jahrtausendpersönlichkeit Otto von Bismarck.
Das Treiben deutsche Separatisten sowie die ständige Einmischung auswärtiger Machthaber in deutsche Belange hatte Bismarck als preußischer Gesandter beim Deutschen Bundestag, dem schwachen Organ des Deutschen Bundes, beobachten können. Auch wußte er ganz genau, wie man in Sankt Petersburg, dem Machtzentrum Rußlands, in Paris und in Wien über Deutschlands Einheit dachte.
Preußens König Wilhelm, der Sohn der trefflichen Königin Luise, ernannte Bismarck zum Ministerpräsidenten. Überhaupt muß man es dem ehrwürdigen Wilhelm hoch anrechnen, daß er dem genialen Bismarck weitgehend freie Hand ließ.
1864 konnte er in einer gesamtdeutschen Anstrengung, unter Beteiligung von preußischen wie österreichischen Truppen, verhindert werden, daß Schleswig-Holstein endgültig unter dänische Herrschaft fiel.

"Wir sind doch alles Deutsche"

1866 folgte die bewaffnete Auseinandersetzung Preußens mit Österreich, die darüber entscheiden mußte, wer im deutschen Gebiet nördlich des Habsburgerreiches das Sagen hat. Auf den Schlachtfeldern verbluteten Deutsche auf beiden Seiten der Front. "Wir sind doch alles Deutsche", rief der preußische General Hiller von Gärtringen auf dem Schlachtfeld von Königgrätz aus, einen zu Tode verwundeten österreichischen General umarmend.
Bismarck setzte nach dem Sieg über Österreich einen Versöhnungsfrieden durch - gegen heftigen Widerstand einflußreicher Kräfte, die den Triumph weidlich ausnutzen wollten. Doch Bismarck dachte nicht nur ans Heute, sondern auch ans Morgen und Übermorgen.
Österreich schied nach dem Deutschen Bund aus und erkannte dessen Auflösung an. Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt am Main wurden preußisch. Der Friede brachte den Zusammenschluß der nördlich vom Main gelegenen deutschen Staaten unter Führung Preußens sowie ein Schutz- und Trutzbündnis Norddeutschlands mit Süddeutschland.
Nun fühlte Napoleon III. seine Zeit gekommen. Er wollte sich dem Rad der Geschichte in die Naben werfen, scheiterte aber an der deutschen Kampfkraft. Es kam zur Sternstunde der deutschen Geschichte, zur Gründung des Zweiten deutschen Reiches 1871.<<
Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.
Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl.
Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.
Daß die deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.

Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Deutschen nach dem Sieg gegen Frankreich (x233/100): >>Bismarck und Moltke, Moltke und Bismarck waren in aller Munde. In der Schule sangen wir "Die Wacht am Rhein", der alte Brendel selbst war festlich erregt. ... Er holte sogar in jeder Gesangstunde seine Schulmeistergeige hervor, was er früher nie getan hatte. Sozusagen mit Ächzen und Krächzen verjüngte er sich.

Zwar noch immer fielen die Worte: Ihr Bösewichter! Du Bösewicht!, aber dann hörte man ihn auch wohl hinausseufzen: Kinder, es ist eine große gewaltige Zeit! - ...

Die Bismarckverehrung meines Vaters ... war rückhaltlos, hatte er doch seine eigenen, vielfach zurückgestellten und verborgen gehaltenen Ideale von 1848 verwirklicht. ... In Bismarcks Größe und Erfolg lag meines Vaters Erfolg, Sieg und Rechtfertigung. ...

Für Deutschland hatte die Kaiserkrönung in Versailles den Wert eines Schöpfungsakts. Es kam über unser Volk ein Bewußtsein von sich selbst.

Es hatte eine Reihe großer Männer, mit Bismarck an der Spitze, hervorgerufen, auf denen die Augen der Welt mit Staunen und Grauen, vor allem jedoch mit Bewunderung ruhten. Der Stolz auf sie, auf ihre Siege, die Siege des Volkes, teilte sich jedem, auch mir kleinem Jungen mit und ich stand nicht an, meinem Blute einen Anteil, ein Mitverdienst an solchen Erfolgen zuzuschreiben. ...<<

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß-Lothringen verfügte damals über eine gut ausgebaute, moderne Bergbau- und Textilindustrie.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Johann Jacoby (1805-1877, Arzt und Politiker, von 1863-70 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, gründet 1867 die Tageszeitung "Die Zukunft" und unterstützt ab 1868 die Arbeiterbewegung, seit 1872 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später wegen seiner politischen Schriften des Hochverrats angeklagt, aber schließlich freigesprochen) lehnt damals die Annexion Elsaß-Lothringens entschieden ab (x239/145): >>Kaum ist von Berlin die Parole ausgegangen, und schon sehen wir, wie aller Orten – in der Presse, in Versammlungen, in Adressen – ein tausendstimmiger Chor sich erhebt, die Annexion von Elsaß und Lothringen zu verlangen.

Vor wenigen Tagen war es noch ein Verteidigungskrieg, den wir führten, ... und heute ... ist es ein Eroberungskrieg, ein Kampf für die Oberherrschaft der germanischen Rasse in Europa! ...

Elsaß und Lothringen - sagt man – waren deutsches "Eigentum" und müssen wieder deutsch

werden!
Wie, - fragen wir - ... sind etwa die Bewohner dieser Länder ... durch den Krieg rechtlos – sind sie Sklaven geworden? ...
... Halten wir fest an den Grundsätzen des Rechts! ... Sprechen wir es aus, ... daß jede Einverleibung fremden Ländergebiets wider den Willen seiner Bewohner eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker – und daher ebenso verwerflich wie verderblich ist. ...
Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert. ...<<
Der deutsche Dichter Theodor Fontane berichtet im Jahre 1871 über ein Gespräch mit einem Lothringer (x233/101): >>Wir stießen nun an "auf gute Zeiten". ...
Ich sprach dann, halb scherzhaft von den Zeiten, wo ... sein ältester Sohn in der Berliner Garde dienen würde. Im ganzen Land werde man sich bald davon überzeugen, daß man gar keinen so üblen Tausch gemacht habe und daß die deutschen Regierungen im Gegensatz zu den französischen ... ein Gewissen besäßen.
Er hörte mir aufmerksam zu und sagte dann: "Wir wissen wohl, eure Regierung ist gerecht, das ist viel; aber wir sind Franzosen, alle unsere Gefühle gehören Frankreich, und – deutsch werden, niemals!" ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Elsaß-Lothringens von 1871-1879 (x805/582-583): >>(Elsaß-Lothringen) ... Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.
Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel.
Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde.
Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ... Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.
Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. Die Gebildeten sehnten die Rückkehr der französischen Herrschaft herbei, besonders die katholische Geistlichkeit wurde die heftigste Gegnerin Deutschlands, seitdem durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht (18. April 1871), durch Beseitigung der Schulbrüder und Schulschwestern aus den Elementarschulen und durch den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes (3. Februar 1873) die Macht des Klerus über die Schule auch in Elsaß-Lothringen gebrochen worden war, gleichzeitig in Frankreich aber die Klerikalen zur Herrschaft zu gelangen Aussicht hatten.
Unter dem Terrorismus des Klerus und der Gebildeten, der durch öffentliche und geheime Mittel (so durch die Flugblätter der Elsässer Liga) ausgeübt wurde, wurde bewirkt, daß die Wohltaten der neuen Verwaltung, die bedeutenden Entschädigungen für Kriegsverluste, die Verringerung der Steuerlast, die Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens, die Abschaffung des Tabakmonopols und dergleichen, gar nicht gewürdigt wurden, dagegen manche notwendige Belästigungen die heftigsten Klagen hervorriefen, so besonders die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausführung der Optionsangelegenheit.
Auf Grund des Frankfurter Friedensvertrages forderte die Regierung 1872 die Bevölkerung auf, sich bis zum 1. Oktober zu erklären, ob sie Franzosen sein wollten. Dies erklärten nun 160.000, aber nur 50.000 wanderten nach Frankreich aus; die übrigen, darunter viele Unerwachsene, beanspruchten die Vorrechte der Fremden, also Befreiung von der Dienstpflicht,

ohne ihren Wohnsitz verlassen zu müssen. Dies wollte natürlich die Regierung nicht gelten lassen; sie behandelte die trotz der Option Zurückbleibenden als Deutsche und verfolgte mit Strenge alle, die ohne Option sich der Militärpflicht entzogen und dann ohne Erlaubnis nach Elsaß-Lothringen zurückkehrten.
Die großen Verdienste, die sich die Regierung durch die Organisation der höheren Schulen und die Errichtung einer Universität in Straßburg 1. Mai 1872 erwarb, fanden selbst bei den Liberalen keinen Beifall, weil die französische Sprache in den Schulen teils abgeschafft, teils beschränkt wurde.
Ja, in den größeren Städten machte sich die Opposition am schärfsten bemerkbar: in Straßburg mußte der Bürgermeister Lauth am 7. April 1873 abgesetzt und acht Tage später der Gemeinderat suspendiert werden, weil sie … (offen gegen die) Regierung opponierten. Ähnliches geschah später in Metz und Kolmar. Von den im August 1873 gewählten Kreis- und Bezirksräten verweigerten so viele den Eid der Treue, den sie dem Kaiser leisten sollten, daß von 22 Kreistagen nur 14, von den 3 Bezirkstagen nur einer beschlußfähig war und eröffnet werden konnte.
So kam es, daß bei den ersten Reichstagswahlen am 1. Februar 1874: 10 Ultramontane und 5 liberale Protestler gewählt wurden. Die 15 elsässischen Deputierten erhoben bei ihrem Eintritt in den Reichstag am 16. Februar 1874 feierlichen Protest gegen die Annexion, und die Protestler nahmen an den Verhandlungen nicht mehr teil. Eine gemäßigtere Haltung zeigten die Kreis- und die Bezirksräte, welche im Sommer 1874 gewählt waren und ruhig und sachgemäß die Geschäfte erledigten. ...
Der Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung zeigte sich bei den beiden Besuchen des Kaisers im September 1876 in Weißenburg und Wörth und im Mai 1877 in Straßburg und Metz, ferner aber in der Bildung einer neuen Partei, der sog. Autonomsten, deren Organ das von Schneegans redigierte "Elsässer Journal" war, und die als letztes Ziel die Regierung des Landes durch das Land selbst im Auge hatten. Bei den zweiten Reichstagswahlen am 10. Januar 1877 eroberten die Autonomsten schon sämtliche unterelsässischen Wahlkreise; die Ultramontanen behielten 6, die Protestler 4.
... Bei den Neuwahlen für den Landesausschuß im Herbst 1879 erlangten die Autonomsten wieder die Majorität, blieben aber an Einfluß weit hinter den Ultramontanen zurück, denen der Statthalter durch Wiedereröffnung des Zillisheimer Seminars entgegenkam.
... Einen Fortschritt in der Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem Reich hatte das seit 1879 herrschende Regiment ... nicht aufzuweisen; die Beamten und die eingewanderten Deutschen aber waren verbittert und entmutigt. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...
Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...
Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.
Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung sowie Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.
In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.
Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrierevieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.
Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nimmt das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.
Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.
Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.
Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftssichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<
Im Jahre 1871 beginnt in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.
Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.
In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<
Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über die Emanzipation der Juden nach Gründung des Deutschen Reiches (x244/389-390): >>... Obwohl die Juden stets starke Kontingente für die Auswanderung nach Nordamerika stellten, nahm ihre Zahl bis 1871 auf 512.000 zu (1,25 % der Bevölkerung), die der österreichischen Juden mit noch stärkerer Wachstumsrate auf 200.000 (1,5 % der Bevölkerung). Dies ging einher mit einer nicht weniger bemerkenswerten Veränderung der Sozialstruktur, namentlich seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts.
Noch 1848 mußten in Preußen rund 65 % und im übrigen Deutschland gar 90 % der Juden ein

Dasein am Rande des Existenzminimums fristen, etwa als Kleinsthändler. Bereits 1874 hatten etwa 60 % der in Deutschland lebenden Juden den Aufstieg in die mittleren und oberen Steuerklassen geschafft.
Natürlich hat auch die nichtjüdische Bevölkerung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Anfänge der Industrialisierung Deutschlands in ähnlicher Weise gespürt. Doch ist unverkennbar, daß die Juden – von der christlichen Umwelt seit vielen Jahrhunderten auf Geldgeschäfte und diverse Formen des Handels beschränkt und eben deshalb mobiler – besonders präpariert waren von der Industrialisierung zu profitieren, von der Vergrößerung und der zunehmenden Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Märkte, von der Intensivierung des Handels, vom Anwachsen des Geldverkehrs und des Kapitalbedarfs, von der Ausbreitung kapitalistischen Wirtschaftens, kurzum von der Modernisierung Deutschlands.
Nach der Gründung des Deutschen Reiches nahmen Industrialisierung und modernisierende Veränderungen ein geradezu dramatisches und – trotz diverser Krisen und Rezessionen - über Jahrzehnte ungebremstes Tempo an. Auch jetzt waren die Juden, als Gruppe, dem Prozeß am besten gewachsen. In Massen strömten sie nun vom Land in die rasch größer werdenden Städte, um die Chancen in neuen Industrien und Dienstleistungszweigen am Schopf zu packen, um Geschäfte aller Art zu gründen und die Möglichkeiten in den expandierenden Banken zu nutzen.
Proletarische jüdische Existenzen sind zwar nicht verschwunden, waren aber nun das Ergebnis jüdischer Einwanderung aus Osteuropa. Die einheimische Judenheit verwandelte sich in Mittelstand, vielfach in wohlhabendes Bürgertum, ja Großbürgertum, und mancher, der bis zur Vollendung der Emanzipation bereits wohlhabend geworden war, konnte in den stürmischen Wachstumsjahren nach der Reichsgründung ein riesiges Vermögen anhäufen. Eine ständig steigende Zahl von Juden machte überdies den Schritt von der Emanzipation zur Assimilation. ...<<
Preußen: Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 ist Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen muß. Vor allem in Preußen entwickelt sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpft Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedroht z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.
Das preußische Staatsministerium fordert am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.
Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1871-1888 (x813/377-379): >>(Preußen) ... Das vom vatikanischen Konzil gebilligte Unfehlbarkeitsdogma gab zu Differenzen zwischen dem römischen Klerus und der preußischen Regierung Anlaß, da diese das Verlangen der Bischöfe, gegen Lehrer, die das Dogma nicht anerkannten, einschreiten, ablehnte und die vom Bischof von Ermland über einen ... Religionslehrer ... in Braunsberg, verhängte Suspension für ungültig erklärte.
Gleichzeitig forderten die Ultramontanen im ersten deutschen Reichstag, daß derselbe sich für

Wiederherstellung des Kirchenstaates ausspreche und die Artikel der preußischen Verfassung über die Freiheit der Kirche in die Reichsverfassung aufnehme.
Die Ablehnung dieses Verlangens durch Bismarck veranlaßte die Ultramontanen zu drohenden Äußerungen, die bewiesen, daß die bisherige Rücksicht gegen die Kirche nur die Herrschsucht und die Anmaßung derselben gesteigert habe, und daß es Zeit sei, ihr entgegenzutreten.
Daher wurde am 8. Juli 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums, welche seit ihrem Bestehen 1841 die Staatsgesetze den Interessen der römischen Kurie bereitwilligst geopfert hatte, aufgehoben und am 22. Januar 1872 Falk an Stelle Mühlers zum Unterrichtsminister ernannt.
Derselbe begann seine gesetzgeberische Tätigkeit mit dem Schulaufsichtsgesetz von 1872, welches alle Schulen der Aufsicht des Staates unterwarf, schloß die Mitglieder geistlicher Orden vom öffentlichen Lehramt aus, beschränkte den polnischen Unterricht und ernannte in den katholischen Provinzen weltliche Schulinspektoren, während zahlreichen katholischen Geistlichen die Schulaufsicht entzogen wurde.
Durch Reichsgesetz wurden die Jesuiten ausgewiesen und 1873 die ersten organischen Gesetze, die sogenannten Maigesetze, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über den Austritt aus der Kirche, die kirchliche Disziplinargewalt, die Errichtung eines Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel erlassen.
1874 folgten die Einführung der Zivilehe und der Zivilstandsregister sowie ein Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer.
Die Bischöfe protestierten auf wiederholten Versammlungen in Fulda gegen diese vom Staat einseitig erlassenen Kirchengesetze und erklärten, sie nicht befolgen zu können. Die ultramontanen Parteiführer nahmen den "Kulturkampf" mit Energie auf, und in Vereinen und in zahlreichen Kaplansblättern, von der Kanzel und im Beichtstuhl wurde das katholische Volk gegen die Regierung, welche ihm den Glauben rauben wolle, aufgehetzt.
Die Geistlichen, welche den Staatsgesetzen zu gehorchen geneigt waren, wurden durch die Presse terrorisiert. Aber auch die Regierung ging energisch vor, ließ den Erzbischof Ledochowski von Posen 1873 wegen Widerstandes gegen die Staatsgesetze verhaften und ihn sowie die meisten anderen Bischöfe absetzen.
Als auch Papst Pius IX. sich einmischte und am 7. August 1873 einen anmaßenden Brief an Kaiser Wilhelm richtete, den dieser am 3. September würdevoll beantwortete, ja sogar am 5. Februar 1875 in einer Enzyklika an die preußischen Bischöfe die preußischen Kirchengesetze für ungültig und den Gehorsam gegen dieselben als ungerechtfertigt erklärte, wurde am 22. April das Gesetz über Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen (das sog. Sperr- oder Brotkorbgesetz) erlassen, Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung aufgehoben, welche über die Freiheit der Kirche handelten, und durch weitere Maigesetze die Orden ausgewiesen sowie die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden einer zu wählenden Vertretung übertragen; das letzte Gesetz wurde von den Bischöfen anerkannt.
Die Bildung altkatholischer Gemeinden wurde gestattet und ihnen ein Anteil am katholischen Kirchenvermögen eingeräumt, wie denn auch der altkatholische Bischof Reinkens 1873 eine staatliche Dotation erhielt. ...
Obwohl die katholische Kirche durch die Maigesetze empfindlich litt, zahlreiche Pfarrstellen unbesetzt blieben, die Einbehaltung der Staatsleistungen (2.700.000 Mark jährlich) die Gläubigen zu großen Opfern nötigte und der Nachwuchs an jungen Priestern ausblieb, da die Kandidaten das vorgeschriebene Staatsexamen (Kulturexamen) nicht machen durften: so verstand sich der Klerus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, doch nicht zum Gehorsam und wußte auch einen großen Teil des Volkes an sich zu fesseln; durch Wundergeschichten suchte man

den Fanatismus der Menge zu schüren und die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Kirche zu nähren.
Bei allen Neuwahlen behauptete die ultramontane Partei des Zentrums unter des Welfen Windthorst Führung ihren Besitzstand und rächte sich durch die heftigste Opposition im Reichstag und Landtag an der Regierung für die Maigesetzgebung.
Durch den heftigen Kampf mit der ultramontanen Partei sah sich die Regierung genötigt, ihre Stütze bei den die Mehrheit im Abgeordnetenhaus beherrschenden Liberalen zu suchen, zumal die Strengkonservativen von der Richtung der Kreuzzeitung den ersten Kirchengesetzen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten.
Daher erfüllte die Regierung einen schon früher ausgesprochenen Wunsch der Liberalen nach einer Verwaltungsreform und legte 1872 dem Landtag eine neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen (Preußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Sachsen) vor, welche die gutsherrliche Polizei ... abschaffte und eine auf zweckmäßig geregelten Wahlen beruhende Selbstverwaltung einführte.
Dieser folgten 1875 eine Provinzialordnung für die fünf östlichen Provinzen, die Dotierung derselben und die Einsetzung von Verwaltungsgerichten, 1876 das Kompetenzgesetz, das Gesetz über die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache als staatlicher Geschäftssprache und die Teilung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen. ...
Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus wurde 1879 auch die liberale Mehrheit beseitigt und der Regierung die Möglichkeit gewährt, sich bald auf eine konservativ-nationalliberale, bald auf eine konservativ-ultramontane Majorität zu stützen. Das wichtige Gesetz über die Erwerbung von vier großen Privateisenbahnen, ... wurde mit der Hilfe der Nationalliberalen durchgebracht; ihm folgten in den nächsten Jahren weitere Gesetze über den Ankauf fast aller noch vorhandenen Privatbahnen und den Bau neuer Staatsbahnen, durch welche das jetzt vorhandene Staatsbahnnetz in Preußen geschaffen wurde.
Da es jedoch Bismarck hauptsächlich darauf ankam, seine Steuerpläne, besonders das Tabakmonopol, im Reichstag durchzubringen, und ihm dies nur möglich schien, wenn es gelang, das Zentrum auf seine Seite zu bringen oder zu sprengen, so wollte er durchaus den Kulturkampf beendigen und die ... Maigesetzgebung im Notfall preisgeben, zumal da sowohl die Konservative als die Fortschrittspartei sich vom Kulturkampf losgesagt hatten und selbst die Nationalliberalen eine systematische Revision der Maigesetze für zweckmäßig erklärten.
Eine Verständigung mit der römischen Kurie war nicht aussichtslos, da der neue Papst, Leo XIII., seinen Wunsch nach friedlicher Vereinbarung geäußert und bereits Verhandlungen mit Bismarck angeknüpft hatte.
Es wurde daher ein neuer preußischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl ernannt, 1880, 1882 und 1883 drei Kirchengesetznovellen im Landtag eingebracht und nach langen Verhandlungen auch genehmigt und auf Grund derselben das Sperrgesetz für die meisten Bistümer aufgehoben und die durch Tod erledigten neu besetzt, die abgesetzten Bischöfe von Limburg und Münster begnadigt.
Zwei neue kirchliche Gesetze von 1886 und 1887 beseitigen den übrigen Teil der Maigesetzgebung, welcher von der Kirche nicht gebilligt wurde, wogegen der Papst die Anzeigepflicht und das staatliche Einspruchsrecht anerkannte; auch gab derselbe seine Zustimmung, daß die Erzbischöfe Melchers und Ledochowski, welche Preußen nicht wieder zuzulassen erklärte, abdankten, worauf in Posen und Kulm deutsche Bischöfe eingesetzt wurden. Der Friede mit der Kurie war so hergestellt; das Zentrum wurde aber nicht gesprengt, auch nicht geschwächt, sondern nur zu einer maßvolleren Haltung veranlaßt. ...
Die Verwaltungsreform wurde allmählich auf alle Provinzen außer Posen ausgedehnt. Für die teilweise polnischen Provinzen, wo durch den deutschfeindlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit und massenhafte Einwanderung aus Polen das Deutschtum gefährdet war, wurde

1886 der Beschluß gefaßt, deutsche Ansiedelungen auf bisher polnischen Grundbesitz anzulegen, und 100 Millionen dazu vom Landtag bewilligt. Viele Eingewanderte wurden ausgewiesen, der deutsche Unterricht durch besondere Gesetze in Posen, Westpreußen und Oberschlesien gefördert.
Für die materielle Entwicklung des Staates war es wichtig, daß der Landtag 1886 den Bau des Rhein-Emskanals genehmigte und den preußischen ... (Beitrag) zu den Kosten des Nordostseekanals bewilligte. 1888 wurden erhebliche Summen für die Regulierung der östlichen Ströme und für die Unterstützung der durch Überschwemmung geschädigten Landesteile ausgesetzt ...
Wilhelm I. starb am 9. März 1888, worauf der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Friedrich III. den Thron bestieg. Derselbe konnte jedoch seine Regierungsgrundsätze, welche er in einem Erlaß an Bismarck kundgab, nicht durchführen, da er an einem Kehlkopfleiden schwer erkrankt war ...
Als Friedrich III. schon am 15. Juni seinen Leiden erlag, folgte ihm sein ältester Sohn als Wilhelm II. und leistete, die Fortführung der Regierung im Sinn seiner Vorfahren gelobend, am 27. Juni vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung. ...<<
Rußland: Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schreibt im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<
Frankreich: Die "Pariser Kommune" ruft am 5. April 1871 in Paris zum bewaffneten Widerstand auf, um die im Februar 1871 gewählte Nationalversammlung zu stürzen (x176/215): >>Bürger von Paris!
Wir sind jetzt zu den großen Tagen erhabenen Heldentums und größter Tugend zurückgekehrt! Das Glück des Landes, die Zukunft der ganzen Welt liegen in eurer Hand. Auf euch wartet der Segen oder der Fluch künftiger Generationen. Arbeiter täuscht euch nicht:
Wenn ihr es müde seid, in Unwissenheit dahinzuvegetieren und im Elend zu verkommen, wenn ihr wollt, daß eure Kinder Menschen seien, die aus ihrer Arbeit Nutzen ziehen, und nicht eine Art besonders dressierter Tiere für die Fabrik oder den Kampf ...
Wenn ihr nicht mehr wollt, daß Ausschweifungen und Elend die Männer in die Hände der Polizei und die Frauen in die Arme der Prostitution treiben, wenn ihr schließlich wollt, daß die Gerechtigkeit herrsche, dann Arbeiter, seid klug, erhebt euch und schleudert mit kräftiger Hand die schmutzige Reaktion zu Boden!
Bürger von Paris, Kaufleute, Gewerbetreibende, Kleinhändler, Gelehrte, ihr alle schließlich, die ihr arbeitet und ehrlich eine Lösung der sozialen Probleme sucht, das Zentralkomitee beschwört euch, einig voranzumarschieren.<<
Der deutsche Arbeiterführer August Bebel spricht am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag über die Pariser Revolution (x239/147): >>Seien sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris.
Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache uns in Europa noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des gesamten Proletariats sein wird. ...<<
Nach Abschluß des französisch-deutschen Krieges verhindert Maurice de Mac-Mahon (1808-1893, französischer Marschall, von 1873-79 Ministerpräsident und "Platzhalter der französischen Monarchie") die Machtergreifung der radikalen Kommunisten und Sozialisten. Mac-

Mahon läßt den Aufstand der "Pariser Kommune" (18. März bis zum 28. Mai 1871) gnadenlos durch französische Truppen niedergeschlagen. Der Aufstand der "Pariser Kommune" fordert etwa 25.000-30.000 Todesopfer (x122/426, x061/383).
Am 29. Mai und am 31. Mai 1871 berichtet die Londoner Zeitung "Times" über die gnadenlose Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" (x122/426): >>... Die Kriegsgesetze! Sie sind milde und christlich gegenüber den unmenschlichen Gesetzen der Rache, unter denen die Versailler Truppen während der letzten 6 Tage Gefangene, Frauen und Kinder, erschossen, erstochen und aufgeschlitzt haben. Soweit wir uns erinnern können, hat es in der Geschichte nichts Vergleichbares gegeben. ...
Die Franzosen füllen die dunkelste Seite im Buch ihrer Geschichte und der Weltgeschichte. Die Anklage ruchloser Grausamkeit beschränkt sich nicht mehr auf eine Partei oder eine Klasse. Die Versailler Truppen scheinen die Kommunisten (!) in ihrer reinen Vergeudung von Menschenblut übertreffen zu wollen.<<
Ein französischer Historiker schreibt später über den Bürgerkrieg im Jahre 1871 (x176/216): >>Der Kampf während der "Blutigen Wochen" wurde mit der Leidenschaft eines Bürgerkrieges geführt. Straße um Straße mußte gewonnen werden. ... Öffentliche Gebäude wie die Tuilerien und das Hotel de Ville wurden niedergebrannt.
480 Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris, erschossen, während andererseits die Regierungstruppen Gefangene kurzerhand niedermachten und Standgerichte gegen 20.000 Todesurteile vollstrecken ließen. Kriegsgerichte besorgten anschließend die Verurteilung der Aufständischen. ... 36.000 Communards kamen vor 26 Kriegsgerichte, etwa 10.000 wurden zu Zwangsarbeit, Deportation, Verbannung und Gefängnis verurteilt; von 93 Todesurteilen sind 23 vollstreckt worden. ...<<
Ein französischer Historiker schreibt später über die standrechtlichen Massenerschießungen von Aufständischen (x075/170): >>... Es wird ihnen befohlen, sich vor einem langen und tiefen, bereits mit Leichen gefüllten Graben in 2 oder 3 Reihen aufzustellen. Eine Batterie Maschinengewehre eröffnet das Feuer. Ob tot oder nur verletzt, alle rollen in den Graben, in dem Matrosen den Sterbenden mit der Muskete den Rest geben. Dann werden sie alle miteinander unter ungelöschtem Kalk begraben.<<
Ein Mitglied der Aufständischen rechtfertigt später die Erschießung der Geiseln (x176/216): >>Wir hegten keine Feindschaft gegen die Geiseln und würden sie auch nicht erschossen haben, wenn Mac-Mahons (Befehlshaber der Regierungstruppen) Heer Paris nicht in einen Riesenfriedhof verwandelt hätte. Die sogenannte reguläre Armee hat 35.000 Menschen hingeschlachtet; wir haben nur hundert erschossen, aber natürlich sind wir die Mörder, wahrscheinlich, weil wir die Besiegten sind. ...<<
Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründen die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen halten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 werden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).
Obwohl die deutschen Truppen alle vorübergehend besetzten französischen Provinzen fair und gerecht verwalten, vertiefen sich die deutsch-französischen Gegensätze. Bismarck begünstigt sogar von 1879-1897 die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes, aber die französische Grundeinstellung bleibt trotz alledem unversöhnlich. Nachdem sich Frankreich von der militärischen Niederlage gegen die Deutschen erholt hat, erhöht man innerhalb von wenigen Jahren den französischen Heereshaushalt um 3,0 Mrd. Franc (x063/446).
Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erweist sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten halten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müssen, ständig wach. Bis 1918 verlassen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und

Lothringen (x056/245).
Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählen damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.
Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schreiben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert.
Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten. Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.
(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Norden, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können.
Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird. So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.
(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme? Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen. Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützige Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? – bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13): >>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. …
1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. …
1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.
Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.
… In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. …<<
Großbritannien: Die Gründung des Deutschen Reiches wird von Großbritannien zuerst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten bleibt. Durch das "neue" Deutsche Reich wird Mitteleuropa damals erheblich gestärkt, denn Rußland erhält erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkt, entspricht zunächst den britischen Vorstellungen.
Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelt und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versucht, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, wird sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.
USA: Als die europäischen Siedler und Jäger von 1871-1885 in den großen Ebenen Nordamerikas die riesigen Büffelherden abschlachten, wird das Schicksal der nordamerikanischen Prärieстämme endgültig besiegelt, denn die Stämme der Arapaho, Cheyenne, Dakota, Kiowa, Komantschen, Sioux, und andere Jagdnomaden ("beste Reitertruppen der Welt") leben fast nur von der Büffeljagd. Nach der Ausrottung der lebenswichtigen Büffelherden brechen zwangsläufig große Hungerkatastrophen aus. Die einst stolzen, unabhängigen Prärieстämme werden schon bald zu würdelosen Almosenempfängern.
Hehaka Sapa (1863-1950, Medizinmann des nordamerikanischen Stammes der Oglala-Lakota) berichtet später über die Ausrottung der für die Ureinwohner lebenswichtigen Büffelherden (x181/1.86): >>Einst waren wir glücklich in unserem Land, und wir waren nur selten hungrig. Zweibeiner und Vierbeiner lebten friedlich nebeneinander wie Brüder, und alle hatten mehr als genug. Aber dann kamen die Wasichu ("die das Fett abschöpfen"), die weißen Menschen und sie machten kleine Inseln im Land für uns und andere kleine Inseln für die Vierbeiner, und diese Inseln werden kleiner und kleiner, denn die brandende Flut der Wasichu nagt an ihnen, eine Flut, die schmutzig ist von Lüge und Gier.
Ich kann mich noch an jene Zeit erinnern, als es so viele Büffel gab, daß wir sie nicht zählen konnten. Aber mehr und mehr Wasichu kamen und töteten sie, bis nur noch Haufen gebleichter Gebeine dort lagen, wo die Büffelherden geweidet hatten. Die Wasichu töteten nicht um der Nahrung willen, sie töteten um des Metalles willen, daß sie verrückt macht. Sie nahmen nur die Häute, um sie zu verkaufen. Manchmal nahmen sie nicht einmal die Häute, sondern nur die Zungen der Büffel. Manchmal nahmen sie nicht einmal das, sie töteten aus Lust am Töten. Wenn wir auf die Büffeljagd gingen, erlegten wir nur so viel, wie wir zum Leben brauchten.<<
Albert Pike (1809-1891, amerikanischer Rechtsanwalt, Brigadegeneral, Journalist und Autor)

erklärt am 15. August 1871 in einem Brief an Giuseppe Mazzini (1805-1872, italienisch-republikanischer Freiheitskämpfer), wie man durch Kriege die Weltherrschaft erreichen könnte.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Illuminaten Albert Pike (x364/46-49): >>…

Ein Genie des Bösen

Albert Pike war ein Genie des Bösen. Er hatte viele Talente, die er ausschließlich destruktiv einsetzte. Außerordentlich belesen, beherrschte er sechzehn antike Sprachen in Rede und Schrift. Er bekannte sich öffentlich zur Satansverehrung und praktizierte schwarze Kunst und alle Formen der Zauberei.

Als Top-Illuminaten arbeiteten Pike und Mazzini zusammen. Pike übernahm die theosophischen Aspekte ihrer Operationen, Mazzini die Politik. Als die Freimaurerlogen des "Großen Orient" aufgrund Mazzinis revolutionärer Aktivitäten in Europa in Verruf kamen, präsentierte der Italiener Pike, der mittlerweile der Meister- vom alten und angenommenen Schottenritus der Freimaurer geworden war, einen genialen Plan. Mazzinis Plan war einfach. Als Mann der Praxis erkannte er, daß man nicht einen Ritus zur Ausschließlichkeit erheben konnte.

In einem Brief an Pike schrieb er am 22. Januar 1870: "Wir müssen allen Verbänden gestatten, wie bisher weiterzuexistieren, mit ihren Systemen, ihren zentralen Organisationen und den verschiedenen Arten der Korrespondenz zwischen hohen Graden derselben Riten, in ihren gegenwärtigen Organisationsformen.

Aber wir müssen einen Superritus schaffen, der unbekannt bleiben soll und in den wir die Maurer hoher Grade nach unserer Wahl berufen werden. Aus Rücksicht auf unsere Mitbrüder müssen sich diese Männer der strengsten Geheimhaltung unterwerfen. Mit diesem obersten Ritus werden wir das gesamte Freimaurertum regieren; er wird die internationale Zentrale werden, die um so mächtiger ist, weil seine Leitung unbekannt sein wird."

Der Historiker Domenico Margiotta berichtet: "Es wurde vereinbart, daß die Existenz dieses Ritus streng geheimgehalten und daß er in den Versammlungen der Logen und inneren Schreine anderer Riten nie erwähnt werden sollte, selbst dann nicht, wenn die Versammlung aufgrund eines Zufalls ausschließlich aus Brüdern der perfekten Weihen bestehen sollte, denn das Geheimnis der neuen Institution dürfte nur unter größten Vorsichtsmaßregeln einigen wenigen Auserwählten aus den gewöhnlichen hohen Graden offenbart werden."

Pike formte diese ultrageheime Organisation und gab ihr den Namen "Der neue und reformierte palladische Ritus". Er schuf drei oberste Räte, einen in Charleston, South Carolina, einen zweiten in Rom und einen dritten in Berlin.

Der Historiker Dr. Bataille schreibt: "Dieser Super-Ritus freimaurerisch-luziferischen Spiritismus darf nicht mit dem Räderwerk des Hochmaurertums verwechselt werden. Palladismus ist der Kult des Satans in den inneren Schreinen eines Ritus, der allen anderen Riten übergeordnet ist. Er ist ein Kult, eine Religion."

Die satanische Doktrin ist Ketzerei

Das theologische Dogma Albert Pikes ist in den "Instruktionen" niedergelegt, die von ihm am 4. Juli 1889 für die 23 Höchsten Räte der Welt erlassen wurden:

"Folgendes müssen wir der Menge sagen: "Wir verehren einen Gott, aber unser Gott wird ohne Aberglauben angebetet. Euch, den souveränen großen Generalinstruktoren, sagen wir, was ihr den Brüdern der 32., 31. und 30. Grade wiederholen sollt: Die Maurer-Religion sollte von uns allen, die wir Eingeweihte des höchsten Grades sind, in der Reinheit der Luziferischen Doktrin erhalten werden.

Wäre Luzifer nicht Gott, würde Adonai (der jüdische Gott), dessen Taten Beweise für seine Grausamkeit, Verschlagenheit, seinen Menschenhaß, sein Barbarentum und seine Ablehnung der Wissenschaft sind, würden dann Adonai und seine Priester ihn verleumden?

Ja, Luzifer ist Gott; unglücklicherweise ist Adonai auch Gott. Denn nach dem ewigen Gesetz gibt es Licht nicht ohne Schatten, Schönheit nicht ohne Häßlichkeit, Weiß nicht ohne Schwarz. Das Absolute kann nur in Gestalt zweier Gottheiten existieren: das Dunkel dient dem Licht als Hintergrund, die Statue bedarf des Sockels, die Lokomotive braucht die Bremse.
Die satanische Doktrin ist Ketzerei. Die wahre und reine philosophische Religion ist der Glaube an Luzifer, den Adonai Gleichgestellten. Aber Luzifer, der Gott des Lichtes und des Guten, kämpft für die Menschlichkeit gegen Adonai, den Gott des Dunklen und Bösen" ("La Femme et l'enfant dans la Franc-Maconnerie Universelle" Weib und Kind im französischen Universalmaurertum - von A. C. de la Rive; sowie "Occult Theocrasy" von Lady Quenesborough).
Die illuminatische Propaganda will uns glauben machen, daß alle Gegner des Christentums Atheisten seien. Das ist eine Lüge, vorsätzlich ins Spiel gebracht, um die geheimen Pläne derer zu maskieren, die die luziferische Verschwörung leiten. Sie bleiben hinter den Kulissen ihre Identität und ihr wahres Ziel sind selbst den meisten Menschen verborgen, die nach ihrem Willen handeln.
Sie wissen, daß der endgültige Erfolg ihrer diabolischen Pläne - die Weltregierung zu stellen - von ihrer Fähigkeit abhängt, die Wahrheit vor den Menschen verborgen zu halten, bis die Entwicklung nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Illuminaten gehen Schritt für Schritt nach einem ausgearbeiteten Plan vor, mit dem sie die Zivilisation systematisch zerstören wollen, um ihre eigene despotische Herrschaft zu errichten.

Reif für die wahre Lehre Luzifers

In einem bemerkenswerten Brief vom 15. August 1871, der bis vor kurzem in der Bibliothek des Britischen Museums in London ausgestellt war, schildert Pike Mazzini Details des luziferischen Plans für drei Weltkriege. Nach seinen Worten "werden wir (im dritten dieser Kriege) die Nihilisten und Atheisten loslassen; wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren, der in seinem ganzen Schrecken den Nationen die Auswirkungen von absolutem Atheismus, dem Ursprung der Grausamkeit und der blutigsten Unruhen klar vor Augen führen wird.
Dann werden die Bürger - gezwungen, sich gegen die Minderheit der Revolutionäre zur Wehr zu setzen - jene Zerstörer der Zivilisation ausrotten, und die Mehrheit der Menschen wird, gottgläubig wie sie ist, nach der Enttäuschung durch das Christentum und daher ohne Kompaß (Führung), besorgt nach einem neuen Ideal Ausschau halten, ohne jedoch zu wissen, wen oder was sie anbeten soll.
Dann ist sie reif, das reine Licht durch die weltweite Verkündigung der reinen Lehre Luzifers zu empfangen, die endlich an die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Sie wird auf die allgemeine reaktionäre Bewegung, die aus der gleichzeitigen Vernichtung von Christentum und Atheismus hervorgehen wird, folgen." …<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/1213" berichtet später (am 5. Juli 2013) über Albert Pike (x1.000/…): >>**Wie human ist die Freimaurerspitze?**
Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Allein-Weltherrschaft zu gelangen.
Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!
"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."
Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch- atheistische System und dann wollen wir einen Kataklysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.
Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/15317" berichtet später (am 5. Dezember 2019) über die jahrhundertealten Pläne der Geheimorganisationen (x1.000/…): >>**Jahrhundertealte Geheimpläne**
… Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.
Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.
Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.
Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.
Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie

nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.
Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.
Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.
Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike (von) 1871.<<
Kuba: Kuba beseitigt im Jahre 1871 die Sklaverei.
Brasilien: In Brasilien wird im Jahre 1871 die Sklaverei abgeschafft.
Japan: Der Kaiser kündigt im Jahre 1871 die allmähliche Modernisierung des Landes an (x233/126): >>Da aber Japans Sitten und Gesetze sehr von denen fremder Länder abweichen, beabsichtigen wir nicht, die Revision sofort vorzunehmen.
Wir werden zunächst die Einrichtungen zivilisierter Nationen studieren, diejenigen annehmen, die Japan am meisten angemessen sind, und allmählich unsere Regierungsform und Gebräuche verbessern, um einen Zustand zu erreichen, der dem der zivilisierten Völker nicht nachsteht. ...<<
1872
Deutsches Reich: Bismarck erklärt am 30. Januar 1872 während einer Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (x239/152): >>... Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete. ...
Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. ...<<
Reichskanzler Bismarck warnt Kaiser Wilhelm I. am 4. April 1872 vor der radikalen Sozialistenbewegung (x056/270): >>Die sogenannte Internationale (die von Karl Marx 1864 gegründete "internationale Arbeiterassoziation") ist ... augenblicklich die hervorragendste von den Formen, in welchen eine die ganze Welt durchziehende Krankheit zur Erscheinung kommt.
Diese Krankheit hat ihre Ursache darin, daß die besitzlosen Klassen in dem Maße als ihr Selbstgefühl und ihre Ansprüche am Lebensgenuß allmählich steigen, sich auf Kosten der besitzenden Klassen die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche zu verschaffen streben.
Auf eine Heilung dieser Krankheit durch repressive Mittel wird man verzichten müssen; dieselbe kann das nur langsam fortschreitende Werk ... der fortschreitenden Bildung und Erfahrung (und) und eine Reihe legislativer und administrativer Maßregeln ... zur Beseitigung der

Hindernisse ... (sein), die der Erwerbstätigkeit der besitzlosen Klassen im Wege stehen.
(Bis dahin muß die Regierung) die Gesellschaft gegen den Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf den Bestand des Besitzes schützen. Mit bloß polizeilichen Mitteln ist diese Aufgabe ... nicht zu lösen. ... (Man muß) jede Vorbereitung zu einem gewaltsamen Angriff ... bestrafen ... können. Zu diesem Zweck bedarf es geeigneter Gesetze. ...<<
Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1872 vor seinen Arbeitern in Essen (x239/96): >>... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Forderungen ab, werde, wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen; fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher, desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen. ...
Ich (will) in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben. ...<<
Der deutscher Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Landarbeiter auf dem schlesischen Gut seines Onkels im Jahre 1872 (x233/111): >>Ich brachte diesmal ... die Freude am neuen Deutschen Reich ... in das ärmliche Gutsleben mit. Das Echo im besten Fall war Gleichgültigkeit. Wenn ich mit übernommenem Enthusiasmus von Bismarck, Moltke und anderen sprach, war entweder ein tückisches Schweigen die Antwort, oder Moltke wurde ein Feigling genannt, der sich immer wohlweislich hinterm Berge gehalten und andere ins höllische Feuer geschickt habe.
Die Siegesfreude, die deutsche Einheit, ... der Taumel des Erfolges, kurz, alles, was die Lehrer in den Schulen, das Bürgertum und einen Teil des Adels begeisterte, hatte hier nur stille Wut und dumpf entschlossenen Haß ausgelöst. ...
Diese Landsleute, denen man vielfach scharfen Verstand und durchdringenden Blick nicht absprechen konnte, waren auch religionsfeindlich, steckten im Heidentum. Man hätte ihnen ... mit Jesus Christus nicht kommen dürfen. ...
Bismarck, Moltke, der Kaiser, hieß es, täten für die armen Leute nichts. Den Eltern würden die Kinder ... genommen, und diese müßten sich drei Jahre lang um nichts und wieder nichts beim Militär schinden lassen. ...
Der Reichstag bestand aus einem Haufen von Betrügern und Nichtstuern. In dieser Art, die Welt zu betrachten, die vaterländischen Dinge zu beurteilen, herrschte völlige Einigkeit, und niemand war davon abzubringen. ...
Beiläufig sei gesagt, daß unter diesen Leuten, die täglich 11 Stunden mit gekrümmten Rücken Rüben hackten oder eine andere Arbeit taten, die Weiber 50 Pfennige, die Männer eine Mark Tagelohn erhielten. ...<<
Da die katholische Kirche, die im Deutschen Reich nur noch in der Minderheit ist, verstärkt gegen einige Gesetze des Deutschen Reichstages protestiert, schränkt Bismarck ab 1872 die bisherigen großen "weltlichen" Kirchenrechte erheblich ein.
Danach beginnt ein erbitterter "Kulturkampf" um die umstrittenen Abgrenzungsfragen der Staats- und Kirchenrechte. Bismarck läßt die kirchliche Schulaufsicht (1871/72), die kirchlichen Standesämter (1874/75) und die kirchlichen Ausbildungsprüfungen der Geistlichen an staatliche Einrichtungen übertragen. Der Jesuitenorden wird per Reichsgesetz verboten. Sämtliche Jesuiten müssen ab Juli 1872 das Deutsche Reich verlassen. Außerdem untersagt Bismarck, der selbst ein frommer Christ ist, per Gesetz alle politischen Kanzelreden.
Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagert sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und verändert die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewinnt überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernimmt das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.
Ein nordamerikanischer Studienfreund Bismarcks berichtet von einem Gespräch über die Un-

zulänglichkeit allen menschlichen Handelns, das er im Jahre 1872 mit dem Reichskanzler führt (x259/287-288): >>Er sagt, als er noch jünger war, habe er sich für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig und groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt.
Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwägen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.
Hatte er recht geraten, so rufe alle Welt: welche Weisheit, welche Prophetengabe! Hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen. - Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt.<<
Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden können, befürchtet Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland.
Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, muß das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkt deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wird von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.
Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schließt gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).
Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sichern damals den Frieden in Europa, denn sie verhindern in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.
Bismarck plant langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks Außenpolitik (x057/-167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.
Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.
Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.
Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frank-

reichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.
Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1872-1878 (x804/905-907): >>(Deutschland) ... Nachdem das Deutsche Reich begründet war, galt es, dasselbe weiter auszugestalten. Dieser Aufgabe unterzog sich der Reichskanzler mit gewohnter Tatkraft, und der Reichstag unterstützte ihn bereitwilligst. ...
Über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung, welche wider Erwarten rasch abgezahlt wurde, insgesamt 4.219 Millionen Mark, wurde 1872 und 1873 Beschluß gefaßt. ... Die Münzreform wurde durch das Gesetz vom 24. Januar 1873 zum Abschluß gebracht.
Der Antrag auf Erweiterung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche und Strafrecht sowie das gerichtliche Verfahren, welchen Lasker schon 1871 eingebracht hatte, gegen den aber die süddeutschen Königreiche Widerstand leisteten, wurde 1873 auch von der Reichsregierung angenommen. Ferner wurde ein Reichseisenbahnamt eingerichtet und die deutsche Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen eingeführt, das nun 15 Abgeordnete in den Reichstag sandte.
Die auswärtige Politik entsprach durchaus den wiederholten Versicherungen der Thronreden, daß Deutschland als höchstes Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens erstrebe. Die vielfachen Herausforderungen der revanchelustigen Franzosen blieben unbeachtet. Das Reich bemühte sich dagegen, seine Stellung durch freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Kaiserreichen zu befestigen.
Dies gelang durch die Dreikaiserzusammenkunft, welche vom 5.-12. September 1872 in Berlin stattfand. Alexander II. von Rußland und Franz Joseph von Österreich waren von ihren Ministern Gortschakow und Andrássy begleitet, und wenn auch förmliche Verträge nicht abgeschlossen wurden, so einigten sich doch die drei Kaisermächte über eine gemeinsame Politik zur Erhaltung des Friedens und der bestehenden Verhältnisse. Ihnen schloß sich 1873 der König Viktor Emanuel von Italien an, der im September, von zwei Ministern begleitet, Kaiser Wilhelm in Berlin einen Besuch abstattete.
Dagegen machten sich die Wirkungen des in Preußen ausgebrochenen kirchenpolitischen Kampfes auch in den Reichsverhältnissen mehr und mehr bemerkbar. Die Partei des Zentrums ... verwandelte sich allmählich in eine schroffe Oppositionspartei, um welche sich alle partikularistischen und reichsfeindlichen Elemente im Reichstag gruppierten.
Während im preußischen Landtag der Streit über die Maigesetze immer heftiger entbrannte, forderten auch im Reichstag mehrere Gesetzanträge den Widerstand der Ultramontanen heraus, zunächst der vom bayerischen Minister Lutz beantragte "Kanzelparagraph", wonach Geistliche, welche öffentlich oder in der Kirche für den öffentlichen Frieden gefährliche politische Agitation trieben, strafbar sein sollten. Derselbe wurde am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Ihm folgte 1872 das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872, durch welches die Niederlassungen der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden aufgelöst und ihre ausländischen Mitglieder ausgewiesen wurden.
... Papst Pius IX. verschärfte den Konflikt, indem er 1872 den gemäßigten Kardinal Hohenlohe als deutschen Gesandten bei der Kurie zurückwies, ... 1873 heftige Drohungen gegen das neue Deutsche Reich ausstieß und sich am 7. August mit einem sehr anmaßenden Schreiben

an den Kaiser selbst wandte. Unterstützt von der gesamten Geistlichkeit, riefen nun die Ultramontanen das ganze katholische Volk zum Kampf für die Freiheit der Kirche auf und erzielten hierdurch bei den Wahlen zum zweiten deutschen Reichstag, welche am 10. Januar 1874 stattfanden, beträchtliche Erfolge, besonders in Süddeutschland, wo sie sich mit den Partikularisten verbanden.
Sie zählten 101 Mitglieder; dazu kamen die Elsaß-Lothringer, die Polen und die Sozialdemokraten (9), so daß die grundsätzliche Opposition auf 140 Stimmen stieg. Die Nationalliberalen zählten 155 Mitglieder und bildeten, je nachdem sie sich mit den Konservativen oder mit der Fortschrittspartei vereinigten, die Majorität. Immerhin gestalteten sich infolge des Anwachsens der Opposition die Verhandlungen des Reichstages lebhafter, ja stürmisch.
Am 16. Februar 1874 traten die elsaß-lothringischen Abgeordneten in den Reichstag ein und beantragten nach einem Protest gegen die Annexion die nachträgliche Abstimmung über dieselbe oder wenigstens die Aufhebung der diktatorischen Vollmachten des Oberpräsidenten. Des letzteren Antrages nahmen sich die Ultramontanen an, so daß er am 3. März nur mit 195 gegen 138 Stimmen abgelehnt wurde.
Aufs heftigste bekämpfte das Zentrum den Antrag ... auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister, der am 28. März angenommen wurde, und das Gesetz über Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz), welches Internierung oder Ausweisung als Strafen festsetzte; dasselbe war für die Ausführung der preußischen Maigesetze notwendig und wurde am 25. April genehmigt.
Die wichtigste Vorlage der Session war das Reichsmilitärgesetz, welches bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung auf 401.659 Mann (1 Prozent der Bevölkerung) normiert sein solle. Hiergegen erhoben nicht nur die Ultramontanen und Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittspartei und ein Teil der Nationalliberalen Einspruch. ...
Der Kaiser und seine höchsten militärischen Ratgeber, besonders Moltke, betonten entschieden die Notwendigkeit einer dauernden Festsetzung der Heeresstärke. Der Reichskanzler, der überdies krank war, erklärte, für den Fall der Ablehnung des Gesetzes seine Entlassung nehmen zu wollen. ...
Aus der Mitte der nationalliberalen Partei ging darauf der Antrag auf ein Kompromiß hervor, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre festgesetzt werden sollte. Nachdem sich der Reichstag und die Militärverwaltung mit diesem Antrag einverstanden erklärt hatten, wurde derselbe am 20. April mit 214 gegen 123 Stimmen vom Reichstag angenommen. Selbst einige Mitglieder der Fortschrittspartei (Berger, Löwe und andere) stimmten für denselben, wurden freilich deshalb zum Austritt aus der Fraktion gezwungen. Nur das Zentrum bewahrte seine unversöhnlich oppositionelle Haltung.
Der Streit zwischen Deutschland-Preußen und der Kurie übte nicht bloß auf die inneren Verhältnisse seinen Einfluß, sondern machte sich auch in der äußeren Politik bemerkbar.
In Frankreich, Belgien und Spanien traten die Klerikalen besonders feindselig gegen Deutschland auf; die Bischöfe erließen aufhetzende Hirtenbriefe, und der von der Kurie begünstigte klerikale Thronprätendent Don Carlos ließ einen deutschen Hauptmann und Kriegskorrespondenten, Schmidt, als Spion erschießen. Bismarck erwirkte von der französischen und belgischen Regierung ein Einschreiten gegen die Bischöfe und gegen die klerikale Presse und erkannte nicht nur selbst die liberale Herrschaft Serranos in Spanien an, sondern bewog auch die meisten anderen Mächte zu dem gleichen Schritt.
Als der Botschafter in Paris, Graf Arnim, sich mit der legitimistischen Partei einließ und Bismarcks Ansicht, daß die republikanische Staatsform Frankreichs für Deutschland am vorteilhaftesten sei, bekämpfte, wurde er abberufen und später sogar in einen Prozeß verwickelt.
Der ultramontane Abgeordnete Jörg unternahm daher im Reichstag am 4. Dezember 1874

einen Angriff auf Bismarcks auswärtige Politik und entfesselte durch die Erwähnung des Kullmannschen Attentats auf Bismarck (13. Juli in Kissingen) einen heftigen Sturm, der mit einer Niederlage der Klerikalen endete.
In der Wintersession des Reichstages vom 29. Oktober 1874 bis (zum) 30. Januar 1875 wurde der Etat, zum erstenmal auch der Militäretat, beraten und eine Reihe wichtiger Gesetze vereinbart, so: das Landsturmgesetz, das Gesetz über die Naturalleistungen für das Heer, das Reichsbankgesetz und das Zivilehegesetz.
Die Justizreformgesetze, welche die Gerichtsorganisation, die Zivil- und die Strafprozeßordnung betrafen, wurden am 24. November 1874 eingebracht und einer Kommission überwiesen, welche über die Session hinaus ihre Tätigkeit fortzusetzen ermächtigt wurde. Auch in dieser Session kam es übrigens zu einem Zerwürfnis zwischen dem Reichskanzler und dem von Lasker geführten Teil der Nationalliberalen, der einen klerikalen Antrag unterstützte. Bennigsen versöhnte den Kanzler durch ein am 18. Dezember von ihm veranlaßtes Vertrauensvotum.
Noch deutlicher wurde der Zwiespalt zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen in der Reichstagssession im Winter 1875 auf 1876. ... Pläne Bismarcks, durch ein Eisenbahngesetz das zersplitterte Eisenbahnwesen in Deutschland einheitlich zu regeln oder die bedeutendsten deutschen Bahnen für das Reich zu erwerben, scheiterten an dem Widerstand der Mittelstaaten im Bundesrat.
Der Reichskanzler gab seine Absichten keineswegs auf, beschloß vielmehr, sie teils in anderer Form zu verwirklichen, indem er die preußischen Eisenbahnen für den Staat erwarb ...
Denn er erkannte, daß man, getäuscht durch den enormen Aufschwung im Handel und Gewerbe nach dem Krieg, welcher sich seit 1874 als ungesund, zum Teil als schwindelhaft herausstellte und mit einem bedenklichen Zusammenbruch vieler Geschäfte endete, in der Begünstigung des Freihandels zu weit gegangen war, die deutsche Industrie und Landwirtschaft in vielen Beziehungen dem Ausland gegenüber wehrlos gemacht und dadurch die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten empfindlich geschädigt hatte.
Für sein neues Wirtschaftssystem brauchte der Reichskanzler neue Organe, und so erhielt Delbrück am 1. Juli 1876 seine Entlassung und wurde durch Hofmann ersetzt. ...
Der Reichskanzler, der Ende März seiner erschütterten Gesundheit wegen ein Entlassungsgesuch eingereicht und nach dessen Ablehnung durch den Kaiser einen unbestimmten Urlaub erhalten hatte, blieb das ganze Jahr 1877 von Berlin entfernt in Friedrichsruh oder Varzin (Schloß Bismarcks in Ostpommern). Doch beschäftigte er sich eifrig mit der Steuerreform und faßte den Plan ... mit den Nationalliberalen ein Bündnis zu schließen, das ihm eine feste Majorität im Reichstag sichern sollte. Er hatte zu diesem Zweck Weihnachten 1877 in Varzin mit Bennigsen längere Besprechungen, die aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. ...
Als nun der Reichstag am 6. Februar 1878 wieder eröffnet wurde, legte die Reichsregierung statt einer umfassenden Steuerreform nur zwei Gesetzentwürfe über die Übertragung des Spielkartenstempels und anderer Stempelabgaben auf das Reich sowie über eine Erhöhung der Tabaksteuer vor. ... Anstatt der gewünschten Tabaksteuererhöhung beschloß der Reichstag eine Tabaksteuerenquete und knüpfte die Bewilligung der hierfür geforderten Mittel an die Bedingung, daß ein Tabakmonopol nicht beabsichtigt und ein umfassender Steuerreformplan ausgearbeitet werde.
Da seine Krankheit noch nicht beseitigt war, so zog sich Bismarck im März auf das Land zurück, nachdem seine Stellvertretung durch ein besonderes Gesetz geordnet und dieselbe im allgemeinen dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Grafen Stolberg-Wernigerode, übertragen worden war.
Da unternahm am 11. Mai 1878 der Leipziger Klempnergeselle Max Hödel einen glücklicherweise erfolglosen Mordversuch auf den Kaiser, als derselbe die Berliner Linden entlang

fuhr. Derselbe warf ein erschreckendes Licht auf die sittliche Verwilderung eines Teiles der Nation und auf die Gefahren der sozialdemokratischen Wühlerei, deren furchtbares Anschwellen schon die Reichstagswahlen von 1877 gezeigt hatten.
Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, weiteren Ausschreitungen durch ein Gesetz (Sozialistengesetz) vorzubeugen, welches auf drei Jahre die Verfolgung sozialdemokratischer Ziele gewissen Ausnahmemaßregeln unterwarf. Sie legte den Entwurf am 21. Mai dem Reichstag vor, aber schon am 24. Mai lehnte die liberale und ultramontane Mehrheit denselben ab, indem sie die Regierung darauf hinwies, erst die ihr zu Gebote stehenden Mittel der Repression besser auszunutzen.
Indes die Ereignisse gaben der Mehrheit unrecht: am 2. Juni erfolgte das zweite Attentat Karl Nobilings auf den Kaiser, durch welches derselbe schwer verwundet wurde, so daß er am 4. Juni dem Kronprinzen seine Stellvertretung übertragen mußte.
Unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses setzte Bismarck am 12. Juni im Bundesrat die Auflösung des Reichstages und die Anberaumung der Neuwahlen auf den 30. Juli durch. Er war besonders zornig auf die liberalen Parteien, sowohl auf die Fortschrittspartei, welcher er den Namen einer Ordnungspartei geradezu absprach, und die er fast der Sozialdemokratie gleichstellte, als auf die Nationalliberalen, die er beschuldigte, ihn im Stich gelassen zu haben, und ließ durch die Beamten wie durch die Regierungspresse beide Parteien aufs heftigste bekämpfen, während Ultramontane und Partikularisten unbehelligt blieben.
Das Ergebnis der Wahlen vom 30. Juli war daher zwar, daß die Liberalen fast 40 Sitze verloren und die Fortschrittspartei auf 24, die Nationalliberalen auf 101 Mitglieder sich verringerten, während die Konservativen und die Reichspartei auf je 57 Mitglieder stiegen. Dagegen wuchs das Zentrum auf 93 Mitglieder nebst 9 welfischen Hospitanten, und die Sozialdemokraten behaupteten 9 Wahlkreise.
Eine konservative Mehrheit hatte also der Reichskanzler nicht erlangt, und da die Ultramontanen sich im Wahlkampf, um Stimmen zu erobern, unbedingt gegen alle Ausnahmegesetze verpflichtet hatten, so mußte er sich, um das von neuem vorgelegte Sozialistengesetz genehmigt zu erhalten, in der am 9. September eröffneten außerordentlichen Reichstagssession mit den Nationalliberalen verständigen und manche Änderungen derselben an dem Gesetz zulassen. Dasselbe wurde am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen auf 2½ Jahre (bis 31. März 1881) genehmigt, sofort veröffentlicht und zur Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine und Zeitungen energisch angewendet.
Der inzwischen genesene Kaiser kehrte am 5. Dezember nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierungsgeschäfte.
Ein erfreulicheres Bild als die inneren Zustände Deutschlands bot seine äußere Lage dar. Ja, während der Kaiser an seinen Wunden schwer daniederlag, während die Wahlkämpfe tobten, war die Reichshauptstadt Berlin zum erstenmal der Sitz eines Kongresses der bedeutendsten europäischen Staatsmänner. Dieser Berliner Kongreß war zur Regelung der orientalischen Frage berufen worden.
Die Hetzereien panslawistischer Agitatoren hatten auf der Balkanhalbinsel von neuem Aufstände und kriegerische Verwickelungen hervorgerufen, welche Rußland zum Anlaß genommen hatte, als Protektor der slawischen Christen der Türkei 1877 den Krieg zu erklären. Der Reichskanzler hatte sich vergeblich bemüht, den Ausbruch desselben zu verhindern. Nachdem er ausgebrochen, strebte er vor allem danach, ihn auf die Balkanhalbinsel zu beschränken und ihn nicht zu einem europäischen Krieg werden zu lassen. Er setzte allen seinen Einfluß daran, Österreich von einer Einmischung abzuhalten, und beobachtete selbst die strengste Neutralität. ...<<
Spanien: In Spanien beginnt im Jahre 1872 der 3. "Karlistenkrieg" (1872-76), um sozialistische Unruhen zu bekämpfen und den spanischen König Amadeus I. von Savoyen zu stürzen.

Großbritannien: Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli (1804-1881, tritt 1817 vom Judentum zur anglikanischen Kirche über, 1868 sowie 1874-80 Premierminister) fordert am 24. Juni 1872 während einer Veranstaltung der Konservativen Partei in London eine "neue Kolonialpolitik" (x239/172): >>Wenn Sie auf die Geschichte dieses Landes ... blicken, so werden Sie finden, daß keine Bemühung ... von so viel Energie unterstützt und mit so viel Fähigkeit und Scharfsinn vorangetrieben worden ist, wie die Versuche des Liberalismus, die Desintegration (Auflösung) des Englischen Empire zu erreichen. ...
Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit mathematischer Genauigkeit nachgewiesen worden, daß es noch nie ein Juwel in der Krone Englands gegeben hat, das so wahrhaft teuer gewesen ist, wie der Besitz Indiens. ...
Meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der eine Gelegenheit versäumt, so weit wie möglich unser koloniales Weltreich wiederaufzubauen. ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die britischen Illuminaten (x364/49-53): >>… **Sie regieren die Welt**
Lady Queensborough schrieb vor etwa fünfzig Jahren: "Ein positiver Geist kann nicht kontrolliert werden. Wenn man eine okkulte Herrschaft errichten will, muß man den Geist der Menschen passiv und negativ ausrichten. Ein bewußt auf ein genau ins Auge gefaßtes Ziel hinarbeitender Geist ist eine Macht und kann als solche einer anderen Macht - zu gutem oder bösem Zweck - trotzen.
Das Streben nach Weltherrschaft kann allein durch die Aufdeckung dieses Prinzips verurteilt werden; da das Prinzip leider unentdeckt blieb, bleibt jenes Streben ohne Gegnerschaft, Zerstörung, Materialismus, Täuschung - dies sind Albert Pikes drei Ziele. Sie scheinen die heutige Welt zu regieren."
Vor einigen Jahren hörte der Verfasser den Präsidenten eines kleinen, unabhängigen College sagen, daß seit der Jahrhundertwende das "Erziehungssystem vom Kurs der Vernunft abwich und in Strudel und Untiefen geriet, und daß seitdem die Erzieher Gift in den verformbaren, arglosen Geist" der ihnen Anvertrauten geträufelt haben. Das ist völlig zutreffend - bis auf einen Punkt: das Erziehungswesen "wich nicht ab", es "geriet" nicht in Untiefen, sondern es wurde bewußt in sie hineingesteuert.
In seinem Buch "Tragedy and Hope" brüstet sich Professor Carroll Quigley offen, daß er viele Jahre lang ein Top-Insider gewesen sei und über Informationen aus erster Quelle darüber verfüge, wie die Verschwörung sich weltweit entwickelt habe. Über das englische Erziehungswesen schreibt er:
"Bis 1870 gab es in Oxford keinen Lehrstuhl für die Künste, aber in jenem Jahr wurde die Einrichtung dieses Lehrstuhls durch die Slade'sche Schenkung ermöglicht. John Ruskin wurde auf diesen Lehrstuhl berufen. Er schlug in Oxford wie eine Bombe ein nicht weil er über die schönen Künste las, sondern weil er außerdem über das Empire und Englands heruntergekommene Massen sprach und vor allem deshalb, weil er dabei einen moralisierenden Standpunkt einnahm."
John Ruskin (1819 bis 1890) wurde in London als Sohn eines wohlhabenden Weinhändlers geboren, von dem er ein riesiges Vermögen erbte. Sein Biograph Kenneth Clark schreibt in dem Buch "Ruskin Today" über Ruskin:
"Er sah, daß der Staat die Kontrolle über die Produktions- und Verteilungsmittel übernehmen mußte, um sie zum Wohl der Bürger zu organisieren; aber er wollte diese Staatskontrolle in die Hände eines einziges Mannes legen. "Es ist immer mein Ziel gewesen zu zeigen, daß einige Menschen manchmal auch nur ein Mensch - anderen ewig überlegen sind".
Von der Demokratie hielt er nur sehr wenig. Ich glaube, er hätte den Kommunismus trotz der materialistischen Philosophie gutgeheißen; speziell die Bauernkommunen in China entspre-

chen genau seinem Modell. Er hätte die Kur nicht für übler als die Krankheit gehalten, weil er sich keine üblere Krankheit vorstellen konnte als die kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts."
Kurz, Ruskins Philosophie war reinster Illuminismus. Diese Tatsache ist hinter einer sorgfältig errichtete Fassade verborgen geblieben. "Ruskin sprach zu den Oxford-Studenten als Angehöriger der privilegierten herrschenden Schicht. Er sagte ihnen, sie seien im Besitz einer großartigen Tradition in Hinsicht auf Erziehung, Schönheit, Gesetz und Recht, Freiheit, Anstand und Selbstbeherrschung.
Diese Tradition könne aber nicht bewahrt werden - und verdiene das auch nicht -, wenn sie nicht auch den untersten Schichten der englischen Gesellschaft und den nicht-englischen Massen überall in der Welt zugänglich gemacht würde. Wenn die kostbare Tradition nicht auf diese beiden großen Mehrheiten ausgedehnt werde, würden diese die Minderheit der oberen zehntausend in England ein für allemal überwuchern, was das Ende der Tradition wäre. Um diese Entwicklung zu verhindern, müßten die Massen und das Empire der Tradition teilhaftig werden."
Ruskin und seine verborgenen Hintermänner hatten einen verlockenden Köder ausgelegt, der von seinen Studenten, die alle aus der "obersten Schublade" der englischen Gesellschaft stammten, gierig verschlungen wurde.

Die äußeren Ringe des Bundes der Helfenden

Quigley schreibt dazu: "Ruskins Botschaft hatte eine sensationelle Wirkung. Seine Antrittsvorlesung wurde von einem der Studenten, Cecil Rhodes, der sie dreißig Jahre lang aufbewahrte, wörtlich mitgeschrieben. Cecil Rhodes (1853 bis 1902) beutete die Diamant- und Goldvorkommen Südafrikas aus, stieg bis zum Premierminister der Kapkolonie auf (1890 bis 1896), unterstützte politische Parteien mit Geld und kontrollierte Parlamentarier in England und Südafrika.
In beiden Ländern gelang es ihm, begeisterte Unterstützung für seine Ziele zu erlangen. Mit der finanziellen Hilfe Lord Rothschilds und Alfred Beits gelang es ihm, die südafrikanischen Diamantenfelder … zu monopolisieren und ein riesiges Goldschürf-Unternehmen … zu errichten.
Mitte der 90er Jahre hatte Rhodes ein jährliches Privateinkommen von mindestens einer Million Pfund Sterling, die er so freigebig für seine mysteriösen Vorhaben ausgab, daß sein Konto in der Regel überzogen war. Sein Hauptziel war es, die englischsprechenden Völker zu vereinigen und alle bewohnbaren Gegenden der Erde unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck steckte Rhodes Teile seines Riesenvermögens in die Gründung der Rhodes-Stipendien in Oxford, um so die Tradition der englischen herrschenden Klasse im Sinne Ruskins über die gesamte englischsprechende Welt zu verbreiten."
Professor Quigley zählt im folgenden auf, wieviele Mitglieder der britischen Oberklasse "ergebene Schüler" Ruskins wurden und ihr ganzes Leben dem Verfolg seiner Ideen widmeten.
Am 5. Februar 1891 schloß sich Rhodes' Gruppen mit einer von William Stead, "einem glühenden Sozialreformer", in Cambridge angeführten Gruppe zusammen, um die "Geheimgesellschaft zu gründen, von der Rhodes seit sechzehn Jahren geträumt hatte".
Diese Geheimgesellschaft hatte wie Adam Weishaupts Illuminaten "äußere Ringe", die als "Bund der Helfenden" bekannt waren. In den Gruppen von 1909 bis 1913 organisierte Lord Alfred Milner halbgeheime Gruppen, die als Round-Table-Gruppen bekannt wurden, in den bedeutendsten britischen Kolonien und den Vereinigten Staaten.
Sie blieben miteinander in Verbindung durch persönliche Korrespondenz, häufige Besuche und eine einflußreiche vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "The Round Table", die 1910 gegründet und hauptsächlich mit Sir Abe Baileys Geld finanziert wurde. 1919 gründeten sie das königliche Institut für Internationale Angelegenheiten (Chatham House), dessen Haupt-

Sponsoren Sir Abe Bailey und die Astor-Familie (Besitzer der "Times") waren.
Nach 1925 wurde eine ähnliche Organisationsform, das Institut für Beziehungen im Pazifischen Raum, in zwölf pazifischen Ländern etabliert, deren Sektionen in jeder britischen Kolonie mit der dortigen Round-Table-Gruppe und dem Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten verzahnt waren.
Die Macht und der Einfluß dieser Rhodes-Milner-Gruppe auf Angelegenheiten des Empire und die Außenpolitik nach 1889 sind, obwohl sie nicht allgemein erkannt wurden, kaum zu überschätzen.
Ähnliche Institute für internationale Angelegenheiten wurden von 1919 bis 1927 in den wichtigsten britischen Kolonien und in den Vereinigten Staaten errichtet, wo sie als Rat für äußere Beziehungen - Council on Foreign Relations, CFR - bekannt wurden. …<<

China: Der deutsche Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833-1905, reist durch Süd- und Ostasien sowie Kalifornien, erforscht von 1868-72 China) schreibt um 1872 über seine Forschungsreise durch China (x239/193): >>Jetzt versuche ich, etwas mehr Aufmerksamkeit für einen neuen Handelsweg nach dem südwestlichen China zu erregen, den die Franzosen in Angriff nehmen, während die anderen Nationen mit verbundenen Augen zusehen. ...
Es handelt sich dort um die Hebung großer Schätze von Kupfer, Zinn und anderen Metallen, die außerordentlich billig produziert werden, bis jetzt aber nie einen Ausweg finden konnten. ...
Allein China birgt andere Schätze für den Weltmarkt, welche ihrer Hebung warten. Der Bedeutendste unter ihnen ist die unermeßlich große, überaus billige und intelligente Arbeitskraft. ... Das mechanische Talent des Chinesen macht es ihm leicht, auf allen Gebieten der technischen Industrie die ihm gelehrten Handgriffe mit Geschicklichkeit auszuführen. Zähe Ausdauer und äußerste Geduld unterstützen dabei sein Aneignungstalent. ... Er erfüllt am vollkommensten das Ideal einer menschlichen Arbeitsmaschine, nicht allein, weil er gleichförmig wie eine Maschine, sondern auch weil er zugleich intelligent arbeitet. ...
Fremdes Kapital wird nicht verfehlen, die Gelegenheit zur billigen Herstellung von Manufakturen für den Weltmarkt zu benutzen. ...<<

Japan: Im Jahre 1872 wird in Japan die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

1873

Deutsches Reich: Der preußische Staat kontrolliert ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründet Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152): >>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<
>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...
Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...
Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...
Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrükkung der Kirche handelte.
Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königs-

herrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >>Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrumspartei in offenen Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich, und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt.

Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg (1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Während des preußischen "Kulturkampfes" bekämpft die Regierung die katholische Kirche auch in den "neuen Provinzen" und versucht die polnische Bevölkerung mit allen Mitteln zu germanisieren. In den polnischen Schulen wird ab 1873 die polnische Unterrichtssprache verboten und seit 1876 gilt nur noch die deutsche Amtssprache.

Im Oktober 1873 ereignet sich an der Berliner Börse ein Kurssturz, da zahlreiche Aktiengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Hauptursachen für die Börsenkrise sind jedoch vor allem Firmenzusammenbrüche in Ungarn, Österreich und in den USA aufgrund von Spekulationsgeschäften (x092/603).

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über die Folgen dieser Finanzkrise für die jüdische Bevölkerung (x051/29): >>Antisemitismus ... Grundlage des Antisemitismus bildete die Minoritätensituation, in der die Juden in vielen europäischen Nationalgesellschaften lebten.

Die Minorität der Juden wurde, wie grundsätzlich auch andere Minoritäten, zum Objekt der Aggression für die Majorität. Die Juden übernahmen die Rolle des Sündenbocks, dem man die Schuld oder doch wenigstens die Mitschuld am nationalen Unglück zuschrieb.

Als der historische Augenblick für die Entstehung des modernen Antisemitismus in Deutschland ist die ökonomische und soziale Krise von 1873 anzusehen, die "Gründerkrise", die Teil einer Weltwirtschaftskrise war und eine Phase der Depression einleitete. Ein tiefer Pessimismus griff um sich und äußerte sich als Kritik am "Geist des Kapitalismus".

Negativ wirkte sich nun auch die Schwäche des politischen Liberalismus in Deutschland aus, dem es bisher nicht gelungen war, die Gesellschaft tiefgreifend zu prägen. Die Krise wurde von den antiliberalen Kräften als Chance für eine Gegenbewegung begriffen, in der die Gesellschafts- und Kulturpolitik eine zentrale Stellung einnahm.

Seit Mitte der 1870er Jahre entwickelte sich eine antisemitische Publizistik, an der sich die ursprünglich liberale "Gartenlaube", die konservative "Kreuzzeitung" sowie katholische Blätter beteiligten. Ein erster Höhepunkt lag in der rassistischen Publizistik von Marr und den Massenversammlungen des Hofpredigers Stoecker während des Jahres 1879, als der Begriff Antisemitismus gebräuchlich wurde. Im November 1880 kam es aufgrund einer "Antisemiten-Petition" zu einer Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus, in der sich Fraktionsmitglieder

der Konservativen und des Zentrums gegen die Juden äußerten.
In der ökonomischen Krise von 1873, die eine kapitalistische Systemkrise darstellte, wäre theoretisch auch eine Ableitung gesellschaftlicher Aggressionen auf die sozialistische Arbeiterbewegung denkbar gewesen.
Daß dann vorrangig die Juden angegriffen wurden, läßt sich aus den besonderen Bedingungen der jüdischen Existenz in Deutschland erklären. Die Juden bildeten im 18. Jahrhundert neben Bürgertum, Klerus und Adel eine Randgruppe der ständischen Gesellschaft. Der Prozeß der Überwindung der ständischen Gesellschaft verlief bei den Juden parallel zu dem des Bürgertums, war aber in Deutschland mit großen Schwierigkeiten, Rückschlägen und ständigen Kompromissen verbunden.
So wie sich das Bürgertum in Deutschland während des 19. Jahrhunderts immer wieder mit Teilmodernisierungen zufriedengeben mußte, ohne das es seinen Herrschaftsanspruch voll durchsetzen konnte, so war auch das Judentum auf Zwischenschritte im Prozeß der Emanzipation angewiesen.
Die Judenfrage blieb über mehrere Generationen ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung; immer neue Diskussionen führten dazu, daß die antijüdischen Stereotypen, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten, stets neu belebt wurden.
So kann es nicht überraschen, daß wenige Jahre nach dem Abschluß der Emanzipation durch die Reichsgesetzgebung von 1871 die Judenfrage im Sinne des Antisemitismus neu aufgeworfen werden konnte.
Hinzu kam, daß die Juden als soziale Gruppe spezifische Merkmale aufwiesen, die ihre Verbindung mit der ökonomischen Krise nahelegten: Sie waren überdurchschnittlich in Banken, Handel und Presse tätig, sie profitierten von den Aufstiegsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems und waren vielfach "Wortführer der Traditionskritik und einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft" (Rürup).
Wenn allerdings der Antisemitismus an den Judenhaß des Mittelalters und der frühen Neuzeit anknüpfte, so bestanden doch große Unterschiede.
Der Antisemitismus war eine Bewegung, der sich nicht wie der Judenhaß des Mittelalters gegen die Religion der Juden richtete, sondern sich an der Situation nach dem Abschluß der Emanzipation entzündete. ...<<
Italien: Papst Pius IX. kritisiert am 7. August 1873 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I. die preußischen Kulturkampfgesetze gegen die katholische Kirche (x092/602): >>Majestät!
Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab.
Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßnahmen veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe auffinden kann.
Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Eurer Regierung nicht billigen. ...
Ich rede mit Freimut, denn mein Panier (Wahlspruch) ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. ...<<
Spanien: Die Republikaner zwingen den spanischen König Amadeus I. von Savoyen im Jahre 1873 zur Abdankung. Die Cortes (spanische Volksvertretung) ruft danach die Erste Republik Spaniens aus. Nach Errichtung der Republik erhält das wirtschaftlich dominierende Katalonien ein Autonomiestatut, um die seit dem 19. Jahrhundert in Katalonien entstandenen Unabhängigkeitsbewegungen zu befrieden.
Die Republikaner können jedoch weder eine starke Regierung noch geordnete Verhältnisse in Spanien schaffen, denn die 1. Republik wird durch den 3. Karlistenkrieg, die kubanischen Aufstände und die Unruhen in den Provinzen im Süden und Südosten des Landes entschei-

dend geschwächt.
Schweiz: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1873-1884 (x814/763-764): >>... Der Bischof Lachat von Basel verkündete trotz des Verbots der Diözesankonferenz das Unfehlbarkeitsdogma, entsetzte und exkommunizierte die das Dogma nicht anerkennenden Pfarrer ... und wies die Aufforderung, diese Entsetzungen zurückzunehmen, schroff ab.
Deshalb sprachen die Kantone (außer Zug und Luzern) am 29. Januar 1873 die Amtserledigung des Bistums aus und schritten, da das Domkapitel sich weigerte, einen Bistumsverweser zu ernennen, am 21. Dezember 1874 zur Aufhebung des Bistums und zur Liquidation seines Vermögens; Lachat verlegte seinen Sitz von Solothurn nach Luzern.
Als 97 Geistliche des bernischen Jura gegen das Verfahren der Diözesankonferenz protestierten und Lachat als ihren rechtmäßigen Bischof erklärten, wurden sie abgesetzt und, nachdem Unruhen in einzelnen Gemeinden durch militärische Besetzung unterdrückt worden, ausgewiesen (Januar 1874).
Diese letztere Maßregel mußte allerdings auf Anordnung des Bundes 1875 als verfassungswidrig zurückgenommen werden. Doch billigte das Berner Volk mit 70.000 gegen 17.000 Stimmen das Kirchengesetz, durch welches der Kanton Bern seine Staatshoheit in Kirchensachen wahrte.
Ein anderer Konflikt brach in Genf aus, wo der Stadtpfarrer ... sich ohne Genehmigung der Regierung die bischöflichen Gewalten über die dortigen Katholiken hatte übertragen lassen und trotz Protest des Staatsrates ausübte. Deswegen am 20. September 1872 abgesetzt, wurde er von der römischen Kurie am 16. Januar 1873 zum apostolischen Vikar des Kantons Genf ernannt, aber vom Bundesrat ausgewiesen.
Weil der Papst am 21. November in einer Enzyklika das Vorgehen der Schweizer Behörden als "schmachvoll" bezeichnete, brach der Bundesrat alle Beziehungen mit der Kurie ab und stellte dem in Luzern residierenden Nuntius seine Pässe zu.
In Genf wurden die kirchlichen Verhältnisse durch Staatsgesetze neu geregelt, den Gemeinden das Recht der Pfarrerwahl übertragen und alle Korporationen aufgehoben (1875). Da die römischen Katholiken sich weigerten, den neuen Kirchengesetzen zu gehorchen, verloren sie die landeskirchlichen Privilegien, welche nun auf die christ- (alt-) katholischen Gemeinden übergingen ...
Der kirchliche Streit verlor seine Schärfe, und 1878 unterwarfen sich die römischen Katholiken in Bern und Solothurn den Kirchengesetzen. Die römische Kurie verzichtete auf ihren Plan, in Genf ein Bistum zu errichten, und ernannte Mermillod 1883 zum Bischof von Lausanne; durch seine Versicherung, daß er den Staatsgesetzen loyal gehorchen werde, erwirkte Mermillod seine Anerkennung durch den Bund, während der Kanton Genf ihm dieselbe verweigerte.
1884 wurde dann auch im Einvernehmen mit dem Papste die Wiederherstellung des Bistums Basel beschlossen, ... Lachat leistete auf das Bistum Verzicht, und der Propst des Domkapitels zu Solothurn, Fiala, wurde zum Bischof ernannt.<<
Belgien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Belgiens von 1873-1884 (x802/658-659): >>(Belgien) ... Der lange zurückgedrängte Klerus machte sich nun die Herrschaft der ultramontanen Partei zu nutze, um in Belgien das Ideal eines ultramontanen Staates zu verwirklichen.
Er beherrschte das ganze Volksschulwesen, hatte seine besonderen von Jesuiten geleiteten Gymnasien und eine eigene Universität, welche Anstalten weit stärker besucht waren als die vom Staat geleiteten. Die Zahl der Klöster war binnen 20 Jahren von 779 mit 11.968 Mönchen und Nonnen auf 1.700 mit 22.600 Mönchen und Nonnen gestiegen, und in diesen Klöstern wurde die ganze weibliche Jugend aller Stände erzogen. Die Gemeinderats- und Kammerwah-

len waren großenteils von dem Klerus abhängig. Die Gesetze wurden von den Klerikalen nur so weit respektiert, als sie ihren Grundsätzen entsprachen.
So wurden 1873 von den Kirchhöfen, die in Belgien Gemeindeeigentum ohne konfessionellen Charakter sind, wiederholt solche Tote, welche im Leben sich der Kirche nicht gefügt hatten, ausgeschlossen oder nur unter beleidigenden Formalitäten zugelassen und eine Beschwerde darüber von der Kammer zurückgewiesen. Die Ursache dieser Mißstände lag in dem in die Verfassung aufgenommenen sehr bedenklichen Grundsatz von der Selbständigkeit der Kirche, von der Trennung der Kirche vom Staat, einem Grundsatz, welcher jahrzehntelang als staatsmännische Weisheit und als ein besonderer Vorzug Belgiens galt.
So war es nicht zu verwundern, wenn nach Erlaß des deutschen Jesuitengesetzes und der preußischen Maigesetze die belgische Presse eine sehr heftige Sprache gegen Deutschland führte, obgleich Belgien die Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber den französischen Eroberungsplänen nur der Haltung Deutschlands zu danken hatte.
Daß auch die ... Presse und die Bischöfe in ihren Hirtenbriefen dieses Beispiel nachahmten, ja Adressen an die preußischen Bischöfe erlassen wurden, welche diese zur weiteren Auflehnung gegen die Staatsgesetze aufforderten, veranlaßte den deutschen Reichskanzler 1874 und 1875 zu diplomatischen Schritten beim belgischen Ministerium, welche zur Folge hatten, daß die Sprache mäßiger wurde.
Die Mißstimmung im Land gegen die Herrschaft der klerikalen Partei wuchs inzwischen und verhalf den Liberalen bei den Gemeindewahlen vom 26. Oktober 1875 zu mehreren Siegen. Auch vollzog sich allmählich eine Annäherung zwischen den flämischen und den wallonischen Liberalen, welche die schroff ablehnende Haltung der alten Doktrinäre gegen die flämische Sprache aufgaben.
Aber die Hoffnung, daß schon am 13. Juni 1876 bei der Neuwahl der Hälfte der Kammern die klerikale Majorität gestürzt werden könne, erfüllte sich noch nicht.
Durch rücksichtslosen Terrorismus und offenbare Wahlkorruption errang der Klerus namentlich in Antwerpen wiederum den Sieg. Bara beantragte im Namen der Liberalen nach Eröffnung der Kammern am 14. November die Beanstandung der Wahlen in Antwerpen, Brügge und Ypern, indem er die von der Geistlichkeit ausgeübte Wahlkorruption enthüllte. Aber die Wahlen wurden am 23. November sämtlich von der klerikalen Majorität genehmigt, und Malou versprach nur fürs nächste Jahr die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Wahlkorruption.
Dieses Gesetz, welches übrigens auch die Zahl der städtischen Deputierten vermehrte, wurde am 7. Juli 1877 mit 73 gegen 22 Stimmen von der Zweiten Kammer angenommen, nachdem Malou einen Paragraphen, welcher die Beeinflussung der Wahlen im Beichtstuhl für erlaubt erklärte, zurückgezogen hatte.
Diese Nachgiebigkeit gegen die Liberalen erbitterte die Geistlichkeit aufs höchste. Die eigentlichen Ultramontanen waren überhaupt mit der Regierung, so willfährig sie sich auch gezeigt hatte, in keiner Weise zufrieden.
Während sie früher die belgische Verfassung mit dem Grundsatz der Freiheit der Kirche als Muster hingestellt, Presse- und Vereinsfreiheit gepriesen hatten, erklärten sie nun, da die Kirche ihre Freiheit zu einer ungeheuren Machtentfaltung benutzt hatte und der Papst in Belgien mächtiger war als in Rom selbst, da sie mithin hoffen konnten, Belgien zu einem zweiten Kirchenstaat umzugestalten, diese vielgerühmte Verfassung für gottlos und mit den Rechten der Kirche unvereinbar und forderten, daß die politischen und sozialen Verhältnisse nach den Vorschriften des Syllabus geordnet werden müßten.
Diese Ausschreitungen schwächten jedoch die Klerikalen als politische Partei und stachelten die Liberalen zur Einheit und zur äußersten Kraftanstrengung bei den Ergänzungswahlen an, welche am 11. Juli 1878 stattfanden. Und wirklich errangen die Liberalen einen über alle Er-

wartung glänzenden Sieg, indem ihnen namentlich Antwerpen zufiel, so daß sie im Senat eine Majorität von sechs, in der Zweiten Kammer eine von elf Stimmen erhielten. ...
Die Kammern wurden im Juli zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen und genehmigten vor allem die Errichtung eines Unterrichtsministeriums, um ein neues Unterrichtsgesetz auszuarbeiten, das die Herrschaft des Klerus über die Schule einzuschränken bestimmt war. Das neue Gesetz wurde den Kammern 1879 vorgelegt; es ging im wesentlichen auf das Gesetz von 1842 zurück, das der Klerus bisher einfach unbeachtet gelassen (hatte), erneuerte und verschärfte die Bestimmungen über die Staatsaufsicht und beschränkte die Tätigkeit der Geistlichkeit auf den Religionsunterricht. Das Gesetz wurde nach langen Debatten von den Kammern genehmigt und 10. Juli 1879 verkündet.
Der Klerus erhob nicht bloß Protest, sondern belegte die Staatsschulen ohne weiteres mit dem Bann, um die Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die freien, vom Klerus errichteten Schulen zu schicken. Indes hatte er dabei keinen durchschlagenden Erfolg.
Die Regierung blieb fest. Sie versuchte anfangs, den Papst Leo XIII. zu veranlassen, daß er mäßigend auf die belgische Geistlichkeit einwirke. Dieser ging scheinbar darauf ein. Als die Regierung aber 1880 erkannte, daß die römische Kurie heimlich den Widerstand der Bischöfe sogar gebilligt hatte, trug sie keine Bedenken, die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl abzubrechen.
Im Jahr 1881 wurde die Zahl der Staatsgymnasien verdoppelt. Am Wahlgesetz wurden mehrere Änderungen vorgenommen, um der ultramontanen Korruption vorzubeugen. An der Durchführung des Schulgesetzes wurde eifrig gearbeitet, um das Volk von den klerikalen Fesseln zu befreien. Die öffentliche Meinung schien durchaus auf seiten der liberalen Regierung zu stehen. Die Feier des 50jährigen Bestandes der belgischen Unabhängigkeit im August 1880 war eine glänzende.
Ein wunder Punkt für das Ministerium ... waren die Finanzen; das Defizit im Staatshaushalt wuchs mit jedem Jahr, und man sah sich zu neuen Steuern und zur Erhöhung bestehender genötigt. Um so wirksamer war die Agitation der Ultramontanen gegen die Staatsschulen, welche das Budget allerdings mit großen Kosten belasteten. Dazu kam, daß eine radikale Fraktion unter Führung des Brüsseler Deputierten Janson die Einheit in der liberalen Partei durch unzeitgemäße Anträge störte und besonders durch das Verlangen des allgemeinen Wahlrechts bei den Kammerwahlen die besitzenden Klassen beunruhigte.
Die Neuwahlen für die Deputiertenkammer am 10. Juni 1884 fielen daher zu ungunsten der Liberalen aus; namentlich verloren sie durch ihre Uneinigkeit sämtliche Sitze in Brüssel, die an eine sogenannte Mittelpartei, ... Klerikale, fielen.
Die Mehrheit der ultramontanen Partei betrug 32 Stimmen. Die im Juli folgenden Senatswahlen ergaben eine klerikale Majorität von 17 Stimmen. Das liberale Ministerium trat sofort ab und wurde durch ein streng ultramontanes ... ersetzt. Dieses stellte sofort die diplomatischen Beziehungen mit der römischen Kurie her und brachte ein Schulgesetz in den Kammern ein, welches den Gemeinden gestattete, die Staatsschule aufzuheben und eine klerikale freie Schule für die öffentliche zu erklären.
Da die Stich- und Gemeindewahlen zeigten, daß das Land die schroffe Haltung der neuen Minister doch nicht billigte, so berief der König im Oktober 1884 ein gemäßigteres klerikales Kabinett, ... welches das neue Schulgesetz in den Kammern zur Annahme brachte. ...<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1873-1875 (x807/828-829): >>(Großbritannien) ... Im Herbst des Jahres 1873 wurde Großbritannien in einen Krieg in Afrika verwickelt.
Schon 1872 hatten die Niederlande ihre Niederlassung Elmina an der Goldküste an Großbritannien abgetreten, und diese war mit den britischen Besitzungen daselbst, deren Hauptort Cape Coast Castle war, vereinigt worden. Der Stamm der Aschanti, das mächtigste unter den

Negervölkern daselbst, glaubte sich dadurch vom Meer abgeschnitten und eröffnete die Feindseligkeiten gegen die Briten.
Die Regierung rüstete eine Expedition unter Sir Garnet Wolseley aus, welcher, wenn auch unter bedeutenden durch das Klima verursachten Verlusten, am 7. November die Aschanti schlug, dann einen Zug ins Innere unternahm, die Hauptstadt der Aschanti, Kumassi, zerstörte und den König Koffie am 13. Februar 1874 zum Frieden und zur Zahlung einer Entschädigung von 200.000 Pfund Sterling nötigte.
So stolz man auch in Großbritannien auf diese Erfolge war (der Sieger erhielt eine Nationalbelohnung), so trugen dieselben doch zur Befestigung der Regierung nichts bei; ja, insofern die bedeutenden Kriegskosten ohne Bewilligung des Parlaments verausgabt waren, erschütterten sie dieselbe eher. ...
Nach Schluß der Session von 1874 erfolgte eine Erweiterung des britischen Kolonialgebietes, indem demselben am 26. September die Fidschiinseln auf den Wunsch ihrer Häuptlinge einverleibt wurden. ...
Die Fortschritte Rußlands im inneren Asien erregten trotz der beruhigenden Versicherungen der russischen Regierung in Großbritannien steigenden Argwohn. Der Aufstand der Herzegowina im Sommer 1875 und die schlechte Lage der türkischen Finanzen erweckten neue Zweifel an der Lebensfähigkeit der Türkei, dieses Schoßkindes der englischen Politik.
Da griff Disraeli im November 1875 zu und verstärkte durch den Ankauf eines großen Teiles der Suezkanalaktien die Stellung Englands in Ägypten; er sicherte dadurch demselben die nächste Verbindung mit Indien, nachdem Derby Frankreich an jenem Ankauf durch Drohungen gehindert hatte. Auch die 1871 begonnene Reform des Landheeres wurde wieder in Angriff genommen, um die Wehrhaftigkeit des Reiches zu erhöhen.
In diesem Zusammenhang gewann auch die Reise nach Indien, welche der Prinz von Wales am 11. Oktober 1875 angetreten hatte, erhöhte Bedeutung. Der großartige Empfang, der ihm auch von den eingeborenen Fürsten bereitet wurde, zeigte der Welt, wie fest gewurzelt hier die britische Herrschaft sei. ...<<
USA: Die Zeitung "Denver Tribune" berichtet im Jahre 1873 über die Utes-Indianer, die man in Reservate abschieben will (x122/389): >>Die Utes sind praktisch Kommunisten, und die Regierung sollte sich schämen, sie in ihrem Müßiggang und ihrer liederlichen Vergeudungssucht zu fördern und zu ermutigen.
Sie leben von den Gaben eines fürsorglichen, doch idiotischen Indian Bureau und sind sogar zu faul, sich auf ordnungsgemäße Weise ihre Rationen abzuholen, sondern bestehen darauf, sich zu nehmen, was sie wollen, ganz gleich, wo sie es finden. ...<<
Asien: Französische Truppen besetzen ab 1873 Tongking (Vietnam).

1874

Deutsches Reich: Im Jahre 1874 verstärkt sich die große Wirtschaftskrise (1873-74). Viele Unternehmen, die zu wenig Eigenkapital besitzen, gehen Bankrott. Ungezählte Groß- und Kleinaktionäre verlieren ihr Geld. Aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz, die ihre Produkte vielfach unter den Herstellungskosten anbietet, fordern Großindustrielle und adlige Gutsbesitzer staatliche Schutzzölle auf die Einfuhr von ausländischen Waren.
Kaiser Wilhelm I. schreibt am 2. Mai 1874 über das Offizierskorps (x092/604): >>Je mehr anderwärts Luxus und Wohlleben um sich greifen, um so ernster tritt an den Offiziersstand die Pflicht heran, nie zu vergessen, daß es nicht materielle Güter sind, welche ihm seine hochgeehrte Stellung im Staate und in der Gesellschaft erworben haben und erhalten werden.
Nicht nur, daß die kriegerische Tüchtigkeit des Offiziers durch eine verweichlichende Lebensführung beeinträchtigt werden könnte, sondern völlige Erschütterung des Grundes und Bodens, worauf der Offiziersstand steht, ist die Gefahr, welches das Streben nach Gewinn und Wohlleben mit sich bringen würde.

Je eifriger das Offizierskorps treue Kameraden- und richtigen Korpsgeist pflegt, um so leichter wird es Ausschreitungen vorbeugen, auf Abwege geratene Kameraden auf die richtigen Bahnen zurückleiten, unnütze Händel und unwürdige Zänkereien vermeiden.<<

Das Reichgesetzblatt verkündet am 4. Mai 1874 (x056/268): >>§ 1 Einem Geistlichen, ... welcher durch gerichtliches Urteil aus seinem Amt entlassen worden ist und hierauf eine kirchliche Handlung vornimmt, ... kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten ... Orten versagt oder angewiesen werden. Besteht die Handlung in der ... Anmaßung des Amtes, oder in der tatsächlichen Ausübung, ... oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit ... verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden ...<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel schreibt im Jahre 1874 in einer Wahlkampfbroschüre der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (x239/148): >>Als am 3. März 1871 unter dem Glockengeläute und Kanonendonner für den Versailler Frieden dieser Reichtag gewählt wurde, gab es wohl viele, die hoffnungsselig ihm entgegensahen. ...

Aber das durch "Blut und Eisen" mühsam zusammengeschweißte "Reich" ist kein Boden für bürgerliche Freiheit, geschweige für die soziale Gleichheit.

Staaten werden mit den Mitteln erhalten, durch die sie gegründet wurden. Der Säbel stand als Geburtshelfer dem "Reich" zur Seite, der Säbel wird es ins Grab begleiten. ...

Wir geben uns keinen Illusionen hin: wir glauben nicht, daß das allgemeine Wahlrecht ein Heilmittel oder eine Wünschelrute ist, durch welche das arbeitende Volk das Glück sich herbeiführen kann. Wir glauben auch nicht, daß es ihm unter den heutigen Verhältnissen gelingen wird, die Machtverhältnisse umzugestalten. Und dennoch muß das arbeitende Volk das angeführte Mittel als das einzige benutzen, welches ihm augenblicklich gegeben ist, um seine Stimme zu erheben, für seine vorenthaltenen Rechte einzutreten. ...<<

Island: Der Dichter Matthias Jochumsson (1835-1920) verfaßt im Jahre 1874 den Text der späteren Nationalhymne Islands (x230/69):

>>O Gott des Landes! Land von Gott!
Dein Name sei uns heilig, ja heilig alle Stund'.
Dir winden aus Sonnensystemen den Kranz
Deine Scharen, Äonen im Bund!
Vor dir ist ein Tageslauf tausend Jahr',
Sind tausend Jahr' nichts als ein Tag:
Ein Ewigkeitsblümlein in Wettergefahr,
Das ohne Gott gar nichts vermag.
Islands tausend Jahr', Islands tausend Jahr',
Ein Ewigkeitsblümlein in Wettergefahr,
Das ohne Gott gar nichts vermag.<<

Spanien: General Martinez Campos erhebt sich 1874 in Sagunto, um die Rückkehr der Bourbonen (Restauration der französischen Bourbonenherrschaft) durchzusetzen. Nach dem Militärputsch wird die Monarchie reaktiviert und Alfons XII. (1857-1885, Sohn der Königin Isabella II.) im Jahre 1874 zum König Spaniens ernannt.

Frankreich: Der französische Publizist Paul Leroy-Beaulieu erläutert im Jahre 1874 die großen Vorteile von Kolonien (x239/174): >>Die große Nützlichkeit der Kolonien liegt nicht allein darin, daß sie als Auffangbecken für den Bevölkerungsüberschuß des Mutterlandes dienen, und auch nicht darin, daß sie dessen überschüssiges Kapital ein Betätigungsfeld unter besonders rentablen Bedingungen eröffnen.

Darüber hinaus wird durch sie der Handel des Mutterlandes zu dynamischer Entfaltung angeregt, wird die Industrie aktiviert und in Gang gehalten; die Bevölkerung des Mutterlandes, Industrielle, Arbeiter und Verbraucher, erlangen durch sie wachsende Gewinne, Löhne und

Annehmlichkeiten. ...
Die expansive Kraft eines Volkes, seine Fähigkeit zur Fortpflanzung, seine Ausweitung und Vervielfachung über räumliche Grenzen hinweg liegt in der Kolonisation. Sie ist die Unterwerfung des gesamten oder eines Teils des Universums unter seine Sprache, Sitten, Ideen und Gesetze.
Ein Volk, das kolonisiert, ist ein Volk, welches das Fundament für seine Größe in der Zukunft und für seine künftige Vorherrschaft legt. Alle lebendigen Kräfte der kolonisierenden Nationen erfahren eine Intensivierung durch diese Ausbreitung ihrer überschüssigen Energien. ...<<

1875

Deutsches Reich: Gemäß Reichspersonenstandsgesetz wird am 6. Februar 1875 die Zivilehe (durch Eheschließung vor dem Standesbeamten begründete Ehe) im gesamten Deutschen Reich gesetzlich vorgeschrieben. Die kirchliche Eheschließung darf erst nach der standesamtlichen erfolgen. Die Ehescheidung wird ebenfalls zivilrechtlich geregelt.
Reichskanzler Bismarck läßt ferner alle kirchlichen Orden (außer Krankenpflegeorden) verbieten. Pfarrer, die sich den neuen Gesetzen nicht unterordnen, erhalten kein Gehalt mehr und illoyalen Geistlichen wird die Staatsbürgerschaft entzogen.
August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründen im Jahre 1875 durch Zusammenschluß von ADAV und SDAP in Gotha die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".
Wilhelm Liebknecht fordert im Programm dieser neuen Partei (x145/126): >>... Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.
Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen, nur eine reaktionäre Masse sind.
Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896, ab 1866 Professor für Geschichte, 1871-84 Mitglied des Reichstages) schreibt im Jahre 1875 über die Eroberung neuer Gebiete in Afrika und Asien (x261/171): >>... So ist jene Kolonisation ... für die Zukunft der Welt ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird abhängen, in welchem Maße jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilhaben wird; es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.
Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist, und das Ergebnis unseres nächsten glücklichen Krieges muß womöglich die Erwerbung irgendeiner Kolonie sein. ...<<

Rußland: Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1875-1885 (x834/101,103-104): >>(Rußland) ... Die ungerechte Behandlung, welche die Pforte ihren christlichen Untertanen angedeihen ließ, und ihre Weigerung, den im Pariser Vertrag von 1856 übernommenen Verpflichtungen vollständig nachzukommen, benutzte Rußland als eine neue Kriegsfrage. Der Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien im Juli 1875 veranlaßte zunächst die diplomatische Intervention der russischen Regierung.
Sie legte bei der Dreikanzlerzusammenkunft in Berlin vom 11. bis 14. Mai 1876 das sogenannte Berliner Memorandum vor, dessen Annahme an der Weigerung Englands scheiterte. Montenegro und besonders Serbien, welche im Juli der Pforte den Krieg erklärt hatten, wurden von Rußland in nicht offizieller Weise unterstützt und letzteres, als es, dem Untergang nahe, die Hilfe Rußlands anrief, durch das der Pforte gestellte Ultimatum des Zaren vom 30.

Oktober gerettet.
Am 10. November erklärte Kaiser Alexander, von der öffentlichen Meinung gedrängt, seinen Entschluß, der Pforte den Krieg anzukündigen, falls diese keine Garantien für die Ausführung der von den Großmächten gestellten Forderungen gebe.
Als die in Konstantinopel vom 23. Dezember 1876 bis 20. Januar 1877 tagende Konferenz der Bevollmächtigten der Großmächte und das Londoner Protokoll vom 31. März 1877 zu keinem Resultat führten, wurde der Krieg durch das vom 24. April 1877 datierte Kriegsmanifest des Kaisers verkündigt.
Rußland war trotz des tapferen Widerstandes der Türkei schließlich siegreich. Die Pforte bat um Waffenstillstand; derselbe wurde nebst den Präliminarfriedensbedingungen am 31. Januar 1878 zu Adrianopel unterzeichnet, am 3. März der Friedensvertrag von San Stefano abgeschlossen. Aber die Ziele, welche Rußland nach seinen Waffenerfolgen anstrebte, veranlaßten das Einschreiten Englands.
Nach langen Verhandlungen kam durch die Vermittlung der deutschen Regierung der Berliner Kongreß zustande, der die orientalischen Verhältnisse endgültig regeln sollte und unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck am 13. Juni 1878 eröffnet wurde.
In dem am 13. Juli unterzeichneten Friedensvertrag erhielt Rußland von Türkisch-Asien die Gebiete von Kars, Ardahan und Batum, und der durch den Pariser Vertrag 1856 von Rußland an die Türkei abgetretene Teil von Bessarabien wurde von Rumänien, das die Dobrudscha erhielt, an Rußland zurückgegeben. Dagegen mußte Rußland zu einigen, von den Friedensbestimmungen von San Stefano abweichenden Abmachungen über die künftige Gestaltung der Balkanhalbinsel seine Zustimmung geben.
Der ... Zweck des Krieges, Befreiung der russischen Stammes- und Glaubensgenossen von der türkischen Willkürherrschaft, war erreicht; der eigentliche Zweck, Rußland einen übermächtigen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu verschaffen, war verfehlt, während Österreich und England, die keinen Teil an dem Kriege genommen hatten, das eine mit der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, das andere mit der Cyperns betraut wurden.
Daher war in Rußland weder Regierung, noch Armee, noch Presse mit den Ergebnissen des Krieges zufrieden, und Deutschland wurde der unbegründete Vorwurf gemacht, es habe auf dem Berliner Kongreß Rußland um die Früchte des Krieges gebracht.
Die Folge dieser Spannung zwischen Rußland und Deutschland war, daß im Sommer 1879 in Paris über den Abschluß eines russisch-französisches Bündnisses verhandelt wurde, daß zur Beilegung der politischen Mißstimmung Kaiser Wilhelm I. am 3. September in Alexandrowo eine Zusammenkunft mit Kaiser Alexander hatte, und daß Fürst Bismarck, um Deutschland gegen die Gefahr einer russisch-französischen Offensivallianz zu sichern, in Gastein und in Wien eine Defensivallianz mit Österreich abschloß.
Gleichzeitig mit diesen den Sturz der türkischen Herrschaft bezweckenden Bestrebungen erfolgte das Vorgehen Rußlands in Zentralasien. Ein Konflikt mit China wegen Kaschgar (in Ostturkestan) wurde 1874 durch englische Intervention beigelegt, das 1871 okkupierte Kuldschagebiet 1881 an China zurückgegeben, außer einem kleinen Distrikt nordöstlich vom Fluß Ili.
Durch den Feldzug Skobelews wurden 1881 die ... Turkmenen unterworfen und ihr Gebiet Rußland einverleibt. ...<<
>>... Um den administrativen Zusammenhang der deutschen Provinzen Livland, Kurland und Estland zu zerreißen, wurde durch Ukas vom 6. Februar 1876 das Generalgouvernement der baltischen Provinzen aufgehoben. 1878 wurde den baltischen Städten die russische Städteverfassung aufgezwängt.
Die gleichen Nivellierungstendenzen verfolgte den Polen gegenüber der Ukas vom Jahr 1876, welcher im Generalgouvernement Warschau das neue russische Gerichtsverfahren einführte

und die besondere "politische Kanzlei" auflöste.
Neben dem reaktionären Altrussentum und dem Panslawismus, die in der öffentlichen Meinung immer mehr zur Herrschaft gelangten, und deren Tendenzen auch die Regierung nachgeben mußte, war in der Gärungszeit der letzten Jahrzehnte die revolutionäre Richtung des Nihilismus entstanden.
Die Regierung suchte ihm durch einen Erlaß vom 24. Mai 1865, der die Behörden zum kräftigsten Einschreiten aufforderte, entgegenzuwirken, aber erfolglos. Aus nihilistischen Kreisen ging das mißlungene Attentat des Dimitrij Karakosow auf den Kaiser in Petersburg vom 16. April 1866 hervor.
Gefährlich wurde der Nihilismus seit dem Jahr 1878, wo von ihm der Mord, insbesondere der Kaisermord, programmmäßig als das geeignetste Mittel zur Erreichung seiner Ziele proklamiert wurde. Nach dem Attentat auf den Petersburger Stadthauptmann General Trepow und der Ermordung des Generals Mesenzew wurden durch Regierungsdekret alle politischen Verbrechen den Militärgerichten zugewiesen.
Trotzdem mehrten sich die Attentate gegen hohe Beamte, und 1879 begannen die Mordanschläge gegen den Kaiser. Am 14. April feuerte Solowjew auf ihn in der Umgebung des Winterpalais mehrere Revolverschüsse ab, ohne zu treffen; am 1. Dezember, als der Kaiser von Livadia nach Moskau zurückkehrte, wurde ... (durch) Minen der Eisenbahnzug teils umgestürzt, teils zum Entgleisen gebracht; aber das Attentat traf nicht den kaiserlichen Zug, sondern den hinter diesem fahrenden Bagagezug (Güterzug).
Die Missetäter wurden nicht entdeckt. Dem Kaiser wurde von dem Exekutionskomitee mit weiteren Mordversuchen gedroht, wenn er nicht seine Herrschaft aufgebe und dieselbe einer Nationalversammlung übertrage. Am 17. Februar 1880 erfolgte im Winterpalais eine Dynamitexplosion, die aber die kaiserliche Familie nicht traf.
Auf dieses Attentat hin wurde das 1879 in Petersburg (sowie auch in Moskau, Charkow, Odessa, Kiew und Warschau) eingesetzte und mit außerordentlichen Vollmachten versehene Generalgouvernement, das sich machtlos erwiesen hatte, aufgehoben und dem General Loris-Melikow eine Art Diktatur übertragen.
Derselbe war bestrebt, auf dem Gebiete des Gefängniswesens, der Zivilverwaltung und der Presse Reformen durchzuführen und auch auf diesem Wege, nicht bloß durch Gewaltmittel, dem Nihilismus entgegenzutreten, aber auch so vermochte er es nicht, ein Bombenattentat zu verhindern, dem der Kaiser am 13. März 1881, als er nachmittags nach dem Winterpalais zurückfuhr, zum Opfer fiel. Alexander erlag sogleich seinen furchtbaren Verletzungen. ...
Sein Nachfolger, Kaiser Alexander III., entschied sich nach langem Schwanken für Festhaltung am Cäsarismus. In seinem Manifest vom 11. Mai appellierte er an die ihm von Gott verliehene "selbstherrscherliche Gewalt". Darauf ... (reichten) Melikow, der Kriegsminister Graf Miljutin, der Finanzminister Abasa ihre Entlassung ein, und Graf Ignatjew wurde zum Minister des Inneren ernannt. ...
Das nihilistische Exekutivkomitee erließ als Antwort auf das Manifest eine Erklärung, die dem Kaiser mit dem Schicksal seines Vaters drohte. Infolgedessen mußten die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und der Kaiser wechselte mehrmals rasch seinen Wohnsitz, residierte bald in Gatschina, bald in Peterhof, von Polizei und Militär bewacht.
Die Kaiserkrönung fand erst am 27. Mai 1883 in Moskau statt, und am Tage derselben erließ der Kaiser ein Manifest, worin einige Gnadenakte verkündigt und alles Heil des Reiches von der mit göttlicher Weisheit und Stärke begnadigten unumschränkten Machtvollkommenheit des Kaisers abhängig gemacht wurde.
In einem 1885 an den Senat gerichteten kaiserlichen Ukas wurde die bisherige kaiserliche Hausordnung dahin abgeändert, daß nur die Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern und die in unmittelbarer Linie vom Mannsstamm abstammenden Enkel des Kaisers den Titel "Großfür-

sten" und "Großfürstinnen" führen dürfen, daß aber die vom Mannsstamm herkommenden Urenkel des Kaisers als "Fürsten und Fürstinnen von kaiserlichen Geblüt" anzusehen sind.
Die Beziehungen Rußlands zu den auswärtigen Mächten, namentlich zu Deutschland und Österreich, waren unter der Regierung Alexanders III. anfangs durchaus nicht freundlich, und Rußland nahm eine isolierte Stellung ein. Die Nachbarmächte konnten wenig Vertrauen zu einer Regierung fassen, von welcher zwei Mitglieder, Fürst Gortschakow und Graf Ignatjew, ihre entschiedenen Feinde waren, zu einer Regierung, welche an der Westgrenze des Reiches starke Truppenmassen versammelt und wie zu einem raschen Überfall bereit hielt.
Daher führte die Zusammenkunft, welche Kaiser Alexander am 9. September 1881 mit Kaiser Wilhelm in Danzig veranstaltete und welcher auch Fürst Bismarck und Geheimrat von Giers, der Stellvertreter Gortschakows, beiwohnten, zunächst keine Veränderung der gegenseitigen Beziehungen herbei.
Erst als der 84jährige Gortschakow am 9. April 1882 von der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen entbunden, dieses dem Geheimrat von Giers übertragen, Graf Ignatjew am 11. Juni 1882 seines Postens als Minister des Inneren enthoben wurde und Graf Tolstoj an seine Stelle trat, konnte man von einem Sieg der russischen Friedenspartei sprechen. Der neue Minister von Giers gab sich alle Mühe, durch persönliche Besprechungen mit dem Fürsten Bismarck, den er wiederholt besuchte, und mit den leitenden Persönlichkeiten in Wien ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland-Österreich herzustellen.
Kaiser Alexander III. selbst kam bald zu der Einsicht, daß die Sicherheit seiner Dynastie und seines Reiches hauptsächlich auf einem guten Verhältnis mit Deutschland beruhe. Diese Wendung der russischen Politik fand ihren offiziellen Ausdruck in der Zusammenkunft, welche vom 15. bis 17. September 1884 zwischen den Kaisern von Deutschland, Österreich und Rußland in dem polnischen. Lustschlößchen Skernewizy (Skierniewice) stattfand, und welcher auch die leitenden Minister, Fürst Bismarck, Graf Kalnoky und Herr von Giers, beiwohnten.
Die Annäherung Rußlands an die zwei großen Friedensmächte tat sich sofort in allen europäischen Fragen kund. Dieses freundschaftliche Verhältnis erhielt eine Verstärkung durch den Besuch, welchen Kaiser Alexander im August 1885 dem Kaiser Franz Josef in Kremsier abstattete.
Die guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland und Österreich waren aber nur von kurzer Dauer; bald trat an ihre Stelle ein recht gespanntes Verhältnis infolge des Auftauchens der bulgarisch-ostrumelischen Frage. Da Rußland sich in seiner Hoffnung, daß Bulgarien sich freiwillig einer russischen Oberlehnsherrlichkeit unterwerfen werde, getäuscht sah, so suchte es fortan jede innere und äußere Erstarkung Bulgariens zu hemmen.
Alexander III. versagte daher der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien durch den Staatsstreich vom 18. September 1885 seine Zustimmung und gab seiner Abneigung gegen den bulgarischen Fürsten Alexander offenen Ausdruck, indem er ihn aus der russischen Armeeliste streichen ließ. ...<<
Herzegowina: Ab 1875 lehnen sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.
Osmanisches Reich: Ab 1875 führen die Türken jahrelang ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, um den westeuropäischen Wirtschaftsstandard zu erreichen.
Die kostspielige Modernisierung endet später schließlich mit dem Staatsbankrott des Landes (Verpfändung der türkischen Staatseinnahmen, ab 1881 internationale Schuldenverwaltung).
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1875-1879 (x815/930-932): >>(Türkisches Reich) ... Zu immer drückenderen Bedingungen mußten ... von Jahr zu Jahr Darlehen aufgenommen werden; um nur zu Geld zu kommen, schien die türkische Regierung in ihren Zugeständnissen an die Kapitalisten keine

Grenze zu kennen. Sie konnte daher bald auch die Zinsen ihrer auf 5.000 Millionen Franc angewachsenen äußeren Schuld nicht mehr bezahlen.
Am 6. Oktober 1875 erklärte die Pforte, daß sie außerstande sei, von den Zinsen der Staatsschuld mehr als 50 Prozent zu bezahlen, daß sie aber über die ... (restlichen) 50 Prozent 5prozentige Obligationen ausstellen wolle, welche später bar eingelöst werden sollten. Aber alle Versuche, der Mißwirtschaft im Inneren Einhalt zu ... (gebieten), waren erfolglos. ...
1875 brach in der Herzegowina, angeblich durch Steuerdruck hervorgerufen, ein Aufstand aus. Montenegro und Serbien machten sich trotz offizieller Neutralitätserklärung zu Vermittlern der von Rußland ausgehenden Förderung des Aufstandes.
Die lässige Bekämpfung des Aufstandes zog den Türken einige Schlappen zu; sofort wurde der Pforte auf Betreiben Rußlands von den Mächten eine Konsularkommission zur Herstellung des Friedens aufgedrängt, und als die Bemühungen dieser an der ablehnenden Haltung der Aufständischen gescheitert und sogar eine die Pazifikationsbedingungen zusammenfassende Note der Mächte verworfen worden war, als auch eine österreichischerseits versuchte Vermittlung zu nichts geführt hatte: da glaubte die Pforte endlich selbständig agieren zu können.
Durch zwei befestigte Lager hielt sie Serbien in Schach und schnitt die Insurgenten von Montenegro ab, worauf sofort der Aufstand auf einige rauhe Gebirgsgegenden beschränkt wurde. Nun aber trat Ignatjew energisch gegen eine Bedrohung Montenegros auf und erzwang eine Verlegung der türkischen Truppen von der montenegrinischen Grenze.
In diesem Augenblick trat ein anderes verhängnisvolles Ereignis für die Pforte ein: in Saloniki wurden am 6. Mai 1876 der deutsche und der französische Konsul bei einem Tumult von fanatischen Mohammedanern, nicht ohne Verschulden der Behörden, ermordet. Die Pforte beeilte sich, den sehr strengen Genugtuungsforderungen der Mächte gerecht zu werden; doch war ihre vermehrte Isolierung die natürliche Folge des Verbrechens.
Die gegen sie ganz Europa durchzuckende Mißstimmung wurde von Rußland geschickt benutzt. Dasselbe wußte von den beiden verbündeten Kaiserhöfen die Zustimmung zu dem sogenannten Gortschakowschen Memorandum zu erlangen, welches die Schuld an dem Nichtgelingen der Pazifikation der Herzegowina lediglich dem Sultan beimaß und unter Androhung wirksamerer Maßregeln einen zweimonatlichen Waffenstillstand verlangte, um mit den Insurgenten wegen des Friedens zu unterhandeln. Auch die übrigen Mächte, mit Ausnahme Englands, erklärten sich mit dieser Staatsschrift einverstanden.
Alle Schichten der türkischen Nation waren überzeugt, daß Rußland auf das Verderben der Pforte sinne, und daß Eigennutz und Unverstand den Großherrn und seinen ersten Wesir dem Erbfeind als Gehilfen zuführten. Über die Verbindung des Sultans mit Rußland wurden die aufregendsten Gerüchte verbreitet, als wolle Rußland Konstantinopel mit seinen Truppen besetzen, um die neue Thronfolgeordnung mit Gewalt durchzuführen und die Unzufriedenen zu züchtigen, und der russische Botschafter trat denselben mit keiner Ableugnung entgegen.
Am 11. Mai kam es zu stürmischen Auftritten vor dem Palast des Sultans; die Softas (theologische Studenten) hatten sich bewaffnet und verlangten Entlassung Mahmuds, Entfernung Ignatjews und Krieg gegen Montenegro.
Keine Hand rührte sich für Abd ul Asis. Umsonst suchte derselbe durch Berufung eines populären Mannes auf den Posten Mahmuds sich aus der Verlegenheit zu ziehen, er war selbst unmöglich geworden.
Am 29. Mai vereinigte sich der neue Großwesir, Mehemed Ruschdi, mit dem Kriegsminister Hussein Avni und Midhat Pascha, den Sultan abzusetzen und den ältesten Sohn Abd ul Medschids, Murad V., auf den Thron zu erheben. In der Nacht zum 30. Mai wurde die Palastrevolution ohne Blutvergießen durchgeführt. Der abgesetzte Sultan wurde darauf am 4. Juni in dem Palast Tscheragan, wohin man ihn gebracht hatte, auf Befehl der Minister ermordet; man

gab vor, er habe sich durch Aufschneiden der Pulsadern selbst getötet.
Am 15. Juni drang von neuem die Kunde einer grauenhaften Bluttat ins Publikum: drei Minister, darunter der energische Hussein Avni, wurden im Haus Midhats von einem tscherkessischen Offizier ermordet!
Während dies in Konstantinopel geschah, brach an verschiedenen Stellen Bulgariens der von Rußland vorbereitete Aufstand aus. Es war ein Ausrottungskrieg der Bulgaren gegen ihre in der Minderzahl befindlichen mohammedanischen Mitbürger, aber die Urheber hatten sich ... (hinsichtlich) der Ohnmacht der Pforte verrechnet. Von den gegen ihn aufgebotenen Irregulären, denen sich später Linientruppen beigesellten, wurde der Aufstand unter noch barbarischeren Greueln und entsetzlichem Blutvergießen zu Boden geworfen.
Inzwischen hatte auch Serbien seine Rüstungen vollendet und überschritt nunmehr die Grenze, um, wie es in dem Manifest vom 2. Juli 1876 hieß, den aufständischen Nachbarprovinzen den Frieden wiederzugeben. Rußland sandte nach Serbien die Erfordernisse für den Krieg an Geld, Waffen, Munition und vor allem ... Mannschaften. Doch fochten die Serben unglücklich und sahen sich am 29. August genötigt, die Mächte um Vermittlung eines Waffenstillstandes anzugehen, den sie verräterisch brachen, sobald sie durch russische Hilfe ihre Kampffähigkeit wiederhergestellt zu haben glaubten.
Neue Siege bei Alexinatz (Ende Oktober) eröffneten nunmehr den Türken den Weg in das Herz Serbiens; aber ihren Erfolgen gebot ein Telegramm des Kaisers Alexander II. aus Livadia vom 30. Oktober 1876 Halt, welches unter Androhung sofortigen diplomatischen Bruches ihnen binnen 24 Stunden Einstellung ihrer Operationen auferlegte.
Inzwischen war in Konstantinopel Murad V. wahnsinnig geworden; am 31. August folgte ihm sein Bruder Abd ul Hamid II.
In der nichtigen Hoffnung, Rußland durch Nachgiebigkeit zu entwaffnen, unterzeichnete dieser am 31. Oktober die Waffenstillstandsakte, berief seine Truppen aus Serbien zurück und gewährte dem treulosen Vasallenstaat am 1. März 1877 den denkbar günstigsten Frieden unter Herstellung des Status quo ante (Zustand, wie er vorher war).
Gleich nach dem Abschluß des serbisch-türkischen Waffenstillstandes schlug England eine Konferenz vor, welche unter Wahrung der Integrität des Osmanenreichs eine administrative Autonomie für die slawischen Balkanprovinzen feststellen sollte.
Beim Zusammentritt derselben, welche in Konstantinopel tagte, ließ Midhat Pascha, seit dem 19. Dezember 1876 Großwesir, den Sultan seinem Reich eine Verfassung oktroyieren, welche, am 23. Dezember 1876 publiziert, die völlige Rechtsgleichheit aller Pfortenuntertanen proklamierte und als Trumpf von der türkischen Regierung gegen die Ansprüche der Mächte zu Gunsten der Slawen nicht ohne Geschick ausgespielt wurde. Die Konferenz endigte ohne Resultat.
Nachdem sie selbst ihre Beschlüsse herabgemildert (hatten), wurden diese von Midhat dem Großen Diwan, einer Versammlung von gegen 300 angesehenen Personen, darunter 60 Christen, zur Prüfung vorgelegt und einstimmig zurückgewiesen. Doch wurde der tatkräftige Midhat schon im Februar 1877 infolge einer Palastrevolution abgesetzt und verbannt; an seine Stelle als Großwesir trat Edhem Pascha. Daher hatte auch die erste und einzige Session der türkischen Kammer im Februar 1877 kein Ergebnis.
Um so mehr fühlte sich Rußland zu energischem Vorgehen ermutigt, und nachdem es seine Rüstungen vollendet, erklärte es am 24. April 1877 ... der Türkei den Krieg. Derselbe entbrannte zuerst in Asien, woselbst im oberen Kurtal am 17. Mai die kleine Festung Ardahan von den Russen erobert wurde.
Im Juni gingen die Russen über die Donau, ... eroberten am 6. Juli Tirnowa, überstiegen am 12. Juli ... den Balkan, wiegelten die Bulgaren Nordthrakiens auf, erstürmten am 19. Juli den für schweres Geschütz passierbaren Schipkapaß, besetzten Jambol, Karlowo und andere Städ-

te im Süden des Balkans, eroberten Nikopoli an der Donau und belagerten Rustschuk.
Diesem glänzenden Anfang des Feldzuges entsprach aber der Fortgang nicht. Bei dem Versuch, die befestigten Höhen von Plewna zu nehmen, erlitten die Russen am 20., 21. und 31. Juli Niederlagen, die eine rückgängige Bewegung zur Folge hatten. In Thrakien von Suleiman Pascha angegriffen, mußten sie sich in den Schipkapaß zurückziehen, den sie mannhaft verteidigten; in der Donaugegend wurden sie über den Schwarzen Lom geworfen.
Sie sahen sich genötigt, die früher nicht recht gewürdigte Bundesgenossenschaft mit den Rumänen anzunehmen, erlitten aber bei erneuten Angriffen gegen Plewna vom 7. bis 12. September abermals Niederlagen, so daß bedeutende Truppennachschübe nötig wurden.
Auch in Asien stritten sie bei Zewia unglücklich gegen die Türken und wurden auf ihr eigenes Gebiet zurückgeworfen, bis es ihnen am 15. Oktober gelang, auf dem Aladjaberg einen glänzenden Sieg davonzutragen. Die Türken hatten militärisch mehr geleistet, als man, namentlich nach dem Beginn des Krieges, von ihnen erwartet hatte. Da sie indes gar keine Unterstützung fanden, mußten sie endlich doch der Übermacht unterliegen.
Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz ging am 18. November Kars verloren, und die Türken wurden nach Erzerum zurückgetrieben; in Bulgarien aber besiegelte der Fall des lange heldenmütig verteidigten Plewna (10. Dezember) den Verlust eines großen Teiles des westlichen Bulgarien, in welches zu gleicher Zeit die Serben eindrangen, während die Montenegriner in Albanien siegreich vorrückten.
Anfang 1878 überschritten die Russen den Balkan an mehreren Stellen zugleich. Die Armee Suleimans wurde bei Philippopel völlig zersprengt, die Schipkaarmee gefangen genommen und am 31. Januar 1878 in Adrianopel, das die Türken freiwillig geräumt (hatten), von den Russen, welche bereits bis zum Marmarameer und bis an die Tore Konstantinopels vorgedrungen waren, der Waffenstillstand diktiert.
Diesem folgte am 3. März, da die Türken nirgends Hilfe fanden, der Friede von San Stefano. In diesem wurden die Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens, des letzteren und Montenegros Vergrößerung, die Abtretung der Dobrudscha und eines Teiles von Armenien, die Bildung eines autonomen Fürstentums Bulgarien, welches außer dem eigentlichen Bulgarien einen großen Teil Rumeliens und Makedoniens umfaßte, stipuliert und die Zahlung einer beträchtlichen Kriegsentschädigung der Türkei auferlegt.
Die Ausführung des Friedens verzögerte sich indes infolge des Konfliktes zwischen Rußland und England, das eine Flotte in das Marmarameer einlaufen ließ. Während die energische Haltung der englischen Regierung den Ausbruch eines Krieges mit Rußland erwarten ließ, wenn dieses sich nicht nachgiebig zeigte, und die Mächte sich eifrig bemühten, durch einen Kongreß eine friedliche Lösung der orientalischen Wirren herbeizuführen, fehlte es in Konstantinopel an jeder klaren, entschiedenen Haltung.
Die Minister kamen und gingen je nach den Launen des Sultans und seiner Günstlinge. Die Kammern waren schon im Februar nach Haus geschickt und damit die Komödie einer "osmanischen Verfassung" geschlossen worden. Der unerfahrene Abd ul Hamid litt an fast krankhafter Furcht vor Verschwörungen zu Gunsten seines Bruders Murad; eine solche wurde in der Tat im Mai 1878 versucht, aber blutig unterdrückt.
Am 1. Juni wurde Mehemed Rüschdi Pascha wieder zum Großwesir ernannt. Unter ihm warf sich die Pforte endlich England in die Arme, indem sie am 4. Juni einen geheimen Vertrag mit diesem schloß, wonach England den Schutz der asiatischen Besitzungen der Türkei übernahm, solange Rußland nicht seine Eroberungen in Armenien herausgegeben haben würde, und dafür das Recht erhielt, Cypern zu besetzen.
Mehemed wurde bereits am 8. Juni durch Savfet Pascha ersetzt. Dieser leitete die türkische Politik während des Berliner Kongresses (13. Juni bis 13. Juli 1878). Allerdings wurden in Berlin mehrere Bestimmungen des Friedens von San Stefano zu Gunsten der Türkei verän-

dert: Aladschkert und Bajesid in Armenien fielen an sie zurück; das autonome Fürstentum Bulgarien wurde auf das Gebiet nördlich vom Balkan nebst Sofia beschränkt, der südliche Teil, aber ohne Makedonien und den Küstenstrich, als eine Provinz Ostrumelien unter türkischer Oberhoheit belassen.
Dagegen wurde Österreich am 29. Juni mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragt und der Protest der türkischen Bevollmächtigten dagegen zurückgewiesen. Ferner wurde Griechenland das Recht zuerkannt, auf eine Rektifikation seiner nördlichen Grenze (Abtretung des südlichen Thessalien und Epirus mit Larissa und Janina) Anspruch zu erheben.
Die Pforte unterzeichnete und ratifizierte zwar den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878, beeilte sich aber nicht mit seiner Ausführung.
Der definitive Friede mit Rußland wurde am 8. Februar 1879 unterzeichnet und die an Rußland zu zahlende Kriegsentschädigung auf 802 Millionen Franc festgesetzt.
Gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch österreichische Truppen im August 1878 leistete die Türkei keinen Widerstand und schloß am 21. April 1879 mit Österreich eine Konvention, durch welche sie die Souveränität des Sultans in jenen Provinzen formell wahrte.
Die Macht des türkischen Reiches war durch den Berliner Frieden erheblich geschwächt worden, namentlich in Europa, und die große Finanznot mußte ebenfalls dazu beitragen, die Autorität der Pforte im Land selbst und bei den auswärtigen Mächten herabzusetzen. Es blieben daher weitere Zumutungen an sie nicht aus. ...<<

USA: Als die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) bricht, ruft der Sioux-Häuptling Sitting Bull im Jahre 1875 zum Kampf gegen die europäischen Eindringlinge auf (x181/2.32): >>Brüder seht, es ist Frühling geworden. Die Sonne hat die Erde umarmt. Alle Samen sind erwacht, alle Tiere haben neu zu leben begonnen. Von dieser großen, geheimnisvollen Kraft stammt auch unser Leben. Daher gewähren wir all unseren Nachbarn, selbst den Tieren, das gleiche Recht, das auch wir beanspruchen: das Recht, in diesem Land zu leben.
Klein und schwach waren sie, als unsere Väter sie kennenlernten, aber nun sind sie groß und anmaßend geworden. Die Liebe zum Besitz ist eine Krankheit, an der sie alle leiden. Sie haben viele Gesetze gemacht, die die Reichen brechen dürfen, die Armen aber nicht. Sie nehmen Steuern von den Armen und Schwachen und unterstützen damit die Reichen, die über die anderen herrschen.
Sie beanspruchen unsere Mutter, die Erde, als ihr Eigentum und bauen Zäune, um die Nachbarn fernzuhalten. Sie schänden die Erde mit ihren Bauwerken und ihrem Abfall. Das Volk der Weißen gleicht einem Fluß, der im Frühling über die Ufer tritt und alles in seinem Umkreis zerstört.
Wir können nicht Seite an Seite mit ihnen leben. Vor 7 Jahren erst schlossen wir ein Vertrag, der uns das Büffelland für immer zusprach. Nun wollen sie es uns wegnehmen. Brüder, sollen wir uns ihnen unterwerfen? Oder sollen wir zu ihnen sagen: "Bevor ihr das Land meiner Väter in Besitz nehmt, müßt ihr mich zuerst töten." ...<<

1876

Deutsches Reich: Um 1876 gibt es in den preußischen Provinzen fast keine katholischen Pfarrer mehr und die meisten katholischen Bischöfe Preußens sind in Haft oder geflohen.
Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Auswirkungen des "Kulturkampfes" (x239/154): >>Wie eine vergiftete Atmosphäre, wie eine Art Krankheit lag es in jenen Tagen über unserem Vaterlande. Katholik und Reichsfeind, katholisch und vaterlandslos ... waren gleichwerte Begriffe. ...
Die konfessionellen und politischen Gegensätze waren so groß, daß ein klaffender Riß durch die Gesellschaft ging, der Spaltung und Zwietracht bis in den Schoß der Familie hinein trug.
Namentlich in den kleinen und mittleren Städten waren die Katholiken aus den gesellschaftli-

chen Kreisen und vom freundschaftlichen Verkehr mit Nichtkatholiken nahezu ausgeschaltet. ... In einzelnen Städten, so in Mönchengladbach und Düsseldorf, wurden sogenannte "schwarze Listen" gedruckt und in den Kreisen der liberalen Parteigenossen verbreitet, in der Absicht, dadurch auf die "ultramontanen" (päpstliche gesinnten) Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben oder sie seitens der liberalen Kundschaft boykottieren zu lassen.
Wenn gar politische oder kommunale Wahlen die Leidenschaften noch mehr aufgewühlt hatten, war die Entlassung von Arbeitern und Privatbeamten, die ihrer Überzeugung nach für Zentrumskandidaten ihre Stimme abgegeben hatten, durchaus keine Seltenheit. ...
Die ... (Prozesse) gegen die "ultramontane" Presse mehrten sich in auffälliger Weise, und die untergeordneten Organe der Justiz und der Polizei ließen sich in vielen Fällen offenbare Gesetzesverletzungen bei Beschlagnahme und Haussuchungen zuschulden kommen. ...<<
Die deutsche Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1833-1919, publiziert seit 1872 Schriften über die Frauenemanzipation) fordert im Jahre 1876 in ihrem Buch "Der Frauen Natur und Recht" die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>... Es gilt euch zu retten, Ihr Frauen, aus dem traurigen, dumpfen Einerlei ... eures vegetierenden Daseins. ...
Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau!
Ohne politische Rechte seid ihr, eure Seelen mögen vor ... Güte und Edelsinn überfließen, ... machtlos. ...
Organisiert euch! ...
Verlaßt euch nicht auf die Hilfe der ... Männer! ...
(Bald werden) die Frauen nicht den Männern, sondern sich selbst gehören. ...
Die Menschenrechte haben kein Geschlecht!<<
Im damaligen öffentlichen Leben sind politische Mitwirkungsrechte der Frauen noch völlig undenkbar. Im Deutschen Reich erhalten die Frauen erst im November 1918 das Wahlrecht (Finnland: 1906, Dänemark: 1915, USA: 1920, England: 1928, Spanien: 1931, Frankreich: 1944, Griechenland: 1952, Schweiz: 1971).
Die Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" veröffentlicht im Jahre 1876 folgenden antisemitischen Artikel (x261/156): >>Nicht länger dürfen falsche Toleranz und Sentimentalität, leidige Schwäche und Furcht uns Christen abhalten, gegen die Auswüchse, Ausschreitungen und Anmaßungen der Judenschaft vorzugehen.
Nicht länger dürfen wir's dulden, daß die Juden sich überall in den Vordergrund, an die Spitze drängen, überall die Führung, das große Wort an sich reißen.
Sie schieben uns Christen stets beiseite, sie drücken uns an die Wand, sie nehmen uns die Luft und den Atem. Sie führen tatsächlich die Herrschaft über uns; sie besitzen eine gefährliche Übermacht, und sie üben einen höchst unheilvollen Einfluß.
Seit vielen Jahrhunderten ist es wieder zum ersten Mal, daß ein fremder, an Zahl so kleiner Stamm die große eigentliche Nation beherrscht.
Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, daß ein heimatloses Volk, eine physisch wie psychisch entschieden degenerierte Rasse bloß durch List und Schlauheit, durch Wucher und Schacher über den Erdkreis gebietet.
Von den Juden können wir lernen. Vom getauften Minister bis zum polnischen Schnorrer bilden sie eine einzige Kette, machen sie, festgeschlossen, bei jeder Gelegenheit Front gegen die Christen.<<
Der deutsche Liedersammler, Dichter und Sänger Franz Wilhelm Freiherr von Dittfurth (1801-1880) veröffentlicht im Jahre 1876 das sozialkritische Lied "Wer jetzig Zeiten leben will" (x846/...):
>>Wer jetzig Zeiten leben will,
Muß hab'n ein tapfer's Herze,

Es sein der argen Feind so viel,
Bereiten ihm groß Schmerze.
Da heißt es steh'n ganz unverzagt
In seiner blanken Wehre,
Daß sich der Feind nicht an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,
Dazu verhilft betrügen;
Wer sich sonst noch so redlich hält,
Muß doch bald unterliegen,
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,
Das sind nur alte Geigen:
Betrug, Gewalt und List vielmehr,
Klag du, man wird dir's zeigen.

Doch wie's auch kommt, das arge Spiel,
Behalt ein tapfer's Herze,
Und sind der Feind auch noch so viel,
Verzage nicht im Schmerze.
Steh gottgetreulich, unverzagt,
In deiner blanken Wehre:
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre!<<

Rußland: Der russische General Tschernajew fordert im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<

Bulgarien: Im Jahre 1876 erfolgt ein Aufstand der Bulgaren gegen die türkisch-islamische Unterdrückung, den die Türken jedoch blutig niederschlagen. Der bulgarische Freiheitskampf kostet über 30.000 Todesopfer.

Osmanisches Reich: Abdul Hamid II. (1842-1918) wird im Jahre 1876 Sultan und beendet den türkischen Reformkurs.

Der Sultan zerstört damit die letzte Hoffnung, das brüchige Osmanische Großreich zu retten. Als Abdul "der Verdammte" die Reformer systematisch inhaftieren läßt, fliehen Tausende ins Exil (vorwiegend nach Paris).

Im Osmanischen Reich wird zwar im Jahre 1876 die Sklaverei abgeschafft, aber im selben Jahr werden Zehntausende von Armeniern (je nach Schätzung zwischen 40.000 bis 300.000 Armenier) in der Türkei massakriert (x075/61).

Spanien: Der Sieg gegen die "Karlisten" im Jahre 1876 ermöglicht eine längere Friedenszeit und stabile politische Verhältnisse. Die politischen Parteien der Liberalen und Konservativen erlassen 1876 eine neue Verfassung, in der u.a. die Vereins- und Pressefreiheit garantiert wird.

Belgien: König Leopold II. von Belgien (1865-1909) berichtet im Jahre 1876 über die belgischen Kolonien in Afrika (x237/211): >>Den einzigen Teil unseres Erdballs für die Zivilisation öffnen, wo sie noch kaum hingedrungen ist; die Finsternis durchstoßen, die ganze Völker umhüllen: das ist ... ein würdiger Kreuzzug für unser Jahrhundert des Fortschritts. ...<<

Großbritannien: Im Jahre 1876 wird in Großbritannien die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens

von 1876-1879 (x807/829-832): >>(Großbritannien) ... Am Beginn der am 8. Februar 1876 eröffneten Parlamentssession wurde weder der Anschluß der Regierung an die ... Reformen in der Türkei noch der Ankauf der Suezkanalaktien energisch bekämpft ...
Um so heftigere Debatten rief die von Disraeli am 17. Februar eingebrachte Bill hervor, durch welche die Königin ermächtigt wurde, mit Bezug auf die seit 1858 in die Herrschaft der Krone übergegangenen Besitzungen der Ostindischen Kompanie eine ihr passend erscheinende Erweiterung ihres Titels anzuordnen.
Jedermann wußte, obgleich dies erst am 9. März offiziell zugegeben wurde, daß der in Aussicht genommene neue Titel der einer Kaiserin von Indien sei. Im Land war der neue Titel wenig populär; in der Presse wie im Parlament wurde betont, daß England unter dem historischen Königtum groß geworden sei und keine Veränderung desselben wolle.
Nachdem Disraeli diesen Einwendungen gegenüber versprochen hatte, die Königin werde den Kaisertitel unter keinen Umständen in England selbst oder in englischen Angelegenheiten führen, wurde das Gesetz am 23. März in dritter Lesung mit 209 gegen 134 Stimmen angenommen, und am 1. Mai erfolgte in England die Proklamation des neuen Titels. In Indien wurde der neue Titel unter glänzenden Feierlichkeiten erst am 1. Januar 1877 verkündet.
Die wichtigste Maßregel auf dem Gebiet der inneren Gesetzgebung war die von Lord Sandon am 18. Mai eingebrachte Erziehungsbill, welche den Schulzwang in einer den Ansprüchen der liberalen Partei freilich nicht genügenden Weise erweiterte.
Erst in der zweiten Hälfte der Session traten die orientalischen Angelegenheiten in den Vordergrund. Im Mai hatten die Kanzler der drei Kaisermächte in Berlin ein Memorandum entworfen, welches die Pforte zwingen wollte, bestimmte Garantien für die Erfüllung ihrer den Christen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu geben. Frankreich und Italien willigten ein, diese Vorschläge zu unterstützen; Großbritannien aber lehnte aufs entschiedenste jede Mitwirkung zu dieser Maßregel ab.
Damit trat die orientalische Politik Englands zu der der Kaisermächte in den entschiedensten Gegensatz; sie schien einen Triumph zu feiern, als am 30. Mai durch einen aller Wahrscheinlichkeit nach von dem englischen Botschafter Sir H. Elliot in Konstantinopel unterstützten Aufstand der russischen Einflüssen zugängliche Sultan Abd ul Asis gestürzt und Murad V. auf den Thron erhoben wurde, unter welchem Midhat Pascha und der englische Botschafter zu maßgebendem Einfluß gelangten, während die englische Flotte in der Besikabai zu Gunsten der Pforte gegen die Kaisermächte demonstrierte.
Weder durch die Aufregung, welche in Großbritannien durch die Berichte über die von den Türken bei der Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes verübten Greuel entstand, noch durch den am 1. Juli erfolgten Ausbruch des Krieges, den Serbien und Montenegro mit Beihilfe Rußlands gegen die Türkei führten, ließ sich Disraeli in seiner orientalischen Politik irre machen, die trotz ... Leugnens doch einer wenigstens moralischen Unterstützung der Türkei gleichkam. ...
Die Parlamentssession von 1877 wurde am 8. Februar eröffnet. Abgesehen von den mit der Orientfrage zusammenhängenden Debatten, war sie trotz ihrer langen Dauer außerordentlich unfruchtbar. Teilweise waren daran die ungemein zeitraubenden Bemühungen mehrerer irischer Abgeordneten, der sogenannten Obstruktionisten, schuld, welche ... anstrebten, die Debatten in die Länge zu ziehen und die Erledigung der Geschäfte systematisch zu hintertreiben. Nur ein wichtiges Gesetz für Irland, durch welches die irische Gerichtsverfassung mit der englischen in Übereinstimmung gebracht wurde, kam zustande; der jährlich wiederkehrende Homerule-Antrag wurde mit 417 gegen 67 Stimmen abgelehnt.
Was England betrifft, so gingen ein Universitätsgesetz, welches Reformen in der veralteten Verfassung der Universitäten Oxford und Cambridge einführte, und ein Gesetz über die Reorganisation des Gefängniswesens durch.

Für die koloniale Politik Englands waren die auch das Parlament lebhaft beschäftigenden Vorgänge in Südafrika von großer Bedeutung. Hier wurde im April 1877 durch einen Akt von höchst zweifelhafter Rechtmäßigkeit, nämlich die Annexion der Transvaal-Republik, das britische Kolonialgebiet in Afrika bedeutend erweitert.
Vergebens bekämpften einige radikale Mitglieder des Unterhauses das Vorgehen der Regierung des Kaplandes, das Ministerium erklärte im Sommer 1877 die Annexion für unwiderruflich. So bemächtigte sich Großbritannien ohne einen Schatten von Recht und gegen den Willen der Bevölkerung eines Gebietes von etwa 300.000 qkm mit ca. 275.000 Einwohnern - in demselben Augenblick, in welchem seine Regierung und seine Presse aufs heftigste gegen den "eigennützigen" und "räuberischen" Angriff Rußlands auf die Türkei deklamierten.
Denn die russisch-türkischen Angelegenheiten nahmen doch vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Nach dem Scheitern der Konferenzen von Konstantinopel (im Winter 1876/77) waren die Verhandlungen der Großmächte noch eine Zeitlang fortgesetzt worden, bis nach Ablehnung des am 31. März von den sechs Großmächten unterzeichneten Londoner Protokolls seitens der Türkei am 24. April die russische Kriegserklärung erfolgte.
England erklärte zwar seine Neutralität, aber Lord Derby bezeichnete das Vorgehen Rußlands in einer Note vom 1. Mai als eine Verletzung der Verträge von 1871 und gab seiner formellen Mißbilligung der russischen Aktion Ausdruck. ...
Als im Spätjahr 1877 die russischen Waffen nach dem Fall von Kars und Plewna das entschiedene Übergewicht erlangten und die Pforte die Vermittlung der Großmächte nachsuchte, entschloß sich das englische Kabinett, das Parlament schon zu dem ungewöhnlich frühen Termin des 17. Januar 1878 einzuberufen.
Die Thronrede kündigte an, daß die Regierung so lange neutral bleiben werde, als die britischen Interessen nicht gefährdet seien, bereitete aber schon auf außerordentliche Geldforderungen vor. In der Tat verlangte die Regierung noch im Lauf des Januars einen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling für außerordentliche Rüstungen ...
Die Kreditforderung wurde im Unterhaus nach lebhaften, langwierigen Debatten am 8. Februar mit 328 gegen 124 Stimmen genehmigt, und am 13. Februar segelte die englische Flotte unter Admiral Hornby aus der Besikabai durch die Dardanellen und legte sich bei den Prinzeninseln vor Anker. So waren die Streitkräfte der beiden gegnerischen Mächte fast in unmittelbare Nähe gekommen; der kleinste Zwischenfall konnte den Krieg entzünden.
In den nächsten Wochen gingen zwei Strömungen nebeneinander her. Die Friedenshoffnungen knüpften sich an die von Österreich am 4. Februar erlassenen Einladungen zu einer Konferenz der Großmächte, die Kriegsbefürchtungen an die immer fieberhafter betriebenen Rüstungen Rußlands und Englands.
Hier waren schon die Kommandos für die zu entsendende Feldarmee bestimmt, und nachdem die exorbitanten Bedingungen des am 3. März geschlossenen Friedens von San Stefano bekannt geworden waren, schien die Kriegspartei die Oberhand behalten zu sollen, was sich deutlich aussprach, als Ende März Lord Derby sein Entlassungsgesuch wiederholte, diesmal, um daran festzuhalten. ...
Zu Anfang April wurden die englischen Reserven einberufen; die darüber erlassene königliche Botschaft gab die Veranlassung zu der zweiten großen Orientdebatte dieser Session, welche wiederum mit einem entschiedenen Sieg der Regierung endigte, und während der Osterferien des Parlaments beorderte die Regierung 6.000 Mann (der) indischen Truppen nach Europa, die vorläufig auf Malta ein Lager bezogen. ...
Gerade in diesen Tagen aber vollzog sich durch die Bemühungen des Fürsten Bismarck und des Grafen Schuwalow, des russischen Gesandten in London, ein Umschwung im friedlichen Sinn. Am 30. Mai wurde von Salisbury und Schuwalow ein Protokoll unterzeichnet, durch welches Rußland namentlich in Bezug auf die Ausdehnung des durch den Frieden von San

Stefano geschaffenen Fürstentums Bulgarien sowie in Bezug auf seine eigenen Erwerbungen in Asien den Engländern wesentliche Konzessionen machte.
Auf Grund dessen trat am 13. Juni der Berliner Kongreß zusammen; ... der hier vereinbarte Berliner Friede vom 13. Juli reduzierte die von Rußland im Vertrag von San Stefano erhobenen Ansprüche in sehr beträchtlicher Weise.
Während des Kongresses erfuhr die Welt noch eine andere Überraschung: am 4. Juni schon hatten England und die Türkei zu Konstantinopel einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Insel Cypern an Großbritannien abgetreten wurde, wogegen dieses die Garantie der dem Sultan verbleibenden Besitzungen in Asien übernahm, über deren Verwaltung es eine Art von Kontrollrecht zugesprochen erhielt.
So ernste Bedenken die dadurch übernommenen Verpflichtungen bei weiter sehenden Politikern hervorrufen mochten, in England reichte die Erwerbung Cyperns, welches alsbald von britischen Truppen unter Sir G. Wolseley besetzt wurde, aus, um einen allgemeinen Enthusiasmus über Beaconsfields Politik hervorzurufen, deren Erfolge, verglichen mit den geringfügigen Ergebnissen der auswärtigen Politik seiner liberalen Vorgänger, in der Tat glänzend genannt werden konnten. ...
Die Spannung mit Rußland hatte noch ein Nachspiel in dem Konflikt mit dem Emir von Afghanistan, der, durch eine russische Gesandtschaft im Juli 1878 aufgereizt, eine große englische Gesandtschaft unter Sir Neville Chamberlain im September an seiner Grenze zurückweisen ließ.
In England wie in Indien empfand man, daß es zur Aufrechterhaltung des britischen Ansehens in Ostasien erforderlich sei, diese Beleidigung zu bestrafen. In Indien wurden sofort umfassende Rüstungen und Vorbereitungen getroffen; eine Armee von etwa 35.000 Mann, darunter 12.000 Europäer, wurde an der afghanischen Grenze zusammengezogen; am 21. November begannen, nachdem der Emir ein englisches Ultimatum abgelehnt hatte, die militärischen Operationen, deren erste Erfolge überraschend günstig waren.
Die Peschawar-Armee unter Sir S. Browne nahm Ali Masdschid, marschierte ohne große Verluste durch den Chaiberpaß auf Dschelalabad, und auch General Roberts, welcher an der Spitze der Khuram-Armee auf den Peiwarpaß zu operierte, hatte ähnliche Siege zu verzeichnen. Am 20. Dezember zog General Browne ohne Widerstand in Dschelalabad ein; am 2. Januar 1879 begann die Khuram-Armee ihren Vormarsch auf Khost; am 10. Januar zog eine dritte Kolonne unter den Generalen Stewart und Biddulph in Kandahar ein.
Schir Ali war inzwischen, da die erwartete russische Hilfe ausblieb, von Kabul nach der russischen Grenze geflohen. Vor seiner Flucht hatte er seinen seit 1874 gefangen gehaltenen Sohn Jakub Chan der Haft entledigt, und dieser übernahm vorläufig die Zügel der Regierung in Kabul.
Dieser glückliche Fortgang des Krieges war um so erfreulicher für die Regierung, als schon gegen Ende 1878 neue Verwickelungen in Südafrika entstanden waren. Sir Bartle Frere, den die Regierung nach der Annexion von Transvaal zum Gouverneur aller afrikanischen Besitzungen ernannt hatte, hatte zunächst im Sommer 1878 einige Transvaal benachbarte Kaffernstämme unterworfen. Gegen Ende des Jahres geriet er aber in einen Konflikt mit Cetewayo, dem König der Zulu, dessen 50-60.000 Mann starkes, militärisch gedrilltes und nicht schlecht bewaffnetes Heer allerdings eine beständige Drohung für die Provinzen Natal und Transvaal war.
Frere verlangte im Dezember 1878 eigenmächtigerweise von Cetewayo eine Reduktion seines Heeres und die Aufnahme eines ständigen britischen Residenten, und als dieses Verlangen abgelehnt wurde, begannen am 12. Januar 1879 die Feindseligkeiten. Der militärische Verlauf dieses Krieges kontrastierte gewaltig gegen den mit Afghanistan, woran allerdings die Unfähigkeit des Oberfeldherrn Lord Chelmsford die Hauptschuld trug.

Am 21. Januar erlitt die Kolonne des Obersten Glynn bei Isandula am Tugela-Fluß eine entsetzliche Niederlage, bei der mehr als 60 Offiziere und 700 europäische Soldaten von den Zulu niedergemacht wurden; eine andere Kolonne, die des Obersten Pearson, sah ihre Rückzugslinie abgeschnitten und wurde in Ekowe von den Zulu eingeschlossen.
Die Nachricht von diesen Unglücksfällen bot in dem am 13. Februar 1879 wieder eröffneten Parlament der Opposition günstige Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Regierung. Die Lage derselben war aber auch sonst eine schwierige. Unter den Folgen der allgemeinen Geschäftskrise begann mehr und mehr auch Großbritannien zu leiden; die ländliche Bevölkerung und die der Zentren der Industrie litten in gleicher Weise Not; die Zahl der Almosenempfänger mehrte sich in erschreckender Weise.
Durch Arbeitseinstellungen gewaltigsten Umfanges (so z.B. einen Streik von mehr als 10.000 Arbeitern in Liverpool im Februar 1879) suchten die bedrängten Klassen ihre Lage zu verbessern, während sie in Wahrheit nur ihren Notstand mehrten.
Die Finanzlage des Staates war keine gute. Mit genauer Not hatte die Regierung im Vorjahr die Kosten der außerordentlichen Rüstungen gegen Rußland durch Aufnahme einer schwebenden Schuld aufgebracht, und jetzt standen durch den Zulukrieg neue Ausgaben in ungeahnter Höhe bevor, die von dem Mutterland getragen werden mußten.
Zu dem allen kam weiter eine neue Verwickelung nach außen in Ägypten, dessen Khedive (Herrscher) zwei europäische Minister, die er 1878 auf das Drängen der Großmächte angestellt hatte, den Engländer Rivers Wilson und den Franzosen de Bligniéres, 7. April 1879 in brüsker Weise entließ.
Endlich war auch die orientalische Frage in Europa keineswegs völlig gelöst: noch war der Separatfriede zwischen Rußland und der Pforte abzuschließen, waren die Verhältnisse Ostrumeliens zu regeln, Grenzstreitigkeiten zwischen Rußland und Rumänien zu schlichten, mußten endlich die Bestimmungen des Berliner Vertrages über eine Vorschiebung der griechischen Grenze ihrer Ausführung entgegengebracht werden.
Ein Teil dieser Fragen erledigte sich nun schon während der ersten Woche der Session in günstiger Weise. Hinsichtlich der europäischen Orientangelegenheiten gelang es den Bemühungen des Grafen Schuwalow und des Lords Dufferin, des englischen Botschafters in Petersburg, ein ziemlich befriedigendes Einvernehmen zwischen Großbritannien und Rußland herzustellen, so daß der definitive Friede mit der Türkei geschlossen und die rumänische Grenzfrage erledigt werden konnte; auch über die Ernennung Aleko Paschas zum Gouverneur von Ostrumelien und die Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien einigten sich beide Mächte.
Aus Afghanistan kam Ende Februar die Kunde von dem Tod Schir Alis; infolgedessen wurde im Mai mit Jakub Chan der Friede geschlossen. Der Emir trat alle Gebirgsdistrikte an der indisch-afghanischen Grenze mit ihren Pässen an Großbritannien ab und verstand sich gegen eine jährliche Subsidienzahlung dazu, einen britischen Residenten in seine Hauptstadt aufzunehmen und diesem eine Kontrolle über seine auswärtige Politik einzuräumen.
In Ägypten erfolgte, nachdem Deutschland mit Intervention gedroht hatte, im Juli auf Antrag Englands und Frankreichs seitens des Sultans die Absetzung des Khedive, dem sein Sohn Tewfik folgte.
In Südafrika endlich brach am 28. März Lord Chelmsford zum Entsatz des Obersten Pearson auf, der am 2. April nach einem großen Sieg über die Zulu bewirkt wurde. Dann übernahm im Juli Sir G. Wolseley an Chelmsfords Stelle den Oberbefehl. Der von ihm angeordnete Vormarsch hatte den besten Erfolg; am 3. Juli erfocht die Angriffskolonne, die Chelmsford zu kommandieren fortfuhr, einen vollständigen Sieg über Cetewayo.
Währenddessen hatte die treue Torymajorität auch im Parlament alle Angriffe gegen das Ministerium abgeschlagen. Die Tadelsvoten, welche die Opposition wegen des afrikanischen

Krieges beantragte, wurden im Oberhaus mit 156 gegen 61, im Unterhaus am 31. März mit 306 gegen 246 Stimmen abgelehnt, und auch die Finanzmaßregeln der Regierung wurden am 28. April gebilligt.
Im übrigen beschäftigte sich das Parlament hauptsächlich mit einer von den Katholiken eingebrachten irischen Universitätsbill, welche aus den Mitteln der abgeschafften Staatskirche von Irland eine neue Universität in Dublin errichten wollte, und mit der Revision des Militärstrafgesetzbuches. Das letztere ... gab diesmal zu besonders lebhaften Debatten Veranlassung, weil die Regierung darin eine Kodifikation des in etwa 200 zum Teil ganz veralteten Statuten enthaltenen Militärstrafrechts vorzunehmen wünschte. Die liberale Opposition wünschte bei dieser Gelegenheit die in der englischen Armee und Marine noch in Übung stehende Strafe der körperlichen Züchtigung zu beseitigen oder doch wenigstens zu beschränken.
Allein die Regierung wollte auf die neunschwänzige Katze nicht verzichten, und in demselben Parlament, wo man so oft über russische und türkische Barbarei deklamiert hatte, wurde der Antrag Lord Hartingtons auf Abschaffung der Prügelstrafe in Heer und Flotte mit einer Majorität von 106 Stimmen verworfen (17. Juli). Am 15. August wurde die Parlamentssession geschlossen.
Der Zulukrieg wurde bald nachher völlig beendet. Cetewayo wurde am 30. August gefangen genommen und nach der Kapstadt abgeführt. Das Zululand, in mehrere Bezirke unter selbständigen Häuptlingen geteilt, kam unter britische Botmäßigkeit.
Um so ungünstiger entwickelten sich die Dinge in Afghanistan. ... Am 3. September kam es hier zu einem furchtbaren Aufstand gegen die britische Gesandtschaft, Cavagnari und seine Begleiter wurden nach tapferstem Widerstand ermordet. So hatte sich die Katastrophe von 1841 wiederholt. Ein neuer Zug gegen Afghanistan war notwendig. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es dem General Roberts, die völlig desorganisierten Rebellen vor sich herzutreiben; am 11. Oktober hielt er seinen Einzug in Kabul. Jakub Chan, dessen Verhalten während der Empörung zweideutig war, hatte sich zur englischen Armee geflüchtet und verzichtete auf den Thron.
Inzwischen traten im Inneren des Landes Symptome einer stärker werdenden Opposition hervor, die, (in) ihrer Zeit unterschätzt, erst im Zusammenhang der folgenden Ereignisse die richtige Würdigung fanden. In Irland, wo die Kartoffelernte ... mißraten war, bereitete sich ein gefährlicher Notstand aus, der durch die Agitation der Homerule-Partei ausgebeutet wurde. Die Bewegung zielte auf eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse des irischen Grundbesitzes ab, in zahlreichen Volksversammlungen wurde die "Landfrage" in stärkster Sprache erörtert. Bald wurde eine irische Landliga gegründet, und hier und da ließ sich die aufgereizte Menge zu agrarischen Morden hinreißen.
Die Regierung meinte einschreiten zu müssen, sie ließ am 19. November drei der tätigsten Agitatoren verhaften; aber die Agitation, an deren Spitze das Parlamentsmitglied Parnell getreten war, dauerte nichtsdestoweniger fort.
Gleichzeitig hatten die Führer der Opposition in England und Schottland einen Feldzug gegen die auswärtige Politik der Regierung begonnen. Zunächst freilich gab die Lage der auswärtigen Angelegenheiten der Opposition keineswegs recht. ... In Südafrika wurde der letzte feindliche Häuptling, Sekokoeni, der mit den Zulu in Verbindung gestanden hatte, von Sir Garnet Wolseley am 2. Dezember gefangen genommen. In Afghanistan war zwar Anfang Dezember ein neuer Aufstand verschiedener Stämme ausgebrochen; aber am 23. errangen die Engländer bei Sherpur einen entscheidenden Sieg über die Insurgenten und stellten ihre Autorität im Land wieder völlig her. ...<<
USA: Bei der Schlacht am Little Bighorn River in Südmontana erringen die nordamerikanischen Prärieстämme, unter Führung der Häuptlinge Crazy Horse (um 1839-1877) und Sitting Bull (um 1831-1890), im Jahre 1876 ihren letzten großen Sieg.

Die 7. US-Kavallerie (260 Soldaten) wird von ca. 2.000 Kriegern der Sioux, Arapaho und Cheyenne umzingelt und bis zum letzten Mann niedergemetzelt. Bei diesem Kampf fällt auch der karrieresüchtige Oberst Georg A. Custer (1839-1876, ein berüchtigter "Indianerschlächter").
Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärt die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) für ungültig und läßt die siegreichen Ureinwohner gnadenlos verfolgen.
Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 werden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

1877

Deutsches Reich: Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1877 während einer Versammlung der Betriebsangehörigen (x176/183): >>... Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreis der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern, und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet ihr frohe Stunden erleben.
Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist.
Ihr tut Eure Schuldigkeit, wenn Ihr durch Vertrauenspersonen empfohlene Leute wählt. Ihr erreicht aber nichts als Schaden, wenn Ihr eingreifen wollt in das Ruder der gesetzlichen Ordnung. Das Politisieren in der Kneipe ist nebenbei sehr teuer, dafür kann man im Hause Besseres haben. ...<<
In der Fabrikordnung einer mechanischen Baumwollspinnerei heißt es damals (x058/257-259): >>... § 6. Jeder Arbeiter ist für die ihm anvertrauten Gegenstände persönlich verantwortlich. Wenn er dieselben bei Nachfragen nicht gleich vorweisen kann, werden sie auf seine Kosten durch neue ersetzt.
§ 7. Wenn in einem Arbeitssaal, wo alle Arbeiter zugegen sind, ein Gegenstand beschädigt wird, und der Täter wegen Verhehlung nicht auszumitteln ist, so sind die Arbeiter des ganzen Saales bis zur Nachweisung des Täters für den Schaden haftbar.
§ 8. Ein friedliches Betragen wird den Arbeitern zur strengen Pflicht gemacht. Wer sich Streitigkeiten, Beschimpfungen und Tätlichkeiten zu Schulden kommen läßt, unterwirft sich der Strafe, welche der Fabrikaufseher oder der Inhaber gegen ihn erkennen wird.
§ 9. Ferner werden bestraft:
1) Unerbietiges Betragen gegen die Aufseher.
2) Verhehlung von Untreue.
3) Eigenmächtige Abänderung an den Maschinen, der Beleuchtung, Heizung und Werkzeugen.
4) Verspätung und Versäumnisse, besonders der Unfug des blauen Montags und das Herbeiholen von Speise und Trank.
6) Unvorsichtigkeit mit Feuer und Licht.
7) Das Tabakrauchen.
8) Lärm machen auf dem Weg zu und von der Fabrik.
9) Beschädigung an Häusern, Gärten, Bäumen, Zäunen, Brunnen und dergleichen. ...
§ 15. Jedem Arbeiter wird gleich von Anfang sechs Tage oder ein vollständiger Wochenlohn als Decompte (Verrechnung bzw. Abzug vom Lohn) zurückbehalten und bei Lohnerhöhung vervollständigt. ...
§ 17. Der Arbeiter, welcher seinen Dienst in der Fabrik aufgeben will, ist verpflichtet, seinen Austritt sechs Wochen vorher, und zwar an einem je nach zwei Wochen eintretenden Zahltage, den Fabrikinhabern oder Aufseher anzuzeigen; bei Kindern wird die Aufkündigung nur von den Eltern oder Versorgern angenommen.

§ 18. Diese sechswöchige Aufkündigung wird auch von den Fabrikinhabern gegen jeden Arbeiter beachtet werden, wo keine besonderen Klagen vorhanden sind. ...
§ 22. Die Fabrikbesitzer sind jedoch zur augenblicklichen Entlassung des Arbeiters ohne Vergütung von Lohn und Decompte berechtigt, wenn dieser das eine oder andere der nachstehenden Vergehen sich zu schulden kommen läßt.
1) Diebstahl oder Untreue.
2) Prügelei, Unzucht oder Betrunkenheit im Fabrikgebäude.
3) Komplotte oder Auflehnung gegen die Fabrikordnung,
4) Beschimpfung der Aufseher.
5) Tätliche Widersetzlichkeit.
6) Weigerung der Übernahme einer ordentlichen Arbeit in der Fabrik.
7) Eigenmächtiges Verlassen der Arbeit.
8) Wiederholte Nachlässigkeit in Erfüllung seines Geschäftes.
9) Beharrlicher Ungehorsam.
10) Absichtliche oder bedeutende Verletzung des anvertrauten Arbeitsgerätes oder Arbeitsstoffes.<<

Rußland: Infolge der äußerst brutalen türkischen Unterdrückungsmaßnahmen in der Herzegowina (1875) und in Bulgarien (1876) greift Rußland direkt ein (angeblich um die Balkan-Christen zu befreien) und beginnt im Jahre 1877 den russisch-türkischen Krieg.
Die wichtigsten russischen Expansionsziele sind: Beherrschung des Mittleren Ostens, des Balkans und der Meerengen, Eroberung von eisfreien Häfen und Zugang zu den Weltmeeren (einschließlich Mittelmeer) sowie Befreiung der griechisch-orthodoxen Christen.
Ab 1877 beginnt in Rußland die Industrialisierung.

Rumänien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Rumäniens von 1877-1888 (x814/30-31): >>(Rumänien) ... Die Bemühungen, das Land sittlich, geistig und materiell zu heben, der Korruption in den höheren Schichten, dem Stumpfsinn und der rohen Borniertheit des niederen Volkes zu steuern, erlitten eine nachteilige Unterbrechung durch den russisch-türkischen Krieg 1877, durch welchen Rumänien, wo man die panslawistischen Hetzereien Rußlands mit Mißtrauen beobachtet hatte, in eine mißliche Zwangslage geriet; nur einige chauvinistische Kreise ergriffen mit Begier die Gelegenheit, das ersehnte "großrumänische Reich" (mit Siebenbürgen etc.) gründen zu wollen.
Da weder in dem Pariser Vertrag die Neutralität des rumänischen Territoriums ausdrücklich bestimmt war, noch die letzte Konferenz der Mächte in Konstantinopel, trotz dringendsten Ersuchens von seiten Rumäniens, diese Neutralität aussprechen wollte, so sah sich Rumänien veranlaßt, angesichts der russischen Invasion vom 16. April 1877 mit Rußland ein Bündnis abzuschließen, wofür Rußland auf eine Ablösung der Ansprüche russischer Klöster auf rumänische Güter einging. Die russischen Heere, welche am 24. April den Pruth überschritten hatten, besetzten bald alle Hafenstädte, während die rumänischen Truppen sich in der Kleinen Walachei zusammenzogen.
Gegen den Willen Rußlands proklamierten die Kammern am 21. Mai die völlige Unabhängigkeit Rumäniens und verfügten die Einstellung der Tributzahlung. Die rumänischen Truppen blieben einstweilen auf dem linken Donauufer, da Rußland in hochmütiger Siegesgewißheit ihre aktive Teilnahme am Krieg als besondere Armee verschmähte.
Nach den Niederlagen im August jedoch wurde ihre Hilfe in Anspruch genommen, drei rumänische Divisionen (35.000 Mann mit 108 Geschützen) vereinigten sich mit einem russischen Korps in Bulgarien unter dem Oberbefehl des Fürsten und nahmen am 11. und 12. September an dem nur teilweise erfolgreichen Sturm auf Plewna mit Auszeichnung teil, so daß sie den Bemühungen des Fürsten um ihre Organisation und Ausbildung ein glänzendes Zeugnis gaben.

Am 19. Oktober unternahmen die Rumänen einen Sturm ... bei Plewna, der jedoch unter empfindlichen Verlusten abgeschlagen wurde. An der ... Einnahme Plewnas (10. Dezember) hatten die Rumänen entscheidenden Anteil, und Osman Pascha ergab sich ihnen, wurde aber den Russen ausgeliefert. Hierauf belagerten und eroberten die Rumänen Widdin.
Dennoch mußte Rumänien bald den Undank des übermächtigen Alliierten erfahren. Zu den Verhandlungen über den Frieden von San Stefano wurde es gar nicht zugezogen. Rußland erwirkte zwar von der Pforte die Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit, forderte nun aber die Rückgabe des 1856 an die Moldau abgetretenen Bessarabien gegen die viel wertlosere Dobrudscha.
Vergebens wendete sich Rumänien an den Berliner Kongreß; dieser machte sogar die Aufhebung aller Beschränkungen der Juden zur Bedingung der Anerkennung der Souveränität. Die rumänischen Kammern mußten am 12. Oktober 1878 die Abtretung Bessarabiens genehmigen, worauf dieses geräumt und am 25. November die Dobrudscha okkupiert wurde.
Da die von den Mächten geforderte Gleichstellung der Juden eine Verfassungsänderung notwendig machte, so mußten 1879 besondere Revisionskammern gewählt werden. Diese sträubten sich lange gegen die Judenemanzipation, da sie die Existenz des Bauernstandes in der Moldau, wo die in Religion, Sprache und Sitten durchaus fremden Juden besonders zahlreich waren, zu gefährden drohte.
Als jedoch ein Versuch der Regierung, bei den Mächten eine Milderung zu erlangen, erfolglos blieb, so wurde im Oktober 1879 das Gesetz angenommen, welches jeden Unterschied der Religion hinsichtlich der bürgerlichen Rechte aufhob ... Hierauf erfolgte die Anerkennung der Souveränität Rumäniens durch die Mächte.
Die Unabhängigkeit des Landes wurde ferner gefördert durch den Ankauf der Eisenbahnen und die Auflösung der rumänischen Eisenbahnaktiengesellschaft. Das Tabakmonopol wurde in Staatsregie übernommen, eine Nationalbank sowie Bodenkreditanstalten gegründet. Das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen im Staatshaushalt wurde hergestellt und der Staatskredit dadurch außerordentlich gehoben.
Die Territorialarmee wurde reorganisiert und endlich, da die Ehe des Fürsten kinderlos war, ein Thronfolgegesetz beschlossen, welches einen Neffen des Fürsten, Prinz Ferdinand von Hohenzollern, zum Nachfolger bestimmte. Nachdem auf diese Weise der Staat befestigt und in seinem Ansehen erhöht worden (war), proklamierten die Kammern am 26. März 1881 Rumänien als Königreich.
Fürst Karl wurde am 10. Mai, 15 Jahre nachdem er die Regierung übernommen, in Bukarest feierlich zum König gekrönt. ... Das Ministerium Bratianu, das einer gemäßigt liberalen Richtung huldigte, aber ehrlich und eifrig tätig war, behauptete sich mit einer kurzen Unterbrechung (1881) während dieser ganzen Zeit im Besitz der Regierungsgewalt und verstand es, Gesetzlichkeit, Ordnung, Volksbildung und Wohlstand in Rumänien immer mehr zu heben.
Von den orientalischen Wirren hielt sich Rumänien fern. In seiner äußeren Politik schloß es sich vielmehr Österreich-Ungarn und Deutschland an und hielt auch trotz mancher Differenzen mit ersterer Macht in der Donaufrage und in Handelsangelegenheiten an diesem Bündnis fest.
Deswegen wurde das Ministerium Bratianu von der sog. konservativen Partei (den Bojaren), welche mit panslawistischen Wühlern aus Rußland in Verbindung stand, aufs heftigste angegriffen, doch lange ohne Erfolg, da bei allen Wahlen das Volk fast ausschließlich Anhänger der Regierung wählte, obwohl eine neue Verfassungsrevision die alten Wahlkollegien beseitigt, das Wahlrecht beträchtlich erweitert und den Einfluß der Regierung auf die Wahlen geschwächt hatte.
Erst am 13. April 1888 nahm Bratianu infolge von Straßenkrawallen in Bukarest und Bauernaufständen seine Entlassung, zumal es seiner Partei, den Nationalliberalen, an Einigkeit fehlte

und der Kriegsminister Angelescu der eindringenden Korruption nicht energisch entgegentrat, ja sich sogar an ihr beteiligte. ...<<

Großbritannien: Cecil Rhodes (1853-1902, späterer Ministerpräsident der englischen Kapkolonie) erläutert im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/-302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da (Gott) offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den britischen Imperialismus und die Kolonialpolitik (x057/173-174): >>Alle Teile des Weltreiches sollten zusammengefaßt werden zu einem Reichsverein, der durch eine Kriegsflotte zu schützen sei, die mindestens so stark sein sollte, wie die Flotten der beiden nächstfolgenden Mächte zusammen (two power standard). ...

Der wichtigste Kolonalbesitz Englands war nach wie vor Indien. Im Jahr 1877 hatte die Königin Victoria den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen. In den folgenden Jahren wurde der Besitz erheblich erweitert, so daß England schließlich ein indisches Reich von rund 5 Millionen Quadratkilometern beherrschte. Um seinen indischen Besitz zu sichern, faßte England den kühnen Plan, möglichst die gesamten Randländer des Indischen Ozeans in seine Hand zu bringen.

Der Bau des Suez-Kanals (1869) hatte den Weg nach Indien beträchtlich abgekürzt. England kaufte den ägyptischen Teil der Aktien und besetzte ganz Ägypten (1882). Zur weiteren Sicherung des Weges nach Indien wurde (nach Gibraltar, Malta und Aden) auch Zypern in Besitz genommen (1878).

Nun galt es, ein großes Nord-Südreich in Afrika ("Vom Kap bis zum Nil") zu errichten. An diesem Plan arbeitete unermüdlich Cecil Rhodes, der durch die Entdeckung reicher Diamantenfelder großen Reichtum erwarb und diesen in den Dienst der englischen Machtausdehnung stellte. Er eroberte große Teile Südafrikas, die zur Kolonie Rhodesia zusammengefaßt wurden. Die Engländer vervollständigten die Arbeit Rhodes, der Premierminister in Kapland geworden war, durch den Burenkrieg (1899-1902).

Schließlich wurde ganz Südafrika englisch und zur südafrikanischen Union zusammengeschlossen. Das eigentliche Ziel eines britischen Afrikas und seiner Verbindung mit Indien zu einem gewaltigen afrikanisch-asiatischen Reich blieb eine Aufgabe der Zukunft. Der weiteren Ausdehnung in Afrika standen Frankreich und Deutschland im Wege.

Die australischen Kolonien hatten sich zu einem Commonwealth vereinigt (1900). In Amerika besaß England Kanada und Neufundland. Außerdem hatte es zahlreiche Stützpunkte im Atlantischen und Stillen Ozean.

Das englische Kolonialreich umfaßte bei einem Gesamtflächeninhalt von etwa 30 Millionen Quadratkilometern mit rund 375 Millionen Einwohnern ein Fünftel der gesamten Erdoberfläche.

Es war wichtig für Englands Ernährung (Fleisch aus Australien, Getreide aus Kanada, Tee von

Ceylon), für den Rohstoffbedarf (Wolle aus Australien und Afrika, Baumwolle aus Asien und Afrika), als Absatzgebiet seines Handels, ferner für die Anlagen seiner Kapitalien und als Sicherung seiner Seeherrschaft (Flottenstützpunkte, Kohlenstationen, Kabelstationen).
Die Grundlage der Weltmachtpolitik des Britischen Weltreiches beruhte auf seiner Stellung als erste See- und Kolonialmacht, auf seiner Vorherrschaft in Industrie und Handel und auf der Missionsidee des Angelsachsentums.<<

USA: Im Jahre 1877 läßt die US-Regierung die letzten Besatzungstruppen aus den Südstaaten abziehen (x058/189).
Als der Nez Perce-Stamm 1877 gewaltsam in Reservationen "umgesiedelt" werden soll, verlassen die etwa 250 Krieger, 450 Frauen und Kinder heimlich ihre Heimat im Nordosten Oregons und flüchten mit ihrem gesamten Hab und Gut in Richtung Kanada. Mit Hunderten von Appaloosas (gefleckte, äußerst robuste, ausdauernde und wendige Pferde) und Rindern kann sich der gehetzte Stamm zunächst in fast unwegsamen Gebirgsgegenden verbergen.
Nachdem die Nez Perce in fast 4 Monaten über 1.300 Meilen zurückgelegt haben und nur noch etwa 50 km von der kanadischen Grenze entfernt sind, werden sie am 29. September 1877 völlig überraschend von mehreren US-Einheiten umzingelt und während eines Schneesturms angegriffen. Obwohl die Übermacht erdrückend ist, verteidigen sich die Nez Perce länger als 5 Tage. Erst als fast alle Krieger gefallen sind, kapituliert Häuptling Chief Joseph (1840-1904).
Der einst stolze und mächtige Häuptling Chief Joseph ("Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben") ist danach ein gebrochener Mann (x056/127, x181/2.38): >>... Ich habe nie gesagt, daß das Land mir gehört und daß ich damit tun könne, was mir beliebt. Nur der kann über das Land verfügen, der das Land geschaffen hat. Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben, und euch gestehe ich das Recht zu, auf euerm Land zu leben. ...
Ich habe einige der großen weißen Häuptlinge gefragt, woher sie das Recht haben, dem Indianer zu sagen, er müsse sich an einem bestimmten Platz aufhalten, während er die weißen Männer hingehen sieht, wo es ihnen gefällt. Sie können mir keine Antwort geben. ...<<
>>... Ich bin des Kämpfens müde. Unsere Häuptlinge sind gefallen. ... Keiner der alten Männer ist mehr am Leben. Jetzt sind es die jungen, die ja oder nein sagen müssen. ...
Es ist kalt und wir haben keine Decken. Die kleinen Kinder erfrieren. Ein paar von meinen Leuten sind in die Berge geflohen, sie haben keine Decken und nichts zu essen. Niemand weiß, wo sie sind, vielleicht erfrieren sie. Ich möchte meine Kinder suchen und sehen, wie viele von ihnen ich finden kann. Vielleicht werde ich sie unter den Toten finden.
Hört mich an, meine Häuptlinge. Ich bin müde, mein Herz ist krank und traurig. Seht, wo die Sonne jetzt steht - von nun an werde ich nie wieder kämpfen. ...<<

1878

Deutsches Reich: Der Berliner Kongreß vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 wendet einen drohenden Krieg zwischen den westeuropäischen Großmächten und Rußland ab.
Nach harten Auseinandersetzungen scheitert Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumspartei (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und bricht den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigt sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer, der für die soziale Gerechtigkeit kämpft und für ungeklärte Arbeiterfragen eintritt), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) bleiben unverändert bestehen (x089/294).
Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt werden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebt, vermutet Bismarck die Tä-

ter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.
Am 5. Juni 1878 prüft der Kronrat, welche Entscheidungen zu fällen sind, um einen drohenden Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung zu verhindern (x056/269): >>... (Der Kronprinz fragte), worin die allseitig anerkannte Gefahr ... zu erblicken sei.
(Der Innenminister: er sehe) diese Gefahr in der abnehmenden Achtung vor der Autorität; in der Familie, in der Gemeinde, im Staate, überall trete Opposition nicht als berechtigte Kritik, sondern als Auflehnung gegen menschliches und göttliches Gesetz, unter der Verhöhnung der Religion auf.
(Der Kronprinz:) ... ob eine Verschwörung anzunehmen sei, der man ... entgegentreten könne.
(Der Minister:) ... eine Verschwörung der durch Verhängung des Kriegszustandes ... entgegenzutreten sei, bestehe nicht, wohl aber ein Komplott ... bei den ... Attentaten ... (Er) glaube, daß es an Mitwissern hierbei nicht fehle.
(Der Kronprinz:) ... eine Gefahr für den Staat (sei also) vorhanden, die Verhängung des Kriegszustands jedoch nicht zu empfehlen. ... (Was sei zu tun?)
(Der Ministerpräsident:) es sei gegen die Sozialdemokratie, ohne die übrigen Parteien sich zu verfeinden, ein Vernichtungskrieg zu führen durch Gesetzesvorlagen, welche die sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen, die Presse, die Freizügigkeit (durch die Möglichkeit von Ausweisung und Internierung), vielleicht den Waffenbesitz und das Waffentragen träfen. (Es sei die Frage), ob diese Entwürfe noch dem jetzigen Reichstage vorzulegen, oder ob unter dem Eindruck der neuesten Ereignisse derselbe aufzulösen und zu Neuwahlen zu schreiten sei. ... Der letztere Weg (sei) der allein richtige. ... (Von) einer neugewählten Versammlung sei ... (der Beschluß eines "Sozialistengesetzes" eher zu erwarten).<<
Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.
Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Theodor Fontane schreibt am 5. Juni 1878 an seine Frau (x233/-111): >>Du fragst, wie man früher solcher Bewegungen (wie die der Arbeiter) Herr geworden ist? Darauf ist nicht direkt zu antworten; denn solche Bewegungen hat es früher nicht gegeben.
Wie war es früher? Ein Tunichtgut verführte entweder große, harmlose Volksmassen, oder er stellte sich an die Spitze bereits vorhandener Unzufriedener.
Im ersten Falle fing man den Anführer, hängte ihn und alles war vorbei. Im letzteren Fall geschah zunächst dasselbe, aber kleine berechtigte Forderungen (Bier- und Brotsteuern heruntergesetzt, und ähnliche Lappalien) mußten erfüllt werden. Das alles war Kinderspiel; man befand sich einer stupiden Menge gegenüber.
Das ist jetzt anders. Millionen von Arbeitern sind gerade so gescheit, so gebildet, so ehrenhaft wie Adel und Bürgerstand; vielfach sind sie ihnen überlegen, ... und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, "daß es mit ihnen nichts sei", noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen.
Sie vertreten nicht bloß Unordnung und Aufstand, sie vertreten auch Ideen, ... die zum Teil ihre Berechtigung haben und die man nicht totschlagen oder durch Einkerkerung aus der Welt schaffen kann. – Vorläufig ist übrigens noch keine Gefahr. ...<<
Reichskanzler Bismarck schreibt am 12. August 1878 an den bayerischen König Ludwig II. (x272/82-83): >>... Das Anwachsen der demokratischen Partei, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen, die

Versagung der Unterstützung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstages drängt schließlich den deutschen Fürsten, ihren Regierungen und allen Anhängern der staatlichen Ordnung eine Solidarität der Notwehr auf, welche die Demagogie der Redner und der Presse nicht gewachsen sein wird.
Der Zweck des Deutschen Reiches ist der Rechtsschutz; die parlamentarische Tätigkeit ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgefaßt worden. ...<<
Der Abgeordnete August Bebel erklärt während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 zu den umstrittenen "Sozialistengesetzen" (x239/156): >>Wenn es nicht mehr gestattet wird, unsere eigene gesamte Literatur zu verbreiten, so werden wir selbstverständlich wissen, uns die einschlägige nicht verbotene in- und ausländische Literatur in passender Weise zugänglich zu machen. Sie mögen da machen, was Sie wollen. ...
Dabei haben wir ... die Gewißheit, daß die Neugierde schon allein bewirken wird, daß diese sogenannten staatsgefährlichen Broschüren und Schriften massenhaft gelesen werden. ...
Meine Herren ... Sie können uns gar nicht besser nützen als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Sozialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker als je zuvor. ...<<
Reichskanzler Bismarck beantwortet während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 eine Frage des Arbeiterführers Bebel (x259/278): >>... Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstag der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt. ...<<
Bismarck begründet während einer Reichstagsrede vom 9. Oktober 1878 die Notwendigkeit des umstrittenen "Sozialistengesetzes" (x056/269-270, x237/195): >>... Die (sozialdemokratischen Organisationen haben) den Charakter einer feindlichen Armee ... in unserer Mitte, ... die ... über den Eigentümer, den Kapitalisten, der ... etwas anlegen will, Gericht halten (möchte), um ihm das wohlerworbene Eigentum zu entziehen oder zu beschränken. ...
Solange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche (Form) haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwicklung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, ... anhalten. ...<<
>>... Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat. ... Ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgültig. ...<<
Am 21. Oktober 1878 wird das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (sogenanntes "Sozialistengesetz") erlassen (x263/154-155):
>>§ 1 Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. ...
§ 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in ... gefährdende Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. ...<<
Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtet später über die Folgen des Sozialistengesetzes (x056/270): >>Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht. Binnen weniger Tage war die gesamte Parteipresse mit Ausnahme des

"Offenbacher Tageblatts" und der "Fränkischen Tagespost" in Nürnberg unterdrückt.
Das gleiche Schicksal teilte die Gewerkschaftspresse mit Ausnahme des Organs des Buchdruckerverbandes, des "Korrespondenten". ... Ebenso verfielen der Auflösung die zahlreichen lokalen sozialdemokratischen Arbeitervereine, nicht minder die Bildungs-, Gesangs- und Turnvereine, an deren Spitze Sozialdemokraten standen.
Da die gleichen Maßnahmen wie in Berlin und Leipzig fast überall gegen uns getroffen wurden, hatten wir im Lauf von wenigen Monaten für Hunderte von Existenzen und deren Familien zu sorgen. ...
Die Unterbringung der Ausgewiesenen in eine Arbeitsstellung wurde uns sehr schwer gemacht. Die wirtschaftliche Krise befand sich noch auf voller Höhe. ... War es einem Ausgewiesenen geglückt, eine Stelle zu erhalten, flugs erschien die Polizei und denunzierte den armen Teufel seinem Arbeitgeber, der ... den eben erst angenommenen Arbeiter entließ. Der mußte jetzt ... aufs neue ... zum Wanderstab greifen. Für Männer in fortgeschrittenen Jahren ein hartes Los.
... Durch die Verfolgung aufs äußerste verbittert, zogen sie von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen, und übertrugen jetzt ihren Zorn und ihre Verbitterung auf ihre Gastgeber, die sie zum Zusammenschluß und zum Handeln anfeuerten. Dadurch wurde eine Menge ... geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären.<<
Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1878 über Bismarcks Einstellung zum Parlament (x176/204): >>... Im übrigen, das sagte er wohl dreimal, sei ihm das Fraktionswesen, konservativ oder liberal, völlig gleichgültig, heute mehr denn je; er gehe seinen Weg; wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind – bis zur Vernichtung.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über den "Sozialismus" (x815/55,58-59): >>Sozialismus, nach dem in der Wissenschaft noch heute üblichsten, auch in der deutschen Gesetzgebung und im großen Publikum herrschenden Sprachgebrauch die Bezeichnung für eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes System zur Lösung der Arbeiterfrage.
Dieser Sozialismus unterscheidet sich scharf von dem Kommunismus, obschon er mit demselben manche Grundanschauungen teilt, namentlich den Glauben an die unbedingte Lösung dieser Frage, die ausschließliche Zurückführung der für sie in Betracht kommenden Übelstände auf verkehrte menschliche Einrichtungen und die Forderung einer gänzlichen Umgestaltung des Wirtschaftsorganismus, der Rechtsordnung und des Staatswesens der Kulturvölker, nach welcher unter Beseitigung der individuellen wirtschaftlichen Freiheit die Gesamtheit die Verantwortlichkeit und Sorge für die ökonomische und soziale Lage der Einzelnen zu übernehmen habe.
Die ihm eigentümlichen, von allen anderen sozialpolitischen Richtungen verschiedenen Anschauungen und praktischen Forderungen haben sich erst allmählich in der Geschichte des Sozialismus klarer und schärfer herausgebildet. Dieselben sind heute folgende: der Kernpunkt der sozialen Frage ist ihm die ungerechte Verteilung der Güter, und diese führt er vorzugsweise auf die Einrichtung des privaten Grundeigentums und Erbrechts und auf die freie individualistische und kapitalistische Produktionsweise mit der Trennung von Unternehmern und Lohnarbeitern, mit dem Eigentum der ersteren an den Produktionsmitteln und der Herrschaft des "ehernen Lohngesetzes" über die letzteren zurück.
Er vertritt die falsche Ansicht der älteren englischen Nationalökonomen, daß allein die Arbeit Werte erzeuge, und behauptet, daß infolge jener Ursachen die bisherige Vermögensbildung und die heutige Verteilung der neu produzierten Güter auf einer Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Unternehmer, Grundeigentümer und Kapitalisten, mit anderen Worten der Nichtbesitzenden durch die besitzende Klasse beruhe.

Diese ungerechte Verteilung ist ihm die wesentliche Ursache des Proletariats und aller anderen Übelstände in den unteren Volksklassen. Beseitigung dieser Übelstände erwartet er nicht wie der Kommunismus von der völligen Gleichheit aller, aber doch von einer sehr starken Ausgleichung der ökonomischen und sozialen Unterschiede und von einer gesellschaftlichen Verfassung, in welcher allein die Arbeit einen Anspruch auf Einkommen und Vermögen gibt. Das Einkommen soll nur noch Arbeitsertrag sein.
Bekämpft wird deshalb das private Grundeigentum, das Erbrecht und die Kapitalrente (Kapitalzins und Kapitalgewinn). Jene beiden Rechtsinstitutionen sollen durch Gesetz, diese Einkommensart soll durch eine neue Organisation der Produktion: die sozialistisch-genossenschaftliche ("kollektivistische") Produktionsweise, abgeschafft werden.
Das Wesen dieser besteht darin, daß nur noch in genossenschaftlichen Kollektivunternehmungen in planmäßiger Regelung (Beseitigung der Lohnarbeit und soziale Organisation der Arbeit) produziert wird, in welchen das Eigentum an den Produktionsmitteln (Grundstücken und Kapitalien) Kollektiveigentum der Gesellschaft ist und der Ertrag nur an die Arbeiter und gerecht verteilt wird (Beseitigung des Einkommens aus Kapital und Grundstücken und des "ehernen Lohngesetzes").
Diese Umwandlung der bisherigen Produktionsweise in die sozialistische und die planmäßige Regelung der letzteren soll durch den Staat geschehen. ...<<
>>... In der Geschichte der sozialistischen Agitation ist die Phase des friedlichen, doktrinären Sozialismus und die des gewaltsamen, praktischen Sozialismus zu unterscheiden. ...
Neue sozialistische Systeme und Forderungen werden aufgestellt nicht mehr als wissenschaftliche Theorien, sondern als Programme praktischer Agitationsparteien.
Die Vertreter derselben wenden sich nun mit ihren Lehren direkt an die unteren Volksklassen, um sie zum Sozialismus zu bekehren und für dessen Durchführung zu gewinnen; sie werden Arbeiteragitatoren.
Ein Hauptmittel ihrer Agitation wird es, bei den unteren Klassen die Gefühle der Erbitterung und des Hasses nicht bloß gegen die bestehenden Zustände des öffentlichen Lebens, sondern auch gegen die Träger der Staatsgewalt und gegen die besitzenden Klassen zu erzeugen.
Das ökonomische sozialistische Programm wurde hiermit ein radikaleres, und da es durch den Staat verwirklicht werden sollte, wurde die Bewegung eine politische.
Da man sich sagen mußte, daß die bestehenden Staaten die sozialistischen Wünsche nicht erfüllen würden, wurde die Erlangung der Herrschaft im Staat für die Lohnarbeiterklasse in das Programm aufgenommen und das praktische Ziel. Die sozialistische Partei wurde eine sozialdemokratische.
Naturgemäß gesellten sich nun weitere politische Forderungen (betreffend die Verfassung des Staates, das Wahlrecht, das Gerichts-, Schul- und Militärwesen etc.) hinzu, und wie das ökonomische wurde auch das politische Programm, namentlich seit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, immer radikaler.
Man machte auch kein Hehl daraus, daß allein die Revolution der Sozialdemokratie zum Sieg verhelfen könne, und sprach es offen aus, daß man nicht zaudern würde, zu diesem Mittel zu greifen, wenn man nur die Möglichkeit des Gelingens sähe. Daher entstand nun eine Art der Agitation, die nur die Vorbereitung zur Revolution war. Und deshalb ist diese Partei auch die Gegnerin einer starken, mächtigen Staatsgewalt in den bestehenden Staaten, deshalb bekämpft sie vor allem das stehende Heer, deshalb ihre ausgesprochene Feindschaft gegen die Religion, nicht bloß gegen die Kirche.
Der ganze Charakter, den die Bewegung angenommen, zwang und zwingt die Staaten zu einem entschiedenen Vorgehen gegen dieselbe, wie es das Deutsche Reich in dem Gesetz vom 21. Oktober 1878 und andere Staaten in anderer Weise getan haben.
In neuester Zeit ist in der Sozialdemokratie eine noch radikalere Richtung in den Anarchisten

hervorgetreten, die, ohne ein neues sozialistisches Programm aufzustellen, den sofortigen Umsturz alles Bestehenden mit allen nur möglichen Mitteln will, inzwischen aber die Beseitigung der Gegner durch Mord empfiehlt ...<<
Der "eiserne Reichskanzler" verliert später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt, aber Bismarck kann mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.
Der evangelische Theologe Adolf Stoecker (1835-1909, 1874-89 Domprediger in Berlin, 1881-93 und 1898-1908 Mitglied des Reichstages) gründet im Jahre 1878 die "Christlichsoziale Partei", die sich vor allem gegen die Sozialdemokraten und das Judentum richtet (x199/-211): >>... Was mich trieb, war die Verzweiflung um mein armes Volk, daß ich in den Abgrund rollen sah, und die Liebe zu den Seelen, die ich retten wollte. ...
In Berlin ergriff mich das Bewußtsein der Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, um das Volk vom Abgrund zurückzureißen. Ich fand, daß Leute, die zur Kirche hielten, mit denen ich in freundschaftlichen Beziehungen stand, dennoch mit der Sozialdemokratie stimmten, weil sie in dieser Partei die Vertretung der Arbeiterinteressen erblickten.
Da habe ich dann unter Gebet und Flehen den Entschluß gefaßt, mitten hinein in die Sozialdemokratie zu gehen, den wilden Stier bei den Hörnern zu fassen und mit demselben zu ringen. ...
Seit 15 Jahren ist das sozialistische Element der Köder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mit besprechen.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1878-1886 (x804/907-910): >>(Deutschland) ... Als nun aber Rußland entgegen seinen Versprechungen durch den Frieden von San Stefano die englischen und die österreichischen Interessen im Orient auf das empfindlichste verletzte und besonders England dagegen den entschiedensten Einspruch erhob, fühlte sich Bismarck veranlaßt, die Vermittlung der streitenden Interessen zu übernehmen und zum 13. Juni 1878 den Berliner Kongreß zu berufen, welchem die auswärtigen Minister der Großmächte ... beiwohnten, und welchem Bismarck präsidierte.
Es gelang, auf demselben eine gütliche Vereinbarung (im Berliner Frieden vom 13. Juli) herbeizuführen, indem Rußland wesentliche Änderungen am Vertrag von San Stefano zugab und Österreich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina zugestanden wurde. Letzteres leistete Deutschland sofort einen Gegendienst, indem es am 11. Oktober auf den Art. 5 des Prager Friedens Verzicht leistete.
In Rußland freilich war die Entrüstung der Armee und der Panslawisten über die Zugeständnisse des Berliner Friedens um so größer ... Die Spannung zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbar wurde 1879 immer bedenklicher; auch eine persönliche Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem russischen Kaiser in Alexandrowo vermochte ihre Ursachen nicht zu beseitigen, so daß Bismarck am 15. Oktober 1879, um für alle Fälle gerüstet zu sein, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn abschloß. ...
Nach der Erledigung des Sozialistengesetzes schritt Bismarck zur Verwirklichung der Steuer- und Wirtschaftsreform, für welche die Bildung der schutzzöllnerisch gesinnten "volkswirtschaftlichen Vereinigung" von 204 Mitgliedern des neuen Reichstages günstige Aussichten bot.
Auf Antrag Bismarcks ernannte der Bundesrat am 27. Dezember 1878 eine Tarifkommission, welche den Zolltarif nach dem Grundsatz allgemeiner Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände revidieren und durch besondere Erhöhung einiger indirekter Abgaben sowohl die Reichseinnahmen vermehren, als Landwirtschaft und Industrie schützen sollte. ... Nach heftigen, fast leidenschaftlichen Debatten wurde das Zolltarifgesetz am 12. Juli mit

217 gegen 117 Stimmen angenommen. Außerdem genehmigte der Reichstag die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen.
Die Schwenkung Bismarcks von den Nationalliberalen zum Zentrum hatte zur Folge, daß Hobrecht, Friedenthal und Falk aus dem preußischen Ministerium ausschieden und durch Konservative ersetzt wurden. Auch bei den Reichsbehörden traten Änderungen ein.
Das Reichskanzleramt wurde in ein Reichsamt des Inneren verwandelt und ein Reichsschatzamt neu errichtet. Der neue preußische Kultusminister, von Puttkamer, trat in Unterhandlungen mit der päpstlichen Kurie über die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche und bereitete einige Milderungen der Maigesetze vor. Gleichwohl gab das Zentrum seine oppositionelle Haltung keineswegs auf.
Die Militärnovelle, welche dem Reichstag am 12. Februar 1880 vorgelegt wurde, und durch welche die Friedenspräsenzstärke für weitere sieben Jahre (1881-88) auf 427.000 Mann erhöht wurde, was eine jährliche Mehrausgabe von 17 Millionen, eine einmalige von 27 Millionen beanspruchte, wurde von den Ultramontanen bekämpft und nur mit Hilfe der Nationalliberalen am 16. April mit 186 gegen 128 Stimmen durchgesetzt.
Auch die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1884 lehnte das Zentrum mit Ausnahme von zwölf Mitgliedern ab; dieselbe wurde nur durch die Vereinigung der Nationalliberalen mit den Konservativen genehmigt.
Ebenso verweigerten die Ultramontanen der Samoavorlage ihre Zustimmung, und da der freihändlerische Teil der Nationalliberalen sich ihnen anschloß, fiel die Vorlage am 27. April, infolgedessen Bismarck weitere Kolonialprojekte vorläufig aufgab.
Der Bund des Zentrums mit den Konservativen betätigte sich nur in der Annahme eines Wuchergesetzes und einer Novelle zum Gewerbegesetz, welche die Gewerbefreiheit in manchen Punkten beschränkte. Der Reichskanzler sagte daher in einer merkwürdigen Rede am 8. Mai 1880 dem Zentrum die Freundschaft wieder auf.
Die Reichstagssession von 1881, welche am 15. Februar begann, erledigte hauptsächlich nur das Budget. Weitere Gesetzentwürfe über die Einführung von zweijährigen Etatperioden und vierjährigen Legislaturperioden über die Erhöhung der Brausteuer und eine Wehrsteuer wurden abgelehnt; nur eine Börsensteuer wurde genehmigt. Das Unfallversicherungsgesetz wurde am 15. Juni in einer Fassung angenommen, welche der Bundesrat ablehnte.
Angesichts der verworrenen Verhältnisse zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstag war es kein Wunder, wenn bei den Neuwahlen zum Reichstag am 27. Oktober 1881 die regierungsfreundlichen Mittelparteien Verluste erlitten und die Opposition, welche auf das vom Reichskanzler angekündigte Tabakmonopol als ein drohendes Gespenst hinweisen konnte, sich verstärkte.
Die Nationalliberalen, von denen sich 1880 die Freihändler als liberale Vereinigung (Sezessionisten) getrennt hatten, sanken auf 47, die Reichspartei auf 25 Mitglieder herab. Sezessionisten, Fortschrittler und Demokraten zählten 110, Ultramontane, Welfen, Polen und Elsässer 138 Stimmen. Der Reichskanzler konnte nun auf gar keine sichere Majorität mehr rechnen.
Um dennoch für seine Pläne die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, eröffnete er den neuen Reichstag am 17. November mit der Verlesung einer kaiserlichen Botschaft, welche demselben die Unterstützung der sozialen Reform durch Unfallversicherung, Krankenkassen, Alters- und Invalidenversorgung dringend ans Herz legte und zur Beschaffung der nötigen Mittel die Einführung des Tabakmonopols anempfahl.
In seiner ersten ordentlichen Session erledigte der Reichstag indes nur das Budget und genehmigte den Vertrag über den Zollanschluß Hamburgs. ... Die Frage des Tabakmonopols wurde erst in der außerordentlichen Session im Frühjahr 1882 verhandelt.
Die Abneigung gegen dasselbe war aber so allgemein und so stark, daß, obwohl die Reichsregierung den Ertrag desselben auf 165 Millionen (118 Millionen mehr, als die Tabaksteuer ein-

brachte) angab, selbst im Bundesrat 22 Stimmen gegen dasselbe waren, mehrere Landtage sich dagegen erklärten und sogar der von der preußischen Regierung berufene Volkswirtschaftsrat es ablehnte. Im Reichstag trat keine Partei geschlossen für dasselbe ein, und es wurde am 14. Juni mit der erdrückenden Majorität von 276 gegen 43 Stimmen verworfen.
Das Unfallversicherungs- und Krankenkassengesetz blieben in den Kommissionen unerledigt, und deren Arbeiten rückten auch in der Session von 1883 nicht vorwärts.
Eine kaiserliche Botschaft vom 14. April 1883 mahnte den Reichstag zur baldigsten Beschlußfassung über die beiden dringend notwendigen Gesetze, und um dieselbe wenigstens für die nächste Session sicher zu ermöglichen, wurde der Reichstag aufgefordert, schon jetzt den Etat für 1884/85 ... zu beraten. Diesen Wunsch erfüllte der Reichstag und brachte auch das Krankenkassengesetz zum Abschluß. Über die Grundsätze der Unfallversicherung konnten die Parteien sich aber 1883 noch nicht einigen. Erst in der Frühjahrssession 1884 wurde das Unfallversicherungsgesetz zustande gebracht, ebenso ein neues Aktiengesetz.
Beides gelang, weil das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen dafür stimmte. Dagegen schien die Verlängerung des Sozialistengesetzes keine Aussicht auf Genehmigung zu haben, weil außer dem Zentrum und seinen Trabanten, den Polen, Elsässern und Welfen, auch die neue deutschfreisinnige Partei (104 Mitglieder) sich gegen alle Ausnahmegesetze erklärt hatte.
Diese Partei war aus der Fusion der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei (5. März 1884) hervorgegangen und hatte sich die Bildung einer großen liberalen Partei zum Ziel gesetzt; doch hatte von Anfang an die einseitig oppositionelle Richtung Eugen Richters das Übergewicht, und frühere Nationalliberale, wie Bamberger und Rickert, bekämpften die Regierung mit besonderer Schärfe.
Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde zwar doch bewilligt, weil ein Teil des Zentrums und der Deutschfreisinnigen aus Furcht vor einer Auflösung des Reichstages dafür stimmte. Beide Parteien hielten sich aber dann schadlos, indem sie die Annahme der Dampfervorlage in dieser Session vereitelten.
Der Reichskanzler glaubte nämlich 1884 den Zeitpunkt gekommen, um eine neue Bahn deutscher Machtentwicklung zu betreten. Das deutsch-österreichische Bündnis vom 15. Oktober 1879, 1883 erneuert, hatte sich als ein Hort der Interessen beider Mächte wie des europäischen Friedens bewährt. Italien und Rumänien hatten sich ihm angeschlossen, und auch Rußland hatte sich den beiden Kaisermächten wieder genähert.
Im September 1884 fand eine zweite Dreikaiserzusammenkunft ... statt, welche die Wiederherstellung der alten Allianz der Welt offen kundtat. Ja, trotz mancher Ausschreitungen der französischen Revanchepartei hatte sich auch Frankreich Deutschland genähert, da ihm wegen seiner kolonialen Unternehmungen die Aufrechthaltung des Friedens in Europa erwünscht war und es für seine Interessen in Ägypten in Deutschland eine Stütze fand.
England dagegen hatte sich unter Gladstones Ministerium durch seine Politik in Ägypten die Mächte entfremdet und sich so isoliert, daß Bismarck von da keinen wirksamen Widerspruch gegen seine Kolonialpläne befürchten zu müssen glaubte.
Wie er durch den neuen Zolltarif die Landwirtschaft und die Industrie in Deutschland geschützt und gefördert hatte, so wollte er auch die überseeischen Unternehmungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reiches stellen und ihnen hierdurch eine selbständige Entwicklung ermöglichen. Eine erobernde Kolonialpolitik des Reiches selbst lag ihm durchaus fern, wie er am 26. Juni im Reichstag erklärte.
Den ersten Anlaß, eine überseeische Ansiedelung unter den Schutz der deutschen Reichsflagge zu stellen, bot die Handelsniederlassung des Bremer Hauses Lüderitz in Angra Pequena (Südwestafrika). Außerdem aber beabsichtigte der Reichskanzler, durch Subvention von Schnelldampferlinien den deutschen Handel in Asien und Australien zu begünstigen.

Die Vorlage hierüber wurde aber von den deutschfreisinnigen Freihändlern heftig bekämpft und in eine Kommission verwiesen, welche sie vor Schluß der Session nicht mehr erledigen konnte.
Im Oktober 1884 fanden die Neuwahlen für den Reichstag statt, bei welchen die Deutschfreisinnigen eine schwere Niederlage erlitten, weil ihr Verhalten gegen den Reichskanzler und seine neuen Pläne in weiten Kreisen mißbilligt wurde. Sie retteten beim ersten Wahlgang nur ein Drittel ihrer bisherigen Abgeordnetenzahl und stiegen erst bei den Stichwahlen durch die Hilfe der Ultramontanen und Sozialdemokraten, denen sie gegen die Nationalliberalen anderswo Gegendienste leisteten, auf 63 Stimmen.
Die Sozialdemokraten wuchsen von 10 auf 24, Zentrum, Polen und Elsässer behielten ihre Mitgliederzahl, so daß die Oppositionsparteien, die Demokraten eingeschlossen, 234 Stimmen zählten. Wenn ihre Zahl auch um etwa 30 verringert war, so hatten die der Regierung freundlichen Parteien (Deutschkonservative, Reichspartei und Nationalliberale) doch nur 160 Stimmen, also bei weitem nicht die Majorität.
Namentlich war es den Nationalliberalen trotz ihrer Reorganisation auf dem Heidelberger Parteitag (23. März 1884) nicht gelungen, mehr als 53 Mandate zu erringen, da sie überall auf die Koalition der Ultramontanen, Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten stießen.
Die oppositionelle Mehrheit ließ den Reichskanzler in der ersten Session des neuen Reichstages, welche am 20. November eröffnet wurde, ihre Macht sofort empfinden, indem sie am 15. Dezember 20.000 Mark für einen neuen Direktor im Auswärtigen Amt trotz Bismarcks persönlicher Befürwortung ablehnte.
Indes über diesen Beschluß erhob sich ein solcher Sturm der Entrüstung, daß die Deutschfreisinnigen und Ultramontanen, um einer Reichstagsauflösung vorzubeugen, ihre schroff negative Haltung nicht fortzusetzen wagten. Dazu kam, daß der Reichskanzler, durch eine Kur ... gekräftigt, wiederholt mit seiner wirksamsten Beredsamkeit eintrat und durch die Veröffentlichung der "Weißbücher" bewies, daß er auch die Kolonialpolitik mit derselben Meisterschaft leitete wie die europäische, wie denn der Zusammentritt der Kongokonferenz in Berlin zeigte, daß Deutschlands Einfluß auch in den überseeischen Angelegenheiten von den Mächten anerkannt wurde.
England hatte seinen Versuch, den deutschen Ansiedelungen an der Westküste Afrikas entgegenzutreten, aufgeben müssen. Außer dem Küstenstrich vom Kap Frio bis zum Oranje wurden hier noch Kamerun und Togoland an der Guineaküste von Deutschland in Besitz genommen; in Kamerun kam es im Dezember 1884 zu einem blutigen Zusammenstoß deutscher Kriegsschiffe mit den von Engländern aufgehetzten Negern.
Die Mittel für die Verwaltungseinrichtungen in den afrikanischen Kolonien wurden vom Reichstag 1885 bewilligt, ebenso mit Streichung der westafrikanischen Linie das Dampferunterstützungsgesetz, der neue Direktorposten und einige neue Konsulate. Ein neuer Zolltarif, welcher die industriellen und besonders die landwirtschaftlichen Zölle erheblich erhöhte, gelangte durch die Hilfe des Zentrums zur Annahme. Auch wurden ein Börsensteuergesetz und der Zollanschluß Bremens genehmigt, so daß trotz der ungünstigen Parteiverhältnisse die Reichsregierung mit den Ergebnissen der am 15. Mai 1885 geschlossenen Session zufrieden sein konnte.
Sie fühlte sich hierdurch ermutigt, auf der Bahn der Kolonialpolitik fortzuschreiten. Nachdem sie sich mit England über die Teilung des östlichen Neuguinea dahin verständigt hatte, daß der Norden nebst den Inselgruppen Neubritannien und Neuirland (Bismarck-Archipel) an Deutschland fallen sollte, nahm sie auch an der Ostseite Afrikas die Erwerbungen einer deutschen ostafrikanischen Gesellschaft in Usagara unter ihren Schutz und erlangte nicht nur die Zustimmung des Sultans von Sansibar zu diesen Erwerbungen, sondern schloß auch mit demselben einen neuen Handelsvertrag ab.

Als im August 1885 zum Schutz der deutschen Niederlassungen auf den Karolinen daselbst die deutsche Flagge gehißt wurde, reizte dies die Spanier, welche die Inselgruppe ... (zu) Unrecht als ihr Eigentum ansahen, zu einigen Exzessen gegen die deutsche Gesandtschaft in Madrid und zu einem Protest gegen die deutsche Okkupation. Bismarck rief die Vermittlung des Papstes Leo XIII. an, und dieser schlichtete den Streit dahin, daß das moralische Anrecht der Spanier anerkannt, Deutschland aber völlige Handelsfreiheit und die Befugnis, Stationen anzulegen, zugesprochen wurden.
Statt der Karolinen nahm Deutschland 1886 darauf die Marshallinseln in Besitz. Über die Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen wurden mit England und Frankreich Verträge abgeschlossen.
Die neue Session des Reichstages wurde am 19. November 1885 ... mit der Verlesung einer kaiserlichen Thronrede eröffnet. Gleich zu Anfang der Beratungen kam es aus Anlaß der unberechtigten Beschwerden der Ultramontanen über die Nichtzulassung französischer Jesuiten in den deutschen Kolonien zu einem heftigen Zusammenstoß des Fürsten Bismarck mit den Führern des Zentrums.
Die letzteren rächten sich für die entschiedene Absage die ihnen von seiten des Reichskanzlers zuteil wurde, dadurch, daß sie sich mit den Deutschfreisinnigen, Sozialisten, Welfen, Elsässern und Polen zu einem Angriff auf die gegen die polnische Einwanderung in den östlichen Provinzen Preußens ergriffenen Maßregeln vereinigten.
Die zuerst in der Polenfrage eingebrachte Interpellation (Anfrage im Parlament an die Regierung) wurde am 1. Dezember durch eine kaiserliche Botschaft als ein Eingriff in innere Angelegenheiten Preußens zurückgewiesen.
Darauf beschloß die oppositionelle Mehrheit im Januar 1886 nach dreitägigen Debatten ein Tadelsvotum über die Ausweisungen, dessen Wirkung indes durch die darauf folgenden Erklärungen und Beschlüsse im preußischen Landtag erheblich abgeschwächt wurde. Der Reichshaushaltsetat wurde mit einigen Abstrichen im Militär- und Marineetat genehmigt. Ebenso wurden die Mittel für die Anlegung eines Nord-Ostseekanals bewilligt.
Andere Vorschläge der Reichsregierung über die Rechtspflege in den überseeischen Gebieten, über eine Reform der Zuckersteuer, über die Ausdehnung der Unfallversicherung etc. wurden an Ausschüsse verwiesen. Dasselbe geschah auch mit dem Gesetzentwurf über die Einführung eines Branntweinmonopols, den der Bundesrat auf Antrag Preußens genehmigt hatte, der aber im Reichstag schon bei der ersten Lesung am 4. März fast von allen Parteien so entschieden bekämpft wurde, daß die Ablehnung desselben wahrscheinlich war, wenn auch die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer höheren Branntweinbesteuerung von den meisten anerkannt wurde. ...<<

Österreich-Ungarn: Angesichts der gefährlichen Entwicklung, die sich überall in Ost-Mitteleuropa ausbreitet, fordert der radikale österreichische Führer der Altdeutschen Partei, Georg von Schönerer (1842-1921, antisemitischer Politiker, der später auch den jungen Hitler entscheidend beeinflußt) im Jahre 1878 einen engeren Anschluß zum Deutschen Reich ("Los-von-Rom-Bewegung").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georg Ritter von Schönerer (x051/520): >>Schönerer, Georg Ritter von, geboren in Wien 17.7.1842, gestorben in Rosenau (Niederösterreich) 14.12.1921, österreichischer Politiker; Schul- und Studienjahre in Deutschland, 1873-88 Abgeordneter des Waldviertels im Wiener Reichsrat.
Schönerer vertrat anfangs liberale Positionen, wandelte sich aber bald zum Deutschnationalen (Zeitschrift "Unverfälschte deutsche Worte", bis 1912) und Antisemiten, der zunehmend auch rassisch argumentierte.
1882 formulierte er das Linzer Programm mit und entwickelte einen Germanenkult in Verehrung von R. Wagner. Als das "Neue Wiener Tageblatt" 1888 vorzeitig den Tod des geliebten

deutschen Kaisers Wilhelm I. meldete, ließ sich Schönerer zu einem Überfall auf die Redaktion hinreißen, wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt und verlor Mandat und Adelstitel.
1897-1907 war er erneut im Reichsrat, dieses Mal für Eger, und profilierte sich als "Kämpfer für Alldeutschland". Schönerer konvertierte wegen der angeblich slawenfreundlichen Haltung des katholischen Klerus zum Protestantismus und gründete eine Los-von-Rom-Bewegung. Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurde der persönlich schwierige Eiferer nicht wiedergewählt, hatte aber weiter bedeutenden Einfluß auf die völkische und antisemitische Ideologie.
Hitler bezog sich in "Mein Kampf" ausdrücklich auf Schönerer, an dem er nur kritisierte, daß er die Arbeiterfrage nicht richtig eingeschätzt habe.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1878-1882 (x812/528-530): >>(Österreich) ... Im Februar 1878 forderte Andrássy von den Delegationen eine Anleihe von 60 Millionen Gulden, durch welche die Mittel für eine eventuelle kriegerische Aktion bereit gestellt wurden, und angesichts des Friedens von San Stefano, der die österreichischen Besorgnisse steigerte, wurde sie bewilligt.
Auf dem Berliner Kongreß vertrat Andrássy selbst nebst Graf Károlyi und Baron Haymerle die Interessen Österreich-Ungarns und erlangte am 29. Juni die Bestätigung des ihm schon von Rußland gemachten Zugeständnisses, Bosnien und die Herzegowina besetzen und in Verwaltung nehmen zu dürfen. Doch wurde im Berliner Frieden vom 13. Juli über die Modalitäten der Okkupation und Verwaltung eine besondere Konvention zwischen Österreich und der Pforte vorbehalten.
Da sich der Abschluß derselben verzögerte, weil der Sultan auf dem Vorbehalt seiner Souveränität bestand, so rückten die Österreicher ohne Konvention als "Freunde", wie die Proklamation besagte, am 29. Juli mit drei Divisionen unter General Philippovich in Bosnien und der Herzegowina ein, im Vertrauen darauf, daß weder die Behörden noch die Bevölkerung irgendwelchen Widerstand leisten würden.
Dies erwies sich jedoch als verhängnisvoller Irrtum.
In Sarajewo brach bei der Kunde vom Einmarsch ein Aufstand der mohammedanischen Bevölkerung aus, die türkischen Behörden wurden beseitigt, und ein kühner Abenteurer, Hadschi Loja, stellte sich an die Spitze der Empörer und rief alle Bewohner Bosniens zu energischem Widerstand gegen die fremden Eroberer auf. Die Österreicher stießen daher auf hartnäckigen Widerstand, den sie erst nach Aufbietung sehr bedeutender Streitkräfte (drei Armeekorps) und teilweise unglücklichen, verlustreichen Gefechten überwinden konnten. Sarajewo wurde am 19. August erstürmt und bis Ende September beide Provinzen besetzt.
Mit der Pforte wurde am 21. April 1879 eine Konvention abgeschlossen, in welcher jene die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks (Bezirkes) Novi Pazar so lange anerkannte, bis sie die Kosten derselben zurückerstattet habe, aber sich die Souveränität vorbehielt. Die neuen Provinzen wurden dem gemeinsamen Zollgebiet einverleibt und ihre Verwaltung dem Reichsfinanzminister übertragen.
Die bedeutenden Opfer und Kosten (62 Millionen) der Okkupation riefen sowohl in Österreich als in Ungarn große Unzufriedenheit hervor. Aber während die Magyaren, dem Rat Tiszas folgend, ihre Mißstimmung unterdrückten und die Kosten und Einrichtungen der Okkupation genehmigten, um sich die Gunst des kaiserlichen Hofes und die Zustimmung zur nationalen Organisation ihres Staates zu sichern, griffen die Führer der Verfassungspartei, Herbst und Giskra, sowohl in der Presse als im Reichsrat die Regierung wegen ihrer Orientpolitik aufs heftigste an, fanden die Okkupation im Auftrag Europas unwürdig und einen Krieg mit Rußland vorzuziehen. Sie erschütterten hierdurch die Stellung des Ministeriums Auersperg so, daß dieses seine Entlassung forderte, die der Kaiser am 6. Oktober 1878 annahm.
Noch wünschte der Kaiser keinen Systemwechsel und beauftragte daher den bisherigen Fi-

nanzminister, von Pretis, mit der Bildung eines neuen ... Kabinetts. Da Pretis die Okkupation aber nicht ungeschehen machen konnte und wollte, fand sein Programm keine Gnade vor den Augen der Liberalen, und er verzichtete auf das Ministerium. Auersperg führte vorläufig die Regierung weiter. ...
Mitte Februar 1879 beauftragte der Kaiser den Grafen Taaffe mit der Bildung eines neuen Ministeriums ... Hierauf wurde am 22. Mai 1879 das Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Bei diesen, welche im Juni und Juli stattfanden, verlor die Verfassungspartei infolge des Abfalls des mährischen und böhmischen Großgrundbesitzes 30 Sitze und sank auf 132 Mitglieder, während die Rechte und die Slawen 181 Mitglieder zählten. ...
Taaffe wurde am 12. August zum Ministerpräsidenten ernannt und berief den Ultramontanen Falkenhayn, den Polen Ziemialkowski und den Tschechen Prazak in das Kabinett, das hiermit in das föderalistische Fahrwasser einlenkte.
So endete die Herrschaft der österreichischen Verfassungspartei nach 12jähriger, nur kurze Zeit unterbrochene Dauer nicht ohne Schuld der Partei selbst, namentlich ihrer Führer Herbst und Giskra, welche dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ministerium Auersperg aus doktrinärem Liberalismus unaufhörliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt und besonders durch die Opposition gegen den Ausgleich mit Ungarn und die vom Kaiser einmal gebilligte und durchgeführte Orientpolitik das Ansehen des Ministeriums bei der Krone und im Land geschwächt hatten.
Das neue Ministerium Taaffe gab sich ausdrücklich für ein Versöhnungsministerium aus und stellte auch den Liberalen den Eintritt von Vertretern ihrer Richtung in Aussicht. Indes die Mehrzahl der verfassungstreuen Abgeordneten wies sofort auf dem Linzer Parteitag im September 1879 jede Koalition mit dem Ministerium schroff zurück, während Graf Hohenwart die bisherige Opposition, die Rechtspartei (Feudale und Ultramontane), die Polen und die Tschechen, zu einer sehr gemäßigten regierungsfreundlichen Erklärung bewog und dadurch die Regierung für sich gewann. ...
Taaffe, dessen Plan einer Mittelpartei durch die schroffe Haltung der Deutschliberalen vereitelt wurde, sah sich dadurch zu Zugeständnissen an die Fraktionen der Rechten gedrängt, von denen die Tschechen schon völlige Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien forderten. ...
1880 erließ die Regierung für Böhmen, Mähren und Schlesien eine Sprachenverordnung, welche bestimmte, daß alle tschechischen Eingaben auch tschechisch beantwortet werden müßten; ferner wurden auf Staatskosten zahlreiche slawische Mittelschulen errichtet. Die Verfassungspartei, welche es versäumt hatte, die deutsche Sprache zur Staatssprache gesetzlich zu erklären, konnte nichts dagegen ausrichten.
Im Juni 1880 schieden auch die letzten ehemaligen Mitglieder der Verfassungspartei ... aus dem Ministerium, in welches dagegen eins der Häupter der Autonomistenpartei, der Pole Dunajewski, als Finanzminister eintrat.
In der auswärtigen Politik hatte sich 1879 ein wichtiger Akt vollzogen, nämlich der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem Deutschen Reich, welches Bismarck und Andrássy am 7. Oktober zustande brachten, und welches vor allem gegen Rußlands Eroberungspolitik gerichtet war. Kurz darauf trat Andrássy zurück und wurde durch Haymerle ersetzt, der aber die Politik in demselben Sinn leitete und namentlich in den orientalischen Verwickelungen Hand in Hand mit Deutschland ging. Der enge Anschluß Serbiens an Österreich und die Annäherung Rumäniens waren die Früchte dieser Haltung.
Der Friede auf der Balkanhalbinsel wurde aufrecht erhalten und auch mit Italien, wo die Umtriebe der Italia Irredenta (politische Bewegung) gegen Österreich von dem Ministerium Cairoli nicht energisch genug unterdrückt worden waren, 1881 die guten Beziehungen hergestellt, indem König Humbert am Wiener Hof einen Besuch abstattete. ...

Trotz des freundschaftlichen Verhältnisses der gemeinschaftlichen Regierung zu Deutschland sah sich das ... Ministerium durch seine Abhängigkeit von der ultramontan-slawischen Mehrheit zu einer größeren Nachgiebigkeit gegen die slawischen Ansprüche auf Kosten des Deutschtums genötigt. Bei der Grundsteuerreform wurden die galizischen Polen in ungerechter Weise bevorzugt, die deutschen Kronlande übermäßig belastet. Zu Gunsten der Tschechen wurde die Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische 1882 beschlossen. Den Tiroler Ultramontanen zuliebe wurde die Schulpflicht abgekürzt.
Aller Widerstand der Linken, wiederholter Austritt aus der Versammlung und anderes waren nutzlos. Ebensowenig hatte das Eintreten der Gerichte für die Deutschen in der Sprachenfrage und bei der Entscheidung der Gültigkeit der Wahlen eine Wirkung. Selbst die Sprüche des höchsten Reichsgerichtes ließen die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unberücksichtigt. Seit Coroninis Rücktritt (1881), an dessen Stelle Smolka trat, war die Linke auch nicht mehr im Präsidium vertreten.
Besonders erregte Prazak, der 1881 Justizminister wurde, durch sein parteiisches Einschreiten gegen die deutsch gesinnte Presse und das Verbot aller deutschen Kundgebungen, während die slawischen ungehindert blieben, den Zorn der Deutschen aufs äußerste. Gegen die Brutalitäten des tschechischen Pöbels wurden die Deutschen nicht geschützt, vielmehr Beamte, die das versuchten, abgesetzt.
Die Gefahren, die dem deutschen Volkstum in Österreich unter dieser Regierung drohten, hatten auch bei den Deutschen ein schärferes Hervortreten des nationalen Gedankens zur Folge, wie das Programm bewies, das die aus den bisherigen beiden Klubs der Linken, den Liberalen und dem Fortschrittsklub, gebildete "vereinigte Linke" am 19. November 1881 veröffentlichte; alle Versuche, eine neue Mittelpartei zu gründen, hatte dagegen nur geringen Erfolg.
Die klerikal-tschechische Mehrheit war um so mehr darauf bedacht, die Dauer ihrer Herrschaft zu sichern, und glaubte dies durch eine Wahlreform zu erreichen, welche in Städten und Marktflecken allen 5 Gulden Steuern zahlenden Einwohnern das Wahlrecht einräumte; dieselbe, ebenso eine Neueinteilung der böhmischen Wahlbezirke zu Gunsten der Tschechen, wurden 1882 beschlossen. Immer mehr Volksschulen wurden von den Tschechen und Slowenen den Deutschen entrissen, ja 1882 sogar in Wien eine tschechische Volksschule gegründet. ...<<

Rußland, Osmanisches Reich, Europa: Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegen und große Teile des Osmanischen Reiches besetzen sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohen, schalten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollen den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestieren und drohen Rußland mit Krieg.
Bismarck hält sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<
Reichskanzler Bismarck versucht beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen kann schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.
Obgleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelt, fühlt sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis ist nach dem Berliner Kongreß jedenfalls empfindlich gestört und es entwickelt sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.
Der türkische Staat wird zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken müssen große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosporus" wird anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen ist niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endet für Rußland enttäuschend. Rußland erhält lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekommt zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtet sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gibt seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlt sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.
Österreich-Ungarn übernimmt nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekommen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselt die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führt schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.
Großbritannien erhält Zypern.
Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro werden selbständig und erhalten ihre Unabhängigkeit.
Bulgarien muß Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verliert Ostrumelien (innere Autonomie).
Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhält nichts (außer der russischen Feindschaft).
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Berliner Kongreß" (x802/-766): >>Berliner Kongreß, die Versammlung von Vertretern der Großmächte Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und Türkei, welche, von Österreich angeregt, auf Einladung der deutschen Reichsregierung am 13. Juni 1878 unter Vorsitz des Fürsten Bismarck in Berlin zusammentrat, um das im Frieden von San Stefano festgesetzte Ergebnis des russisch-türkischen Krieges zu prüfen und mit den Interessen Europas, besonders Englands und Österreichs, in Einklang zu bringen.
Das Ergebnis der Beratungen war der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der die Fürstentümer Rumänien, Serbien und Montenegro, letztere beiden erheblich vergrößert, für souverän erklärte, Bulgarien als ... (Vasallenstaat) und Ostrumelien als autonome Provinz von der Türkei abtrennte, Rußland Bessarabien und einen Teil Armeniens als neue Gebietserwerbungen zusprach, Österreich mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragte und Griechenland eine Erweiterung seiner Nordgrenze in Aussicht stellte.
Die Macht der Türkei in Europa und Asien wurde durch den Vertrag erheblich geschwächt, aber der Einfluß Rußlands zu Gunsten Österreichs eingeschränkt. ...<<
Rumänien: Der rumänische Dichter Naftali Herz Imber (1856-1909) verfaßt im Jahre 1878 den Text der späteren Nationalhymne Israels "Hatikvah" (x230/71):
>>Solange im Herzen darinnen
Ein jüdisches Fühlen noch taut,
Solang gen Südosten zu den Zinnen
Von Zion ein Auge noch schaut.
Solang lebt die Hoffnung auf Erden,
Die uns zweitausend Jahre verband,
Daß ein Freivolk wir wieder werden
In Zions, Jerusalems Land.<<
Großbritannien: Der britische Kolonialpolitiker Cecil Rhodes erläutert im Jahre 1878 die Bedeutung des Imperialismus (x073/3-4): >>... Wenn wir die Blicke auf unser bei weitem größeres Reich in Übersee und seine Bewohner richten, ... erweitern sich die Grenzen und die Maßstäbe. Es entsteht ein weiteres und edles Bild; der Geist verliert sich im Nachsinnen über das, was unter der wohltätigen Herrschaft Großbritanniens steht. ...
Da sehen wir Völker; die um die Erreichung einer höheren Kulturstufe ringen, für die die

Überwindung von Sklaverei nur der Vorgeschmack auf die weit höheren Werte von Freiheit und Fortschritt ist, die sie vielleicht einmal gewinnen werden. Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten.
Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten dringen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.
Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.
Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien) schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.
Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt (es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen), häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.
Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. Wenig später beanspruchte Deutschland in vier verschiedenen Gebieten (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) Territorien von über 2,5 Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern, während Frankreich, das bereits 1830 in Algerien eingefallen war, um die Jahrhundertwende Madagaskar und den größeren Teil von West- und Nordafrika beherrschte – ein Gebiet von über 10 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 47 Millionen.
Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.
In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen – Überreste aus den Zeiten Dschingis Khans und Tamerlans. Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaya und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde.
Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege (im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen

sowie in Burma im Osten) und durch die "Verfallsdoktrin", nach der Staatswesen ohne eindeutigen Thronfolger direkter britischer Herrschaft unterstellt wurden, beständig ausweiten können. ...<<

USA: US-General Crooke klagt im Juni 1878 in der Zeitschrift "Army und Navy Journal" über die unzureichende Lebensmittelversorgung der umgesiedelten Ureinwohner (x068/66): >>... Da ist nichts für sie in diesem Lande: Der Bison ist dahingegangen, und Kaninchen gibt es nicht genug zu fangen. Was sollen sie tun? Der Hungertod starrt ihnen ins Gesicht.

Ich wundere mich nicht, daß diese Indianer zum Kriege schreiten, wenn sie ihre Frauen und Kinder hungern sehen und ihre letzten Hilfsquellen ihnen abgeschnitten sind. Und dann werden wir ausgeschickt, um sie zu töten; es ist eine Schande!<<

Der Cheyenne-Häuptling Dull Knife, der mit seinem Stamm nach einer Flucht von tausend Meilen ins Reservat zurückkehren soll, erklärt 1878 im Fort Robinson/Nebraska (x068/63): >>Wir wollen dort nicht wieder hin, das ist kein gesundes Land, und wenn wir dort bleiben müssen, werden wir alle sterben. Wir wollen nicht zurück und wir gehen nicht zurück. Ihr könnt mich hier töten, aber ihr könnt mich nicht dazu bringen zurückzugehen!<<

Kuba: Der kubanische Bürgerkrieg endet im Jahre 1878 mit dem Sieg der Spanier.

Asien: Großbritannien führt von 1878-1880 Krieg gegen Afghanistan und erobert Kandahar und Kabul.

Afrika: Henry Morton Stanley (1841-1904, britischer Afrikareisender, findet 1871 den verschollenen Livingstone, mit dem er die Suche nach den Nilquellen fortsetzt, erforscht danach das zentralafrikanische Seengebiet und das Kongobecken) notiert 1878 in seinem Notizbuch (x233/116): >>Als erster erforschte ich den Kongo und sollte nun der Welt als erster seine Bedeutung erweisen, friedliche Niederlassungen an seinen Ufern anlegen und sie in nationale Staaten umwandeln, in denen Gerechtigkeit, Gesetz und Ordnung herrschen und der grausame Sklavenhandel für immer aufhören sollte. ...<<

Australien: Der Schotte Peter Dodds McCormick (1834-1916) verfaßt um 1878 den Text der Hymne "Advance Australia Fair", seit 1974 Nationalhymne Australiens (x230/18):

>>Froh laßt uns jubeln, all ihr Australier,
Denn wir sind jung und frei,
Goldner Boden und Überfluß sind unsre ganze Mühe,
Unsre Heimstatt umschließt das Meer,
Unser Land ist reich an Gaben der Natur,
Von kostbarer und erlesener Schönheit,
Möge im Buch der Geschichte mit jedem Abschnitt,
Das schöne, glückliche Australien weiter voranschreiten.
Dann wollen wir zu frohen Klängen singen:
Schreite voran, schönes, glückliches Australien.<<

1879

Europa: Der wachsende politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluß der geschäftstüchtigen und erfolgreichen Juden fördert in den meisten europäischen Ländern judenfeindliche Hetze und Diskriminierungen. Am Ende des 19. Jahrhunderts breitet sich besonders in Österreich ein gefährlicher, rassistischer Antisemitismus aus, der vor allem das Ziel verfolgt, den wirtschaftspolitischen Einfluß der Juden auszuschalten.

Die Grundeinstellung der katholischen Kirche gegenüber dem Judentum bleibt auch am Ende des 19. Jahrhunderts unversöhnlich. Die meisten katholischen Theologen und vor allem der Papst sind nicht bereit, die verhängnisvollen Irrlehren der zurückliegenden Jahrhunderte zu korrigieren.

Wesentliche weltliche Wegbereiter des rassistischen Antisemitismus sind der Franzose Joseph Gobineau (1816-1882) und Houston S. Chamberlain (1855-1927, deutscher Schriftsteller bri-

tischer Herkunft, verheirat mit Richard Wagners Tochter Eva), die mit ihren "Rassenlehren" vom Vorrang der "arischen Rassen" viele Anhänger finden.
Gobineau schreibt z.B. über die Mongolen und Afrikaner, die Mongolen seien apathisch, gefräßig, hartnäckig, praktisch und hätten ihre Freude am Materiellen. Die Afrikaner seien gewalttätig, sinnlich und von ungeheuerlicher Unempfindlichkeit (x081/8).
Houston S. Chamberlain schreibt später in seinem Buch "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (x128/149): >>... Entstehen die sogenannten "edlen" Tierrassen, die Zugpferde von Limousin, die amerikanischen Traber, die irischen Renner, die absolut zuverlässigen Jagdhunde durch Zufall und Promiskuität (Vermischung)? Entstehen sie, indem man den Tieren Rechtsgleichheit gewährt, ihnen dasselbe Futter vorwirft und über sie die nämliche Rute schwingt?
Nein, sie entstehen durch geschlechtliche Zuchtwahl und durch strenge Reinhaltung der Rasse. Und zwar bieten uns die Pferde, namentlich aber die Hunde, jede Gelegenheit zu der Beobachtung, daß die geistigen Gaben Hand in Hand mit den physischen gehen; speziell gilt dies von den moralischen Anlagen; ein Bastardhund ist nicht selten sehr klug, jedoch niemals zuverlässig, sittlich ist er stets ein Lump.<<
Der deutsche Journalist Wilhelm Marr (1819-1904) prägt im Februar 1879 in seiner Propagandaschrift den Begriff "Antisemitismus" und gründet die nur kurz existierende "Antisemitenliga".
Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den "Antisemitismus" (x821/706): >>Antisemitismus, Bekämpfung der Eigentümlichkeiten des Judentums, namentlich Bezeichnung für die in neuester Zeit besonders in Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn, in schwächerem Maße auch in Frankreich hervortretende Bewegung, die sich die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und geistigem Gebiete zum Ziele setzt.
In Deutschland tauchte die antisemitische Bewegung zu Ende der siebziger Jahre auf, befördert durch die Eindrücke der sogenannten Gründerzeit und durch den konservativen Umschwung in der inneren Politik seit 1879. Literarisch wurde die Bewegung vorbereitet namentlich durch die Schriften von Wilhelm Marr, "Der Sieg des Judentums über das Germanentum" (Bern 1873); Otto Glagau, "Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin" (Leipzig 1876) und (als 2. Teil) "Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland" (1877), und Eugen Dühring, "Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage" (2. Auflage, Karlsruhe 1881). Von großer Wirkung war dann seit 1878 das Auftreten des Hofpredigers Stoecker in Berlin in den Versammlungen der Christlich-socialen Partei.
Die Erregung wuchs 1880 und führte zu einem heftigen Broschürenkampf, an dem sich auch Gelehrte wie Treitschke ("Ein Wort über unser Judentum", Berlin 1880) und Mommsen ("Auch ein Wort über unser Judentum", Berlin 1881) beteiligten. 1880 wurde eine Antisemitenliga gegründet. Dann schied sich die Bewegung in eine sich mehr den Konservativen und Christlich-sozialen nähernde Richtung unter Liebermann von Sonnenberg und Bernhard Förster, die im März 1881 den Deutschen Volksverein gründeten, und in eine radikalere, den Rassengegensatz schärfer betonende, die von Ernst Henrici und dem Sozialen Reichsverein vertreten wurde.
Auf einem Kongreß zu Kassel wurde 1886 eine Deutsche Antisemitische Vereinigung gegründet und gleichzeitig in Hessen, begünstigt durch die bäuerlichen Verhältnisse daselbst, eine eifrige lokale Agitation betrieben, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Boeckel stand.
Auf einem Kongreß der verschiedenen antisemitischen Richtungen zu Bochum 1889 schloß sich die Mehrheit als Deutsch-soziale antisemitische Partei unter Liebermann von Sonnenberg zusammen, während die Minderheit unter Boeckel und Zimmermann eine Antisemitische Volkspartei gründete, die im Lauf der folgenden Jahre noch mehrmals den Namen wechselte.

Bei den Reichstagswahlen 1890 erlangten die Antisemiten fünf Mandate in Hessen. Als bei den Wahlen von 1893 ihre Zahl auf 16 gestiegen war, schloß sich der größere Teil unter Vorsitz Boeckels zur Deutschen Reformpartei zusammen, während die Deutschsozialen eine Sondergruppe bildeten.
Im Oktober 1894 vereinigten sich in Eisenach die beiden Hauptrichtungen zur Deutschsozialen Reformpartei unter Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann. Der Abgeordnete Ahlwardt, dessen Agitationsweise (seit 1890) unerquickliches Aufsehen erregte, wurde aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Mit Boeckel, der austrat, gründete er eine neue antisemitische Volkspartei, die Juni 1895 ihren ersten Parteitag in Berlin abhielt.
In Österreich förderte den Antisemitismus anfangs besonders der deutschnationale G. von Schönerer. Da dieser aber auch gegen die Liberalen als "Judenfreunde" eiferte, so schlossen sich bald auch die Klerikalen der Bewegung an und nahm diese einen vorherrschend antiliberalen Charakter an. Der Führer dieser Richtung ist der Wiener Advokat Lueger. Besonders in Wien breitete sich der Antisemitismus stark aus. Bei den Reichsratswahlen vom März 1891 wurden in Niederösterreich 13 Antisemiten (unter 37 Abgeordneten) gewählt; im Wiener Gemeinderat erlangten sie 1895 eine so starke Mehrheit, daß sie die Wahl Luegers zum Bürgermeister durchsetzen konnten.
In Frankreich wurde der Antisemitismus erweckt durch Drumonts Buch "La France Juive" (Paris 1886).
In Rußland trat zu den sozialen Ursachen des Antisemitismus noch religiöser Fanatismus hinzu. Den Anstoß zur Bewegung gaben die tumultuarischen Judenverfolgungen 1881 in Südrußland und in Polen. Am 3. September 1881 wurde eine Kommission zur Untersuchung der Judenfrage eingesetzt, die am 15. März 1882 einige die Rechte der Juden beschränkende Punkte aufstellte. Nach und nach wurden die Maßregeln gegen die Juden verschärft, so daß seit 1891 eine starke Auswanderung derselben erfolgte. ...<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über den damaligen "Antisemitismus" (x051/29-30): >>Antisemitismus ... Die unter Mitwirkung von Marr im September/Oktober 1879 gegründete Antisemiten-Liga setzte sich das Ziel, "die uns widerwärtigen Juden wieder in die Schranken zurückzuweisen, welche eine unbedachte Gesetzgebung zu unserem Schaden aufgehoben hat".
Einig waren sich alle Antisemiten darin, die Juden aus den Machtpositionen, die sie innerhalb der Gesellschaft errungen hatten, wieder zu entfernen. Darüber hinaus differenzierte sich die antisemitische Bewegung nach Radikalen und Gemäßigten, nach solchen, die im biologischen Sinne rassistisch dachten, und anderen, die die Juden vorrangig aus den staatlichen Ämtern verdrängen und den "jüdischen Geist" bekämpfen wollten.
Der Antisemitismus war aber nicht einfach mit dem erneuten Aufgreifen der Judenfrage identisch. Als Ideologie war er eine Bewegung gegen die Zielsetzung der Französischen Revolution und des Liberalismus. Eng verbunden war der Antisemitismus der Krise des bürgerlichen Denkens, die in der Rezession der 70er und 80er Jahre zum Ausbruch kam.
Diese Krise äußerte sich in einem neuen und verschärften Nationalismus, in Fremdenhaß und antisozialistischen Affekten. Anhänger fanden die antisemitische Bewegung und die aus ihr gebildeten Parteien besonders im Kleinbürgertum.
Stoecker suchte 1878 die Anhänger für die von ihm gegründete antisemitische Partei in der Arbeiterschaft, scheiterte jedoch mit dieser Überlegung. Er änderte darauf den Namen der Partei von "Christlich-soziale Arbeiterpartei" in "Christlich-soziale Partei". Statt der Arbeiter kamen Handwerker, Kleinhändler und in geringem Maße Bauern, ferner Angehörige der akademischen Führungsschicht.
Die Arbeiterschaft hat dem Antisemitismus weitgehend widerstanden, ebenso die Sozialdemokratie, die auf ihrem Parteitag 1893 den Antisemitismus scharf ablehnte.

Was die Gründung einer Partei anging, bestanden unter den Antisemiten zwei Richtungen: Die eine betrachtete den Antisemitismus als Weltanschauung, die möglichst in allen Parteien durchgesetzt werden sollte; die andere wünschte ihn zum zentralen Programmpunkt einer Partei zu machen. Große Erfolge brachte die Gründung antisemitischer Parteien nicht. Sie erreichten bei den Reichstagswahlen 1893 einen Höhepunkt mit 2,9 % und 16 Abgeordneten, waren von da an aber rückläufig und entwickelten sich zu Gruppen mit Sektencharakter.
Dagegen setzte sich der Antisemitismus in mehreren Verbänden durch, die im Kaiserreich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung waren, so dem Bund der Landwirte, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Alldeutschen Verband, dem Verein deutscher Studenten und Teilen der Burschenschaften. Diese Verbände stehen für die Ausbreitung des Antisemitismus um die Jahrhundertwende, ja überhaupt für eine "antisemitische Gesellschaftsstimmung" (F. Naumann).
Gleichzeitig gingen Antisemitismus und Rassendenken, ausformuliert durch H. S. Chamberlain, eine enge Verbindung miteinander ein. Ein Volk war danach nicht mehr durch Geschichte und Kultur, sondern wesentlich durch Rasse bestimmt. Die Möglichkeit der Assimilation, die der Antisemitismus alten Stils für die Integration der Juden noch gelassen hatte, war damit beseitigt. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Arthur Graf von Gobineau (x051/218): >>Gobineau, Arthur Graf von, geboren in Ville-d'Avray 14.7.1816, gestorben in Turin 13.10.1882, französischer Diplomat und Schriftsteller.
Seit 1849 auf diplomatischen Randposten beschäftigt (Teheran, Athen, Rio, Stockholm), fand Gobineau Zeit zu poetischer Produktion, die weitgehend vergessen ist. Wirksam dagegen wurde sein "Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" (4 Bände, 1853-55, deutsch 1898-1901), der eher ein Versuch "wissenschaftlicher" Legitimierung von Imperialismus und Kolonialismus war nach dem Verlust der missionarisch-christlichen Rechtfertigung.
Nach Gobineau waren "niedere" - negroide, semitische - und "höhere" Rassen wie die "Arier", insbesondere die "Germanen", zu unterscheiden. Er hatte bei seiner Forderung nach Erhaltung der "Hochrasse" durch Bewahrung des "reinen Blutes" u.a. Engländer und Flamen im Auge; erst seine Anhänger wie R. Wagner oder H. S. Chamberlain reklamierten den Germanenmythos für die Deutschen und stellten damit die Verbindung her von Gobineaus Grundgedanken zur nationalsozialistischen Weltanschauung.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Houston Stewart Chamberlain (x051/100): >>Chamberlain, Houston Stewart, geboren in Southsea bei Portsmouth 9.9.1855, gestorben in Bayreuth 9.1.1927, britisch-deutscher Publizist; Kindheit in Versailles, Schulzeit in England, Studium in der Schweiz.
Als 20-Jähriger hörte Chamberlain erstmals die Musik von R. Wagner und wurde von ihr magisch angezogen: Seit 1882 nahm er regelmäßig an den Bayreuther Festspielen teil, heiratete 1908 in zweiter Ehe Wagners Tochter Eva und lebte seit 1909 ganz in Bayreuth; 1916 deutscher Staatsbürger.
Auch Wagners rassentheoretische Ansichten, von Gobineau herkommend, wirkten auf Chamberlain, der sie in seinem Hauptwerk "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (2 Bände, 1899) zu einer "antisemitischen" Kulturtheorie ausbaute: Kulturschöpferisch seien v.a. die Germanen, deren "rassische Grundkräfte" im deutschen Volk am unverbrauchtesten bewahrt seien; die Juden dagegen verkörperten das zerstörerische Prinzip. Chamberlain appellierte daher an das "Rassegewissen" der Deutschen und propagierte die "Reinigung" des Christentums von jüdischen Elementen.
Er wurde damit zu einem Vorläufer sowohl des nationalsozialistischen Rasseantisemitismus wie der völkischen Theologie der Deutschen Christen. Zu Chamberlains Bewunderern gehörten Kaiser Wilhelm II. und Hitler, den Chamberlain 1924 persönlich kennen und schätzen

lernte. Dennoch ist der direkte Einfluß Chamberlains auf Hitler schon wegen dessen ganz anderer Haltung in der religiösen Frage weit niedriger zu veranschlagen als etwa auf die rassistischen Konstruktionen von Rosenberg.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Karl Lueger (x051/363): >>Lueger, Karl, geboren in Wien 24.10.1844, gestorben in Wien 10. März 1910, österreichischer Politiker; 1874 Rechtsanwalt, ab 1875 im Wiener Gemeinderat, 1885 Reichsratsabgeordneter.

Zunächst stand Lueger dem Linzer Programm Schönerers nahe, wandte sich dann aber zur christlich-sozialen Bewegung, die er in den 80er Jahren zu einer Massenpartei formte. Ab 1888 ihr Vorsitzender, wurde Lueger 1895 zum Bürgermeister von Wien gewählt, erlangte aber erst 1897 die kaiserliche Anerkennung.

Der junge Hitler sah in dem antisemitischen und antisozialistischen Demagogen ein Vorbild und bezeichnete Lueger, auch wegen der großen kommunalpolitischen Leistungen (Kommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung, Verwaltungsreform u.a.), als "den gewaltigsten Bürgermeister aller Zeiten" ("Mein Kampf").<<

Deutsches Reich: Bayern stellt im Jahre 1879 erstmalig verbindliche Rechtschreibregeln für das Deutsche Reich auf. Die neuen preußisch-bayerischen Regeln werden 1880 durch Konrad Duden (1829-1911) veröffentlicht.

Eine rheinische Zeitung berichtet im Jahre 1879 über die Folgen des "preußischen Kulturkampfes" (x233/110): >>Was hat nun der Kulturkampf aus unserem Vaterlande gemacht? Er hat es in zwei Hälften zerrissen: "hier Reichsfreunde – hier Reichsfeinde", das ist das entsetzliche Wort, mit dem die wilde unsinnige Kirchenhetze den Frieden unseres Landes zerstört hat.

Auf der einen Seite steht der Staat mit seinem ganzen Machtapparat. Alle Nichtkatholiken, mit wenigen Ausnahmen, halten zu ihm. ...

Auf der anderen Seite stehen 8 Millionen Katholiken. ...

Was ist geschehen, daß wir plötzlich als Unterwühler der staatlichen Ordnung betrachtet werden? ... Haben wir irgendwie Revolution gemacht oder besondere Gesetzesübertretungen uns zuschulden kommen lassen?

Man kann uns nichts dergleichen nachweisen. ... Wir sind Katholiken: das ist unser Verbrechen; wir wollen Katholiken bleiben: das ist unsere mit dem Bestand des Staates unvereinbare Forderung. ...<<

Österreich-Ungarn: Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wird, schließen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft bleibt und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantiert (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) fördert, wird damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlen sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik gerät die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasten (x054/-161).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die allgemeine Stellung der Slawen (x814/1.029-1.030): >>(Slawen) ... Im europäischen Völkerkonzert nehmen die Slawen eine von den Romanen und Germanen abgesonderte, darum aber nicht weniger bedeutende Stellung ein. Da sie kein Bürgertum, kein Städtewesen aus sich heraus entwickelten, blieben sie auch neben den anderen beiden indoeuropäischen Hauptstämmen in Bezug auf Gewerbe und Handel, Künste und Wissenschaften bis in die neueste Zeit zurück; sie waren,

da ihnen die Vermittlung zwischen Herr und Bauer fehlte, einseitig, und lange Zeit konnten die Slawen ohne fremde Hilfe, ohne Anregung von außen (Byzantiner, Deutsche) auf dem Gebiet der Kulturentwicklung nichts leisten.
Während sie vielfache Fertigkeiten, große Gewandtheit, Anstelligkeit zeigen, vermissen wir bei ihnen bis jetzt große und originale Kulturleistungen, welche auf die Westeuropäer eingewirkt hätten, in der Wissenschaft, in der Kunst wie in den Gewerben. Die Slawen, von denen heute noch acht Zehntel Bauern (zumeist bis vor zwei Jahrzehnten Leibeigene) sind, traten als die letzten in die europäische Kulturentwicklung ein.
Politisch gelangen sie gegenwärtig durch Rußland mehr zur Geltung, neben dem nur Serbien und Montenegro seit kurzem zu selbständigen Staaten geworden sind, während die übrigen Slawen zum Deutschen Reich (besonders den östlichen Provinzen Preußens), zu Österreich und der Türkei (Bulgarien) gehören. ...<<
Mittelamerika: Im Jahre 1879 beginnt der Bau des Panamakanals.
Südamerika: Zwischen Chile und den alliierten Truppenverbänden Boliviens und Perus beginnt im Jahre 1879 der sog. "Salpeterkrieg" (1879-83).
Spanien erkennt im Jahre 1879 die Unabhängigkeit des Staates Peru offiziell an.
Afrika: Großbritannien führt im Jahre 1879 Krieg gegen das südafrikanische Bantuvolk der Zulus.

1880

Durch Demütigungen habe ich mehr gelernt als durch Siege. *Wilhelm I. (1797-1888, deutscher Kaiser)*

Deutsches Reich: In Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. wird am 15. Oktober 1880 der Kölner Dom fertiggestellt (632 Jahre nach der Grundsteinlegung).
Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1880 Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegt damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).
Eine Fürsorgerin berichtet über das schwere Leben von alleinerziehenden Müttern um 1880 (x176/210): >>So kam ich einmal zu einer armen Witwe, die sich und ihre 4 Kinder mit Wäschenähen zu ernähren bemühte und um Unterstützung nachgesucht hatte. Durch einen engen dunklen Hof mußte ich gehen, in dessen dumpfer Kellerluft eine Schar blasser, kleiner Buben und Mädchen sich herumtrieb. ...
(In der Wohnung) stellte ich die Frage: "Wie alt sind Sie?" – "Sechsundzwanzig".
Erschrocken sah ich auf: dies gelbe, faltige Gesicht, der krumme Rücken, die dünnen Haare, der erloschene Blick - sechsundzwanzig Jahre! Ich sah plötzlich meine Tante vor mir, die vierzigjährige – und ein dumpfer Zorn bemächtigte sich meiner.
"Wie lange arbeiten sie am Tage?" – "Ich stehe halt um fünf auf und lege mich um 12 nieder! – Und das alles nur, um das elende Leben am nächsten Tag weiter zu fristen!
"Was verdienen sie in der Woche?" Sechs Mark, wenn es arg gut geht acht Mark. In der stillen Zeit gibt es oft keine drei oder vier Mark". ...<<
Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1880 über die Schulen in einer deutschen Kleinstadt (x056/-260): >>Das Gymnasium war ein Gebäude aus festem Werkstein. ... Die erste Bürgerschule hatte ... hatte gerade ein neues prächtiges Gehäuse bekommen, das ... inmitten der Bürgerhäuser wie ein Palast aussah.
Unsere Schule (die sogenannte zweite Bürgerschule der armen Leute) ... war in einigen kleinen Fachwerkhäusern untergebracht, die in verschiedenen Straßen lagen. ...
Die Gymnasiasten verkörperten die Aristokratie und das große Bürgertum, wir Jungen der zweiten Bürgerschule das Proletariat, und zwischen uns beiden stand die Jugend der ersten Bürgerschule, die dem Mittelstand und dem Kleinbürgertum angehörte.<<

Ein ehemaliger Schüler einer zweiklassigen Volksschule in Ostfriesland berichtet über seine Schulzeit um 1880 (x261/163-164): >>(Im Religionsunterricht) wurde viel auswendig gelernt, oft recht mechanisch. Eines der größeren Mädchen las z.B. aus dem Gesangbuch eine Zeile des betreffenden Liedes laut vor, die ganze Klasse sprach im Chor nach. War ein Gesangvers zu Ende, fing man von vorne an. ...
Der Deutschunterricht war im wesentlichen auf Schreib- und Leseübungen beschränkt. Das Schönschreiben ins Schreibheft nahm einen recht weiten Raum ein. Der Unterricht war aber nicht Klassen- oder Abteilungsunterricht, sondern jeder übte für sich. ...
Dem Leseunterricht lag ein umfangreiches Lesebuch zu Grunde, das ... deutlich die Spuren der Einwirkung einer neuen Zeit trug. Unter den geschichtlichen Lesestoffen fand man z.B. die Reichsgründung und Darstellungen von den letzten Kriegen. Auch Beschreibungen von Landschaften wie der Lüneburger Heide und vom Harz, von seltsamen außereuropäischen Tieren hatten einen Platz gefunden. ...
Der Leseunterricht selbst verlief in mechanischen Bahnen. Oben wurde zu lesen angefangen; nach der Reihe las jedes Kind einen Satz. Die Schwächeren zählten an den Punkten ab, was für sie herankam und bereiteten ihren Satz vor, damit sie nicht unangenehm auffielen. Las aber einmal ein Kind bei einem ganz kurzen Satz über einen Punkt hinweg, war alle Überlegung und Vorbereitung durchkreuzt worden. ...
(Im Rechenunterricht rechnete jedes Kind) für sich aus dem Rechenbuch. Die Kontrolle, ob eine Aufgabe richtig gerechnet war, ergab sich aus den beigefügten Antworten, die auf den letzten Seiten des Buches zu finden waren. ...
In dem sogenannten Sachunterricht – Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Naturkunde – wurde so gut wie nichts gelehrt und gelernt. Aus der Geographie erinnere ich mich, daß der Lehrer die Namen der Länder Europas mit den Hauptstädten an die Wandtafel schrieb. Dies wurde von uns abgeschrieben und auswendig gelernt. ...<<
Österreich-Ungarn: Die Habsburger zeigen sich gegenüber den Tschechen und Slowaken kompromißbereit. Ab 1880 erlaubt man in Böhmen und in Mähren neben der deutschen auch die tschechische Amtssprache.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Böhmens von 1880-1883 (x803/142-143): >>(Böhmen) ... Das Jahr 1880 zeigte das Vorwärtsdrängen des wieder mehr als je selbstbewußt und herrschaftslustig gewordenen Alttschechentums auf der Bahn der Konzessionsforderung, andererseits sein Streben, die Polen zur gemeinsamen Aktion heranzuziehen und sich auch mit den Magyaren zu verständigen, wie dies im Herbst 1880 die Reise Riegers nach Pest kundgab.
So erreichten sie denn auch in der Sprachenfrage wesentliche Zugeständnisse und in der Streitfrage wegen der Prager Universität 1882 die Teilung derselben.
Während ihre Abgeordneten im Reichsrat eine einflußreiche Rolle spielten, errangen sie 1883 bei den Landtagswahlen den Sieg über die Deutschen und damit die Majorität im Landtag. Im Siegesübermut begingen die Tschechen vielfache Gewalttätigkeiten gegen die Deutschen und verdrängten sie aus möglichst vielen Behörden und Körperschaften, so daß die Deutschen sich zum Schutz ihrer Nationalität zur Forderung der Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil gedrängt sahen. Die Tschechen und die ihnen günstig gesinnte Regierung weigerten sich freilich, hierauf einzugehen. ...<<
Ost- und Ostmitteleuropa: Von 1880-1914 fliehen über 2,0 Millionen Juden aus Osteuropa in die USA und 0,2 Millionen Juden emigrieren nach England.
Rußland: Infolge der überhasteten Industrialisierung verschuldet sich Rußland von 1880-1910 hoffnungslos bei den westeuropäischen Staaten (Deutsches Reich, Frankreich und England) und bei Nordamerika.
Osmanisches Reich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Ge-

schichte des Türkischen Reiches von 1880-1889 (x815/932): >>(Türkisches Reich) ... Die Griechen verlangten dringend die Verwirklichung der Grenzrektifikation durch Abtretung von Epirus und Thessalien und erlangten auf der Berliner Konferenz 1880 eine Grenze zugebilligt, welche ihre Ansprüche beinahe völlig befriedigte, so daß die Pforte am 3. Juli 1881 fast ganz Thessalien und den ... Bezirk Arta an Griechenland abtreten mußte.
In Albanien sah sie sich 1880 genötigt, ihre eigenen Untertanen in Dulcigno mit Gewalt zur Unterwerfung unter ihre Abtretung an Montenegro zu zwingen.
Ihr Versuch, 1879 bei der Absetzung des Khedive von Ägypten ihre Hoheitsrechte über dies Land zu vermehren, wurde durch den Einspruch der Mächte vereitelt; ihre Untätigkeit während der von Arabi Pascha 1882 verursachten Unruhen ermöglichte England das eigenmächtige Einschreiten in Ägypten und die militärische Besetzung des Landes.
Das 1871 enger an das türkische Reich gekettete Tunis ging 1881 an Frankreich verloren.
Dennoch hatte die Pforte bei diesen Vorgängen eine solche Geschicklichkeit und Sicherheit in den diplomatischen Verhandlungen gezeigt, daß sich ihre Stellung den Großmächten gegenüber zu ihrem Vorteil veränderte. Während sie den Anmaßungen Englands mit Ruhe und Festigkeit entgegentrat, gewann sie an Deutschland und Österreich seit Auflösung des Dreikaiserbündnisses eine immer wirksamere Stütze, wodurch es ihr möglich wurde, ihren Besitzstand in Europa zu behaupten und ihren Einfluß in Afrika und Asien zu vermehren.
Im Inneren scheiterte allerdings ein Reformversuch, den der zum Großwesir ernannte, ehemals tunesische Minister Khereddin Pascha 1879 machte, an dem Widerstand der alttürkischen Partei und einiger allmächtiger Günstlinge des Sultans ... Indes befreite sich der Sultan Abd ul Hamid, je mehr er in Staatsgeschäften ein selbständiges Urteil erlangte und handelnd eingriff, allmählich von diesem verderblichen Einfluß.
Um die Finanzreform durchzuführen, berief er deutsche Beamte, welche auch 1881 eine durch Irade (Erlaß) vom 20. Dezember bestätigte Einigung mit den Gläubigern zustande brachten, durch die der Betrag der Staatsschuld von 250 auf 106 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt und für diese ein zunächst auf mindestens 1 Prozent reduzierter Zinsfuß, zugleich aber auch eine Amortisation von 1/3 Prozent und deren Zahlung durch Garantie mehrerer Einkünfte gesichert wurde. Zur Vermehrung der Einnahmen wurde die Tabakregie eingeführt.
Deutsche Offiziere begannen auf Grund eines 1880 vom Sultan genehmigten Plans eine Reorganisation des Heerwesens und arbeiteten ein Militärgesetz für das ganze Reich aus, das 1887 in Kraft trat. Nach außen hin beachtete die Türkei eine große Zurückhaltung, da sie vor neuen kriegerischen Verwickelungen zurückscheute.
Dies zeigte sich besonders 1885, als im September der Generalgouverneur von Ostrumelien ... gestürzt wurde und Fürst Alexander von Bulgarien diese türkische Provinz mit seinem Fürstentum vereinigte.
Obwohl die Türkei eine ansehnliche Truppenmacht an der Grenze aufstellte, konnte sie sich doch nicht zu bewaffnetem Einschreiten, um ihre Rechte zu wahren, entschließen und gab im Frühjahr 1886 auf der Konferenz zu Konstantinopel ihre Zustimmung dazu, daß der Fürst von Bulgarien zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt wurde.
Ebenso verhielt sie sich untätig, als im August 1886 Fürst Alexander durch russische Ränke gestürzt wurde, und ließ alle weiteren Ereignisse in Bulgarien geschehen, ohne sich anders als diplomatisch einzumischen, obwohl Rußland die Pforte zum tätlichen Einschreiten drängte, um die ihm verhaßte Regentschaft, dann den Fürsten Ferdinand zu beseitigen. Sie gab damit tatsächlich die Herrschaft über Ostrumelien auf.
Die Ereignisse in Bulgarien, welche ... Serbien so auch Griechenland zu einer kriegs- und eroberungslustigen Haltung veranlaßten, nötigten aber die Türkei zur Aufstellung einer großen Heeresmacht, welche so große Kosten verursachte, daß sie wieder Anleihen bei der Ottomanischen Bank machen und dafür mehrere einträgliche Zölle verpfänden mußte.

1889 kam durch Schiedsspruch endlich eine Einigung mit dem Baron Hirsch, der die türkischen Eisenbahnen gebaut hatte und ausbeutete, zustande, welche der Türkei die Verfügung über die Bahnen teilweise zurückgab. ...<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1880-1881 (x807/832-834): >>(Großbritannien) ... Am 5. Februar 1880 wurde die Session des Parlaments eröffnet. Die Verhandlungen nahmen durchweg einen der Regierung erwünschten Verlauf; die Anträge der Homerulers ... wurden mit 216 gegen 66 Stimmen abgelehnt; auch die irische Notstandsbill ging trotz der Verschleppungsversuche der Obstruktionisten nach den Vorschlägen des Ministeriums durch; das Budget wurde mit unerwarteter Schnelligkeit erledigt.

Diese Entwicklung der Dinge und der günstige Ausgang einiger Ergänzungswahlen brachten Lord Beaconsfield die Überzeugung bei, daß der geeignete Moment zur Auflösung des Parlaments, die er noch bis zum Februar 1881 hätte verzögern können, gekommen sei, und daß er auf einen günstigen Ausgang der Neuwahlen rechnen könne.

Am 8. März 1880 wurde beiden Häusern der überraschende Beschluß, das Parlament am 24. aufzulösen, mitgeteilt, und sofort begann die Wahlbewegung in Fluß zu kommen, die einen ungemein lebhaften Charakter annahm ...

Der Umschwung der Dinge bei den Neuwahlen war vollständig: die bisherige liberale Minderheit im Unterhaus wurde in eine Mehrheit verwandelt, größer, als sie in irgendeinem englischen Parlament seit der Reformbill von 1832 gewesen war; von den 652 Sitzen des Unterhauses erhielten die Liberalen mehr als 350, so daß sie auch ohne die Unterstützung der Homerulers über die Majorität verfügten. Die letzteren hatten etwa 60 Stimmen; die Konservativen waren auf über 230 Sitze reduziert. Nach diesem Ausgang war ein Regierungswechsel unvermeidlich, schon am 19. April kündigte Lord Beaconsfield der Königin seinen Rücktritt an. ...

Das neue Kabinett, in dem Gladstone außer dem Vorsitz noch das Amt des Kanzlers der Schatzkammer übernahm, begriff alle Richtungen der liberalen Partei in sich. ...

Daß die Regierung an der Annexion des Transvaal-Landes, die sie früher so lebhaft bekämpft hatte, festhielt, erregte bei den Radikalen vielfach Ärgernis, und auch mit der afghanischen Politik Gladstones waren sie nicht immer einverstanden.

Die Regierung trat hier mit Abd ur Rahman Chan, einem der Thronprätendenten, der bis dahin eine russische Pension bezogen hatte, in Verhandlungen; im Juli erkannte der neue Vizekönig von Indien, Lord Ripon, denselben als Emir von Afghanistan an, und die englischen Truppen bereiteten sich vor, das Land zu räumen; aber zu einer dauernden Ordnung der Verhältnisse war man noch nicht gelangt, und noch in den letzten Tagen des Juli traf die Engländer ein schweres Mißgeschick, indem die Truppen des Generals Burrow durch einen neuen Aufstand unter Ejub Chan fast gänzlich vernichtet und die Garnison von Kandahar gezwungen wurde, sich in die Citadelle zurückzuziehen. ...

Von den durch den Berliner Vertrag von 1878 berührten Fragen waren beim Amtsantritt Gladstones drei noch ungelöst.

In Armenien hatte die Pforte trotz des Cypern-Vertrages bisher die verheißenen Reformen nicht eingeführt.

Von den Montenegro zugesicherten Landabtretungen war nur ein Teil in die Gewalt des Fürsten Nikita gelangt, der Hauptteil aber von der "albanesischen Liga" in Besitz genommen.

Mit Griechenland endlich waren bisher alle Verhandlungen an dem Starrsinn der Pforte gescheitert. ...

Nun trat auf Englands Vorschlag am 16. Juni in Berlin eine Konferenz der Botschafter der sechs Mächte zusammen, um die griechische Frage zu lösen; in wenigen Tagen (bis zum 28. Juni) hatte sie ihre Aufgabe erledigt und die neue Grenze zwischen Griechenland und der

Türkei ... (festgelegt); aber die Pforte lehnte diese Entscheidung ab und erklärte nach wie vor die Abtretung von Janina und Larissa als völlig untunlich, so daß ein Krieg zwischen ihr und den Griechen drohte.
In der montenegrinischen Angelegenheit kam es ebenfalls auf Englands Vorschlag zu einer Flottendemonstration der Mächte, allein dieselbe verlief in nahezu beschämender Weise: die Auslieferung von Dulcigno an die Montenegriner wurde von den Albanesen hartnäckig verweigert und erfolgte erst Ende November auf direktes Einschreiten der Pforte.
Vor allem ... aber verschlimmerte sich in Irland in der zweiten Hälfte des Jahres die Lage der Dinge so, daß dieselbe alle Aufmerksamkeit des Ministeriums in Anspruch nahm. Die Agitationen der Landliga gewannen ungeachtet eines den Führern gemachten Prozesses ungeahnte Ausdehnung; die öffentliche Sicherheit war durch Zusammenrottungen, Straßentumulte, Raub- und Verheerungszüge und agrarische Morde in einzelnen Teilen des Landes völlig zerrüttet.
Die Autorität des Gesetzes und der Behörden wurde aufs keckste mißachtet; die Boten und Beamten der Gerichte wurden öffentlich verhöhnt; die Liga verbot den Pächtern, einen höheren Pachtzins zu zahlen, als sie für billig hielt, und zwang durch öffentliche Gewalttaten und durch das System des Boycotting (Boykott), das wie eine Verfemung wirkte, Engländer und Iren zum Gehorsam gegen ihre Anordnungen oder zum Verlassen des Landes.
In einzelnen Fällen, in denen eine derartige Verfemung ausgesprochen wurde, brachte die Regierung militärische Hilfe; aber derartige militärische Expeditionen ließen sich nicht immer wiederholen, und je wirksamer sich das System des Boycotting erwies, um so klarer wurde es, daß die eigentliche Herrschaft in Irland von der offiziellen Regierung des Landes auf die geheime Regierung der Landliga übergegangen sei.
Kam zu alledem nun noch ein im Dezember 1880 ausgebrochener und militärisch erfolgreicher Aufstand der Buren im südafrikanischen Transvaal-Land, so begreift man, daß die Lage des Ministeriums bei der am 6. Januar 1881 erfolgten Eröffnung des Parlaments keine besonders günstige war.
Die Thronrede stellte die irischen Angelegenheiten durchaus in den Vordergrund; sie verkündete auf der einen Seite den Entschluß der Regierung, den demagogischen Agitationen der Landliga mit Energie entgegenzutreten, während sie anderseits materielle Zugeständnisse an dieselbe in Aussicht stellte.
Dem ersteren Zweck sollten zwei Ausnahmegesetze für Irland dienen, deren eins den Besitz von Feuerwaffen in Irland verbot, während das andere dem Vizekönig der Insel erhöhte Vollmachten verleihen sollte, um den agrarischen Verbrechen ein Ende zu machen; er sollte befugt sein, über alle irischen Distrikte, in denen er es für nötig halte, eine Art von Belagerungszustand zu verhängen und während der Dauer desselben alle Personen, welche ihm verbrecherischer Handlungen schuldig erschienen, ohne gerichtliches Verfahren auf 18 Monate gefangen zu setzen.
Die irischen Mitglieder des Unterhauses, geführt von Parnell und Mac Carthy, setzten diesen Vorschlägen der Regierung den hartnäckigsten Widerstand entgegen und suchten durch eine selbst nach den Erfahrungen der letzten Jahre unerhörte "Obstruktion" das Durchgehen derselben zu verhindern. Nach mehreren Wochen fruchtloser Beratungen war es klar geworden, daß die bisherigen Mittel, welche die Geschäftsordnung an die Hand gab, nicht ausreichten, den Widerstand zu brechen, welchen die kleine, aber gut disziplinierte irische Minorität dem Willen der Mehrheit des Hauses entgegenstellte.
Erst ein in der Geschichte des englischen Parlamentarismus unerhörter Staatsstreich des Sprechers des Unterhauses (2. Februar), der nach einer ununterbrochenen Sitzung von 41 Stunden auf seine eigene Verantwortlichkeit die Debatte für geschlossen erklärte und die Anträge der Regierung zur Abstimmung brachte, sowie am folgenden Tag eine auf Gladstones Antrag

nach den heftigsten Szenen angenommene Änderung der Geschäftsordnung ermöglichten eine schnellere Beratung der beiden Ausnahmegesetze, welche am 21. März Gesetzeskraft erlangten. Danach wurde am 7. April von Gladstone die irische Landbill eingebracht.
Der Kern dieses Gesetzentwurfes war die Einsetzung einer königlichen Kommission von drei Mitgliedern, welche nach ... Ermessen Streitigkeiten zwischen Landeigentümern und Pächtern in Irland schlichten und in strittigen Fällen die Höhe des Pachtzinses auf je 15 Jahre festzustellen befugt sein sollte. Außerdem wurden der Kommission Mittel zur Verfügung gestellt, um Pächtern den Erwerb des Eigentums ihrer Pachtgüter durch Vorschüsse bis zur Höhe von drei Vierteln des Kaufpreises zu erleichtern, sowie um mittellosen Bauern die Anwanderung zu ermöglichen.
Die Zugeständnisse, welche die Bill den Iren machte, waren, wie man sieht, sehr groß; trotzdem wurde dieselbe nicht nur von der konservativen Partei, welche in jeder staatlichen Einmischung in die Beziehungen zwischen Landeigentümern und Pächtern einen Eingriff in das unbedingte Eigentumsrecht sah, sondern auch von der Mehrzahl der irischen Abgeordneten, welche von der Annahme dieses Gesetzes eine Abschwächung der Agitation in Irland und damit ihres eigenen politischen Einflusses fürchteten, aufs hartnäckigste bekämpft und erst am 29. Juli im Unterhaus sowie am 16. August nach heftigem Widerstand Lord Salisburys im Oberhaus angenommen. ...
Die auswärtigen Angelegenheiten waren im Parlament gleichfalls sehr in den Hintergrund getreten, obwohl die Lage der Dinge keineswegs überall eine für England günstige war. ...
In Asien entschloß dasselbe sich, die Errungenschaften des afghanischen Krieges im wesentlichen aufzugeben, und räumte im April Kandahar vollständig von britischen Truppen. Die Folge war, daß nun der mit englischer Hilfe eingesetzte Emir Abd ur Rahman von Kabul sich seinem Gegner durchaus nicht gewachsen zeigte.
Im Juli rückte Ejub Chan von Herat aus in Afghanistan ein; am 27. Juli errang er einen vollständigen Sieg über den Emir, dessen Truppen zum Teil zu ihm übergingen; am 30. zog er als Sieger in Kandahar ein. Obwohl somit der erbitterte Gegner Englands hier wieder zur Herrschaft gelangte, blieb doch die indische Regierung diesen Vorgängen gegenüber zunächst völlig neutral.
In Südafrika erreichte der Widerstand, welchen die Buren des Transvaal-Landes den zu ihrer Unterwerfung abgesandten englischen Kolonnen entgegensetzten, eine unerwartete Ausdehnung, und die britische Regierung mußte sich nach zwei Niederlagen, welche ihre Truppen unter Sir George Collier am 28. Januar bei Laings Neck und am 27. Februar bei Majubahill erlitten hatten, und in deren zweiter der General selbst gefallen war, am 23. März zu einem von dem Präsidenten der Oranje-Republik, Brand, vermittelten Friedensschluß verstehen. ...
Sie gestand die Wiederherstellung der Transvaal-Republik zu, versprach den Buren vollständige Selbstregierung und behielt sich nur die nominelle Anerkennung der englischen Souveränität, die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten der Republik, die Aufnahme eines britischen Residenten in der Hauptstadt und einen gewissen Einfluß auf die Regelung der Beziehungen zwischen der Republik und den afrikanischen Eingeborenen vor.
Von den außerordentlichen Vollmachten, welche die Regierung durch die irischen Zwangsgesetze erhalten hatte, begann sie erst in den letzten Monaten des Jahres energischeren Gebrauch zu machen. Auf der Nationalkonvention der irischen Landliga am 16. September 1881 wurden Beschlüsse gefaßt, welche die vom Parlament angenommene Landakte für durchaus ungenügend erklärten, da die Prinzipien der Liga nicht eine Ermäßigung oder Fixierung, sondern die gänzliche Abschaffung der Pachtzinsen erheischten.
Da somit eine Versöhnung mit der Liga unmöglich erschien, entschloß sich die Regierung, die Organisation derselben zu sprengen.
Am 14. Oktober und in den nächsten Tagen wurden die Führer derselben, darunter auch Par-

nell, auf Grund der Zwangsakte als "Verdächtige" verhaftet und ins Gefängnis gebracht; andere Leiter der Bewegung entgingen dem gleichen Schicksal nur durch eilige Flucht.
Die Liga selbst wurde am 21. Oktober durch Proklamation des Vizekönigs für ungesetzlich erklärt und ihre Versammlungen verboten. Andere Verhaftungen folgten, bald füllten sich die Gefängnisse mit Beamten und Mitgliedern der Liga. Trotzdem gelang die Aufrechthaltung der Ordnung in Irland nicht. An die Stelle der zerstörten Organisation der Landliga traten geheime, nur um so gesetzlosere Verbindungen.
Der Widerstand gegen die Grundherren, die Terrorisierung der Pächter, die zu einem Ausgleich geneigt gewesen wären, dauerte fort: das von den verhafteten Führern der Liga ausgegebene No rent-Manifest, d.h. die Parole, bis zur Aufhebung der Zwangsmaßregeln überhaupt keinen Pachtzins mehr zu zahlen, fand entweder freiwilligen Gehorsam, oder die Schreckenstaten der "Mondscheinbande", die in ihren nächtlichen Expeditionen unfaßbar erschien, verschafften ihm solchen.
Selten gelang die Verhaftung eines der Missetäter, fast nie seine Verurteilung, da keine irische Jury zu finden war, die ihn schuldig zu sprechen den Mut gehabt hätte. Und während so die Regierung den Zweck ihrer in der vorigen Session getroffenen Maßregeln, durch die Zwangsakte die Verbrecher zu schrecken, durch die Landakte die gemäßigten Elemente zu versöhnen, verfehlte, wurde gleichzeitig die Opposition der Grundbesitzer gegen die letztere immer heftiger. Die Landgerichtshöfe hatten inzwischen ihre Tätigkeit begonnen; fast in allen Fällen hatten ihre Entscheidungen eine Herabsetzung der Pachtzinsen verfügt und dadurch die Interessen der Grundbesitzer geschädigt ...<<
Kanada: Adolphe Routhier (1839-1920) verfaßt im Jahre 1880 den Text der späteren Nationalhymne Kanadas (x230/80):
>>O Kanada, mein Heim und Vaterland,
An das die Liebe deiner Söhne bannt.
Das Herz erglüht, steigst du empor,
Du Nordland, stark und frei.
Wir halten Wacht, o Kanada
Wir halten Wacht, dir treu
O Kanada, ruhmreich und frei.
O Kanada, wir halten Wacht, dir treu!<<
USA: Alle Apachen-Stämme, die als Nomaden, Jäger und Sammler in New Mexico und Arizona leben, werden im Jahre 1880 endgültig niedergekämpft. Die Apachen, die vielerorts länger als 40 Jahre ausdauernd und mutig um ihre Heimat und Unabhängigkeit kämpfen, müssen sich schließlich der übermächtigen US-Armee beugen.
Tahiti: Französische Truppen besetzen im Jahre 1880 die Insel Tahiti.
1881
Deutsches Reich: Bismarck erklärt während einer Reichstagsrede am 2. April 1881 (x063/-423-424): >>Seit 50 Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer die Mahnung an mich herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen. ...
Meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassung verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß ... "das reine Manchestertum in der Politik", "jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe", "wer nicht stark genug ist, zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten", "wer da hat, dem wird gegeben", "wer nicht hat, dem wird genommen" - daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz der Schwächeren perhorreszieren (verabscheu-

en), ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen. ...
Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig. ...
Ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahr von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christentum betreiben will, sich nicht versagen und dem armen Manne nicht.<<
Otto von Bismarck erklärt am 16. November 1881 (x056/275): >>Ich bin als Junker geboren, aber meine Politik war keine Junkerpolitik. Ich bin (Königstreuer) in erster Linie, dann ein Preuße und ein Deutscher. Ich will meinen König, das Königtum verteidigen gegen die Revolution, die offene und die schleichende, und ich will ein gesundes, starkes Deutschland herstellen und hinterlassen. Die Parteien sind mir gleichgültig. Ich bin auch nicht konservativ im Sinne der konservativen Partei. Das beweist meine ganze Vergangenheit als Minister. ... Die Schwäche unserer Einrichtungen ist bewiesen, durch die Leichtgläubigkeit der Wähler.
Es kann aber dahin kommen, daß es einmal heißt von der deutschen Verfassung, nachdem alle Versuche, mit ihr zu regieren und reformieren, fehlgeschlagen sind, ... diese Einrichtung hat sich nicht bewährt. ..<<
Im Jahre 1881 lehnt Bismarck eine expansive deutsche Kolonialpolitik noch grundsätzlich ab (x056/306): >>So lange das Reich finanziell nicht (gefestigt) ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken. ... Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Kompanien unterstützen. Kolonialverwaltung wäre eine Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes.<<
Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplündern (menschenverachtender Sklavenhandel etc.), erwerben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher (wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann) erst in den Jahren 1883-85 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt werden.
Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt berichtet im Jahre 1881 (x233/104): >>... Zu diesen Gewohnheiten der Exporthändler (im Ausland) und dortigen Verbraucher gehört auch der ... sehr bedauerliche Gebrauch, deutsche Waren nur unter fremder Flagge beziehen zu wollen. Es geht ... so weit, daß, wollten dieselben ihre Waren als deutsche bezeichnen, sie des bei weitem größten Teils des Exportes verlustig gehen würden. ...<<
Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph, ein Meister der Sprache und scharfsinniger Deuter der Kulturkrise des späten 19. Jahrhunderts) schreibt im Jahre 1881 über die "ehemalige deutsche Bildung" (x092/619: >>... Als die Deutschen den anderen Völkern anfingen interessant zu werden – es ist nicht zu lange her -, geschah es vermöge einer Bildung, die sie jetzt nicht mehr besitzen, ja die sie mit einem blinden Eifer abgeschüttelt haben, wie als ob sie eine Krankheit gewesen sei: und doch wußten sie nichts Besseres dagegen einzutauschen als den politischen und nationalen Wahnsinn! ...
Man sehe sich heute einmal nach Schiller, Wilhelm von Humboldt, Schleiermacher, Hegel, Schelling um, man lese ihre Briefwechsel und führe sich in den großen Kreis ihrer Anhänger ein: Was ist ihnen gemeinsam, was an ihnen wirkt auf uns, wie wir jetzt sind, bald so unausstehlich, bald so rührend und bemitleidenswert? ...<<
Livland: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Livlands von 1881-1887 (x810/851): >>(Livland) ... In den letzten Zeiten Alexanders II. und noch mehr nach dessen Tod (1881) wurden ... die Sonderrechte der Ostseeprovinzen von den

Russen nicht mehr anerkannt.
Dieselben sollten dem russischen Gesetz unterworfen und völlig mit Rußland verschmolzen werden. Den Widerstand der deutschen Behörden suchte man durch Aufreizung der lettischen und estnischen Bevölkerung zu brechen. Besonders die Revision der Zustände in den Provinzen durch den Senator Manassein 1884 hatte diesen Zweck.
Die russische Sprache wurde zur alleinigen Amtssprache auch bei den Gemeinden erklärt und in den Schulen, sowohl den Elementarschulen wie den Gymnasien und Realschulen (1887), als Unterrichtssprache eingeführt und das Land mit russischen Beamten überschwemmt.
Seit 1883 begannen auch die russischen Popen das Landvolk wieder zu Massenübertritten zur orthodoxen Kirche zu verleiten, und wenn ein lutherischer Pfarrer einen reuigen Bauer wieder in seine Kirche zuließ, wurde er verbannt. Während der Bau griechischer Kirchen von Staats wegen begünstigt wurde, nahm die Regierung das ganze Vermögen der lutherischen Landeskirche in ihre Verwaltung. Alle Petitionen Einzelner und der Landtage dagegen wurden vom Kaiser abgewiesen. ...<<
Rußland: Zar Alexander II. fällt am 13. März 1881 einem Bombenattentat zum Opfer.
Sein Nachfolger Alexander III. (regiert von 1881-94) ist ein überzeugter Antisemit und fördert die russisch-französischen Beziehungen. Er zählt nicht zu den deutschfreundlichen Zaren und befürwortet den radikalen Panslawismus.
Zar Alexander III. führt wieder das altbekannte, berüchtigte Gewalt- und Terrorsystem in Rußland ein. Der russische Gewaltherrscher stützt sich vorwiegend auf die orthodoxe Kirche und die gefürchtete Geheimpolizei (Ochrana). Die russischen Geheimpolizisten fahnden damals unentwegt nach Revolutionären und verfolgen ethnische Minderheiten, besonders die russischen Juden.
Die Juden dürfen in Rußland kein Land besitzen und nur wenige Juden besuchen Universitäten. In vielen Teilen Rußlands organisiert die Geheimpolizei großangelegte Judenverfolgungen. Während von 1870-80 nur etwa 60.000 osteuropäische Juden in den Westen flüchten, steigt die jüdische Auswanderungsbewegung in den folgenden Jahren dramatisch an.
Zar Alexander III. rechtfertigt später die Judenverfolgungen wie folgt (x043/302): >>... Wir dürfen nicht vergessen, daß die Juden unseren Erlöser gekreuzigt und sein kostbares Blut vergossen haben. ...<<
Prof. Konstantin Petrowitsch Pobedonoszew (Hauptberater des Zaren Alexander III., ein besonders fanatischer Antisemit) schlägt folgende Lösung der Judenfrage vor (x043/302): >>... Für ein Drittel der Juden Auswanderung, für ein Drittel Bekehrung und für ein Drittel den Tod. ... <<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Judenverfolgungen in Rußland im 19. Jahrhundert (x051/446-447): >>Pogrom (russisch Gewitter, Verwüstung), im Russischen zunächst Bezeichnung für Ausschreitungen gegen nationale, religiöse u.a. Minderheiten, seit den Judenverfolgungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts insbesondere für antijüdische Übergriffe.
In diesem Sinne wurde Pogrom in das Vokabular der meisten Weltsprachen übernommen. Der Pogrom der Kristallnacht bildete im Dritten Reich einen der ersten Höhepunkte der nationalsozialistischen Judenverfolgung, ausgelöst und geduldet wie die früheren russischen und polnischen Pogrome durch staatliche Stellen.
Trotz der folgenden nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, insbesondere in Rußland, erlosch der Antisemitismus nach 1945 nicht völlig, so daß es bis heute vereinzelt zu Pogromen gekommen ist. Allerdings machte die Bezeichnung erneut eine Bedeutungsausweitung durch und wird heute auch auf Ausschreitungen gegen andere Gruppen (Tamilen, Kurden, Indianer, Schiiten, Schwarze u.a.) angewandt.<<
Frankreich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte

Frankreichs von 1881-1885 (x806/573-574): >>(Frankreich) ... Als die Italiener in Tunis sich mehr und mehr festsetzten, beschloß Ferry 1881, zu handeln. Räubereien, welche der Tunis untertänige Stamm der Krumir an der Grenze von Algerien verübt haben sollte, gaben den erwünschten Vorwand, den Einmarsch französischer Truppen in Tunis zu befehlen. Diese nötigten am 12. Mai 1881 dem Bei (höherer türkischer Beamter) einen Vertrag auf, der Tunis unter die französische Schutzherrschaft stellte.

Allerdings erforderte der Widerstand der Bevölkerung eine Verstärkung der Truppenmacht und einen Feldzug in das Innere, indes vor Ende des Jahres war das Land unterworfen, und die Organisation desselben wurde sofort begonnen, worüber am 14. Juli 1882 ein neuer Vertrag mit dem Bei abgeschlossen wurde.

Gambetta glaubte jetzt (Januar 1882) den Augenblick gekommen, durch eine kräftige Aktion in Gemeinschaft mit England in Ägypten, wo der Aufstand Arabi Paschas ausgebrochen war, eine enge und feste Allianz mit diesem Reich anzuknüpfen und hierdurch sowie durch Verbindung mit den russischen Panslawisten Frankreich einen Rückhalt zu verschaffen, der ihm den ersehnten Revanchekrieg ermögliche.

Indes die Weigerung des englischen Kabinetts, schon jetzt zu einer bewaffneten Intervention in Ägypten zu schreiten, vereitelte seine Pläne, und da gleichzeitig die Kammer sich den von ihm beantragten Verfassungsänderungen, namentlich der von neuem vorgelegten Listenabstimmung, widersetzte, ja bei deren Ablehnung mit 305 gegen 119 Stimmen ihre Abneigung gegen eine persönliche Diktatur, wie Gambetta sie erstrebte, offen kundgab, so nahm Gambetta, der gefeierte Volkstribun, schon am 26. Januar 1882 seine Entlassung. ...

Nachdem Tunis gewonnen war, richtete Frankreich seine Blicke auf seine übrigen Kolonien in den fremden Erdteilen.

Nachdem 1880 Tahiti und 1881 die Mangarewa-Inseln in der Südsee annektiert worden waren, schritt die Regierung dazu, durch den Bau einer Eisenbahn in Senegambien und durch die Brazzasche Expedition im Kongogebiet dem französischen Handel neue Gebiete in Westafrika zu erschließen, ferner Madagaskar ganz der Herrschaft Frankreichs zu unterwerfen.

Von besonderer Wichtigkeit war der Beschluß, die Besitzungen in Ostasien durch die Erwerbung Tongkings zu erweitern und die Bildung eines großen hinterindischen Reiches vorzubereiten.

Indes verwickelte Challemel-Lacour, der zuerst unter Ferry die auswärtigen Angelegenheiten leitete, ... Frankreich in einen förmlichen Krieg zunächst mit den chinesischen Söldnerbanden in Tongking, dann mit China selbst. 1884 brachte Ferry einen neuen Vertrag mit China in Tientsin zustande, nach welchem letzteres Tongking zu räumen und Anam der Schutzherrschaft Frankreichs zu überlassen versprach.

Die Voreiligkeit eines Kommandeurs bei der Besetzung Langsons führte aber zu einem blutigen Zusammenstoß mit den chinesischen Truppen bei Baclé (23. Juni 1884), der die öffentliche Meinung in Frankreich in die höchste Aufregung versetzte.

Mit Zustimmung der Kammern schritt die französische Regierung nach der Ablehnung ihrer übermäßigen Entschädigungsforderung (250 Millionen) zu Repressalien gegen China und ließ das Arsenal und die Schiffe im Hafen von Futschou zerstören sowie das nördliche Formosa besetzen. Die Eroberung Tongkings wurde, allerdings mit Aufbietung bedeutender Streitkräfte, fast vollendet.

Um einen großen Teil des Heeres in Asien verwenden zu können, mußte Frankreich sich in Europa einen Rückhalt verschaffen. Das Bündnis mit England war durch dessen rücksichtsloses Verhalten in der ägyptischen Frage für immer zerrissen. Ferry trug daher kein Bedenken, sich mit den mitteleuropäischen Mächten über die Streitfragen der europäischen Politik zu verständigen und sogar zum Deutschen Reich ein gutes Verhältnis herzustellen.

Die deutsche Regierung war so gemäßigt, ja großmütig, daß sie, der wiederholten Herausfor-

derungen der französischen Revanchepartei, besonders der Insulten, mit welchen der Pariser Pöbel 1883 aus Haß gegen Deutschland Alfons XII. von Spanien beleidigte, nicht achtend, in der ägyptischen Frage mit Frankreich Hand in Hand ging und eine Vereinigung der Kontinentalmächte gegen England bewirkte, welche Frankreich sehr zustatten kam.
In chauvinistischen Kreisen wurde diese Annäherung an Deutschland ebenso beklagt wie die Schwächung der Revanchearmee durch die nach Tongking gesandten Truppen, und es bedurfte nur eines übrigens nicht bedeutenden Mißgeschicks der französischen Armee vor Langson (März 1885), um eine leidenschaftliche Aufwallung gegen das Ministerium Ferry, dem mit einmal alle Verantwortung aufgebürdet wurde, in der Kammer hervorzurufen, durch die Ferry am 30. März gestürzt wurde.
Die Hast, mit der dies geschah, war um so weniger gerechtfertigt, als Ferry bereits den Frieden mit China angebahnt hatte. Die Präliminarien desselben wurden am 4. April abgeschlossen und verpflichteten China zur Räumung Tongkings und zum Verzicht auf die Oberhoheit über Anam, wogegen Frankreich jeden Anspruch auf Kriegskostenentschädigung aufgab. Der definitive Friede wurde am 9. Juni in Tientsin unterzeichnet.
Dem neuen Ministerium Brisson, das am 6. April die Geschäfte übernommen hatte, wurde hierdurch die Fortsetzung der bisherigen Kolonialpolitik bedeutend erleichtert; denn es konnte dem Land eine erhebliche Verminderung der in Ostasien verwendeten Streitkräfte und demgemäß auch der Kosten in Aussicht stellen ...
Da aber der Friede mit China die Schwierigkeiten in Hinterindien nicht beseitigte, vielmehr in Anam ein Aufstand ausbrach, zahllose Christen ermordet wurden und der französische General Courcy nur mit Mühe Hue behauptete; da ferner der bedenkliche Stand der Finanzen durch fortgesetzte Steigerung der Ausgaben bei Verminderung der Einnahmen und die trübe Geschäftslage dem Volk immer deutlicher zum Bewußtsein kamen; so ergaben die Wahlen vom 4. Oktober das für die Opportunisten niederschmetternde Resultat, daß 177 konservative und nur 127 republikanische Deputierte gewählt wurden ... Die Republikaner hatten zwar noch die Mehrheit, aber nicht mehr die Opportunisten, da 105 Radikale gewählt waren. Die Lage der Regierung hatte sich also verschlechtert. ...<<

Afrika: König Leopold II. von Belgien erwirbt mit Hilfe des britischen Afrikareisenden Henry Morton Stanley von 1881-85 große Teile des Kongobeckens als persönlichen Besitz.

1882

Deutsches Reich: Am 20. Mai 1882 schließen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitritt.

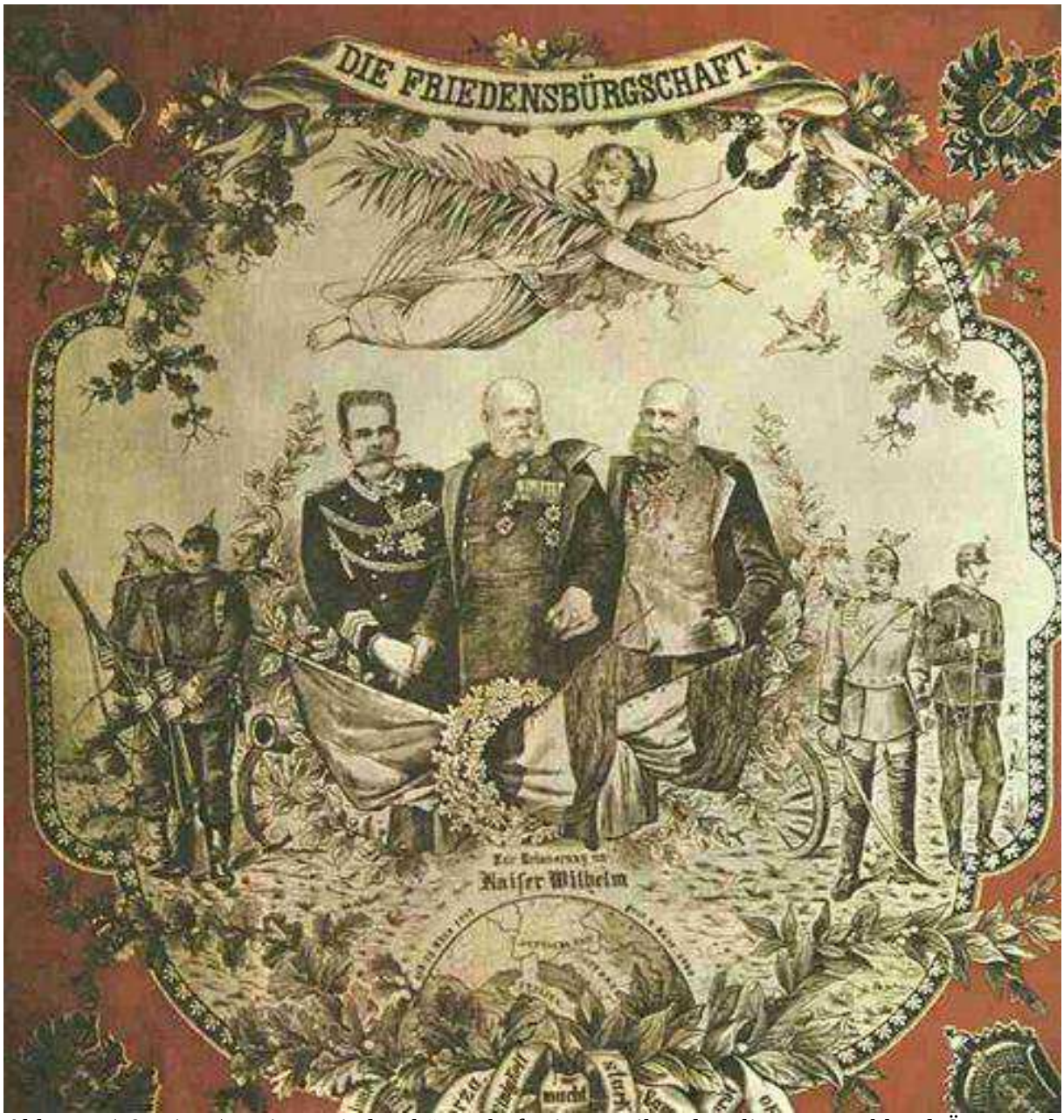


Abb. 42 (x065/324): Die "Friedensbürgschaft" im Dreibund Italien-Deutschland-Österreich von 1882.

Der Dreibund ist ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtet sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verliert nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wird 1914/15 von Italien gekündigt.

Bismarck erklärt im Jahre 1882 vor dem Reichstag (x056/306): >>... Wir (stehen) im Zentrum Europas und (sind) schon infolge unserer geographischen Lage den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt. ... Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre dann vollständig gescheitert ohne die deutsche Militärorganisation ... und ohne den Respekt, den wir einflößen.<<

Bismarck berichtet am 12. Juni 1882 vor dem Reichstag über die staatliche Sozialpolitik

(x239/98): >>... Den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, ... und etwas Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen.
Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiet des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat.
Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben. ...<<
Der deutsche Arzt und Bakterienforscher Robert Koch (1843-1910, Mitbegründer der Bakteriologie, erhält 1905 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin) entdeckt im Jahre 1882 den Tuberkel-Bazillus (Erreger der Tuberkulose).
Österreich-Ungarn: Die Tschechen gründen 1882 in Prag ihre 1. tschechische Universität.
Rußland: Nach den rücksichtslosen Judenverfolgungen in Rußland (1881/82) gründet Leo Pinsker (1821-1891, jüdischer Arzt und Journalist, Pionier des Zionismus) im Jahre 1882 mit anderen russischen Juden die jüdisch nationalistische Bewegung "Liebhaber Zions" und fordert erstmalig die Rückkehr der Juden nach Palästina. Im selben Jahr fliehen bereits ca. 24.000 russische Juden nach Palästina und gründen dort die ersten jüdischen Siedlungen.
Leo Pinsker schreibt damals über den Antisemitismus in Rußland (x043/298): >>... Für die Einheimischen ist der Jude ein Fremder, für die Seßhaften ein Vagabund, für die Wohlhabenden ein Bettler, für die Armen ein Millionär und Ausbeuter, für den Bürger ein Mensch ohne Vaterland und für alle Gesellschaftsklassen ein verhaßter Konkurrent.<<
Der russische Lehrer und Schriftsteller Moses Leib Lilienblum (1843-1910, Mitbegründer der jüdisch nationalistischen Bewegung "Liebhaber Zions") schreibt nach dem Pogrom von Odessa (x043/301): >>... Warum sollen wir Fremde in fremden Ländern sein, wenn das Land unserer Vorväter auf dem Antlitz der Erde noch nicht vergessen, zwar öde, aber fähig ist, unser Volk aufzunehmen?
Wir müssen viel Land und zahllose Grundstücke kaufen und sie langsam besiedeln.<<
In einem Aufruf der jüdisch nationalistischen Bewegung "Liebhaber Zions" im Jahre 1882 heißt es (x043/301): >>... Überall werden wir abgewiesen, überall hinausgedrängt, man hält uns für Fremde.
Ist wirklich alle Hoffnung verloren?
O nein, Judäa soll sich wieder erheben!
Unser eigenes Leben soll ein Beispiel für unser Volk sein. Laßt uns das Leben in fremden Ländern aufgeben und uns im Lande unserer Vorväter auf festen Boden stellen. Laßt uns zu Schaufel und Pflug greifen. Wir Gebildeten müssen die Helden sein, die an der Spitze des Volkes in den Kampf ziehen.<<
Serbien: Serbien (seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches) proklamiert im Jahre 1882 ein Königreich.
Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernimmt der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle. Die radikalen serbischen Nationalisten (unter Führung des großserbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wird) stellen schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plant mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslawen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung (sog. "Jugoslawismus").
Frankreich: Im Jahre 1882 wird in Frankreich die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.
Jules Ferry (1832-1893, 1880-81 und 1883-85 französischer Ministerpräsident) schreibt im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking (Französisch-Indochina) eingeholt werden,

wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.
Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei, welche ein sicherer Instinkt dem alten Europa als Brückenköpfe der Zivilisation und als Wege in die Zukunft anweist.
Die Bedürfnisse einer ständig wachsenden industriellen Produktion, die zur Vergrößerung gezwungen ist, will sie nicht zum Tode verurteilt sein; die Suche nach unerschlossenen Märkten; ... die Wissenschaft, welche die äußersten Enden der Erde in wenige Stunden Entfernung von London, Berlin oder Paris rückt; die sichtbaren Fortschritte der europäischen Gesellschaft und der Friedensidee; all dies drängt die zivilisierten Nationen dazu, ihre alten Rivalitäten auf das ausgedehntere und fruchtbare Feld weit entfernter Unternehmungen zu verlagern.
Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?
Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.
Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.
Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...
Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektoratsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war. Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. "Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<
Großbritannien: Die englische Zeitung "Morning Advertiser" berichtet im Jahre 1882 (x239/159, x237/187): >>Deutschland nimmt jetzt eine gebietende Stelle in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit innehatte.
Mit jedem Jahr ist unter Bismarcks wachsamer Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden, und sein definitives Übergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden.
Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ... legt ... gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann.
Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. ...<<
>>... Es ist merkwürdig, ... wie, wenn immer irgendeine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Bismarck gerichtet sind.
Wie denkt er über die Sache? Was wird er tun? Für wen wird er Partei ergreifen?

Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln.
Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1882-1886 (x807/835-838): >>(Großbritannien) ... In der am 7. Februar 1882 eröffneten Session des Parlaments wollte Gladstone vor allem eine Reform der Geschäftsordnung des Unterhauses durchsetzen, welche dem Unwesen des Obstruktionismus, durch das die irischen Abgeordneten ein fast vollständiges Stocken der englischen Gesetzgebung herbeigeführt hatten, ein Ende machen sollte. Zu diesem Zweck beabsichtigte er, den bisher in England unbekannten Schluß der Debatte einzuführen, kam aber während der ganzen Sommersession nicht dazu, die Annahme der von ihm beantragten Resolutionen durchzusetzen. ...
Die Zustände Irlands nahmen die Aufmerksamkeit des Parlaments auch noch nach anderer Richtung hin in Anspruch. Die Zwangsgesetze des vorigen Jahres, mit denen die radikalen Mitglieder der Regierung ohnehin niemals vollkommen einverstanden gewesen waren, erwiesen sich immer mehr als erfolglos, immer neue Verbrechen kamen vor und blieben unentdeckt, von Amerika flossen den Agitatoren reiche Mittel zu; Schreckenstaten, wie der Brand in den Albert Docks in England und die Dynamitexplosion zu Athlone in der Grafschaft Roscommon, zeigten, daß auch die Fenier sich wieder regten; offen kündeten ihre Führer, wie O'Donovan Rossa, der Regierung und allen Engländern den Vernichtungskrieg an.
Unter diesen Umständen wurden mit den verhafteten Führern der Iren von dem radikalen Handelsminister Chamberlain Unterhandlungen über eine Verständigung angeknüpft, von denen auch Gladstone wußte.
Die Führer der Iren stellten eine Zurückziehung des No rent-Manifestes und die Geltendmachung ihres Einflusses zur Herstellung der Gesetzlichkeit in Irland in Aussicht, wenn die Regierung die Entlassung der Gefangenen verfüge und neue agrarische Reformmaßregeln ergreife. Daraufhin wurden im Lauf des Mai fast alle Verhafteten in Freiheit gesetzt; nur diejenigen, welche eines agrarischen Verbrechens verdächtig waren, blieben in Haft. ...
Die revolutionären Elemente der irischen Agitationspartei wollten von keinem Ausgleich mit der Regierung etwas wissen und suchten deshalb die Versöhnung der Führer der Homerulers mit Gladstone zu hintertreiben. Aus ihren Kreisen muß die Schreckenstat vom 7. Mai, die Ermordung des neuen Obersekretärs Lord Cavendish und seines Unterstaatssekretärs Burke in Dublin, hervorgegangen sein. Die Urheber des Attentates erreichten ihren Zweck. Vergebens sprachen Parnell und andere Führer der Landliga ihren Abscheu vor der Mordtat aus; die öffentliche Meinung erheischte gebieterisch die strengsten Maßregeln gegen die unheimlichen Verschwörer, welche Irland unsicher machten.
Am 11. Mai brachte der Minister des Inneren ... eine neue irische Zwangsbill im Unterhaus ein, welche der Polizei erhöhte Vollmachten für Verhaftungen und Haussuchungen gewährte, ein summarisches Verfahren zur Auflösung geheimer Verbindungen und Versammlungen sowie zur Unterdrückung verbotener Zeitschriften einführte, Ausnahmegerichte, die für gewisse Distrikte des Landes ohne Zuziehung von Geschworenen ein Urteil fällen konnten, einsetzte und in gewissen Bezirken des Landes die gesamte Bevölkerung für den Ersatz böswilliger Beschädigungen, deren Urheber nicht entdeckt werden konnten, haftbar machte.
Dieses Gesetz, das nach sehr in die Länge gezogenen Debatten im Juli angenommen wurde, vereitelte alle Verständigungsversuche mit den Anhängern Parnells. Nichtsdestoweniger hielt die Regierung ihr Versprechen und legte am 15. Mai eine Bill vor, welche die allmähliche Tilgung der Pachtrückstände, die den Hauptgegenstand des Haders zwischen Grundbesitzern und Pächtern in Irland bildeten, mit Hilfe von Beiträgen des Staates, und indem sie auch den Grundherren gewisse Opfer auferlegte, herbeiführen sollte. Diese Bill ging im Unterhaus am

22. Juli, bei den Lords, wo sie von Salisbury heftig bekämpft wurde, erst am 8. August durch. ...
In Ägypten war es schon 1881 zu einer Erhebung der Militärpartei unter Arabi Pascha gekommen, die am Anfang des Jahres 1882 den schwachen Khedive vollständig beherrschte und eine nationale, gegen die Einmischung der Fremden in Ägypten sich richtende Tendenz annahm.
So kam es am 11. Juni in Alexandria zu einem von den Behörden erst spät unterdrückten Aufstand, bei dem gegen 100 Europäer ermordet und der britische Konsul verwundet wurde.
Eine in Konstantinopel zusammengetretene Konferenz der Botschafter der Großmächte beschloß darauf am 7. Juli, die Pforte zu einer bewaffneten Intervention in Ägypten unter bestimmten Bedingungen einzuladen. Ehe aber der Sultan sich über diesen Beschluß erklärte, war England wegen der Befestigungsarbeiten, die Arabi in Alexandria vornehmen ließ, auf eigene Faust eingeschritten.
Am 11. Juli eröffnete Sir Beauchamp Seymour, der Admiral des englischen Geschwaders, das Bombardement auf die Forts von Alexandria, das von Arabi am 13. Juli geräumt und nach seinem Abzug von dem Pöbel in Brand gesteckt und geplündert wurde. Darauf landeten die Engländer, besetzten Alexandria und begannen gegen den sich zurückziehenden Arabi einen förmlichen Feldzug, für den das Parlament am 28. Juli einen Kredit bewilligte.
Unter Führung von Sir Garnet Wolseley und unter Mitwirkung indischer Truppen unter General Macpherson wurden am 13. September die Erdwerke Arabis bei Tel el Kebir erstürmt und sein Heer gänzlich zerstreut; der Pascha floh nach Kairo und wurde am 15. September gefangen genommen. Im Oktober kehrte die Hauptmasse der englischen Armee unter Wolseley in die Heimat zurück; nur ein Korps von 12.000 Mann blieb in Ägypten.
Es konnte nicht fehlen, daß der glänzende Erfolg einer so energischen auswärtigen Politik Gladstones, wie man sie ihm kaum zugetraut hätte, auch die Stellung der Regierung im Inneren stärkte. ...
Die von Gladstone beantragten Resolutionen, welche den Debattenschluß einführten, strenge Maßregeln gegen die Obstruktionisten trafen und die Einsetzung ständiger Kommissionen des Hauses nach festländischem Muster ermöglichten, wurden trotz des Widerstandes der Konservativen und der Iren mit einigen Abänderungen angenommen, und am 2. Dezember konnte nach diesem großen Erfolg der Regierung die außerordentliche Session des Parlaments geschlossen werden. ...
Die irische Frage gestaltete sich im Jahre 1883 nicht günstiger. Dynamitattentate in London, Liverpool, Glasgow und anderen Orten zeigten der englischen Gesellschaft immer aufs neue die entsetzlichen Gefahren, die ihr von einer Bande gewissenloser, zu allem entschlossener Verschwörer bereitet wurden, und gegen die auch das am 10. April beschlossene strenge Gesetz über die Fabrikation und den Gebrauch von Sprengstoffen keine ausreichende Sicherheit gewährte.
Die Ermordung des Kronzeugen Carey, der in einem Prozeß gegen irische Verschwörer zu Gunsten der Regierung ausgesagt hatte, auf einem britischen Dampfer angesichts der Küste Afrikas (30. Juli), wohin man ihn hatte in Sicherheit bringen wollen, zeigte in erschreckender Weise, wie zuverlässig die Organisation dieser Verschwörer war und die fortdauernden, durch keine Strenge zu unterdrückenden Verbrechen in Irland wiesen die öffentliche Meinung wieder und wieder auf diese blutende Wunde im britischen Staatskörper hin.
Vor allem aber offenbarte sich die Schwäche der Regierung in ihrer auswärtigen Politik. Nach den energischen Anläufen des Vorjahres hatte Gladstone zwar begonnen, sich in Ägypten häuslich einzurichten, die französische Mitwirkung an der Finanzkontrolle beseitigt (Januar 1883), durch Lord Dufferin eine konstitutionelle Verfassung ausarbeiten lassen, englische Beamte und Offiziere dem Khedive zur Seite gestellt.

Aber an Klarheit und Energie ermangelte es der britischen Regierung hier durchaus. Indem sie weder von einer definitiven Einverleibung Ägyptens oder der Errichtung einer britischen Schutzherrschaft daselbst noch von der Zurückziehung ihrer Armee aus dem Nilland etwas wissen wollte, machte sie es keiner Partei im Land recht und fand bei keiner europäischen Regierung Unterstützung für ihr Verhalten.

Vor allem aber erwuchs ihr aus dem Sudan eine Gefahr, der sie sich nicht gewachsen zeigte. In dieser 1870 in Ägypten einverleibten Provinz Zentralafrikas war schon im Jahre 1882 eine zugleich religiöse und nationale Bewegung ausgebrochen, an deren Spitze sich der Mahdi (Prophet) Mohammed Achmed stellte.

Dieser Aufstand machte die größten Fortschritte; die ihm entgegengesandte, von englischen Offizieren begleitete und von dem Engländer Hicks Pascha befehligte Armee erlitt am 3. November 1883 eine vernichtende Niederlage, die den Verlust des ganzen Landes südlich vom ersten Katarakt (Wasserfall) des Nils herbeiführte.

Dem gegenüber beschloß die britische Regierung die Räumung des Sudan und die Preisgebung dieses ganzen weiten Gebietes an den religiösen Fanatismus des Mahdi. Als dieser Entschluß in Großbritannien die lebhafteste Entrüstung in weiten Kreisen des Volkes hervorrief, verstand sich Gladstone zwar dazu, im Januar 1884 den General Gordon nach Ägypten zu entsenden, welchen der Khedive zum Generalgouverneur des Sudan ernannte, unterstützte denselben aber mit Geld und Truppen nur in ganz unzulänglicher Weise.

So kam es, daß die Dinge sich hier immer ungünstiger entwickelten. Zwar wurde Suakin von den Engländern behauptet; aber ein ägyptisches Korps unter Baker Pascha wurde im Februar von den Arabern fast ganz vernichtet, und im April 1884 war Khartum, wo Gordon sich festgesetzt hatte, von den Truppen des Mahdi auf allen Seiten umschlossen.

Nun wurde zwar im Sommer Lord Wolseley abermals nach Ägypten geschickt; aber trotz der immer dringenden Hilferufe Gordons nahmen die ins Werk gesetzten überaus umständlichen Unternehmungen zu seinem Entsatz nur einen sehr langsamen Fortgang, und als endlich die englischen Truppen Ende Januar 1885 bis in die Nähe Khartums vorgedrungen waren, war es zu spät: die Stadt war von den Scharen des Mahdi am 26. Januar unter entsetzlichem Gemetzel eingenommen, Gordon durch Verrat ermordet.

Nun erhob sich zwar in England ein Schrei der Entrüstung, und Wolseley bereitete einen Rachezug nach Khartum vor, den zu ermöglichen sogar ein kostspieliger Eisenbahnbau von Suakin nach Berber begonnen wurde; aber inzwischen traten andere auswärtige Verwickelungen ein, welche sich der Verwirklichung dieser Absichten entgegenstellten.

Im Mai 1885 wurde der Angriff gegen den Mahdi, für dessen Vorbereitung Millionen ausgegeben waren, aufgegeben, und im Juli war die definitive Räumung des Sudan durchgeführt.

Inzwischen war Großbritannien anderen Konflikten mit Deutschland und Rußland kaum entgangen. Den deutschen Kolonialbestrebungen, wie sie in den Jahren 1884 und 1885 in Afrika und Australien hervortraten, hatte die Eifersucht Gladstones und Granvilles Schwierigkeiten mancherlei Art zu bereiten versucht und dadurch eine sehr gereizte Stimmung der deutschen Regierung hervorgerufen, die in den vom Fürsten Bismarck veröffentlichten Weißbüchern und in den Reichstagsreden desselben deutlich zu Tage trat.

Schließlich aber hatte dann England doch auf der ganzen Linie zurückweichen und schon 1884 die deutschen Erwerbungen an der afrikanischen West- und Ostküste anerkennen sowie im nächsten Jahr sich zum Abschluß einer Konvention verstehen müssen, durch welche die Osthälfte Neuguineas zwischen Deutschland und Großbritannien geteilt wurde.

Mit Rußland war man wegen der Frage der Regulierung der Grenzen zwischen Afghanistan und den letzten russischen Erwerbungen in Zentralasien zu Anfang des Jahres 1885 in die ernstesten Differenzen geraten, die einen Krieg zwischen beiden Mächten befürchten ließen. Schon hatte Großbritannien die Armeereserve einberufen (27. März) und einen Kredit von 11

Millionen Pfund Sterling beim Unterhaus beantragt, da kam es im Mai durch die Nachgiebigkeit Gladstones zu einem Abkommen, dessen definitiver Abschluß sich freilich noch monatelang hinzog.
Die diplomatische Isolierung Englands wirkte auf die Ordnung der Verhältnisse in Ägypten sehr ungünstig ein. Hier waren insbesondere die Finanzen durch die Kosten der englischen Okkupation und der Bekämpfung des Aufstandes vollkommen zerrüttete. Ein Versuch, durch eine Reduktion der Zinsen der ägyptischen Schuld Abhilfe zu schaffen, schlug fehl; Großbritannien bedurfte dazu der Zustimmung der Großmächte, aber eine Londoner Konferenz, welche dieselbe erteilen sollte, verlief ergebnislos und mußte am 2. August 1884 geschlossen werden.
Erst im März 1885 kam es zu einem Abkommen, in dem die Großmächte eine neue ägyptische Anleihe von 9 Millionen Pfund Sterling garantierten; aber auch dieses Ergebnis wurde nur durch die Nachgiebigkeit Gladstones erreicht, indem durch die Errichtung einer internationalen Schuldentilgungskasse die Finanzkontrolle der Großmächte in Ägypten, wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach wiederhergestellt wurde.
... Die liberale Regierung ... erlitt am 9. Juni 1885 bei der Beratung über das Einnahmebudget eine Niederlage und reichte ihre Entlassung ein. Nach einer 14tägigen Ministerkrisis bildete Lord Salisbury eine neue konservative Regierung ...
Diese neue Regierung gab der auswärtigen Politik eine andere Richtung. Sie näherte sich Deutschland, glich die Streitigkeiten mit Rußland durch den Abschluß einer Konvention vom 10. September 1885 aus und ging insbesondere energisch in Hinterindien vor, wo Frankreich durch die Erwerbung Tongkings seinen Einfluß beträchtlich erweitert hatte.
Infolge gewisser Rechtsverletzungen, welche sich der König Thibau von Birma gegen englische Gesellschaften in Indien erlaubt hatte, wurde ein Feldzug gegen denselben begonnen, der anfangs ebenso schnell wie glücklich verlief.
Am 18. November trat General Prendergast denselben an; am 28. November wurde Mandalai, die Hauptstadt Birmas, besetzt und der König gefangen genommen; am 1. Januar 1886 verkündete der Vizekönig von Indien die Einverleibung Birmas in das indobritische Reich. Freilich ergab sich dann, daß mit dem Sturz Thibaus Birma noch nicht völlig erobert war. Vielmehr mußten die Engländer noch lange mit dem Widerstand der Eingeborenen kämpfen. ...
In Irland war die Bildung der konservativen Regierung (im Juli 1886) das Signal zu neuen Unruhen gewesen. Den ganzen August und September hindurch währten in Belfast blutige Kämpfe zwischen den Katholiken und den protestantischen Orangisten, die nur durch das Aufgebot bedeutender polizeilicher und militärischer Machtmittel von der Regierung beschwichtigt werden konnten. In allen Teilen des Landes erneuerten sich die agrarischen Verbrechen, und die Führer der Nationalliga, Dillon und O'Brien, durchzogen im Spätherbst das Land, um in aufrührerischen Reden die Regierung zu bekämpfen.
Der "neue Feldzugsplan", den sie verkündeten, bestand darin, daß Vertrauensmänner der Landliga nach eigenem Ermessen die Reduktion der Pachtzinsen vornehmen sollten; verweigerten die Grundbesitzer ihre Zustimmung, so sollten die Pächter den Grundbesitzern überhaupt nichts zahlen, den ermäßigten Zins aber an jene Vertrauensmänner entrichten.
Indessen die Regierung ließ es dem gegenüber an Energie nicht fehlen ... Während sie einerseits durch zweckmäßige Polizeimaßregeln den agrarischen Verbrechen vorzubeugen suchte, schritt sie anderseits gegen Dillon und O'Brien auf Grund eines aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gesetzes wegen Verschwörung ein und erwirkte ihre Verurteilung durch den obersten Gerichtshof in Dublin. ...<<
USA: Ab 1882 verbietet die US-Regierung die Einwanderung von Chinesen. Später setzen die US-Einwanderungsbehörden Höchstzahlen für jedes Herkunftsland fest.

1883

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.

Bismarcks Sozialgesetze

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").

Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Friedrich Nietzsche schreibt im Jahre 1883 in seinem Werk "Also sprach Zarathustra" und in seinem unvollendeten philosophischen Hauptwerk "Der Wille zur Macht" über den Staat (x092/623, x272/58): >>... Irgendwo gibt es noch Völker und Herden, doch nicht bei uns,

meine Brüder, da gibt es Staaten.
Staat? Was ist das? Wohlan! Jetzt tut mir die Ohren auf, denn jetzt sage ich euch mein Wort zum Tode der Völker.
Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: "Ich, der Staat bin das Volk."
Lüge ist's! Schaffende waren es, die schufen die Völker und hängten einen Glauben und eine Liebe über sie hin: also dienten sie dem Leben.
Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat: sie hängen ein Schwert und hundert Begierden über sie hin.
Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten.
Diese Zeichen gebe ich euch: jedes Volk spricht seine Zunge des Guten und Bösen: die versteht der Nachbar nicht. Seine Sprache erfand es sich in Sitten und Rechten.
Aber der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er's. ...<<
>>... Nr. 717: Der Wille oder die organisierte Unmoralität, - inwendig: als Polizei, Strafrecht, Stände, Handel, Familie;
auswendig: als Wille zur Macht, zum Kriege, zur Eroberung, zur Rache.
Wie wird es erreicht, daß er eine große Menge Dinge tut, zu denen, der einzelne sich nie verstehen würde? – Durch Zerteilung der Verantwortlichkeit, des Befehlens und der Ausführung. Durch Zwischenlegung der Tugenden des Gehorsams, der Pflicht, der Vaterlands- und Fürstenliebe. Durch Aufrechterhaltung des Stolzes, der Strenge, der Stärke, des Hasses, der Rache, – kurz aller typischen Züge, welche dem Herdentypus widersprechen. ...<<
Österreich-Ungarn: Ab 1883 beherrschen die sog. "Alttschechen" den Prager Landtag.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1883-1888 (x812/530): >>(Österreich) ... Nachdem der Reichsrat 1883 einige die Hebung des Gewerbes bezweckende Gesetze und eine die Rückkehr zur konfessionellen Schule begünstigende Schulgesetznovelle angenommen hatte, wobei der Widerstand der liberalen Herrenhausmehrheit durch wiederholte feudal-ultramontane Pairsschübe beseitigt wurde, fand sich 1884 endlich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bereit, über den ... Antrag über die gesetzliche Anerkennung des Deutschen als Staatssprache zu verhandeln.
Derselbe sollte den Ansprüchen der Slawen ein Ziel setzen, welche verlangten, daß in allen Ländern mit verschiedenen Sprachen jeder Beamte beide Landessprachen, also außer dem Deutschen in Böhmen Tschechisch, in Krain Slowenisch, in Tirol Italienisch etc. sprechen müsse, wobei von einer Einheit des Beamtentums nicht mehr die Rede sein konnte.
Die Regierung und die Rechte erklärten den Antrag für überflüssig, da die Geltung der deutschen Sprache als die der Dynastie, des Heeres, des Reichsrates, kurz als Verständigungsmittel für alle gemeinsamen Angelegenheiten unbestritten sei, und erreichten auch seine Ablehnung mit 186 gegen 155 Stimmen (29. Januar). Doch bemühten sich darauf die Minister durch beruhigende Worte die Aufregung der deutschen Bevölkerung zu beschwichtigen.
Im Mai und Juni 1885 fanden die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus statt. Die Regierung bereitete den Sieg der ihr geneigten Parteien dadurch vor, daß sie die deutsche Agitation auf alle mögliche Weise hinderte, auch den Deutschen Schulverein beschränkte, dagegen in Böhmen durch Änderung des Wahlmodus im Großgrundbesitz und in den Handelskammern die Tschechen begünstigte, in Galizien den Polen die Ruthenen unterdrücken half, in Dalmatien die Kroaten unterstützte und in Tirol ein Bündnis der Klerikalen mit den Italienern zustande brachte.
Auf deutscher Seite wurde besonders in Böhmen die "schärfere Tonart" angeschlagen. Das Resultat der Wahlen ergab für die Deutschliberalen einen Verlust von 15 Stimmen. Ein Sieg

der Opposition über das System Taaffe war also noch mehr in die Ferne gerückt.
Anderseits freilich sah die Mehrheit ihre Macht durch die Einwirkung von allerlei Sonderinteressen, so bei der Nordbahnfrage und der Verhandlung über die galizischen Bahnen, geschwächt; wie bei der Verfassungspartei in der Zeit ihrer Herrschaft, kamen jetzt bei der Mehrheit allerlei Unregelmäßigkeiten, wie Ausbeutung des parlamentarischen Einflusses zu persönlicher Bereicherung und dergleichen, vor, so daß nicht bloß Abgeordnete, sondern auch der Handelsminister Pino zurücktreten mußten. Wiederholt drohte die regierungsfreundliche Mehrheit auseinander zu fallen; nur mit Mühe vermochte Taaffe sie durch immer neue Zugeständnisse zusammenzuhalten.
Die deutsche Opposition gewann dagegen an Kraft, als sie sich 1885 in einen deutschen und einen deutsch-österreichischen Klub teilte. Die Fortsetzung der Taaffeschen Versöhnungspolitik, die nur den Nationalitätenhader schürte, konnte sie um so weniger hindern, als die Regierung sich 1886 zu besonderen Opfern genötigt sah, um die Tschechen für die Annahme des neuen Ausgleichs mit Ungarn, der 1887 zustande kommen mußte und auch zustande kam, zu gewinnen.
Das wichtigste dieser Opfer war die Sprachenverordnung des Justizministers Prazak vom 23. September 1886, welche das Oberlandesgericht in Prag anwies, alle tschechisch eingereichten Sachen ohne Übersetzung tschechisch zu erledigen, also von allen Beamten dieses Gerichtes die Erlernung der tschechischen Sprache forderte und in ihren Konsequenzen die Tschechisierung der Gerichte in Böhmen und auch in Mähren bedeutete.
Die Deutschen im böhmischen Landtag, welche seit 1884 die Mehrheit verloren hatten, beantragten, um dem vorzubeugen, die gerichtliche und administrative Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil. Doch wurde ihr Antrag nicht einmal zur Verhandlung zugelassen, so daß sich die Deutschen am 22. Dezember 1886 zum Austritt aus dem Landtag genötigt sahen.
Überall sah sich das Deutschtum in Österreich bedrängt und in der Verteidigung gegen seine Feinde durch die Maßregeln der Regierung gehemmt. Die Ansprüche der Nationalitäten stiegen immer höher und ließen keine Aussicht auf friedliche Zustände zu. Dazu kamen dann noch soziale Mißstände, und sozialistische Umtriebe, die sich besonders in Wien bemerkbar machten, und nötigten zu Ausnahmegesetzen und scharfem Einschreiten der Behörden.
Die auswärtige Politik der Monarchie wurde durch die Revolution in Ostrumelien (September 1885), welches sich mit dem Fürstentum Bulgarien vereinigte, beunruhigt. Denn dieses Ereignis brachte den ganzen Orient wieder in Bewegung.
Die Serben eröffneten aus Neid gegen die Bulgaren einen Krieg, der freilich ganz gegen ihr Erwarten höchst ungünstig ablief, so daß Österreich sich veranlaßt sah, als der Fürst von Bulgarien siegreich in Serbien eindrang, einzuschreiten. Es gelang auch, den Streit zwischen Serbien und Bulgarien durch den Bukarester Frieden beizulegen.
Eine neue Verwickelung entstand aber durch das brutale Attentat gegen den Fürsten Alexander (21. August 1886), seine Rückkehr und Abdankung (September) und die daran sich anschließenden Umtriebe Rußlands gegen die bulgarische Regentschaft. Österreich erklärte, die Besetzung Bulgariens durch Rußland nicht dulden zu wollen und traf rasch einige Vorbereitungen, um für den Kriegsfall gerüstet zu sein.
Eine 1883 durchgeführte Neueinteilung des Heeres sowie ein 1886 in beiden Reichshälften angenommenes Landsturm- und ein Rekrutengesetz hatten schon die Wehrkraft vermehrt. Jetzt wurden außerordentliche Mittel für bessere Bewaffnung (mit Mehrladern) und Befestigungen beschafft und diese schon ausgegebenen Gelder sowie weitere (im ganzen 52 ½ Millionen Gulden) in einer außerordentlichen Session 1887 von den Delegationen bewilligt.
Inzwischen hatten die Ungeschicklichkeit des russischen Agenten Kaulbars sowie die Klugheit und Standhaftigkeit der bulgarischen Regentschaft die Gefahr einer russischen Besetzung

Bulgariens beseitigt. Überdies war Österreichs Stellung auf der Balkanhalbinsel durch sein Bündnis mit Deutschland, dem sich Italien anschloß, gesichert. Dennoch wurde wegen der Haltung Rußlands auch 1888 eine Verstärkung der Streitmittel für notwendig erachtet und weitere 47 Millionen Gulden bewilligt. ...<<

Rußland: Der russische Lehrer und Schriftsteller Moses Leib Lilienblum ruft im Jahre 1883 zu Geldsammlungen für den Ankauf von Grundstücken in Palästina auf (x043/301): >>... Wer immer die nationale Idee unterstützen will, wird wöchentlich eine Kopeke beisteuern, die für eine bestimmte Zeit in jedem Heim für die Siedlung im Lande Israel gespart werden soll.

In einem Jahr wird das Tausende von Rubeln ergeben. Es ist auch möglich, einen gewissen Prozentsatz jener Gelder dafür zu bestimmen, die in der Synagoge, bei Hochzeiten, bei der Beerdigung von Reichen und so weiter gespendet werden. ...

Mit einem Wort, es ist auf die eine oder andere Art möglich, riesige Summen zu sammeln, um in Israel Besitztümer von der türkischen Regierung zu kaufen.<<

Spanien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1883-1887 (x815/87-88): >>(Spanien) ... Im August 1883 brachen in Badajoz, Barcelona, Seo de Urgel und anderen Garnisonen des Nordens Soldatenaufstände aus, bei welchen die Republik mit der Verfassung von 1869 ausgerufen wurde.

Der König beschloß, nachdem die Aufstände unterdrückt waren, die dynastische Linke in die Regierung zu ziehen, und berief im Oktober 1883 Posada Herrera an die Spitze eines neuen Ministeriums, das eine Verfassungsrevision mit Einführung der Zivilehe, der Geschworenengerichte und des allgemeinen Stimmrechts versprach. Dasselbe scheiterte aber an der Opposition Sagastas, dessen Adreßentwurf, welcher die Politik der dynastischen Linken entschieden tadelte, im Januar 1884 von den Cortes angenommen wurde. Der König übertrug daher wieder den Liberal-Konservativen unter Canovas das Ministerium.

Alfons XII. erstrebte neben dem Ziel, im Inneren die monarchisch gesinnten Parteien zu versöhnen und auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie zu vereinigen, in der auswärtigen Politik die Wiederherstellung von Spaniens Ansehen und Einfluß in Europa.

Zu diesem Zweck widmete er sich mit Eifer der Wiederherstellung und Verbesserung seiner Streitmacht zu Land und zur See; ferner suchte er eine Anlehnung an die mitteleuropäischen Mächte und unternahm im Sommer 1883 eine Reise nach Österreich und Deutschland, wo er bei den Kaisermanövern in Homburg von Kaiser Wilhelm mit besonderen Ehren aufgenommen und zum Chef eines Ulanenregiments ernannt wurde.

Er wurde deswegen auf seiner Rückreise durch Frankreich in Paris am 29. September aufs gröblichste beschimpft, aber durch einen begeisterten Empfang in Madrid (2. Oktober) dafür entschädigt. Ein Besuch des deutschen Kronprinzen in Spanien im November bekundete die Achtung, die der König in Deutschland genoß.

Mitten in eine Gärung, welche ein schreckliches Erdbeben in Andalusien, der Ausbruch der Cholera und die Einführung der drückenden Verbrauchssteuern 1885 im spanischen Volk erzeugt hatten, fiel wie ein zündender Funke im September die Nachricht, daß ein deutsches Kriegsschiff auf den Karolinen die deutsche Flagge gehißt habe: nicht bloß der Madrider Pöbel ließ sich zu Wutausbrüchen gegen Deutschland und seine Gesandtschaft in Madrid hinreißen, sondern auch die Führer der Parteien, namentlich der von je zu Frankreich hinneigenden Radikalen, ja selbst die Minister ergingen sich, um ihre Popularität zu vermehren, in kriegerischen Prahlereien und Drohungen.

Nur der König blieb fest in seinem Widerstand gegen eine verhängnisvolle Überstürzung und ermöglichte hierdurch eine ehrenvolle Verständigung mit Deutschland. Leider starb er schon am 25. November 1885.

Alfons XII. hinterließ als Witwe seine zweite Gemahlin, Maria Christine, eine österreichische Erzherzogin, welche sofort als Regentin proklamiert wurde und am 17. Mai 1886 einen Sohn,

Alfons XIII., gebar.
Die Veränderungen auf dem Thron vollzogen sich, abgesehen von einigen durch Zorrilla angestifteten republikanischen Militärrevolten in Cartagena und Madrid und von Ränken Montpensiers, die aber wirkungslos blieben, ohne Störung. Canovas hielt es für nützlich, die liberalen Parteien für die Erhaltung der Dynastie zu interessieren, und empfahl daher der Regentin, an seiner Stelle Sagasta zum Ministerpräsidenten zu ernennen (27. November).
Derselbe verschaffte sich durch Neuwahlen die Mehrheit in den Cortes, welche am 10. Mai 1886 eröffnet wurden, die Einführung von Geschworenengerichten genehmigten (7. Mai 1887) und die Beratung der vom Kriegsminister Cassola vorgelegten Heeresreform mit allgemeiner Wehrpflicht in Angriff nahmen. Die Einnahmen wurden durch Verpachtung der Postdampferlinien und des Tabakmonopols vermehrt.
Die Regentin verstand es, durch ihr würdiges und kluges Benehmen die Achtung und Liebe des Volkes in demselben Grad zu gewinnen wie ihr verstorbener Gemahl. Spaniens Zustände waren indes noch durchaus unfertig.
Der alte klerikale Absolutismus war zwar durch die Unfähigkeit seiner Vertreter und das Eindringen liberaler Ideen äußerlich gestürzt und lebensunfähig, aber im Geiste des Volkes so wenig überwunden und vertilgt, daß sich auch keine liberale Regierung auf die Masse des Volkes selbst stützen konnte, sondern die Hilfe der Parteiführer und ehrgeizigen Generale in Anspruch nehmen mußte, die wieder ihren Schützling ausnutzten, diskreditierten und schließlich ins Verderben fortrissen. Im Bund mit anderen Parteien war jede Partei imstande, nach einigen Jahren das herrschende Regiment zu stürzen. ...<<
Europa, Amerika: In den Jahren 1804-1883 wird der Sklavenhandel verboten und abgeschafft: Dänemark = 1804, England = 1807, Nordamerika = 1807/08 (danach herrscht bis 1865 ein reger Schmuggelhandel), Schweden = 1813, Frankreich und Spanien = 1817, Niederlande = 1818, Portugal = 1826, britische Kolonien = 1833-38, französische Kolonien = 1848, Brasilien = 1851, niederländische Kolonien = 1861-63, portugiesische Kolonien = 1878 und spanische Kolonien = 1883.
Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppen in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104).
Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkommen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).
Der britische Historiker Roger Anstey berichtet später über das Ausmaß des atlantischen Sklavenhandels (x190/6): >>Bis vor kurzem gab es über den Umfang dieser Aktivitäten allenfalls Schätzungen. Doch eine Studie von Professor Philip D. Curtins läßt unter Berücksichtigung der Ansicht anderer Historiker den Schluß zu, daß innerhalb von 350 Jahren zwischen 8 und 11,5 Millionen Sklaven nach Amerika verschleppt wurden.
Zudem muß man berücksichtigen, daß zwischen 10 und 20 % der Schwarzen die Überfahrt nicht überlebten oder während der Eingewöhnungsphase starben, also im ersten Jahr nach ihrer Ankunft. Nicht bekannt ist dagegen, die Anzahl von Opfern der innerafrikanischen Kriege, eine der primären Quellen für den Nachschub im Sklavenhandel.
Die Spuren des Sklavenhandels schlugen sich sowohl in Afrika als auch in Amerika nieder (und in geringerem Maße auch in Europa). In Afrika hatte es Sklaverei und Sklavenhandel schon vor dem Eintreffen der Europäer gegeben, aber das Ausmaß und die Verschleppung über den Atlantik waren neue Phänomene. Das persönliche Leid, das dadurch verursacht wurde, läßt sich nicht bemessen ...<<
USA: Meyers Konversationslexikon berichtet über die Lebensverhältnisse der nordamerikanischen Ureineinwohner im Jahre 1883 (x808/916-917): >>(Indianer) ... Von der früheren Eigentümlichkeit ist inzwischen durch unausgesetzte Berührung mit den Weißen viel verloren gegangen; gegenwärtig befinden sich die Indianer mit Ausnahme weniger Tausende im fernen

Westen in einem Übergangsstadium.
An ihrer Zivilisierung und Bekehrung haben spanische Missionäre in Florida, französische Jesuiten in Kanada, englische Puritaner in Neuengland und deutsche Herrnhuter in Pennsylvania seit langer Zeit gearbeitet, und gegenwärtig bestehen in den Vereinigten Staaten 75, in Kanada 53 protestantische Missionsstationen, welche zusammen aber nur 16.338 Christen um sich versammeln konnten.
Im übrigen ist die Behandlung, welche die Indianer seitens der Weißen erfahren haben, eine schmähliche gewesen. In den Kriegen zwischen den beiden Rassen mußten die Indianer natürlich unterliegen, und so wurden sie schließlich auf abgegrenzte, ihnen gewährleistete Gebiete (die sogenannten Reservationen) beschränkt; aber oft genug sind sie aus den garantierten Besitzungen mit Gewalt wieder vertrieben worden.
Die im Interesse der Indianer vom Kongreß gegebenen Gesetze kamen selten zur Geltung, und 1825 wurde unter dem Präsidenten Monroe der Beschluß gefaßt, die im Osten des Mississippi wohnenden Indianer nach dem Westen zu verpflanzen. Doch fügten sich die Seminolen in Florida nicht ohne harten Kampf; ja, die Tscherokesen (Cherokee) in Georgia, welche dort blühende Dörfer gegründet und Handwerke betrieben, wichen erst 1838 nach langer Mißhandlung, und nachdem Truppen gegen sie aufgeboten worden waren.
Es ist daher natürlich, daß die Zahl der Indianer seit ihrer Berührung mit den Europäern bedeutend abgenommen hat; manche Stämme sind ganz ausgestorben, andere sehr zusammengeschmolzen. Doch erscheinen die vielfach verbreiteten Berichte über das Aussterben der Indianer sehr übertrieben. ... Daß ein ansehnlicher Teil durch Vermischungen an die Weißen verloren ging, ist sicher. ... Nach den neuesten Ermittelungen beläuft sich ihre Zahl gegenwärtig auf ca. 475.000 Seelen, denn man zählte in den Vereinigten Staaten ohne Alaska (1883) 331.972, Alaska (1880) 11.774 und Kanada (1883) 131.137.
Von den 331.972 Indianern der Union lebten in den Agenturen 246.177, nicht unter Agenten standen 19.388, und von zivilisierten Indianern wurden 1880 gezählt: 66.407. Zu den 60 "Agenturen" gehören 57 Millionen Hektar Land, die für die ausschließliche Benutzung der Indianer reserviert sind, von denen aber nur 7 Millionen Hektar kulturfähig und 84.109 Hektar wirklich kultiviert sind. Das Land liegt in kleineren Parzellen östlich vom Mississippi in New York, Nordcarolina, Michigan und Wisconsin, in großen zusammenhängenden Komplexen in fast allen Staaten des Westens.
Überall ist die stetige Zunahme des bebauten Areals, der Ernteerträge und des Viehstandes bemerkenswert, der Zivilisationsprozeß würde aber noch vollständiger und schneller sein, wenn sich nicht unter die besseren Elemente der weißen Bevölkerung sehr viel schlechte, für die Indianer verderbliche mischten, so daß einige Stämme dem zwar durch strenge Gesetze verbotenen, aber dennoch eingeschmuggelten Branntwein und den ebenfalls importierten schmählichen Krankheiten sicher erliegen müssen.
In neuester Zeit haben die Indianer der Vereinigten Staaten in Carl Schurz einen kräftigen Anwalt gefunden. ...<<
>>... Indianergebiet (Indian Territory), Staatsgebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Westen des Mississippi, ... wird von Arkansas, Kansas und Texas begrenzt und hat ein Areal von 169.540 qkm.
Hauptfluß ist der Arkansas, der innerhalb des Gebietes den Canadian River aufnimmt, während der Red River es von Texas trennt. Der größte Teil des Gebietes besteht aus welligen Ebenen. Im südlichen Teil erheben sich mehrere Hügelzüge, ... im Nordwesten erstrecken sich ausgedehnte unfruchtbare Prärien, auf denen früher große Büffelherden weideten.
Das Klima ist dem Ackerbau wenig günstig, und infolge von Dürren sind Mißernten häufig. Künstliche Bewässerung ist nur in beschränktem Maßstab möglich. Doch eignet sich das Gebiet recht wohl für die Viehzucht. Steinkohle und andere Schätze des Mineralreiches kommen

vor.
Das Gebiet wurde 1837 den Indianern als "beständiger" Wohnsitz überlassen, und die Regierung hat sich verpflichtet, sie in ihrem Besitz nicht zu stören und weiße Ansiedler, die mit lüsternen Augen nach diesen fruchtbaren Ländereien sehen, fern zu halten. Diese Rechte der Indianer wurden 1866, am Schluß des Bürgerkrieges, währenddessen die Indianer teilweise auf seiten der Konföderierten standen, bestätigt.
Das ganze Gebiet gehörte früher den Osagen, die aber sehr zusammengeschmolzen sind. Bewohnt wird das Gebiet (1880) von 76.895 Indianern, von denen 59.187 zu den fünf zivilisierten Stämmen gehören, deren jeder ein fest umgrenztes Gebiet einnimmt. Diese fünf Stämme sind die Tscherokesen im Nordosten, die Krik und Seminolen in der Mitte und die Tschachta und Tschickasa längs der Südgrenze. Außerdem bewohnen aber das Gebiet noch die Reste zahlreicher anderer Stämme, als: Cheyenne, Arapahoe, Kiowa, Komantschen, Wichita, Osagen, Kaw, Pani, Ponce und andere.
Die fünf zivilisierten Stämme haben ganz bedeutende Fortschritte in der Kultur gemacht. Sie bauen Mais, Weizen, Hafer, Gemüse und auch Baumwolle auf 136.840 Hektar an und widmen sich mit Erfolg der Viehzucht (1881: 64.000 Pferde, 6.150 Maultiere, 370.000 Rinder, 455.000 Schweine, 33.400 Schafe).
Ihre Schulen waren 1883 von 7.862 Kindern besucht. Jeder der Stämme bildet einen eigenen Staat mit einer Verfassung, welche jener der amerikanischen Bundesstaaten nachgeahmt ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten begnügt sich mit Besetzung des Forts Gibson und der Bestallung von neun Indian Agents, durch welche den Indianern ihre Renten (in Waren) ausgezahlt werden. Weißen ist der Zutritt ins Territorium gesetzlich untersagt, doch drängen sich gerade die schlechteren Elemente unter denselben ins Land herein. Eine Eisenbahn (402 km lang) durchschneidet das Gebiet zwischen Kansas und Texas, und von einer Pazifikbahn sind bereits 164 km gebaut. ...<<
Südamerika: Peru und Bolivien werden im Jahre 1883 von Chile geschlagen und müssen nach dem sog. "Salpeterkrieg" (1879-83) mehrere Provinzen an Chile abtreten. Bolivien verliert damals seinen bisherigen Zugang zum Meer.
Südwestafrika: Der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) erwirbt im Jahre 1883 Kolonien in Südwestafrika (heute Namibia).

1884

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1884 die Unfallversicherung eingeführt.
Bismarck erläutert während seiner Reichstagsrede vom 20. März 1884 die sozialen Probleme der Arbeiter und die Aufgaben des Staates (x237/198): >>... Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird.
Verfällt er aber der Arbeit auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat.
Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig. ...
Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungssorgen, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. ...
Für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn

feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft.
Das ist menschlich und nicht unnatürlich, und solange ihm der Staat da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, solange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staates durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zum sozialistischen Wunderdoktor laufen. ...<<
Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wird am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Anarchie" (x801/534):
>>Anarchie (griechisch "Herrschaftslosigkeit") bezeichnet einen Zustand der menschlichen Gesellschaft, namentlich des Staates, in welchem die zur Herrschaft berechtigte Gewalt entweder ganz aufgehoben, oder in der Ausübung ihrer Machtbefugnisse teilweise oder vollständig gelähmt ist, wie dies z.B. wiederholt in Frankreich der Fall gewesen. Anarchisch, rechtlos, im Zustand der Gesetzes- und Herrschaftslosigkeit befindlich.
Anarchist, derjenige, welcher einen anarchistischen Zustand anstrebt, wie dies schon in früheren Zeiten mehrmals, in der neuesten Zeit aber durch die Nihilisten in Rußland, in der Schweiz, ferner in Österreich, Frankreich, Irland und England wie auch in Nordamerika durch Verbindungen bezweckt wird, die sich mitunter selbst den Namen Anarchisten beigelegt haben.
Viele Anhänger der Sozialdemokratie, der Internationale, des Kommunismus dürften richtiger als Anarchisten zu bezeichnen sein. Die deutsche Sozialdemokratie, welche das gesamte bürgerliche Leben durch den Staat und durch dessen Zwangsgewalt regeln will, betont jedoch den Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten mit großer Schärfe und lehnt den Zusammenhang mit den Anarchisten nachdrücklichst ab.
Wiederholte Dynamitattentate der Anarchisten ... veranlaßten den Erlaß eines Gesetzes für das Deutsche Reich vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (sogenanntes Dynamitgesetz).<<
Bismarck erklärt am 26. Juni 1884 während einer Rede im deutschen Reichstag (x239/181):
>>... Ich wiederhole, daß ich gegen ... Kolonien (bin), die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühe Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. ...
Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich ... vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. ...
Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen ... zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. ...<<
Angesichts der gewaltigen Auswanderungswelle (1810-69 = 2,75 Millionen und 1870-89 = 1,90 Millionen deutsche Auswanderer) muß Bismarck seine Zurückhaltung schließlich allmählich aufgeben (x056/201). Die deutsche Kolonialpolitik wird später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern.
Die deutschen Kolonien besitzen für das Deutsche Reich später jedoch keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie sind größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 beträgt

die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importiert (x074/1.006).

Der deutsche Schriftsteller Paul de Lagarde (1827-1891) schreibt im Programm für die Konservative Partei Preußens im Jahre 1884 über die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>Ältere Mädchen sind nur in ganz vereinzelten Fällen – etwa als Schwestern – imstande, jüngere Geschlechtsgenossinnen zu erziehen. Daß sie zu unterrichten stets außerstande sind, Unterricht in Handarbeit, im Lesen, Schreiben und Rechnen ... ausgenommen, versteht sich völlig von selbst. ...

Mädchen auch der höheren Stände (sollen) ... Lesen, Schreiben und etwas Heimatkunde, Stricken, Nähen und Kochen ... (lernen). Das Regelrechte ist, daß Mädchen heiraten und ihre Bildung in der Ehe gewinnen. ... Ein einziger Mann, der in seiner Pflichttreue und Begeisterung einem Mädchen bekannt wird, ... wirkt bildender als alle ... (Welt- und Literaturgeschichten, Monatshefte und Zeitschriften).<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Paul Anton de Lagarde (x051/-340): >>Lagarde (bis 1854 Bötticher) Paul de, geboren in Berlin 2.11.1827, gestorben in Göttingen 22.12.1891, deutscher Orientalist und Kulturkritiker; Studium der evangelischen Theologie und der Sprachwissenschaft (Schüler u.a. von Jacob Grimm), Übertragung der textkritischen Methoden auf die biblischen Texte; zunächst Gymnasiallehrer, 1869 Professor für orientalische Sprachen in Göttingen.

Neben seiner wissenschaftlichen Bedeutung machten Lagarde kulturkritische Abhandlungen (u.a. "Deutsche Schriften", 1876-81) bekannt, in denen er sich polemisch mit den "Verfallserscheinungen" seiner Zeit auseinander setzte: Er kritisierte die grassierende Verstaatlichung des Lebens, forderte strikte Trennung von Kirche und Staat, bekämpfte die Entsittlichung durch Industrialisierung und entfesseltes kapitalistisches Gewinnstreben, verwarf den Werte-Pluralismus und setzte auf eine Wiederbelebung der Nation als "ethische Macht". Dabei entwickelte er einen religiös-völkischen Antisemitismus, da die Juden als Fremdkörper die Einswerdung des deutschen Volkes verhinderten.

Hier und bei der massiven Zivilisationskritik setzte die nationalsozialistische Lagarde-Rezeption (v.a. Rosenberg) an, die in den Plänen etwa einer Aussiedlung der Juden (Madagaskarplan) eigene Ausstoßungsideen antizipiert sah. Durch diese verfälschende Uminterpretation wurden Lagardes Lehren zur Nahtstelle zwischen traditionellem und Rasseantisemitismus, er selbst zum "mächtigsten Wegbereiter der Gedanken, auf denen das nationalsozialistische Dritte Reich der Deutschen ruht" (Lagarde-Herausgeber K. A. Fischer 1934).<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1884 über die Vorzüge und Nachteile des Großstadtlebens (x176/209): >>Nun hat jede Großstadt unverkennbar eine Reihe von allgemeinen Einrichtungen für das leibliche und geistige Wohl ihrer Einwohner, wie z.B. Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Kanäle, Markthallen, Schlachthäuser, Schulen der verschiedensten Art, ... Krankenhäuser, Armenanstalten, Verkehrseinrichtungen etc., wie sie in kleinen Städten nicht oder doch lange nicht so vollkommen getroffen werden; ... doch gibt es eine Unmasse (von Menschen in der Stadt), die an diesen Vorteilen wenig oder gar nicht teilnehmen können, dagegen entweder in Elend und Entbehrung ein jammervolles Dasein führen, von Tag zu Tag vergeblich auf Besserung oder plötzliche Glücksfälle hoffend, oder gar in unredlicher Weise um ihre Existenz ringend; die Großstadt tauscht dagegen das Elend, verdorbene Luft, verkommene Sitten, Unsicherheit, Krankheiten und Epidemien aller Art ein und kann den Zuzüglern doch nicht den Ersatz für den Erwerb verschaffen, den sie auf dem Lande, wenn auch in bescheidener Art gefunden hätten. ...<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1884-1887 (x809/85-86): >>(Italien) ... Der wiederholte Ausbruch der Cholera seit 1884,

die besonders in Neapel furchtbar wütete, schadete dem Ansehen des Ministeriums nicht. Der Besuch, den der König Neapel während der schlimmsten Zeit abstattete, trug sehr dazu bei, die Anhänglichkeit an das nationale Herrscherhaus zu verstärken.
Was der italienischen Regierung die größten Schwierigkeiten bereitete, war wiederum die äußere Politik. Die Italiener, verwöhnt durch ihre früheren mühelosen Erfolge, wurden sofort ungeduldig, wenn sie keine Früchte der europäischen Politik ihrer Regierung sahen, und von dieser Ungeduld ließ sich auch Mancini beeinflussen. Er hatte sich zwar Deutschland und Österreich wieder genähert und hierdurch Italiens Stellung in Europa befestigt.
Während er Assab am Roten Meer besetzte und damit den Anfang machte, Italiens Anteil an der kolonialen Entwicklung zu sichern, wachte er mit Eifersucht über die Wahrung der italienischen Interessen in Tripolis und Marokko.
Aber daß der Bund mit den Kaisermächten nur dazu dienen sollte, Europa den Frieden zu sichern, genügte den Italienern nicht. Dazu kam, daß der Kaiser von Österreich den Besuch des Königs Humbert nicht erwiderte, und daß Deutschland wieder freundschaftliche Beziehungen mit der päpstlichen Kurie anknüpfte, mit der die Regierung wegen der Einziehung von Gütern ... in den heftigsten Streit geraten war.
Jene Haltung der Kaisermächte sah man in Rom als eine Geringschätzung Italiens an und überhäufte Mancini deshalb mit Vorwürfen. Dieser sah sich hierdurch veranlaßt, nach einem größeren Erfolg zu streben, der seinen Widersachern den Mund schlösse, und ließ sich verleiten, auf der nach London zur Regelung der ägyptischen Angelegenheiten berufenen Konferenz auf die Seite Englands zu treten, in der Hoffnung, daß dieses Italien bei der Unterwerfung des Sudan hinzuziehen und ihm einen Teil jener Länder einräumen werde.
Zu diesem Zweck besetzten italienische Truppen 1884 den wichtigen Hafen Massaua. Aber 1885 gab England wegen seiner Verwickelungen mit Rußland den Plan, den Sudan wieder zu unterwerfen, auf und zog seine Truppen nach Ägypten zurück.
Damit war die Hoffnung Mancinis auf Eroberungen im Sudan vereitelt, und zugleich erwies sich der Negus (Kaiser) Johannes von Abessinien den italienischen Annäherungsversuchen gegenüber mißtrauisch und unzugänglich. Die Lage der italienischen Truppen in dem ungesunden Massaua war eine höchst mißliche, und die kostspielige Besetzung schien ganz verfehlt. Mancini wurde daher wegen seiner falschen Berechnung in der Kammer heftig angegriffen und nahm im Juni 1885 seine Entlassung. An seine Stelle trat der bisherige Botschafter in Wien, Graf Robilant.
Indes auch wegen anderer Fragen war die ministerielle Mehrheit der Kammer ins Wanken geraten. Zunächst war die von der Regierung vorgeschlagene Übertragung des Betriebes der Eisenbahnen an zwei Privatgesellschaften erst nach langen Verhandlungen mit Mühe durchgesetzt worden. Dann hatte der Gesetzentwurf über die gleichmäßige Verteilung der Grundsteuer, welche im Süden eine geringere war als im Norden, die Deputierten Süditaliens entfremdet. ...
Der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, war besonders bemüht, die äußere Lage Italiens zu sichern. Zwar waren die Beziehungen zu Frankreich keine feindseligen, aber Konflikte doch möglich; auch wurden zwei Entwürfe eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Italien von den französischen Kammern abgelehnt.
England war Italien freundschaftlich gesinnt, konnte aber keine wirksame Hilfe leisten. Unter diesen Umständen schloß Robilant anfangs 1887 ein Verteidigungsbündnis mit Deutschland und Österreich ab, welches Italien für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland zum tätigen Eingreifen verpflichtete, dafür ihm aber auch den Beistand der beiden Kaiserreiche gegen jeden Angreifer zusicherte.
Da trat ein unerwartetes Ereignis ein. Die Italiener hatten, von Massaua aus ins Innere vordringend, Saati besetzt und dort ein Fort errichtet. Dies wurde von den Abessiniern unter Ras

Alula im Januar 1887 angegriffen und eine mit Vorräten Saati zu Hilfe gesandte Truppenabteilung, 3 Kompanien Infanterie mit einer Mitrailleusen-Abteilung (Maschinengewehr-Abteilung), bei Dogali am 25. Januar von einem übermächtigen abessinischen Heer vernichtet; nur 90 Verwundete konnten sich retten. Der in Massaua befehligende General Gené zog sofort die vorgeschobenen Posten ein und verlangte Verstärkungen.
Das Ministerium machte am 1. Februar der Kammer hiervon Mitteilung und verlangte die Bewilligung von 5 Millionen für die Verstärkung der Truppen in Massaua, die sofort ausgesprochen wurde. Bei den weiteren Verhandlungen wurden aber Robilant und der Kriegsminister Ricotti heftig getadelt, weil sie die Schwierigkeiten in Massaua unterschätzt hatten ...
Robilant reichte hierauf seine Entlassung ein, und um eine völlige Neubildung des Kabinetts zu ermöglichen, dankte das ganze Ministerium ab. ...
Das neue Ministerium erklärte am 18. April in der Kammer, daß es zwar dabei bleibe, daß das Ziel der Besetzung von Massaua ein handelspolitisches sei, aber es für unerläßlich halte, das Ansehen der italienischen Waffen wiederherzustellen und die bei Dogali gefallenen Italiener zu rächen. Dies Programm wurde von der Kammer gutgeheißen und die Vorbereitungen für das Einschreiten in Abessinien sowie die Bildung eines Kolonialkorps genehmigt.
In Europa wurde an der von Robilant eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik, für welche der König selbst entschieden eintrat, festgehalten, und 15 Millionen wurden für Verstärkung der Streitkräfte bestimmt. ...<<
Frankreich: Die französische Regierung beauftragt am 5. Februar 1884 den Bevollmächtigten im Kongo mit folgenden Aufgaben (x239/179): >>Ihre Aufgabe soll darin bestehen, ... die Grundlagen für unsere Niederlassung in den ihnen zugewiesenen Gebieten zu schaffen. ... Sie müssen in kurzer Frist das Territorium geographisch aufnehmen, die äußere Gestalt und Beschaffenheit des Terrains näher bestimmen; Ihr Ziel muß es dabei sein, all das, was für unseren Handel und unsere Industrie von Interesse sein könnte, zu erfassen (Erzvorkommen, Arten verwertbarer Bäume, für die Kolonisation geeignete Landstriche) – mit einem Wort: Sie sollen sich all dessen vergewissern, was dem Vaterland neue Erkenntnisse und materielle Vorteile erbringen kann. ...
Es empfiehlt sich dabei, den Schwarzen unter allen Umständen versöhnlich gegenüberzutreten und es – solange dies nicht unerläßlich ist – zu vermeiden, sich der Gewalt und der Überlegenheit unserer Waffen zu bedienen.
Der Bevollmächtigte der Regierung schließt mit den Häuptlingen der Eingeborenen die Verträge ab, die er für die Erweiterung unseres Einflusses für nützlich hält. Mit Hilfe von geeigneten Maßnahmen, über die er selbst zu befinden hat, soll er die Bewohner an den Gedanken gewöhnen, sich eines Tages der verwaltungsmäßigen Abhängigkeit unserer Kolonie unterstellt zu sehen; er wird ihnen zeigen, daß unser Schutz ein sicheres Unterpfand des Friedens und der Freiheit ist. ...<<
China: Frankreich führt 1884/85 Krieg gegen China.
Afrika: Die deutschen Afrikaforscher und Kolonisten Carl Peters (1856-1918) sowie Gustav Nachtigal (1834-1885) erwerben im Jahre 1884 Kolonien in Ostafrika, Togo und in Kamerun für das Deutsche Reich.

1885

Deutsches Reich: In der sogenannten "Kongo-Akte" verbieten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.
In dieser "Kongo-Akte" erkennen die 14 Teilnehmerstaaten auch den neugebildeten Staat Kongo als persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. an.

Abb. 44 (x190/218): Karikatur über den belgischen König Leopold II. im Kongo: "Vom Kautschuk umschlungen".

Die "Kongo-Akte" enthält folgende Bestimmungen (x239/180): >>Art. 1: Der Handel aller Nationen soll vollständige Freiheit genießen. ...

Art. 6: Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zweck geschaffen und organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. ..

Art. 13: Die Schiffahrt auf dem Kongo ... soll für die Kauffahrteischiffe aller Nationen ... vollkommen frei sein. ...

Art. 35: Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handel- und Durchgangsfreiheit unter den Bedingungen, welche für letztere vereinbart wurden, zu schützen. ...<<

Bismarck beklagt sich während einer Reichstagsrede am 28. November 1885 über den mangelhaften Nationalstolz der deutschen Auswanderer (x025/204): >>... Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen

Überschuß: ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen sich von seiner Nationalität lossagt.<<

Bulgarien: Aufgrund der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien kommt es 1885/86 zum serbisch-bulgarischen Krieg, der mit einem Sieg Bulgariens endet.

Der Student Zvetan Zvetkov Radoslavov (1863-1931) verfaßt im Jahre 1885 den Text der späteren Nationalhymne Bulgariens (x230/30):

>>Stolzes Balkangebirge,
Neben dem die Donau blaut,
Die Sonne bescheint Thrakien,
Flammt über dem Pirin. Heimat!
Liebe Heimat,
Du bist ein Paradies auf Erden,
Deine Schönheit, dein Zauber,
Ach, sie sind ohne Ende!<<

Spanien: König Alfons XII. stirbt im Jahre 1885 völlig überraschend mit 27 Jahren.

Birma: Großbritannien führt im Jahre 1885 den dritten Krieg gegen Birma und erobert das Land. Der König von Birma wird anschließend nach Indien deportiert.

China: Der französisch-chinesische Krieg 1884/85 endet für China mit dem Verlust Annams (Kernland des heutigen Vietnam).

Afrika: Italienische Truppen besetzen im Jahre 1885 Massaua (im heutigen Eritrea) am Roten Meer.

Madagaskar: Französische Truppen besetzen im Jahre 1885 die Insel Madagaskar.

1886

Deutsches Reich: Der bayerische König Ludwig II. (1845-1886, seit 1864 König, läßt zahlreiche Schlösser errichten, 1886 für geisteskrank erklärt) ertrinkt im Juni 1886 im Starnberger See.

Von 1886-1913 erwirbt der preußische Staat zielstrebig polnischen Grundbesitz ("Preußisches Ansiedlungsgesetz zur Stärkung des Deutschtums von 1886") und siedelt östlich der Oder verstärkt Siedler an. Infolge der aggressiven Germanisierungspolitik müssen ab 1886 rd. 26.000 polnische "Unruhestifter" die Provinzen Posen und Westpreußen verlassen. In den deutschen Ostprovinzen arbeiten in jener Zeit ständig mehr als 800.000 osteuropäische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.

Während der deutschen Industrialisierung wandern über 300.000 polnische Arbeiter in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien, um sich dort niederzulassen.

Rußland: Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1886-1894 (x834/104-109): >>(Rußland) ... In der Note vom 23. März 1886 protestierte Rußland gegen den türkisch-bulgarischen Vertrag vom 2. Februar und setzte es in der Botschafterkonferenz zu Konstantinopel durch, daß das Generalgouvernement von Ostrumelien dem Fürsten von Bulgarien nur auf fünf Jahre übertragen wurde.

Nach der Abdankung desselben am 7. September 1886 sandte der russische Kaiser den General Kaulbars nach Bulgarien, welcher als diplomatischer Vertreter Rußlands in völkerrechtwidriger Weise gegen die neue von Rußland nicht anerkannte bulgarische Regierung agitierte. Er ließ in seinen drohenden Äußerungen wiederholt die Möglichkeit einer Besetzung Bulgariens durch russische Truppen durchblicken.

Durch die entschiedenen Erklärungen Österreich-Ungarns, Englands und Italiens von der Ausführung eines solchen Planes abgeschreckt, griff Rußland dort zwar nicht mehr direkt ein, suchte aber durch Begünstigung aller oppositionellen Bewegungen eine Befestigung der inneren Verhältnisse des Landes zu hindern.

Der Grund für diese mehr beobachtende Haltung Rußlands lag in der zu Ende 1886 entstandenen Spannung zwischen Frankreich und Deutschland, die durch Boulangers Treiben in einen Krieg auszubrechen drohte. Rußland wollte sich in der Erkenntnis, daß ein europäischer Krieg auch über die Balkanhalbinsel entscheiden müsse, für einen solchen Fall nicht durch eine heraufbeschworene orientalische Verwicklung an seinem freien Eingreifen in die allgemeinen europäischen Verhältnisse behindert sehen.
In den der Regierung nahe stehenden Blättern wurde diese "Politik der freien Hand", zugleich aber auch die Absicht Rußlands, eine völlige Besiegung Frankreichs durch Deutschland nicht zu dulden, verkündigt.
Daß die russische Regierung von dieser deutschfeindlichen Stimmung nicht frei war, zeigte der Ukas vom 24. Mai, der nicht nur allen Ausländern die Erwerbung und Benutzung unbeweglichen Eigentums in den westlichen Grenzgouvernements untersagte, sondern ihnen auch verbot, in Polen außerhalb der Städte als Verwalter von Gütern oder Fabriken zu fungieren, und ein weiterer Ukas, der die sofortige Entlassung der zahlreichen im staatlichen Forstwesen in Polen angestellten Ausländer verfügte. Durch beide Maßregeln wurden hauptsächlich deutsche und österreichische Staatsangehörige getroffen.
Gleichzeitig bewies Rußland durch seine Annäherung an Frankreich, sowie durch seine bedrohlichen Truppenanhäufungen an der deutschen und der österreichischen Grenze, daß es sich auf einen europäischen Krieg vorbereitete. Das zwang die Mächte des Dreibundes zu Gegenrüstungen.
Für kurze Zeit wurden die Blicke Rußlands vom Westen nach Bulgarien abgelenkt, als dort die Große Sobranje (bulgarische Volksvertretung) am 7. Juli 1887 den Prinzen Ferdinand von Coburg zum Fürsten wählte. Rußland beschränkte sich nach einem vergeblichen Versuch, die Pforte zum Einschreiten gegen diese Wahl zu bewegen, auf die unbedingte Verneinung des bestehenden Zustandes in Bulgarien.
Am 23. August 1887 fuhr Alexander III. mit seiner ganzen Familie nach Kopenhagen. Hier wurden dem Zaren Aktenstücke vorgelegt, die ihm beweisen sollten, daß Fürst Bismarck im Widerspruch zu seinen offiziellen Erklärungen insgeheim eine russenfeindliche Politik in Bulgarien treibe. Als jedoch Fürst Bismarck den Zaren, der sich am 18. November auf der Durchreise nach Petersburg einige Stunden in Berlin aufhielt, in einer Audienz nachgewiesen hatte, daß jene Aktenstücke gefälscht seien, war wenigstens ein erträgliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland wiederhergestellt.
Gleichwohl schob Alexander III. die Erwiderung des Besuches, den ihm Kaiser Wilhelm II. bald nach seinem Regierungsantritt in den Tagen des vom 19. bis 24. Juli 1888 in Petersburg gemacht hatte, bis zum Oktober 1889 hinaus. Der an diesem Tage erfolgte Gegenbesuch bewirkte jedoch keine Änderung in der politischen Stellung Rußlands.
Die glänzende Aufnahme des Kaisers Wilhelm durch den Sultan bei seinem Besuche in Konstantinopel (2. bis 6. November 1889), die hieraus erfolgte Stärkung des Selbstgefühls der Türkei auch Rußland gegenüber und das intimere Verhältnis, in das die Pforte, ohne daß politische Abmachungen getroffen wären, zu der Politik der Dreibundmächte trat, wurden von Rußland als eine Niederlage empfunden.
Da auch England, ohnehin Rußlands Rivale in Asien, sich immer entschiedener dem Dreibund annäherte, so blieb Rußland als einziger Verbündeter Frankreichs im Kriegsfalle übrig.
Rußland setzte daher die niemals unterbrochenen Rüstungen mit Eifer fort. Schon zu Anfang des Jahres 1888 hatte es an seiner Westgrenze 8 ½ Armeekorps aufgestellt, während Deutschland und Österreich zusammen nur 5 ½ Armeekorps an ihren Ostgrenzen stehen hatten. Diese starke russische Truppenmacht wurde im Laufe des Jahres 1888 noch um 2 Infanteriedivisionen und 1 Kavalleriedivision und 1889 wieder um je eine Division beider Waffengattungen verstärkt; im April 1890 wurde auch die Finanzgrenzwache militärisch organisiert und ver-

mehrt.
Zugleich mit dieser durch die Schwierigkeiten einer russischen Mobilmachung bedingten Truppenanhäufung an den Westgrenzen, der 1889 in Angriff genommenen Vermehrung der strategischen Bahnen im Westen sowie des Fuhrparks der Weichselbahn und der südöstlichen Bahnen, erfolgten Maßregeln zur Verstärkung der gesamten russischen Armee.
Im Juli 1888 wurde die Gesamtdienstzeit im Heer von 15 auf 18 Jahre erhöht, während gleichzeitig das jährliche Rekrutenkontingent eine Erhöhung um 15.000 Mann erfuhr. Ein Ukas vom 13. November vermehrte sodann die Zahl der 15 bestehenden Linienkorps um drei neue, die aus den überschüssigen Divisionen der alten Korps gebildet werden sollten. Dazu kam 1889 die Umwandlung der 20 Schützenbataillone im europäischen Rußland in ebenso viele Regimenter zu 2 Bataillonen, die Bildung einer zweiten kombinierten Kosakendivision und die Erhöhung der Feldartilleriebrigaden von 6 auf 8 Batterien mit je 8 Geschützen.
Zu einem wirklichen Krieg mit Deutschland kam es zwar nicht, wohl aber zu einem Zollkrieg. Nachdem 1890 die russischen Schutzzölle um 20 Prozent erhöht worden waren, begannen im Februar 1893 Verhandlungen mit Deutschland über einen Handelsvertrag. Als der Abschluß sich verzögerte, suchte Rußland am 20. Juli durch Zollzuschlag von 50 Prozent. auf deutsche Importartikel die deutsche Regierung zum rascheren Abschluß zu drängen.
Die ... (von deutscher Seite) am 25. Juli hiergegen ergriffenen Maßnahmen schienen jedoch bald eine besonnene Stimmung in Petersburg hervorzurufen, und bald darauf begannen wiederum Verhandlungen, die am 15. Januar 1894 zum Abschluß führten.
Der Reichstag genehmigte den Vertrag am 16. März; am 20. März wurde derselbe im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Den beiderseitigen Untertanen wurde im Handels- und Gewerbebetriebe das Vermögensrecht und gegenüber der Justiz und Verwaltung eine gleichmäßige Behandlung mit den eigenen Reichsangehörigen gewährleistet.
Der gegenseitige Verkehr sollte durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote gehemmt werden. Eine Ausnahme war nur für Gegenstände des Staatsmonopols zulässig. Russische und deutsche Boden- und Gewerbeerzeugnisse genossen bei Verbrauch, Lagerung, Wiederaus- und Durchfuhr die Meistbegünstigung. Der Vertrag hatte zunächst 10 Jahre Gültigkeit. Die Kündigungsfrist nach dieser Zeit war einjährig. In Rußland fand der Vertrag allgemeinen Beifall.
Trotz der ablehnenden Haltung Rußlands festigte sich die Regierung des Prinzen Ferdinand in Bulgarien unter der energischen Leitung Stambulows, und die wiederholten, von den russischen Panslawisten angezettelten Verschwörungen ließen die Sympathien für Rußland mehr und mehr schwinden, wenn es andererseits auch noch immer eine starke russenfreundliche Partei im Land gab. Diese erlangte sogar einen großen Erfolg, indem sie im Mai 1894 die Entlassung Stambulows durchsetzte, der hauptsächlich einer Annäherung mit Rußland ... (ablehnte). Seitdem wurde von bulgarischer Seite alles versucht, um eine Versöhnung mit Rußland herbeizuführen.
In Serbien gewann Rußland, als nach der Abdankung König Milans (6. März 1889) die russisch gesinnten Radikalen die herrschende Partei wurden, die Stellung, die es in Bulgarien vergebens erstrebte. Der Einfluß der geschiedenen Königin Natalie und die Proklamation der gegen Österreich und die Türkei gerichteten großserbischen Ideen durch den Metropoliten Michael bei der Gedenkfeier der Schlacht auf dem Amselfelde (27. Juni) vollendeten diese Schwenkung der serbischen Politik.
Die Krönungsfeier des jungen Königs Alexander, zu der kein diplomatischer Vertreter geladen war und nur der russische Gesandte Persiani auf Befehl des Zaren erschien, sowie der Toast des Königs auf den Zaren brachten das Vasallenverhältnis Serbiens zu Rußland zum Ausdruck. Im Juli 1891 besuchte Alexander den Zaren in Petersburg; doch lockerten sich später die Beziehungen.

Nikola von Montenegro, der "einzige aufrichtige Freund" Rußlands, fiel 1892 beim Zaren in Ungnade, weil er eine russische Anleihe in "ein Gnadengeschenk des Kaisers verwandeln" wollte.
Nun wurde der Versuch gemacht, Rumänien zu gewinnen; doch neigte der König Karl mehr zum Anschluß an den Dreibund.
In seiner asiatischen Politik machte Rußland, dem hier nur England gegenüberstand, langsam, aber beständig Fortschritte. Die Einverleibung des Gebietes der ... Turkmenen am 24. Mai 1881 bahnte Rußland den Weg nach Merw; am 11. Februar 1884 unterwarfen sich die Turkmenenstämme von Merw. Das unterworfene Gebiet umfaßte 40.000 Zelte und 280.000 Einwohner. Etwa 1.500 Familien verließen das Land und wandten sich nach Afghanistan. Dort arbeitete eine russisch-englische Grenzregulierungskommission, um eine feste Grenze zwischen Afghanistan und dem russischen Gebiet zu vereinbaren.
Inzwischen fand am 30. März 1885 ein Zusammenstoß der von dem General Komarow befehligten Russen mit den Afghanen statt, die in die Flucht geschlagen wurden. Daraus entwickelten sich lange Verhandlungen zwischen Rußland und England, und es wurden bereits Kriegsrüstungen gemacht. ... Zur Beilegung von russisch-afghanischen Grenzstreitigkeiten wurden am 12. April 1887 in Petersburg Unterhandlungen zwischen russischen und englischen Bevollmächtigten eröffnet, die am 20. Juli zu einem Vertrag führten ...
Im August 1891 erschien eine aus 600 Mann Militär bestehende russische "Erforschungsexpedition" auf dem Pamirplateau; 1892 rückte der russische Oberst Janow weiter vor und besiegte die Afghanen bei Somatasch am 12. Juli 1893. Die Engländer, die ihre Herrschaft in Indien bedroht glaubten, suchten Rußland durch Unterhandlungen fern zu halten. ...
... Im Herbst 1894 verbreiteten sich Nachrichten über Grausamkeiten der türkischen Behörden gegen die Christen in Armenien, die England und Rußland veranlaßten, an der Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse teilzunehmen.
... (In) Persien wurde 1892 das einer englischen Gesellschaft überlassene Tabakmonopol auf russische Einwirkung aufgehoben, dagegen erhielt der Russe Poljakow 1893 die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn vom Kaspischen Meer nach Teheran, und ein Landstrich in Chorasan wurde im Austausch mit Hissar und Abbasabad an Rußland abgetreten.
Auch in Korea hatte England nachgeben und das von ihm besetzte Port-Hamilton am 23. Januar 1887 räumen müssen, nachdem Rußland der chinesischen Regierung zugesichert hatte, daß es in diesem Falle Korea nicht angreifen werde. Doch die Bestrebungen Rußlands, Korea seinem Einflusse zu unterwerfen, hörten deshalb nicht auf. Im Herbst 1888 schloß Rußland einen Handelsvertrag mit Korea, der Rußland wesentliche Vergünstigungen zusicherte, und die russische Regierung drang auf vollständige Unabhängigkeit der Halbinsel von China.
Ein 1888 mit Japan abgeschlossener Handelsvertrag verlieh den russischen Untertanen das Recht, sich überall in Japan niederzulassen, wogegen die Konsulargerichte aufgehoben wurden und die russischen Staatsangehörigen künftig der Gerichtsbarkeit der in Japan zu errichtenden gemischten Gerichtshöfe unterworfen sein sollten.
Mit den Vereinigten Staaten schloß Rußland 1887 einen Auslieferungsvertrag ab, der politische Mörder auch zu den gemeinen Verbrechern rechnete, die als solche ausgeliefert werden sollten.
Am 23. Dezember 1882 hatte Rußland mit der Römischen Kurie eine Konvention abgeschlossen, worin die Wiederherstellung der russischen Botschaft im Vatikan und die Begnadigung der administrativ verschickten polnischen Bischöfe festgesetzt und dem Staat die Oberaufsicht über die römisch-katholischen Seminare, namentlich das Recht der Kontrolle des Unterrichts in der russischen Sprache und das Recht des Veto gegen die Anstellung mißliebiger Seminarlehrer seitens der Bischöfe zuerkannt wurde. ...
Die innere Politik Rußlands war vielfach von der Richtung der äußeren bedingt. So war die ...

Heeresverstärkung eine Folge sowohl der gespannten Beziehungen zu den mitteleuropäischen Mächten als auch der Absicht Rußlands, bei etwa eintretenden europäischen Verwicklungen die Gunst des Augenblickes für sich voll ausnutzen zu können.
Die russische Kriegsflotte im Schwarzen Meer, welche 120 Kriegsschiffe, darunter 7 Panzerschiffe und 16 Torpedos zählte, wurde im Mai 1886 um zwei weitere Kriegsdampfer vermehrt, deren Stapellauf der Kaiser beiwohnte.
Durch Ukas vom 23. Juni 1886 wurde die im Berliner Vertrag beschlossene Freihafenstellung Batums aufgehoben und die Stadt trotz des Einspruchs Englands in einen starken Kriegshafen umgewandelt. Zu einem zweiten Kriegshafen wurde Sewastopol ausersehen, während der Handelshafen 1893 von dort nach Feodosia verlegt wurde.
Die Erbauung der Transkaspibahn zunächst bis Merw und später bis Samarkand sollte in erster Linie der Verstärkung der russischen Machtstellung im inneren Asien dienen.
In den Kreisen der Bevölkerung, welche allmählich auf Alexander III. den größten Einfluß gewannen, zeigte man den Haß gegen Deutschland und die Sympathien für Frankreich immer ungescheuter. Im November 1890 kam eine Anleihe Rußlands von 400 Millionen bei der Pariser Bank zustande. 1891 scheiterte aber eine französische Ausstellung in Moskau wegen mangelhaften Besuches und im Oktober 1891 der Versuch einer neuen Anleihe in Paris von 500 Millionen Franc.
Das war um so auffallender, als im Juli die französische Flotte bei einem Besuch Kronstadts mit den größten Ehrenbezeigungen vom Zaren und von der Bevölkerung aufgenommen worden war. 1893 erwiderte die aus Amerika von der Ausstellung zurückkehrende russische Flotte den Kronstädter Besuch in Toulon, welches Ereignis die Zeichnung einer russischen Anleihe von 200 Millionen in Frankreich beschleunigte. Anfang 1894 kam es aber wieder zu gereizten Verhandlungen wegen der Erhöhung des Getreidezolles in Frankreich.
Der bei weitem wichtigste Zweig der wirtschaftlichen Tätigkeit in Rußland, der Ackerbau, hatte sich infolge des unvermittelten Überganges der Masse des Volkes aus der Leibeigenschaft zu ... Unabhängigkeit in der Privat- und Gemeindewirtschaft während der letzten Jahrzehnte nicht gehoben; es zeigte sich vielmehr trotz der unerschöpflichen natürlichen Hilfsquellen Rußlands ein Rückgang der Landwirtschaft, der sich besonders in den sich stetig mehrenden massenhaften Konkursen von Gütern und bäuerlichen Stellen offenbarte. Zu diesen Mißständen traten in den Jahren 1884 und 1885 noch mangelhafte Ernteerträge und ein Rückgang der Kornpreise sowie Kornausfuhr.
Infolgedessen hatte das russische Budget mit ständigen Defiziten zu kämpfen. Als im Januar 1887 Wyschnegradskij das Ressort des Finanzministers ... erhielt, richtete dieser sein Hauptstreben auf die Beseitigung des Defizits, die ihm vorübergehend gelang. Teils als Finanzquelle, teils als Mittel zur Hebung der inländischen Industrie wurden hohe Schutzzölle eingeführt, mit denen Wyschnegradskij Rußland gegen den Westen, vor allem gegen Deutschland abschloß.
Da sowohl hierin wie auch in dem bald darauf erlassenen Ukas gegen die Ausländer eine offenbare Feindseligkeit gegen Deutschland lag, so antwortete dieses durch Maßregeln, welche den Kurs des Papierrubels unter die Hälfte seines Nominalwertes herabdrückten.
Anfang 1891 entstand in vielen Teilen des Reiches eine furchtbare Hungersnot. Daher wurde am 28. Juli die Ausfuhr von Roggen verboten. Diese und andere Maßregeln konnten die weitere Verbreitung der Hungersnot nicht hindern, besonders da von den staatlichen und privaten Spenden für die notleidende Bevölkerung viel von den Beamten gestohlen wurde. Zur Verzweiflung getrieben, ergaben sich die Bauern dem Trunk oder bildeten Räuberbanden. Im Kiewschen entstanden jüdische Räuberbanden, worauf Tausende von Juden ausgewiesen wurden. Die Bevölkerung suchte die Behörden in grausamer Verfolgung zu überbieten.
Durch eine kaiserliche Verordnung vom 9. Januar 1882 wurde bestimmt, daß alle Pachtver-

hältnisse der Bauern gegenüber den früheren Grundbesitzern bis zum 1. Januar 1883 gelöst sein müßten. Ein Ukas vom Juni 1882 ordnete die allmähliche Aufhebung der Kopfsteuer an, wodurch die Steuerlast der Bauern bedeutend ermäßigt und zugleich eine gerechtere Steuerbelastung der ganzen Bevölkerung angebahnt werden sollte.
Da die bäuerliche Selbstverwaltung sehr im argen lag, wurde von dem Minister des Inneren, Graf Tolstoj, ein Entwurf zu ihrer Reform und zur Einsetzung von Aufsichtsbehörden über ihre Organe ausgearbeitet. Der 1889 fertig gestellte Entwurf hob eigentlich die Selbstverwaltung vollständig auf, indem er ihre Funktionen auf ... nur aus dem Adel entnommene "Bezirkshäupter" übertrug. ...
1890 wurde die Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich beschränkt ... Im August 1892 wurde die Tätigkeit der ... "Wucherer", die in Ausnutzung der Lage des Verkäufers Korn aufzukaufen pflegten, gesetzlich beschränkt.
Am 15. September 1892 wurde Wyschnegradskij entlassen und Witte wurde Finanzminister. Das Ergebnis von Wyschnegradskijs sechsjähriger Amtsführung war die Isolierung Rußlands von der europäischen Finanzwelt, die Steuerüberbürdung der verarmten Bevölkerung, die Hemmung des Handelsverkehrs durch den hohen Zoll und die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen. Unter Witte besserten sich die Finanzen, auch traten bessere Ernten ein.
... Um den Nihilismus zu bekämpfen, der sich zum großen Teil aus den Kreisen der Studenten rekrutierte, erließ der Minister der Volksaufklärung Deljanow am 10. Mai 1887 mehrere Verordnungen, die dem Zudrang zu den höheren Schulen wehren sollten. Das Schulgeld in den Gymnasien wurde um ein Drittel erhöht, die Schülerzahl beschränkt, Söhne von Angehörigen der niederen Volksklassen sollten nicht zugelassen werden.
Das neue Universitätsstatut entzog den Professoren wie den Studenten einen großen Teil der Freiheiten, die Alexander II. den Universitäten gewährt hatte. Besondere Inspektoren, denen niedere Polizeiorgane zur Verfügung gestellt wurden, erhielten die Aufgabe der Überwachung von Professoren und Studenten hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung und bildeten ein unmoralisches System ... unter den Studierenden aus.
Dagegen empörten sich die Studenten und verlangten Aufhebung des Statuts. Am 13. Dezember 1887 brachen zuerst an der Moskauer Universität, dann in Odessa, Charkow, Kasan, am 22. Dezember auch in Petersburg Unruhen aus. Die fünf Universitäten wurden für längere Zeit geschlossen, zahlreiche Studenten relegiert, viele verhaftet, mehrere von ihnen zur Deportation verurteilt.
Damit aber führte man dem Nihilismus neue Anhänger zu. Kurz vor diesem Erlaß (13. März) war ein Attentat auf den Kaiser ... von der Polizei vereitelt worden. Es folgten zahlreiche Hinrichtungen. Bald darauf gelegentlich der Reise des Kaisers (15. bis 22. Mai) ... bereitete ein Kosakenoffizier ein Bombenattentat vor, wurde aber verhaftet und mit sieben anderen Nihilisten hingerichtet.
... An Nihilistenprozessen fehlte es auch in den folgenden Jahren nicht; so wurden 1890 Sofie Günsberg und Olga Iwanowskij, die Tochter eines höheren Beamten, zum Tode verurteilt. Andere Prozesse wurden so geheim geführt, daß keine sicheren Nachrichten über sie in das Publikum drangen.
Neben der altmoskowitischen Richtung trat auch der mit der Entlassung des Grafen Ignatjew aus der Regierung verdrängte Panslawismus wieder hervor. Seinen Mittelpunkt hatte derselbe in der "Slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft", die an allen ... (Auseinandersetzungen) auf der Balkanhalbinsel und an allen Agitationen unter den österreichischen Slawen beteiligt war und 1888 den General Grafen Ignatjew zu ihrem Präsidenten wählte.
Eine Gelegenheit zu panslawistischen Demonstrationen bot die Jubiläumsfeier in Kiew zur Erinnerung an die vor 900 Jahren erfolgte Einführung des Christentums in Rußland (27. Juli

1888). Während die Regierung es mit Absicht vermied, der Feier eine politische Bedeutung zu geben, suchte Ignatjew dieselbe zu einem panslawistischen Verbrüderungsfest zu gestalten.
Was der inneren Politik Alexanders III. vor allem ihr Gepräge gab, war ihr Verhältnis zu der fremdsprachigen und andersgläubigen Bevölkerung im europäischen Rußland. Die Regierung erstrebte rücksichtslos die Unterdrückung und Assimilierung dieser Elemente und zeigte sich besonders feindselig gegenüber den Polen und den Deutschen, hauptsächlich in den Ostseeprovinzen.
Trotz aller gewaltsamen Maßregeln breitete sich das polnische Element stetig auch außerhalb des Königreiches Polen in den westlichen Provinzen weiter aus. Dem sollte durch einen im Januar 1885 veröffentlichten Erlaß Halt geboten werden, wonach kein Pole in den westlichen zehn Gouvernements Grund und Boden erwerben durfte. Durch solche Maßregeln wie auch durch die unausgesetzten Beeinträchtigungen der katholischen Kirche und die sich stets erneuernden Versuche, die Unierten zwangsweise zur griechischen Kirche überzuführen, machte die Regierung die andererseits von ihr ersehnte Annäherung der Polen an Rußland unmöglich.
In der Behandlung der Ostseeprovinzen trat der Wechsel in der Richtung der russischen Politik seit dem Tode Alexanders II. am deutlichsten zu Tage. Während diese Provinzen in dem Wohlwollen des verstorbenen Kaisers einen freilich immer schwächer werdenden Schutzwall gegen den Ansturm auf ihr deutsches und protestantisches Wesen besessen hatten, beschloß Alexander III. aus nationalem und religiösem Eifer die Beseitigung ihrer Eigenart.
Die Russifizierung der Provinzen wurde daher unausgesetzt und planmäßig unter Mißachtung der verbrieften Rechte und unter Beihilfe einer in ihren Mitteln wenig wählerischen griechisch-orthodoxen Propaganda betrieben. Sogar die historischen Namen Dorpat und Dünaburg mußten (1893) verschwinden und dem angeblich ursprünglich russischen Jurjew und Dwinsk Platz machen.
In letzter Zeit zeigte sich die Regierung entschlossen, auch die Selbständigkeit Finnlands zu vernichten. Die beabsichtigte Münz- und Zolleinigung, mit dem übrigen Reich, die Aufhebung der selbständigen finnischen Miliz u.a. hatten im Land eine hochgradige Erregung hervorgerufen und begegneten einem entschlossenen, einmütigen, wenn auch nur passiven Widerstand der Finnen.
Trotzdem wäre die Russifizierung Finnlands stetig, wenn auch langsam fortgeschritten, wenn nicht durch den Tod Alexanders III. eine Wendung eingetreten wäre. Er starb nach verhältnismäßig kurzer Krankheit am 1. November 1894 in Livadia, von seinen Russen aufrichtig betrauert.
Sein Nachfolger Nikolaus II. vermählte sich am 26. November mit der Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt, nachdem diese die griechisch-orthodoxe Konfession und den Namen Alexandra Feodorowna angenommen hatte.
Von dem neuen Zaren erwartete man in Rußland ein milderes Auftreten gegen die fremden Nationalitäten und Konfessionen. Die Polen begrüßten ihn durch eine besondere Deputation, und am 13. Dezember wurde der unbeliebte Generalgouverneur von Warschau ... ersetzt. Ebenso wurde der verhaßte Generalgouverneur von Wilna, ... verabschiedet. Den Finnen bestätigte der Zar die Privilegien; die freundschaftliche Verbindung mit Frankreich wird aufrecht erhalten. Im Inneren hoffte man auf größere Neigung zu liberalen Regierungsformen ...
Energische Maßregeln zur Einschränkung der Trunksucht durch Einführung staatlichen Branntweinverkaufs (zunächst in den östlichen Provinzen), zur Hebung der Getreidepreise durch staatliche Einkäufe zur Verpflegung bedürftiger Gebiete, endlich ein Gesetz über den allgemeinen Schulzwang stehen in Vorbereitung. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Nihilisten" (x812/176-177):
>>Nihilisten, Bezeichnung für die Anhänger einer unter der Jugend beider Geschlechter, auch

der höchsten Stände, in Rußland hervorgetretenen und weitverbreiteten Anschauungsweise (Nihilismus), welche nach der Zertrümmerung der geschichtlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates strebt und rein materialistische oder sozialdemokratische oder auch ganz utopistische Ziele verfolgt, teilweise aber durchaus pessimistisch an der Welt verzweifelt, nichts als gut oder verbesserungsfähig gelten läßt und daher das eigene sowie anderer Leben für wert- und zwecklos hält.
Der Name kommt zuerst in Turgenjews Roman "Väter und Söhne" (1861) vor.
Seinen Ursprung hat der Nihilismus in den zerrütteten Zuständen des despotisch regierten Rußland mit seinem brutalen, bestechlichen Beamtentum, der Willkür der Polizei und der Unterdrückung jeder offenen Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten.
Bei der politischen Unreife des russischen Volkes sind zum großen Teil Studenten und Mädchen Anhänger des Nihilismus, und sie erstreben nicht eine Reform, sondern zunächst die völlige Vertilgung des jetzigen Staates mit allen seinen Einrichtungen, so daß nichts übrigbleibt, den Wiederaufbau der Welt nach Grundsätzen der Vernunft und Gerechtigkeit künftigen Geschlechtern überlassend; zur Erreichung ihres Ziels gilt ihnen jedes Mittel, auch das verwerflichste, als erlaubt.
Herzen und besonders Bakunin waren eifrig bemüht, den Haß des Volkes und der Jugend gegen das herrschende System anzufachen, und das ... Attentat (1866) gegen Alexander II. war schon eine Wirkung der nihilistischen Aufreizung.
Doch beschränkte sich die Tätigkeit der Nihilisten lange auf die Verbreitung revolutionärer Ideen in der studentischen Jugend und dem Volk, über welche der große Prozeß von 1874 gegen 193 Angeklagte, von denen aber bloß 19 verurteilt wurden, Klarheit gab; selbst Lehrer, Beamte, Richter, Mitglieder des Adels begünstigten die auf den Umsturz des Staates gerichtete Bewegung.
Die eigentlichen Leiter derselben waren aber halbgebildete, arbeitsscheue junge Leute beiderlei Geschlechts, welche in verschiedenen Städten des Reiches "Kommunen" bildeten.
Nachdem verschiedene Verurteilungen und Verschickungen stattgefunden hatten, beschlossen die Nihilisten durch Mord und Brandstiftungen einen allgemeinen Schrecken in der Gesellschaft hervorzurufen und die Werkzeuge der Regierung einzuschüchtern. Der erste Schritt auf dieser Bahn war das Attentat der Vera Sassulitsch gegen den Petersburger Stadthauptmann Trepow (5. Februar 1878), und die unter dem Beifall des Publikums erfolgte Freisprechung der Verbrecherin durch das Geschworenengericht konnte die Nihilisten nur zu weiteren Taten und zu einer festen Organisation ermutigen.
Es wurde ein Kongreß in Zgierz abgehalten, ein Bund, die "Narodnaja Wolja" ("Partei des Volkswillens") gestiftet und ein Exekutivkomitee eingesetzt, welches seine Netze über ganz Rußland ausbreitete, Todesurteile gegen mißliebige Beamte fällte und deren Vollstreckung vorbereitete, jeden Verrat mit dem Tod bestrafte und in geheimen Druckereien Flugschriften drucken ließ, welche das Programm der Verschwörer verkündeten und Haß gegen die Regierung und den Kaiser predigten. ...
Am 16. August 1878 wurde der Chef der dritten Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, General Mesenzew, in Petersburg, am 21. Februar 1879 der Gouverneur Fürst Krapotkin in Charkow ermordet, am 25. April auf Mesenzews Nachfolger Drentelen und am 14. April 1879 von Solowjew auf den Kaiser selbst ein Attentat gemacht.
Nachdem am 1. Dezember 1879 versucht worden war, den kaiserlichen Zug bei Moskau durch Dynamit in die Luft zu sprengen, erfolgten am 17. Februar 1880 die Dynamitexplosion im Winterpalast und am 13. März 1881 die Ermordung Alexanders II.
Die Mörder wurden ergriffen und gehenkt und eine energische Verfolgung der Nihilisten ins Werk gesetzt. Dennoch wurde am 25. November 1882 in Odessa der Prokurator des Militärgerichte Strelnikow, und am 28. Dezember 1883 der Polizeioberst Sudeikin erschossen. Der

Täter war ein Mitglied des Ausschusses ...
Die Erkenntnis, daß noch andere Spione Mitglieder der Narodnaja Wolja seien, führte zur Auflösung derselben in mehrere Gruppen. Die Wühlerei hörte aber deshalb nicht auf und hatte besonders bei Offizieren, dann bei den Polen Erfolg.
Am 13. März 1887 wurde wieder ein Anschlag auf das Leben des Kaisers gemacht, nachdem längere Zeit die energische Tätigkeit der Polizei die Nihilisten teils zur Flucht ins Ausland genötigt, teils im Zaum gehalten hatte. Eine völlige Unterdrückung der Verschwörungen ist aber um so weniger wahrscheinlich, als die eigentlichen Ursachen derselben, die unerträglichen öffentlichen Zustände in Rußland, nicht wesentlich gebessert sind. ...<<
Spanien: Alfons XIII. erbt nach seiner Geburt im Jahre 1886 den Thron seines 1885 verstorbenen Vaters. Alfons Mutter, Maria Christina von Habsburg, regiert bis zu seiner Krönung im Jahre 1902 als Regentin.
Frankreich: Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagiert 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpft die parlamentarische Republik Frankreichs (x142/344).
Der französische Schriftsteller Edouard A. Drumont (1844-1917, Begründer des radikalkonservativen Antisemitismus in Frankreich) veröffentlicht im Jahre 1886 in Paris sein zweibändiges Buch "La France Juive" ("Das Jüdische Frankreich"), daß trotz radikaler Judenhetze ein Bestseller wird.
Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) schreibt im Jahre 1886 über den französischen Antisemitismus (x043/345): >>Der Antisemitismus in Frankreich hatte bis in die jüngste Zeit noch etwas Gutartiges. Daß äußerte sich unter anderem darin, daß er nicht ausschließlich gegen die Juden gerichtet war. Wo er direkt auf die Juden losging, bestritt er nicht, daß sie Menschen sind. Man ist davon anfangs ganz überrascht, wenn man aus anderen Ländern kommt.
In Frankreich wurde den Juden hauptsächlich vorgeworfen, daß sie aus Frankfurt stammen. Die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand, denn einige kommen aus Mainz, ja selbst aus Speyer. Das Geld nahm man ihnen nur dann übel, wenn sie welches hatten. ...
Besonders gut geht es ihnen hier beim Sterben. Wenn ihr prachtvolles Leben, um das sie so beneidet werden, glücklich vorüber ist, so begräbt man Judenmenschen mitten unter Christenmenschen. ...<<
USA: Geronimo (1829-1909, Häuptling der Chiricahua-Apachen, führt von 1882-86 in Südarizona die letzten erbitterten Kämpfe gegen die übermächtigen US-Truppen unter General George Crook) gerät 1886 in Gefangenschaft.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Apachen-Häuptling Geronimo (x068/69): >>Der letzte Indianerkrieg endet mit der Gefangennahme des Apachen-Häuptlings Geronimo im September 1886: er hatte vier Jahre die Amerikaner bekämpft, in Arizona, Neu-Mexiko und Mexiko. Im nächsten Monat weiht US-Präsident Cleveland in der Upper Bay, südwestlich vor der Spitze Manhattans, die "Freiheitsstatue" ein. Bernard Shaw höhnt, er sei für seine Ironie bekannt. Doch im Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu errichten, darauf wäre selbst er nicht gekommen. …<<

1887

Deutsches Reich: Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbaren das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wird.
Otto Fürst von Bismarck erklärt am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den

letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...
Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<
>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<
Friedrich Nietzsche schreibt im Jahre 1887 über den Antisemitismus und den Rassenwahn (x233/161): >>Ich habe an zuständiger Stelle den Vorschlag gemacht, ein sorgfältiges Verzeichnis der deutschen Gelehrten, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Virtuosen von ganz- oder halbjüdischer Abkunft herzustellen: Das gäbe einen guten Beitrag zur Geschichte der deutschen Kultur. ...<<
Der deutsche Journalist Ivo Frenzel (1924-2014) berichtet später über Friedrich Nietzsche (x051/418-419): >>Nietzsche, Friedrich, geboren in Röcken bei Lützen 15.10.1844, gestorben in Weimar 25.8.1900, deutscher Philosoph; Sohn eines protestantischen Pfarrers, Erziehung im Elite-Internat Schulpforta, Studium der Theologie und der Klassischen Philologie in Bonn und Leipzig, mit 24 Jahren Professor für Klassische Philologie in Basel; nach schwerer Erkrankung 1879 Aufgabe des Lehramts, zahlreiche Aufenthalte im Engadin und in Oberitalien. 1889 Ausbruch des Wahnsinns wahrscheinlich als Spätfolge einer luetischen Infektion (Syphilis), daraufhin in Weimar bis zum Tod geistig umnachtet.
Der junge Nietzsche war philosophisch vom Pessimismus Schopenhauers und von der Kunsttheorie R. Wagners beeinflußt. Als Altphilologe wegen seiner Schrift über den Ursprung der griechischen Tragödie von seinen Kollegen stark kritisiert und zunehmend erfolglos, wuchs er in die Rolle eines zeitkritischen Philosophen und Psychologen hinein, der mit prophetischer Schärfe Entwicklungen des kommenden Jahrhunderts voraussah.
Nietzsche kritisierte das Christentum und dessen Moralvorstellungen, er sah in der europäischen Dekadenz den Zerfall der abendländischen Tradition und damit die ... (Entstehung) des Nihilismus im 20. Jahrhundert. Sein Spätwerk ist vom Gedanken des "Willens zur Macht" als Triebfeder allen Lebens beherrscht.
Nietzsches Denken hatte ungeheuren Einfluß auf mehrere Generationen deutscher Denker, Dichter und Künstler. Spenglers Buch "Der Untergang des Abendlandes" ist ohne Nietzsche so wenig denkbar wie die Philosophie von Jaspers und Heidegger. Thomas Manns Romane "Der Zauberberg" und "Doktor Faustus" sind dem Geist und Leben von Nietzsche genauso verpflichtet wie die Werke von Ernst Jünger und Benn.
Nietzsche war ein scharfer Kritiker der Deutschen. Er griff die Überheblichkeit der Bismarckanhänger an und tadelte das Spießbürgertum der Wilhelminischen Epoche. Sein Haß galt allen kommunistischen und sozialistischen Ideen. Demokratie und Parlamente verachtete er. Nietzsche sah eine Möglichkeit zur Überwindung der europäischen Krise seit seinem poetischen Werk "Also sprach Zarathustra" (1883-85) im Werden eines neuen Menschen, den er auch als Übermenschen, Herrenmenschen, als Angehörigen einer "Eroberer- und Herren-Rasse, die der Arier" sah.
Doch war er kein Antisemit im rassistischen Sinn des Nationalsozialismus. Neben seiner Kritik an der jüdisch-christlichen Religion und ihrer "Sklavenmoral" finden sich in seinem Werk viele anerkennende Stellen über das Judentum.
Mussolini bekannte sich unter Berufung auf Nietzsche dazu, daß der "Wille zur Macht" das

bestimmende Moment in der Geschichte sei. Da Nietzsche kein System geschaffen hat, war es für die italienischen Faschisten wie für die Nationalsozialisten leicht, aus seinen vielen fragmentarischen und oft einander widersprechenden Äußerungen Leitmotive ihrer Ideologie herauszulesen. Was bei Nietzsche nicht in dieses Konzept paßte, wurde unterschlagen.
Der unmittelbare Einfluß von Nietzsche auf Hitler, der mit Sicherheit einige seiner Werke kannte, ist jedoch oft überschätzt worden (zuletzt in der Arbeit von E. Sandvoss "Hitler und Nietzsche", 1969).
Insgesamt hat Nietzsches Denken im Guten wie im Bösen Spuren in der Geistesgeschichte hinterlassen. Der marxistische Literaturwissenschaftler Lukács kritisierte Nietzsche wegen seines Irrationalismus als Wegbereiter des Nationalsozialismus: "Es gibt keine unschuldige Weltanschauung."<<
Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet damals über die Merkmale der Deutschen (x825/96-98): >>(Deutsches Volk) ... Merkmale des deutschen Volkes und der deutschen Stämme.
Durchgehende körperliche Merkmale des deutschen Volkes gibt es nicht, sondern nur solche der Germanen überhaupt.
Der Norddeutsche ist im allgemeinen größer und kräftiger gebaut als der Mittel- und Süddeutsche. Der blonde Typus überwiegt in Norddeutschland, der Kurzschädel in Süddeutschland. Diese und andere Unterschiede beruhen in erster Reihe auf der Mischung der eingewanderten Deutschen mit der eingesessenen vordeutschen Bevölkerung. ...
Das Deutsche Reich ist ein Nationalstaat, wenn auch unter seinen Staatsangehörigen über 7 Prozent Nichtdeutsche sind, nämlich Polen, Sorben (Wenden), Tschechen, Litauer, Franzosen, Dänen. Auch Friesen und Nordfriesen sprechen nicht die deutsche Sprache als Muttersprache. Die Friesen und Nordfriesen, die Sorben und die Litauer sind meist zweisprachig und fühlen sich bereits oder sind im Begriff sich als Deutsche zu fühlen.
Auch unter den Polen und Tschechen ist ein großer Teil der deutschen Sprache mächtig. Im Deutschtum ist bereits ein großer Teil der über 600.000 Juden aufgegangen. Die Juden sind am stärksten in Posen, in Hessen, Baden und im Elsaß verbreitet. Die Nordfriesen bewohnen das Marschland der schleswigschen Westküste, die Halligen und die Inseln Sylt, Föhr, Amrum und Helgoland.
Die Nordfriesen von Eiderstedt, Nordstrand und Pellworm haben seit dem 17. Jahrhundert die deutsche Sprache angenommen. Das gleiche gilt ... (für die) Ostfriesen; nur noch 2.500 Saterländer bewahren ihre alte Sprache; auf Wangerooge ist dieselbe im Aussterben begriffen. Erst im 19. Jahrhundert lernten die Friesen sich als Deutsche zu fühlen. Noch 1828 konnte ein Emdener Dichter in plattdeutscher Sprache singen: "De dütsche Taal is wall wat finer, Dach Düütschers sünd wi naet".
Das dänische Sprachgebiet reichte früher südwärts bis Schleswig. Im 19. Jahrhundert ist die Landschaft Angeln (zwischen Schleswig und Flensburg) deutsch geworden und die Sprachgrenze beginnt jetzt westlich und nördlich von Flensburg. Das Deutschtum macht in Nordschleswig neuerdings rasche Fortschritte.
Französisch wird in 265 Gemeinden an der Südwestgrenze Deutsch-Lothringens gesprochen, nordwestlich von Metz bis gegen Saarburg hin, desgleichen in über 150 Gemeinden in den Vogesen nördlich und südlich von Markirch. Wallonische Mundart sprechen an der Westgrenze der Rheinprovinz Einwohner von Malmedy und Umgegend.
Von den Sorben der Lausitz, deren Sprachgebiet im 16. Jahrhundert noch westlich bis Ortrand, Luckau und Buchholz, nördlich bis Storkow, Beeskow und Fürstenberg, östlich bis Guben, Triebel und Priebus reichte, ist ein großer Teil deutsch geworben.
Gute Preußen sind auch die wenigen Litauer an der Memel, die wie ihre südlichen Stammesgenossen (in den Kreisen Stallupönen, Goldap, Gumbinnen, Darkehmen und Insterburg) es

getan haben, die deutsche Sprache immer mehr anzunehmen.
Dagegen beherbergt das Deutsche Reich in den Polen noch immer ein Element, das sich seines Volkstums kräftig bewußt ist. Das polnische Nationalbewußtsein ist eher in der Zunahme als in der Abnahme begriffen. Zwar sind die protestantischen Masuren am Südrand Ostpreußens im Begriff Deutsche zu werden, und auch die katholischen Kaschuben Westpreußens können sich diesem Prozeß schließlich nicht entziehen.
Aber in der Provinz Posen ist das Polentum noch sehr kräftig. Seine Kraft wird verstärkt durch den religiösen Gegensatz: die Polen sind katholisch und in Posen und Westpreußen deckt sich nahezu katholisch mit polnischer, protestantisch mit deutscher Sprache und Gesinnung. Hier die Polen zu germanisieren ist zur Zeit keine Aussicht vorhanden.
Seit der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts beginnenden deutschen Kolonisation östlich der Elbe und Saale haben die dort einheimischen Slawen (Wenden) allmählich die deutsche Kultur und Sprache, Sitte und Anschauung, Denkweise und Empfindung angenommen, das dortige Deutschtum ist also nicht frei von slawischer Beimischung.
Weniger bekannt aber dürfte es sein, daß auch die Deutschen der Stammlande keine reine germanische Rasse sind; verhältnismäßig am unvermischtesten sind die Deutschen in der Provinz Hannover. Ganz Süd- und Westdeutschland bewohnten in vorchristlicher Zeit keltische Stämme und ihre romanisierten Reste lassen sich noch das ganze erste Jahrtausend n. Chr. in den Rheinlanden und nördlich der Alpen verfolgen.
Diese Kelten und Keltoromanen sind zwar den Deutschen gegenüber in der Minderzahl gewesen (sonst wären sie nicht germanisiert worden), haben aber doch den deutschen Typus stärker beeinflußt als im Osten die den Deutschen anthropologisch näher stehenden Slawen.
Die alemannischen und fränkischen Gräber aus der Zeit der Völkerwanderung zeigen alle den langköpfigen Schädel der germanischen Rasse. Später aber hat die Mischung mit den kurzschädeligen Kelten bewirkt, daß in Süddeutschland, zumal im südlichen Bayern und Tirol, die Bevölkerung zum weitaus größten Teile kurzköpfig ist.
Die Kurzköpfe überwiegen jetzt in ganz Deutschland. Selbst in Norddeutschland ist ein mittelköpfiger, freilich zur Langköpfigkeit neigender Typus der vorherrschende. In Tirol kommen auf 90 Kurzköpfe 10 Mittelköpfe und kein Langkopf, in Mitteldeutschland auf 66 Kurzköpfe und 22 Mittelköpfe nur 12 Langköpfe. Vergleicht man die anthropologisch reineren Dänen, so weisen diese neben 57 Langköpfen und 37 Mittelköpfen nur 6 Kurzköpfe unter 100 Schädeln auf.
Nicht ganz in demselben Maße zeigt sich der anthropologische Schlag der germanisierten südländischen Rasse bei der Haarfarbe. Der Urgermane war blond. Heute zählt man in Norddeutschland 33-43 Prozent Blonde und 7-12 Prozent Brünette, in Mitteldeutschland 25-32 Prozent Blonde und 13-18 Prozent Brünette, in Süddeutschland 18 ½-24 ½ Prozent Blonde und 19-25 Prozent Brünette, in der Schweiz gar nur 11 Prozent Blonde und 25 ¾ Prozent Brünette. Zu blondem Haar gehören blaue Augen, zu braunem Haar dunkle Augen.
Ob alle diese Veränderungen auf Mischung zweier Rassen zurückzuführen sind, ist fraglich, um so mehr, als die Urgermanen selbst aller Wahrscheinlichkeit nach keine völlig reine Rasse gewesen sind. Aber unter Umständen vermag der Ethnologe neben den Mischtypen noch jetzt den keltischen Typus herauszuerkennen.
Es ist schwerlich ein Zufall, daß gerade in den Gegenden, in denen man eine stärkere keltische Urbevölkerung nachweisen kann, der dunkle und kurzköpfige Typus entschieden vorherrscht. Wie man in Mecklenburg noch den blonden Deutschen von dem dunkeln, deutsch gewordenen Slawen scheiden kann, so findet man auch z.B. in Hessen oder in Schwaben strichweise in ganzen Dörfern fast nur dunkle Haare und dicht daneben wieder Gegenden mit lauter Flachsköpfen.
Es ist keine Frage, daß die Kelten und Keltoromanen im Westen und Süden, die Slawen im

Osten nicht nur äußerlich den deutschen Typus, sondern auch die Individualität der einzelnen deutschen Stämme beeinflußt haben. Die Mischung der Deutschen mit anderen Völkern hat außerhalb des jetzigen deutschen Sprachgebietes größtenteils eine Entdeutschung auch der Sprache, des Geisteslebens, der Kultur zur Folge gehabt.
Schon im 1. Jahrhundert n. Chr. sind zahlreiche germanische Stämme am Rhein romanisiert worden. Als die Germanen die Erben der römischen Weltherrschaft wurden, beugten sie sich vor der weit überlegenen Macht der Bildung der Alten Welt und wurden, wo sie nicht in geschlossener Masse beisammen saßen, romanisiert. So sind die im nördlichen Frankreich sporadisch angesiedelten Franken Franzosen geworden, die Langobarden Italiener.
Kleinere Verluste haben in neuester Zeit die deutschen Sprachinseln östlich vom geschlossenen Sprachgebiete zu verzeichnen. Die größte, nach vielen Millionen zählende Einbuße hat das Deutschtum in Amerika erlitten. Schon die Kinder der meisten deutschen Einwanderer haben die englische Sprache angenommen. ...<<
Österreich-Ungarn: Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski fordert im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. ...
Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngebilden auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzeit.<<
Großbritannien: Ab 1887 zwingt Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.
Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht kann die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsauflagen fördern sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").
Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836-1914) erklärt 1887 im Parlament (x233/117): >>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...
Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...
Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<
USA: Im Jahre 1887 werden die letzten "dauernden Wohnsitze" der nordamerikanischen Ureinwohner (in den heutigen Staaten Oklahoma, Kansas, Nebraska und Dakota) durch ein neues Gesetz ("Dawn- oder Allotment-Act") aufgelöst und der Landeshoheit der einzelnen US-Bundesstaaten unterstellt.
Afrika: Der britische Afrikareisende Henry Morton Stanley berichtet über seine Expedition in den südlichen Sudan im Jahre 1887 (x239/178): >>Am 12. Dezember verließen wir bei Morgengrauen unser Lager, unbehindert und ohne eine menschliche Stimme zu hören.
Bis 9 Uhr schien niemand im ganzen Tal alarmiert zu sein. Unser Weg führte durch Schluchten und enge Täler. ... Inmitten einer üppigen Vegetation erblickten wir Dörfer. Wir ließen sie unbehelligt in der Hoffnung, die wilde Bevölkerung möge dies als Zeichen verstehen, daß wir eine friedliche Gruppe von Männern waren.

Aber kurz nach 9 Uhr ... hörten wir die ersten Kriegsschreie. ... Gegen 11 Uhr verfolgten uns hartnäckig zwei getrennte Gruppen von Eingeborenen. Gegen Mittag war aus diesen beiden Gruppen eine große erregte Menge geworden.
Wir hörten Zurufe: "Wir werden Euch noch vor Anbruch der Nacht beweisen, daß wir Männer sind. Ihr werdet alle heute sterben".
Die Menge folgte uns, machte immer wieder Scheinangriffe und belästigte uns mit Geschrei und Drohungen. ...
Schließlich, gegen 15.30 Uhr, erblickten wir die Dörfer des Bavira-Stammes, auf einer offenen Ebene gelegen und zu beiden Seiten eines tiefen und steilen Flußbettes. ...
Wir legten unsere Lasten ab ... und starteten dann einen entschlossenen Scheinabgriff. Dieser schlug die Eingeborenen in die Flucht. Um sie dafür zu bestrafen, daß sie uns über 4 Stunden verfolgt hatten, setzten wir alle Hütten ... in Brand. ...
Wir machten dabei die Beobachtung, daß sich die Erregung der Eingeborenen immer mehr zu steigern schien bis zu dem Augenblick, an dem wir ihre Dörfer anzündeten. Doch als das Feuer ihre Heime vernichtete, legte sich die Erregung. Wir zogen daraus den Schluß, daß Feuer einen bemerkenswert beruhigenden Einfluß auf die Nerven der Eingeborenen hat. ...<<

1888

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.
Bismarck berichtet später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449): >>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<
Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. heißt es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.
Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<
Friedrich III. (1831-1888, nimmt an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitet sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wird Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.
Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) stirbt, übernimmt Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.
Danach sind die Tage des "eisernen Reichskanzlers" gezählt, denn Kaiser Wilhelm II. ist zwar ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser ist damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.
Kaiser Wilhelm II. eröffnet am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/…): >>Geehrte Herren!
Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.
Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.
Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein

Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.
Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. …
Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über den deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x816/636): >>Wilhelm II. Friedrich Viktor Albert, deutscher Kaiser und König von Preußen, geboren am 27. Januar 1859 zu Berlin, ältester Sohn des damaligen Prinzen Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Viktoria von Großbritannien, erhielt im Hause seiner Eltern eine sorgfältige Erziehung, wurde am 27. Januar 1869 Leutnant im 1. Garderegiment und besuchte nach seiner Konfirmation (1. September 1874) das Gymnasium in Kassel, wo er am 20. Januar 1877 das Abiturientenexamen machte.
Hierauf lernte er den praktischen Militärdienst beim 1. Garderegiment in Potsdam, studierte 1877-79 in Bonn Staats- und Rechtswissenschaften und übernahm dann als Hauptmann die Führung einer Kompanie des 1. Garderegiments. 1882 wurde er als Major zum Gardehusarenregiment versetzt und wurde bald Oberst und Kommandeur desselben. Gleichzeitig lernte er unter der Leitung des Oberpräsidenten Achenbach den Verwaltungsdienst bei der Potsdamer Regierung kennen.
Der Prinz zeigte für alles großen Eifer und lebhaften Anteil und war trotz einer Schwäche im linken Arm, die durch eine Verletzung des Nervs bei seiner Geburt verursacht wurde, ein trefflicher Reiter und Jäger. 1888 zum Generalmajor und Kommandeur der 1. Gardeinfanteriebrigade befördert, wurde er durch den Tod seines Großvaters Wilhelm I., der ihm besonderes Vertrauen schenkte, und den er als sein Vorbild verehrte, am 9. März 1888 Kronprinz und nach dem frühen Hinscheiden seines Vaters am 15. Juni 1888 deutscher Kaiser und König von Preußen.
Er ergriff das Zepter mit kräftiger Hand, eröffnete den deutschen Reichstag am 25. Juni inmitten aller deutschen Fürsten mit einer schwungvollen Ansprache, in der er seine Friedensliebe betonte, und versprach bei der Eidesleistung im preußischen Landtag am 27. Juni, gleich Friedrich II. der erste Diener des Staates zu sein.
Indem er die von Bismarck bisher angeratene Politik zu der seinigen machte und durch Pflege des Bündnisses mit Österreich und Italien den Frieden zu sichern bemüht war, suchte er das Vertrauen der Mächte zu seiner Politik durch Besuche bei den bedeutendsten Höfen Europas zu befestigen. Zuerst besuchte er 1888 mit einer Kriegsflotte die Höfe von Petersburg, Stockholm und Kopenhagen, dann die süddeutschen Höfe, den Kaiser Franz Joseph und den König von Italien, wo er mit Enthusiasmus in Rom und Neapel aufgenommen wurde, 1889 nach einer Nordlandsreise England, Griechenland, dessen Kronprinz sich im Oktober 1889 mit seiner Schwester Sophie vermählte, und Konstantinopel.
Seinen festen Entschluß, das Gebiet des Deutschen Reiches unvermindert zu behaupten, sprach er mit Nachdruck aus und war eifrig bestrebt, Heer und Flotte in bestem Stand zu erhalten.

Wilhelm II. ist seit 27. Februar 1881 vermählt mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein (geboren am 22. Oktober 1858), Tochter des Herzogs Friedrich von Augustenburg; fünf Söhne sind bereits dieser Ehe entsprossen ...<<

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über Kaiser Wilhelm II. (x1.035/…):

>>**Vita Kaiser Wilhelms II. und Abriß der wilhelminischen Epoche**

Kurzbiographie

Kindheit und Jugend

1859 Geburt

Wilhelm wird am 27. Januar 1859 im Kronprinzenpalais Unter den Linden in Berlin geboren. Er ist das erste Kind des damaligen preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (später Kaiser Friedrich III.) und seiner Gattin Victoria ("Vicky"), der ältesten Tochter der englischen Queen Victoria.

Bei der komplizierten Geburt wird der linke Arm schwer verletzt und wird zeitlebens verkürzt und gelähmt bleiben. Die ehrgeizige Mutter verwindet diesen Makel nicht, wodurch die Beziehung zum Sohn schon früh gestört wird.

1859 - 1874 Freudlose Kindheit und strenge Erziehung

Unzählige Versuche werden unternommen, um den verkrüppelten linken Arm Wilhelms zu korrigieren. Unter größten Anstrengungen lernt Wilhelm das Reiten. 1866 übernimmt der strenge Calvinist Dr. Georg Hinzpeter die Erziehung des Prinzen.

Wilhelm II. selbst wird die Zeit später als "recht unglückliche Kindheit" beschreiben: "Ich hatte keine ausgleichende Mutterliebe. Ich gehöre zu den Naturen, die Lob brauchen, um angefeuert zu werden und Gutes zu leisten. Tadel lähmt mich. Niemals habe ich aus Hinzpeters Mund ein Wort der Anerkennung erfahren." (1897)

1874 - 1877 Besuch des Gymnasiums in Kassel

Auf Wunsch der liberalen Eltern besucht der Prinz ein bürgerliches Gymnasium. Georg Hinzpeter begleitet ihn nach Kassel. 1877 legt er dort das Abitur ab.

Der junge Prinz

1877 Beginn des aktiven Militärdienstes

Am 9. Februar 1877 tritt Wilhelm seinen aktiven Militärdienst in Potsdam an. 1880 wird er zum Hauptmann befördert. Bis 1888 ist er Kommandeur in wechselnden Regimentern. Die Dienstzeit wird immer wieder für zivile und außenpolitische Studien und Weiterbildungen unterbrochen.

1877 - 1879 Studium in Bonn

Parallel zum Militärdienst nimmt der Prinz ein viersemestriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn auf. Außerdem hört er Vorlesungen über Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Naturwissenschaften.

1881 Heirat

Wilhelm heiratet die fast gleichaltrige Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Er wird mit ihr eine glückliche Ehe bis zu ihrem Tod 1921 führen. Sechs Jungen und ein Mädchen werden geboren, als erster Thronfolger Wilhelm ("Der Kronprinz").

Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen

1888 Übernahme der Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen

Nachdem sein Vater, Kaiser Friedrich III., nach nur 99 Tagen an Kehlkopfkrebs stirbt, übernimmt am 15. Juni der 29jährige Wilhelm II. die Krone.

1888 - 1890 Soziales Volkskaisertum und Konflikt mit Reichskanzler Bismarck

Der junge Wilhelm II. will ein Kaiser "aller Deutschen" sein und Industrielle wie Arbeiter, Protestanten wie Katholiken unter seiner Krone einen. Im Bergarbeiterstreik von 1889 unterstützt Wilhelm II. die Forderungen der Arbeiter und erzwingt Lohnerhöhungen. Seine sozialen Bestrebungen führen zu zunehmenden Konflikten mit Reichskanzler Otto von Bismarck, der

die Politik des Kaisers für zu sentimental hält.
Im März 1890 muß Bismarck zurücktreten.

1890 - 1914 Wirtschaftliche und wissenschaftliche Blüte, zunehmende innere Kritik am Kaiser und außenpolitische Spannungen

Deutschland entwickelt sich im Laufe der Regentschaft Wilhelms II. zur wirtschaftlichen Supermacht. Das industrielle Wachstum ist enorm, der gesamte Wirtschaftsaufschwung stabil und von Dauer. Breiteste Bevölkerungskreise profitieren vom Aufstieg. "Made in Germany" wird zum Gütesiegel.
Deutsche Wissenschaft ist weltweit führend. In der Physik und Chemie erzielen deutsche Forscher bahnbrechende Erfolge (z.B. Albert Einstein und Max Planck). Unzählige Entdeckungen und Erfindungen (z.B. die des weltweit ersten selbsttätigen Waschmittels, "Persil") gehen auf das Konto (der Deutschen). Innerhalb von 17 Jahren erhalten deutsche Preisträger nicht weniger als 21 Nobelpreise.
Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser, der die Bedeutung des technischen Fortschritts von Anfang an voll erkannt hat, fördert diesen nachhaltig.
Deutschland muß ein gewaltiges Bevölkerungswachstum verkraften. Durch Massenzuzug in die Städte und den Wandel vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt sich ein Industrieproletariat. Obwohl sich dessen Lage bis 1914 stetig verbessert, gelingt es nicht wirklich, die Arbeiterschaft zufriedenstellend in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.
1898: Deutschland beginnt mit dem Ausbau seiner Flotte, die in erster Linie dem Schutz des deutschen Welthandels dienen soll.
Der marinebegeisterte Kaiser greift die alte liberale Forderung nach einer Flotte (sie war schon 1848 ein Kernziel als Symbol der nationalen Einheit) bereitwillig auf. Im Volk ist die Euphorie für die Flotte grenzenlos. Die angestammte Seegroßmacht Großbritannien fühlt sich durch die deutschen Flottenpläne provoziert.
Wilhelm II. betrachtet sich zunächst als Regent von Gottes Gnaden (von Gott berufen und ihm streng verantwortlich), was zu zunehmendem Konflikt vor allem mit den Liberalen im Volk führt. Viele werfen ihm ein damit verbundenes "persönliches Regiment" vor, bei dem der Kaiser zu eigenmächtig regiere. Jedoch überschreitet der Kaiser seine Rechte, die ihm die Reichsverfassung gewähren, nicht.
Wilhelm II. gerät zunehmend in innenpolitischen Konflikt mit den vielen verschiedenen Richtungen im Reich: Liberalen ist er zu konservativ und zu reaktionär, dem aufstrebenden Bürgertum und Industriellen oft zu gemäßigt und vorsichtig, darunter auch Intellektuellen wie z.B. dem Soziologen Max Weber. Gleichwohl ist Wilhelm II. im größten Teil der deutschen Bevölkerung - auch unter der Arbeiterschaft - als Landesvater anerkannt und bei vielen beliebt (davon zeugen z.B. die vielen Kaiserportraits in Arbeiterwohnungen).
Die Zeit selbst ist voller Widersprüche und Umwälzungen: Pferdefuhrwerke werden durch Automobile verdrängt, der Reichstag wünscht mehr Mitspracherecht. Das Land ist in nervöser, fin de ciècle-Stimmung. Pessimistische, erstmals postmodern gefärbte Denkweisen der Bohème prallen auf Optimismus versprühende und verbindlich formulierte Losungen des Kaisers ("Mein Kurs ist der richtige"), die historisch orientierte wilhelminische Architektur (z.B. Neobarock) auf den neuen Expressionismus.
Die nicht in allen Bereichen glückliche Verfassung des Reiches tut ein Übriges, um innere Konflikte zu begünstigen.
Den Höhepunkt erreicht die innere Spannung 1908 durch das Daily-Telegraph-Interview des Kaisers: Wilhelm II. ist danach nachhaltig beschädigt und muß geloben, sich in Zukunft öffentlich zurückzuhalten.
Zahlreiche außenpolitische Krisen isolieren Deutschland zusehends (z.B. 1896: Krüger-Depesche; 1905: Erste Marokkokrise; 1911: Panthersprung nach Agadir).

Das wirtschaftlich enorm erfolgreiche und ständig wachsende Deutsche Reich, das einen ruhelosen Eindruck hinterläßt, wird besonders von England als unberechenbar und bedrohlich empfunden.
Obwohl der Kaiser immer wieder seinen guten, friedliebenden Willen bekundet und in bester Absicht handelt, zerschlägt er durch undiplomatische Aussagen, Überschwang und wechselhaftes Vorgehen viel Porzellan. Zudem überschätzt er seinen dynastischen Einfluß (z.B. beim verwandten russischen Zaren), während oft intrigante Berufspolitiker (z.B. Friedrich von Holstein) die Fäden ziehen und falsche Berater (z.B. Generalfeldmarschall von Waldersee) den Kaiser unglücklich beeinflussen.
Das deutsche Gebaren liefert den Ententemächten, die sich durch das aufstrebende Deutschland in erster Linie wirtschaftlich bedroht sehen, den willkommenen Anlaß, sich zu wappnen (z.B. durch Bündnisse und Aufrüstung). Die gute, friedliebende Intention des Deutschen Kaisers, der einen Krieg nicht will und dies immer wieder ehrlich betont, findet dabei kein Gehör. Deutschland fühlt sich eingekreist, und es bleibt nur noch Österreich als letzter großer Verbündeter.

1913 25jähriges Thronjubiläum

Wilhelm II. feiert sein 25jähriges Thronjubiläum. Er regiert nun 25 Jahre in Frieden und wird in In- und Ausland glanzvoll gefeiert. Im Jahr zuvor hatte ihn Emanuel Nobel (Neffe des Stifters Alfred Nobel) sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.
Die Hochzeit seiner einzigen Tochter Viktoria Luise vereint noch einmal alle gekrönten Häupter Europas in Berlin. Ein Krieg scheint alles andere als naheliegend.

1914 - 1918 Julikrise und Erster Weltkrieg

Am 28. Juni 1914 werden in Sarajevo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Ehefrau erschossen. Erst fast einen Monat später, am 24. Juli, spitzt sich die Situation durch ein österreichisches Ultimatum an Serbien zu. Die deutsche Führung hatte zuvor den Ernst der Lage verkannt und im Glauben, die Auseinandersetzung werde sich auf den Balkan begrenzen, am 6. Juli Österreich eine defensive Blankovollmacht erteilt (nur in dem unvermuteten Fall, daß Rußland Österreich attackiere, werde Deutschland eingreifen und Österreich zur Seite stehen).
Das österreichische Ultimatum löst jedoch genau diese Mobilmachung des mit Serbien verbündeten Rußland aus, worauf Deutschland die deutsche Beistandspflicht gegenüber Österreich gefordert sieht und Wilhelm II. am Tag darauf (1. August) mit Tränen in den Augen die deutsche Mobilmachung anordnet. Zuvor hatte er noch durch Telegramme an den russischen Zaren versucht, die Mobilmachungen zu stoppen und Friedensverhandlungen zu vermitteln.
Im Krieg selbst tritt der Kaiser zunehmend in den Hintergrund. Im Bewußtsein, daß er zum militärischen Führer nicht geeignet ist, überläßt er den Generälen Hindenburg und Ludendorff faktisch die Leitung.
Der jahrelange Krieg verschlechtert zusehends die Versorgungslage in Deutschland, und große Teile des kriegsmüden Volkes machen inzwischen den Kaiser für die Misere verantwortlich.
Nachdem die militärische Situation ausweglos geworden ist, streben Hindenburg und Ludendorff am 29.09.1918 Friedensverhandlungen an. US-Präsident Wilson fordert u.a. den Rücktritt Kaiser Wilhelms II.; zudem wird dieser von den Feindstaaten als Hauptschuldiger für den Krieg betrachtet.
Um die Monarchie zu retten, stimmt Wilhelm II. am 30.09.1918 der Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarische Monarchie zu. Die US-Regierung fordert jedoch nicht nur den Rücktritt des Kaisers, sondern die Abschaffung der Monarchie insgesamt. Dies jedoch wird von der deutschen Regierung und sogar von der SPD zurückgewiesen.

1918 Erzwungene Abdankung und Flucht nach Holland

Nach dem Matrosenaufstand in Wilhelmshaven und Kiel droht Deutschland im Herbst 1918 eine rote Revolution wie bereits ein Jahr zuvor in Rußland.

Die radikalen Sozialisten, angeführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, rufen zum Generalstreik auf, während Friedrich Ebert von der SPD die (inzwischen parlamentarische) Monarchie noch zu retten versucht.

Doch die Ereignisse überstürzen sich: Aus Sorge vor einem Umsturz verkündet Reichskanzler Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann wird bedrängt, am Reichstag die deutsche Republik auszurufen, da der radikale Sozialist Karl Liebknecht am Berliner Schloß bereits die bolschewistische "Republik" (nach sowjetischem Vorbild) zu verkünden im Begriff ist.

Wilhelm II., der sich seit 29. Oktober im deutschen Hauptquartier in Spa in Belgien befindet, verwirft schließlich anderweitige Pläne und kehrt wegen der Gefahr revolutionärer Verfolgung und Auslieferung an die Feindstaaten nicht nach Deutschland zurück. Nach mehrfachem Drängen seiner Berater flieht er am 10. November ins Exil nach Holland, wo ihm Asyl gewährt wird. Dort unterzeichnet er am 28. November die Abdankungsurkunde. Am selben Tag war ihm auch seine Ehefrau aus Deutschland nachgefolgt.

Exil in Holland

1918 - 1941 Domizil in Doorn, zweite Heirat

Wilhelm II. verbringt die ersten eineinhalb Exiljahre in Amerongen.

Eine Auslieferung Wilhelms II., wie von den Kriegsgegnern gefordert, verweigert die holländische Regierung. Auch der Papst hatte zuvor die Ententemächte aufgefordert, auf eine Auslieferung des Kaisers zu verzichten.

Im Frühjahr 1920 bezieht Wilhelm II. Haus Doorn bei Utrecht, das er zuvor gekauft hatte und renovieren ließ. Er wird dort noch 21 Jahre wohnen und nie wieder nach Deutschland zurückkehren können.

Die Tage sind meist monoton. Regelmäßig empfängt Wilhelm II. Besucher aus Deutschland. Er verfaßt insgesamt neun Bücher, darunter die 1922 erschienene Autobiographie "Ereignisse und Gestalten". Tausende Bäume werden von Wilhelm II. gefällt, auch aus Gründen der Körperertüchtigung. Noch lange Zeit macht er sich Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Monarchie und die Rückkehr auf den Thron.

Am 11. April 1921 stirbt die schwerkranke Kaiserin Auguste Viktoria, der der Thronverlust und die Situation in Deutschland das Herz gebrochen hatten. Ihr Zimmer im Haus Doorn wird nach ihrem Tod originalgetreu erhalten - bis heute.

Der sich einsam fühlende Kaiser heiratet 1922 die verwitwete Prinzessin Hermine von Reuß.

Den in Deutschland aufkeimenden Nationalsozialismus, den er allein schon aufgrund seiner christlichen Überzeugung ablehnt, betrachtet er mit großer Sorge. Nach der NS-Machtübernahme 1933 verfügt Wilhelm II. für seine Beerdigung vorsichtshalber: "Keine Hakenkreuzfahnen". Die Ereignisse der Reichskristallnacht 1938 empfindet er als "Schande", und alle Offiziere und anständigen Deutschen müßten jetzt aufstehen und protestieren.

Nach dem deutschen Einmarsch in Holland 1940 wird Haus Doorn auf Befehl Hitlers zuerst von deutschen Truppen, später von der SS abgeriegelt.

1941 Tod

Am 4. Juni 1941, um 12 Uhr 30, verstirbt der letzte Deutsche Kaiser 82jährig nach einer Lungenembolie in seinem Schlafzimmer in Doorn.

Als letzte Worte werden überliefert: "Ich versinke, ich versinke …".

Trauerfeiern in Deutschland werden von den NS-Machthabern verboten. In nur kleinem Kreis wird der Kaiser seinem Testament gemäß in Doorn bestattet. Im Mausoleum im Garten von Haus Doorn ruhen noch heute seine Gebeine.<<

Der deutsche Historiker und Journalist Eberhard Straub berichtet später über den deutschen Kaiser Wilhelm II. (x1.035/…): >>**Wilhelm II. - das moderne Individuum**

Der bekannte Historiker, Journalist und Sachbuchautor Dr. habil. Eberhard Straub (geb. 1940) war bis 1987 Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, später bei der Stuttgarter Zeitung und der "Welt".

1991 bis 1997 war er Pressereferent beim "Stifterverband für die deutsche Wissenschaft", seitdem ist er freier Journalist.

Straub gilt als ein profilierter Kenner der wilhelminischen Epoche, u.a. verfaßte er "Drei letzte Kaiser" (1998) und "Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers" (2004), beide bei Siedler, München. Im Jahre 2008 erschien sein Werk über Wilhelm II. mit dem Titel "Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne".

Im folgenden Essay widmet sich Straub der kulturgeschichtlichen Bedeutung des letzten Deutschen Kaisers.

Es ist nichts so schwer, wie ein moderner Monarch zu sein. Die Kronen sind älter als die Moderne, und die Monarchen befanden sich seit der Französischen Revolution überall in der Defensive. Die Revolution richtete sich im Namen von Abstraktionen - der unpersönlichen Herrschaft des Gesetzes als Inkarnation der Vernunft - gegen persönliche Herrschaft, gegen anschauliche Wahrheiten, die sich in ihr ausdrückten.

Königsherrschaft im ancien régime, der alten und als veraltet bei Seite geschobenen Welt, bezog ihre Überzeugungskraft aus Ideen, die von der Heiligkeit königlicher Herrschaft kündeten und einen großen Zusammenhang von Christus als dem gerechten Weltenkaiser bis zu jedem Fürsten als dessen Stellvertreter wahrten oder von Gottvater über den Landesvater bis zum Vater in der Familie. Herrschen war unter solchen Voraussetzungen mehr Sache der Einbildungskraft als des Verstandes und der Fürst selber mehr eine Idee und ein Bild als ein Mensch.

Herrschen ist in diesem Verständnis weniger eine Angelegenheit der Faust oder der Gebärde, welche die Macht an sich reißt - wie etwa bei Napoleon, dem revolutionären Kaiser. Herrschen war eine Angelegenheit des Sitzfleisches. Herrschen hieß sitzen, auf dem Thron, der sella curulis oder auf dem Heiligen Stuhl.

Der Kaiser Rudolf in Franz Grillparzers "Bruderzwist im Hause Habsburg" faßte diese Anschauungen noch einmal eindrucksvoll zusammen:

"Ich bin das Band, das diese Garbe hält, / unfruchtbar selbst, doch nötig, weil es bindet ... (nicht) in Voraussicht lauter Herrschergrößen / ward Erbrecht eingeführt in Reich und Staat, / vielmehr nur: weil ein Mittelpunkt vonnöten, / um den sich alles schart, was gut und recht, / und widerstrebt dem Falschen und Schlimmen".

Grillparzer schrieb diese Verse 1848, im Revolutionsjahr, elf Jahre vor der Geburt "Wilhelms des Plötzlichen", "Wilhelms des Redseligen" oder des "Reisekaisers". Der harrte nicht im Mittelpunkt der eigenen Schwerkraft aus, wie der ideale Kaiser Rudolf. Er hielt sich an die dynamisierende Parole, immer in Bewegung zu sein, aufgeschlossen und aufmerksam, die eine Berliner Spruchweisheit seiner Tage knapp zusammenfaßte: "Raste nie, sonst haste sie / die Neurasthenie".

Prompt geriet er in den Ruf, neurasthenisch zu sein, also sehr nervös. Damit erwies er sich allerdings als ungemein modern. Hatten die früheren Generationen den Spätgeborenen, den Zeitgenossen des Kaisers im fin de siècle, doch nur zwei Dinge hinterlassen, wie ein klassischer Nervöser - Hugo von Hofmannsthal - bemerkte: Hübsche Möbel und überfeine Nerven. Die nervöse Reizbarkeit des Kaisers, die manche ihm immer noch vorwerfen, verweist auf seine Modernität, und damit auf das moderne Individuum, das ohne überfeine Nerven und subtile Beimischungen der alle prägenden belle decadence als Lebensform gar nicht möglich wäre.

Die ausgeprägte Individualität, die fertige Persönlichkeit fiel fast allen an Wilhelm II. zuerst auf. Er war in sämtlichen Sprachen als "der Kaiser" bekannt. Dieser Titel bezog sich bei ihm aber gerade nicht auf eine überpersönliche Leistung, auf ein Amt und eine Idee im Sinne klassischer Herrscheridealität: "Was sterblich war, ich zog es aus / ich bin der Kaiser nur, der niemals stirbt". Mit "The Kaiser" oder "Le Kaiser" sollte vielmehr ein ganz besonderes, sehr auffälliges Individuum gekennzeichnet werden, das als "der Kaiser" in vielerlei Gestalten, je nach den Bedürfnissen der Umgebung oder dem Anlaß, erschien.
In Wien betonte Wilhelm II. die lässige Verspieltheit formaler Eleganz, in Rom die strenge Disinvoltura als entzückende Unbefangenheit, in Petersburg nahm er vornehm-zeremoniöse, soldatische Haltung mit ihrem ritterlichen Charme an. Unter Franzosen brillierte er mit seinem beweglichen ésprit und seiner Geistesgegenwart, in England gab er sich einfach wie ein Landedelmann mit allzu gesundem Menschenverstand.
Seine hellen Berliner, auch wenn sie regelmäßig SPD wählten, schätzten in ihm einen ebenfalls hellen Berliner, und Seine Majestät machte es viel Freude, unter ihnen Berliner mit ihrem genialen Straßenjungenjargon zu sein. Besuchte er preußische Regimenter, war er Soldatenkönig und anschließend bei Bier oder leichtem Mosel der erste Kamerad unter Kameraden.
Während offizieller, mit kirchlichen Zeremonien verknüpften Handlungen berief er sich als preußischer König von Gottes Gnaden auf den guten, alten Gott, der sich so viel Mühe mit der Mark und dem Hause Brandenburg machte. Unter Professoren gab er sich als Roi des philosophes, der umsichtig Thron und Lehrstuhl, die Waffen und Wissenschaften in Verbindung hält.
Die Berliner Unfehlbarkeiten - die Professoren - dankten es ihm und arbeiteten als geistiges Leibregiment ihres Königs an des preußischen Reiches Glanz und Herrlichkeit. Anfang des Jahres war es unumgänglich, auch den Berlinern ihr tägliches Barock zu geben. Im Januar und Februar zelebrierte Wilhelm II. höfischen Prunk und Festlichkeit.
Dann brach er auf, um auf einer Werft oder bei Krupp in Essen als Generalmanager der Deutsches Reich AG beunruhigte Nerven zu kalmieren (beruhigen) und Arbeitern zu versichern, weiter auf ihn vertrauen zu dürfen, auf ihn den Reformkaiser, den ersten Arbeiter in einer nationalen Arbeitsgesellschaft. Wilhelm II. wollte mit dieser, manche schwindlig machenden Variabilität in einer pluralistischen, in ununterbrochener Bewegung befindlichen Welt, die wiederum andere schwindeln machte, das alte Königtum und die neue Kaiserlichkeit als Orientierungshilfen erhalten.
Orientierungshilfen, die auseinanderstrebende oder sich vereinzelnde Kräfte beisammenhalten und auf das verpflichten, was alle angeht. Deshalb fühlte er sich dazu genötigt, über das Stahlgehäuse der Industriegesellschaft den Purpur zu werfen, den Automobilclub mit dem Altar zu verbinden und deutschen Meistersingern die Furcht vor der Technik zu nehmen. Den Kaiser als immer gleichen konnte es unter solchen Voraussetzungen nicht geben. Wilhelm II., der schnelle, mit den feinen Nerven für die Rhythmen einer neuen Zeit, versuchte mit dem sich dauernd beschleunigenden Tempo Schritt zu halten.
Also unter dem Eindruck der unübersichtlichen Wandlungen in der Gesellschaft ein jeweiliger Kaiser für alle zu sein, was heißt ein individueller Kaiser für individuelle Ansprüche oder Interessen. Diese sollten über die Virtuosität kaiserlicher Stilisierungen zur Reichsfreudigkeit finden, wie man damals sagte. Unter allem Wechsel der Formen blieb das Individuum Wilhelm allerdings das beständige Element. Der Kaiser blieb immer Wilhelm, das moderne, unerschöpfliche und unaussprechliche Individuum, das Goethe feierte, selber der Inbegriff des modernen Individualismus.
Kaiser Wilhelm II. war unvermeidlich eine "zusammengesetzte Persönlichkeit". Das tadelte der Historiker Hermann Oncken 1913 an ihm. Aber wir sind alle, wie Goethe meinte, zusammengesetzte Persönlichkeiten. Wir müssen die Mittel der äußeren Welt an uns heranziehen

und unseren höheren Zwecken dienstbar machen.
"Die Hauptsache ist, daß man ein großes Wollen habe und das Geschick und Beharrlichkeit besitze, es auszuführen; alles Übrige ist gleichgültig." In Graf Mirabeau, diesem royalistischen Revolutionär, würdigte Goethe ein Temperament, das andere mit Feuer durchdrang und zu seinen höheren Zwecken in Tätigkeit setzte. "Und eben, daß er es verstand, mit anderen und durch Andere zu wirken, ... das war seine Originalität, das war seine Größe".
Diese Fähigkeiten sprachen viele Kaiser Wilhelm zu oder erwarteten sie von ihm. Ganz in Übereinstimmung mit Goethe, der sich um ihre Bildung als Weimarer Prinzessin gekümmert hatte, predigte die spätere Kaiserin Augusta (die Großmutter Wilhelms II.) solchen humanistischen Enthusiasmus den dafür aufgeschlossenen Berlinern.
"Die Aufgabe jeder Erziehung ist und bleibt, den Menschen dem Menschen entgegen zu bilden, und der Mensch in dieser höchsten Auffassung des Ausdrucks tut in jetziger Zeit in den fürstlichen Häusern Not, da der persönliche Werth eine Hauptstütze ihrer Macht geworden ist". So umriß sie das Erziehungsprogramm für ihren Sohn Friedrich Wilhelm, den späteren Kaiser Friedrich.
Er wurde zum nachdenklichen, wissenschaftlich geübten Bildungsbürger erzogen, der gleichwohl Soldat zu sein hatte. Alles Soldatische höherer Art entsprang aber der Ritterlichkeit und beruhte auf aristokratischen Tugenden und Lebensformen. Zu guter Letzt sollte das menschenfreundliche Originalgenie auch noch ein gewissenhafter, konstitutioneller Monarch sein, der darauf verzichtet, allzu vorlaut auf seinen Rechten zu beharren, ohne aber die Würde der Majestät zu mindern. Er sollte drei Lebensformen harmonisch in sich verbinden: bildungsbürgerliche Individualität, soldatischen Anstand und die schöne Repräsentation königlicher Majestät. Damit wären auch robustere Temperamente überfordert gewesen.
Obschon Kronprinz Friedrich daran scheiterte, zu einer harmonischen Persönlichkeit zu werden, richtete er ähnliche Erwartungen an seinen Sohn (Wilhelm II.] und dessen Erziehung. So wenig wie seine Mutter bedachte er das Dilemma, ob nicht eine überpersönliche Einrichtung wie die Monarchie in Schwierigkeiten gerät, sobald sie der Persönlichkeit, dem Individuum und dessen einzigartigem Eigentum zu viel Bedeutung beimißt und damit Prinzen oder Königen allzu viel zumutet und sie überfordert. Darin äußerte sich das Dilemma moderner, zeitgemäßer Königsherrschaft längst vor Wilhelm II.
Kaiserin Augusta, ihr Sohn Kaiser Friedrich III., dessen Frau Victoria - alle drei sehr eigensinnige Individuen - konnten gerade nicht über ihren persönlichen Wert allgemeine Hochschätzung finden. Ganz im Gegenteil, sie trieben unweigerlich zur Parteibildung. Sie wurden gehaßt oder geliebt. Die Mitte dazwischen, freundliches Wohlwollen, blieb ihnen versagt.
In Österreich fürchtete die Kaiserin Elisabeth, von sich selbst entfremdet zu werden, ließe sie sich durch die Äußerlichkeiten kaiserlicher Verpflichtungen von ihrer inneren Vollbeschäftigung ablenken. Ihr Sohn Rudolf, zum Bürger und Menschenfreund gebildet, interessiert für alles, halb Wissenschaftler, halb Journalist, und dennoch Soldat, gab sich wie seine Mutter "Wolkenkraxeleien" hin, wie Kaiser Franz Joseph, unpersönlich wie Schatten, ihm unangenehme, allzu eigensinnige Prätensionen nannte.
Dem Erzherzog gelang es nie, seine Individualität und seine soziale Stellung miteinander zu vereinbaren. Er trieb journalistische Privatpolitik, intrigierte, entfaltete sein schillerndes Individuum in alle Richtungen, begann zu trinken, Drogen zu nehmen und entspannte sich in erotischen Abenteuern niedrigsten Niveaus. Der Selbstmord war unvermeidlich, nachdem er öffentlich die Politik seines Vaters und Kaisers verdammt hatte. Ausgerechnet in diesem seelischen Wrack wollten unmittelbar vor seinem skandalösen Ende Friedrich und Viktoria den Bürgerkönig der Zukunft erblicken.
Überhaupt bestätigten immer mehr Mitglieder des Erzhauses, daß es offenbar unmöglich sei, ein Mensch wie Du und Ich und zugleich ein Offizier und Erzherzog zu sein. Hochgebildet,

geistreich, zart und traurig, sehr nervös und sehr modern, verließen viele nach und nach das Kaiserhaus, ohne aber je zu Bürgern werden zu können. Der potentielle Nachfolger Kaiser Franz Josephs, der Erzherzog Franz Ferdinand, verhielt sich endlich wie ein entfesselter Kleinbürger. In jedem Unbekannten vermutete er erst einmal einen gemeinen Kerl und behandelte ihn auch so.

Das mag sehr individualistisch sein, aber mit einem solchen Verhalten ruiniert man eine Monarchie. Da war es doch sehr viel liebenswürdiger, wenn sich ein überreiches Ich in seine künstlichen Reiche zurückzog, wie Ludwig II. Das Volk duldete seine Schrullen, aber nicht seine durch und durch individualisierte Familie. Sie entmündigte ihn zu Gunsten seines wirklich geisteskranken Bruders Otto. Die Wittelsbacher zogen als erste die Konsequenz aus einem Königtum, das nur noch ein Prinzip, das monarchische repräsentierte: Der königliche Staat braucht gar keinen geistesgegenwärtigen König. Es genügt, wenn das Prinzip nicht verletzt wird.

Der junge Kaiser Wilhelm hatte genug Beispiele, die ihn veranlassen konnten, an der Vereinbarkeit von Modernität und Monarchie zu zweifeln. Er ließ sich jedoch von solchen deprimierenden Eindrücken nicht verwirren. Schließlich hatte seine Mutter ihn zum vollkommenen Menschen erziehen lassen. Der vollkommene Mensch ist alles auf einmal: ein aufopferungsbereiter Streber, ein Universitätsprofessor mit ausgezeichneten Manieren, ein gefühlvoller Unternehmer, ein verträumter Soldat, ein leidenschaftsloser Politiker, ein uneitler Künstler und tiefsinniger Weltmann auf einem Thron, von wo aus er alle Bewegungen überblickt und souverän lenkt.

Um dieses Ideal zu erreichen, mußte freilich der junge Prinz dauernd gedemütigt werden, um nicht überheblich zu werden, sondern Selbstverleugnung zu lernen. Das verwies ihn aber gerade nicht auf die Welt und Umwelt und aus sich heraus, sondern immer wieder auf sich selbst zurück. Prinz Wilhelm lernte in sich selbst die ganze Welt zu sehen, gerade weil er von sich absehen sollte. Das hieß aber, sich erst einmal sehr wichtig zu nehmen und dennoch an sich zu zweifeln. Der moderne Subjektivismus, die Originalität Wilhelms II. war das Ergebnis solcher Bemühungen.

Seine Erziehung hat auf alles mögliche Rücksicht genommen, nur nicht darauf, ähnlich wie in allen Herrscherhäusern, ihn als Prinz für eine ganz unbürgerliche Aufgabe, einmal Monarch zu sein, vorzubereiten. Wer Mensch nach allen Seiten ist, der wird auch ein richtiger, zeitgemäßer Monarch. Das war eine liebenswürdige Vermutung, und eine sehr sorglose für einen Staatenbund wie das Deutsche Reich.

Der König von Preußen als das Präsidium des Bundesrates der Fürsten, die sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen hatten, unterschied sich nicht sonderlich von den übrigen Monarchen mit ihrer aus der Geschichte herkommenden Rechten und Verpflichtungen. Es gab aber wenig Vorstellungen, wie man von der dürren Formel "der deutsche Kaiser als Präsidium des Bundesrates" zu einer belebenden Idee des Kaisertums gelangen konnte. Der kaiserliche Titel war nur eine Verlegenheit.

Der deutsche Kaiser war kein Souverän. Souverän war er als König von Preußen und erhielt über den Bundesrat Anteil an einer deutschen Souveränität, die alle Fürsten zusammen besaßen. Daneben gab es, um die Verhältnisse weiter zu komplizieren, den Reichstag des deutschen Volkes, das zwar kein Souverän war, aber ohne dessen Zustimmung der Souverän, der Bundesrat der Fürsten, nicht regieren konnte. Der Reichskanzler, der Bundesrat und der Reichstag regierten. Der Kaiser hatte nur zu unterschreiben, was sie beschlossen.

Anderenteils war der Reichskanzler, der vom Kaiser ernannt wurde, nur ihm verantwortlich. In der Regel war er zugleich preußischer Ministerpräsident, was hieß, auch dem preußischen Landtag zugeordnet, dessen Mehrheiten bei einem Klassenwahlrecht sich von denen des demokratischen Reichstages unterschieden. Dies sehr geistreiche System sich wechselseitig aus-

balancierender Mächte fand seinen Mittelpunkt im Kanzler.
In einem Kanzler - Fürst Bismarck -, der zuletzt hoffte, seinen Sohn Herbert als Erben des Reichskanzleramtes durchzusetzen. Erbkanzler neben Erbmonarchen - diese Vorstellung beunruhigte nicht nur den greisen Wilhelm I. Sie beunruhigte die meisten Deutschen, die es durchaus als Befreiung erachteten, als der junge Kaiser den unmodernen vergreisten Kanzler entließ.
Sie wünschten sich einen Kaiser, der mehr war als ein abstraktes Präsidium. Sie wünschten sich einen Kaiser, der "feurig und tatkräftig" als deutscher Kaiser alle Deutschen dynamisierte und ins nationale Leben hineinrief. Die Ideen eines Volkskaisertums, weit verbreitet um 1890, ließen sich allerdings schwer mit der Verfassung vereinbaren. Kaiser Wilhelm wurde nicht zuletzt von Liberalen dazu aufgefordert, das Kaisertum zur nationalen Wirklichkeit zu machen und als Kaiser zu regieren.
Das ließ aber die Verfassung nicht zu. Sie gewährte dem Kaiser höchstens über die Ernennung des Kanzlers und seine Abberufung eine gewisse Einflußnahme. Hatte er einen Kanzler berufen, mußte er ihm loyal gegenüber bleiben, wollte er sich nicht selbst ins Zwielicht rücken. Kaiser Friedrich als Kronprinz tadelte zu Recht, daß weder im Reich noch in Preußen die parlamentarische Verantwortlichkeit von Kanzlern und Ministern durchgesetzt wurde. Das hätte die Krone als überparteiliche Macht aus den Diskussionen heraushalten können.
Wilhelm II. sah sich nach der notwendigen Entmachtung der Bismarcks, die er sich gleichwohl weniger schroff vorstellte, meist dazu genötigt, der treue Herr seiner ungetreuen Diener zu sein, die sich gar nicht untreu vorkamen, weil sie meinten, daß die Krone - ob im Reich oder Preußen - nicht in den Gegensatz zum bürokratischen Dienstweg geraten und unter keinen Umständen die Autorität der königlichen Verwaltungsbehörden oder der Reichsämter schwächen dürfe.
Der königliche Verwaltungsstaat nahm für sich die Majestät in Anspruch und strebte danach, die königlich-kaiserliche auf ornamentale Zierleisten zu zurückzustutzen. Preußische Behörden, die durchaus mit einer königlichen Anregung, ja mit einem Befehl zu rechnen hatten, hielten schlichtweg jede königliche Empfehlung für eine Störung ihrer Sachgerechtigkeit. Kanzler konnten ohnehin jeden Einfluß des Kaisers abwehren, weil er im Reich nur über sie und den Bundesrat eine formelle Bedeutung besaß.
Minister und Beamte gewöhnten sich an, den König oder Kaiser nur über das allernotwendigste zu informieren und ihn für ihre Interessen, die sie mit den nationalen verwechselten, zu manipulieren. Kaiser Wilhelm wurde darüber zuweilen sehr unwillig. Aber das ließ er nicht nach draußen dringen.
Er war eine vornehme und durchaus königliche Natur, die schweigend lieber sich ins Unrecht setzte als seine irrenden Minister oder Bürokraten zu kritisieren. Als König von Preußen und deutscher Kaiser hat er die Torheiten begangen, die seine Kanzler von ihm verlangten, vor denen er sie warnte und mit denen sie ihn anschließend belasteten, von der Krüger-Depesche über die Landung in Tanger bis zum Panthersprung nach Agadir. Gleichwohl konnte er aber in aller Öffentlichkeit gerügt und zur Ordnung gerufen werden. Das hielten Beamte bei der starken Individualität moderner Herrscher für unvermeidlich.
Erstaunlicherweise konnte selbst heftigste Kritik, wie 1908 bei der Daily Telegraph Affäre, die Popularität des Kaisers nicht erschüttern. Weil die Deutschen zunehmend an den Fähigkeiten ihrer Politiker zweifelten, wollten sie nicht auch noch am Kaiser verzweifeln. Ein persönliches Regiment hat es nie gegeben oder eine Nebenregierung unverantwortlicher Ratgeber. Das sind zähe Gerüchte, von denen verbreitet, die nicht in den Vorzimmern des Kaisers oder seiner Kanzler reüssierten.
Maximilian Harden, der unerbittlichste Kritiker des Kaisers, dem es endlich gelang, Freunde des Kaisers wie den Fürsten Eulenburg zu erledigen, hatte nichts gegen indirekte Einflußnah-

me. Er hatte nur etwas dagegen, nicht zu den Ratgebern des Kaisers gehören zu dürfen. Harden hatte sich lange darum bemüht, und viele seiner Freunde wie der Reeder Albert Ballin setzten sich in der Umgebung des Kaisers dafür ein, seinen Rat nicht gering zu schätzen.
Es gab immer Versuche, über den Zugang zum Kaiser Einfluß zu gewinnen. Seine Kabinettschefs, korrekte Beamte, paßten von vorneherein auf und warnten den Kaiser. Sie gehörten zu den wenigen zuverlässigen Mitarbeitern. Auch sogenannte Freunde des Kaisers, wie Albert Ballin, gestanden, nie mit dem Kaiser ehrlich gesprochen zu haben. Sie intrigierten gegen Kanzler, gegen Botschafter oder Minister, meist erfolglos, weil Wilhelm II. seinen Mitarbeitern die königliche oder kaiserliche Loyalität wahrte.
Es sei denn, sie hatten wie die Kanzler keine Mehrheit mehr im Reichstag. Obschon der Reichstag keinen Kanzler stürzen konnte, hatte es sich doch schon unter Bismarck so ergeben, daß bei fehlender parlamentarischer Mehrheit Neuwahlen anberaumt wurden oder der Kanzler, wie Bismarck selber, zurücktreten mußte.
Der Kaiser war auf die Dauer sehr enttäuscht, wenigen vertrauen zu dürfen. Was ihn aber nicht niederdrückte, die Hoffnung zu verlieren, aufrichtige Ratgeber zu finden. Das war nicht zuletzt der Grund für seine ungemeine Neugierde auf Menschen, hungrig nach Information und begierig, Anregungen zu empfangen, die er gegebenenfalls weitergeben konnte. Er begnügte sich mehr und mehr damit, anregend zu wirken. Doch Behörden, die dazu da sind, ihrerseits anzuregen, lassen sich sehr ungern auf die Sprünge helfen. Ein wichtiges Mittel des Kaisers waren seine Reden.
Wilhelm II., der tatsächlich ein deutscher Kaiser sein wollte, reiste kreuz und quer durch das Reich, um mit seiner Person allen Teilen des Reiches ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu verschaffen. Seine Regierungszeit ist eine ununterbrochene Tour d'Allemagne, in Anlehnung an die Tour de France, die eingeführt wurde, um den Franzosen einen geistigen Begriff ihrer territorialen Einheit zu vermitteln.
Kaiser Wilhelm war damit ungemein erfolgreich. Die Nation wurde durch seinen Einsatz erst zur Wirklichkeit. Ein Kaisertag war seitdem der Höhepunkt in der städtischen Geschichte. Wo immer er hinkam, wurde er zum festlichen, unvergeßlichen Ereignis, was heute den meisten Städten ziemlich peinlich ist.
Wo er hinkam, mußte er selbstverständlich reden. Im bürgerlichen Deutschland durfte, trotz Chören, Ehrenjungfrauen, Schützen oder Trachtengruppen, bei einer festlichen Gelegenheit die Rede nicht fehlen. Bürger feierten viel und gerne in dazu gehörenden Vereinen, und sie redeten viel und gerne, markig - erhebend und poetisch beschwingt. Der Kaiser beherrschte virtuos die Tonlagen des bürgerlichen Geschmacks - schließlich hatte man ihn zum Bürger erzogen - und war ein gesuchter Redner.
Da er eine breite Bildung empfangen hatte, unendlich viel wußte, dauernd neues aufnahm, sich für alles interessierte und auf vielen Gebieten sogar sehr gut Bescheid wußte und seinerseits Anregungen zu geben vermochte, konnte eine Kaiserrede unbedingt zu einem Ereignis oder Erlebnis werden. Die Kaiserreden sind heute berüchtigt wegen unbedachter Wendungen. Erstaunlich ist aber nicht, daß diese vorkommen, überraschend ist, daß es bei der Menge an Reden, die er hielt, gar nicht so viele peinliche Stellen gibt, sonst würden nicht immer die wenigen und stets gleichen Stellen als Vorwurf wiederholt.
Wilhelm II. sprach frei, was heißt, er hatte den Text auswendig gelernt, der ihm meistens empfohlen und vorgeschrieben wurde. Zuweilen ließen die Behörden ihn auch politische Risiken eingehen, um zu sehen, ob Richtungsänderungen begrüßt würden oder nicht. Auf jeden Fall war der Kaiser nicht selbständig und unkontrolliert bei seinen Reden, die zuweilen von seinen besten Mitarbeitern redigiert oder entworfen wurden.
Ein Adolf von Harnack, der große Theologe und umfassend versierte Gelehrte, Friedrich Althoff, der Wissenschaftspolitiker, Wilhelm von Bode der Museumschef oder Friedrich

Schmidt-Ott im Preußischen Kultusministerium waren hervorragende Stichwortgeber. Sie waren alle nicht unumstritten, so daß mancher Unmut über eine Kaiserrede eigentlich deren Urhebern oder Verfassern galt. Immerhin ist es seit Kaiser Wilhelm deutscher Brauch, daß das Staatsoberhaupt ununterbrochen redet.
Schweigende Bundespräsidenten sind mittlerweile eine Unmöglichkeit. Alle Präsidenten von Theodor Heuss angefangen, der unter dem Kaiser seine Bildungsepoche erlebte, üben sich unverdrossen in der Nachfolge Wilhelms des Redseligen. Blieb Theodor Heuss am besten in Erinnerung, so ist das nicht verwunderlich: Er beherrschte den wilhelminischen Ton, der vieler Nuancen fähig war, und seine Reden sind ein letztes Zeugnis davon.
Wenn Wilhelm II. schon darunter litt, nicht selbständig handeln zu können, wie jeder Unternehmer oder Gelehrter in seinem Institut, wenn er überall auf Bedenken, Hemmungen und Einschränkungen stieß, die ein reichbegabtes Individuum irritieren müssen, so blieb es ihm doch nicht versagt, unter dem Schutze seiner Fürsprache und Autorität, anderen dazu zu verhelfen, ihre Genialität ungehindert zu entfalten. In Friedrich Althoff, Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium, fand er seinen "Bismarck der Wissenschaftspolitik".
Beide waren davon überzeugt, daß deutsche Weltgeltung, wirtschaftlich, politisch und militärisch, ganz und gar von der geistigen Originalität abhänge, von den hervorragenden Leistungen deutscher Wissenschaftler und Künstler, von den Schulen und Universitäten, technischen Hochschulen und Berufsakademien. Unter Wilhelm II. war Preußen und unter seinem Einfluß das Deutsche Reich das Vorbild für alle Bildungs- und Wissenschaftspolitiker in Europa, Amerika oder Japan.
Friedrich Althoff, den Amerikaner als den bedeutendsten Mann der Gegenwart würdigten, dachte nicht an unmittelbare Nützlichkeit oder an eine Universität als Kaufhaus und Rathaus des Tages. Er dachte an den freien Geist, der forschend weht, wohin ihn seine suchende Neugierde treibt. Höchstens Adolf von Harnack besaß einen ähnlich souveränen Überblick über die gesamte Wissenschaft und ihre weitere Entwicklung. Den berief Wilhelm II. gegen den Widerstand der Fakultät nach Berlin. Eine seiner glücklichsten Entscheidungen.
Althoff und Harnack ergänzten einander, napoleonisch zugreifende Herrschernaturen, großartige Organisatoren, die ganz sachlich an die Wissenschaft dachten und zugleich als Bildungsimperialisten an die werbende Anziehungskraft des Reiches mit seinen vorbildlichen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen. Althoff vor allem galt als Despot, weil er sich aus den professoralen Intrigen und Cliquen heraushielt und deren Macht brach.
Er konnte zupacken und ordnen, weil Wilhelm II. als König von Preußen ihm immer den Weg frei hielt. Althoff war ein loyaler Beamter, der als autoritäre Natur wußte, nur mit Hilfe des Königs und Kaisers herrschen zu können. Und Wilhelm II. wußte, nur mit ihm Preußen und Deutschland seine Geltung als geistige Weltmacht erhalten zu können. Althoff, ein sachlicher Bürger, der nie geadelt werden wollte, ist vom Geist und der Durchsetzungskraft der wichtigste Vertreter des Wilhelminismus. Adolf von Harnack konnte den Wissenschaftler und den Hofmann vereinen, insofern ist er der elegante Wilhelminist.
(Weltgeltung drückte sich damals in einer Flotte aus - heute in dem Besitz atomarer Waffen. Das revolutionäre Deutschland von 1848 verlangte nach einer Flotte. Der sogenannte Wilhelminismus - in vieler Hinsicht der Erfüller fast sämtlicher Erwartungen der 1848er, vor denen der Kaiser keine Furcht hatte und die er zu seinen Ministern machte - erfüllte den Deutschen ihren Traum von der deutschen Flotte.
Kaiser Wilhelm konnte gar nicht unpopulär werden, solange er einer Nation in Matrosenanzügen versicherte, daß ihre Zukunft auf dem Wasser liege, gewährleistet durch den freien Seehandel - und das wilhelminische Deutschland wurde zu einer Seefahrernation - oder der Flotte, die den Handel wie die Nation schützt.
In Alfred von Tirpitz fand er den Organisator, ein wie Althoff oder Harnack napoleonisches

Temperament, der die deutsche Flotte - unabhängig von preußischer Zwischenrede, vor der ihn König Wilhelm II. von Preußen schützte - als ein technisch- wissenschaftliches, weltweit bewundertes Meisterstück aufbaute, mit dem alte nationale Ideen und allerneueste wissenschaftliche Erfindungen sich zu einer Symbiose verbanden.
Die heute umstrittene Flotte wurde damals als Ausdruck deutscher Kraft und Modernität, der in die Welt ausgreifenden, der Zukunft vertrauenden Deutschen verstanden. Sie begeisterte als nationales Programm den Arbeiter wie den Industriekapitän und dessen professoralen Schwiegersohn. Gemäß seiner eigenen Erziehung hoffte Wilhelm II. im Marineoffizier auf einen neuen Adel, der bürgerliche Herkunft, technische Effizienz, Bildung und Ritterlichkeit miteinander verschmolz. Das waren keine reaktionären Pläne.
Aber reaktionär war dieser assoziationsfrohe Kaiser nie, der ja wegen ganz überraschender Einfälle weltweit Aufmerksamkeit erregte. Der modernste Komponist seiner Zeit - Richard Strauss - war sein Hofkapellmeister. Er fand dessen Musik scheußlich, aber er ließ ihn gewähren, solange der kaisertreue Operchef ihn nicht darum betrog, Mascagni oder Leonvavallo zu hören.
Wilhelm II. befreite sich viel rascher, wenn es ums Bauen ging, vom ästhetischen Wilhelminismus der Zuckerbäcker, Industriellen oder Hoteliers. Er geriet seit 1904 unter den Einfluß von Hermann Muthesius, dem ästhetischen Reformator, den er zum jüngsten Geheimrat in der preußischen Geschichte machte. In Übereinstimmung mit ihm förderte er Peter Behrens, Hans Poelzig, sogar Bruno Paul. Der hatte ihn im Simplizissimus verspottet.
Aber der Kaiser war nicht nachtragend. Wilhelm II. fand vieles fürchterlich, wie die Mehrheit unter den Bildungsbürgern, was als Kunst galt. Er mahnte und warnte, völlig einig mit den Bildungsbürgern. Dennoch wurde Berlin zur aufregendsten Kunststadt neben Wien und Petersburg, den beiden anderen Metropolen des monarchischen Prinzips und der sich überstürzender Modernismen und ästhetischen Umbrüchen oder Revolutionen.
Die größte Leistung des Kaisers, der so vielen Hemmungen unterworfen war, besteht darin, wie Goethe es an Mirabeau rühmte, durch andere gewirkt und im übrigen keinen gehemmt und behindert zu haben. Deswegen wurde das wilhelminische Deutschland zu einer Epoche, die nur mit dem perikleischen Athen, dem augustinischen Rom, dem Rom der Renaissancepäpste oder dem Zeitalter Ludwigs XIV. zu vergleichen ist.<<
Im Jahre 1888 erläutert Bismarck dem Afrikaforscher Wolf die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik (x056/306): >>... Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.<<
Großbritannien: Die britische Königin Viktoria berichtet über ein Gespräch mit dem deutschen Reichskanzler Bismarck in Berlin (x233/115): >>Charlottenburg, 25. April 1888.
Ich hatte eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm und war angenehm überrascht, ihn so liebenswürdig und freundlich zu finden. ...
Er sprach viel über das deutsche Heer und von der ungeheuren Zahl von Männern, die im Notfall unter Waffen gestellt werden könnten, ihrer Eignung zur Landesverteidigung usw.; von seinem großen Ziel den Krieg zu verhüten, was, wie ich bemerkte, auch unseres sei; von Rußlands Unzuverlässigkeit.
Falls Österreich angegriffen werde, müßte Deutschland es vertragsgemäß verteidigen; dann würde die Gefahr entstehen, daß Frankreich sich mit Rußland verbünde. In diesem Falle sagte er, könne England mit seiner großen Flotte von großem Nutzen sein. ...
Ich sagte, Frankreich wünsche keinen Krieg, was er zugab, doch wäre die Regierung so schwach und machtlos, daß sie zu irgend etwas gezwungen werden könnte.
Er glaube, Österreich zeige zu viel Furcht vor Rußland, was für mich seltsam klang, da der (österreichische) Kaiser zu mir dieselbe Bemerkung über Fürst Bismarck gemacht hatte. ...

Ich sprach über Wilhelms Unerfahrenheit und daß er überhaupt nicht genug gereist sei. Fürst Bismarck erwiderte, daß Wilhelm zwar von nicht militärischen Dingen gar nichts wisse, daß er aber sagen könne, "wenn er ins Wasser geworfen würde, würde er auch schwimmen können", denn er sei wirklich klug.<<

Japan: Ein Gedicht aus dem 12. Jahrhundert wird im Jahre 1888 zur Nationalhymne Japans erklärt (x230/76):

>>Bis zum Fels der Stein geworden,
Übergrünt von Moosgeflecht.
Tausend, abertausend Jahre
Blühe, Kaiserlich' Geschlecht!<<

Afrika: Deutsche Truppen schlagen im Jahre 1888 einen Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika nieder.

1889

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1889 die Invaliditäts- und Rentenversicherung eingeführt.

August Bebel warnt im Januar 1889 im deutschen Reichstag vor den Folgen der deutschen Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika (x239/199): >>... Sitzen wir aber erst an den Fieberküsten Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herangetreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: Nachdem wir einmal soundso viel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten.

Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen; es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten.

Es wird dann heißen: Wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatlichen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können. ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die deutsche Kolonialpolitik (x307/194-196): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem mußte Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landesparlaments entschieden.

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. In den Jahren 1884/85 etwa, als die deutsche Regierung versuchte, den imperialistischen Appetit der Bevölkerung zu stillen, indem sie den Erwerb einer bescheidenen Sammlung kolonialer Besitzungen billigte, stieß sie auf eine abweisende Antwort aus

Großbritannien. Im Jahr 1886 hatte der Bremer Kaufmann Heinrich Vogelsang Land entlang der Angra-Pequena-Küste im heutigen Namibia gekauft.
Im darauffolgenden Jahre fragte Bismarck offiziell die britische Regierung, ob sie die Absicht habe, Ansprüche auf diese Region zu erheben. Aus London kam eine schroffe Erwiderung, daß Großbritannien nicht gewillt sei, es einem anderen Land zu gestatten, irgendwo in der Region zwischen dem portugiesischen Angola und der britischen Kapkolonie Fuß zu fassen.
Berlin antwortete mit zwei Fragen, um die Lage zu sondieren: Worauf stütze sich der britische Anspruch? Und ob die britischen Behörden es auf sich nähmen, deutsche Siedler in der Region zu beschützen?
Es vergingen Monate, bis Whitehall sich herabließ, eine Antwort zu schicken. Bismarck war über diese herablassende Art verärgert, aber es bestand kein Anlaß, dies persönlich zu nehmen – London verhielt sich 1895/96 genauso abweisend und hochnäsig, als es mit den Amerikanern wegen des venezolanischen Grenzstreits zu tun hatte. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Sklaverei in Afrika im Jahre 1889 (x814/1.019-1.020): >>(Sklavenstaaten) ... Was die gegenwärtige völkerrechtliche Beurteilung der Sklaverei seitens der zivilisierten Staaten anbetrifft, so ist dieselbe als schlechthin völkerrechtswidrig noch nicht aufzufassen. Wohl aber gilt dies von den Sklavenjagden und von dem Sklavenhandel. Die Abschaffung der Sklaverei in Afrika selbst ist von dem Fürsten Bismarck am 26. Januar 1889 im Reichstag als zur Zeit untunlich bezeichnet worden.
Auf die Beseitigung des afrikanischen Sklavenhandels aber wird nach dem Vorgang Englands auch von Deutschland hingewirkt. Dem sogenannten Quintupelvertrag vom 20. Dezember 1841 war Preußen bereits beigetreten. Dieser von Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland, nicht aber von Frankreich ratifizierte Vertrag statuierte ein wechselseitiges Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter den Flaggen der kontrahierenden Staaten fahrenden Schiffen zum Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels und eine Beschlagnahme von Sklavenschiffen in einem bestimmten Meeresgebiet um Afrika herum.
An Stelle Preußens trat am 29. März 1879 das Deutsche Reich in jenen Vertrag ein, und der Reichstag erteilte am 19. Mai 1879 hierzu die Genehmigung.
Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 erklärt aber im Art. 9 folgendes: "Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Signatarmächten anerkannt werden, der Sklavenhandel verboten ist und die Operationen, welche zu Land oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als verboten anzusehen sind, so erklären die Mächte, welche in den das konventionelle Kongobecken bildenden Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben oder ausüben werden, daß diese Gebiete weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sklaven, gleichviel welcher Rasse, benutzt werden sollen.
Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen."
Diese Verpflichtung erstreckt sich auf die 14 Staaten, welche die Berliner Generalakte unterzeichnet haben, sowie auf den Kongostaat.
Um aber der Sklavenausfuhr in Ostafrika wirksam zu begegnen, welche namentlich von Sansibar aus auf arabischen Dhaus (Segelschiffe) unter französischer Flagge schwunghaft betrieben wurde, erklärten Deutschland und England am 2. Dezember 1888 für die Küstenlinie des Sultanats von Sansibar den Blockadezustand; doch wurde diese Blockade nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und die Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Im Anschluß hieran erklärte auch Portugal für den nördlichen Teil des portugiesischen Gebietes an der Ostküste von Afrika den Blockadezustand. Demnächst schloß sich auch Italien der ostafrikanischen Blockade an. ...<<
Kaiser Wilhelm II. leitet am 1. Mai 1889 Reformen des Schulwesens ein (x056/259): >>... Mich (hat) der Gedanke beschäftigt, die Schule ... nutzbar zu machen, um der Ausbreitung

sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen ... Verhältnisse zu legen haben. ...
Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten ... widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind, sie muß ... der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, ... die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen ... bis heute.<<
Das "Militärwochenblatt" vom Juli/August 1889 berichtet über die Stellung des Offiziers in der deutschen Gesellschaft (x056/256): >>Der Stolz jedes Deutschen ist die Armee, die Blüte des Volkes. Deutschlands Heer – die Elite des Heeres, ist das Offizierskorps. ...
Wenn der Offiziersberuf jetzt nicht mehr wie früher das Monopol des Adels ist, so dürfen doch nur ebenbürtige, nur Ritter vom Geiste und Kavaliere von Erziehung und Gesinnung Mitglieder und Genossen dieses bevorzugten Standes sein. ... Der bürgerliche sowie der adelige Offizier vertreten ... die aristokratische Weltanschauung gegen die demokratische. Der junge Offizier aus bürgerlicher Familie bekundet durch die Wahl des Offiziersberufes, daß er sich zur Aristokratie der Gesinnung rechnet, welche den Offizier beseelen muß. ...
Die ... Gesinnungen (des Offizierstandes) sind: dynastischer Sinn, unbedingte Treue gegen die Person des Monarchen, erhöhter Patriotismus, Erhaltung des Bestehenden, Verteidigung der seinem Schutze anvertrauten Rechte des Königs und Bekämpfung vaterlandsloser, königsfeindlicher Gesinnung. ...
Vor allen anderen ist der Offizier berufen, die Fahne des Königs von Gottes Gnaden voranzutragen. ... Die Stellung als Offizier erfordert ... (die) Mißbilligung ... jener politischen Richtungen, welche das Königtum von Gottes Gnaden bekämpfen oder seine ihm zustehenden Rechte verkürzen möchten.<<
Der Berliner Polizeipräsident schreibt am 22. November 1889 in einem Geheimbericht über die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung (x239/95): >>Beim Vergleich der heutigen Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung mit der zuletzt vor 2 Jahren geschilderten ergibt sich wiederum eine erhebliche Erweiterung der zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Gesellschaftsklassen entstandenen Kluft.
Die Unzufriedenheit mit ihren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Anschauung, daß die ebenso notwendige wie mögliche Besserung von den übrigen Klassen nur aus Eigennutz und bösem Willen hintertrieben werde, ... greift auch unter den noch nicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörenden Arbeitern immer mehr um sich. ...<<
Österreich-Ungarn: Die konservativen, gemäßigten "Alttschechen" werden ab 1889 von den radikalen "Jungtschechen" abgelöst. Gleichzeitig wandern verstärkt tschechische Facharbeiter in die deutsch-böhmischen Industriegebiete und drängen den deutschen Bevölkerungsanteil ständig weiter zurück. Da sich die radikalen Jungtschechen überall gegenüber den gemäßigten Tschechen durchsetzen, herrscht in Böhmen zeitweilig der Ausnahmezustand und es ereignen sich vielfach bürgerkriegsähnliche Zustände.
In Böhmen entwickelt sich außerdem ein erbitterter Sprachenstreit. Als die deutsche Amtssprache vielerorts verboten und durch das Tschechische verdrängt wird, fühlen sich die Deutschen benachteiligt und wehren sich. Erst mit dem sog "Mährischen Ausgleich" (1905) versucht Österreich-Ungarn, eine gerechte Lösung der Sprachen- und Nationalitätenfrage zu erreichen (x054/165).
Die Pazifistin Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, erhält 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis) schreibt im Jahre 1889 in ihrem Buch "Die Waffen nieder!" (x069/94): >>...
Im Zeitalter der Luftfahrzeuge und Giftgase kann man der Gewalt nicht mehr mit Gewalt bei-

kommen. Das bedeutet entweder das Ende der Gewalt oder das Ende der Menschheit.
Rache und immer wieder Rache! Wann nimmt das ein Ende? Wie kann Gerechtigkeit erlangt, wann altes Unrecht gesühnt werden?
Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen – nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.<<
Adolf Hitler wird im Jahre 1889 in Braunau am Inn geboren. Hitlers Eltern sind der 51jährige österreichische Zollbeamte Alois Hitler (eigentlicher Name: Schicklgruber) und Klara Hitler (geborene Pölzl). Hitlers Familienstammbaum kann nie zweifelsfrei ermittelt werden. In der Familie ereignen sich aber nachweislich mehrere Fälle von Inzucht. Hitlers Eltern sind z.B. Blutsverwandte (Onkel und Nichte). Sie dürfen erst mit einer besonderen Erlaubnis der katholischen Kirchenleitung heiraten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alois Hitler (x051/259): >>Hitler, Alois, geboren in Strones (Waldviertel/Niederösterreich) 7.6.1837, gestorben in Leonding 3.1.1903, österreichischer Beamter (Zollinspektor).
Der Vater Adolf Hitlers war das uneheliche Kind der Maria Anna Schicklgruber (1795-1847). Diese heiratete 1842 den Johann Georg Hiedler, der den Stiefsohn jedoch nicht legitimierte. Dies geschah erst 1876, als Alois Hitler bereits 39 Jahre alt war, unter Mitwirkung von Hiedlers Bruder Johann Nepomuk Hüttler, der inzwischen von der Forschung (W. Maser) als leiblicher Vater des Alois Hitler und somit Großvater Adolf Hitlers angesehen wird. (Die Schreibweise des Namens "Hitler" entstand vermutlich durch Hörfehler des die Urkunde ausstellenden Pfarrers).
Ehrgeizig und zielstrebig arbeitete sich der junge Alois Hitler im Zolldienst bis zum "Zolloberoffizial in der Rangklasse IX" hoch. 1873 heiratete er die Zollbeamtentochter Anna Glassl; die Ehe wurde 1880 geschieden. Danach nahm er seine Geliebte Franziska Matzelsberger bei sich auf, die er 1883 heiratete (Sohn Alois, geboren 1882, Tochter Angela, geboren 1883). Nach deren Tod im folgenden Jahr erwirkte er einen kirchlichen Dispens, um seine Verwandte Klara Pölzl heiraten zu können.
Dieser dritten Ehe entstammten neben Adolf Hitler noch Gustav (1885-87), Ida (1886-88), Otto (kurz nach der Geburt gestorben), Edmund (1894-1900) und Paula Hitler (1896-1960). 1895 ließ er sich vorzeitig pensionieren.<<
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Adolf Hitler in den Jahren 1889-1918 (x051/260): >>Hitler, Adolf ... Der Begründer und Zerstörer des großdeutschen "Dritten Reiches" kam am 20. April 1889 im österreichischen Braunau am Inn zur Welt und endete am 30. April 1945 durch eigene Hand im Bunker unter der Reichskanzlei. ...
Der Vater Alois Hitler war österreichischer Zollbeamter, geboren als Schicklgruber, später legitimiert. Die Vaterschaft (Großvater Adolf Hitlers) ist wegen dichter Inzucht nicht zweifelsfrei geklärt, doch können langwährende Spekulationen über jüdische Beimischung ("Frankenberger") seit den Forschungen von Werner Maser als haltlos gelten.
Alois Hitler war strebsamer Autodidakt, wollte seine Lebenserrungenschaft des gesicherten Beamtentums in Adolf fortgesetzt sehen; dieser jedoch wehrte sich. Daraus erwuchsen schwere Spannungen zwischen dem autoritären Vater und dem Sohn; dagegen bestand jedoch eine starke Mutterbindung Adolfs (Klara, geborene Pölzl). Der Vater starb schon 1903, so daß das herrische Hausregiment im 14. Lebensjahr Hitlers endete.
Hitler war zu jenem Zeitpunkt auf der Realschule – nach wiederholten Orts- und Schulwechseln (Passau, Lambach an der Traun, Leonding bei Linz, Stadt Linz) – und wechselte dann auf die Oberrealschule in Steyr an der Enns. Hier brach der 16-Jährige die Schulerziehung nach dem 9. Schuljahr ab (1905). Beste Note im Abgangszeugnis: "Vorzüglich" im Turnen und Freihandzeichnen (Bestätigung für den Berufswunsch Künstler).
Nach zwei Jahren tatenloser Muße im Haus der Mutter in Linz bewarb Hitler sich an der Wie-

ner Kunstakademie, fiel aber durch, weil die Begabung nicht ins Malerische wies, sondern ins Baufach. Für dieses Studium fehlte Hitler jedoch das Abitur.
Nach dem Tod der Mutter 1907 und einem zweitem vergeblichen Anlauf bei der Kunstakademie lebte Hitler schließlich ohne Ausbildung in Wien. Sein Lebensunterhalt setzte sich zusammen aus dem Vertrieb selbstgefertigter Architektur-Ansichtskarten, dem Vermögensanteil der Eltern (zusammen mit einer Schwester und zwei Halbgeschwistern) sowie der Waisenrente.
Neben die Kunst trat zunehmend das "Interesse für alles, was mit Politik zusammenhing". Hitler war in Linz schon durch seinen Geschichtslehrer Leopold Poetsch deutschnational und antihabsburgisch beeinflußt worden. Um nicht unter Habsburg dienen zu müssen, entzog er sich der Wehrpflicht durch mehrere kurzfristige Wohnungswechsel.
Er bewunderte den fanatischen Alldeutschen Schönerer, der die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich unter Ausschluß aller nicht-deutschen Reichsteile verfocht. Hitlers großdeutsche, alldeutsche Gesinnung schloß zwei andere Elemente ein: Antimarxismus (als Absage an übernational-sozialistische Verbrüderung) und Antisemitismus (als Ablehnung "undeutscher" Volkselemente).
Er siedelte im Mai 13 nach München über, um dem Nachspüren der Militärbehörden zu entgehen, wurde dort entdeckt und zur Nachmusterung nach Salzburg zitiert, jedoch vom Wehrdienst befreit ("Zu schwach. Waffenunfähig"). Meldete sich bei Kriegsausbruch im August 14 sofort zur bayerisch-deutschen Armee.
1914-18 war Hitler, zum Gefreiten befördert, Meldegänger beim Infanterieregiment 16 (List). Auszeichnung mit dem EK I (August 18), das Mannschaftsdienstgraden selten verliehen wurde. Einhellige Zeugnisse über Hitlers Tapferkeit, doch "keine entsprechenden Führereigenschaften", um befördert zu werden. Auch habe Hitler nicht befördert werden wollen. Oktober 18 Gasvergiftung in Flandern; vorübergehend erblindet ins Lazarett Pasewalk/Pommern. ...<<
Lettland: Karlis Baumanis (1834-1904) verfaßt im Jahre 1889 den Text der späteren Nationalhymne Lettlands (x230/89):
>>Segne Dich Gottes Hand,
Teures Vaterland,
Lettland, Du Heimatland,
Blüh und gedeih!

Dir unsre Söhne glühn,
Dir unsre Töchter blühn,
Du unsres Glückes Pfand,
Lieb Heimatland!<<
Rußland: Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg berichtet im Jahre 1889 (x233/137):
>>... Die Russifizierung in den baltischen Provinzen und die Verfolgung der lutherischen Pastoren wurden in brutaler Weise fortgesetzt.
Mit Pobedonoszew (Berater des Zaren Alexander III.) hatte ich manches interessante Gespräch; er verhehlte mir nicht, daß er mit kaltem Blute, ohne religiösen Fanatismus, die Einheit der Kirche im ganzen Reich anstrebt. "Wer vom orthodoxen Glauben abfällt", sagte er oft, "hört auf, Russe zu sein, nicht nur in seinem Denken und Handeln, sondern sogar in der Lebensweise und Kleidung".<<
Frankreich: Ab 1889 finanziert Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).
Kriegsminister Boulanger wird im Jahre 1889 gestürzt und muß ins Ausland fliehen.
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich (x1.001/73-75): >>**…**

Die Jesuiten und General Boulanger

… Die Feindseligkeit am Ende des 19. Jahrhunderts seitens des Staates, deren Opfer die fromme Partei zu sein vorgab, wird wohl der Berechtigung nicht ermangelt haben, wenngleich diese Feindseligkeit oder besser gesagt Skepsis bis dahin weit positiver aussah. Genau genommen zeigte sich laut Abt Brugerette der geistliche Widerstand gegen das Regierungssystem, das sich Frankreich freiwillig gab, bei jeder Gelegenheit. Obwohl von der Geistlichkeit stark unterstützt, schlug im Jahre 1873 der Versuch, die Monarchie mit Graf von Chambord (Heinrich Karl von Bourbon, Graf von .Chambord; französischer Thronanwärter, 1820-1883) wiederherzustellen, fehl, weil der Prätendent (Thronbewerber) sich hartnäckig weigerte, die dreifarbige Fahne, für ihn das Symbol der Revolution, zu übernehmen.

"So wie er leibt und lebt, scheint der Katholizismus der Politik oder einer bestimmten Art von Politik verpflichtet. … Monarchietreue wurde von Generation zu Generation weitergegeben, in den alten Adelsfamilien genauso wie im Bürgertum und im gemeinen Volk, in den katholischen Gebieten im Westen und im Süden. Deren Nostalgie eines alten und idealisierten, in einem abenteuerlichen Mittelalter angesiedelten "Regimes" (Regierungssystems) war verbunden mit dem Verlangen glühender Katholiken, deren Hauptsorge in der Rettung der Religion bestand; mit dem rechtmäßigen und frommen, als für die Kirche günstigste Regierungsform angesehenen Königshaus von Chambord stellten sich diese geschlossen hinter Veuillot (Louis François Veuillot; französischer Schriftsteller, ab 1848 Chefredakteur der katholischen Zeitschrift "L'Univers", 1813-1883).

Jenseits des Zusammenschlusses dieser politischen und religiösen Kräfte wurde in der angespannten Situation nach dem Kriege eine Art reaktionäre (fortschrittsfeindliche), von Monsignore Pie, Bischof von Poitiers, perfekt veranschaulichte Mystik (gefühlsbetonte Bestrebung nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) geboren sowie deren beste Inkarnation (Verkörperung) in der kirchlichen Welt: "Frankreich, das ein anderes Oberhaupt erwartet und nach einem Meister ruft … , erhält von Gott erneut "das Zepter des Universums, das ihm für eine Zeitlang aus den Händen gefallen war", an dem Tage, wo es wieder gelernt haben wird, auf seine Knie zu gehen."

Dieses von einem katholischen Historiker gezeichnete Bild ist aussagekräftig. Es hilft, die Schritte zu verstehen, die wenige Jahre später dem vergeblichen Restaurationsversuch (Wiederherstellungsversuch) des Jahres 1873 folgten.

Derselbe katholische Historiker beschreibt die damalige politische Haltung des Klerus folgendermaßen:

"Zur Wahlzeit werden die Presbyterien (Altarräume) zu Zentren für reaktionäre Kandidaten; die Priester und diensthabenden Pfarrer machen zwecks Wahlpropaganda Hausbesuche, verleumden die Republik und deren neue Unterrichtsgesetze; sie erklären, daß jene, die für die Freigeister, die derzeitige Regierung oder Freimaurer - als "Banditen", "Gesindel" und "Diebe" beschrieben - stimmen, sich der Todsünde schuldig machen.

Einer erklärt, daß einer Ehebrecherin leichter vergeben werde als jenen, die ihre Kinder in Laienschulen schicken, ein anderer: daß es besser sei, ein Kind zu erwürgen, als das Regierungssystem zu unterstützen, ein dritter: daß er jenen, die für die Anhänger des Regierungssystems stimmen, die Sterbesakramente verweigern werde. Die Drohungen werden wahr gemacht: republikanische und antiklerikale (kirchenfeindliche) Geschäftsleute werden boykottiert; Mittellosen wird jede Hilfe verweigert und Arbeiter werden entlassen."

Diese Auswüchse seitens eines immer mehr vom jesuitischen Ultramontanismus beeinflußten Klerus sind um so weniger akzeptabel angesichts der Tatsache, daß sie "von Geistlichen ausgehen, die, da das Konkordat noch in Kraft ist, von der Regierung bezahlt werden".

Auch ist die Mehrheit der öffentlichen Meinung über den Druck auf die Gewissen alles andere als erfreut, wie oben erwähnter Autor schreibt:

"Wie bis jetzt zu sehen war, ist das französische Volk in seiner Gesamtheit religiösen Fragen gegenüber gleichgültig, und die Pflege religiöser Praktiken können wir nicht mit wahrem Glauben verwechseln. … Tatsache ist, daß die politische Landkarte Frankreichs identisch ist mit dessen religiöser Landkarte. … Man kann sagen, daß die Franzosen in Gebieten, wo der Glaube stark ist, für katholische Kandidaten stimmen; andernorts wählt man bewußt kirchenfeindliche Abgeordnete und Senatoren. … Klerikalismus, also kirchliche Autorität in Sachen Politik, mit der üblichen Bezeichnung "Priesterregierung", wollen letztere nicht.
Ein Großteil der Katholiken hat genug von der Tatsache, daß der Priester, diese lästige Person, über Predigtanweisungen und Beichtvorschriften Gedanken, Meinungen, Handlungen, Essen und Trinken, ja sogar die Intimitäten (Intimsphäre) des Ehelebens kontrolliert und sich so in das Verhalten der Gläubigen einmischt; durch Wahrung ihrer Selbständigkeit als Bürger beabsichtigen sie, seine Herrschaft wenigstens einzuschränken."
Auch heute würden wir gerne noch diesen Selbständigkeitssinn wahrnehmen.
Doch wenn auch jener "Großteil der Katholiken" eine derartige Meinung besaß, so würden die Ultramontanen keineswegs abrüsten und nehmen bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Kampf gegen das verhaßte Regierungssystem wieder auf. Eine Zeitlang dachten sie, sie hätten den "Mann der Vorsehung" in der Person General Boulangers (Georges Boulanger, 1837-1891), im Jahre 1886 Kriegsminister, gefunden, der, seine persönliche Propaganda außerordentlich gut organisiert habend, nach einem zukünftigen Diktator aussah.
"Zwischen dem General und den Katholiken", schrieb Adrien Dansette, "wird ein stillschweigendes Abkommen getroffen, das im Laufe des Sommers Gestalt annimmt. … Er hat außerdem soeben ein Geheimabkommen mit royalistischen (königstreuen) Parlamentsmitgliedern, wie z.B. Baron de Mackau (Armand de Mackau, 1832-1918) und Graf de Mun (Albert de Mun, französischer Sozialpolitiker, 1841-1914), treuen Kirchenverteidigern in der Versammlung, geschlossen. …
Der phlegmatische Innenminister Constans (Ernest Constans, 1833-1913) droht damit, ihn verhaften zu lassen und der Diktatorenanwärter flieht am 1. April des Jahres 1889 mit seiner Geliebten nach Brüssel.
Mit dem "Boulangismus" (der autoritär-nationalistischen Bewegung der Konservativen (am Hergebrachten Festhaltenden, die sich nur ungern auf Neuerungen einlassen), Radikalen und Bonapartisten (Anhängern des autoritären Herrschaftsstils Napoleons I. und Napoleons III., die sich um Boulanger gesammelt hatten,) geht es von nun an rasch bergab. Frankreich wurde nicht eingenommen: es erholt sich wieder. … Bei den Stimmabgaben am 22. September und 6. Oktober des Jahres 1889 erleidet der "Boulangismus" eine vernichtende Niederlage. ..."
Aus der Feder desselben Historikers können wir lesen, was bezüglich dieses Abenteurers die Haltung des Papstes war; d.h. Leos XIII., der im Jahre 1878 die Nachfolge Pius' IX., des Syllabuspapstes, angetreten hatte, und der so tat, als riete er den Gläubigen Frankreichs, sich auf die Seite des republikanischen Regierungssystems zu stellen:
"Im August (1889) gibt der deutsche Botschafter beim Vatikan vor, der Papst sehe in dem General (Boulanger) den Mann, der die französische Republik zu Fall bringen und den Thron wiederherstellen würde; wir können einen Artikel lesen, in welchem sich der "Moniteur de Rome" (der "Römische Beobachter"; damaliges päpstliches Amtsblatt) mit der Hoffnung trägt, daß der Diktatorenanwärter die Macht übernehmen und die Kirche "sehr davon profitieren können" werde. … General Boulanger schickt einen seiner ehemaligen Offiziere nach Rom, mit einem Brief an Leo XIII., worin er dem Papst verspricht, "daß an dem Tage, wo er das Schwert Frankreichs in seinen Händen hielte, er sein Möglichstes zur Wahrnehmung der Rechte des Papsttums tun würde."
Solcherart war der Jesuitenpapst; sein Übermaß an "Liberalismus" (Prinzipienlosigkeit) wurde von den radikalen Geistlichen mißbilligt!

Die boulangistische (die die autoritär-nationalistische Bewegung der Konservativen, Radikalen und Bonapartisten um Boulanger betreffende) Krise machte das von der religiösen Partei unter dem Deckmantel des Nationalismus gegen die Laienrepublik betriebene Vorgehen deutlich genug. Hatten doch die farblose Art der Hauptperson wie auch der Widerstand der Mehrheit der Nation den Versuch trotz dieser ganzen Agitation zunichte gemacht. Dennoch hatten sich diese chauvinistischen Methoden als sehr effektiv, vor allem in Paris, erwiesen und sollten bei einer anderen, besseren Gelegenheit genutzt werden.
Es kam dies zustande - oder wurde es hervorgerufen? - und die Schüler Loyolas standen natürlich an der Spitze dieser Bewegung. "Dies sind ihre Freunde", schrieb Pierre Dominique, "ein bigotter (frömmelnder) Adel, eine Voltaire ablehnende Bourgeoisie und viele Militärs (hohe Offiziere). Sie werden insbesondere auf die Armee einwirken und das Ergebnis wird die berühmte Allianz von "Säbel und Weihwedel" (Weihwedel oder Aspergill: liturgisches Gerät zum Besprengen mit Weihwasser) sein. …<<

USA: Der US-Stahlindustrielle Andrew Carnegie (1835-1919) erläutert im Jahre 1889 die Vorteile von monopolartigen Großunternehmen (x149/54): >>Das Gesetz des Wettbewerbs ... mag zwar für den einzelnen gelegentlich hart sein, für die Menschheit ist es jedoch zum Besten, weil es auf jedem Gebiet das Überleben der Tüchtigsten sicherstellt.
Daher akzeptieren und begrüßen wir große Ungleichheit der Lebensbedingungen, die Konzentration von Industrie und Handel in den Händen von wenigen und das Gesetz des freien Wettbewerbs zwischen ihnen, ... da sie für den künftigen Fortschritt der Menschheit nicht nur günstig, sondern notwendig sind. ...
Der Sozialist oder Anarchist, der die gegenwärtigen Verhältnisse umstürzen will, greift in Wirklichkeit die Grundlage der Zivilisation überhaupt an ...<<

Japan: Im Jahre 1889 erhält Japan eine neue Verfassung und wird von einem mittelalterlichen Lehnsstaat in einen modernen Beamtenstaat (nach dem preußischen Vorbild) umgewandelt. Das Heer wird nach deutschem System aufgestellt und die Flotte nach dem britischen Muster errichtet. Damals werden in Japan zahlreiche europäische Wissenschaftler, Handwerker und Offiziere beschäftigt, um das Land zu modernisieren.
In Japan gibt es damals naturgemäß auch kritische Stimmen (x069/81): >>Trotz der berühmten westlichen Freiheit ist die echte Individualität dort durch die Suche nach Reichtum zerstört; Glück und Frohsinn werden dem unstillbaren Wunsch, immer mehr zu besitzen, geopfert. Der Westen rühmt sich, sich vom mittelalterlichen Aberglauben gelöst zu haben; aber was ist denn dieser Götzenkult des Reichtums, der an dessen Stelle getreten ist?
Die gegenwärtige Aufgabe Asiens besteht darin, die asiatischen Sitten zu wahren und wiederzubeleben. Aber um das zu tun, muß es sich zunächst selbst erkennen und sich seiner Eigenart bewußt werden, denn die Schatten der Vergangenheit sind die Verheißung der Zukunft.<<

1890

> Das deutsche Volk da suchen, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden ist, nämlich bei seiner Arbeit.
> *Gustav Freytag (1816-1895, deutscher Schriftsteller)*

Deutsches Reich: Im Januar 1890 lehnt der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes (zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung) ab.
Kaiser Wilhelm II erläßt Anfang Februar 1890, ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers, ein sozialpolitisches Programm zum Schutz der Arbeiter (x239/161): >>(Wenn berechtigte Forderungen der Arbeiter) nicht berücksichtigt werden, ... verwandeln (sie) sich durch den Einfluß der Anarchisten und Sozialisten bis in das Maßlose und Unangemessene. ...
Man kann das an der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung sehen, mit jedem Jahr steigen die Forderungen. Wartet man länger, dann wird man auch beim besten Willen nicht in der Lage

sein, diese Wünsche mehr zu erfüllen. ...
Nichtsdestoweniger kann noch viel in Deutschland zum Schutze der Arbeiter geschehen, nämlich
I. Das Verbot der Sonntagsarbeit, soweit sie nicht wie z.B. bei Hüttenwerken ... unumgänglich notwendig ist.
II. Das unbedingte Verbot der Nachtarbeit und der Arbeit unter der Erde für Frauen und Kinder.
III. Ein Verbot der Frauenarbeit während der letzten drei Wochen der Schwangerschaft und der ersten drei Wochen nach der Entbindung.
IV. Eine Unterbrechung der Frauenarbeit während des Tages zur Besorgung häuslicher Geschäfte. ...
VI. Die Einschränkung der Arbeit von Kindern bis zum 14. Jahre als Regel, jedoch unter Zulassung von Ausnahmen. ...
Zu der Herstellung des sozialen Friedens ... würde es erheblich beitragen, wenn die sogenannten Fabrikordnungen ... nicht einseitig von den Arbeitgebern, sondern in Gemeinschaft mit Vertretern (Arbeiter-Ausschüssen) vereinbart würden. ...<<
Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzt, wird Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.
Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee (1832-1904, maßgeblich am Sturz Bismarcks beteiligt) schreibt im Jahre 1890 (x056/276): >>In der Arbeiterfrage ist der Kaiser empört, daß der Kanzler (Bismarck) mit ruhigem Blute die Armee mißbrauchen will, um auf die Arbeiter zu schießen, und meint, der Kanzler wolle ihm auch hier den Ruhm, aus der Hand nehmen. Eigentlich ist es unglaublich, daß er noch mit einem Mann zusammenwirken will, dem er zutraut, nur aus Eifersucht um seines Ruhmes willen Blutbäder herbeizuführen.<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die "Arbeiterfrage" in Deutschland (x801/750-751,753): >>Arbeiterfrage.
In der Arbeiterfrage wird das Wort Arbeiter (welches sprachlich eine Person bedeutet, die ihre Kraft veräußert, um einen Wert hervorzubringen) in einem engeren Sinn gebraucht. Es bezeichnet hier nur Lohnarbeiter und von diesen auch nur einen Teil. Die Arbeiterfrage, eine Lohnarbeiterfrage, bezieht sich nur auf diejenigen Lohnarbeiter, welche als solche in gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ihren Erwerb suchen.
Sie ist ein soziales Problem, doch nicht das einzige soziale Problem, das heute existiert. Man nennt sie aber häufig die soziale Frage schlechthin, weil sie unter den vielen sozialen Fragen der Gegenwart weitaus die wichtigste und bedeutsamste ist.
Soziale Probleme sind Aufgaben für den Staat und die Gesellschaft zur Besserung ungenügender Zustände ganzer Gesellschaftsklassen, welche ebensolchen Umfang angenommen haben, daß zur Beseitigung der Mißstände die Kraft der Einzelnen (der Individuen bzw. der betreffenden Klasse) nicht mehr hinreicht, sondern dazu die Mitwirkung der Gesellschaft und des Staates notwendig ist.
Ein soziales Problem entsteht erst dadurch, daß die tatsächlichen Zustände der Gesellschaft in Widerspruch geraten mit einem Gesellschaftsideal, mit einem Zustand, wie er nach der idealen und sittlichen Anschauung sein sollte, und daß man allgemein zu der Überzeugung gelangt ist, daß Staat und Gesellschaft die Möglichkeit und die Pflicht haben, diesen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, zu heben. Soziale Probleme können deshalb doppelten Ursprungs sein.
Sie können einerseits entstehen dadurch, daß die tatsächlichen Zustände sich gegen früher verschlechtert haben. Sie können aber auch anderseits entstehen, ohne daß eine solche Ver-

schlechterung eingetreten, lediglich dadurch, daß ein Volk sich höhere Gesellschaftsideale stellt als früher. Unter dieser Voraussetzung können sie sich auch dann bilden, wenn die tatsächlichen Zustände bessere geworden sind. Die Arbeiterfrage gehört zu den Problemen der letzteren Art.

Die Arbeiterfrage hat zu ihrem Gegenstand die Lage der vorerwähnten Lohnarbeiter in ökonomischer, moralischer und sozialer Hinsicht. Diese Lage zeigt zahlreiche Mißstände, die im Widerspruch stehen einerseits mit den Anforderungen, welche vom Standpunkt der Moral und Humanität an das Leben der Einzelnen gestellt werden, und mit den Rechten, welche der moderne Staat als Grundrechte der Persönlichkeit anerkennt, insbesondere mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit und Gleichberechtigung, anderseits mit den kulturellen Aufgaben und Zielen des modernen Kulturstaates.

Die Arbeiterfrage ist die Frage der Lösung dieses Widerspruchs, der Beseitigung dieses Mißverhältnisses, mit anderen Worten die Frage der Verwirklichung der Forderungen der Moral, der Humanität, der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit für diesen großen Teil des Volkes, den sogenannten vierten Stand.

Es handelt sich hier im einzelnen um eine Reihe positiver Anforderungen an die Ausbildung, den Arbeitsvertrag, die Art der Beschäftigung, die Arbeitszeit, die persönliche Stellung zum Arbeitgeber, an das Einkommen, die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, das Familienleben, an die Sicherung und Versicherung gegen Unglücksfälle, an die moralische, religiöse, soziale und politische Existenz dieser Klassen.

Die Arbeiterfrage ist daher nicht nur eine Lohn- oder Einkommensfrage, sondern eine Frage viel allgemeinerer, viel komplizierterer Art, und sie ist auch nicht bloß eine ökonomische, sondern zugleich eine sittlich-religiöse und eine politische Frage. Die Besserung von Arbeiterzuständen ist auch schon vor dem 19. Jahrhundert Gegenstand sozialer Probleme gewesen. Aber das, was man heute unter der Arbeiterfrage begreift, wenn von ihr schlechthin die Rede ist, ist doch erst eine Erscheinung, ein Problem des 19. Jahrhunderts.

Für die richtige Würdigung dieser Arbeiterfrage ist wesentlich, daß sie ihren besonderen Entstehungsgrund und Inhalt hat einerseits in Übelständen, die erst im letzten Jahrhundert durch die gegen früher völlig veränderten rechtlichen und technischen Verhältnisse der Volkswirtschaft hervorgerufen wurden, anderseits darin, daß die heutigen Kulturstaaten und ihre Gesellschaft sich viel höhere Aufgaben für die Verbesserung des Loses der unteren Volksklassen stellen, als es früher geschah, daß man diese Klassen auf eine viel höhere Stufe der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung erheben will, als sie früher erstrebt wurde.

Das Auftreten der Arbeiterfrage in unserem Jahrhundert ist daher nicht ein Zeichen des Rückschritts, nicht ein Beweis dafür, daß die Lage der Lohnarbeiter gegen früher eine schlechtere geworden (ist), sondern im Gegenteil ein Zeichen des Fortschritts, ein Beweis dafür, daß die Völker, bei denen die Arbeiterfrage eine brennende Tagesfrage ist, bewußt eine höhere Kulturstufe erreichen wollen, daß ihr Rechtsbewußtsein, ihre humanen und sittlichen Anschauungen, ihre sittlichen Bestrebungen höhere geworden sind.

Die Arbeiterfrage gehört zu den schwierigsten Problemen, die je Völker in der Geschichte sich gestellt haben. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Ansichten über das Maß des Berechtigten und Erreichbaren und über den Weg zu diesem Ziel weit auseinander gingen und gehen.

Und in der Tat zahllos sind die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage, und die Literatur, in der die widersprechendsten Ansichten entwickelt sind, füllt eine große Bibliothek. ...

Das hauptsächlich unterscheidende Kriterium für die verschiedenen Richtungen ist weniger die Ansicht über das berechtigte und erreichbare Ziel als die Stellung des Staates zur Lösung der Frage, das Verhalten der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zur Hebung der Mißstände. ...<<

>>... Die Arbeiterfrage ist materiell ein nach Lohnklassen verschiedenes Problem. Man kann in dieser Hinsicht insbesondere drei Gruppen von Lohnarbeitern und danach auch drei verschiedene Arbeiterfragen unterscheiden:
1) Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Eine solche Arbeiterfrage existiert in Deutschland wesentlich nur für die Lohnarbeiter auf großen Gütern und in Gegenden, wo diese weitaus überwiegen.
2) Die Lohnarbeiter im Kleingewerbe, die Handwerksgesellen. Die Verhältnisse dieser Arbeiterklasse sind nur in einem geringen Grad Anlaß und Gegenstand eines sozialen Problems; die Gesellenfrage tritt an Inhalt und Bedeutung weit hinter die beiden anderen zurück.
3) Die Lohnarbeiter in großen gewerblichen, insbesondere industriellen, Unternehmungen, die sog. industrielle Arbeiterfrage. Sie umfaßt die eigentlichen Fabrikarbeiter, die hausindustriellen Arbeiter, die Lohnarbeiter in größeren Handwerksunternehmungen, in Berg- und Hüttenwerken und Salinen. Die industrielle Arbeiterfrage und die Gesellenfrage werden auch zusammen als gewerbliche Arbeiterfrage bezeichnet. ...<<

Bismarcks Rücktritt

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.

Abb. 45 (x145/153): Als 1890 Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Bismarck entließ, veröffentlichte die englische Zeitung "Punch" diese Karikatur "Der Lotse geht von Bord".

Otto von Bismarck schreibt später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Ge-

sundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...
Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeigungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<
Der Diplomat Friedrich von Holstein (1837-1909, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, sog. "graue Eminenz" und einflußreicher Intrigant) wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem als Vortragender Rat im Auswärtigen die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflußte (x069/89).
Bismarck schreibt in seinen Erinnerungen über die spätere "Personalpolitik" des deutschen Kaisers (x237/200): >>Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit schwieriger war wie heute. ...<<
Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh (im Sachsenwald bei Hamburg) zurück.
Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.
Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis.
Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.
Bismarck sagt später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<
Der deutsche Schriftsteller Ludwig Reiners (1896-1957) schreibt später über die politischen Ziele Bismarcks (x290/528): >>... Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Unwandlung des losen deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.
Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechtigte Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt.
In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, daß Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.
Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäische Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von großer Härte! Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.<<
Max Weber (1864-1920, Nationalökonom und Soziologe, gilt als Begründer der Religions- und Wissenschaftssoziologie) schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204):

>>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.
Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<
>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.
Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schreibt später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß.
Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ...
Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<
Roland Siegert berichtet später über die Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 (x1.035/…):
>>**Die Entlassung Bismarcks (1890)**
Die historischen Hintergründe
Im März 1890, knapp zwei Jahre, nachdem er Kaiser geworden war, entließ Kaiser Wilhelm II. den verdienten Reichskanzler Otto von Bismarck.
Bismarck hatte 1871 Deutschland geeint, das vorher in unzählige Kleinstaaten zersplittert war, und das Deutsche Kaiserreich geschaffen. Die Verfassung des neuen Reiches war ganz auf Bismarck zugeschnitten, und der erste Kaiser (Wilhelm I.) ließ ihm relativ freie Hand. Innenpolitisch regierte Bismarck streng und unnachgiebig (z.B. gegenüber Katholiken und Sozialdemokraten), außenpolitisch äußerst klug und diplomatisch. So hatte er mit Deutschlands Nachbarstaaten effiziente Bündnisse geschlossen, die verhinderten, daß das Reich isoliert und gefährdet wurde.
Als Wilhelm I. hochbetagt 1888 starb, mußte sich Bismarck mit dem erst 29 Jahre alten Nach-

folger Wilhelm II. arrangieren.
Obwohl Wilhelm II. Bismarcks politisches Wirken bewunderte (freilich nicht uneingeschränkt: Bismarcks Kulturkampf z.B. hatte Wilhelm II. stets abgelehnt), kam es zu immer größeren Meinungsverschiedenheiten und zu immer stärkerem Mißtrauen auf beiden Seiten, was schließlich eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit unmöglich machte. So entließ Wilhelm II. den alten Kanzler, der fast 28 Jahre lang die deutsche und preußische Politik maßgeblich bestimmt hatte, am 20. März 1890.

Die Kritik am Kaiser

Daß der junge Kaiser den erfahrenen Bismarck, den führenden Staatsmann Europas, entließ, gilt als einer der Hauptkritikpunkte an Wilhelm II., als einer seiner ersten großen Fehler. Er wird als Beweis dafür gewertet, daß Wilhelm II. oft unvernünftig und egozentrisch handelte, Kritik nicht zugänglich war und von Beginn an im Sinn hatte, ein "persönliches Regiment" - ohne einen starken Kanzler - zu führen. Wenn Bismarck weiterhin Kanzler gewesen wäre, so deutet man, hätte sich Deutschland außenpolitisch nicht isoliert, und es wäre womöglich zum Ersten Weltkrieg nicht gekommen.

Die Tatsachen

Bismarck war bei seiner Entlassung bereits 75 Jahre alt, für damalige Verhältnisse ein Greis. Er hatte gesundheitliche Probleme, hatte sich zuvor nur noch selten im Reichstag gezeigt und hauptsächlich vom Alterssitz Friedrichsruh aus regiert.
Der Historiker Golo Mann schrieb: "Während des Jahres 1889 hieß es, daß er schnell alterte, die Angelegenheiten des Staates schleifen ließ." In diesem Jahr war er acht Monate lang nicht nach Berlin gekommen!
Die Zeit, in der er gedanklich beweglich und realistisch Politik gemacht hatte, schien längst vorüber. Man könnte seine Entlassung also allein schon schlichtweg als überfälligen Generationswechsel auffassen, die Entlassung durch den Kaiser als etwas Naheliegendes.
Als der Kaiser Bismarck entließ, tat er nur das, was die meisten Deutschen ohnehin erhofften. Doch nicht aus Unvernunft und Leichtsinn, sondern weil der einst so weise Bismarck zunehmend an Altersstarrsinn und Realitätsblindheit litt. Zudem hatte sich Bismarck im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland viele Feinde gemacht, er galt als engstirnig, eigensinnig und intrigant. Viele hatten den Eindruck, daß er die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannte und regelrecht zu einer Last geworden war.
Die Entlassung Bismarcks erschien seinerzeit also logisch und vernünftig.
Erst später, als der Kaiser zunehmend kritisiert wurde und der Mythos "Bismarck" entstanden war, mußte z.B. selbst Kaiserkritiker Paul Busching 1908 zugeben: "Ist es ein Zufall, daß der Eindruck der ersten entscheidenden Tat Wilhelms II., der Entlassung Bismarcks, im Laufe der Jahrzehnte gänzlich verwischt worden ist? Wir erinnern daran, daß der Kaiser am 20. März 1890 nicht allein stand, daß es Millionen gab, die von dem Rücktritt des ersten Kanzlers den Beginn einer neuen Epoche gesunder, freier Entwicklung datieren wollten, die der Bismarckschen Verwaltungsmethode, seiner Wirtschaftspolitik, seinen Anschauungen über Arbeiterfrage und Sozialismus entfremdet waren."
Und der Sozialreformer und Pfarrer Martin Wenck schrieb rückblickend im Jahre 1913: "So gewaltig erschütternd Bismarcks Sturz wirkte, einem Erdbeben gleich - um der sozialen Frage willen, die gebieterisch alle anderen zurückdrängte, empfanden viele Millionen Deutsche diesen Rücktritt doch wie eine Erlösung. Nun sollte und konnte die Bahn frei werden für eine Epoche sozialen Wirkens."
Bismarck und Wilhelm II. brachte nicht in erster Linie die Außenpolitik, sondern die "soziale Frage" auseinander. In dieser Angelegenheit hatte Bismarck unmögliche Ansichten.
"Hier war der Kaiser voll guten Willens. Es müsse auch etwas für die ausgebeuteten Arbeiter getan werden. Er sei auch der König der Ärmsten", so zitiert Golo Mann den Kaiser.

Bismarck hielt dies für "Humanitätsduselei" und wollte den Arbeitern verstärkt mit Härte, notfalls mit Waffengewalt, entgegentreten. Die strengen Sozialistengesetze, nach 12 Jahren im Jahre 1890 im Reichstag aufgehoben, wollte Bismarck sogar noch verschärfen. Er hoffte, daß es dadurch zu Aufständen kommen würde, die einen Staatsstreich - verbunden mit einem Militärschlag gegen die Sozialdemokratie - rechtfertigen würden. Insgeheim hoffte er auch, daß sich der junge Kaiser damit beim Volk unbeliebt machen würde.
Wilhelm II. lehnte die Pläne Bismarcks jedoch strikt ab und erwiderte ihm, "daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte."
Die neuen kaiserlichen Arbeiterschutzgesetze versuchte Bismarck jedoch zu sabotieren. Wilhelm II. selbst berichtete es so: "Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen (der Arbeiterschutzgesetze) mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal."
Dem ehrwürdigen Ansinnen des Kaisers stand also Bismarcks unzeitgemäße Radikalität gegenüber, die zudem die tatsächliche Lage völlig verkannte, wie auch Golo Mann schrieb: "Wenn Bismarck jetzt mit Kanonen gegen die Sozialdemokraten vorgehen wollte, so lebte er in einer Welt der Halluzinationen."
SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein stellte fest: "Bewußt, um sich unentbehrlich zu zeigen, wollte er (Bismarck) ein innenpolitisches Chaos inszenieren. ... Man wird Wilhelm zubilligen müssen, daß Bismarck mit seinem innenpolitischen Latein am Ende war, als der Kaiser ihn entließ".
Am 22. März, zwei Tage nach Bismarcks Entlassung, informierte Wilhelm II. den englischen Botschafter Sir Edward Malet. Dieser berichtete an seine Regierung in London von der Unterredung mit Wilhelm II.: "Wilhelm (ging) auf die lange Geschichte seiner Differenzen mit dem Altreichskanzler in der Arbeiterschutzfrage und wegen des Sozialistengesetzes ein.
Er warf Bismarck vor, den Klassenkonflikt bewußt auf die Spitze treiben zu wollen in der Absicht, dann durch Kartätschen (Munition) die Straßen "reinzufegen" … "doch für mich, einen jungen Monarchen, gerade auf den Thron gekommen, und für mein ganzes Haus, wäre es katastrophal gewesen, wenn ich es zugelassen hätte, daß mein Volk auf der Straße niedergeschossen worden wäre, ohne vorher seine Beschwerden auch nur untersucht zu haben.
Man hätte gesagt, daß ich nur mit Bajonetten zu regieren wüßte." Statt aber auf ihn zu hören, habe Bismarck hinterrücks seine, Wilhelms, sozialpolitische Initiative zu untergraben versucht und "ihn wie einen Schuljungen behandelt"."
Aus heutiger Sicht hatte Bismarck nicht mehr zeitgemäße, ja höchst bedenkliche Ansichten, was den Umgang mit der Arbeiterschaft betraf. Zu einem Kompromiß war er nicht mehr fähig. Er war starrsinnig und konnte nicht akzeptieren, daß der Kaiser keine Konfrontation mit der Arbeiterschaft suchte. Somit distanzierte sich Bismarck von der vernünftigen Ansicht des Kaisers - nicht umgekehrt, wie heute gemeinhin angenommen wird.
Wilhelm II. war kein Feind, sondern Bewunderer Bismarcks. Es war Bismarck, der letztlich die Zusammenarbeit mit dem Kaiser verweigerte.
Auch wenn es wegen unterschiedlicher Ansichten zur Entfremdung zwischen Bismarck und Wilhelm II. kam, bewunderte Wilhelm II. die Leistungen Bismarcks. In seinen Memoiren schrieb Wilhelm 1922: "Die staatsmännische Größe des Fürsten Bismarck und seine unvergänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland sind historische Tatsachen von so gewaltiger Bedeutung, daß es wohl in keinem politischen Lager einen Menschen gibt, der es wagen könnte, sie anzuzweifeln.
Deshalb schon ist es eine törichte Legende, daß ich die Größe Bismarcks nicht anerkannt hät-

te. Das Gegenteil ist richtig … Er war der Schöpfer des Deutschen Reiches, … wir alle hielten ihn für den größten Staatsmann seiner Zeit. … Als ich noch Prinz von Preußen war, habe ich oft gedacht: Hoffentlich lebt der große Kanzler noch recht lange, denn ich wäre geborgen, wenn ich mit ihm zusammen regieren könnte."
Freilich, in der Realität zeigten sich unüberbrückbare Differenzen, die von Bismarck ausgingen. Gegenüber dem Schriftsteller Hans Blüher äußerte Wilhelm II. im Jahre 1928: "Ich kann Ihnen sagen: Es war furchtbar, unter Bismarck zu arbeiten! Jede Gelegenheit benutzte er, um mich zu kränken und fast zu demütigen. Und dann immer die Rücktrittsdrohung! Ich wollte ihn doch halten und mit ihm regieren! … Es gibt eben Grenzen des Ertragbaren. Und es war unerträglich, was er mir stündlich und täglich zumutete."
Tatsächlich war es Bismarck selbst, der dem Kaiser immer wieder ganz offen mit Rücktritt gedroht hatte: "Wenn Euere Majestät kein Gewicht auf meinen Rat legen, so weiß ich nicht, ob ich auf meinem Platz bleiben kann.", rief Bismarck erregt dem Kaiser während einer Ministerrunde ins Gesicht, nachdem dieser Bismarcks Kritik an den geplanten Arbeiterschutzgesetzen zurückgewiesen hatte.
Wilhelm II. wollte nach der Entlassung Bismarcks keinen außenpolitisch neuen Kurs, sondern den bewährten Weg der Bündnisse fortsetzen.
Golo Mann schrieb: "Wilhelm II. hielt Bismarcks politische Konstruktion für richtig und so zuverlässig, daß sie des Architekten nun nicht mehr bedürfte. Es fiel ihm gar nicht ein, daß irgend etwas daran geändert werden müßte oder könnte."
Zunächst hatte Wilhelm II. sogar noch versucht, Bismarck weiterhin für die Außenpolitik zu halten und ihn lediglich von der Innenpolitik zu entbinden: "Mit der Zuspitzung der Bismarckkrise äußerte Wilhelm II. dann am 27. Januar (1890, also 2 Monate vor Bismarcks Entlassung) den Wunsch, Bismarck möge sich aufs Auswärtige Amt beschränken und die Leitung der inneren Politik im Reich sowie in Preußen an einen anderen abgeben."
Wie paßt dieser Wunsch des Kaisers zur Unterstellung, er habe Bismarck loswerden wollen, um einen anderen außenpolitischen Kurs verfolgen zu können?
Selbst nachdem er Kanzler Bismarck entlassen hatte, wollte Wilhelm II. wenigstens weiterhin mit Bismarcks Sohn Herbert zusammenarbeiten, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt (heute vergleichbar mit dem Außenminister). Wilhelm II. bat Herbert Bismarck mehrfach, ihm zu "helfen, die Tradition in der Politik fortzuführen" und bot ihm neben dem Auswärtigen Amt zusätzlich die Stelle des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an, der für die Abgabe der preußischen Stimme im Bundesrat verantwortlich war. Herbert Bismarck aber lehnte ab mit der Begründung, "er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten".
Am 21. März reichte schließlich auch Herbert Bismarck, inzwischen gesundheitlich angeschlagen, seinen Rücktritt ein. Noch eine Woche später hoffte der Kaiser auf seine Rückkehr. Am 28. März äußerte er: "Herbert müsse wieder eintreten, so wie er sich erholt hat, und denselben Platz einnehmen wie bisher! … Er schätze Herberts Tüchtigkeit, könne mit ihm arbeiten und sei mit ihm befreundet."
Dazu kam es freilich nicht - Herberts Entschluß war endgültig.
Wilhelm II. entließ den Kanzler Otto von Bismarck also allein deshalb, weil die Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich war, und nicht, um danach ungestört eine andere, antibismarcksche Außenpolitik verfolgen zu können, wie heute oft behauptet wird. Unmittelbar nach Bismarcks Entlassung, am 19. März, telegraphierte Wilhelm II. an seine englische Großmutter, Queen Victoria: "Meine Politik wird sich überhaupt nicht ändern."

Fazit

Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist völlig verständlich. Bismarck war es, der sich der Zusammenarbeit mit dem neuen Kaiser verweigerte, nicht umgekehrt. Bismarck war alt,

eigensinnig, schätzte die Realitäten inzwischen falsch ein, argumentierte nur noch rückwärtsgewandt und intrigierte gegen den Kaiser. Sein Plan, durch militärische Gewaltmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft einen Staatsstreich zu provozieren, war moralisch verwerflich und unvertretbar. Die Mehrheit der Deutschen war froh, als er weg war. Der Linksliberale Eugen Richter z.B. schrieb erleichtert: "Gott sei Dank, daß er fort ist."
Der Schriftsteller Theodor Fontane, der jahrzehntelang zwischen Bismarck-Bewunderung und -kritik geschwankt hatte, äußerte: "Es ist ein Glück, daß wir ihn los sind, und viele, viele Fragen werden jetzt besser, ehrlicher, klarer behandelt werden als vorher. Er war eigentlich nur noch Gewohnheitsregent, tat, was er wollte, ließ alle warten und forderte nur immer mehr Devotion. Seine Größe lag hinter ihm."
Golo Mann, der große Historiker, brachte es 1958 auf den Punkt: "Wilhelm II. konnte sich sagen, daß er nicht nur richtig, sondern im Sinne des Volkes gehandelt habe."
Und: "Bismarck verschwand nicht zu früh, er verschwand viel zu spät. Die Beseitigung dieses lastenden Anachronismus war das Mutigste, an sich selbst betrachtet das Beste, was Wilhelm II. je getan hat."
Freilich, bereits kurz nach seiner Entlassung begann Bismarck damit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen: "Der Reichsgründer zeigte sich dem Publikum in den acht Tagen nach seiner Entlassung mehr als sonst in einem ganzen Jahr und sorgte in wütender Kränkung für die Verbreitung seiner Version des Sturzes, wonach er - vom geistig nicht ganz gesunden? - Kaiser "hinausgeschmissen" worden war."
In den folgenden Jahren, noch zu Lebzeiten des entlassenen Kanzlers, begann der Bismarck-Mythos zu entstehen. Dieser bewirkte, daß die Entlassung Bismarcks - ganz in dessen Sinne - immer mehr verklärt und schließlich als Fehltat Wilhelms II. betrachtet wurde. Eine Einschätzung, die bis in die Gegenwart fortwirkt.
"1890 … bildete Bismarck mit seinen Intrigen und seinem greisenhaften Festhalten an der Macht gleichsam die dunkle Folie hinter der strahlenden Figur des jungen Kaisers und dem, was er an Erwartungen heraufbeschwor. Fünf Jahre danach vergoldete Bismarck mit seiner Person eine Vergangenheit, von der viele bereits vergaßen, daß sie gar keine Zukunft mehr besessen hatte. So wurde schließlich sein Sturz bis in unsere Zeit hinein zur vielfältig umrankten Legende."<<
Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.
Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Kaiser Wilhelm II.

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde. Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich ("in dem die Sonne nicht unterging").
Der ehrgeizige deutsche Kaiser wollte sich nicht länger von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen ("Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser").
Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien

von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899) verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.
Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig unüberlegte Reden ("markiges Säbelrasseln") und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt (Serbien) verstrickten.
Friedrich A. von Holstein, inoffizieller Leiter der deutschen Außenpolitik, erklärt 1897 während einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter (x063/458): >>... daß Seine Majestät (Wilhelm II.) als das Kind oder der Narr behandelt werden muß, der er ist ...<<
Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").
Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Kaiser Wilhelm II. und Bismarcks Nachfolger (x057/180-181): >>In Wilhelm II. (1859-1941) hatte das Deutsche Reich einen vielseitig begabten Herrscher, der von redlichstem Wollen beseelt war, die Aufgaben des Reiches zu erfüllen. Er erwarb sich große Verdienste um die deutsche Wirtschaft, vor allem aber um Heer und Flotte, und war von Anfang seiner Regierung an bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber die allzustarke Neigung, persönlich in den Vordergrund zu treten, sowie die unruhige und überschwengliche Art in seinen Reden und Kundgebungen ließen etwas Unausgeglichenes in seinem Wesen erkennen.
Im Gegensatz zu seinem Großvater vermochte er nicht immer die geeigneten Persönlichkeiten an die leitenden Stellen zu bringen, was ein schwerer Mangel des "neuen Kurses" werden sollte.
Keiner der Nachfolger Bismarcks war der hohen Aufgabe gewachsen, das Erbe des Reichsgründers zu verwalten und zu wahren. Die Reichskanzler General Caprivi (1890-94) und Fürst Hohenlohe (1894-1900) waren im wesentlichen ausführende Organe des kaiserlichen Willens. Unter Fürst Bülow (1900-09) begann die Isolierung Deutschlands, und der langsam abwägende von Bethmann-Hollweg (1909-17) wußte die inneren und äußeren Schwierigkeiten vor und während des Krieges nicht zu meistern.<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streifrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.
Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.

Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.
Während sein Großvater noch preußischer König gewesen war und mit seiner Skepsis gegenüber dem Kaisertum schließlich recht behalten sollte, wandte sich der Enkel der imperialen Kaiseridee zu; er, der weder ein Friedenskaisertum durchzuhalten vermochte noch ein parlamentarisches Volkskaisertum ernsthaft zu begründen versuchte, trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<
Wilhelm II. geriet später unter den Einfluß der konservativen preußischen Kräfte und bekämpfte in erster Linie den Deutschen Reichstag, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ("gegen Demokraten helfen nur Soldaten").
Die gesellschaftliche Ordnung dieser Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (von 1849 bis 1918) und in anderen Bundesstaaten war vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.
Der deutsche Historiker Heinz Dollinger (1929-2011) berichtet später über das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (x056/263): >>Das Haus der Abgeordneten besteht aus 443 Mitgliedern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Wahl ist mittelbar (indirekt) und zerfällt in 2 Handlungen: die Wahl der Wahlmänner, deren einer auf je 250 Seelen zu wählen ist (Urwahl), und die der Abgeordneten durch die Wahlmänner.
Zum Zwecke der Wahl werden die ... Wahlbezirke (Urwahlbezirke) von 750 bis 1.749 Seelen zerlegt. Die Urwahl erfolgt nach der Dreiklassenordnung, die ein Gleichgewicht der 3 Stände, der wohlhabenden, des Mittelstandes und der Unbemittelten herstellen soll. Die Urwähler werden innerhalb des Urwahlbezirkes nach ihren direkten ... Steuern in 3 Abteilungen so eingeteilt, daß jede Abteilung 1/3 der Gesamtsumme dieser Steuern ... umfaßt. Die zu wählenden Wahlmänner werden auf die Abteilungen gleichmäßig verteilt.
Die Wahl der Wahlmänner erfolgt nach absoluter Mehrheit durch Stimmabgabe zu Protokoll. Als Wahlmann kann jeder Urwähler in seinem Urwahlbezirk gewählt werden. In gleicher Weise erfolgt die Wahl der Abgeordneten.<<
Eduard Bernstein (1850-1932, SPD-Mitglied des Reichstages, 1917-20 USPD-Abgeordneter) sagt später über das "Dreiklassenwahlrecht" (x176/201): >>(Dieses Wahlrecht) hieß im Volk das "Groschenwahlrecht", weil der Groschen und nicht die Intelligenz entscheidend war, nicht der Wille der Wähler, sondern der nackte, pure Besitz. ... Um dieses Verhältnis vor Augen zu führen, erzählte das Volk das Beispiel von einem Bauern, der ein paar Ochsen besaß und deshalb in der zweiten Klasse wählen konnte, und als ihm durch einen Unglücksfall die Ochsen abhanden kamen, in der dritten Klasse wählen mußte, so daß er sagte: "Wer hat das Wahlrecht gehabt, ich oder meine Ochsen?"<<
Nach der Aufhebung des Parteienverbots wird im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet.
Die damalige Politik wird in erster Linie vom Adel, Industriellen und bürgerlichen Großgrundbesitzern dominiert. Der Einfluß der restlichen Parteien bleibt zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums werden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.
Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisieren damals öffentlich den stark ausgeprägten Milita-

rismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhält bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellt 35 Abgeordnete.
Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügt, sind die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gib es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen sind für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelt in jener Zeit vorbildliche Gesetzeswerke (wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900) und zählt in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze werden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.
Kaiser Wilhelm II. fordert am 4. Dezember 1890 weitere Reformen des Schulwesens (x056/-259): >>... Wer selber auf dem Gymnasium gewesen ist, ... der weiß, wo es fehlt. Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen: wir sollten nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer. ... Der deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. Wenn einer im Abiturientenexamen einen tadellosen deutschen Aufsatz liefert, so kann man daraus ... beurteilen, ob er etwas taugt.<<
Der evangelische Theologe Adolf Stoecker schreibt im Jahre 1890 (x233/160): >>Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse.
Unsere Forderungen: ... Einschränkung der Einstellung jüdischer Richter ... Entfernung der jüdischen Lehrer ...<<
Theodor Mommsen (1817-1903, deutscher Historiker und liberaler Politiker, 1881-84 Mitglied des Reichstages, Gegner Bismarcks, erhält 1902 den Nobelpreis für Literatur) sagt im Jahre 1890 über den Antisemitismus (x233/161): >>... Eine Gemeinheit und Verrohung der Menschennatur ...<<
Das "Militärwochenblatt" veröffentlicht im Jahre 1890 folgende kaiserliche Kabinettsanweisung (x239/160): >>Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. ...
Die Träger der Zukunft Meiner Armee (erblicke ich) auch in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesinnung anerzogen werden. ...<<
Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmarkt und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).
Österreich-Ungarn: Die radikalen "Jungtschechen" (Omladina-Bewegung bzw. Panslawisten), die eine politische Einigung aller Slawen und einen slawischen Gesamtstaat unter russischer Führung anstreben, verhindern seit 1890 alle österreichisch-tschechischen Ausgleichsversuche.
In den "neuen Provinzen" der Österreicher erhält die polnische Bevölkerung eine gewisse Teilautonomie (Zulassung der polnischen Amtssprache in Galizien usw.).
Rußland: Der russische Gouverneur der annektierten polnischen Gebiete berichtet im Jahre 1890 (x233/137): >>In den Staatsschulen behandelt man das polnische Kind nicht nur ohne Wohlwollen, sondern man läßt es noch seine Feindseligkeit spüren; man behandelt seine Religion mit Verachtung, und im Unterricht räumt man seiner Muttersprache einen geringeren Platz ein als dem Französischen oder dem Deutschen.
Eine so unmenschliche Behandlung ruft Wirkungen hervor, die dem genau entgegengesetzt sind, was die Regierung von den Schulen erwartet: anstatt in dem Kind die Liebe zu Rußland

zu wecken, fordert sie in seinem Herzen den Haß heraus gegen alles, was russisch ist. ...<<

Serbien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Serbiens im Jahre 1890 (x818/876): >>(Serbien) ... In der auswärtigen Politik wünschten die Radikalen einen Umschwung gegenüber der österreichfreundlichen Haltung des Königs Milan. Dessen Politik war ja keineswegs reich an Erfolgen, dagegen wohl an Enttäuschungen gewesen.

Serbien, das sich früher unter den slawischen Staaten der Balkanhalbinsel zur Führerschaft berufen geglaubt hatte, mußte es erleben, daß Bosnien und die Herzegowina auf dem Berliner Kongreß an Österreich überliefert wurden, dann Bulgarien sich mit Ostrumelien vereinigte und damit das zahlenmäßige Übergewicht über Serbien erhielt, und der serbisch-bulgarische Krieg mit einem Siege dieses Nebenbuhlers endete.

Die Radikalen schrieben diese Ergebnisse der österreichischen Freundschaft zu und glaubten durch die russische Freundschaft bessere erzielen zu können. Sie knüpften daher mit dem Petersburger Hof wieder engere Beziehungen an, indem ihr Führer Paschitsch, Präsident der Skuptschina, sich wiederholt nach Petersburg begab und die Sendung von Waffen und Munition erwirkte.

Die radikale Presse stellte sich ganz auf den panslawistischen Standpunkt und griff Österreich-Ungarn in schärfster Weise an. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Nachbarland wurden erschwert, die Einfuhr rumänischen Getreides und Viehs durch Serbien in Österreich-Ungarn, um die von diesem gegen Rumänien eingeführten hohen Zölle zu umgehen, begünstigt.

Die österreichische Regierung gab ihre Unzufriedenheit hiermit zu erkennen, indem Kalnoky im Juni 1890 in seiner Rede in den Delegationen sich über Serbien beschwerte und die ungarische Regierung die Schweineausfuhr aus Serbien verbot.

Die serbische Regierung versicherte in lebhafter Weise ihre Unschuld und ihren aufrichtige Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Nachbarmonarchie aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig versuchte sie aber, sich über Saloniki einen von Österreich unabhängigen Weg für ihre Ausfuhr an Schweinen und Getreide zu eröffnen, was jedoch nicht gelang. ...

Daher suchte sich die Regierung Österreich wieder zu nähern, um wenigstens die Aufhebung des Schweineausfuhrverbots zu erlangen. Dies glückte endlich auch, indem die ungarische Regierung nur auf einigen Vorsichtsmaßregeln bestand, welche Serbien gern bewilligte. Bei der Feier zur Eröffnung der Arbeiten am Eisernen Tor Ende September wurde die Wiederherstellung der freundlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien von beiden Seiten konstatiert.

Die neugewählte Skuptschina wurde am 19. November 1890 mit einer Thronrede eröffnet, welche unter dem Eindruck dieser letzten Ereignisse die Regierung beglückwünschte, daß das vertragsmäßige Verhältnis zu Österreich, mit welchem Serbien Beziehungen der Freundschaft und guter Nachbarschaft zu unterhalten wünsche, wieder in Kraft gesetzt werde.

Dem gegenüber hielt es die radikale Mehrheit für notwendig, in der Antwort ... auf die Thronrede dem erhabenen Kaiser des russischen Brudervolkes den immerwährenden tiefgefühltesten Dank des serbischen Volkes auszusprechen; der Kaiser habe, wie immer, so auch in neuester Zeit Beweise seines Wohlwollens für Serbien und das serbische Volk gegeben. ...<<

Osmanisches Reich: Die Aufstände der Armenier und Syrer werden von 1890 bis 1897 durch die Türken niedergeschlagen.

Frankreich: Der antisemitische Jesuiten-Pater Paul Bailly schreibt im Oktober 1890 in der katholischen Tageszeitung "La Croix" (x075/69): >>Ein Mann von Herz schreibt uns: "Täte es nicht vielleicht Not, eine Petition zu verfassen, sie von all den Franzosen unterzeichnen zu lassen, die sich von dem Joch, das sie unterdrückt, befreien wollen, um vom Parlament zu fordern:

1. daß die Juden Frankreichs, da sie nicht zwei Nationalitäten haben können, den Ausländer-

status annehmen,
2. daß die Ausländer, die den Landesfrieden stören, die verschiedenen Bürgerklassen gegeneinander aufwiegeln, indem sie Haß und Zwietracht säen, des Landes verwiesen werden." ...<<
Im November 1890 schreibt Paul Bailly in der katholischen Tageszeitung "La Croix" (x075/-69): >>Wir fordern nicht, daß das gottesmörderische Volk niedergemacht wird ... Wir fordern aber einen Aderlaß seines Goldes, das das Blut unseres Volkes ist. ...
Beim Zar unterstehen die Juden ständiger Überwachung; da sie an nichts anderes denken als daran, die Behörden zu hintergehen, werden sie kollektiv zur Verantwortung gezogen; der Zugang zu den Universitäten und zum öffentlichen Dienst ist ihnen fast ganz versperrt. Wenn sie sich auch nur irgendwie bemerkbar zu machen erlauben, wird eine gewisse Anzahl von ihnen hingerichtet. ...<<
Großbritannien: Die englische Regierung schließt am 1. Juli 1890 mit dem Deutschen Reich einen sehr günstigen Tausch-Vertrag: Helgoland (von 1714-1814 dänisch, seit 1815 britisch) geht im August 1890 an Deutschland zurück, während England als Gegenleistung die Insel Sansibar und strategisch wichtige Gebiete Ostafrikas erhält.
Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 sind (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die Kolonien Großbritanniens (x807/785): >>(Großbritannien) ... Die Kolonien und auswärtigen Besitzungen stellen das britische Reich hinsichtlich der Größe und Volkszahl über alle Staaten alter und neuer Zeit. Selbst das römische Weltreich ist mit dem Umfang und der Wichtigkeit des britischen Kolonialwesens nicht zu vergleichen.
Dem System ihrer Verwaltung nach kann man die Kolonien (abgesehen von Indien) in drei Klassen einteilen. Die erste Klasse umfaßt diejenigen, welche eine dem Mutterland nachgebildete Verfassung mit verantwortlichen Ministern haben. In ihnen wird die Krone durch einen von der Zentralregierung ernannten Gouverneur vertreten. Es sind dies: Kanada, Neufundland, Kapkolonie, Neusüdwales, Neuseeland, Queensland, Südaustralien, Tasmania und Victoria.
Ihnen schließen sich diejenigen Kolonien an, welche zwar eine repräsentative Verfassung haben, in welchen aber sämtliche Beamte von der Krone ernannt werden, welcher gleichfalls ein unbeschränktes Veto zusteht. Diese sind: Malta, die Bahamainseln, Bermudas, die Leeward und Windward Islands, Guayana, Natal, Ceylon, Cypern und Westaustralien.
Die übrigen Kolonien werden als Crown Colonies durch Gouverneure ohne Teilnahme der Bevölkerung verwaltet. Ausnahmen machen Nordborneo und das Niger-Binuegebiet, welche Handelsgesellschaften untertan sind. Die größeren Kolonien sind in England durch Agenten vertreten. Einer Vertretung im britischen Parlament erfreuen sie sich nicht, anderseits aber steuern sie auch nicht zu den Ausgaben des Reiches bei.
An Vorschlägen zur Umwandlung des britischen Reiches in einen Bundesstaat mit Bundesparlament hat es in jüngster Zeit nicht gefehlt.
Die Kolonien werden vom Mutterland nicht nur nicht besteuert, sondern letzteres zahlt auch den größten Teil der für die Verteidigung nötigen Truppen (mit Ausnahme Ostindiens) und teilweise die Gehälter der Gouverneure und anderer Beamten. Die Ausgaben für die Kolonien beliefen sich 1884/85 auf 2.013.406 Pfund Sterling Es stehen in ihnen 93.000 Mann europäische Truppen, davon 61.600 in Indien. ...<<
USA: Der Sioux-Häuptling Sitting Bull (einer der großen Führer des Freiheitskampfes der

nordamerikanischen Ureinwohner) wird während seiner Gefangennahme am 15. Dezember 1890 getötet.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über "Sitting Bull" (x818/881): >>Sitting Bull, Indianerhäuptling aus dem Stamme der Sioux, geboren 1837 als der Sohn des Häuptlings Jumping-Bull, des "Springenden Stieres", führte in seinem Totem, d.h. seinem Wappen, einen auf seinen Hinterschenkeln sitzenden Büffelstier (daher sein Name).
Er war ein Mann von bedeutender geistiger Kraft, unbeugsamem Heldenmut, feuriger Beredsamkeit und politischem Scharfblick, ein tödlicher Feind der Weißen und der Regierung der Vereinigten Staaten, wenn es ihm auch in den letzten Jahren gelang, sein Haß- und Rachegefühl geschickt zu verbergen.
Trotz des Vertrages, den die Bundesfriedenskommissäre 1868 mit den Sioux und den nördlichen Cheyenne abgeschlossen hatten, kraft dessen ihnen das Recht zugestanden wurde, auf ihrem alten Gebiet zu jagen, befahl ihnen General Sheridan 1876 wider alles Recht, ihre Jagdgründe aufzugeben und eine Reservation zu beziehen.
Die Indianer bestanden jedoch auf ihrem Recht, und die Folge davon war ein blutiger Siouxkrieg, in welchem Sitting Bull die Führung übernahm. Er verlegte das Hauptlager nach den sogenannten Bad-Lands, einer unzugänglichen Felsenwüstenei am Oberlauf des Yellowstone River, und es gelang ihm am 17. Juni 1876, den General Custer, den damals berühmtesten Indian fighter, mit seiner ganzen Truppenmacht bis auf den letzten Mann zu vernichten.
Indessen endigte der Kampf doch zu Ungunsten der Indianer, und Sitting Bull trat mit seinen Kriegern auf britisches Gebiet über, erhielt 1880 die Erlaubnis zur Rückkehr und ließ sich mit seinem Stamm auf der diesem zugewiesenen Reservation in Montana nieder.
Als diese jedoch zum großen Teil von der Regierung den Rothäuten wieder abgekauft wurde und die Verhandlungen darüber im Jahre 1889 begannen, widersetzte sich Sitting Bull aufs heftigste diesem Geschäft und wurde dafür seiner Häuptlingsgewalt enthoben.
Sobald Anfang November 1890 ein allgemeiner Indianerkrieg auszubrechen drohte, der Messiaswahn überall im Nordwesten der Vereinigten Staaten von Nordamerika auftauchte und die Geistertänze begannen, suchte Sitting Bull das verlorene Ansehen wiederzugewinnen, wiegelte seinen Stamm auf, gebot ihm, sich an den Tänzen zu beteiligen, und war eben im Begriff, den Oberbefehl zu übernehmen, als er bei dem Versuch seiner Verhaftung durch die Bundestruppen am 15. Dezember mit seinem Sohn getötet wurde.<<
Ein Begleiter Sitting Bulls berichtet später über eine der letzten Reden des Sioux-Häuptlings (x181/2.34): >>Welchen Vertrag, den die Weißen eingehalten haben, hat der rote Mann gebrochen? Nicht einen.
Welchen Vertrag, den die Weißen mit uns schlossen, haben sie gehalten? Nicht einen.
Als ich ein Junge war, gehörte die Welt den Sioux. Die Sonne ging auf und unter in ihrem Land, sie schickten zehntausend Männer in den Kampf. Wo sind heute die Krieger? Wer hat sie getötet? Wo ist unser Land? Wem gehört es?
Welcher Weiße kann behaupten, daß ich ihm sein Land oder einen Penny seines Geldes gestohlen hätte? Und doch nennen sie mich einen Dieb.
Welche weiße Frau, auch wenn sie ganz allein war, wurde jemals von mir gefangengenommen oder beleidigt? Und doch nennen sie mich einen schlechten Indianer.
Welcher Weiße hat mich jemals betrunken gesehen? Wer ist jemals hungrig zu mir gekommen und wurde nicht satt?
Wer hat je gesehen, daß ich meine Frauen schlug oder meine Kinder mißhandelte?
Welches Gesetz habe ich gebrochen?
Ist es ein Unrecht wenn ich die Meinen liebe? Bin ich böse, weil meine Hautfarbe rot ist? Weil ich ein Sioux bin? Weil ich geboren wurde, wo mein Vater lebte, weil ich bereit bin, für mein Volk und für mein Land zu sterben? ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Lage der nordamerikanischen Ureinwohner im November 1890 (x818/977-978): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ...
In der ersten Hälfte des Novembers gelangte nach der Bundeshauptstadt Washington die Nachricht, daß der Ausbruch eines Indianerkrieges zu befürchten sei. Ursachen und Anlässe zu einem solchen Aufstand sind stets vorhanden und sind auf beiden Seiten zu suchen.
Die Rothäute, mit Ausnahme der fünf zivilisierten Stämme des Indian Territory, betrachten sich immer noch als die eigentlichen Herren des Kontinents und die Weißen als unrechtmäßige Eindringlinge; an unzufriedenen und gefährlichen Häuptlingen, die im geheimen aufstacheln und aufreizen, fehlt es nie, und die vorwärts schreitende Zivilisation schmälert den Rothäuten nicht nur ihr Gebiet, sondern schädigt auch Wildstand und Jagdgründe, von denen der Büffel, ihr früheres Hauptwild, schon fast ganz verdrängt ist.
Auf der anderen Seite werden die Indianer von den Agenten und Händlern häufig ... (bei) den Waren und Lebensmitteln, die ihnen von der Regierung bewilligt sind, auf betrügerische Weise benachteiligt, und es ist sehr schwer für die Verwaltung, auf den ungefähr 100 Reservationen, d.h. den ihnen mit gänzlichem Ausschluß der Weißen vertragsmäßig überlassenen und gewährleisteten Ländereien, das Lieferungswesen so zu beaufsichtigen, daß die Mündel der Nation alles richtig empfangen, was ihnen zukommt.
Die sogenannten Grenzer, die rauhen und oft gewalttätigen Pioniere der Zivilisation, siedeln sich nicht selten auf Landstrecken an, die den Rothäuten verbürgt sind, und erregen dadurch bedenkliche Zwistigkeiten; endlich kauft die Regierung auf Antrieb des Volkes der Vereinigten Staaten, welches den Indianern die von ihnen verhältnismäßig wenig angebauten und ausgenutzten Gebiete neidet, jetzt fast alljährlich eine oder mehrere der Reservationen ab, und wenn sie dieselben auch stets sehr gut bezahlt und die früheren Besitzer überhaupt in durchaus hochherziger Weise abfindet, so haben diese doch immer das Gefühl, daß sie beständig an dem Grund und Boden verlieren, der ihnen als den ursprünglichen Herren von Rechts wegen gehöre.
Zu diesen stets mehr oder weniger wirksamen Kriegsursachen ist diesmal eine andere von eigentümlich religiöser Art hinzugekommen, die Erwartung von der Ankunft eines indianischen Messias und von dem Abbrechen des Tausendjährigen Reiches auf Erden.
Die seit etwa drei Jahren im Gange befindliche Bewegung scheint ursprünglich eine ganz harmlose gewesen und von einer Rothaut ausgegangen zu sein, die sich Friedensstifter nannte, Johnson Sides hieß und unter den Weißen wie unter den Indianern Nevadas allgemein bekannt war.
Seine Lehren gestalteten sich in dem Kopfe John Johnsons, eines Pi-Ute vom Walker-See in Utah, wo dieser Stamm eine Reservation bewohnt, zu einer seltsamen Schwärmerei um, deren ungefährlicher Messias sich aber in der Phantasie der Sioux- und Cheyenne-Krieger in einen blutdürstigen Propheten verwandelte, auf dessen Ruf die Erde sich öffnen wird, um die Weißen zu verschlingen, und in dessen Gefolge alle ... toten Indianer und alle von den Jagdgründen verschwundenen Büffelherden wieder erscheinen werden.
Er fordert die Indianer auf, als Vorbereitung auf die Ankunft des rothäutigen Messias den Geistertanz aufzuführen und dann den Kriegspfad zu betreten, die Weißen müßten alle sterben, den Indianern könne aber auch keine Todeswunde mehr etwas anhaben, denn sie würden sofort wieder auferstehen.
Viele Stämme folgten dem Gebot, sie tanzten den nächtlichen Geistertanz, der ihre Erregung immer mehr steigerte, bis sich zuletzt ein religiöser Fieberwahnsinn der Rothäute bemächtigte, die von der Südgrenze des Indian Territory nordwärts bis Kanada hausen.
Die Regierung traf sofort die nötigen Vorsichtsmaßregeln und Vorkehrungen, um einen allgemeinen Aufstand im Entstehen zu unterdrücken, und General Miles, der sich schon in früheren Indianerkriegen ausgezeichnet hat, zog die ihm zur Verfügung stehenden Truppen zum

Teil aus weiter Ferne herbei und verteilte sie so geschickt, daß diejenigen Agenturen, auf welchen die Gärung am größten ist, von Bundesstreitkräften umstellt sind.
Von der Pine Ridge-Agentur in Süddakota haben sich einige tausend Sioux nach dem Sammelpunkt für alle Unzufriedenen, den sogenannten Bad Lands, zurückgezogen, die an der Mündung des Wounded Knee Creek beginnen und sich 110 englische Meilen von Nordosten nach Südwesten und 50 Meilen von Osten nach Westen erstrecken.
Es ist ... eine öde Felsenwüste mit jähen Steilschluchten und seltsamen Felsbildungen, die nur wenigen Weißen, desto besser aber den Rothäuten bekannt ist. Von hier aus können letztere Überfälle auf die angrenzenden Ansiedler ausführen und die Bundestruppen zwingen, ein für sie sehr gefährliches Gebiet zu betreten. Sie haben dies auch bereits getan und etwa 1.000 Rinder fortgetrieben, die zum Teil der Regierung, zum Teil Privaten angehören.
General Brooke forderte sie auf, eine Gesandtschaft zu ihm nach der Pine Ridge-Agentur zur Beschwerdeführung und Unterhandlung zu schicken, und so erschienen denn auch am 7. Dezember der erste Häuptling Two Strike und mit ihm noch andere, Turning Bear, Big Turkey, High Pine, Big Bad Horse und Bull-Dog; indessen gelangte man zu keiner Einigung.
Seitdem haben bereits mehrere blutige Kämpfe mit erheblichen Verlusten auf beiden Seiten stattgefunden, der erste am 15. Dezember hatte den Tod Sitting Bulls, dieses gefährlichsten aller Sachems (Häuptlinge), sowie seines Sohnes zur Folge.
Im Repräsentantenhaus wurde dieser Fall am 22. Dezember zum Gegenstand von zwei Resolutionen gemacht; Blanchard von Louisiana erklärte, der Tod des Häuptlings scheine unter Umständen herbeigeführt worden zu sein, welche weder durch die im Kriege noch durch die im Frieden geltenden Gesetze gerechtfertigt seien, und beantragte die Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit. Dieselbe solle ferner befugt sein, Erhebungen über die Ursachen der gegenwärtigen Indianerwirren im Westen anzustellen und zu ermitteln, ob etwa vertragsmäßige Verpflichtungen vernachlässigt oder saumselig und unzulänglich erfüllt worden sind.
McAdoo aus New Jersey brachte eine Resolution ein, welche ebenfalls erklärt, daß Sitting Bull in nicht zu rechtfertigender Weise getötet, und daß seine Leiche verstümmelt worden sei; der Kriegsminister Proctor sowie der Chef des Indianerdepartements Noble wurden aufgefordert, die amtlichen Berichte über die Gefangennahme und den Tod des Häuptlings dem Hause vorzulegen. ...<<
Bei Wounded Knee, in Süd-Dakota, findet am 29. Dezember 1890 das letzte große "Indianer-Massaker" der US-Armee statt. Etwa 350 halbverhungerte Dakota (überwiegend alte Menschen, Frauen und Kinder) sollen in der Indianerreservation Pine Ridge von US-Truppen (Führung: Oberst James W. Forsyth) entwaffnet werden. Als sich bei dieser Aktion versehentlich ein Schuß löst, metzeln die US-Soldaten die Dakota (angeblich militante Mitglieder der "Geistertanzbewegung") rücksichtslos nieder (x181/2.36, x252/809).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das Massaker bei Wounded Knee (x068/69): >>... Als die Regierung 1890 beschließt, den Rest der Sioux zu entmachten, fliehen sie in die Badlands, ein unwirtliches Gelände am "Wounded Knee" in Dakota.
Am 29. Dezember von mehreren Kompanien des 7. Kavallerie-Regiments unter Oberst Forsyth umstellt, treten sie zur Entwaffnung aus ihren Zelten. Da fällt ein Schuß, angeblich durch einen Sioux, und nun läßt der Oberst die Truppe sowie vier auf einen Hügel aufgefahrene Hotchkiss-Kanonen feuern. In Kürze bedecken zweihundert Indianer, Männer, Frauen, Kinder, tot oder halb tot den Boden, die Übrigen fliehen hinter den brennenden Zelten in eine Schlucht, die aber von den Geschützen bestrichen werden konnte. Granathagel und die Salven der nachsetzenden Soldaten erledigen sie.
"Die Verfolgung war ein reines Massaker: fliehende Frauen mit ihren Kindern in den Armen

schoß man nieder, nachdem der Widerstand längst aufgehört hatte und nachdem bereits jeder Krieger tot oder sterbend auf dem Boden lag" (Radin).
... General Miles eröffnete gegen seinen Oberst Forsyth ein Verfahren, der Kriegsminister aber rehabilitierte ihn. Der Indianerkrieg war damit definitiv beendet.
Schließlich wurde der kümmerliche Rest in Reservationen gepfercht und durch ein Netz von Agenturen, Forts und Militärposten überwacht, um jedes Aufbegehren sofort zu unterdrükken.<<
Im Jahre 1890 leben nur noch 0,2 Millionen Ureinwohner in Nordamerika (x056/126). Die letzten Ureinwohner Nordamerikas sind heimatlos und besitzen kein eigenes Land mehr. Alle nordamerikanischen Ureinwohner vegetieren nur noch in trostlosen und ärmlichen Reservationen, die ab 1934 unter der Aufsicht des US-Innenministeriums stehen.
Luther Standing Bear vom Stamm der Dakota berichtet damals über die Weißen (x181/1.82-83): >>Ich kenne keine Pflanzen-, Vogel- oder Tierart, die ausgerottet wurde, bevor der weiße Mann kam. Einige Jahre nachdem die Büffel verschwunden waren, gab es noch immer große Antilopenherden, aber die Jäger hatten kaum ihr Werk vollendet und die Büffel abgeschlachtet, als sie sich schon den Antilopen zuwandten. ...
Für den Weißen waren die heimischen Tiere ebenso wie die eingeborenen Menschen dieses Kontinents nur Schädlinge, die vertilgt werden mußten. Auch Pflanzen, die dem Indianer von Nutzen waren, wurden plötzlich zu Schädlingen erklärt. ...
Was die Beziehung zur Natur betrifft, so gab es zwischen der Haltung des Indianers und der des Weißen einen großen Unterschied; aus diesem Unterschied heraus wurde der eine zum Schützer und Bewahrer der Natur, der andere zu ihrem Zerstörer. Die Indianer und die anderen Geschöpfe, die hier geboren wurden und lebten, hatten eine gemeinsame Mutter – Die Erde. ...
Die Haltung des Weißen war anders: Er verachtete die Erde und was sie hervorbrachte. Da er sich selbst für ein höheres Geschöpf hielt, nahmen die übrigen Geschöpfe in seiner Rangordnung eine niedrigere Stellung ein. Aus diesem Glauben heraus handelte er.
Er maßte sich an, über Wert und Unwert des Lebens zu bestimmen, und so ging er schonungslos an sein Zerstörungswerk. Wälder wurden abgeholzt, der Büffel wurde ausgerottet ... Riesige mit Gras bewachsene Prärien, die die Luft mit süßem Duft erfüllten, wurden umgeackert; Quellen, Bäche und Seen, die ich in meiner Kindheit noch kannte, sind ausgetrocknet und verschwunden.
Ein ganzes Volk wurde gedemütigt und dem Tod preisgegeben. So ist der weiße Mann für alle Wesen auf diesem Kontinent zum Sinnbild der Vernichtung geworden. ...<<
Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909) verteidigt noch Anfang des 20. Jahrhunderts die Entrechtung der Ureinwohner (x068/71): >>Ich gehe nicht so weit zu denken, daß nur tote Indianer gute Indianer sind, aber ich glaube, daß das für neun von zehn Indianern gilt, und was den zehnten angeht, so will ich den Fall nicht näher untersuchen. Jedenfalls hat der bösartigste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer. ... Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde. ...<<
Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beginnt man in Nordamerika damit, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den nordamerikanischen Ureinwohnern moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 101 berichtet später über den Völkermord und Seelenmord an den Indianern Nordamerikas (x983/…): >>**Völkermord und Seelenmord an den Indianern Nordamerikas**
Sie wurden überwiegend von Protestanten unter schwerstem Mißbrauch des Namens "Christus" ausgerottet, denn Christus ist der Friedenslehrer

Als Christoph Kolumbus im Jahr 1492 in der Karibik landete, lebten im Norden des - von Europa aus gesehen - neu entdeckten Kontinents, also auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten Amerikas und Kanadas, Schätzungen zufolge bis zu 18 Millionen sogenannte Ur-Einwohner. Bis heute werden sie "Indianer" genannt, weil Kolumbus irrtümlich der Meinung war, er sei in Indien gelandet. Sie selbst bezeichnen sich heute als "first nations". Vierhundert Jahre nach Kolumbus, im Jahr 1890, lebten im selben Gebiet noch etwa 250.000 sogenannte Indianer. Das sind nur etwa zwischen ein und zwei Prozent der ursprünglichen Zahl an ursprünglich dort lebenden Bewohnern.
Kolumbus, seine Soldaten und die katholischen Priester landen am 12.10.1492 in der "Neuen Welt". Einige Jahrzehnte später kommen auch die evangelischen Pfarrer und Prediger aus Europa auf den Kontinent. Auf die Einwohner kommt in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten ein furchtbares Blutbad zu mit ca. 60 Millionen Todesopfern und ein Gemetzel an der Tierwelt.
Heute (2019), mehr als hundert Jahre nach dieser Zählung, leben zwar wieder etwa drei Millionen Menschen mit ausschließlich indianischen Wurzeln in den USA und Kanada. Doch die meisten von ihnen leben zurückgedrängt in kärglichen Reservaten, viele leiden an Armut, unter Alkoholsucht oder Drogenmißbrauch, die Arbeitslosenquote liegt bei 50 Prozent, die Selbstmordrate ist hoch und ihre Lebenserwartung liegt nur bei knapp 60 Jahren.
Was ist aus all den ehemals so selbstbewußten Ureinwohnern Amerikas geworden? Und weshalb sind es nur noch so wenige? Sie wurden vertrieben, deportiert, gedemütigt, ihrer Kultur beraubt, ermordet in einem zweieinhalb Jahrhunderte dauernden erbarmungslosen Krieg, ausgelöst durch die einwandernden konfessionell gläubigen Europäer. "Man kann schon von einem Genozid sprechen", sagt Martin Klepper, Professor für Amerikanische Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Auch die heutigen Indianer, so Klepper, sprechen "ganz klar" von einem Völkermord an ihren Vorfahren. *(Main-Post, 8.8.2013)* …

1. Der furchtbare Mißbrauch des Namens Christus

Und dieser Völkermord, der sich über 250 Jahre hinzog, einer der längsten der Menschheitsgeschichte, wurde verübt von Menschen, die sich "Christen" nannten, die sich also auf Jesus, den Christus, beriefen, den Friedefürsten, der die Nächstenliebe und die Vergebung lehrte, ja sogar die Feindesliebe, und der in Seiner Bergpredigt sprach: "Alles, was ihr wollt, daß euch die Menschen tun, das tuet ihr ihnen zuerst." Wir kennen diese goldene Regel auch unter den Worten: "Was du nicht willst, daß man dir tut, das füg auch keinem anderen zu!"
Wie war es möglich, daß Menschen, die sich selbst als "Christen" bezeichnen, unter furchtbarem Mißbrauch des guten Namens "Christus" ihre Mitmenschen von ihrem angestammten Land vertreiben, ihre Dörfer niederbrennen, sie absichtlich mit Seuchen anstecken, sie in der Wüste verhungern lassen, Männer, Frauen und Kinder wahllos erschießen und viele Scheußlichkeiten mehr? Und das nicht nur über Jahre oder Jahrzehnte hinweg, sondern über Jahrhunderte?
Dies betrifft natürlich nicht nur die geschichtlichen Ereignisse der letzten 500 Jahre in Nordamerika, also auf dem Gebiet der heutigen Staaten USA und Kanada. Diese Frage betrifft genauso auch Lateinamerika zwischen Mexiko und Feuerland. Auch dort, im spanisch- und portugiesischsprachigen Teil des Doppelkontinents, verübten die spanischen Eroberer einen Völkermord an den Einheimischen, an den Indios.
Der Genozid an den Ureinwohnern in Süd- und Mittelamerika verlief zwar augenscheinlich nicht weniger grausam und unbarmherzig wie der im Norden. Doch der Schriftsteller und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb in seinem Buch *Der Moloch*: "Nicht einmal die katholischen Hispanier vernichteten die Eingeborenen so radikal, so nahezu gänzlich wie die protestantischen Briten."
Zur geschichtlichen Orientierung: Im Jahr 1565 errichteten die katholischen Spanier eine erste

Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent, 1607 folgten die katholischen Franzosen im heutigen Kanada und die protestantischen Briten im heutigen Virginia. Im Laufe der Geschichte haben sich die beiden mörderischen europäischen Großkonfessionen Katholisch und Evangelisch den grausamen Völkermord in Amerika "aufgeteilt": im Süden die Katholiken, im Norden überwiegend die Protestanten; so wie sie sich auch in Europa die Verfolgung und Ermordung Andersdenkender seit der sogenannten Reformationszeit "aufteilten".
Zum Vergleich: In Deutschland schlossen Anführer der beiden Großkonfessionen im Jahr 1555 untereinander einen sogenannten "Religionsfrieden", den sogenannten "Augsburger Religionsfrieden", der allerdings nicht hielt, und gleichzeitig beschloß man gemeinsam einen Pakt zur Ausmerzung von Menschen anderen Glaubens, was zunächst die friedfertigen sogenannten Täufer betraf, die ihre neugeborenen Kinder nicht einer der beiden Großkirchen übereignen wollten. Ähnlich, nur in weit größerem Ausmaß, verhielten sich diese beiden Religionssysteme in Amerika.

2. Das Wissen um die beseelte Natur bei den Indianern

Im Unterschied zu Lateinamerika, wo die spanischen Konquistadoren zum Teil auf durchorganisierte Hochkulturen wie die der Inkas und Azteken trafen, lebten in Nordamerika auf einer riesigen Fläche mehr als 500 ganz unterschiedliche indianische Stämme mit ganz unterschiedlichen Sprachen und Stammeskulturen. Es gab, vor allem in den Südstaaten der heutigen USA, gut organisierte Ackerbaugesellschaften und sogar regelrechte Kleinstädte, die untereinander Handel trieben, während andere Stämme als Jäger und Sammler ein Nomadenleben führten.
"Die Indianer empfanden die Natur als beseelt, als lebendes Wesen", schreibt Karlheinz Deschner in *Der Moloch* weiter: "Sie fühlten sich eins mit ihr, verwandt mit Tieren und Bäumen. Und alles gehörte allen. Alles war Teil einer 'gemeinsamen Mutter', von der man zwar lebte, gewiß, aber mäßig, die man schonte, auch schützte. Sammler waren sie und Jäger, doch sammelten und jagten sie nur das Notwendigste." Und: "Sie kannten die krassen sozialen Unterschiede nicht" wie die evangelischen und katholischen Eroberer. *(München 2002, S. 29)*
Der Gemeinsinn, den die Indianer hervorbrachten, war teilweise erstaunlich. So schlossen sich bereist vor der Ankunft der Europäer einige Stämme der Irokesen zu einer Liga zusammen, die demokratisch organisiert war. Ein Zeitgenosse von Benjamin Franklin, einem der US-amerikanischen "Gründerväter", schrieb im 18. Jahrhundert: "Die Indianer haben die Römer übertroffen. … Man betrachtet die Anführer als Diener ihres Volkes und nicht als dessen Herren; außerdem können sie bei Fehlverhalten abgewählt werden. … Sogar Frauen können für politische Ämter gewählt werden, und der Reichtum wird relativ gleichmäßig unter allen verteilt." *(Die Wurzeln Amerikas, in: Zeitenschrift, Januar 2000)*
Die Indianer waren gewiß keine Menschen, die man idealisieren sollte. Sie jagten nicht nur Tiere, sie bekriegten sich auch gegenseitig. Doch der Gemeinsinn, den die Indianer ebenfalls hervorbrachten, war teilweise erstaunlich, so Karlheinz Deschner weiter, und der Egoismus der Invasoren scheint ihnen eher fremd gewesen zu sein.
David Thompson, ein kanadischer Kartograph, der um das Jahr 1800 häufig mit Indianern Kontakt hatte, schrieb: "Hat einer bei der Jagd kein Glück gehabt oder hat er seine wenigen Habseligkeiten durch irgendein Mißgeschick verloren, so darf er sicher sein, daß er von den anderen unterstützt wird, soweit es nur in ihrer Kraft steht. In der Krankheit sorgen sie füreinander bis zum letzten Atemzuge." *(S. 30)* …
Einander in Krankheit beizustehen, das war zum Beispiel nach Ankunft der Europäer besonders gefragt, denn diese brachten zahlreiche Krankheitserreger mit, gegen die die amerikanischen Ureinwohner keine Abwehrkräfte hatten. Ganze Stämme, vor allem im Süden der USA, durch den zeitweise plündernde spanische Mörderbanden zogen, wurden durch Seuchen wie Pocken, Typhus oder Cholera ausgelöscht.

Erste Begegnungen der Neu-Ankömmlinge mit den Ureinwohnern verliefen noch meist friedlich. Die Indianer verhielten sich meist abwartend und zurückhaltend, oft sogar gastfreundlich und hilfsbereit. "Moralisch", schreibt Karlheinz Deschner, "waren 'die Wilden' den Weißen, alles in allem, weit überlegen." *(S. 32)*

Die europäischen Neusiedler kämpften in den ersten Jahren in einer ihnen fremden Umgebung ums Überleben und waren auf Hilfe angewiesen. Indianer halfen ihnen teilweise sogar mit Vorräten aus, erklärten ihnen den Anbau von Mais oder trieben Handel mit den Siedlern.

3. Evangelischer holländischer Generaldirektor: Friedliebende Nachbarn erwürgt und ihnen die Köpfe abgehackt

Doch das war nicht von Dauer. Es kamen immer mehr sogenannte "Siedler" über das Meer und beanspruchten Land für sich. Bald gab es erste Zusammenstöße, es begannen erste Kämpfe und auch erste Massaker der Europäer an den Ureinwohnern.

So ließ der niederländische Generaldirektor der Westindischen Kompanie im Jahr 1643, wie Karlheinz Deschner berichtet, "hundert friedliebende Algonkin-Indianer ... im Schlaf erwürgen und allerlei abgehackte Köpfe einbringen." Hochrangige Vertreter der eigenen Kompanie bekannten daraufhin: "Die Indianer lebten unter uns wie Schafe. Sie taten für uns alles Menschenmögliche und gaben uns zu essen, wenn uns die Vorräte ausgingen; der Direktor aber hat sie durch seine verabscheuungswürdige Handlungsweise derart gegen uns gestimmt, daß unmöglich abzusehen ist, wie der Friede wiederhergestellt werden könnte." *(S. 55)*

Die Mörder, die den Frieden zerstörten, nannten sich zu Unrecht "Christen"! Denn Christus ist der Friedefürst, der als Jesus von Nazareth auf dieser Erde absolut gewaltlos lebte und Seinen Jüngern sagte: "Stecke dein Schwert in die Scheide! Denn wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen!"

Was wäre geschehen, wenn die Neusiedler nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich Christen gewesen wären, wenn sie das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe beherzigt und gelebt hätten? Wie sähe das Land heute aus? Und wie würde es den Nachkommen der damaligen Indianer heute gehen? Millionen von Menschen wären am Leben geblieben, möglicherweise hätte sich zwischen Siedlern und Ureinwohnern ein friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt und Achtung aufbauen können.

Statt dessen führten die Europäer einen schändlichen, gewalttätigen und zutiefst unchristlichen Eroberungsfeldzug. Die Ermordeten starben dabei jedoch im Glauben, ihre Mörder seien Christen. Und wer weiß, wie viele der Seelen von Ermordeten bis heute glauben, daß der Gott, dessen Namen die Weißen im Munde führten und Christus, Sein Sohn, auf den sie sich die Weißen zu Unrecht beriefen, für ihr grausames Schicksal verantwortlich sind.

Doch es war nicht Christus, unser Bruder und Erlöser, der die Ureinwohner Amerikas quälen und töten ließ. Es waren Menschen, die sich fälschlicherweise auf Ihn, den Friedefürsten, beriefen, die jedoch in Wirklichkeit das Gegenteil von dem taten, was Jesus, der Christus, als Mensch lehrte und vorlebte. Und es war auch nicht der Schöpfergott, der dieses Leid in die Welt gebracht hat. Er, der All-Eine, ist der Vater-Mutter-Gott aller Menschen, gleich welche Hautfarbe sie haben oder welcher Religion sie anhängen. Seine Liebe gilt allen Menschen und Schöpfungswesen gleich.

Die brutalen Eroberer kamen aus Europa. Der Journalist Wolf Schneider schrieb dazu: "Englands Verlierer also zogen aus, um in Amerika die Indianer zu Verlierern zu machen." *(Geo-Epoche, "Die Indianer Nordamerikas", Oktober 2000, S. 60)*

Es waren Menschen, denen, wie Deschner schreibt, "das alte Europa … im Nacken" saß, "sein Feudalismus, seine Kriege, sein Kriegsdienst, seine Folter". Vielleicht waren sie eben, wie er fortfährt, "Davongejagte, Abenteurer, Desperados, fast durchweg Habenichtse, die jetzt buchstäblich um jeden Preis ihr Glück machen wollten, Wagehälse, Hasardeure, die eine Entschädigung suchten für ihr Unglück, die alles auf eine Karte setzten." *(S. 35)*

4. Die Puritaner, die "Pilgerväter" und ihr Glaube an ihr "gelobtes Land"

Doch gehen wir einmal der Frage nach: Wer blieb denn vorerst in Europa zurück? Und wer hat denn den alten Kontinent Europa so kriegerisch gemacht, so brutal, so ungleich, wer hat den Feudalismus mit ins Leben gerufen und über Jahrhunderte gestützt? Das waren die Institutionen Kirche, die den alten Kontinent bis in die tiefsten Poren hinein geprägt hatten - und das alles im Namen Gottes. Es sind bis heute die katholischen oder evangelischen Gewandungen des "Systems Baal", der gewalttätigen Gegenmacht zum Schöpfergott und Seinen Geboten seit Menschengedenken, was deren eigene Geschichte vielfach aufzeigt.

Unter den ersten Siedlern waren zahlreiche tiefreligiöse, um nicht zu sagen fanatisch religiöse Menschen - und gerade sie werden bis heute in den Vereinigten Staaten als die ersten "Pilgerväter" verehrt, die, so sagt man, den Grundstein für die "Besiedlung" eines neuen Kontinents gelegt haben sollen. Und schon deshalb lohnt es sich, da einmal genauer hinzusehen:

Im November 1620 landeten 102 Männer, Frauen und Kinder mit dem Schiff "Mayflower" an der Küste des heutigen Massachusetts. Sie gehörten den Puritanern an, einer besonders glaubensstrengen evangelischen calvinistischen Richtung. Sie waren aus England zunächst nach Holland geflohen, ehe sie dann das Angebot eines Investors annahmen, ihnen die Überfahrt ins "gelobte Land", wie sie es nannten, zu finanzieren.

Die Zielsetzung dieser Unternehmung trug ausgesprochen religiöse Züge. Die Puritaner sahen sich selbst als "auserwähltes Volk", als Werkzeuge der "göttlichen Vorsehung". Sie wollten "die Reformation vollenden" und der Welt ein Beispiel geben und sie orientierten sich an der Bibel. *(Gustav Blanke, Das amerikanische Sendungsbewußtsein, in: Gott und Politik in USA, Frankfurt 1988, S. 188)*

Die Reformation, die Martin Luther 1517 angestoßen und die der französische "Reformator" Jean Calvin später weitergeführt hatte, war nach Ansicht der Puritaner in der anglikanischen Kirche Großbritanniens auf halbem Weg stehengeblieben. Um sie zu vollenden, orientierten sich die Puritaner streng an der Bibel, denn sie war für sie das Gesetz, das Antworten auf alle Fragen bereithält. Doch die Bibel ist eben gerade nicht das reine Gotteswort. Sie stammt von den unterschiedlichsten Autoren.

Wir finden darin einerseits einige Texte, die für die gesamte Menschheitsgeschichte bis heute richtungweisend sind wie die Zehn Gebote Gottes durch den Gottespropheten Mose oder die Bergpredigt des Jesus von Nazareth.

Wir finden auf der anderen Seite aber auch ungezählte Verfälschungen und Hinzufügungen, die die Priester der jeweiligen Zeitepoche hineingeheimnist haben und die mit Gott, dem Ewigen, und mit Christus nicht das Geringste zu tun haben: Etwa die Behauptungen, Gott sei ein strafender Gott, der sogar Völkermord und Todesstrafe befohlen habe, oder es sei Gottes Wille, daß Priester, die Er, der Ewige, nie eingesetzt hat, auf grausame Art Tiere töten, um sie Ihm, dem Gott der Liebe, zum Opfer zu bringen.

5. Die evangelischen "Väter" der Gewalt: Martin Luther und Jean Calvin

Die Frage ist also immer: Was greift man heraus und mit welchen Inhalten füllt man es? Luther und Calvin, auf deren Schriften die Eroberer in diesem Teil des bisher "unbekannten" Kontinents ihre größeren und kleineren Glaubenszirkel aufbauten, hoben in ihren Lehrschriften jedenfalls nicht die Bergpredigt des Jesus von Nazareth mit ihrer Lehre der Nächsten- und Feindesliebe hervor.

Sie legten statt dessen viel Wert auf diejenigen Stellen der Bibel, in denen vom strafenden Gott die Rede ist und von Gewalt und Totschlag, die teilweise angeblich von Gott angeordnet worden seien. Aus den bereits erwähnten Völkermord-Szenen der Bibel wurde später der Völkermord an den Indianern - und die Indianer wurden ähnlich abgeschlachtet wie in der Bibel die Opfertiere im Tempel, angeblich zu Gottes Wohlgefallen.

Sowohl Luther als auch Calvin, deren Geist den europäischen Protestantismus prägte, recht-

fertigten im Gegensatz zum Pazifisten Jesus Gewalt und Krieg und auch die Verfolgung Andersdenkender. Martin Luther rief z.B. bei den sich gegen die Unterdrückung durch die Fürsten wehrenden Bauern mit folgenden Worten zum Massenmord auf: "Solch wunderliche Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel eher mit Blutvergießen verdienen kann, besser denn andere mit Beten." *(WA 18, S. 357 ff.)*

Das also waren Luthers Vorstellungen vom Weg zum Himmelreich - und genau das sollten auch die Indianer später zu spüren bekommen. Und Jean Calvin errichtete in Genf nicht nur eine fanatische Diktatur, er ließ auch religiös Andersdenkende wie den Arzt Michel Servet auf grausame Art hinrichten, nur weil dieser eine andere Vorstellung von der göttlichen Dreifaltigkeit hatte als er.

"Auge um Auge, Zahn um Zahn" - diese Worte aus dem Alten Testament der Bibel lasen die priesterlich inspirierten kriegerischen Eroberer aller Zeiten immer wieder als Aufforderung zum Totschlag - und ein Anlaß zum Losschlagen ließ sich dann immer finden oder konstruieren.

Der Gottesprophet Jesaja hingegen hat die Friedfertigkeit angekündigt. Friede zwischen Mensch, Natur und Tieren, denn in allem ist der Gottesgeist gegenwärtig, es ist die große Einheit der Schöpfung, woraus sich die Achtung vor allen Lebensformen ergibt. Es ist ein Respekt für die göttliche Schöpfung, wie ihn die Indianer wohl wesentlich eher empfunden haben als ihre Peiniger.

Solche Gedanken aus der göttlichen Welt spielten für die Reformatoren und ihre Nachfolger so gut wie keine Rolle. Sie hätten auch die neuen Herren des Landes nur dabei gestört, in kürzester Zeit auch fast sämtliche Bisons der nordamerikanischen Prärie auszurotten. Man entzog damit den dort lebenden Indianern … auch die Lebensgrundlage, und gleichzeitig machte man Platz für die riesigen Rinderherden der Neusiedler, die für die Schlachthöfe von Chicago bestimmt waren. Karlheinz Deschner erwähnt in diesem Zusammenhang das unter den protestantischen Eroberern kursierende und gegen Christus und die Schöpfung Gottes gerichtete Sprichwort "Der Indianer hat nicht mehr Seele als ein Büffel".

Anfang des 19. Jahrhunderts gab es auf dem Gebiet der heutigen USA ca. 60 Millionen Bisons. Im Jahr 1902 gab es nur noch 23 einzelne dieser prachtvollen Büffel. Dazwischen kamen die weißen Siedler, überwiegend Protestanten, und metzelten alle Tiere nieder - teils für Schuhsohlen, teils, um den Indianern die Ernährungsgrundlage zu entziehen und um sie auszuhungern, teils aus Spaß am Morden. Die letzten 10.000 Bisons wurden durch Scharfschützen an den Wasserstellen abgeknallt. "Allein der Glaube genüge für das Seelenheil", so die Religion des weißen Mannes.

6. Verhängnisvolle evangelische Lehre: Angebliche Vorherbestimmung, gnadenlose Kriege, angeblich strafender Gott, angebliche ewige Höllenqualen

Zu dem verhängnisvollen Erbe, das die Reformatoren ihren Anhängern in die neue Welt mitgaben, gehörte aber nicht nur die Rechtfertigung von Krieg und Gewalt und die Herabwürdigung der Natur und der Tiere. Dazu gehörte auch die Angst vor einem angeblich strafenden Gott. Sowohl Luther als auch Calvin sprachen den Menschen zudem jeglichen freien Willen ab. Sie lehrten die sogenannte Vorherbestimmung, ein schreckliches Gottesbild: "Gott" habe angeblich manche Menschen zu einem Leben nach seinem Willen vorherbestimmt, andere jedoch zu einer angeblich ewigen Hölle - und zwar, noch ehe sie überhaupt geboren sind!

Gott, der die All-Liebe ist, soll also einige Seiner Kinder, die Er, der Ewige, selbst geschaffen hat, zu ewigen Höllenqualen vorherbestimmen? Mit der Lehre des Jesus, des Christus, hat das nicht das Geringste zu tun.

Doch wie geht es Menschen, die auf diese Weise über Jahre hinweg indoktriniert werden? Sie leiden oft unter einer bohrenden Angst, zu den zur Hölle vorherbestimmten armen Seelen zu gehören. Von einem angeblich grausamen und willkürlichen Gott, der ihr Schicksal schon von

vorne herein festgelegt habe, wie Luther und Calvin ihn lehrten, können sie dabei keine wirkliche Hilfe erwarten.
So lehrte Luther, der Gründervater der evangelischen Kirchen, auch: "Wenn ich also auf irgendeine Weise begreifen könnte, wie denn dieser Gott barmherzig und gerecht ist, der solchen Zorn und solche Ungerechtigkeit zeigt, wäre der Glaube nicht nötig." *(WA 18, S. 633)*
Wenn sie aber bereits in ihrer eigenen Glaubensgruppe von solchen Schrecken umgeben sind, wie werden in einer solchen Religion Menschen betrachtet, die nicht an ihren "Gott" glauben und die als sogenannte "Heiden" gelten?
William Bradford, einer der Teilnehmer der Mayflower-Expedition, berichtet, daß für viele Puritaner Amerika "zu diesen wilden und unbesiedelten Ländern (gehöre), welche ertragreich und für Besiedelung geeignet sind und wo es nur wilde und viehische Menschen gibt." *(Geo-Epoche Nr. 11, S. 45)*
Jesus von Nazareth sprach von Seinem und unserem Vater als von dem Gott der Liebe, und Er sagte: "Kommet alle zu Mir her, die ihr mühselig und beladen seid, Ich will euch erquicken." Er machte also keine Unterschiede. Priester und Theologen hingegen machen häufig Unterschiede und bauen damit Feindbilder auf. Und diese Fehlhaltung übertragen sie dann auf ihre Gläubigen. Und das über Generationen.
Hans- Ulrich Wehler, Professor für Geschichte und Philosophie und einer der besten Kenner der nordamerikanischen Geistesgeschichte, bestätigte dies in einem Vortrag an der Universität Bielefeld im Jahr 2002. Er sagte über die Grundeinstellung mancher amerikanischer Politiker bis in unsere Tage Folgendes: "Diesem fortlebenden Auserwähltheits- und Sendungsglauben entspricht seit je her und noch immer zum einen die Externaliserung des Bösen, zum anderen die Stilisierung des Gegners zum Todfeind, der entweder zerstört oder zur 'bedingungslosen Kapitulation' gezwungen werden muß." *(http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Pressestelle/dokumente/Reden/Jahresempfang_Rede_Wehler.html)*

7. "Puritaner" - Die bibeltreuen Briten erklärten die Indianer einfach zu "Kindern Satans", und das grausame Morden begann

Das war jedenfalls der religiöse Hintergrund, vor dem der Völkermord an den Indianern stattfand. Die anfängliche Zurückhaltung der Puritaner gegenüber den Indianern, die um sie herum lebten, dauerte ungefähr 17 Jahre, von 1620 bis 1637. In den Anfangsjahren waren die puritanischen Neusiedler nämlich noch auf die Hilfe der Indianer angewiesen, um unter widrigen Umständen zu überleben, doch das änderte sich. Sie feierten sogar noch gemeinsam Erntedank, das berühmte Thanksgiving, bei dem mittlerweile jedes Jahr Millionen von Truthähne ihr Leben lassen müssen.
In der Tageszeitung *Main-Echo* schreibt der Journalist Thomas Burmeister:
"1637 meinten die Puritaner, die erst wenige Jahrzehnte zuvor an der Massachusetts-Bay in Nordamerika eine neue Heimat gefunden hatten, daß sie mehr Land brauchen könnten. Kurzerhand erklärten sie die seit Menschengedenken hier lebenden Pequot-Indianer zu 'Kindern Satans' und bliesen zum 'Heiligen Krieg'. Selten ist ein Volk von übermächtigen Feinden so gründlich ausgerottet worden wie die Pequot von den bibeltreuen englischen Einwanderern."
Einer der sogenannten Pilgerväter, William Bradford, schrieb über das Gemetzel, und ich zitiere aus dem Buch *Im Namen Gottes* von Karen Armstrong:
"Diejenigen, die dem Feuer entkamen, wurden mit dem Schwert erschlagen. Einige wurden in Stücke gehauen, andere mit Dolchen durchbohrt, so daß man mit ihnen schnell fertig war. Nur wenige entkamen. Es heißt, man habe auf diese Weise vierhundert getötet. Es war schrecklich anzusehen, wie sie im Feuer brieten, und auch die Ströme von Blut waren entsetzlich. Außerdem roch und stank es, aber der Sieg war ein süßes Opfer, und sie (die Pilgerväter) beteten danach zu Gott, der alles so wunderbar für sie gefügt hatte."
Karlheinz Deschner zitiert hierzu den Anthropologen Paul Radin, der schrieb: Erst fielen sie

"auf die Knie, dann fielen sie über die Eingeborenen her". *(S. 54)*
Und ihre Theologen lieferten die Begleitmusik dazu. Deschner schreibt: "Und so hetzten auch jetzt gerade Geistliche die Menschenjagd an, waren es Kreaturen wie Cotton Mather oder William Hubbard, die ihre Schlachtopfer, die 'barbarischen, ungläubigen Indianer', 'Auswurf der Menschheit' schimpften, 'Unrat und Bodensatz', 'Ungeheuer ohne Glauben', und ihre Religion 'reinen Teufelskult'." *(S. 53)*
John Underhill, ein "Veteran" dieses Krieges - so berichtet Karen Armstrong weiter - stellte sich nach diesem Massaker die Frage: Hätten sie sich als Christen mitfühlender verhalten müssen? Er beantwortete die Frage (zynisch) mit einem entschiedenen Nein: Gott hatte die Engländer unterstützt, "so daß wir genug Licht für unser Tun hatten".
So wüteten und mordeten also die strenggläubigen Protestanten, die ausgezogen waren, um eine bessere Welt aufzubauen. Doch "die Verheißungen einer neuen, christlichen Welt galten nicht für Amerikas Ureinwohner", schreibt Barbara Jentzsch in der Wochenzeitung *Freitag. (24.12.2004)*

8. Der evangelische "Gott" gab den Auftrag, den Indianern "das Land wegzunehmen" - Auch Quäker begannen mit dem Morden

Die Puritaner hatten, so noch einmal Karen Armstrong, keinerlei Gewissensbisse, wenn sie Indianer töteten. So sagte der puritanische Prediger Alexander Leighton, Gott sei ein großer Krieger und die Bibel sei das beste Lehrbuch des Krieges.
Und der Pfarrer John Cotton hatte gelehrt, sie könnten die Eingeborenen angreifen, auch ohne provoziert zu werden, weil sie nicht nur das natürliche Recht auf das Territorium besaßen, sondern sogar einen Auftrag von Gott, "ihnen das Land wegzunehmen". *(Karen Armstrong, Im Namen Gottes, München 2014)*
Als den Indianern klar wurde, daß die Neuankömmlinge dabei waren, ihre Existenzgrundlage als Indianer zu zerstören, ihre Gemüsegärten und Jagdreviere zu besetzen, um dort ihre importierten landwirtschaftlichen Monokulturen zu errichten, setzten sich einige von ihnen im März 1622 zur Wehr. Die Geldgeber der Siedler in Virginia, die der anglikanischen Kirche angehörten, die Virginia Company, gab daraufhin im Gegenzug die Weisung an ihre Kolonisten, "sich alles Land anzueignen und alle beteiligten Stämme auszurotten". "Zerstört die, die uns zerstören wollten", hieß es in der Verlautbarung. So hatte also der evangelisch begründete Völkermord an den Indianern in Nordamerika begonnen.
Der Journalist Wolf Schneider berichtet: "Und so zogen die … Engländer in Nordamerika in den großen, mehr als zweieinhalb Jahrhunderte währenden Krieg gegen die Indianer. Sie brannten die Dörfer nieder, vernichteten die Ernten, jagten die Einheimischen wie Vieh."
Und die Eindringlinge und Eroberer waren den Einheimischen nicht nur an Zahl von Menschen und Waffen haushoch überlegen, sondern, wie der Journalist Wolf Schneider weiter schreibt:
"Ihre größte Stärke lag indes in ihrer Macht und goldgierigen Zielstrebigkeit, ihrem Willen zu jeder Brutalität und Hinterlist - und dies mit gutem Gewissen, denn die Indianer waren ja Heiden, die durch Bekehrung zu erlösen den Spaniern der Papst befahl, den Engländern später die anglikanische Kirche oder das puritanische Gewissen; wenn die Wilden denn überhaupt Menschen waren." *(Geo-Epoche Nr. 4, S. 66)*
Eine Ausnahme unter den meist protestantischen Religionsgruppen, die Nordamerika besiedelten, waren zumindest anfangs noch die *Quäker*, die Pazifisten waren und deshalb auch in Nordamerika von anderen Protestanten angefeindet und verfolgt wurden. Doch auch diese Ausnahme war nicht von Dauer.
Hatte der Quäker William Penn Ende des 17. Jahrhunderts noch jegliche Gewaltanwendung in seiner indianerfreundlichen Gründung Pennsylvania abgelehnt und sich für indianisches Besitzrecht eingesetzt, so setzte bereits sein Enkel, der Gouverneur William Penn, eine Skalp-

prämie für Indianer aus, was zu wahllosen Tötungen führte.
Im 18. Jahrhundert verteilte man dann an die Indianer Betttücher, die mit Pockenviren verseucht sind, denn es wäre, so der britische General Amherst, "zu schade, britische Soldaten gegen dieses Ungeziefer einzusetzen". *(Der Moloch, S. 63)*
Nicht einmal von den zum sogenannten abendländischen "Christentum" bekehrten Indianern machte man mit dem Morden Halt. Karlheinz Deschner schrieb:
"Als während des Unabhängigkeitskrieges eine Schar von mehreren hundert 'bekehrten' Indianern, 'Praying Indians', von Zufluchtsort zu Zufluchtsort getrieben, schließlich, dem Verhungern nah, in einen früheren zurückkehrte, um die schon eingebrachte Ernte zu holen, lauerten zweihundert Weiße, lauerten zweihundert weiße Christen den roten Christen auf. Sie gaben sich als Freunde aus, überredeten die Unglücklichen, ihre Waffen abzugeben, metzelten sie dann nieder und skalpierten sie, nicht nur die Männer, auch die alten Frauen und 34 Kinder; offenbar selbst Indianerinnen, wie ein zeitgenössischer Stich festhält, mit dem Kind an der Brust."
Als die Vereinigten Staaten von Amerika dann Ende des 18. Jahrhunderts nach diesem Krieg ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, verankerten sie in ihrer Verfassung die Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche, um unter der Vielzahl von religiösen Gruppen und Konfessionen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dies war und ist eine zwar eine wichtige Errungenschaft, vor allem im Vergleich mit dem fortgesetzten Konfessionsterror in Europa. Das freie Bürgerrecht hingegen wurde sowohl den Ureinwohnern als auch den Sklaven aus Afrika noch für mehr als ein Jahrhundert vorenthalten.
Die Sklaverei wurde übrigens, ebenso wie die Ausrottung der Indianer, immer mit jeweils passenden Bibelstellen begründet. So heißt es zum Beispiel - nur eine Stelle von vielen - im *2. Buch Mose, Kapitel 25, Vers 44*: "Die Sklavinnen und Sklaven, die euch gehören sollen, kauft von den Völkern, die rings um euch wohnen; von ihnen könnt ihr Sklaven und Sklavinnen erwerben."
Dies soll angeblich Gott, der Ewige, durch den Gottespropheten Mose gesagt haben - eine der vielen Fälschungen, die die Priesterkaste in dieses Buch hinein gefälscht hat und was weder von Gott noch von Mose stammte.
In dieser Hinsicht liefen die Schriftgelehrten schon immer zu intellektuellen Höchstleistungen auf - wenn jedoch Mitgefühl für den Nächsten gefragt ist, gehen viele vorbei, so wie die Schriftgelehrten im Gleichnis von Jesus vom "barmherzigen Samariter" an dem Mann vorbeigingen, der unter die Räuber gefallen war.
Und trotz der - wie gesagt: richtungsweisenden - Trennung von Staat und Kirche blieb der Protestantismus im Hintergrund die herrschende Staats-Ideologie.

9. Die protestantische Staatsideologie: "Frieden" durch Krieg in aller Welt - Fast alle Verträge gebrochen

So ließ sich beispielsweise **Präsident James Polk** - ein Nachfahre des bekannten schottischen Missionars John Knox und in einer evangelischen Schule groß geworden - vom evangelischen Presbyterianer zum evangelischen Methodisten umtaufen. Und mit **James Garfield** war 1881 ein evangelischer Prediger sogar selbst Präsident.
Ein Kerngedanke dieser protestantischen Staats-Ideologie war im 19. Jahrhundert der Begriff "manifest destiny", zu Deutsch "die schicksalhafte Bestimmung des Volkes", seinen angeblich gottgewollten Einfluß in der Welt immer weiter auszudehnen, um dadurch zu einem Vorreiter für andere Völker zu werden. Oder, wie es der lutherische Theologe und Amerika-Kenner Geiko Müller-Fahrenholz in der katholischen Zeitung *Publik-Forum (27.6.2003)* umschrieb:
"Wenn ich Gottes Instrument bin, sind auch meine Methoden und Taten von Gott legitimiert. Wenn dabei Menschen zu Schaden kommen, tragen diejenigen die Schuld, die sich den Segnungen meiner Mission widersetzen."

Das Magazin *Der Spiegel* nannte dieses Prinzip "die Schicksalsbestimmung der Vereinigten

Staaten, Frieden durch Krieg in die Welt zu bringen". *(17.2.2003)*
Nach Gustav Blanke, Professor für Amerikanistik in Mainz, beinhaltete dieses Prinzip unter anderem auch die Expansion der Vereinigten Staaten vom Atlantik bis zum Pazifik. In dem Buch *Gott und Politik in USA* schrieb er: "Die Expansion zum Pazifik war danach 'gottgewollt', 'natürlich', 'naturgesetzlich' und 'unabwendbar'." *(S. 196)*
Die Ureinwohner, die dieser Expansion im Wege standen, wurden daher brutal beseitigt. Denn eine freie Entscheidung der Indianer war in dieser protestantischen Ideologie nicht vorgesehen. Natürlich hat das mit dem Willen Gottes überhaupt nichts zu tun. Eine angeblich göttliche Mission, bei der Männer, Frauen und Kinder wahllos abgeschlachtet werden, bei der die Gottes- und Nächstenliebe, die Jesus, der Christus lehrte, zweieinhalb Jahrhunderte lang mit Füßen getreten wurde, täglich aufs Neue, ist das Gegenteil dessen, was Christus, der Friedefürst, lehrt.
Die Verfolgung und Ausrottung der Indianer wurde das gesamte 19. Jahrhundert (!) über zu einer offiziellen Angelegenheit des Staates und wurde ab dieser Zeit systematisch und bürokratisch äußerst effizient betrieben. Zu dieser Systematik gehörte es, mit den einzelnen Stämmen immer neue Verträge abzuschließen, oft mit Druck und Erpressung, um diese Verträge anschließend samt und sonders wieder zu brechen. Man versprach ihnen einen bestimmten Kaufpreis, besseres Land oder garantierte ihnen erträgliche Lebensbedingungen. Erfüllt wurde davon so gut wie nichts.
Mit der Abschlachtung aller Bisons versuchten die Jäger und US-Behörden auch, die Ernährungsgrundlage von Indianerstämmen wie der Sioux zu zerstören. Teilweise war es auch ein Ermordungs-Spaß der konfessionellen Scheinchristen. Nach katholischer und evangelischer

Lehre sind die Tiere seelenlos, gehen bei ihrem Tod zugrunde und haben kein oder allenfalls sehr wenig Schmerzempfinden. Doch sind nicht eher die Priester, Pfarrer und die mit ihnen verbündeten Politiker und Jäger seelenlos?
Wolf Schneider schreibt: "Waren die Indianer also Menschen, so doch vorerst Heiden und somit Mitmenschen noch lange nicht. An Vereinbarungen mit ihnen hielten sich Europäer nur so lange, wie sie sich als die Schwächeren empfanden; sobald sie sich stark genug fühlten, zerrissen sie jeden Vertrag. Darauf waren die Indianer zumal Nordamerikas nicht gefaßt: Wer miteinander die Friedenspfeife geraucht hatte, der war eine Verpflichtung eingegangen, an die er sich hielt." *(Geo-Epoche Nr. 4, S. 67)*
Und Karlheinz Deschner schreibt in seinem Buch *Der Moloch*: "Gebrochene Verträge und Versprechen, überhaupt alle Mittel des Betruges gegenüber Indianern waren so selbstverständlich wie das Abstechen ihrer Frauen und Kinder." Die US-Regierung "schloß in den folgenden hundert Jahren 370 Verträge mit den Indianern, und fast jeden Vertrag brach sie! Keine Regierung der Welt weist in einem so kurzen Zeitraum eine derartig schmachvolle Vertragsgeschichte auf!" *(S. 65)*

10. Völkermord unter evangelischer Präsidentschaft

Wie sehr die menschenverachtende Ideologie mit protestantischen Wurzeln in den Köpfen der Menschen Fuß gefaßt hatte, sieht man schon daran, daß auch die Mehrzahl der amerikanischen Präsidenten sich davon anstecken ließ.
So sagte etwa der dritte **US-Präsident Thomas Jefferson**, der ansonsten als "aufklärerischer" Vertreter von Religionsfreiheit galt, aber eben nicht gegenüber den Indianern: "Wir werden gezwungen sein, sie wie die Tiere aus den Wäldern in die Felsengebirge zu treiben. … Aber der Krieg wird dort nicht Halt machen. Er wird nicht aufhören, sie zu verfolgen, solange noch einer von ihnen übrig ist, diesseits des Mississippi." *(Der Moloch, S. 66)*
Und genau so kam es. Der siebte US-Präsident, **Andrew Jackson**, ein besonders brutaler Indianerverfolger, unterzeichnet 1830 den Indian Removal Act, der ihn ermächtigte, alle noch im Osten der USA lebenden Indianer über den Mississippi nach Westen zu deportieren - "eine der größten Zwangsumsiedlungen der Geschichte", wie Karlheinz Deschner schreibt *(S. 67)*. Präsident Jackson sollte ursprünglich protestantischer Pfarrer werden, gelangte über die Wirren des Krieges aber in die Politik und wurde nach seinem Tod im Nachruf als "alter Soldat, Patriot und Christ" gewürdigt.
Der französische Staatsphilosoph Alexis de Tocqueville wird im Dezember 1831 bei eisigen Temperaturen Zeuge der von Jackson angeordneten Deportation von 15.000 Choctaw-Indianern mit Schiffen, die wie 64.000 andere Stammesangehörige das Land verlassen mußten, in dem ihre Ahnen seit Hunderten von Jahren gelebt hatten. Lassen wir einige Satze davon einmal auf uns wirken:
"Kein Klagelaut war zu vernehmen und kein Weinen, obwohl sich unter den Choctaws auch Kleinkinder, Greise und Schwerkranke befanden. Einzig die Hunde heulten markerschütternd, als sie bemerkten, daß ihre Besitzer sie zurücklassen würden. Rasch entschlossen stürzten die Tiere in die eisigen Fluten und schwammen dem Dampfer hinterher. Über der ganzen Szene lag eine Stimmung des Ruins und der Zerstörung, etwas, das einen endgültigen und unwiderruflichen Abschied bezeugte; man konnte das Geschehen nicht beobachten, ohne daß sich einem das Herz zusammenschnürte." *(Die Zeit, 21.7.2011)*
Wenige Jahre später erfolgte die Deportation der Cherokesen. Karlheinz Deschner schreibt darüber:
"Gegen die Cherokesen wird das Militärrecht eingeführt. … Die Armee spürt die Indianer mit Bluthunden auf. Man verhaftet, erhängt sie, holt die Männer vom Feld, die Frauen aus ihren Häusern, entreißt Kinder ihren Eltern. Schließlich schleppt man 15.000 Cherokesen nach Arkansas, und Tausende kommen dabei um. Der Soldat Burnett … berichtet, daß Verjagte durch

Eis- und Schneesturm barfuß gehen mußten, daß sie an Kälte, Krankheit, Mißhandlungen zugrunde gingen. 'Nie vergesse ich die stumme Trauer dieses Morgens. Häuptling John Ross stimmte das Gebet an, und als das Signal geblasen wurde, sprangen die Kinder auf und winkten mit ihren kleinen Händen ihren Heimatbergen Lebewohl, die sie nie wieder sehen würden' … Der Zug der Vertriebenen wurde ein Todesmarsch. … Als die Reise zu Ende war, bezeichneten 4.000 stumme Gräber unseren Weg." *(S. 67)*

Und wofür vertrieb man sie auf eine Weise, die nicht schlimmer sein konnte? Historiker sagen: Aus purem Profit, aus Gier nach Land, nach Gold, nach Weideflächen für die neu entstehende Massentierhaltung.

"Bei den Indianerkriegen gegen Mitte des 19. Jahrhunderts und danach", so berichtet Deschner weiter, "dem 'Indian War', dem 'Langen Tod', ging es schlicht um Ausrottung, vor allem der Männer, doch oft auch der Frauen, Kinder. Es kam zu brutalsten Terrorakten. Da und dort wurden die Frauen auch durch ganze Männerhaufen vergewaltigt, ihre Kinder versklavt. Man gestand Indianern kein Recht auf Grundbesitz zu.

Man brannte ihre Dörfer nieder, vernichtete ihre Herden, ihre Ernten, Kleidung, Lebensmittel. Manchmal jagte man sie wie Kaninchen, behandelte sie fast wie Ungeziefer. Man trieb die letzten Überlebenden in immer kleinere Reservationen, und dann überschwemmten Goldwäscher und Siedler auch sie. Es war der totale Krieg."

11. Auch Abraham Lincoln war beteiligt

"Die Befehle des US-Generals Carleton 1862 unter der Präsidentschaft des evangelisch-baptistischen **Abraham Lincoln** lauteten: 'Keine Beratungen sind mit ihnen abzuhalten, keine Gespräche zu führen … Die Männer sind zu töten, wo immer sie gefunden werden'." *(S. 69)*

Abraham Lincoln selbst hatte sich einst als junger Mann als Freiwilliger für den Krieg gegen die Sauk-Indianer gemeldet.

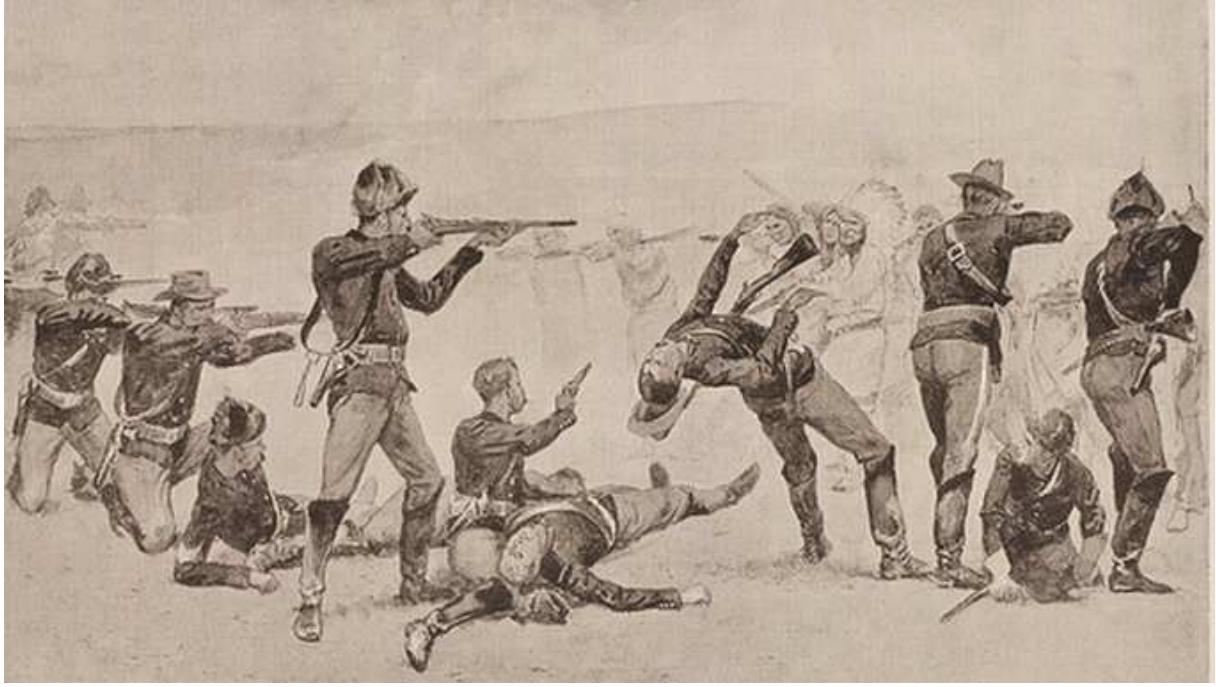
1864 verwandelt General Sheridan "das Shenandoah-Tal in eine ausgebrannte Wüste, so daß, lobt **General Grant**, der fünf Jahre später Präsident der USA wurde, selbst die Krähen, die darüber fliegen, kein Futter mehr finden.'"*(S. 71)*

Der Offizier John Milton Chivington schlich sich mit seinen Soldaten in der Morgendämmerung an rund 150 Hütten der Cheyenne heran und läßt 450 Menschen ermorden, hauptsächlich Frauen und Kinder. Chivington war evangelisch-methodistischer Prediger und war einige Jahre zuvor noch als Missionar unterwegs. Nach diesem Massaker stand er als Kriegsverbrecher vor Gericht, doch Präsident Abraham Lincoln stellte sich hinter ihn, woraufhin er frei gesprochen wurde.

Zwei Jahre später sagte der ihm vorgesetzte General Sheridan: "Alle Indianer, die sich an ihren alten Jagdgebieten festklammern, sind feindlich und werden es bleiben, bis sie abgeschossen sind." Oder: "Je mehr wir dieses Jahr töten, desto weniger brauchen im nächsten Jahr getötet werden." *(S. 73)*

Karlheinz Deschner schrieb: "Nur allzu oft wurden die Massaker gebilligt oder gar geleitet 'von Regierenden, Geistlichen, militärischen Kommandanten', wurden sie geschürt und verteidigt' von der Kanzel."

Grover Cleveland, der in der Endphase der Indianerkriege Präsident der USA wurde, wuchs als Pfarrerssohn in einem streng geführten protestantisch-calvinistischen Pfarrhaus auf und vertrat ausdrücklich die calvinistische Prädestinationslehre, wonach das Schicksal jedes Menschen angeblich vorher bestimmt sei.



Das Massaker am Fluß Wounded Knee am 29.12.1890, wie es der Zeichner Frederich Remington sah und in der Zeitung Harper's Weekly 1891 veröffentlichte.

Die sich dort aufhaltenden friedfertigen Indianer hatten keine Chance gegen die Gewehre der US-Armee und wurden alle massakriert oder "abgeknallt", einschließlich fliehender Frauen und Kinder.

Noch 1890, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, wird am Wounded Knee ein letztes regelrechtes Massaker durchgeführt. Fliehende Frauen mit ihren Kindern in den Armen schoß man nieder, nachdem der Widerstand längst aufgehört hatte und nachdem bereits jeder Krieger tot oder sterbend auf dem Boden lag. "Gestapo-Methoden", schreibt Deschner dazu, "doch ein halbes Jahrhundert früher!"

Unter Präsident **Benjamin Harrison**, der von einer streng protestantischen Mutter erzogen wurde und mit der Tochter eines protestantischen Predigers verheiratet war, wurden kurz danach die letzten Indianer-Schutzgebiete in Oklahoma an die weißen Siedler übergeben. Und auch die noch verbliebenen Indianer-Reservate hat man in den folgenden Jahren um weitere 2/3 verkleinert.

12. Präsident Roosevelt im 20. Jahrhundert: "Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde"

Noch im 20. Jahrhundert sagte der 32. US-Präsident **Theodor Roosevelt**, welcher der Reihe nach drei evangelischen Konfessionen angehörte: "Jedenfalls hat der bösartigste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer." Und weiter: "Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde." *(S. 75)*

Im 20. Jahrhundert war der Völkermord zwar zu Ende. Doch die abgrundtiefe Verachtung und Abwertung, die aus diesen Worten des evangelischen Präsidenten Theodor Roosevelt spricht, war damit nicht zu Ende. Bis heute leiden die Nachkommen der Überlebenden unter den Folgen dieser Ausgrenzung und Marginalisierung. Im Grund ist fast ein ganzes Volk, das nie eine echte Chance hatte, diesen quälend langen Kampf zu gewinnen, bis heute mehr oder weniger noch immer traumatisiert von dem Schrecken ohne Ende, der sich über Jahrhunderte hinzog. Das zeigen die hohen Prozentzahlen von Selbstmord und Alkoholsucht unter den heute lebenden Indianern.

Und neue Traumata kamen hinzu: Eine ganze Generation von jungen Indianern durchlief noch im 20. Jahrhundert großangelegte Umerziehungsversuche in meist kirchlich geführten Heimen. Dort versuchte man, den jungen Menschen ihre Kultur abzuerziehen und sie zu folgsamen Protestanten oder Katholiken zu machen. Viele wurden in diesen Missionsschulen auch mißhandelt oder sexuell mißbraucht, wie zahlreiche Betroffene berichten.

Erst im Jahr 2000 entschuldigte sich der Leiter des Büros für Indianische Angelegenheiten,

einer Behörde des US-Innenministeriums, für die Massaker und Verbrechen, die von seiner Behörde in den 175 Jahren ihres Bestehens begangen worden waren. Er sagte: "Das Trauma von Scham, Angst und Wut ist von einer Generation an die nächste weitergegeben worden und kommt zum Ausdruck in zügellosem Alkoholismus, Drogenmißbrauch und häuslicher Gewalt." *(Süddeutsche Zeitung, 11.9.2000)*

Abgesehen von dieser Entschuldigung eines Einzelnen kann aber von einer wirklichen Aufarbeitung oder Wiedergutmachung dieser schrecklichen Ereignisse kaum eine Rede sein - nicht von amtlicher politischer Seite und auch nicht von Seiten der beteiligten Religionsgemeinschaften.

Professor Hans-Ulrich Wehler sagte dazu in seinem Vortrag *(siehe oben)*, daß es in den USA in der Hauptstadt Washington zwar ein Museum über den Holocaust an den Juden gebe, der bekanntlich von deutschen überwiegend Protestanten und Katholiken begangen wurde, "doch keine vergleichbaren bundes- oder einzelstaatlichen Denkmäler oder Museen für die ermordeten Indianer, auch nicht für die Abermillionen von Sklaven aus Afrika". Wehler führt dies in seinem Vortrag sinngemäß wiederum auf den Mangel an Selbstkritik und die Suche nach Sündenböcken zurück, die, wie wir gesehen haben, ihre Wurzeln nicht zuletzt in der reformatorischen Theologie eines Luther oder Calvin haben.

13. Wie geht es den Seelen der Hingemordeten heute?

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Jesus von Nazareth lehrte etwas ganz anderes. Er, der Friedefürst, sprach davon, daß wir zunächst den Balken aus dem eigenen Auge ziehen, also das eigene Fehlverhalten erkennen und bereuen sollten, ehe wir dem Nächsten helfen können, den Splitter aus dem eigenen Auge zu ziehen. Er sprach davon, daß wir uns mit unseren Mitmenschen versöhnen sollen, solange wir mit ihnen auf dem Weg sind. Er forderte uns zum Mitgefühl mit allen Menschen auf: "Was ihr dem Geringsten meiner Brüder angetan hab, das habt ihr mir getan."

Die Indianer von heute leiden noch immer unten Folgen eines schauderhaften Völkermords. Und wie steht es um die Seelen der ermordeten, gequälten, betrogenen, vertriebenen, in hoffnungsloser Öde zurückgelassenen Indianer? Wie geht es den Seelen der vergewaltigten Frauen, der ihren Eltern entrissenen und brutal erschlagenen Kinder? Wo sind sie heute?

Aus Offenbarungen des Christus-Gottesgeistes durch die Gottesprophetin Gabriele ist bekannt, daß die Seelen verstorbener Menschen weiterleben. Sie halten sich meist in jenseitigen Welten auf, bis sie ihre Seelen soweit von Belastungen gereinigt haben, daß sie wieder zurück zu Gott in die reinen himmlischen Welten gelangen. Oder bis sie eine weitere Einverleibung als Mensch auf sich nehmen, um hier auf Erden weiter zu wachsen und zu reifen. Denn auch die Möglichkeit der Reinkarnation gehörte schon zu Jesu Zeiten zum Grundwissen der ersten Christen.

Doch wie ergeht es der Seele eines Menschen, der z.B. sehr plötzlich und auf grausame Weise sterben mußte? Unter Umständen wird diese Seele im Jenseits lange Zeit benötigen, um den Tätern zu vergeben, um sich von den Bildern und Vorwürfen zu lösen und ihren Weg als Seele in den jenseitigen Welten weiterzugehen - zumal dann, wenn sie von den Mördern in dem Glauben gelassen wurde, Gott, der Ewige, oder Christus, Sein Sohn, hätten dieses Leid verursacht, weil die Mörder in ihrem Blutrausch immer wieder den Namen des Allerhöchsten im Munde führten und durch ihr Tun furchtbar schändeten?

14. Christus hat mit allen den Grausamkeiten der Institutionen Kirche, den Vertretern des "Systems Baal", nichts zu tun

Durch das Prophetische Wort der heutigen Zeit, durch Gabriele, eine Frau aus dem Volk, die dem Ewigen seit mehr als 40 Jahren als Sprachrohr dient, offenbarte sich im Jahr 1981 ein hohes Geistwesen, das einst im irdischen Propheten Jesaja inkarniert war und gab umfassende Aufklärung zu diesem Thema. Auch wer nicht daran glaubt, daß es sich hier um eine "Offen-

barung" handelt und wer demgemäß der Autor der nachfolgenden Zeilen ist, kann vor dem Hintergrund der hier dargelegten Fakten über den Völkermord an den Indianern zumindest über den Inhalt nachdenken:
"Der Geist Jesu Christi weht erneut außerhalb der Institution Kirche. Zu allen Zeiten verströmte sich der Geist Gottes durch die Propheten, die vorwiegend außerhalb der Kirche in Erscheinung traten. Jesus Christus, der lebendige freie Geist, bekennt sich nicht zu den einengenden Dogmen, Riten, Satzungen und auch nicht zu dem Machtstreben, das in der äußeren Kirche seit dem Ende des Urchristentums dominiert. Sein einziger Ruf lautet: Folget Mir nach! …
Die Bibel brachte der Menschheit nicht den Frieden, weder in den Jahrhunderten, als es den Christen bei Strafe verboten war, die Texte in ihrer Muttersprache zu lesen, noch in der Jetztzeit, in der sie wieder fanatisch vertreten wird. … Überall dort, wo das Gotteswort fanatisch vertreten wird, weht nicht der Heilige Geist. Der Geist Gottes kennt keinen Fanatismus, sondern nur eine Klarstellung der Ursachen, die zur Wirkung drängen. … Es steht geschrieben: 'Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe.'
Nach Seiner Auferstehung hielt der Herr Seine Ankündigung, den Seinen noch tiefere Wahrheiten zu übermitteln. Er lehrte durch Propheten und Prophetinnen im Urchristentum und dann erneut im Mittelalter. Er, der Herr, wollte die Seinen erst belehren und dann mit dem Geist der Wahrheit und der Erkenntnis taufen, um sie dann hinaus zu senden und diejenigen das Evangelium zu lehren, die nicht an Ihn glaubten. Der Herr wollte keine Unerleuchteten hinaus senden, sondern Erleuchtete. Sein Wort galt nicht nur den Aposteln, sondern der gesamten Christenheit.
Die Christen gingen wohl hinaus, um andere zu Christen zu machen. Ihre Gesinnung jedoch war nicht die selbstlose Liebe, sondern das Schwert des Hasses und die Gier nach Macht und Ansehen. So töteten und folterten sie grausam des Herrn Kinder und glaubten, auf diese Weise ein Christentum erwecken zu können. Dieses Blutbad, das sie im Namen Christi anrichteten, ist noch nicht gesühnt und deshalb gegenwärtig. Bis zur Jetztzeit gab die Institution Kirche jenen Völkern, die sie auch ihrer Schätze beraubte, weder diese zurück, noch leistete sie Abbitte für das grauenvolle Geschehen.
Der Haß der damaligen getöteten Menschen haftet heute noch an deren Seelen. Diese in den Reinigungsebenen befindlichen Seelen trachten nach Rache. Ihr Vergeltungsdrang ist vorwiegend auf Christus ausgerichtet und auf all jene, die sich Christen nennen und am Blutbad mitschuldig waren. Die rohen Gesellen einer verweltlichten Macht, die sich Christen nannten und das Blutbad im Namen Christi und im Namen Seines erlösenden Kreuzes ausführten, sind in den Augen der rachedurstigen Seelen nicht die Mörder, sondern Jesus Christus, in dessen Namen sie das Niedrigste vollbrachten."

15. "Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht!"

Liebe Leserinnen, liebe Leser, mit den Grausamkeiten, mit den unvorstellbaren Verbrechen, die in Seinem Namen begangen wurden, hat Er, der Friedefürst, der Erlöser aller Menschen und Seelen, aber überhaupt nichts zu tun! Er hat keinen Menschen ausgegrenzt, sondern Er hat gesagt: "Kommt alle zu Mir her, die ihr mühselig und beladen seid!" Er hat uns Menschen den Gott der Liebe nahe gebracht, den All-Einen, der alle Seine Erdenkinder unendlich liebt, der auch die Natur und die Tiere liebt und mit Seinem Geist beständig beatmet. Mögen deshalb auch die Seelen der Hingemordeten erkennen: Christus hat mit all diesen Grausamkeiten, die euch widerfahren sind, nichts zu tun!
Er war als Jesus von Nazareth der geistige Revolutionär, der jegliche Gewalt und jeglichen Betrug ablehnte. Wer Gewalt, Mord, Totschlag, Raub und Betrug begeht, der verstößt gegen die Gesetze Gottes und wird nach dem Gesetz von Saat und Ernte früher oder später erleiden,

was er verursacht hat. Erst wenn er seine Fehler von Herzen bereut, um Vergebung bittet, den Schaden wenn möglich wiedergutmacht und das als falsch Erkannte nicht mehr tut, kann eine Versöhnung stattfinden, wenn ihm dann von den Opfern verziehen wird. Christus lebt mit Seiner Kraft auch in jeder Seele und in jedem beseelten Menschen und steht in jedem Moment bereit, uns beizustehen, um Gott in uns näherzukommen.
Wenn also wieder einmal für einen der evangelischen "Reformatoren" ein sogenanntes Jubiläum gefeiert wird wie für Martin Luther im Jahr 2017, dann mag dies protestantisch, lutherisch oder calvinistisch genannt werden - christlich ist es jedoch angesichts der schrecklichen Tatsachen, die wir hier dokumentiert haben - und es war nur ein kleiner Ausschnitt -, sicher nicht. Das hier Dargelegte geht vor allem auf das "Konto" der protestantischen Gewandung des "Systems Baal", das zu allen Zeiten bestrebt war und ist, die Boten des Reiches Gottes zu verfolgen und die Schöpfung Gottes zu zerstören.
Doch der Gott der Liebe, den uns Jesus, der Christus, nahe brachte, kann nicht besiegt werden, und aus der geistigen Welt erreicht uns in unserer Zeit deshalb auch der Ruf: "Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht - der Geist unseres himmlischen Vaters ist mit uns. Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht - der Christus Gottes ist mit uns." Christus, der Freie Geist - außerhalb der Kirche.<<

1891

Deutsches Reich: Am 9. April 1891 erfolgt die Gründung des Allgemeinen Deutschen Vereins (später Alldeutscher Verband).
Diese nationalistische und antisemitische Organisation, die 1922 rund 40.000 Mitglieder besitzt und 1939 aufgelöst wird, verfolgt in erster Linie imperialistische und völkische Ziele (x056/308):
>>1. Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtlinien.
2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern ... und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und Übersee.<<
Der evangelische Theologe Paul Göhre (1864-1924) berichtet im Jahre 1891 über die Notlage der Fabrikarbeiter und Handwerksburschen (x058/259-260): >>... Es ist schwer, das, was die Leute an Räumen innezuhaben pflegten, noch Familienwohnungen zu nennen. Oder kann man wirklich eine zweifenstrige Stube und ein unfenstriges, unheizbares Gelaß daneben noch so bezeichnen? Eben dies aber, und nicht mehr, bildete das Heim eines – wenn ich recht sah – sehr großen Teiles unserer Arbeiterfamilien.
Darum sprach man da unten auch immer nur von Stuben. "Ich will mir eine neue Stube mieten"; "was bezahlst du für deine Stube?" waren ganz übliche Worte.
Bedeutend besser, geräumiger, anheimelnder erschienen schon die Wohnungen, die aus einer Stube und zwei Gelassen, im Volke dort fälschlich "Alkoven" (fensterlose Bettnische, durch eine Tür abgetrennt) genannt, oder gar aus zwei heizbaren Stuben und einem Alkoven bestanden. Doch auch ihnen fehlte sehr oft, wie den Stuben immer, die Küche; dagegen gehörte zu allen genannten Gattungen regelmäßig noch eine sogenannte Bodenkammer, d.h. ein enger Bretterverschlag unter dem Dache, deren jeder mit einer kleinen Luke versehen war. ...
Die Preise für diese Wohnungen waren hoch im Vergleich zu ihrem Werte wie zu dem Einkommen der meisten Arbeiter, doch wohl niedriger als diejenigen für gleiche in der Stadt.
Das Traurige an dem ganzen Wohnungswesen dieser Leute war vielmehr ein anderes, schon so oft beklagtes: das Mißverhältnis der Enge der Räume und der Zahl ihrer Bewohner. Solche eben geschilderte Wohnräume genügten wohl jungen, erst verheirateten Leuten mit ein oder zwei Kindern zu einem halbwegs gesunden, zufriedenen Wohnen.
Wo sich aber eins, zwei, drei Kinder mehr einstellten, und wo man um des besseren Aus-

kommens willen noch gar Fremde in Kost und Logis zu nehmen gezwungen war, gab es dann Zustände, die sich leicht nachfühlen, aber schwer beschreiben lassen. Das aber war selbstverständlich die Regel. Weitaus die meisten Familien hatten eine Schar Kinder, hatten Schlafleute und Kostgänger.
Die meisten und größten dieser Übel kamen jedenfalls durch das Schlafstellen- und Kostgängerunwesen. Das ist der Ruin der deutschen Arbeiterfamilie. Aber es ist für sie in den allermeisten Fällen eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der geringe materielle Vorteil, der dabei herauskommt, ist ein ersehnter Zuschuß zum Wirtschaftsgeld der Arbeiterfrau.
Daß die Arbeiter sich nicht nur zum Spaße mit solchen Fremden herumplagen, braucht niemand zu glauben. Im Gegenteil machte ich häufiger die Erfahrung, daß, wer es durchsetzen kann, womöglich sich diese Leute vom Halse und vom Hause hält. Wenn man es aber tut, nimmt man jedenfalls immer lieber junge Männer als junge Mädchen.
... Tüchtigen Facharbeitern, wie Schlossern und Drehern, war es zu jener Zeit immer noch leichter möglich, Arbeit in Fabriken und kleineren Werkstätten zu erhalten, als Handarbeitern, Webern und Maschinenarbeitern. Auf der Arbeitssuche wurden wir meist schon von den Portiers der Fabriken kurz zurückgewiesen. ...
Jedenfalls kann ich nach eigenen Erfahrungen ... aussagen, wie unsäglich deprimierend es ist, erfolglos von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt wandern zu müssen, immer von neuem sein Kraft anbietend, mit bittenden Worten und immer wieder erfolglos. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist, auch wenn der Hunger noch nicht mit seiner eisernen Faust an die Tür pocht, das furchtbarste Los, das einen gesunden, strebsamen, für seine Familie sorgenden Mann treffen kann, um so bitterer, je ernster, tiefer, charaktervoller er ist. ...<<
Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtet am 16. Oktober 1891 auf dem SPD-Parteitag in Erfurt (x056/271): >>... Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte ... auf militärischem, ... politischem ... und ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei wie z.B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. ...
Wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Klassen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz andere Mittel und Wege angewiesen. ...
Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. ... Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. ... Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unseres letzten Zieles ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.<<
Im Erfurter Parteiprogramm des Jahres 1891 fordert die SPD (x176/182): >>Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und verpflichtender Stimmabgabe aller Deutschen ab dem 20. Lebensjahr.
Direkte Gesetzgebung durch das Volk.
Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.
Einheitliche Arbeitszeitlänge, Verbot von Sonntagsarbeit.
Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter.
Gesundheitliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. ...<<
Kaiser Wilhelm II. erklärt am 23. November 1891 während einer Rekrutenvereidigung in Potsdam (x056/276): >>Rekruten!
Ihr habt jetzt vor dem geweihten Diener Gottes und angesichts dieses Altars Mir Treue geschworen. ...
Ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für euch

nur einen Feind und der ist Mein Feind.
Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen – was ja Gott verhüten möge -, aber auch dann müßt ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen.<<
Der Politiker Wilhelm von Kardorff (1828-1907, Industrieller, Rittergutsbesitzer und Führer der Freikonservativen Partei) kritisiert im Jahre 1891 die Regierungspolitik (x056/278): >>Das allgemeine Mißbehagen wurzelt an erster Stelle in dem Gefühl, daß die Regierung dem stürmischen Anwachsen der Sozialdemokratie gegenüber die Hände in den Schoß legt. ...
Die Konservativen haben gerade den umfassenden Wohltaten der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber ein Recht zu verlangen, daß die ... Sozialdemokraten ... entweder durch ein spezielles sozialdemokratisches Gesetz als eine antichristliche, antimonarchische und antinationale Partei verfemt werden oder ... unter sehr verschärften preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzen fortan zu leben haben. Andernfalls treiben wir rettungslos der Herrschaft der Sozialdemokratie, d.h. einem Staatsstreich, ... zu. In wenigen Jahren ist ... die Armee schon stark infiziert.
Das zweite, das in weiten Kreisen die Unzufriedenheit mehrt, ist, ... daß in wirtschaftlichen Fragen die Freihandelstendenzen an Stelle der Bismarckschen Wirtschaftspolitik sich eindrängen.<<
Serbien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Serbiens im Jahre 1891 (x818/876-877): >>(Serbien) ... Der Pressegesetzentwurf, den das Ministerium einbrachte, um den groben Beleidigungen und Herausforderungen Österreichs in der Presse entgegentreten zu können, wurde vom Ausschuß verworfen.
Daher reichte im Februar 1891 das Ministerium Gruitsch seine Entlassung ein, und der Führer der Radikalen, Paschitsch, bildete am 23. Februar ein neues Kabinett, das aus rein radikalen Mitgliedern zusammengesetzt war.
Dasselbe sprach in einem diplomatischen Rundschreiben den festen Willen aus, mit allen Staaten die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten und alle Kräfte der inneren Konsolidierung des Landes zuzuwenden; nach Petersburg erging aber eine besondere Note mit der Versicherung, die Beziehungen zu Rußland sollten mit der altüberlieferten Freundschaft und Sympathie und mit den Dankgefühlen des serbischen Volkes in Einklang gebracht werden. Denn die Radikalen schmeichelten sich ernstlich mit der Hoffnung, daß Rußland ihnen helfen werde, das großserbische Reich zu errichten. ...
Eine verdrießliche Schwierigkeit bereitete dem neuen Ministerium der Exkönig Milan, der im März 1891 plötzlich wieder in Belgrad erschien und, indem er seinen früheren Ministerpräsidenten Garaschanin, ... der Ermordung (1887) der Attentäterin Ilka Markowitsch und ihrer Gefährtin Jelena Knitschanin im Kerker beschuldigte, einen großen Skandal hervorrief.
Garaschanin, durch die Anklage heimlicher Mitwissenschaft mit dem Mordanschlag auf Milan herausgefordert, schob in seiner Antwort an den "Grafen von Takowo" diesem die Schuld an der Erdrosselung der beiden Frauen zu. Doch gelang es der Regierung, Milan durch eine Vorschußzahlung von 1 Million Dinar auf seinen Anteil an der Zivilliste zu dem Versprechen zu bewegen, bis zur Großjährigkeit des jungen Königs von Serbien fernzubleiben. ...<<
Italien: Im Verlauf der ersten Weltfriedenskongresse in Rom (1891) und in Budapest (1896) entwickeln Politiker aus verschiedenen Nationen umfassende Programme zur Friedenssicherung, die erstmalig nicht nur humanitäre Grundsätze berücksichtigen.
Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903) bestätigt im Jahre 1891 in einem Rundschreiben die Grundzüge der katholischen Sozialpolitik und lehnt den Sozialismus bzw. "Klassenkampf" ab (x069/73, x145/128): >>... Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist sodann auch der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unvermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher

Gegensatz Platz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr ...
Die Natur hat gewollt, daß im Körper der Gesellschaft jene beiden Klassen in einträchtiger Beziehung zueinander stehen und ein gewisses Gleichgewicht darstellen. Die eine hat die andere durchaus notwendig. Der Besitz ist auf die Arbeit angewiesen und die Arbeit auf den Besitz.<<
>>... Wie dem auch sei, so ist allen völlig klar, daß man der unteren Volksschicht schnell und wirksam helfen muß, da die ihr Angehörenden zum größten Teile in tiefer Verelendung ein menschenunwürdiges Dasein führen. Im letzten Jahrhundert wurden ja die alten Korporationen der Gewerbetreibenden beseitigt, ohne daß an ihre Stellen andere Sicherungen traten, und da das öffentliche Leben und die Gesetzgebung sich immer mehr auch von der überkommenen Religion loslösten, kam es allmählich dahin, daß die Arbeiter in schutzloser Vereinzelung dem unsozialen Geist der Besitzenden und dem Druck einer hemmungslosen Konkurrenz ausgeliefert waren.
Verschlimmert wurde dies alles durch den raffgierigen Wucher, der zwar schon oft und oft von der Kirche verurteilt wurde, dennoch aber von hab- und gewinnsüchtigen Leuten in moderner Form immer wieder getrieben wird. Schließlich sind der Produktionsprozeß und fast der ganze Handel unter die Verfügungsmacht nur weniger Menschen geraten, so daß eine verschwindend kleine Schicht gutgestellter und vermögender Leute eine breite Masse von Besitzlosen in beinah sklavischer Abhängigkeit hält. ...<<
Portugal: Henrique Lopes de Mendonça (1856-1931) verfaßt im Jahre 1891 den Text der späteren Nationalhymne Portugals (x230/137):
>>Helden der See, du hochgeborene,
Tapfre Nation, zum anderen Mal
Hebt sich unsterblich der unverlorene
Strahlende Ruhm von Portugal.
Durch den Dunst versunkener Zeiten,
Vaterland, hören wir die Stimmen mahnen
Deiner altehrwürdigen Ahnen,
Die dich sicher zum Sieg geleiten.
Zur Waffe, zur Waffe
Über das Land hin, über das Meer,
Dem Vaterland zur Wehr
Gegen Geschütze marschieren, marschieren.<<
Großbritannien: Cecil Rhodes rechtfertigt im Jahre 1891 die britische Kolonialpolitik (x058/266-267): >>... Unter all den Kräften, die an der Gestaltung der menschlichen Rasse mitwirken, scheint keine so mächtig zu sein, jetzt und noch mehr künftig, als der englisch sprechende Mensch. Schon beginnt er die Welt zu beherrschen. Das Empire und die Republik (USA) ...
Ihre Bürger, mit all ihren Fehlern, sind die Vorhut der Zivilisation, und wenn irgendwelche große Verbesserungen in den Lebensbedingungen gemacht werden sollen, dann werden sie notwendigerweise die führenden Instrumente bei diesem Werk sein. ...
Um Miltons berühmtes Wort zu gebrauchen, der Glaube an "Gottes Engländer" wird unser leitendes Prinzip sein. ...
Wir glauben an Gott, an England und an die Menschheit. Die englischsprechende Rasse ist eines von Gottes erwählten Werkzeugen, die kommenden Verbesserungen im Schicksal der Menschheit auszuführen. Wenn alle diejenigen, die das erkennen, zu einer innigen Verbindung gebracht werden könnten, um mitzuhelfen, diese Rasse zur Erfüllung ihrer von der Vorsehung bestimmten Mission fähiger zu machen und alles zu bekämpfen, was dieses Werk hindert oder schmälert, dann würde eine solche Vereinigung oder weltlicher Orden Kern oder

Kristallisationspunkt bilden für alles, was in der englische Welt lebenswichtig ist und dessen Einfluß man nur schwer überschätzen kann.
Dies ist die höchste der Wirksamkeiten, nach denen wir streben. Unsere oberste Pflicht ist es, durch einen Prozeß natürlicher Auswahl alle diejenigen auszulesen, die in ihrem Herzen das heilige Feuer der patriotischen Hingabe an ihr Land hegen und sie für den aufrichtigen Dienst am Gemeinwohl zu werben. ...<<

Abb. 46 (x192/403): Cecil John Rhodes (1853-1902) wurde 1890 Premierminister der Kapko-

lonie. Er träumte davon, die britische Flagge in ganz Afrika aufzupflanzen.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."
Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente:
Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.
Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.
Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer
verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr.

Die Herzen der erbärmlichen Eingeborenen sind voller Sünde.
Verwandelt ihre heidnischen Tempel in spirituelle Gründe.
Und gehen sie mit Euren Lehren nicht einher,
haltet ihnen eine weitere Predigt – mit dem Maxim-Gewehr.

Wenn sie die zehn Gebote ungefähr erkennen,
müßt Ihr ihren Häuptling täuschen und ihr Land umbenennen;
Und wenn sie fehlgeleitet Euch zur Rechenschaft zieh'n
Haltet ihnen noch eine Predigt – mit der Maxim.<<
Japan: Ein Erdbeben in Japan (Mino-Owari) fordert im Jahre 1891 etwa 7.500 Menschenleben und 130.000 zerstörte Gebäude (x074/951).
1892
Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. erklärt am 24. Februar 1892 während einer Rede vor dem Brandenburgischen Provinzlandtag (x056/276): >>Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, ... herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. ...
Den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Manöver erwidere ich ruhig und bestimmt: "Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert!" ...<<
Carl Legien (1861-1920, seit 1895 SPD-Mitglied, 1893-98 und 1903-18 Mitglied des Reichstages) erläutert im Jahre 1892 die Aufgaben der sozialistischen Gewerkschaften (x056/220): >>Die Gewerkschaften (haben) den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können. ...<<
Die Deutsch-Konservative Partei erklärt im Parteiprogramm des Jahres 1892 (x261/156-157): >>1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Betätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung. ...
Wir bekämpfen den vielfach vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. ...
8. Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik.
Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Er-

werbstätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. ...
15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.
Hochachtung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche Konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat. ...<<
Infolge mangelhafter Hygiene breitet sich von August bis Oktober 1892 eine gefährliche Cholera-Epidemie in Hamburg aus, die insgesamt 8.605 Todesopfer fordert (x092/655).
Der deutsche Dichter Detlev Freiherr von Liliencron (1844-1909) schreibt damals in einem Brief über die Cholera-Epidemie in Hamburg (x092/655): >>... Du hast keinen Begriff, wie hier der schwarze Tod herrscht. Ich gehe unbekümmert darin herum. Was soll man anders machen. ...
Denke dir also: Da gehe ich so durch die Straßen bei Tag oder Nacht: Geschrei (der Sterbenden, der Hinterbliebenen), die Polizei- (Sanitäts-) Beamten alle besoffen, roh; der Kadaver oder noch Lebende (meistens in drei Stunden futsch) wird aus den Häusern herausgerissen (sehr richtig), Geheul, weißes Laken, einige Sanitätsbeamten sprengen mit großen Maler-Quasten, ob auf Tote oder Kranke, große Massen Chlorkalk. Alles stinkt hier von Chlorkalk. Der Pferdebahnbetrieb hat ganz aufgehört. Alle Theater, Musiken und so weiter (sind) geschlossen.
Und so traf ich Henni: In einer Mietskaserne mit 300 Kindern, die entsetzlich schmierig ist, saß sie häkelnd in ihrer scheußlichen Kabine, nachdem ich sie also verlassen hatte.
Mich übermannte die Sinnlichkeit, - sie warf sich mir zu Füßen: Ich wollte sie retten -, und ich blieb die vorige Nacht bei ihr. In dieser Nacht wurden 7 (schreibe: Sieben!) Menschen aus der Mietskaserne wegen Cholera entfernt, - und wir hörten das Geschrei, den Jammer, und Amor ward der schwarze Tod, die Pest!<<
Österreich-Ungarn: Ab 1892 beginnt mit der Gründung der polnischen sozialistischen Partei (PPS) der nationale Freiheitskampf unter Führung von Jozef Pilsudski (1867-1935, ab 1918 polnischer Staatschef). Diese polnische Nationalbewegung wird durch Rußland unterstützt.
Spanien: Francisco Franco y Bahamonde wird am 4. Dezember 1892 als Sohn eines Marineoffiziers in El Ferrol geboren.
Frankreich: Im Jahre 1892 verhandeln Frankreich und Rußland über ein antideutsches Militärbündnis ("brüderliche Einigung der befreundeten und verbündeten Nationen"). Dieses Bündnis wird Ende 1893 ratifiziert.
USA: Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident) lobt im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas.<<

1893

Deutsches Reich: Ein Diplomat des Deutschen Außenamtes schreibt im Jahre 1893 an den deutschen Gesandten in Peking (x056/294): >>Der Vizekönig von Kanton (soll) soll die Neuanschaffung von 3 Kriegsschiffen beabsichtigen und die französische Regierung bereits Schritte unternommen haben, um die Aufträge der französischen Industrie zuzuführen.
Falls diese Nachricht wahr ist, wollen Euer Hochwohlgeboren sich, wenn auch in unaufdringlicher Weise, dafür verwenden, daß bei der Vergebung der Lieferungen unsere Industrie möglichst berücksichtigt werde.<<
Der sozialdemokratische Parteiführer Wilhelm Liebknecht erklärt während einer Rede im Jahre 1893 (x233/133): >>Jeder Tag vernichtet Hunderte von Existenzen, weiht Hunderte, die

sich bisher mehr dünkten als Proletarier, dem Hunger und Elend und lehrt sie mit der grimmigen Beredsamkeit der Not, daß im Sozialismus allein das Heil ist.
So wächst unsere Armee von Tag zu Tag in dem gleichen Maße, wie der Gegner zusammenschmilzt – die Übermacht der Feinde verschwindet mehr und mehr, und, was auch immer sie tun mögen, der Augenblick rückt unaufhaltsam heran, wo wir die Stärkeren sind und imstande, die Gesellschaft zu retten, indem wir sie von dem Kapitalismus erlösen. ...<<
Die Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet im Jahre 1893 (x237/216): >>Dem Wiener Vorgang folgend. wurde am 16. September dieses Jahres das erste deutsche Mädchengymnasium in Karlruhe eröffnet. ... Der Lehrplan schließt sich genau demjenigen des Knabengymnasiums an, da er das gleiche Ziel, Reife zur Universität bezweckt. ...
Indessen sucht man hier durch die Art der Unterrichtserteilung Vorsorge zu treffen: die Schulstunden fallen sämtlich auf den Nachmittag, so daß die Vormittage sowohl für die häusliche Beschäftigung als für die Schularbeiten frei sind, somit das gesundheitsschädliche Arbeiten in die Nacht hinein völlig vermieden wird.
Auf diese Weise und mit Hilfe der 6 wöchentlichen Turnstunden läßt sich hoffen, daß von Überanstrengung der jugendlichen Schülerinnen keine Rede sein kann. ...
Die Gründer der Anstalt hoffen, daß ... die Universitätstore (den späteren Abiturientinnen) geöffnet sein werden, und nach dem heutigen Stand der Frage kann man zugeben, daß dies nicht ausgeschlossen ist. ...<<
Frankreich: Frankreich und Rußland schließen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis soll in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) bilden.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war.
Jahrhundertelang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.
Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich (ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten) hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig. Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde.
Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik. Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.
Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekannten Dynamik erfaßt werden.

In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland.
Wie James B. Eustis, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris, im Jahr 1897 beobachtete, stand Frankreich "einer von zwei Wegen offen, entweder selbstbewußt und unabhängig bleiben und sich auf die eigenen Ressourcen bei der Begegnung jeder Gefahr stützen ... oder ein Bündnis mit Rußland anstreben, die einzige Macht, zu der es Zugang hatte."
Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<
Großbritannien: Die englische Zeitung "The Times" berichtet am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.
Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.
Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...
Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<
USA: Der nordamerikanische Militärschriftsteller Alfred T. Mahan schreibt im Jahre 1893 über die künftigen US-Expansionsziele (x239/188): >>Die Hawaii-Inseln sind von größter Bedeutung für die handelspolitische und militärische Kontrolle des Pazifik, ... in dem die Vereinigten Staaten, geographisch gesehen, das größte Recht auf die politische Vorherrschaft besitzen. ...
Die Annexion wäre eine Erstlingsfrucht und ein Unterpfand dafür, daß die Nation bei ihrem jetzigen Entwicklungsstand zu der Einsicht gelangt ist, es sei nunmehr notwendig, ihre Lebensweise ... hinauszutragen über die Grenzen, die ihren Aktivitäten bislang genügt haben. ...
Die vergleichende Religionswissenschaft lehrt uns, daß jene Religionen, die auf missionarische Aktivitäten verzichten, zum Untergang verurteilt sind.
Ist es mit Völkern nicht ebenso? ...<<

1894

Deutsches Reich: Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901, von 1885-94 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894-1900 Reichskanzler) wird im Jahre 1894 von Kaiser Wilhelm II. zum deutschen Reichskanzler ernannt.
Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee berichtet damals über diese Personalentscheidung des Kaisers (x237/203): >>Über die Wahl Hohenlohes herrscht, man kann sagen, allgemeines Erstaunen. Nach meiner Meinung ist er überhaupt nur möglich, wenn man ihm einen Vizekanzler für die eigentliche Arbeit zur Seite stellt.
Natürlich wird er dem Kaiser zunächst durch seine Schwäche und Nachgiebigkeit sehr angenehm sein. ...<<
Ein Journalist schreibt später über die von Kaiser Wilhelm II. ernannten Minister (x237/203): >>Deutschland war, als der Weltkrieg begann, das wirtschaftlich stärkste, das best verwaltete, und am schlechtesten regierte Land Europas. ...<<
Im Verlauf einer Frauenkonferenz vom 28. bis zum 29. März 1894 gründen die deutschen

Frauenvereine in Berlin den "Bund Deutscher Frauenvereine" (BDF), um die gemeinsamen Interessen der Frauenbewegung zu koordinieren und durchzusetzen.
Ein Mitglied der sozialistischen Frauenbewegung berichtet damals (x261/161): >>... Der nun einmal geweckte Drang nach Erkenntnis der sozialen und politischen Zusammenhänge, der unter dem Sozialistengesetz nur unter den größten Schwierigkeiten hatte befriedigt werden können, machte sich jetzt ungestüm geltend. Frauenbildungsvereine wurden an vielen Orten ins Leben gerufen, für die politische Aufklärung schuf man Frauenagitationskommissionen.
Aber die Frauen durften sich bekanntlich sowohl nach dem preußischen wie den Vereingesetzen anderer deutscher Staaten in Vereinen nicht mit Politik beschäftigen, durften auch nicht Mitglieder politischer Vereine sein.
Und trotz all dieser Beschränkungen verstanden es die Genossinnen, sich Einrichtungen zu schaffen, um unter den Frauen politisches Wissen und Aufklärung über die sozialen Zusammenhänge zu verbreiten. Das war nicht so ganz leicht. Es fehlte ja den Frauen in der Hauptsache noch an den allereinfachsten Begriffen über allgemeine Wirtschaftsfragen.
Es kostete z.B. viel Mühe, den Frauen klarzumachen, daß eine verkürzte Arbeitszeit für Hauswesen und Familie nicht nur keine Lohnkürzung, sondern eher eine Aufbesserung für sie bedeuten würde.
Als dann im Jahre 1893 der elfstündige Arbeitstag für die erwachsenen Fabrikarbeiterinnen eingeführt wurde, erkannten sie erst die Richtigkeit dieser Forderung und empfanden schon die nur um eine Stunde gekürzte Arbeitszeit als eine Wohltat für sich und ihre Angehörigen. Für spätere weitere Verkürzung der Arbeitszeit erleichterte dies die Agitation unter den Arbeiterinnen sehr. ...<<
Österreich-Ungarn: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" berichtet im Jahre 1894 über politische Unruhen in Böhmen (x269/23-24): >>Im Böhmerland gärt es. Seitdem dort die Jungtschechen die Oberhand haben, haben sie ihre Forderungen, die im wesentlichen in dem Satz gipfeln "Böhmen den Tschechen", immer rücksichtsloser verfochten, und der infolge dieser Agitationen über Böhmen verhängte Ausnahmezustand hat das Seine dazu beigetragen, die Gegensätze zu verschärfen.
Vor einiger Zeit war die Polizei in Prag einem Geheimbund, der sich Omladina nannte, auf die Spur gekommen, der zum größten Teil aus jugendlichen Mitgliedern bestand ...<<
Rußland: Nach schwierigen Verhandlungen beenden Rußland und das Deutsche Reich im Jahre 1894 den jahrelangen Zoll- und Handelskrieg.
Ein deutscher Landwirtschaftsexperte schreibt im Jahre 1894 über die Lage der russischen Bauern (x067/49-50): >>War die Ernte gut und hat der Bauer in seiner Hütte zu essen, so fällt es ihm nicht ein, auf die Güter auf Arbeit zu gehen. Wenn er mit Faulheit durchkommen kann, vermögen ihn die Löhne des Gutsherrn sicher nicht von seiner Ofenbank zu locken. Nur wenn Hunger und Not treiben, versteht er sich dazu, sich ums Verdienen zu kümmern. ...
Die geistige und moralische Beschaffenheit des russischen Landvolkes ist nach fast jeder Richtung hin eine niedrige. Der größte Teil der bäuerlichen Bevölkerung lebt in Gleichgültigkeit und Apathie dahin; überall die tiefste Unwissenheit!
Von fleißigem Streben, von Unternehmensgeist, von Energie und Intelligenz finden wir nur ausnahmsweise eine Spur. Infolgedessen sowie in Folge der schlechten Verwaltung, des Steuerdrucks, des Wuchertums etc. herrscht denn auch durchweg eine weitgehende Armut, ja oft geradezu Hunger und Elend. ...
Die exorbitanten (außergewöhnlichen) Steuerforderungen des Einnehmers treffen den Landmann nur zu häufig in einer Lage, die diesen Forderungen nicht gewachsen ist. Da wird denn zunächst, wenn durch Verschleuderung von vorhandenem Brot- oder Saatkorn oder irgendwelchen anderen Dingen, Vieh z.B. nichts erreicht werden kann, zum Geldverleiher, zum Wucherer Zuflucht gesucht. ...

Der Steuerdruck treibt den Bauer dem Wucherer in die Arme, und jetzt wird er natürlich aufs Unbarmherzigste ausgepreßt. Zinsen von 200-300 Prozent im Jahre sind nach zuverlässigen Nachrichten nichts Ungewöhnliches.<<

Maxim Gorki (1868-1936, russischer Schriftsteller und überzeugter Kommunist) schreibt damals über die Lebensverhältnisse der russischen Bauern (x067/49): >>Wenn der Bauer vor sein Dorf hinausgeht und auf die Leere um sich herum schaut, so fühlt er bald, wie diese Leere auch seine Seele ergreift. Nirgends ringsum sind bleibende Spuren von Arbeit und Schaffen.

Die Gutshöfe? Ihrer sind nur wenige, und in ihnen wohnt der Feind!

Die Städte! Sie sind weit fort, und sie stehen kulturell nicht sehr viel höher als das Dorf.

Rundum dehnt sich grenzenlos die Ebene, und mitten darin steht der elende kleine Mensch, zur Fronarbeit hineingestellt in diese trostlose Welt. Und des Menschen bemächtigt sich ein Gefühl der Gleichgültigkeit: Das ertötet die Fähigkeit zu denken, an das Geschehene sich zu erinnern, aus eigenen Erfahrungen heraus neue Ideen zu schaffen. ...

Gewiß, prächtig ist der Sommer "das lebendige Gold der üppigen Fluren", aber im Herbst liegt wieder die nackte leere Erde vor dem Landmann, und wieder heischt sie schwere Arbeit.

Dann kommt der harte, sechsmonatige Winter; die Erde ist eingehüllt wie in ein blendend weißes Leichentuch, unheimlich wüten heulende Stürme, und der Mensch kommt um vor Untätigkeit und Stumpfsinn, in der engen, schmutzigen Hütte.

Von allem, was er schafft, hat Bestand auf Erden nur sein Stroh und seine strohgedeckte Hütte – und die fällt dreimal im Leben jeder Generation dem Feuer zum Opfer.

Die technisch nur primitive Landarbeit ist unsäglich schwer. ... Die Schwere der Arbeit, zusammen mit der Kläglichkeit ihrer Ergebnisse, vertieft im Bauern das Gefühl des Eigentums und macht ihn der Beeinflussung durch Lehren fast unzugänglich, die alle menschlichen Sünden aus der Macht eben dieses Instinktes herleiten wollen. ...<<

Frankreich: Der französische Hauptmann Alfred Dreyfus (1859-1935, stammt aus dem jüdischen Bürgertum) wird im Jahre 1894 wegen angeblichen Verrats von militärischen Geheimnissen an das Deutsche Reich zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Eine französische Zeitung berichtet vor dem Verhandlungsbeginn der "Dreyfus-Affäre" (x233/135): >>In diesem, angeblichen Prozeß handelt es sich nicht darum, zu wissen, ob das elende Individuum ... schuldig oder unschuldig ist, ... es handelt sich darum, zu wissen, ob die Juden und die Protestanten, diese Vorhut Deutschlands, Englands und ihrer Verbündeten, ... die Herren dieses Landes sind oder nicht. ...<<

Die konservative Kirchenzeitung "La Croix" schreibt damals über die vom offenen Antisemitismus geprägte "Dreyfus-Affäre" (x233/134): >>Judas gehörte zum Volke Gottes und war der vom Herrn erwählte Apostel Gottes. Der jüdische Offizier gehört nicht zum französischen Volk. Die wahren Schuldigen sind diejenigen, die ihn in die Armee aufgenommen haben.

Er handelt wie der Wolf in der Schafherde und die Katze im Vogelkäfig. ... Der Franzose ist der Erzfeind für das Volk der Gottesmörder.

Wie können solche Völker, die von Gott zu einem Kampf auf Leben und Tod bestimmt sind, unter derselben Fahne sein! ...

Nun hat man ihn (Dreyfus) verhaften können trotz des geheimen, übermächtigen Schutzes, den die Juden bei uns genießen. Dieses Ereignis bedeutet so vielleicht das Ende der Verschwörung. ...<<

Der österreichische Journalist Theodor Herzl schreibt im Jahre 1894 über die "Dreyfus-Affäre" (x043/345): >>... Auf ihn warf man sich mit einer wollüstigen Wut. Am liebsten hätten sie ihn geteert und gefedert und ich weiß nicht welche Scheußlichkeiten an seinem Leib begangen. Warum?

Das war nicht mehr die Rache für einen Verrat militärischer Geheimnisse, der, wie die anderen Fälle beweisen, in Friedenzeiten keinen tollen Grimm erregt.

Oh, das war ein ganz anderer Zornesausbruch, viel verwandter mit den Exzessen eines Aufruhrpöbels. Sie waren auch gleich fertig mit der allgemeinen Anklage.
Nicht "Nieder mit Dreyfus!" johlten sie, sondern "Nieder mit den Juden!" ...<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens in der Dreyfus-Affäre (x1.001/75-76): >>… **Die Jesuiten und die Dreyfus-Affäre**
"Im Jahre 1890 ist es nicht mehr das Gewissen des französischen Königs, das sie beherrschen, sondern der Generalstab (zentraler Kreis besonders ausgebildeter Offiziere zur Unterstützung der obersten militärischen Führung) oder zumindest sein Chef; damals bricht die "Dreyfus-Affäre" aus, ein regelrechter Bürgerkrieg, der Frankreich in zwei Teile teilt."
Der katholische Historiker Adrien Dansette faßt die Affäre wie folgt zusammen:
"Am 22. Dezember des Jahres 1894 wird der Artilleriehauptmann Albert Dreyfus (1859-1935) des Landesverrats für schuldig befunden, zu Deportation auf Lebenszeit und unehrenhafter Entlassung verurteilt. Drei Monate zuvor hatte unser Nachrichtendienst in der Deutschen Botschaft eine Liste geheimer Dokumente zur Landesverteidigung gefunden; dieser stellte eine Ähnlichkeit zwischen der Handschrift des Hauptmanns Dreyfus und jener auf der Liste fest.
Sofort rief der Generalstab aus: "Der ist das; der Jude.". Dieser Annahme war man nur, da es für den Landesverrat keine psychologische Erklärung gab (Dreyfus hatte einen guten Ruf, war reich und führte ein geregeltes Leben); dennoch wird der Unglückliche inhaftiert und nach einer derart schnellen und parteilichen Untersuchung durch ein Militärtribunal verurteilt, daß die richterliche Entscheidung nur vorgefaßt worden sein kann. Schlimmer noch - es wird sich später herausstellen, daß ohne Wissen des Anwalts des Angeklagten den Richtern ein geheimes Dokument übergeben worden war …
Zudem kam es im Generalstab nach Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus zu Indiskretion, und Offizier Picquart (Georges Picquart, 1854-1914), nach dem Juli des Jahres 1895 Chef des Nachrichtendienstes, erfährt von einem gewissen, "Petit bleu" ("Kleiner blauer") (gemeint sind Eilbriefe) genannten Projekt zwischen dem deutschen Militärattaché (dem für militärische Fragen zuständigen Offizier der deutschen diplomatischen Vertretung) und dem französischen Offizier (ungarischer Herkunft) Esterházy (1847-1923); letzterer ein zwielichtiger Mann, der für seine Wahlheimat nichts als Haß und Verachtung hat.
Ein Beamter des Nachrichtendienstes aber, Offizier Henry (Hubert Joseph Henry, 1847-1898) fügt der Dreyfusakte - wie wir sehen werden - ein gefälschtes Dokument bei, das, wäre es echt, für den jüdischen Beamten erdrückend sein würde; auch entfernt und überschreibt er auf dem "Petit bleu" den Namen Esterházys, um so den Eindruck zu vermitteln, das Dokument sei gefälscht. Ergo fiel Picquart im November des Jahres 1896 in Ungnade."
Die Ungnade über den Chef des Nachrichtendienstes ist kaum verwunderlich: sein Eifer, Licht in das dichte Dunkel zu bringen, ging zu weit. Der zuverlässigste Beweis findet sich in dem nach seinem Tode im Jahre 1930 erschienenen Buch "Die Wahrheit über Dreyfus" … Es war Esterházy und nicht Dreyfus, von dem der Autor, damaliger Militärattaché an der deutschen Botschaft in Paris, geheime Dokumente der französischen Landesverteidigung erhielt.
"Schon vorher, im Juli, hielt Picquart den Augenblick für gekommen, dem Generalstabschef, welcher in Vichy (französischer Badeort) war, brieflich Mitteilung von seinem Verdacht gegen Esterhazy zu machen. Und am 5. August 1896 fand die erste Unterredung mit ihm statt. General Boisdeffre (1839-1919) billigte alles, was Picquart bisher in der Angelegenheit getan hatte, und genehmigte, daß er seine Nachforschungen fortsetzte.
Auch der Kriegsminister, General Billot (1828-1907), wurde noch im August von dem Verdacht Picquarts in Kenntnis gesetzt und billigte die von ihm getroffenen Maßnahmen. Esterhazy hatte, nachdem er von mir entlassen war, durch den Deputierten Jules Roche sich bemüht, ins Kriegsministerium kommandiert zu werden, wohl um dadurch die Verbindung mit

mir wieder aufnehmen zu können, und hatte verschiedene Briefe sowohl an den Kriegsminister wie an dessen Adjutanten (beigeordneter Offizier) geschrieben. Einer dieser Briefe wurde an Picquart gegeben, welcher dadurch in den Besitz der Handschrift von Esterhazy gelangte, und er stellte zum ersten Male fest, daß die Handschrift dieselbe war wie diejenige des Verzeichnisses! …
Erstmalig wußte er, daß der Verurteilte auf der Teufelsinsel (kleine Insel der Salutinseln, 10 km vor der NO-Küste Südamerikas) unschuldig war. Tags darauf schrieb Picquart einen Brief an General Boisdeffre, in welchem er sämtliche Anklagepunkte gegen Esterházy sowie seine jüngste Entdeckung offenlegte. Als er von jener "Geheimakte" las, sprang der General auf und schrie: "Warum wurde sie nicht verbrannt wie vereinbart?" …<<
USA: Der US-Publizist Henry D. Lloyd kritisiert im Jahre 1894 das nordamerikanische Wirtschaftssystem (x149/54-55): >>Wirtschaftliche Tätigkeit, die von der Selbstsucht des einzelnen bestimmt wird, führt überall zum Monopol, wo sie das soziale Leben berührt – zum Landmonopol, Transportmonopol, Handelsmonopol, zum politischen Monopol in allen seinen Formen ... bis zur Bestechung im Amt. ...
Wir müssen (einen) Feldzug planen gegen die Grundsätze und gegen die Menschen, die sie vertreten und bis ins Extrem steigern – die die Regierungsbefugnisse, die von allen für alle verliehen wurden, als Privilegien für ihre persönliche Machterweiterung benutzen; die, ganz auf derselben Linie, die gemeinsame Arbeit aller und die allen gehörenden Geschenke der Natur, das Land, die Energiequellen, die Bergwerke, die Ortschaften statt dem allgemeinen Nutzen nur dem eigenen Interesse dienstbar machen, so daß einige wenige im Überfluß und die vielen in Armut leben. ...<<
Samuel Gompers, Vorsitzender der AFL-Gewerkschaft (American Federation of Labor), schreibt im Jahre 1894 an einen US-Richter (x149/55): >>Ich gehöre nicht zu denen, die die gesamte Vergangenheit als eine Fehlentwicklung ansehen. ... Dennoch bitte ich Sie, zu erklären, wie es kommt, daß Tausende von gesunden, gutwilligen, vernünftigen Männern und Frauen Hunger leiden. ...
Wir mögen uns unseres Wohlstandes und unserer Zivilisation rühmen, aber für die hungrigen Männer, Frauen und Kinder ist unser Fortschritt ein hohler Spott. ...
Sie erkennen an, ... daß ein System entstanden ist, in dem der Kapitalbesitz des einzelnen von seiner Kontrolle in die der Kartelle und Trusts übergegangen ist und daß diese Tendenz im Zunehmen begriffen ist. Wie können Sie dann im gleichen Atemzuge die Arbeiter dafür kritisieren, daß sie erkannt haben, daß sie als einzelne keinen Einfluß auf die Entscheidungen über Löhne, Arbeitszeiten und Beschäftigungsbedingungen nehmen können. ...<<
China: Nach einem Bauernaufstand in Südkorea kommt es im Jahre 1894 zum japanisch-chinesischen Krieg, den Japan im Jahre 1895 siegreich beendet.
Afrika: Italienische Truppen greifen im Jahre 1894 Äthiopien an.
Französische Truppen besetzen im Jahre 1894 Timbuktu im westafrikanischen Mali.

1895

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. schreibt am 7. Februar 1895 an Zar Nikolaus II. (x056/-276): >>Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehängt zu werden. ...<<
Der Antrag des Reichstagspräsidenten vom 23. Februar 1895, Fürst Bismarck zum 80. Geburtstag zu beglückwünschen, wird von den Abgeordneten mehrheitlich abgelehnt (x056/-271): >>Zentrum: "Somit sind wir zu unserem Bedauern außer Stande, einem Glückwunsch zuzustimmen."
Freisinnige Volkspartei: "Wir bedauern, dem Ersuchen des Herrn Präsidenten keine Folge

geben zu können."
SPD: "Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung des Fürsten Bismarck zu beteiligen."<<
Der Politiker Karl Ferdinand Stumm (1836-1901, Unternehmer, seit 1889 Abgeordneter der Freikonservativen Partei) berichtet im Jahre 1895 (x056/273): >>Die Sozialdemokraten hier im Hause müssen wir ... aufgrund der Geschäftsordnung als Partner hinnehmen. ...
Außerhalb des Hauses ist die Sozialdemokratie weiter nichts als die Zusammenfassung aller Elemente, die von Haß, Gift und Neid gegen ihre besser situierten Mitbürger erfüllt sind. Die sozialdemokratische Presse tritt alles mit Füßen, was dem Menschen heilig sein sollte. Die Ehe und die Familie, das Vaterland und die Monarchie, die Religion und die Sitte werden in der rohesten Sprache angegriffen und herabgewürdigt. ... Die Sozialdemokratie erhebt die Unsittlichkeit geradezu zum Prinzip.<<
Die antisemitische "Deutschsoziale Reformpartei" erklärt im Parteiprogramm des Jahres 1895 (x261/157): >>Die fortschreitende Zersetzung aller gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ordnung beunruhigt die weitesten Kreise des Volkes, bedroht den Arbeiter- und Mittelstand in Stadt und Land in seinem bescheidenen Besitz und vermehrt täglich die Schar der Besitzlosen.
Die alten Parteien stehen dieser durch einen falschen wirtschaftlichen Liberalismus hervorgerufenen und noch immer steigenden Gefahr ohne Verständnis und darum ratlos gegenüber. ...
Träger der Zersetzung ist das stammfremde Judenvolk, das in unserem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben, in der Rechtspflege und in der Presse unserem Volkstum seinen zersetzenden Geist aufdrängt und damit den Anlaß zu der antisemitischen Strömung gegeben hat.
Deutschen Geist und deutsche Eigenart wollen wir bewahren vor jedem schädlichen Fremdstoff, deutsche Arbeit schützen gegen Ausnützung und Ausbeutung.
Darum erscheint uns der Kampf gegen den jüdischen Geist, gegen die wachsende Verjudung auf allen Gebieten des Lebens als eine wirtschaftliche, politische und sittliche Notwendigkeit. ...<<
Österreich-Ungarn: Der österreichische Journalist Theodor Herzl schreibt im Jahre 1895 über seine Arbeiten für die Gründung eines "Judenstaates" (x043/345): >>... Ich arbeite seit einiger Zeit an einem Werk, das von unendlicher Größe ist. Ich weiß heute nicht, ob ich es ausführen werde. Es sieht aus wie ein mächtiger Traum. Aber seit Tagen und Wochen füllt es mich aus bis in die Bewußtlosigkeit hinein, begleitet mich überall hin, schwebt über meinen gewöhnlichen Gesprächen, blickt mir über die Schulter in die komisch kleine Journalistenarbeit, stört mich und berauscht mich. ...<<
Osmanisches Reich: Im Herbst 1895 berichtet der französische Konsul in Diyarbakir per Telegramm über die systematische Verfolgung von Armeniern (x075/61-62): >>Das Massaker in Diyarbakir wurde, ohne daß es eine Provokation gegeben hätte, von den Muslimen der Stadt angerichtet; der Vali (Bezirkschef), der militärische Befehlshaber und der Chef der Gendarmerie sind angesichts der schrecklichen Szenen völlig regungslos geblieben und haben nichts unternommen, um dem Einhalt zu gebieten; ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie sich Soldaten und Gendarmen unter die Muslime und Kurden mischten, um auf die Christen zu schießen, von denen in diesem Bezirk binnen drei Tagen ungefähr 5.000 umgebracht wurden. ...<<
Kuba, Philippinen: In den spanischen Kolonien Kuba und Philippinen brechen im Jahre 1895 wieder Aufstände gegen die spanischen Besatzungstruppen aus. Die Aufstände werden von den USA unterstützt (x142/353).
Die spanische Regierung erhebt den Erhalt der Kolonien zur nationalen Frage und schickt bis 1898 Tausende von Soldaten nach Übersee, um die Unabhängigkeitsbewegungen zu zerschla-

gen. Die erbitterten Kämpfe und das tropische Klima verursachen hohe Verluste unter der einheimischen Bevölkerung und den spanischen Besatzungstruppen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Aktivitäten im Jahre 1895 (x068/153-154): >>Als sich die Kubaner 1895 gegen Spanien erhoben, schürten gewisse US-Kreise die Revolution und finanzierten sie auch. Man zerstörte besonders Plantagen und Fabriken mit nordamerikanischen Teilhabern, um derart eine Einmischung der USA zu provozieren. Einflußreiche Yankees wollten einfach einen Krieg.
Der Senator Albert Beveridge aus Indiana verfocht jetzt nachdrücklich die Erschließung neuer Märkte und Kolonien für die USA, um deren industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsüberschuß absetzen zu können. Der Demokrat Thomas Pasckal aus Texas war 1895, inmitten der Wirtschaftskrise, überzeugt, daß ein Krieg "den anarchistischen, sozialistischen und populistischen Abszeß radikal ausmerzen würde, um unser Volk für zwei weitere Jahrhunderte vor einer Ansteckung zu bewahren".
Der vielleicht größte Scharfmacher aber ist Theodore Roosevelt. Als er 1895 zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Venezuela und England über die Grenzen für Britisch-Guayana kommt, schreibt Roosevelt dem Senator Henry Cabot Lodge (der später energisch den Beitritt zum Völkerbund verhindert): "Persönlich hoffe ich, daß der Streit bald zum Ausbruch kommt. Das Geschrei des pazifistischen Clans hat mich davon überzeugt, daß das Land einen Krieg braucht." ...<<
China: Nach der Niederlage gegen Japan verliert China im Jahre 1895 die Oberhoheit über Korea. China muß außerdem Formosa an Japan abtreten, 4 chinesische Häfen für Japan öffnen und eine Kriegsentschädigung zahlen (Frieden von Schimonoseki).
Afrika: Französische Truppen besetzen im Jahre 1895 Djibuti in Nordostafrika.
Als man in den Burenstaaten Transvaal (heute Südafrikanische Republik) und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantenfelder entdeckt, strömen Tausende von Engländern in das Land. Cecil Rhodes (von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit") organisiert daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wird.

1896

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. sendet am 3. Januar 1896 eine Depesche an Paul Krüger (1825-1924, Präsident des Burenstaates Transvaal) und gratuliert zur erfolgreichen Vertreibung der britischen Eindringlinge. Die sog. "Krüger-Depesche" wird von den Briten als schwere Provokation gegen Großbritannien eingestuft.
Kaiser Wilhelm II. schreibt im Jahre 1896 an Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (x237/203): >>... Er ist eben nicht auf Wunsch oder mit Mandat der einen oder andern Partei ins Amt gelangt.
Sondern meine Minister sind eben durch Allerhöchstes Vertrauen ganz frei von mir berufen; und solange sie dieses Vertrauen besitzen, brauchen sie sich um alles andere nicht zu kümmern. Sie sind eben besser als in andern konstitutionellen Staaten gestellt.
Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du diesen Grundsatz gelegentlich recht präzis dem Ministerium ins Gedächtnis riefest, da konstitutionelle Anwandlungen den Einen oder Anderen, bei dem sittenverderbenden Umgang mit Parlamenten, zuweilen ergreifen. ...<<
Alfred von Tirpitz (1849-1930, ab 1892 Stabschef des Oberkommandos der Marine, von 1897-1916 Staatssekretär des Reichsmarineamtes) schreibt im Februar 1896 über den Aufbau einer deutschen Flotte (x239/199): >>Unserer Politik fehlt bis jetzt vollständig der Begriff der politischen Bedeutung der Seemacht.
Wollen wir aber gar unternehmen, in die Welt hinauszugehen und wirtschaftlich durch die See zu erstarken, so errichten wir ein gänzlich hohles Gebäude, wenn wir nicht gleichzeitig ein

gewisses Maß von Seekriegsstärke uns verschaffen.
Indem wir hinausgehen, stoßen wir überall auf vorhandene oder in der Zukunft liegende Interessen. Damit sind Interessenkonflikte gegeben.
Wie will nun die geschickteste Politik ... etwas erreichen ohne eine reale, der Vielseitigkeit der Interessen entsprechende Macht?
Weltpolitische vielseitig ist aber nur die Seemacht. Darum werden wir, ohne daß es zum Kriege zu kommen braucht, politisch immer den kürzeren ziehen (solange keine Seemacht besteht). ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den Kampf um die Kolonien (x281/20): >>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.
In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse", wofür der Philosoph John Fiske, als eine Art Berufungsinstanz für alle Amerikaner, das "Manifest Destiny", das Manifest der historischen Vorhersehung seines Volkes, verfaßte. In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede. ...<<
Österreich-Ungarn: Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) veröffentlicht im Jahre 1896 sein Buch "Der Judenstaat".
In diesem Buch fordert Herzl die Heimkehr des jüdischen Volkes nach Palästina. Der Judenstaat (Palästina) soll den verstreuten Juden endlich wieder eine Heimat geben und damit die eigentlichen Wurzeln des Antisemitismus beseitigen.
Theodor Herzl schreibt in seinem Buch "Der Judenstaat" (x243/250, x261/158): >>... Es ist merkwürdig, daß wir Juden diesen königlichen Traum (einer Wiedererrichtung des Judenstaates) während der langen Nacht unserer Geschichte geträumt haben.
Jetzt bricht der Tag an. ...
Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale noch für eine religiöse. ... Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu lösen sein wird. ...<<
>>... Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger, vergebens mühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaft, ihren Reichtum in Handel und Verkehr zu erhöhen ...
Man wird uns nicht in Ruhe lassen. Nach kurzer Periode der Duldsamkeit erwacht immer und immer wieder die Feindseligkeit gegen uns. Unser Wohlergehen scheint etwas Aufreizendes zu enthalten, weil die Welt seit vielen Jahrhunderten gewohnt war, in uns die Verächtlichsten unter den Armen zu sehen. Dabei bemerkt man aus Unwissenheit und Engherzigkeit nicht, daß unser Wohlergehen uns als Juden schwächt und unsere Besonderheiten auslöscht. Nur der Druck preßt uns wieder an den alten Stamm, nur der Haß unserer Umgebung macht uns wieder zu Fremden.
So sind und bleiben wir denn, ob wir es wollen oder nicht, eine erkennbare Gruppe von historischer Zusammengehörigkeit, Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft. Ja, wir haben die Kraft, einen Staat und zwar einen

Musterstaat zu bilden. Wir haben alle menschlichen und sachlichen Mittel, die dazu nötig sind. ...
... Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimstatt. Dieser Name allein wäre ein gewaltig ergreifender Sammelruf für unser Volk. ...<<
Der österreichische Journalist Theodor Herzl schreibt später über die Arbeiten an seinem Buch "Der Judenstaat" (x043/345): >>... Während der letzten zwei Monate meines Aufenthaltes in Paris schrieb ich das Buch DER JUDENSTAAT. Ich erinnere mich nicht, je etwas in so erhobener Stimmung wie dieses Buch geschrieben zu haben".
Heine sagt, daß er die Schwingen eines Adlers über seinem Haupte rauschen hörte, als er gewisse Verse niederschrieb. Ich glaubte auch an so etwas wie ein Rauschen über meinem Haupte, als ich dieses Buch schrieb. ...
Als ich mein Buch beendigt hatte, bat ich einen meiner ältesten und besten Freunde, das Manuskript zu lesen. Während er las, fing er plötzlich zu weinen an. Ich fand diese Erregung ganz natürlich, da er ein Jude war, ich hatte ja auch manchmal beim Schreiben geweint.
Aber zu meiner Bestürzung gab er einen ganz anderen Grund für seine Tränen an. Er dachte ich wäre irrsinnig geworden, und da er mein Freund war, machte ihn mein Unglück sehr traurig.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Theodor Herzl (x051/249-250): >>Herzl, Theodor, geboren in Budapest 2.5.1860, gestorben in Edlach (Niederösterreich) 3.7.1904, jüdisch-österreichischer Publizist und Schriftsteller; Jurastudium, Wechsel zur Journalistik, 1891-96 Korrespondent der Wiener "Neuen Freien Presse" in Paris.
Herzl, zunächst ein Verfechter jüdischer Assimilation, erlebte im Prozeß gegen den jüdischen französischen Hauptmann Dreyfus typische Pogromstimmung und erkannte, daß nur eine eigene "Heimstätte" die Juden vor dem Antisemitismus würde schützen können.
Die Vision einer solchen jüdischen Zuflucht malte Herzl 1896 in seinem Buch "Der Judenstaat" aus, das zur Gründungsurkunde des Zionismus wurde. Auf Herzls Initiative kam am 29.8.1897 der 1. "Zionisten-Congress" in Basel zusammen, der trotz heftiger Differenzen immerhin für die bedrängten Juden, insbesondere Polens und Rußlands, die Schaffung eines eigenen Schutzgebietes projektierte.
Herzl verhandelte in der Folge mit möglichen Geld- und Landgebern, u.a. mit Kaiser Wilhelm II., dem Papst, dem türkischen Sultan, starb aber, bevor er greifbare Erfolge hatte erzielen können. Seine Suche nach einer jüdischen Heimat, "wo wir krumme Nasen ... haben dürfen, ohne darum schon verächtlich zu sein", zielte von Anfang an auf Palästina.
Diese "Lösung der Judenfrage", so der Untertitel seines Buches von 1896, wurde anfangs auch von den nationalsozialistischen Behörden im 3. Reich favorisiert (Judenverfolgung), bevor sie daraus das Völkermordprogramm der Endlösung machten.<<
Schweden: Der schwedische Chemiker und Großindustrielle Alfred Nobel (1833-1896, erfindet 1867 in der Nähe Hamburgs das Dynamit und 1887 die Sprenggelantine) stirbt im Jahre 1896.
Nobel stiftet (wahrscheinlich um wegen der gewaltigen Zerstörungskraft des von ihm erfundenen Sprengstoffes sein Gewissen zu beruhigen) vor seinem Tod im Jahre 1895 den sogenannten "Nobelpreis" für hervorragende Leistungen, die der Völkerverständigung bzw. Friedenssicherung dienen.
Griechenland: In Athen finden im Jahre 1896 die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit statt.
Osmanisches Reich: Der britische Konsul berichtet im Jahre 1896 über 8.000 ermordete Armenier in Urfa (Anatolien), von denen allein 3.000 in einer Kathedrale verbrannt wurden (x075/62).
Großbritannien: Im Jahre 1896 ruft ein Leitartikel der englischen Zeitschrift "Saturday Re-

view" zum Kampf gegen Deutschlands Wirtschaft auf (x065/338).
USA: Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika erläutert im Jahre 1896 den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit (x243/101): >>Zweck des (13.) Verfassungszusatzes war es ohne Zweifel, die absolute Gleichheit beider Rassen vor dem Gesetz zu sichern, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß nicht beabsichtigt sein konnte, Unterscheidungen abzuschaffen, die auf der Hautfarbe beruhen, oder gesellschaftliche Gleichheit im Unterschied zu politischer Gleichheit zu erzwingen oder eine Vermischung der beiden Rassen unter Bedingungen, die für beide unbefriedigend sind.
Gesetze, die ihre Trennung gestatten oder sogar verlangen, ... bedeuten nicht notwendigerweise die Minderwertigkeit einer Rasse gegenüber der anderen. ...<<
China: Das nach dem japanisch-chinesischen Krieg von 1894/95 geschwächte China schließt im Jahre 1896 einen Geheimvertrag mit Rußland. Port Arthur und Dalny (Dairen) werden für 25 Jahre an Rußland verpachtet. Ferner erhält Rußland Bergbaurechte in der Mandschurei (x056/299).
Afrika: Italien verliert im Jahre 1896 den italienisch-äthiopischen Krieg (1894-96) und muß seine Pläne vom großen nordafrikanischen Kolonialreich aufgeben.

1897

Deutsches Reich: Ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes berichtet im März 1897 im deutschen Reichstag (x239/198): >>Die Frage ob Deutschland Weltpolitik treiben soll, hängt untrennbar zusammen mit der anderen, ob Deutschland Weltinteressen hat. Oder ob es keine hat. (Sehr richtig!, rechts)
Diese Frage ist längst entschieden. ... Die deutschen Kaufleute, die Hunderte von Millionen an deutschen Produkten in überseeische Länder geben, die deutschen Reeder, die Tausende von Schiffen ausrüsten, um die Meere aller Länder zu befahren, und die Deutschen, die über das Meer ziehen, um dort eine neue Heimat zu gründen, - die haben auf dem großen Schachbrett der Welt die deutschen Steine aufgestellt in der Erwartung, daß wir sie schützen und nützen.
Sollen wir diese Erwartung täuschen? ...
In diesem Sinne wollen und müssen wir Weltpolitik treiben. (Sehr richtig!)
Die Gefahr, daß wir auf diese Weise auf eine abschüssige Bahn gelangen, besteht nicht. Wer das fürchtet, sieht Gespenster am hellen Tage. ...<<
Kaiser Wilhelm II. erklärt am 18. Juni 1897 während einer Rede (x237/211): >>... Der Dreizack (Sinnbild der Herrschaft über das Meer) gehört in unsere Faust. ...
So ist es Mein Wunsch, daß Gott es Mir verleihen möge, ... der Welt den Frieden zu erhalten, der ja erst existiert, seitdem das Deutsche Reich wieder da ist, desgleichen aber nach außen die Ehre des Reiches in jeder Weise hochhalten zu können, unserer vaterländischen Arbeit und der Industrie der produzierenden Stände, die Absatzgebiete zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen.<<
Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929, seit 1874 im diplomatischen Dienst, später Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1900-09 Reichskanzler, 1914-15 Sonderbotschafter in Wien) erläutert am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt, diese Zeiten sind vorüber. ...<<
>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.
Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unse-

ren Platz an der Sonne.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten:
Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.
Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<
Griechenland: Der griechisch-türkische Krieg um Kreta endet 1897 mit einer Niederlage der Griechen. Die europäischen Großmächte verhindern danach die Abtretung Kretas an das Osmanische Reich und setzen 1898 eine autonome Verwaltung Kretas unter türkischer Oberhoheit durch. Kreta wird schließlich 1908 mit Griechenland vereinigt.
Schweiz, Palästina: Am 29. August 1897 findet in Basel der erste Weltkongreß der Zionisten statt. Anwesend sind über 200 Delegierte aus 16 Ländern. Während dieses ersten Weltkongresses der Zionisten wird offiziell die Gründung einer "Heimstätte in Palästina" verkündet. In diesem Judenstaat sollen die Juden endlich vor den ewig wiederkehrenden Verfolgungen geschützt werden.
Beim 1. Zionistenkongreß (1897) schildert Max Nordau eindringlich die geistige und sittliche Not der Juden (x081/23): >>... Der Jude des Westens hat Brot, aber man lebt nicht von Brot allein. Der Jude des Westens sieht Leib und Leben kaum mehr vom Pöbelhaß gefährdet, aber die Wunden des Fleisches sind nicht die einzigen, die schmerzen und an denen man sich verblutet. ...<<
Ein späterer israelischer General schreibt über den ersten Weltkongreß der Zionisten (x043/-346): >>Was zunächst wie ein Gerücht erschien, wurde schließlich zur Tatsache. In Basel sollten sich Juden aus aller Welt treffen – zum erstenmal in ihrer leidvollen Geschichte!
In unseren Jugendgruppen, in allen jüdischen Familien gab es kein anderes Gesprächsthema mehr. Ein Weltkongreß der Zionisten, auf dem beraten werden sollte, wie ein jüdischer Staat zu verwirklichen sei, ja viele von uns glaubten fest daran, daß in Basel dieser langersehnte Staat bereits gegründet würde! "Morgen in Jerusalem" – dieser alte jüdische Gruß – wurde in "Morgen in Basel" umgewandelt.
Morgen in Basel – doch wie sollten wir hinkommen? Woher das Geld für die lange Reise nehmen? Wie sollte man sich einen Paß beschaffen? Es gab so viele Schwierigkeiten, die unüberwindbar schienen, daß die meisten von den Reisewilligen vor ihnen kapitulieren mußten. Doch einige von uns waren fest entschlossen, allen Schwierigkeiten zum Trotz nach Basel zu reisen – und wenn es sein mußte, zu Fuß! ...<<
David Wolffsohn (1856-1914, ab 1896 Herzls Mitarbeiter, seit 1907 Präsident der zionistischen Bewegung) berichtet später über den ersten Weltkongreß der Zionisten im Jahre 1897 (x043/387): >>Im Auftrag von Herzl kam ich nach Basel zur Durchführung von Kongreßvorbereitungen. Unter vielen Fragen, die mich beschäftigten, war auch die: Was für eine Fahne soll unseren Kongreßsaal schmücken? Welche Farbe soll sie haben?
Wir haben ja keine Fahne – dieser Gedanke schmerzte mich. Wir müssen also eine Fahne schaffen. Aber welche Farbe sollen wir wählen? Kann unser Volk überhaupt Farben unter-

scheiden, dieses Volk, das seine Augen vor jeder Statue, von jedem Bild ferngehalten hatte?
Da kam mir plötzlich ein Gedanke! Wir haben ja doch eine Fahne, und sie ist blau-weiß. Der Talit, in den wir uns beim Gebet hüllen – dieser Gebetsmantel ist unser Symbol. Nehmen wir ihn aus seiner Hülle und lassen ihn vor den Augen der Juden und vor den Augen der Völker wehen.
Ich bestelle also eine blau-weiße Fahne mit einem Davidstern in der Mitte.<<
Während des ersten Weltkongresses der Zionisten wird offiziell beschlossen, eine "Heimstätte in Palästina" zu gründen (x043/387): >>Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles sieht der Kongreß folgende Maßnahmen vor:
1. Die zweckdienliche Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.
2. Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.<<
Der wichtigste Mitbegründer Palästinas ist die Rothschild-Dynastie, die seit Ende des 19. Jahrhunderts fast allein die jüdische Siedlungsbewegung finanziert. Um die uralte jüdische Heimat wieder aufzubauen, schenkt die Familie Rothschild der jüdischen Siedlungsbewegung riesige Geldbeträge, mit denen die jüdischen Siedler Land kaufen und Gemeinschaftssiedlungen gründen. Seit 1897 wandern vor allem verfolgte russische Juden nach Palästina.
Die Araber (rd. 615.000) und die Juden (rd. 85.000) leben zunächst relativ entspannt und friedlich nebeneinander. Dieser Zustand ändert sich jedoch grundlegend, als etwa ab 1900 der islamische Einfluß ständig größer wird.
Großbritannien: Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtet am 11. September 1897 (x237/221): >>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltsamkeit zum Schnapshandel zu bekehren – ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.
Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<
USA: William McKinley (1843-1901, ermordet) wird im Jahre 1897 zum 25. Präsidenten der USA gewählt. US-Präsident McKinley begründet danach die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas.
Nach Erschließung des Kontinents strebt die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>... Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.
Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<
China: Nach der Ermordung von 2 Missionaren besetzen deutsche Truppen im Jahre 1897 die Bucht von Kiautschou in China.
Afrika: Deutsche Truppen schlagen im Jahre 1897 einen Aufstand der Hottentotten in Südwestafrika nieder.

1898

Deutsches Reich: Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zu-

letzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.
Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schiffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.
Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<
In einer Erklärung des Deutschen Ärztetages im Jahre 1898 heißt es zum Medizinstudium für Frauen (x261/162): >>... Wenn aber auf Grund weiterer Zugeständnisse und bisher unübersehbarer Verhältnisse ein größerer Zudrang eintreten sollte, so wird
1. kein erheblicher Nutzen für die Kranken,
2. mehr Schaden als Nutzen für die Frauen selbst,
3. Mindestens kein Nutzen für die deutschen Hochschulen und Wissenschaft,
4. Eine Minderung des ärztlichen Ansehens,
5. Keine Förderung des allgemeinen Wohles zu erwarten sein. ...<<
Litauen: Vincas Kudirka (1858-1899) verfaßt im Jahre 1898 den Text der späteren Nationalhymne Litauens (x230/98-99):
>>Litauen unser Heimatland,
Du Land der Helden,
Aus der Vergangenheit mögen
Deine Söhne Kraft schöpfen.

Mögen deine Kinder stets
Den Pfad der Tugend gehen.
Mögen sie schaffen zu deinem Nutzen
Und zum Wohle der Menschheit.

Möge die Sonne in Litauen
Die Finsternis vertreiben
Und das Licht und die Wahrheit
Unsere Schritte begleiten.

Möge die Liebe zu Litauen
In unseren Herzen brennen,
Um Litauen willen
Möge die Einigkeit blühen!<<
Frankreich: Émile Zola (1840-1902, französischer Schriftsteller) setzt sich im Jahre 1898 in einem offenen Brief an den Staatspräsidenten für den vermeintlich schuldlosen Alfred Dreyfus ein (x237/181): >>Es ist ein Verbrechen, die öffentliche Meinung in die Irre zu führen und diese Meinung, die man bis zum Wahnsinn verderbt hat, für eine Mordtat auszunutzen.
Es ist ein Verbrechen, das einfache und niedere Volk zu vergiften, die Leidenschaften der Reaktion und der Intoleranz zum Äußersten zu bringen, indem man sich hinter dem schändlichen Antisemitismus verschanzt, an dem das große liberale Frankreich der Menschenrechte stirbt, wenn es nicht von ihm geheilt wird.
Es ist ein Verbrechen, die Vaterlandsliebe für Werke des Hasses auszubeuten, den Säbel zum

modernen Gott zu machen, während doch die menschliche Wissenschaft an dem Werk der Wahrheit und Gerechtigkeit arbeitet. ...
Die Leute, die ich anklage, kenne ich nicht, ich habe sie nie gesehen, ich hege weder Groll noch Haß gegen sie. Sie sind für mich nur Erscheinung, Symptome der Krankheit der Gesellschaft. ...<<
Alfred Dreyfus wird schließlich 1899 begnadigt und 1906 freigesprochen sowie rehabilitiert.
"La Sociologie catholique" veröffentlicht in der Ausgabe vom März bis Mai 1898 den Artikel "Die Judenfrage unter dem Aspekt der Rasse und der Sippen" (x075/70): >>... Die Dummköpfe und die Leichtsinnigen und die von den Juden bezahlten Schriftsteller versuchen, uns für das Los der Juden zu erweichen. Ihre Mißgeschicke sind nur die gerechte Strafe für ihr verabscheuungswürdiges Verhalten gewesen. ...
Was sind schon einige Tausend niedergemachte Juden im Verhältnis zu den Christen, die zum Hungertod oder anderem Elend verurteilt sind oder gar durch die übermächtigen Forderungen, den Wucher und die Betrügereien der Juden gar nicht erst das Licht der Welt erblicken können?
Wenn für jeden Christen, den die Juden am Leben gehindert haben, ein Israelit umgebracht worden wäre, dann wäre schon seit langem auch der letzte Talmudsektierer vom Erdboden verschwunden.<<
Charles Maurras gründet im Jahre 1898 die rechtsradikale Bewegung "Action Française".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die rechtsradikale Bewegung "Action Française" (x051/14): >>Action Française, rechtsradikale Bewegung in Frankreich; gegründet 1898.
Die Action Française und ihr geistiger Führer Charles Maurras bekämpften die Republik, forderten Revanche für 1870/71 und planten die Errichtung einer Erbmonarchie auf ständischer Grundlage ("integraler Nationalismus").
Parlamentarisch nicht organisiert, blieb die Action Française nach dem Ersten Weltkrieg politisch einflußlos, wirkte aber auf die intellektuelle Jugend der Zwischenkriegszeit. Ihre Verherrlichung der Gewalt, die antisemitischen Kampfparolen und ihre Lehre vom absoluten Primat der Politik brachten sie in Gegensatz zur Kirche (1926 vom Papst verurteilt) und machten sie zum Wegbereiter des französischen Faschismus.
Trotz unverminderter Deutschfeindlichkeit wandten sich die Anhänger der Action Française 1939 vehement gegen einen Krieg mit Deutschland und unterstützten nach der französischen Niederlage 1940 die Regierung Pétain. Solcherart durch Kollaboration diskreditiert, verschwand die Action Française nach 1944. Ihr Gedankengut tauchte gewandelt in den Programmen der Neuen Rechten in Frankreich wieder auf (Neofaschismus).<<
Großbritannien: Der deutsche Botschafter in London führt während des britisch-französischen Kolonialkonfliktes (Faschodakrise 1898/99) ein Gespräch mit dem britischen Politiker Joseph Chamberlain.
Der deutsche Botschafter berichtet anschließend nach Berlin (x069/89): >>Wenn wir jetzt auf seiten Englands stehen wollten, würde England, falls Deutschland angegriffen würde, auf unserer Seite stehen. Dies würde dem Beitritt Englands zum Dreibund gleichkommen und durch einen Vertrag, für welchen wir unsere Bedingungen zu formulieren hätten, festzustellen sein. ...<<
Der britische Premierminister Robert A. Salisbury (1830-1903, konservativer Politiker, seit 1866 mehrfach Premier- und Außenminister) informiert im April 1898 den britischen Gesandten in Tokio über die aktuelle Lage in China (x233/130): >>... Sie können japanischer Regierung streng vertraulich mitteilen, daß, da russischer Besitz Port Arthurs daß Gleichgewicht der Macht im Golf von Petschili stört, wir genötigt sind, von chinesischer Regierung Verpachtung Wei hai-weis unter denselben Bedingungen zu verlangen. ...<<

USA: Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna treten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.
US-Präsident William McKinley begründet am 11. April 1898 vor dem Kongreß den geplanten Krieg gegen Spanien (x056/135): >>Die Gründe für ein Eingreifen können wie folgt zusammengefaßt werden:
1. Im Namen der Menschlichkeit und um Grausamkeiten, Blutvergießen, Hungersnot und entsetzliche Leiden zu beenden. ...
2. Wir schulden unseren Bürgern in Kuba jenen Schutz und jene Sicherung ihres Lebens und Eigentums, die keine dortige Regierung gewähren kann oder will. ...
3. Die Einmischung wird gerechtfertigt durch den schweren Schaden, den unsere Geschäfte und Handelsbeziehungen durch die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Verwüstung der Insel erleiden.
4. Die gegenwärtige Lage in Kuba ist eine ständige Bedrohung unseres Friedens. ...
Ich fordere daher den Kongreß auf, dem Präsidenten die Vollmachten zu übertragen, die nötig sind, um eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen der spanischen Regierung und dem kubanischen Volk zu erreichen. ...<<
Der Krieg gegen Spanien (ab April 1898) und die Annexion der Hawaii-Inseln (8 größere und 23 kleinere Inseln mit dem späteren Flotten- und Flugstützpunkt Pearl Harbor) im Juli 1898 leiten den US-Imperialismus in Übersee ein.
Mit dem Krieg gegen Spanien und der gewaltsamen Übernahme der Hawaii-Inseln beginnt im Jahre 1898 die sog. "US-Weltpolitik". In Mittel- und Südamerika beeinflußt Amerika anschließend außerdem große Gebiete durch riesige Kapitalinvestitionen ("US-Dollardiplomatie"). Die USA lassen die mittel- und südamerikanischen Länder zwar unabhängig, aber sie üben durch ihre Finanzkraft überall enormen Einfluß und Druck auf ihre hoffnungslos unterlegenen Nachbarn aus.
Der US-Senator Albert J. Beveridge berichtet im Jahre 1898 über die zukünftige Außenpolitik der USA (x237/211, x239/188): >>Mitamerikaner!
Wir sind Gottes auserwähltes Volk. ... Es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht und Ehre zu geben. ...
Wir können uns nicht von irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und Zivilisation zu retten. ...<<
>>... Amerikanische Fabriken stellen mehr her, als für die Versorgung des amerikanischen Volkes notwendig ist. Die amerikanische Erde erzeugt mehr, als es verzehren kann. Das Schicksal hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Handel der Welt muß und wird unser sein. Und wir werden ihn bekommen. ...
Wir werden in der ganzen Welt Handelsniederlassungen als Umschlagplätze für amerikanische Waren gründen. Unsere Handelsflotte wird bald über den ganzen Ozean fahren. Wir werden eine Kriegsmarine aufbauen, die unserer Größe entspricht. Aus unseren Handelsniederlassungen werden Kolonien erwachsen, die sich selbst regieren, unsere Flagge führen und mit uns Handel treiben.
Auf den Bahnen des Handels werden unsere Institutionen unserer Flagge folgen. Und das amerikanische Recht, die amerikanische Ordnung, die amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge werden an bis dahin blutigen und unkultivierten Ufern Fuß fassen, Ufern, die durch diese Werkzeuge Gottes aber von nun an schöner und zivilisierter werden. ...<<
Der ehemalige US-Innenminister Carl Schurz kritisiert damals den nordamerikanischen Imperialismus (x239/188): >>Wir meinen, daß die Politik des Imperialismus die Freiheit bedroht

und zum Militarismus führt, einem Übel, vor dem wir uns bisher in rühmlicher Weise freigehalten haben.
Wir bedauern, daß man im Lande Washingtons und Lincolns ausdrücklich darauf hinweisen muß, daß alle Menschen unabhängig von ihrer Rasse und Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und persönliches Glück haben.
Wir behaupten, daß Regierungen ihre Macht nur aus der Zustimmung der Regierten ableiten können. Wir halten daran fest, daß die Unterwerfung irgendeines Volkes ein "verbrecherischer Angriff" ist und eine offene Mißachtung der entscheidenden Grundsätze unserer Verfassung.
Wir verurteilen daher nachdrücklich die Politik der Regierung gegenüber den Philippinen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Krieg der USA gegen Spanien im Jahre 1898 (x068/154-156): >>... Am 15. Februar 1898 zerreißt das zum Schutz amerikanischer Bürger und Besitzungen nach Kuba kommandierte Linienschiff "Maine" im Hafen von La Habana (Havanna) eine Explosion. Sie wurde bis heute nicht geklärt.
Erwägt man jedoch, was die US-Führung durch den Angriff auf Pearl Harbor 1941 den Japanern bewußt geopfert hat, um einen eklatanten Kriegsgrund zu bekommen: 19 Schiffe, 150 Flugzeuge, 2.335 Soldaten und 68 Zivilisten, so ist dagegen der Verlust eines lächerlichen Linienschiffes und der Tod von 260 Seeleuten gewiß nichts, was die kriegslüsterne US-Clique nicht jederzeit gelassen hätte preisgeben können.
... Während der Kongreß im März 1898 fünfzig Millionen Dollar für neuerliche Aufrüstung bewilligt, bekunden die USA durch den Geschäftsträger in Madrid ihren Friedenswillen und erklären, keine territorialen Ziele in Kuba zu verfolgen. (Die ganze Aktion – erinnert sie nicht an das diplomatische Manöver vor dem Kuwait-Konflikt 1991, als man Saddam in die Falle lockte?)
Die spanische Regierung telegrafiert am 10. April ihr Einverständnis mit den amerikanischen Bedingungen nach Washington – und am nächsten Tag erbittet McKinley vom Kongreß eine "machtvolle Intervention" zur Wiederherstellung des Friedens in Kuba. Wenige Tage darauf wird der Präsident ermächtigt, die Armee einzusetzen, gleichzeitig geht ein Ultimatum an Spanien, die Blockade von Kuba wird eingeleitet, die Aufstellung einer Freiwilligen-Armee von 200.000 Mann, und noch im April befinden sich die USA im Krieg, den Spanien um einen hohen Preis gern vermieden hätte.
Theodore Roosevelt aber jubelt jetzt über die "Amerikanisierung der Welt", nennt sie "unser Schicksal" und prägt schließlich seine berüchtigte Maxime: "Sprecht sanft und tragt immer einen großen Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen" – Friedensnobelpreis 1906. (Gewiß nicht deshalb, Aber trotzdem!)
Die USA verfochten selbstredend die hehrsten Ziele im Krieg: sie wollten Kuba vom Kolonialismus, von der spanischen Despotie befreien. Nur ganz nebenbei wollten sie natürlich auch die sozialen Konflikte im eigenen Land dämpfen, wollten sie neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, neue Plantagen, mehr Einfluß in der Karibik, im Pazifik, überhaupt etwas mehr Macht in der Weltpolitik.
Und alles bekamen sie. Und fast kinderleicht. Ihre Führung warf mehr als 274.000 Mann ins Treffen und war besonders zur See, wo sich der Konflikt hauptsächlich abspielte, weit überlegen. Ihre Marine, die drittstärkste der Welt, galt als schlagkräftig, gut ausgebildet. Sie siegt in der Karibik sowie vor den Spanischen Philippinen im Pazifik. ...
Wieder einmal sind sie sichtlich von Gott gesegnet, der Krieg ist entschieden. Schon am 20. Juni hatte man Guam eingenommen. Am 7. Juli annektierte man Hawaii. Einige Wochen später besetzt man Puerto Rica und Manila auf den Philippinen, die Spanien trotz allen Sträubens, im Frieden von Paris am 10. Dezember 1898 für 20 Millionen Dollar an die USA abtre-

ten muß. Diese bekommen außerdem Puerto Rico, die Pazifikinsel Guam und eine Art Aufsichtsrecht über Kuba, auf das Spanien, das auch die Schulden von 400 Millionen Dollar übernehmen muß, alle Ansprüche verliert.<<

Mittelamerika, Spanien: Der Krieg gegen die Militärmacht USA führt schließlich zwangsläufig zur militärischen Niederlage Spaniens ("El Desastre"). Nach der Vernichtung der spanischen Flotte müssen die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wird zum Protektorat (Schutzgebiet) erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wird durch den Frieden von Paris (1898/99) beendet.

Der Krieg mit den USA liquidiert schließlich die spanische Kolonialmacht und führt zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzen nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärfen sich und das Ansehen der Regierung geht weitgehend verloren.

China: Das geschwächte China schließt im Jahre 1898 Verträge mit dem Deutschen Reich (Verpachtung der Bucht von Kiautschou mit Tsingtau für 99 Jahre, Konzessionen für den Eisenbahnbau und die Erzgewinnung auf der Halbinsel Schantung),
mit Frankreich (Verpachtung von Kuangtschou für 99 Jahre),
mit England (Verpachtung von Kowloon auf dem Festland gegenüber Hongkong sowie Weihai-wei in Schantung für 99 Jahre) und
mit Rußland (Verpachtung der Südhälfte der Halbinsel Liaotung mit Dairen und Port Arthur für 25 Jahre).

Kaiser Wilhelm II. schreibt am 28. März 1898 an den Zaren (x233/129): >>... Ich muß Dich sehr herzlich beglückwünschen zu dem erfolgreichen Ausgang Deiner Unternehmungen bei Port Arthur. Wir beide werden ein gutes Paar Schildwachen am Eingang des Golfes von Petschili abgeben, die gebührend, insbesondere von den Gelben, respektiert werden. ...<<

Die Witwe des chinesischen Kaisers berichtet in einem Erlaß vom 21. November 1898 (x233/130): >>Unser Reich erleidet zur Zeit große Beschwer, welche von Tag zu Tag ernster wird. Die verschiedenen Mächte werfen Blicke tigerhafter Gier auf uns und hetzen sich gegenseitig auf zu Versuchen, beim Einnehmen unserer innersten Gebiete die ersten zu sein. ...<<

Der deutsche Sinologe Wolfgang Franke (1912-2007) berichtet später über das Verhalten der europäischen Imperialisten in China (x233/129): >>Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sahen die Fremden im Chinesen nur den weit unter ihnen stehenden kolonialen Eingeborenen und traten selbst als Kolonialherren auf.

So bekam z.B. ein Chinese ... (auch in den christlichen Missionen) grundsätzlich ein wesentlich geringeres Gehalt als ein Europäer.

In bestimmten Parks, Gaststätten oder Verkehrsmitteln der fremden Niederlassungen waren keine Chinesen zugelassen. ...<<

1899

Deutsches Reich: Bernhard Fürst von Bülow, der damals als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig ist, schreibt im März 1899 (x239/194): >>Die ostasiatische Frage in ihrer gegenwärtigen Gestalt beruht auf der militärischen Schwäche des Chinesischen Reiches und der Unfähigkeit seiner Zentralregierung, welche dieses reiche Ländergebiet oder doch einzelne Stücke desselben allen stärker organisierten Staaten als leichte oder lohnende Beute erscheinen lassen.

Der Machtzuwachs, welchen sich einzelne europäische Staaten durch territoriale Erwerbungen in China holen könnten, würde aber unausbleiblich auf das bestehende europäische Gleichge-

wicht eine fühlbare Rückwirkung ausüben. Deshalb sehen sich mehr oder weniger alle zivilisierten Nationen daran interessiert, den Zersetzungsprozeß des Chinesischen Reiches aus nächster Nähe zu beobachten, um einzugreifen, sobald es ihre Interessen zu erheischen scheinen.
Nachdem schon früher Rußland von Norden, England vom Süden her in das Chinesische Reich eingedrungen waren, hat sich später Frankreich in Tongking auf Kosten Chinas ein eigenes Kolonialreich geschaffen; Japan hat sich vorläufig mit der Absprengung Formosas begnügen müssen. Deutschland kontrolliert von Kiautschou aus die Provinz Schantung, und eben ist auch Italien im Begriff, ... sich die wirtschaftliche Ausbeutung der Provinz Tschekiang zu sichern. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihr steigendes Interesse an den chinesischen Dingen bis jetzt nur durch lebhaftere Beteiligung an dem Wettbewerb um chinesische Anleihen und Eisenbahnen betätigt. ...<<
Die Zeitschrift des Verbandes der kaufmännischen Angestellten "Deutsche Handelswacht" berichtet am 15. Oktober 1899 (x261/157): >>... Der Jude ist schüchtern und aufdringlich, feige und frech, kriechend und brutal. Die Glieder unserer untersten Volksklassen fühlen sich ihm und sind ihm überlegen; es liegt eine Wahrheit in dem Worte: Gegenüber den Juden ist der geringste Deutsche "adelig geboren".<<
Bernhard Fürst von Bülow begründet am 11. Dezember 1899 im Reichstag ein neues Flottenbauprogramm (x239/199): >>Wir müssen uns eine Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff – ich unterstreiche das Wort "Angriff"; bei der absoluten Friedlichkeit unserer Politik kann immer nur von Verteidigung die Rede sein – aber eine Flotte stark genug, um den Angriff jeder Macht auszuschließen, müssen wir besitzen.
Was wir jetzt versäumen, wenn wir jetzt 3 Jahre mehr oder weniger vorübergehen lassen, werden wir nicht wieder einbringen können. ...
Wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, die ausreicht, unseren Handel, unsere Landsleute in der Fremde, unsere Missionen und die Sicherheit unserer Küsten zu schützen, so gefährden wir die vitalsten Interessen des Landes. ...<<
Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1899 (x074/959): >>Mit Elektrizität, Erdöl, Naturstoffsynthese, Automobil, Telefon, drahtloser Telegrafie, Kino, Schallplatte und Schnellpresse beginnt eine Revolution des täglichen Lebens, die sich im 20. Jahrhundert beschleunigt.<<
Österreich-Ungarn: Der Österreicher Josef Lanz (1874-1954, ein ehemaliger Zisterzienser-Mönch) hält schon im Jahre 1899 antijüdische Hetzreden unter Hakenkreuzfahnen. Lanz "predigt" damals von einer "blondblauen Edelrasse" und nennt die Juden abfällig "Sodoms Äfflinge". Für alle "minderwertigen Rassen" soll es nur Versklavung geben.
In jener Zeit breitet sich in allen österreichischen Provinzen ein radikaler Nationalismus aus, der sich in erster Linie gegen die Serben und Tschechen, später auch verstärkt gegen die Juden richtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Josef Lanz (x051/343): >>Lanz, Josef (Klostername: Georg, Schriftstellername: Jörg Lanz von Liebenfels), geboren in Wien 19.7.1874, gestorben in Wien 22.4.1954, österreichischer Rassenideologe; 1893 Eintritt in den Zisterzienserorden.
Lanz erlebte 1894 seine "Erleuchtung", als ihm schlagartig klar wurde, daß die Welt beherrscht sei vom Gegensatz zwischen "blau-blondem Ariertum" und dem "Niederrassentum", das durch Rassenmischung entstehe.
1899 verließ er das Kloster und gründete einen eigenen "Orden des Neuen Tempels", der sich ganz dem Kampf um Rassenentmischung und um "blaublonde Reinzucht" widmete. Lanz kaufte die Burg Werfenstein, entwarf als Symbol seiner sich ausbreitenden Sekte eine Fahne mit rotem Hakenkreuz und blauen Lilien auf goldenem Grund und gab ab 1905 die "Ostara-

Hefte" heraus.
Sie variierten Lanz' einziges Thema, das er 1904 in der Schrift "Theozoologie oder die Kunde von den Sodoms-Äfflingen und dem Götter-Elektron" umrissen hatte. Darin entwarf Lanz schon Konzepte der Versklavung von "Minderrassigen", wie sie später in den nationalsozialistischen Herrenmenschen-Thesen wiederkehrten.
Hitler besuchte Lanz 1909, weil ihm "Ostara-Hefte" fehlten. Der Anteil von Lanz-Ideen in Hitlers Weltanschauung ist dennoch umstritten. Das Schreibverbot für Lanz nach dem Anschluß 1938 mag als Distanzierung vom Schwärmerischen des Ordensgründers gelten, aber auch als Versuch Hitlers zu deuten sein, Fremdanteile am eigenen Weltbild zu verdrängen.<<
Spanien: Spanien verkauft im Jahre 1899 seine letzten überseeischen Kolonien (die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln) an das Deutsche Reich.
Spaniens Kolonien beschränkten sich danach nur noch auf Enklaven in Marokko, der Westsahara und Äquatorialguinea.
Frankreich: Der französische Unterstaatssekretär E. Etienne berichtet im Jahre 1899 (x056/-302): >>Es (gibt) keine Rechtfertigung für die finanziellen Ausgaben und Opfer an Menschen, die wir leisten, um unser Kolonialreich zu errichten. Es ist der Gedanke, die Hoffnung, daß der französische Industrielle, der französische Kaufmann die Möglichkeit haben wird, in die Kolonien den Überschuß der französischen Produktion abzustoßen. ...<<
Niederlande: In Den Haag findet im Jahre 1899 die 1. Internationale Friedenskonferenz statt. An dieser Konferenz nehmen 26 Staaten teil. Mehrere Staaten (auch das Deutsche Reich) wehren sich vor allem gegen die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungen.
Während dieser Friedenskonferenz wird der Haager Schiedsgerichtshof gegründet und am 19. Juli 1899 die sog. "Haager Landkriegsordnung" abgeschlossen, um eine weitere "Humanisierung" der Kriegsführung zu erreichen. Wesentliche Abmachungen der "Haager Landkriegsordnung" betreffen die Schonung und Schutz der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen, der Verwundeten und Kranken, die Beschränkung der Herstellung und Verwendung von Waffen, die unnötige Leiden verursachen sowie den Schutz des Privateigentums.
Großbritannien: Eine englische Zeitschrift berichtet im Jahre 1899 über die Folgen der imperialistischen Politik (x056/301): >>Das Gewicht der Macht verlagert sich von Manchester und Birmingham (Zentren der Eisen- und Textilindustrie) zur Lombard Street (Bankenviertel in London). England konnte nicht die Werkstatt der Welt bleiben; es wird dafür schnell ihr Geldgeber, ihr Gläubiger, ihr Hauswirt. ...<<

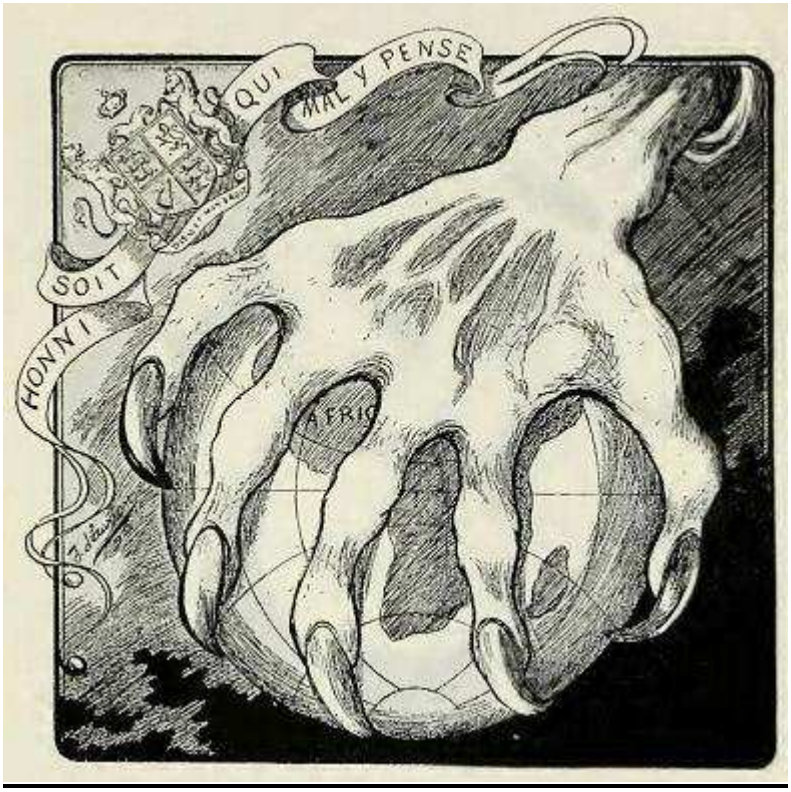


Abb. 47 (x058/74): Der Erdball in den Krallen Englands … (Französische Karikatur, 1899).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das Britisch Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer (des) Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

USA: Die "Liga der Anti-Imperialisten" protestiert im Jahre 1899 gegen die "US-Weltpolitik" (x056/135): >>Die Politik, die man Imperialismus nennt, ist der Freiheit feindlich und führt zum Militarismus, einem Übel, von dem frei zu sein bisher unser Stolz war. Wir bedauern, daß es im Lande Washingtons und Lincolns nötig geworden ist zu betonen, daß alle Menschen ohne Rücksicht auf Rasse oder Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. ...

Wir bestehen darauf, daß jede Unterjochung eines Volkes "verbrecherische Aggression" ist. ...

Wir verurteilen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf das schärfste. ...

Wir werden die Wiederwahl eines jeden zu verhindern suchen, der im Weißen Haus oder im Kongreß die amerikanische Freiheit durch Verfolgung unamerikanischer Ziele verrät. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die nordamerikanische Ausdehnungspolitik (x057/179-180): >>Schon nach dem Sezessionskrieg (1861-65) begann ein neuer Abschnitt der amerikanischen Ausdehnung (Kauf Alaskas vorn Rußland 1867). Gegen Ende des Jahrhunderts erwachte die Machtpolitik von neuem.

Die Monroelehre (1823) wurde durch den Panamerikanismus ersetzt (seit 1889), der den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten erstrebte. Die Hauptziele der nächsten Jahre waren die Herrschaft über den Golf von Mexiko und den Stillen Ozean. Durch die Eroberung Kubas und Puerto Ricos sicherten sich die Vereinigten Staaten die Verbindung mit Südamerika. Mit dem Erwerb der

Hawaii-Inseln erlangten sie einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean und mit den Philippinen (1898) großen Einfluß in Ostasien. Dadurch war der Gegensatz zu Japan gegeben.
Um ihre außenpolitische Stellung zu verstärken, bauten die Amerikaner eine große Kriegsflotte und den Panamakanal (1914 fertig), die kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean. Um den Kanal ganz in seine Hand zu bekommen, veranlaßte Amerika die Loslösung der Republik Panama (1903) von Kolumbien und gewann auch in den übrigen mittelamerikanischen Republiken Einfluß (besonders in Nicaragua).
So suchten die Vereinigten Staaten nicht nur den Raum des amerikanischen Festlandes politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, sondern sie traten zugleich in die Weltpolitik ein, wodurch die Union immer mehr in die außeramerikanischen Verwicklungen hineingezogen wurde.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die damalige nordamerikanische Wirtschaftskraft (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.
Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<
Südafrika: Während des "Burenkrieges" (1899-1902) setzen sich die Buren (holländische, deutsche und französische Kolonisten, die seit 1652 in Südafrika eingewandert sind) erbittert zur Wehr.
Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener (1850-1916, ab 1914 englischer Kriegsminister) läßt damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).

Anstatt eines Schlußwortes

> Man hört in der Welt leichter ein Echo als eine Antwort.
> *Jean Paul, eigentlich J. P. Richter (1763-1825, deutscher Schriftsteller)*

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso wurde Napoleons Gewaltherrschaft von der Geschichtsschreibung größtenteils verklärt oder ignoriert?

François René Vicomte de Chateaubriand (1768-1848, französischer Schriftsteller und Politiker, Gegner der Revolution, später Gesandter Napoleons, nach 1814 im Dienste der Bourbonen) schrieb bereits nach Napoleons Tod (x239/47): >>... Heute ist es Mode, die Siege Bonapartes zu verherrlichen. Die Zeitgenossen sind verschwunden, man hört nichts mehr von den Verwünschungen, den Schmerzensschreien, der Verzweiflung der Opfer. Man sieht das erschöpfte Frankreich, dessen Boden von Frauen bearbeitet wird, nicht mehr; man sieht nicht mehr die an Stelle ihrer Söhne verhafteten Eltern, die Dorfbewohner, die für einen Wehrdienstverweigerer solidarisch bestraft wurden; man sieht nicht mehr diese Aushebungsanschläge an den Straßenecken, die Passanten, die sich vor diesen ungeheuren Todesurteilen zusammenscharen und sprachlos nach den Namen ihrer Kinder, ihrer Brüder, Freunde und Nachbarn suchen. Man vergißt, daß jedermann über die Triumphe jammerte. ...
Unter dem Kaiserreich verschwanden wir; es war gar nicht mehr die Rede von uns, alles gehörte Bonaparte: "Ich habe befohlen, ich habe gesiegt, ich habe gesprochen, meine Adler, meine Krone, mein Blut, meine Familie, meine Untertanen." ...
Es (ist) sonnenklar, daß Frankreich im Augenblick seines Sturzes keine Anstalten machte, Napoleon zu verteidigen. ...
Was Bonaparte angeht, so ist er trotz seiner ungeheuren Eroberungen erlegen, nicht weil er besiegt worden war, sondern weil Frankreich seiner überdrüssig war. Eine erhabene Lehre, die uns stets ins Gedächtnis rufen sollte, daß alles, was die Menschenwürde verletzt, den Todeskeim in sich birgt. ...<<

2. Weshalb verhinderte der österreichische Staatskanzler von Metternich 1814/15 alle deutschen Einigungsbestrebungen und die Bildung eines nationalen Zentralstaates?

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb über das "System Metternich" (x065/305-306): >>... Die eigentlichen Sieger über Napoleon waren die alten, absolutistischen Machthaber. Sie erstrebten unter der geistigen und diplomatischen Führung des österreichischen Staatskanzlers Fürst Clemens von Metternich auf dem Wiener Kongreß von 1815 die Restauration der vorrevolutionären absolutistischen Staatsordnung in Europa.
Metternichs Idee des Gleichgewichts unter autonomen Großmächten machte ihn zum außenpolitischen Verbündeten der Engländer, die in dieser Übereinstimmung einen wichtigeren Faktor ihrer Politik sahen als etwa in der Liberalisierung Europas und Deutschlands. Metternich wurde so zum Gegner der nationalen und liberalen deutschen Bewegung, die er auch im Interesse des Zusammenhalts des österreichischen Nationalitätenstaates unterdrückte.
Wie wenig man in Wien auf echte nationale Anliegen Rücksicht nehmen wollte, zeigte die Tatsache, daß es erst heftiger Proteste der Einwohner Saarbrückens bedurfte, um die Rückkehr der Saar zu Preußen, also einem deutschen Lande, zu erzwingen.
Der Deutsche Bund (1815) wurde daher nur eine Föderation praktisch souveräner deutscher Fürstenstaaten. Der Bundestag in Frankfurt war ein Gesandtenkongreß, keine Volksvertretung. ... Der "Deutsche Bund" wurde zum Instrument österreichischer Machtpolitik statt zur staatlichen Zusammenfassung aller Deutschen im Sinne der Bewegung der "Jungdeutschen".

...
Die Zeit zwischen 1815 und 1848 war erfüllt vom Kampf zwischen dem "System Metternich" und den revolutionären Kräften. 1815 wurde die Burschenschaft in Jena gegründet. Sie setzte die Ziele der "Deutschen Bewegung" der Befreiungszeit fort und erstrebte unter ihrer Fahne Schwarz-Rot-Gold ein konstitutionelles, christliches deutsches Reich. Die Stärke dieser Bewegung zeigte sich 1817 bei dem Wartburgfest der Burschenschaftler mit seiner Erinnerungsfeier an die Reformation und die Schlacht bei Leipzig. Es kam zur Verbrennung der Bundesakte, reaktionärer Schriften und Symbole. ...<<

3. Warum strebte Preußen eine "kleindeutsche Lösung" (ein Deutschland ohne Österreich) an?

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete über den Dualismus zwischen Österreich und Preußen (x057/136-137): >>... Die Hauptforderungen des deutschen Volkes waren Freiheit und Einheit. Aber nur die äußere Freiheit war erkämpft worden; die innere Freiheit, d.h. vornehmlich die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung und Regierung, die Beschränkung des Königtums durch eine Verfassung und vor allem die Einheit des deutschen Volkes, hatte der Wiener Kongreß nicht gebracht.

Das deutsche Reich zerfiel in die beiden Großmächte Österreich und Preußen, in 4 süddeutsche Mittelstaaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, in 2 norddeutsche Mittelstaaten Sachsen und Hannover und eine große Zahl von Kleinstaaten, die ihre eigenen Belange verfolgten und, der Einheit nicht sehr förderlich, alle nur lose zusammengefaßt waren im Deutschen Bund.

Österreich und Preußen waren ebenbürtige Mächte im Deutschen Bund, der Dualismus bestand also fort. Dabei riß Österreich unter seinem Kanzler, dem Fürsten Metternich, die Führung mehr und mehr an sich.

Aber Österreich war kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, weil der Kaiser von Österreich, außer den Deutschen in Österreich, Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg in den übrigen Ländern ein buntes Völkergemisch aus Tschechen, Magyaren, Slowenen, Kroaten, Polen, Ruthenen, Serben, Rumänen und Italienern beherrschte.

So lagen die Interessen des österreichischen Staates außerhalb Deutschlands, auf dem Balkan und in Italien. Der Deutsche Bund war für die österreichische Politik die beste Lösung, zumal eine unmittelbare Bedrohung im Westen und Osten Deutschlands die Donaumonarchie nicht direkt berührte. Die Einigung Deutschlands aber bedeutete für Österreich eher eine Gefahr seines Bestandes.

Preußen dagegen grenzte im Osten und Westen an europäische Großmächte, und seine Interessen lagen innerhalb Deutschlands. So bot für Preußen der Deutsche Bund einen ungenügenden Schutz, und seine Umgestaltung war geradezu eine Lebensfrage für Preußen.

Aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich deckten sich die Interessen Preußens mit denen eines geeinten Deutschlands. Dieses, von Natur aus auf eine wirtschaftliche Einheit angewiesen, war zersplittert in einzelne Wirtschaftskörper, die in Münze, Zoll, Verkehr und Handel ihre eigenen Wege gingen. Während Österreich ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet war, bedeutete für Preußen, dem die wirtschaftsgeographische Einheit fehlte, die wirtschaftliche Einigung Deutschlands ebenso eine Angelegenheit des eigenen Vorteils wie die politische Einigung.

Die naturnotwendige Aufgabe Preußens wurde erschwert durch die Haltung der süddeutschen Staaten, die durch eine Einigung Deutschlands unter Preußens Führung um ihren Bestand fürchteten und sich Österreich anschlossen. So war neben dem Dualismus Österreich - Preußen der Partikularismus (Eigeninteresse von staatlichen Teilgebieten) Süddeutschlands das stärkste Hindernis der deutschen Einheit.<<

4. Wieso beeinflußte Darwins Abstammungslehre im 19. Jahrhundert maßgeblich den Rassismus und rassistische Vorurteile?

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schrieb über den "Sozialdarwinismus" (x051/546): >>Sozialdarwinismus, Übertragung der Darwinschen Gesetze auf den Menschen und die Gesellschaft. Danach sind v.a. die Prinzipien der Selektion und des Kampfes ums Dasein auch für den Menschen und für die Gesellschaft, die als eine besondere Art von Organismus aufgefaßt wird, gültig.

Auslese, Ausmerze, das Recht des Stärkeren werden nicht nur in der Natur, sondern auch im Verhältnis menschlicher Individuen und Kollektive (Rassen, Völker) zueinander als naturwissenschaftlich gegeben betrachtet und sind vom Staat gegen kontraselektivische Einflüsse der Kultur und Zivilisation zur Geltung zu bringen. In Verbindung mit der Rassenanthropologie, die der nordischen Rasse einen naturgegebenen Führungsanspruch attestierte, und der Rassenhygiene, die eine allgemeine qualitative Verbesserung des menschlichen Erbgutes anstrebte, wurden Forderungen nach Aufartung und nach Ausmerze schlechter Erbmasse erhoben.

In Deutschland wurde der Sozialdarwinismus, schon 1863 durch Ernst Haeckel propagiert, v.a. durch die Ärzte W. Schallmeyer, den ersten Preisträger des 1900 veranstalteten Preisausschreibens "Was lernen wir aus den Principien der Descendenztheorie in Beziehung auf die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten", und Ploetz, den Begründer der Rassenhygiene, popularisiert und fand Anhänger in allen Schichten des Bürgertums, aber auch in Arbeiterkreisen und bei Jugendlichen aller Schichten.

Durch den Sozialdarwinismus wurden die ideologischen und praktischen Voraussetzungen für die Aktionen des Nationalsozialismus geliefert: Zwangssterilisation von Erbkranken, Ermordung von Geisteskranken in den Aktionen der Euthanasie, Ermordung der Juden und anderer als rassisch minderwertig angesehenen Gruppen im Rahmen der Endlösung.<<

5. Welche Auswirkungen hatte der nordamerikanische Bürgerkrieg von 1861-65?

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb über das Ende des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-65 und den Aufstieg der USA zur Großmacht (x192/387-388): >>Die Armeen der Union verzeichneten 360.000 Gefallene, die Konföderierten 275.000. Abraham Lincoln einer der bedeutendsten amerikanischen Präsidenten, vermochte nur allmählich die Welt davon zu überzeugen, daß dieser Krieg um den Fortbestand der Demokratie und die Abschaffung der Sklaverei geführt wurde.

Neben geschickter Propaganda war es vor allem die Zermürbungstaktik des Nordens, die den Süden schließlich besiegte. Nach General Shermans Marsch durch Georgia und General Grants blutigen Feldzügen in Virginia 1864/65 war der Süden verwüstet und ein Großteil seiner Soldaten gefallen. Die überlegenen Ressourcen des Nordens setzten sich schließlich durch. Der Fortbestand der Union war gesichert, die Sklaverei, die den Anlaß für den Krieg geliefert hatte, wurde abgeschafft.

Allerdings blieben die Schwarzen auch unter den Bestimmungen, die nach dem Sezessionskrieg getroffen wurden, der herrschenden weißen Schicht mehr oder weniger auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert – eine Situation, die letztlich einen furchtbaren Preis fordern sollte.

Doch zum ersten Hundert-Jahr-Jubiläum der Revolution im Jahre 1876 hatte ein steigender Lebensstandard, gegründet auf harte Arbeit und hohen Warenausstoß, der Nation ihren Wohlstand zurückgebracht und die Entwicklung gewann in der Folge noch an Dynamik.

Zwischen 1877 und 1892 verdreifachte sich die Produktion der amerikanischen Fabriken. Die Vereinigten Staaten hatten 90 Millionen Einwohner, ihre Wirtschaft wies die höchste Produktivität und das schnellste Wachstum in der Welt auf, und die republikanische Regierung des Landes war eine starke und stabile Zentralgewalt. In wenig mehr als hundert Jahren war aus der jungen Nation eine Großmacht geworden. ...<<

6. Weshalb war der preußisch-österreichische Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland nicht zu vermeiden?

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb über den "Bruderkrieg" von 1866 (x090/-217-220): >>... Die preußische Öffentlichkeit war entschieden gegen einen "Bruderkrieg". Nicht nur die Fortschrittspartei auch konservative Kreise, sogar Angehörige der königlichen Familie, zeigten Verständnis für den jungen Studenten, der 1866 auf Bismarck ein Revolverattentat verübte.

Die letzte Phase des politischen Ringens hatte begonnen, als Österreich seine Absicht kundtat, den endgültigen Status der Elbherzogtümer von der Frankfurter Versammlung festlegen zu lassen. Preußen erklärte nunmehr den Gasteiner Vertrag für gebrochen und ließ ... Holstein besetzen. Daraufhin beantragte Österreich beim Bundestag die Mobilmachung.

Bismarck hatte einen solchen Schritt schon vor der Abstimmung als Kriegserklärung bezeichnet. Der Beschluß wurde dennoch mit 9 gegen 6 Stimmen gefaßt. Nur Coburg und Oldenburg hielten zu Preußen, zögernd gefolgt von Mecklenburg-Schwerin, Weimar, Braunschweig und Hamburg. Dafür kam das Königreich Italien seiner Bündnispflicht nach, so daß die Heere des Kaiserstaates an 2 Fronten aufmarschieren mußten.

Von seinen Bundesgenossen eilte Österreich nur Sachsen zu Hilfe. Ein Versuch der Hannoveraner, unter ihrem blinden König nach Süden durchzubrechen, scheiterte bei Langensalza. Meiningen und Reuß, beide Hessen und Nassau, Bayern, Württemberg und Baden beschränkten sich auf Verteidigungsmaßnahmen in der Heimat. Ein letzter Beweis für die Schwäche des Bundessystems. Sie wurden einzeln geschlagen.

Das preußische Heer stand auf der Höhe seiner Leistungskraft. Durch Roons Reformen verjüngt und neu gegliedert, ausgerüstet mit Krupp-Geschützen und Zündnadelgewehr, ... fähig, alle Möglichkeiten der ... Telegrafie und des Eisenbahntransportes auszuschöpfen, war es das geeignete Werkzeug für die Strategie des Generals Helmuth von Moltke ("getrennt marschieren, vereint schlagen").

Der Krieg von 1866 dauerte 5 Wochen. ... Obwohl es um die Zukunft Deutschlands ging, war dieser Krieg für Österreich und Preußen ein Kräftemessen mit den Methoden traditioneller Kabinettspolitik. Kaiser Franz Joseph appellierte nicht an das deutsche Volk. ...

Deshalb konnten beide Mächte, nachdem die Waffen entschieden hatten, schnell in diplomatische Bahnen zurücklenken. Sie standen damit vor der Gefahr fremder Intervention. Der Zar verlangte seine Beteiligung an einer deutschen Konferenz, wurde allerdings in Paris zurückgewiesen. Napoleon III. ließ sich von Österreich das vorher versprochene Venetien abtreten und gab diese Provinz an Italien weiter, obwohl die italienischen Streitkräfte bei Custozza und Lissa geschlagen worden waren.

Gleichzeitig forderte der französische Kaiser für die Duldung des preußischen Machtzuwachses in Norddeutschland "reelle Kompensationen" zunächst Landau, Saarbrücken und das Großherzogtum Luxemburg, dann auch die bayerische Pfalz, Rheinhessen und Mainz. Bismarck wies dieses Ansinnen zurück. ...

Wilhelm I. wollte auf Wien marschieren und dabei jeden einzelnen Gegner durch Gebietsabtretungen bestrafen, wenn auch keine Dynastie entthronen. Bismarck hingegen war auf einen schnellen Friedensschluß bedacht, doch schreckte er nicht davor zurück, die meisten norddeutschen Widersacher als künftige Unruhestifter auszuschalten und ihre Territorien Preußen einzuverleiben. ...

Im Friedensvertrag von Prag (1866) erkannte der österreichische Kaiser die Auflösung des Deutschen Bundes an. Ausdrücklich gab er seine Zustimmung für eine Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich. Auch wurde von ihm gebilligt, daß Schleswig und Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main in Preußen aufgingen. ...

Habsburg räumte die jahrhundertlang gehaltene Stellung. Der Versuch des mehr als zur Hälfte

nichtdeutschen Österreich, das ihm überlegene Preußen und die anderen Bundesglieder unter seiner Führung in einem Nationalstaat zu vereinigen, war am inneren Widersinn gescheitert. Der universale Gedanke des "Heiligen Reiches", den sich das österreichische Kaisertum bewahrt hatte, erlaubte kein solches Experiment. ...<<

7. Warum kam es zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71?

Deutsche und französische Historiker erklärten später in einer gemeinsamen Studie zur Kriegsverantwortung (x056/249): >>Beide Seiten (haben) dazu beigetragen, ... die bestehenden Spannungen zu verschärfen:

1. Bismarck durch seine geheime Förderung der hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien, durch die er hoffte, Napoleon ... diplomatisch so in die Enge zu treiben, daß der Sturz des kaiserlichen Regimes die Folge sein konnte. ...

2. Napoleon und sein Kabinett durch Übersteigerung ihrer diplomatisch-politischen Gegenoffensive seit dem 6. Juli, vor allem durch die Garantieforderung an König Wilhelm, durch die sie sich vor Europa ins Unrecht setzten, obwohl Napoleon und die meisten seiner Minister im Grunde den Krieg mehr fürchteten als wünschten.

3. Zuletzt Bismarck durch die bekannte Kürzung der Emser Depesche, die zwar keine "Fälschung", aber eine bewußte Verschärfung darstellt mit dem Ziel, Frankreich zur Hinnahme einer schweren diplomatischen Niederlage oder zur Kriegserklärung zu zwingen.<<

8. Wieso beteiligten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr Staaten am weltweiten Imperialismus?

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/15,19): >>Wer die Mächtigen des 19. Jahrhunderts mit denen des 21. Jahrhunderts vergleicht, stellt fest: Zu Zeiten von Napoleon, Königin Victoria und Kaiser Wilhelm II. ging es rauher zu als unter der Führung von Jacques Chirac, Tony Blair oder Angela Merkel.

Die Herrschenden neigten dazu, die Dinge gewalttätig zu lösen. Sie waren roh und undemokratisch und hielten wenig von Menschen, die sich in Herkunft und Hautfarbe von ihnen unterschieden. Hunderttausende von Toten nahmen sie billigend in Kauf, wenn es der Durchsetzung ihrer Interessen diente.

Was heute den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Plan rufen und unweigerlich vor dem Kriegsverbrechertribunal enden müßte, garantierte seinerseits einen goldumrandeten Eintrag im Buch der Geschichte. Eine mit Stolz zur Schau getragene Rücksichtslosigkeit war das Erkennungszeichen einer ganzen Epoche.

Nur eines hatten die Mächtigen von damals den heutigen Staats- und Regierungschefs voraus: Sie waren ehrlicher. Die kunstvoll ins Werk gesetzte Geheimdiplomatie überließ man den Botschaftern und Außenministern. Die Despoten pflegten im Umgang miteinander den direkten Ton. Freund und Feind wußten, woran sie waren. ...<<

>>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.

Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten

allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.
Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<

9. Seit wann zählten die die Vereinigten Staaten von Amerika zu den imperialistischen Mächten?

Der deutsche Historiker Prof. Klaus Schwabe berichtete über die Außenpolitik der USA (x041/178): >>... Rein äußerlich gehörte es seit dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) in den Kreis der Imperialmächte – als Erbe des spanischen Kolonialreiches. ...
Als ehemalige Kolonie traditionell anti-imperialistisch und unter den Kolonialmächten ohnehin Nachzügler, strebten die USA kein formelles Kolonialreich an, sondern ein Informal Empire, eine Einflußzone, in der die "Offene Tür", d.h. das Prinzip des Freihandels gelten sollte, wie der Außenminister John Hay, im Interesse des amerikanischen Exports, in mehreren Noten 1899/1900 für China forderte.
Obwohl als Handelsweltmacht somit weltweit engagiert, waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht eigener Art. Sie verfügten schon vor 1900 über die drittstärkste Flotte der Welt und beanspruchten für sich die Rolle einer Ordnungsmacht in Lateinamerika (Roosevelt-Corollary vom 6. Dezember 1904 zur Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823). Doch anders als die übrigen Großmächte gehörten sie keiner Bündniskombination an.
Die von George Washington zuerst ausgesprochene Warnung vor "verstrickenden Bündnissen", die Grundmaxime des amerikanischen Isolationismus, galt noch unangefochten, wenn die USA auch, wie z.B. im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) oder in der ersten Marokkokrise (1905), als Vermittler zwischen den übrigen Großmächten auftraten.
Doch entsprach das Gewicht der Vereinigten Staaten als Weltmacht noch nicht deren schon damals überragendem Wirtschaftspotential; denn die finanziellen Druckmittel, welche die amerikanische "Dollardiplomatie" Lateinamerika gegenüber bereits erfolgreich einsetzte, konnten in Europa noch nicht wirken, weil Amerika nach wie vor als Schuldner bei den traditionellen Kapitalexportländern (Frankreich, Großbritannien, auch das Deutsche Reich) erschien. ...<<

10. Weshalb bezeichnete man die Preußen und Deutschen damals und heute meistens als kriegslüsterne Militaristen?

Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright (1890-1970) und Pitirim A. Sorokin (1889-1968) kamen im Rahmen einer Überprüfung der Kriegsbeteiligung der wichtigsten Großmächte während des 19. Jahrhunderts übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).
Im 19. Jahrhundert ereigneten sich zwar kriegerische Auseinandersetzungen mit preußischer oder deutscher Beteiligung, aber die späteren Alliierten handelten damals wesentlich aggressiver bzw. "kriegerischer" als die vermeintlich "kriegslüsternen" Preußen bzw. Deutschen, wie die nachfolgende Zusammenstellung der kriegerischen Auseinandersetzungen nachweislich bestätigt.

Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:

Frankreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England, Rußland, Österreich, Portugal, Neapel und Osmanisches Reich (1799-1802, 2. Koalitionskrieg), Ägypten (1801), England, Rußland, Österreich und Schweden (1805, 3. Koalitions-

krieg), Preußen, Sachsen und Rußland (1806-07), 4. Koalitionskrieg), Spanien (1808-13), Österreich (1809, 5. Koalitionskrieg), Preußen, England, Rußland, Österreich und Schweden (1813-15, Befreiungskriege), Spanien (1823), Algerien (1827-30), Osmanisches Reich (1827), Algerien (1830-47), Spanien (1834-49), Marokko (1844), Vietnam (1847), Rußland (1853-56), China (1857-67), Österreich (1859-61), Vietnam (1859-62, 1867), Libanon (1860-61, Mexiko (1861), Preußen und süddeutsche Staaten (1870-71), Algerien (1871), Vietnam (1873), Tahiti (1880), Indochina (1880/81), China (1884-85), Madagaskar (1885), Timbuktu (1894), Marokko (1894-1908), Djibouti (1895).

England führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Malta (1800), Dänemark und Ägypten (1801), Frankreich (1803-14, Seekrieg), Indien (1803), Kapland (1806), Dänemark (1807), Algerien (1816), Indien (1816-18), Birma (1824-26), Osmanisches Reich (1827), Spanien (1834-49), Irland (1837-89), China (1839-42), Afghanistan (1841), Indien (1845-49), Südafrika (1848), Birma (1852-53), Rußland (1853-56), Indien (1857-58), China (1857-60), Mexiko (1861), Afghanistan (1878-80), Südafrika (1879-81), Ägypten (1882), Sudan (1883), Birma (1885), Südafrika (1895/96, 1899-1902).

Rußland führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Osmanisches Reich (1806-12), Schweden (1809), Nordarmenien und Aserbeidschan (1813-28), Persien (1826-28), Osmanisches Reich (1827, 1829), Polen (1830-31), Walachei (1848), Ungarn (1849), Osmanisches Reich (1853-56), Japan (1858, wegen Sachalin-Inseln), verschiedene Völker im Kaukasus (1859), Amurgebiete und Turkestan (1860-64), Polen (1862-64), Taschkent (1865), Buchara (1866), Samarkand (1868), Chiwa (1873), Kokand (1876), Osmanisches Reich (1877) und Merw/Turkestan (1884).

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England (1812-14, wegen Kanada), Kriege gegen verschiedene nordamerikanische Stämme in Ohio, Georgia, Oklahoma, Colorado, Minnesota, Carolina, Florida, Oregon, New Mexiko, Arizona, Dakota (1812-1890), Mexiko (1845-48), US-Bürgerkrieg (1861-65), Spanien (1898), Hawaii (1898), Philippinen (1898-1902).

Spanien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Paraguay, Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Panama, Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Mexiko (1810-22, Unabhängigkeitskriege), Karlisten-Bürgerkrieg (1834-40, 1847-49, 1872-76), Marokko (1859-60), Mexiko (1861), Peru, Ecuador, Chile (1866-71), Kuba (1868-78), Kuba (1895-98), Philippinen (1898).

Das Osmanische Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Ägypten (1801), Serbien (1804), Griechenland (1821-29), Ägypten (1832-40), Jemen (1849), Serbien, Montenegro, Bulgarien (1875-76), Armenien und Syrien (1890-97), Griechenland (1897).

Österreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Neapel (1820-21), Polen (1846), Böhmen, Ungarn und italienische Staaten (1848-49), Rußland (1853-56), Sardinien-Piemont (1859-61), Dänemark (1864).

Italien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Eritrea und Somaliland (1881), Eritrea (1885), Äthiopien (1894-96), Abessinien (1896).

Das Deutsche Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Deutsch-Ostafrika (Araberaufstand im Jahre 1888), Südwest-Afrika (Hottentottenaufstand im Jahre 1897), China (Besetzung von Kiautschou 1897).

Preußen führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Dänemark (1864), Bürgerkrieg gegen Österreich und andere deutsche Staaten (1866).

Die Niederlande führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Belgien (1830), Sumatra (1873).

Dänemark führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Schleswig,

Holstein und Preußen (1848-50).
Serbien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Bulgarien (1885-86).
Japan führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: China (1894-95).

Ich weiß nicht, ob andere Leute sich dafür bezahlen lassen, daß sie lügen; was mich betrifft, ich habe immer gratis die Wahrheit gesagt.
Heinrich Heine (1797-1856, deutscher Dichter)

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der Chronik, Band 3 (26 PDF-Dateien): **01.03.2016-01.04.2016.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten Chronik, Band 3 (26 PDF-Dateien): **1.03.2020**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 3 (26 PDF-Dateien: **1.02.2023**
Einstellungstermin der 3. erweiterten Chronik, Band 3/1 – Band 3/2 (2 PDF-Dateien): **1.10.2025**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x142/79) = Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, Seite 79.

x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltge-

	schichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x071	Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x097	DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag (Hg.). Gütersloh 1953-56.
x107	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 1. Leipzig 1906.
x108	F. A. Brockhaus (Hg.): Brockhaus' Kleines Universal-Lexikon. Band 2. Leipzig 1906.

x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x134	Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin (Hg.): KNAURS WELTGESCHICHTE. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. Berlin 1935.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x147	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band III. Geschichte der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zur Mitte des 19. Jh. s. Stuttgart 1956.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: Indianer heute. Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x181	Recheis, Käthe, und Georg Bydlinski: Weisheit der Indianer. Indianertexte der Gegenwart. München 1995.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x193	Josephy jr., Alwin M. u.a.: Die Welt der Indianer. Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x194	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In der frühen Neuzeit. 1. Auflage. Stuttgart 1970.
x198	Evangelisches Kirchengesangbuch. Hannover 1967.
x199	Rang, Martin, und Otto Schlisske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x200	Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): DIE BIBEL. Deutsche Bibelgesellschaft Stuttgart, 1987.
x212	Adams, Clapham, Fagg u.a.: Atlas der Geschichte. Von den Anfängen bis zum 20. Jh. Köln 1990.
x213	Heerdt-Heumann: Unser Weg durch die Geschichte. Von der Vorgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hirschgraben-Verlag, Frankfurt/Main 1966.
x215	Fischer-Fabian S.: Preußens Krieg und Frieden. Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x224	Wallrath, Bertram (Hg.): Die schönsten Volkslieder. Vom Leben auf dem Lande, in der Stadt und auf der Straße. München 1990.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.

x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): Nationalhymnen. Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x233	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x235	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 1. Der geschichtliche Weg unserer Welt bis 1776. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1969.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band III. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x240	Hofacker, Hans-Georg, und Thomas Schuler (Hg.): Geschichtsbuch. Band 2. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das Mittelalter und die frühe Neuzeit. 1. Auflage. Berlin 1986.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x246	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band I. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x247	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band II. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1989.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x253	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band III. Vom Fürstenstaat zur Bürgerfreiheit. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x254	Klett, Ernst (Hg.): Lebendige Vergangenheit. Band IV. 2. Auflage. Stuttgart 1954.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x259	Kaiser, Eugen (Hg.): Grundzüge der Geschichte. Band 3. Vom Westfälischen Frieden bis zum Jahre 1890. 9. Auflage. Frankfurt/Main 1974.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x262	Ebeling, Hans (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band III. Die Europäer gewinnen den Erdball. Geschichte der Neuzeit bis 1789. Braunschweig 1969.
x263	Ripper, Werner u.a. (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 2. Von der bürgerlichen Revolution bis zum Imperialismus. 1. Auflage der Neubearbeitung. Frankfurt/Main, Berlin, München 1974.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.

x273	Kuhr, J. und Löser, J. (Hg.): Lesebuch für landwirtschaftliche Schulen. 5. sorgfältig bearbeitete Auflage. Stuttgart 1907.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x290	Reiners, Ludwig: Bismarck gründet das Reich. München 1980.
x307	Clark, Christopher: DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x315	Scheuch, Manfred: Historischer Atlas Deutschland. Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x324	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x334	Fabian, Frank: DIE GRÖSSTEN LÜGEN DER GESCHICHTE. Wie "historische Wahrheiten" gefälscht wurden. München 2014.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.
x365	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg. Lügen. USA. Die Blutspur einer Weltmacht. COMPACT-Spezial Nr. 25. Werder (Havel) 2020.

Internet

x801	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 1. Band: A - Atlantid. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x802	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 2. Band: Atlantis - Blatth. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x803	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 3. Band: Blattk - Chim. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x804	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 4. Band: Chin - Distanz. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x805	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 5. Band: Distanzg -Faidh. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x806	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 6. Band: Faidi - Gehil. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x807	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 7. Band: Gehir - Haini. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892.

	http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x808	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 8. Band: Hainl - Iria. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x809	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 9. Band: Irid - Königsg. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x810	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 10. Band: Königsh - Luzo. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x811	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 11. Band: Luzu - Natha. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x812	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 12. Band: Nathu - Phlegm. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x813	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 13. Band: Phlego - Rub. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x815	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 15. Band: Sodb - Urali. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x818	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 18. Band: Jahres-Supplement 1890-1891. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x821	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 1. Band: A - Astrab. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x824	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 4. Band: Cau – Deutsche K. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x825	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 5. Band: Deutsche L - Elektrodi. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x827	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 7. Band: Fos - Gilb. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x834	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 14. Band: Rü - Socc. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x983	https://www.theologe.de/protestantismus_und_indianermord.htm - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021

Bildnachweis

Reichsbanner (1433-1806)
Wappen des deutschen Bundes (1815-1866)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm - 8. Mai 2014

Standarte des deutschen Kaisers (1871-1888)
Internetquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Flaggen_des_Deutschen_Kaiserreichs - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.